

ÖFFENTLICHE MEINUNG

Eine theoretisch-methodologische Betrachtung und eine
exemplarische Untersuchung zum Selbstverständnis der Kurden

•

•

•

•

INAUGURAL-DISSERTATION

zur

Erlangung des Grades eines Doktors der Philosophie des
Fachbereiches für Philosophie und Sozialwissenschaften der
Freien Universität Berlin

•

•

vorgelegt von

HANNELORE KUCHLER

aus

BERLIN

1978

Vorwort

Im ersten Teil dieser Arbeit wird zunächst versucht, einen neuen Zugang zur Problematik der öffentlichen Meinung zu finden. Als eines der schwerwiegendsten Hemmnisse auf dem Weg zu einer adäquaten Theoriebildung dieses Phänomens gesellschaftlicher Kommunikation wird das Fehlen von umfassenden Längs- und Querschnittuntersuchungen zu einzelnen Themen öffentlicher Meinung angesehen. Um solche Untersuchungen vorzubereiten, werden anschließend in der Literatur vorhandene Erkenntnisse zum Phänomen öffentliche Meinung miteinander erwogen, ergänzt und in einen theoretischen Orientierungsrahmen gestellt. Das Instrument der Umfrage als einziges kann hier nicht in Frage kommen; diese Untersuchungen müssen immer auch - sei es größtenteils oder ausschließlich - anhand von sogenanntem qualitativem Material vorgenommen werden. Dafür können derart auch Themen öffentlicher Meinung aus der Vergangenheit untersucht werden oder solche, die aus politischen oder sonstwelchen Gründen einer direkten Erhebung nicht zugänglich sind.

Für die im Anschluß an die theoretisch-methodologische Betrachtung vorgenommene exemplarische Untersuchung ist das Selbstverständnis der Kurden bzw. die öffentliche Meinung unter den Kurden zum Thema "Wir" gewählt worden. Es gibt keine Umfragen zum Selbstverständnis der Kurden und keine verlässlichen Statistiken über dieses Volk. Sogar die in die Millionen gehende Zahl der Kurden kann nur geschätzt werden, und ihr als "Kurdistan" bekanntes Hauptsiedlungsgebiet ist geographisch nur vage einzugrenzen. Das Fehlen verlässlicher Statistiken und Zahlen erschwerte die in Teil B dieser Arbeit vorgestellte Untersuchung zweifelsohne, doch konnte das kein Grund sein, sie deshalb bis zu dem nicht absehbaren Tag hinauszuschieben, da quantitatives Material von genügender Qualität und in genügender Menge vorliegen wird - oder auch nicht. Das gleiche Thema hätte im übrigen auch am Beispiel der Basken behandelt werden können. Auch die Basken sind ein Bergvolk ungeklärten Ursprungs, das staatlich geteilt und politisch unbefriedet lebt. Auch das Selbstverständnis der Basken scheint von Kontroversen nicht unberührt zu sein. Ich habe die Kurden gewählt, weil sich

mir hier - nicht zuletzt aufgrund eines jahrelangen kurdologischen Studiums am Institut für Iranistik der FU Berlin - die Materiallage unvergleichlich günstiger stellte. Eine Vielzahl von einzelnen Kurden und Freunden, darunter Dr. Kemal Fuad aus Sileymanî, Dr. İzzedîn Resûl aus Bagdad und der kurdische Gelehrte und muslimische Theologe Cemîl Rojbeyanî aus Teheran, sind mir bei der Beschaffung manchen Materials und mit Auskünften, Informationen und Daten auf liebenswürdige Art und Weise behilflich gewesen. Insbesondere habe ich jedoch der National-Union Kurdischer Studenten in Europa (NUKSE) zu danken, die mir für einen langen Zeitraum ihr gesamtes Archiv zur Verfügung stellte. Doch will ich keineswegs andeuten, daß ich eine in allen Teilen erschöpfende Materialsammlung habe anlegen können. Sie reicht aber, um die wesentlichen Dimensionen der Problemstellung auszuleuchten und sie eingehender von 1900 bis 1975 zu verfolgen.

"Öffentliche Meinung" als Teil und Ausdruck des gesellschaftlichen Prozesses ist per definitionem immer auch von Kontroverse geprägt. So wird die Erhebung und Bearbeitung jedwelchen Themas öffentlicher Meinung immer auch Konflikte offenlegen, ihre Grundlagen aufzeigen und ihre Entwicklung über Zeit verfolgen können. Mit anderen Worten können die anhand von qualitativem Erhebungsmaterial vorgenommenen Längs- und Querschnittuntersuchungen zu einzelnen Themen öffentlicher Meinung zu Konfliktlösungen beitragen. Hierin kann der besondere Wert dieser Art von Untersuchungen liegen und damit den nicht unerheblichen Arbeitsaufwand und Einsatz lohnen. Der im zweiten Teil der vorliegenden Arbeit verfolgte Prozeß der öffentlichen Meinung unter den Kurden zum Thema "Wir" dürfte auf jeden Fall einen wesentlichen Beitrag zu unserem besseren Verständnis dieses Volkes leisten, das nicht nur im deutschsprachigen Raum noch vorwiegend mit Karl Mays Titel "Durchs wilde Kurdistan" in Zusammenhang gebracht wird. An dieser Stelle ist die von mir gegenwärtig bearbeitete Fragestellung zu erwähnen. Es geht hier um das den Kurden in Europa von 1900 bis 1975 entgegengebrachte Fremdverständnis. Die Ergebnisse der vorliegenden Arbeit und die der gegenwärtigen sollen in Beziehung gesetzt werden, um zu

Aussagen über die Identität der Kurden zu gelangen, wobei davon ausgegangen wird, daß die Identität eines Volkes (oder einer anderen großen Gruppe) eine sich zwischen Selbst- und Fremdverständnis konstituierende Größe ist.

Die vorliegende Arbeit war als sozialwissenschaftliches Dissertationsvorhaben in das Projekt "Öffentliche Meinung" am Institut für Publizistik der Freien Universität Berlin unter Professor Dr. Fritz Eberhard integriert und ist mit einem zweijährigen Graduiertenstipendium gefördert worden. Es ist Herrn Professor Eberhard zu danken, daß das Thema dieser Arbeit seinerzeit als Dissertationsthema angenommen wurde. Insbesondere habe ich dem Iranisten und Islamisten Jemal Nebez zu danken, meinem langjährigen und geduligen Lehrer in Sachen Kurden am Institut für Iranistik der FU Berlin. Nicht unerwähnt bleiben darf, daß mir Professor Dr. Dieter Claessens vom Institut für Soziologie und Professor Dr. Wolfgang Rudolph vom Institut für Ethnologie in einer entscheidenden Phase den nötigen Mut zum Weitermachen gaben.

Es bleibt darauf hinzuweisen, daß diese Arbeit von ACTA IRANICA - Encyclopédie Permanente des Etudes Iraniennes aufgenommen worden ist und noch in diesem Jahr dort erscheinen soll.

Berlin, den 14.1.1980

Hannelore Küchler

Inhaltsverzeichnis
=====

	Seite
Vorwort	i-iii
Teil A: <u>THEORETISCH-METHODOLOGISCHE BETRACHTUNG</u>	
I. Zur Problematik der öffentlichen Meinung	1
II. Theoretischer Orientierungsrahmen	
a. Grundlegung	20
b. Öffentliche Meinung als Teil und Ausdruck des gesellschaftlichen Prozesses	22
c. Die These vom thematischen Bezug	27
d. Die These vom konformistischen Druck	46
e. Die Meinungsführerthese	58
f. Zusammenfassung	67
III. Methodologische Schlußfolgerungen	70
Teil B: <u>EXEMPLARISCHE UNTERSUCHUNG ZUM SELBSTVERSTÄNDNIS DER KURDEN</u>	
Vorbemerkung	86
I. Einführung	
a. Zur Grundgesamtheit: die Kurden	87
b. Zum Thema der Untersuchung	112
c. Vorstellung von Hypothesen zum Selbstverständnis der Kurden	116
d. Zum herangezogenen Material und den wesentlichen Aspekten der Materialsammlung	117
e. Zum Fortgang der Untersuchung	127
II. Materialien zum Selbstverständnis der Kurden aus der Vergangenheit (bis Ende des 19. Jahrhunderts)	129
III. Das Selbstverständnis der Kurden in der Zeit von 1900 bis Ende des II. Weltkrieges	
a. Zur Struktur der kurdischen Öffentlichkeit	147
b. Inhalte öffentlicher Meinung zum Thema "Wir" und ihr relatives Gewicht im Prozeß der Entwicklung	159
c. Zusammenfassende Betrachtung	217

(Teil B:)

Seite

IV. Das Selbstverständnis der Kurden in der Zeit nach dem II. Weltkrieg bis zum Niedergang der Revolution im irakischen Kurdistan (1975)	
a. Zur Struktur der kurdischen Öffentlichkeit	224
b. Inhalte öffentlicher Meinung zum Thema "Wir" und ihr relatives Gewicht im Prozeß der Entwicklung	234
c. Zusammenfassende Betrachtung	323
V. Zur gegenwärtigen öffentlichen Meinung unter den Kurden zum Thema "Wir" und Ausblick	333

Anhänge

=====

Anhänge zu Teil A	-	I. Abkürzungen	346
	-	II. Literaturverzeichnis	347
Anhänge zu Teil B	-	I. Zur Transkribierung	363
	-	II. Abkürzungen	364
	-	III. Tabellen	367
	-	IV. Dokumente	438
	-	V. Karten und graphische Darstellungen	523
	-	VI. Anmerkungen	533
	-	VII. Literaturverzeichnis	632

TEIL A

Theoretisch-methodologische Betrachtung

I. Zur Problematik der öffentlichen Meinung

... Was ist das? Einzelne können dazu Hinweise geben, aber es ist mehr als die Summe dieser Hinweise. Es ist in einer Erscheinungsform leicht veränderlich, in anderer möglicherweise über lange Zeit konstant. Es ist in seiner Existenz real, aber nur indirekt erkennbar ... Diese rätselhaften Merkmale könnten noch durch weitere und ähnliche ergänzt werden, aber - entsprechend der Themenstellung dieser Arbeit - liegt die Lösung nahe: Es handelt sich um das Phänomen "Öffentliche Meinung".

Vor mehr als 200 Jahren ist der Begriff "öffentliche Meinung" geprägt worden, seit etwa 150 Jahren wird dieser Begriff und das Phänomen, das er fassen soll, systematisch untersucht, seit etwa 80 Jahren gibt es historische Untersuchungen zur Entwicklung dieses Begriffes (1), seit etwa 40 Jahren und mit andauerndem Enthusiasmus wird auf öffentliche Meinung und ihre kurzfristige Entwicklung durch Repräsentativumfragen geschlossen. Dennoch liegt weder eine umfassende Theorie zur öffentlichen Meinung vor, noch eine zusammenfassende Problemgeschichte. Zum Bedauern vieler ist selbst der Begriff in dem Zeitraum nicht übereinstimmend geklärt worden. Vertreter von verschiedenen Disziplinen haben sich an den Bemühungen beteiligt, sowohl Historiker als auch Politologen, Publizisten, Soziologen, (Sozial)Psychologen, Staatsrechtler und Staatstheoretiker. Dem ausbleibenden Erfolg Rechnung tragend, ist teilweise vorgeschlagen worden, den Begriff ganz zu meiden, wie es z.B. beim Begriff "Volksgeist" oder "group mind" geschehen ist. "Die Hartnäckigkeit, mit der an dem Ausdruck festgehalten wird, während zugleich alle Definitionen als unbefriedigend empfunden werden, kann eigentlich nur bedeuten: der Begriff öffentliche Meinung entspricht einer Wirklichkeit, aber die Begriffsbestimmungen haben diese Wirklichkeit noch nicht getroffen".(2)

(1) Paul A. PALMER (1936): 230-231

(2) Elisabeth NOELLE-NEUMANN 1971b: 210 (FLP)

Bei sehr vielen Begriffsbestimmungen ist von den Wortbedeutungen des zusammengesetzten Ausdrucks ausgegangen worden. Etymologisch verwandte und synonyme Wendungen für "Meinen" aus verschiedenen Sprachbereichen sind: Sinnen, denken, seine Gedanken richten auf, (feindlich oder freundlich) gesinnt sein, lieben; im Sinn haben, bezwecken, bedeuten, erwähnen; beabsichtigen, sprechen (1). Die wohl umfassendste Untersuchung zum Bedeutungsgehalt von "Meinen" - in Hinblick auf "öffentliche Meinung" - hat wohl Ferdinand TÖNNIES geleistet (2). Er hat sich eingehend mit der Verwickeltheit des Begriffes „Meinen“ auseinandergesetzt und seine Beziehungen zum Wahrnehmen und Erkennen, Denken, Wissen, Glauben und Wollen untersucht. Sehr eng beieinander sieht er diese, sie gehen teils unterschiedslos ineinander über; so kann für TÖNNIES "Wissen" eine Art von "Meinen" sein: "Aus dem Zusammenfluß dieser beiden Quellen: der sinnlichen Wahrnehmung und der Einigkeit über die Bedeutung von Wörtern, gehen die Meinungen hervor, die wir als 'Wissen' bezeichnen" (3). Bezeichnend für TÖNNIES' Betrachtungen ist der von ihm gesehene Anteil des "Wollens" am "Meinen" (4). Dieser Aspekt fehlt zum Beispiel ganz bei der folgenden kategorischen Formulierung nach KANT: "'Meinen' bedeutet ... ein bewußt objektiv wie subjektiv unzureichendes Fürwahrhalten ..." (5), oder kürzer: "Meinen" umfaßt ein "ungewisses, noch nicht voll ausgewiesenes Urteil" (6). Welche Funktionen derart ungesicherte Urteile bzw. Meinungen für den psychischen Haushalt des Individuums haben, hat Peter HOFSTÄTTER erläutert (7). Einen unpolitischen Aspekt von "Wollen" hat DOVIFAT in seine Bestimmung von "Meinen" aufgenommen, es sei ein "objektiv noch

(1) Friedrich KLUGE: "Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache", 20. Auflage, bearbeitet von Walther Mitzka, Berlin 1967 (1883).

(2) Ferdinand TÖNNIES 1922: 3-18

(3) Ferdinand TÖNNIES 1922: S.20-21, vgl. auch S. 5. Ähnlich, aber doch eindeutiger ist die folgende Darstellung bei Robert K.MERTON: "Opinion shades into knowledge, which is only that part of opinion socially certified by particular criteria of evidence. And just as opinion may grow into knowledge, so ostensible knowledge may degenerate into opinion merely. But, except at the margins, the distinction holds, and it is expressed in the distinctive foci of the European and American variants of the sociology of communications" (Robert K.MERTON (1957) 1961: 441).

(4) Ferdinand TÖNNIES 1922: 8

(5) Horst REIMAHN: 1971: 810

(6) Ulla OTTO 1966: 99 (7) Peter HOFSTÄTTER (1949) 1966: 1-5

unzureichendes Fürwahrhalten, das sich aber festigen möchte und daher werbend Zeugen und Bestätigung sucht" (1). Doch bleibt das "Wollen" hier (im Vergleich zu TÖNNIES) ein Randaspekt. Wenn es sich um öffentliche Meinung handelt kommt der Bezug zum Wollen im übrigen ungleich geläufiger.

Die Bestimmung des Wortgehaltes von "öffentlich" ist ähnlichen Schwierigkeiten ausgesetzt. Einmal drückt es aus, daß etwas "offenbar", also bekannt ist oder dazu bestimmt ist, bekannt zu sein. Als Übersetzung des lat. "publicus" ist es in den Sprachgebrauch überdies als "bezüglich die Gemeinde, den Staat" eingegangen (2). Die Staatslehre und Rechtswissenschaft, beide fest verwurzelt in römischen Traditionen, haben das Wort "öffentlich" zentral in ihre Gedankensysteme eingebaut. Es gibt zwei große Rechtsbereiche: Privatrecht und öffentliches Recht. "Öffentliche Sachen" können Sachen des Gemeindelands, des Verwaltungsgebrauchs und der öffentlichen Hand sein. Von diesen werden "private Sachen" und "private Sachen im öffentlichen Gebrauch" unterschieden(3). Auf der Ebene des Individuums wird ebenfalls eine öffentliche und eine private Hälfte, eine äußerliche und eine innerliche festgestellt (4), wobei nach RIESMAN die Tendenz unserer Zeit nach Außen-Lenkung der inneren "Sphäre" geht(5). Eng verknüpft mit der Vorstellung einer äußeren bzw. öffentlichen und einer inneren bzw. privaten Sphäre im zwischenmenschlichen Bereich ist das soziologische Konzept der Rolle. Niklas LUHMANN übersetzt den Begriff Öffentlichkeit folgendermaßen ins Soziologische:

"...Neutralisierung von Rollenanforderungen, die aus engeren Teilsystemen der Gesellschaft stammen, damit auch eine Lockerung, wenn nicht Aufhebung der Selbstbindungen, die der einzelne durch Verhalten in engeren Systemen eingegangen ist" (6).

-
- (1) Emil DOVIFAT 1955: 106
(2) Friedrich KLUGE (1883) 196720: 520
(3) Hans 7. WOLFF 1961: 36-40 (HWS)
(4) Helmuth PLESSNER 1960: 9
(5) David RIESMAN (1950) 1956: 252-253
(6) Niklas LUHMANN (1970) 1971: 21

Die fehlende Eindeutigkeit bei den Wortgehalten von "Meinung" und "öffentlich" ist allerdings nicht die größte Schwierigkeit bei einer auf dieser Ebene erfolgenden Begriffsbestimmung von öffentlicher Meinung, vielmehr ist es der immanente Widerspruch zwischen 'Meinung', die immer etwas Subjektives ist, und dem adjektivisch eng gebundenen "öffentlich", das immer etwas außerhalb des Menschen verklammertes ist. Dieser Widerspruch ist schon früh entdeckt worden (1), aber bisher wurde kein Weg gefunden, ihn logisch auszuräumen. Die Feststellung, dass der Ausdruck öffentliche Meinung dreierlei aussagen könnte: 1. die Meinung ist öffentlich geäußert, 2. die Meinung betrifft öffentliche Belange, 3. die Meinung herrscht in der Öffentlichkeit oder in einer größeren Öffentlichkeit (2), bringt keine Klärung des Problems, dafür eine Verdeutlichung. Sicherlich riet SCHMIDTCHEN 1958 nicht zu unrecht, von jeglicher "Vokabelexegese" bei der Begriffsbestimmung von öffentlicher Meinung abzusehen (3). Der Hinweis auf diesen grundsätzlichen Widerspruch im Begriff "öffentliche Meinung" ist dennoch angebracht, er ist zugleich einerster Hinweis auf die grundsätzliche Problematik beim Phänomen der öffentlichen Meinung.

Sich der Vokabelexegese enthaltende Definitionsversuche sind ebenfalls in großer Zahl vorhanden. Harwood L. CHILDS hat (1965)

über 50 Definitionen von öffentlicher Meinung aus dem englischen Sprachraum, teils von bekannten Autoren, zusammengetragen und erläutert. Er selbst würde im übrigen öffentliche Meinung - auf den größten gemeinsamen Nenner gebracht - als "any collection of individual opinions" definieren (4). Die Variationsbreite zwischen den verschiedenen Definitionen öffentlicher Meinung läßt sich einmal anhand einer Aufschlüsselung der von CHILDS gesammelten Definitionen (5) nach fünf unterscheidbaren Aspekten öffentlicher Meinung (Träger, Thema, Qualitätsmerkmale, Entstehung bzw. Bildung, Wirkung) illustrieren, wobei

(1) Vgl. Ferdinand TÖNNIES 1922: 132, Fußnote

(2) Ithiel de SOLA PÓOL 1973: 780 (HC)

(3) Gerhard SCHMIDTCHEN 1958: 253

(4) Harwood L. CHILDS 1965: 14

(5) a.a.O., S. 13-25

gleichzeitig die Schwierigkeit verdeutlicht wird, die einer übereinstimmenden und zugleich spezifischen Begriffsbestimmung entgegenstehen:

Die angegebenen Träger öffentlicher Meinung variieren u.a. zwischen: die Öffentlichkeit schlechthin; mehrere Individuen; die Mehrheit; eine Sekundärgruppe; eine indirekte Kontaktgruppe; mehrere Individuen mit bestimmten Qualitätsmerkmalen: alle, die einem bestimmten Thema Aufmerksamkeit widmen; alle, die fähig sind, über ein Thema Aussagen zu machen, ein Urteil abzugeben.

Themen öffentlicher Meinung müssen u.a. öffentliche Belange oder fundamentale gemeinsame Interessen betreffen; von allgemeiner Wichtigkeit sein; ohne Merkmal ("anything and everything").

Qualitätsmerkmale von öffentlicher Meinung. Es werden u.a. genannt: emotional; rational; zeichnet sich durch ein gewisses Maß an Intensität aus; durch ein gewisses Maß an Beständigkeit; ist durch Kontroverse geprägt.

Zur-Bildung bzw. Entstehung von öffentlicher Meinung wird u.a. genannt: umfaßt sukzessive Phasen eines dynamischen Sozialprozesses, der durch konkurrierende Öffentlichkeiten gekennzeichnet ist; steht am Ende einer bewußten, rationalen Diskussion; wird von der Interaktion in einer Gruppensituation bestimmt; ist ein Zusammenfluß ähnlicher, individueller Meinungen.

Die Wirkung öffentlicher Meinung wird u.a. folgendermaßen eingeschätzt: keine Wirkung; öffentliche Meinung ist die Handlungsankündigung einer Mehrheit, daher wirkungsvoll; ist eine direkte Macht.

Den Versuch einer weitgefaßten und dennoch spezifischen Definition (was man von CHILDS Definition wie oben nicht sagen kann), hat der Sozialpsychologe Floyd ALLPORT schon früh unternommen, wozu er sich mit zahlreichen Definitionen auseinandersetzte und sie zu einer weitgehenden Synthese führte. Während die meisten Definitionsversuche in der Regel nur einen, meist nicht mehr als zwei spezifische Aspekte Miteinbeziehen, konnte ALLPORT mehrere Aspekte in seiner Definition von öffentlicher Meinung vereinigen. Sei-

ne Definition aus dem Jahre 1937 ist anscheinend auch heute noch die umfassendste:

"The term public opinion is given its meaning with reference to a Multi-individual situation in which individuals are expressing themselves, or can be called upon to express themselves, as favoring or supporting (or else disfavoring or opposing) some definite condition, Person, or proposal of widespread importance, in such a Proportion of number, intensity, and constancy, as to give rise to the probability of affecting action, directly or indirectly, toward the object concerned" (1).

Träger der öffentlichen Meinung: 'a Multi-individual situation in which individuals are expressing themselves'.

Thema der öffentlichen Meinung: 'some definite condition, person or proposal of widespread importance'.

Qualitätsmerkmale der öffentlichen Meinung: 'in such a Proportion of number, intensity, and constancy'.

Bildung der öffentlichen Meinung: 'individuals are expressing themselves or can be called to express themselves'.

Wirkung der öffentlichen Meinung: 'gives rise to the probability of affecting action, directly or indirectly, toward the object concerned'.

Der Aspekt 'Entstehung oder Bildung' scheint am wenigsten spezifisch berücksichtigt. In Hinblick auf die Träger ist die Vorsicht hervorzuheben, mit der ALLPORT hier auf eine 'Multi-individuelle Situation' verweist, doch sollte das nicht ablenken davon, daß er öffentliche Meinung schließlich als direkt identisch mit den Aussagen von Individuen definiert (2). Entsprechend würde ALLPORT die Ergebnisse der Umfrageforschung seiner Zeit, heute die herkömmliche oder atomistische genannt, auch als bereits erhobene öffentliche Meinung sehen (nicht als Indikator von öffentlicher Meinung) - was zunehmend in Frage gestellt ist (3).

Auch kann seine Definition Ausgangspunkt sein, dem aktiven Element beim Phänomen der öffentlichen Meinung eine zu große

(1) Floyd H. ALLPORT 1937: 23

(2) Floyd H. ALLPORT 1937 - bes. S.9 und S. 23

(3) Rüdiger ALTMANN 1954: 105

Bedeutung beizumessen. Auf ihrer Grundlage hat Margaret MEAD z.B. versucht darzustellen, daß es Gesellschaften gäbe, die - da sie "auf rein formaler Teilnahme an und Respekt für ein unpersönliches Muster" basieren (1) - keinerlei öffentliche Meinung zu verzeichnen hätten. Das stellte sie namentlich bei den Balinesen fest, die - wie sie fand - nach strengen Normen und strikter Auslegung des Rechts durch Ausgewählte lebten. Diese Lebensart muß nach anderen Definitionen und Autoren nicht die Bildung von öffentlicher Meinung ausschließen. Nach Gerhard SCHMIDTCHEN z.B. sind in öffentlicher Meinung "alle jene Verhaltensweisen von beliebigen Bevölkerungsgruppen" erfaßt, "die geeignet sind, die Strukturen, Praktiken und Ziele der Herrschaft zu modifizieren oder auch zu konservieren" (2). Zu erwähnen wäre hier James BRYCE, der (1889) einen Unterschied zwischen einer passiven, unbewußten öffentlichen Meinung und einer aktiven, bewußten öffentlichen Meinung, ein Gedankengang, der bei Wilhelm BAUER als Unterscheidung zwischen statischer öffentlicher Meinung (vorwiegend in Agrargesellschaften) und dynamischer öffentlicher Meinung (vorwiegend in städtischen Gesellschaftsformen) dargestellt wird (3). SCHMIDTCHENS Definition ist sicherlich nicht eng gefaßt. Ulla OTTO argumentiert sogar folgendermaßen: "(Sie) bezieht sich nicht nur auf das politische, sondern auch auf das wirtschaftliche und kulturelle Verhalten der Bevölkerung und umschließt alle Ideen und Gewohnheiten, an denen sich dieses Verhalten ausrichtet und in Gruppenprozessen formt - Religion, Sitte, Konvention, Ideologie" (4). In dem Sinne steht SCHMIDTCHENS Definition von öffentlicher Meinung tatsächlich am Eingang zu der phantastischen Vielfalt des sozialen Lebens, doch ist öffentliche Meinung hier immer - wenn auch vermittelt - an die "Herrschaft" gebunden bzw. gegen sie gerichtet. Die Einführung des ungenauen Begriffes "Herrschaft" wirft allerdings neue Probleme auf.

Wie "öffentliche Meinung" bisher weder von der Wortbedeutung eindeutig zu fassen war, noch eine übereinstimmende

-
- (1) Margaret MEAD 1937: 7 ("Those societies which do not depend for their functioning on public opinion at all - in Professor Allport's sense of the term - but which function by invoking the purely formal participation in and respect for an impersonal pattern or code".)
 - (2) Gerhard SCHMIDTCHEN 1958: 257
 - (3) Wilhelm BAUER (1933) 1951: 670 (ESS)
 - (4) Ulla OTTO 1966: 119

inhaltliche Begriffsbestimmung bisher möglich war, lassen sich auch zwei verschiedene Bezugsrahmen für Studien zur öffentlichen Meinung unterscheiden: der staatlich-politische und der sozio-kulturelle / sozialpsychologische Bezugsrahmen.

Ausdrücklich auf den Staat beziehen zum Beispiel Hermann HELLER und der Amerikaner Lee BENSON das Phänomen der öffentlichen Meinung, die damit zugleich immer eine politische Meinung ist. Für Lee BENSON sind im Zusammenhang mit öffentlicher Meinung nur die Meinungen zu "political issues" interessant, genauer "government actions of concern to members of the political entity and about which they hold opinions". Als Träger öffentlicher Meinung werden hier die Bewohner einer "specified political entity" gesehen, die das Recht haben oder das Recht beanspruchen, Regierungsvorhaben direkt oder indirekt zu beeinflussen (1). Wie Gerhard SCHMIDTCHEN grenzt BENSON die Regierten von den Regierenden ab.

Öffentliche Meinung werde zwar auch aufgrund von Informationen (und Meinungen) der Regierenden gebildet, sei aber schließlich allein den Regierten zuzuordnen (2). "Die öffentliche Meinung in unserem Sinne ist politische Willensmeinung in rationaler Form" (3), schreibt Hermann HELLER. Für ihn ist sie Bedingung der staatlichen Einheit. Auf sie wird seitens der "staatlichen Herrschaft" Einfluß genommen, wie sie, die öffentliche Meinung, die "herrschaftliche Organisation" ihrerseits legitimiert und trägt (4). Für Hermann HELLER ist die öffentliche Meinung durchaus vorhanden, jedenfalls in einem sozial-homogenen, wohl integrierten Staate. Andernfalls "muß dort und in dem Maße, als sich die öffentliche Meinung für die staatlichen Einheit nicht tragfähig erweist, an die Stelle der demokratischen Zustimmung der autokratische Zwang treten" (5).

(1) Lee BENSON 1967: 524

(2) a.a.O., S. 538-39

(3) Hermann HELLER (1934) 1970: 174

(4) a.a.O., S. 181; vgl. auch das Zitat von Siegfried LANDSHUT auf S. 14.

(5) Hermann HELLER a.a.O.

Auch für TÖNNIES muß die öffentliche Meinung immer Ausdruck des kollektiven Willens sein, ist sie eine "einheitlich wirksame Kraft und Macht" (1), im Gegensatz zu den gleichzeitig vorhandenen vielen und teils gegen einanderstehenden öffentlichen Meinungen: "Eine öffentliche Meinung ist also die im wesentlichen einmütige oder doch dafür geltende Meinung irgendeines Kreises, das geschlossene Urteil einer Gesamtheit, insbesondere wenn und sofern es bejahend oder verneinend, mit Beifall oder in abfälliger Weise, in Bewunderung und Ehrung oder in Verurteilung sich geltend macht. In diesem Sinne haben gerade kleine Orte, wenigstens Städte, eine öffentliche Meinung ... 11 (2). Hier wird der Problemansatz von TÖNNIES deutlich (3): Im pluralistischen (Par teien-)Staat sah er eine bunte Vielfalt von Gruppen (Kreisen) mit öffentlichen Meinungen, aber auch die öffentliche Meinung, ein im wesentlichen einheitlicher und übergreifender Wille, "Wille im Urteil und durch das Urteil" (4). Es ist TÖNNIES nicht gelungen, seinen Problemansatz zur Lösung zu bringen. Was TÖNNIES zum Beispiel zu den Grenzen der Hörweite der öffentlichen Meinung sagt, kann sehr wohl auch für eine öffentliche Meinung zutreffen (5). Rüdiger ALTMANN meint, daß TÖNNIES "in gewisser Weise - aber durchaus nicht konsequent durchgeführt - ...zwischen öffentlicher Meinung und Öffentlichkeit (unterscheidet), wobei Öffentlichkeit die Öffentliche Meinung mit umfaßt" (6). Das hilft aber bei dem Problem der Unterscheidung zwischen einer öffentlichen Meinung und der öffentlichen Meinung vorerst nicht weiter. Ernst MANHEIM unterscheidet auch zwischen der Öffentlichkeit, die er gerne "Publizität" genannt sehen würde, und vielen Öffentlichkeiten (7). Auf psycho-sozialer Ebene wäre die Lösung, die dann eine ausgesprochen elitäre ist, vielleicht am ehesten zu finden: Träger der Öffentlichen Meinung können nur solche Individuen sein, die fest in dem entsprechenden Sprach- und Kulturkreis verwurzelt sind und die genügend gebildet (auch politisch gebildet) sind, um

(1) Ferdinand TÖNNIES 1922: 131

(2) (2) a.a.O., S. 130

(3) Vgl. Rüdiger ALTMANN 1954: 97

(4) (4) Ferdinand TÖNNIES 1922: 132

(5) a.a.O., S. 135-6

(6) Rüdiger ALTMANN 1954: 97

(7) (7) Ernst MANHEIM 1933:12

den nötigen Überblick und die nötige Urteilskraft zu haben (1). Hier drängt sich das von TÖNNIES erkannte und weithin bekannt gewordene Begriffspaar der (übersichtlichen) Gemeinschaft und (sehr komplexen) Gesellschaft nachdrücklich auf.

Inwieweit sich TÖNNIES auf den Staat bezieht, ist nicht klar ersichtlich. Öfter bezieht er sich nur implizit auf den Staat als übergeordnete Größe. Dabei ist der "Staat" für ihn eine 'Willensgemeinschaft', ein aus der Vergangenheit erwachsenes, mit der Gesellschaft verwachsenes Organ (2). Der Sprache räumt TÖNNIES bei der Meinungsbildung und damit auch bei der öffentlichen Meinungsbildung einen vordergründigen Platz ein (3) und sagt entsprechend: "...die Öffentliche Meinung, wie wir sie verstehen, ist ein wesentlicher Ausdruck des Geistes einer Nation" (4). Der Historiker ONCKEN griff die sich hier andeutende Problematik auf. In einem Staat mit "einander widerstrebenden Nationalitäten" könne es keine öffentliche Meinung im politischen Sinne geben, nur in einem Staate, der "auf einer einzigen Nationalgemeinschaft aufgebaut ist" (5).

Manche Autoren beziehen sich explizit gar nicht oder kaum auf den Staat, selbst wenn ihr vordergründiger Untersuchungsgegenstand politische öffentliche Meinung ist. Sie beziehen ihn implizit ein.

Andere Autoren, zum Beispiel CHILDS (1965), ändern ihren Bezugsrahmen im Laufe der Darstellung. Wie aber für CHILDS öffentliche Meinung "any collection of individual opinions" ist und der Hinweis auf eine politische Bedeutung in der Definition fehlt, konzentriert sich der größte Teil seiner Erläuterungen auf soziologische und mehr noch sozialpsychologische Aspekte von Gruppen und Institutionen.

Einen ausgesprochen sozio-kulturellen Bezugsrahmen haben natürlich die Ethnologen, im englischen bzw. amerikanischen

(1) Vgl. Wilhelm HENNIS 1957

(2) Ferdinand TÖNNIES 1922: 43957

(3) a.a.O., S. 45, 35

(4) a.a.O., S. 356

(5) Hermann ONCKEN 1914: 232

Sprachgebrauch "social anthropologists" oder "cultural anthropologists" genannt. Sie konzentrieren sich bei der Untersuchung öffentlicher Meinung auf die kulturellen Merkmale des ausgewählten Raumes. Da es sich um überschaubare traditionale Gesellschaften (oder Teile davon) handelt, wird die Rolle der tradierten Werte (wie Sitten, Brauchtum, Normen) besonders berücksichtigt (1).

Einen eindeutig überwiegend sozialpsychologischen Bezugsrahmen hat zum Beispiel die bekannte amerikanische Anthologie zur öffentlichen Meinung "Voice of the People. Readings in Public Opinion and Propaganda", die die Herausgeber folgendermaßen einleiten: "Authorities are generally agreed that public opinion is an influential factor in human affairs ...". Anschließend übernehmen sie eine "soziopsychologische Definition" von öffentlicher Meinung, eine Definition also, die öffentliche Meinung als einen Prozeß im Sinne von Gruppen und Themen begreift (2).

Welche Unterschiede bei der Behandlung des Untersuchungsgegenstandes öffentliche Meinung aus den beiden Ansätzen auch erwachsen, in einer Hinsicht treffen sie sich ausnahmslos: die öffentliche Meinungsbildung verklammern beide mit der individuellen Meinungsbildung, was im Einvernehmen mit dem subjektiven Element in der zusammengesetzten Wortbildung "öffentliche Meinung" steht. Der Anteil der sozialpsychologisch orientierten Studien ist in den letzten Jahrzehnten - im Vergleich zu denen mit staatlich-politischem Bezugsrahmen - unverhältnismäßig groß geworden, was verschiedentlich bedauert bzw. stark kritisiert worden ist (3).

Hervorzuheben sind an dieser Stelle noch die vorhandenen Bemühungen, Ausprägungen von öffentlicher Meinung zu klassifizieren. Erwähnt wurde die Unterscheidung zwischen passiver, unbewußter und aktiver, bewußter öffentlicher Meinung (4) bzw. zwischen stati-

(1) Margaret MEAD 1937, Felix M. und Marie KEESING 1956

(2) Reo M. CHRISTENSON und Robert O. McWILLIAMS 1962:1
(Hvhbg nicht im Orig.)

(3) Vgl. Paul F. LAZARFELD 1957: 39 ff und Jürgen HABERMAS
1962) 19715: 278 ff.

(4) James BRYCE (1889) 1962: 2-6

scher und dynamischer öffentlicher Meinung (1). Weiterhin gibt es die bekannte Klassifikation von Ferdinand TÖNNIES in: luftartige öffentliche Meinung oder Tagesmeinung; feste öffentliche Meinung oder "eine allgemeine unerschütterliche Überzeugung" (2); flüssige öffentliche Meinung, die als eine in Fluß gekommene - in den festen Bestandteil eingelagerte - öffentliche Meinung zu verstehen ist (3). Interessant ist auch der Versuch, ".political opinion" von "public opinion" abzugrenzen, wie das z.B. in der "International Exyclopedia of the Social Sciences" (1968) der Fall ist, wobei die Frage nach "political opinion" speziell folgenden Themenkomplex ansprechen soll: "Which opinions and views, held by which persons outside the government, are heeded by which persons who make authoritative policy decisions?" (4).

Ein Hauptgrund für die noch ausstehende begriffliche und inhaltliche Klärung bzw. dahingehendes Näherkommen ist sicherlich die Komplexität des Untersuchungsgegenstandes "öffentliche Meinung", . der in dieser Hinsicht dem der "Sozialisation des Kindes" z.B. in nichts nachsteht. In Bezug auf die zahlreichen sogenannten Determinanten öffentlicher Meinung läßt sich diese objektiv gegebene Schwierigkeit vielleicht am besten übersehen. Die Bestimmung und Klassifizierung von Determinanten oder Faktoren öffentlicher Meinung macht im übrigen einen Großteil der bisherigen theoretischen Arbeiten über öffentliche Meinung aus. Es ist die sich vordergründig anbietende Methode, da sie der Vielschichtigkeit des Problems und dem Umstand Rechnung tragen kann, daß öffentliche Meinung kein direkt beobachtbares Phänomen ist. Die Determinanten öffentlicher Meinung werden öfter in zwei Bereiche geteilt: in den persönlich-subjektiven Bereich und in den Umweltbereich (5).

(1) Wilhelm BAUER (1933) 1951: 670

(2) Ferdinand TÖNNIES 1922: 137

(3) a.a.O., vgl. S. 24 ff, 137 ff und auch 279 ff.

(4) Avery LEISERSON 1968: 198 (IESS)

(5) Harwood L.CHILDS 1965:110ff, vgl. dort auch S.111 mit der Überschrift "Personal Factors" und S.114 "Environmental Factors". Kimball YOUNG 1957: 337 ff (HSP), vgl. dort auch S.338 mit der Überschrift "Subjective Determinants".

Bei Horst REIMANN 1971: 811 wird der persönlich-subjektive Bereich unter "individuelle Meinungsbildung" beschrieben. Er läßt hier auch Aspekte des Umweltbereichs (sozusagen durch den individualpsychologischen Filter) einfließen.

Zum persönlich-subjektiven Bereich gehören alle Bewußtseins- und Gefühlslagen, die ein Individuum zur Zeit seiner individuellen Meinungsbildung haben kann und solche, die zu ihr geführt haben. Auf verschiedenste Weise lassen sie sich gruppieren und zusammenfassen: Vorurteile gehören zum Beispiel in diesen Bereich, desgleichen Motive, Konflikte, Werte sowie Identifikations- und Wahrnehmungsprozesse usw. Zum Umweltbereich gehören sowohl topographische und klimatische als auch demographische Faktoren. Die gesellschaftlichen Faktoren sind auf vielfache Weise - aus dem Rahmen der Soziologie und Politologie heraus - klassifiziert worden; neben religiösen, politischen und sogenannten öffentlichen Institutionen (Kirche; Parteien, Interessengruppen; Schulen und andere staatliche Organe) wird z.B. der Einfluß der Familie, der sozialen Klasse oder Schicht, die Wirkung der Massenmedien auf die öffentliche Meinung erwogen und erwähnt. Die bekannten und umfangreichen amerikanischen Anthologien zum Thema öffentliche Meinung reflektieren den derzeitigen Stand der Forschung: die einzelnen Beiträge entziehen sich einer umfassenden, integrierenden Theorie (1). Es ist zum Beispiel auch festgestellt worden, daß öffentliche Meinung einen "sozialen Prozeß" ausmache (2), oder differenzierter ausgedrückt, daß sie "eine Ausdrucksform kollektiven Verhaltens und das Resultat multipler, sozialkommunikativer Prozesse" sei (3), doch wie der Ablauf des Prozesses aussieht, wie die Determinanten öffentlicher Meinung miteinander verbunden sind, bleibt eine offene Frage.

Neben der unstreitigen Komplexität des Untersuchungsgegenstandes scheint ein anderer Umstand dazu beigetragen zu haben, daß sich die relativ viel behandelte öffentliche Meinung einer weiteren Klärung so beharrlich entziehen konnte. Fast ausnahmslos wird in der Literatur auf die Prägung des Begriffes im "Zeitalter der Aufklärung" hingewiesen, werden die ersten Autoren - wie zum Beispiel Jacques NECKER, der Finanzminister von Louis XVI - zitiert. Dieser direkte Bezug zur Vergangenheit wird dabei nicht - was fatal scheint - von der bewußten Hervorhebung begleitet, daß

(1) Vgl. BERELSON/JANOWITZ 1953, CHRISTENSON/McWILLIAMS 1962, CROTTY 1970, KATZ et al. 1962

(2) Floyd ALLPORT 1937: 16 und W. Phillips DAVISON (1958) 1962: 6

(3) Horst REIMANN 1971: 808

diese Autoren in einer ganz anderen Gesellschaftsordnung lebten und aus diesem System und ihrem Erfahrungskreis über öffentliche Meinung schrieben. Es ist aber anzunehmen, daß sich öffentliche Meinung in jeder Gesellschaft, in jedem sozialen Raum in der ihm entsprechenden Weise bildet, äußert und wirkt. Das ist keine "revolutionäre" Annahme. Eigentlich unüberhörbar deutlich wurde sie schon im Jahre 1914 ausgedrückt, als der Historiker ONCKEN schrieb:

"Statt der immer etwas nebelhaft bleibenden Versuche der Systematiker einen politischen Grundbegriff zu ermitteln, würde es für eine historisch-politische Beurteilung zweckmäßiger sein, eine englische öffentliche Meinung, eine französische, eine deutsche ins Auge zu fassen und zunächst einmal diese auf ihre Bestandteile zu untersuchen, bevor man zu einer vielleicht gar nicht möglichen Generalisierung schreitet" (1).

In jedem Lande trete die öffentliche Meinung in verschiedenem Gewande auf, führt ONCKEN weiter aus, ihre Bedeutung in dem einen könne mit derjenigen in dem anderen Land gar nicht verglichen werden (2). Sein Zeitgenosse, Wilhelm BAUER, suchte bis weit in die Vergangenheit Erscheinungsformen von öffentlicher Meinung (3).

"Public opinion is a deeply pervasive organic force, intimately bound up with the ideological and emotional interplay of the social groupings in which since the earliest times gregarious individuals have come together" (4).

Der These der "Allgegenwart" der öffentlichen Meinung (5) - und ihrer Verschiedenheit im Rahmen dieser Allgegenwart - ist mehrere Jahrzehnte wenig Aufmerksamkeit zuteil geworden. Eine vom Ballast idealistischer Vorstellungen befreite "de facto" Bestandsaufnahme wäre dazu notwendig.

"Der moderne Staat setzt als das Prinzip seiner eigenen Wahrheit die Volkssouveränität voraus, und diese wiederum soll die öffentliche Meinung sein. Ohne diese Zurechnung, ohne die Substitution der öffentlichen Meinung als des Ursprungs aller Autorität der für die Gesamtheit verbindlichen Entscheidungen, mangelt der modernen Demokratie die Substanz ihrer eigenen Wahrheit" (6).

(1) Hermann ONCKEN 1914: 230-231 (2) a.a.O., S. 234

(2) Wilhelm BAUER 1914

(3) Wilhelm BAUER (1933) 1951: 670 (IESS)

(4) James BRYCE (1889) 1962: 2-6

(5) Siegfried LANDSHUT 1969:333.

Entsprechend ist während des Kalten Krieges, als sich die westlichen Demokratien in totaler Konfrontation mit Staaten gegensätzlich gesehener Gesellschaftsordnung befanden, öffentliche Meinung so eingeschränkt definiert und erläutert worden, daß nur die westlichen Demokratien sie für sich beanspruchen konnten (1). Der positive Bezug zur Vergangenheit konnte hier aber gleichzeitig bestehen bleiben; denn an der Existenz und gleichgesetzten "Qualität" der öffentlichen Meinung von vor 200 Jahren (erwähnt wird z.B. die 1789 in Frankreich proklamierte Presse- und Redefreiheit, die Befreiung von dem zensurartigen Lizenzzwang in England 1695) wurde nicht gezweifelt, ungeachtet der dann noch de facto bestehenden Leibeigenschaft, der inzwischen erst erkämpften Arbeiter-- und Frauenrechte. Die emphatische Behauptung von der anderen Seite, nämlich daß es in westlichen Demokratien keine echte öffentliche Meinung gäbe, nur Klassenmeinungen oder manipulierte öffentliche Meinung, blieb nicht aus (2).

Jürgen HABERMAS hat mit seinem "Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft" (1962) nachdrücklich und einprägsam auf die Wandelbarkeit der Öffentlichkeitsstruktur verwiesen (3) und damit der AllgegenwartsThese Vorschub geleistet, ohne allerdings diese Intention zu haben. Das Material für und die Beispiele in seiner Studie datieren hauptsächlich seit Mitte des 18. Jahrhunderts und betreffen größtenteils drei Länder West-Europas: England, Frankreich und Deutschland bzw. die BRD, Er stellt fest, daß es heute keine "echte" öffentliche Meinung mehr gäbe und nennt sie daher quasiöffentliche. Sie bilde sich im Rahmen einer manipulativ entfalteten Öffentlichkeit, ihre eigentliche Bildung erfahre sie über die "Massen der Bevölkerung" hinweg, gründe ausschließlich auf institutionell autorisierten - und damit aus der Gesamtsicht stets privilegierten - Meinungen (4). Interessant ist, daß Hansjürgen

(1) Vgl. z.B. Hans SPEIER 1950:376-377.

(2) J. ARBATOW 1966 und A.K. ULEDOW (1962) 1964 (z.B. S. 101)

(3) Vgl. die hierzu grundlegende Arbeit von Ernst MANHEIM (1933) und Rüdiger ALTMANN (1954)

(4) Jürgen HABERMAS 1962: 290-291

KOSCHWITZ bei seinen Betrachtungen zu ähnlichen Schlüssen wie Jürgen HABERMAS kommt? nur bezieht er sich auf die (quasi)öffentliche Meinung im "sozialistischen Gesellschaftssystem" (1). Beide Autoren bleiben damit in der bekannten dichotomischen Klassifizierung verfangen, die immer ein Abqualifizieren, ein Ausschalten einer Variablen beinhaltet: wahr/unwahr bzw. echt/unecht, öffentlich/quasi-öffentlich. An der Aufhebung des beinhalteten Ausschließlichkeitsanspruches wird in neuerer Zeit gearbeitet. Zu nennen wäre hier Horst REIMANNs Ansatz zu einer "Vergleichenden Analyse" zwischen öffentlicher Meinung in "westlichen Industrieländern}" und "sozialistischen Gesellschaften" (2). Bezeichnend ist, daß der Autor zu diesem Abschnitt keine Literaturangaben machen konnte (3).

Zur Problematik der öffentlichen Meinung läßt sich an dieser Stelle zusammenfassend sagen: Sie gründet sich einmal auf den vielschichtigen Wortgehalt des zusammengesetzten Ausdrucks, zum anderen auf die komplexe und vielgestaltige Realität, die zu fassen mit dem Begriff angestrebt ist. Weiterhin hat eine historisch-idealistische Tradition davon abgehalten, die „dichotomische Hürde“ zu überwinden, davon auszugehen, daß öffentliche Meinung - als Teil und Ausdruck des gesamtgesellschaftlichen Prozesses - je nach den historisch und soziologisch und psychologisch vorgegebenen Besonderheiten des sie beinhaltenden sozialen Raumes verschiedene Erscheinungsformen (4) haben kann, daß dem Wesen der öffentlichen Meinung erst nähergekommen werden kann, wenn seine Erscheinungsformen bekannt sind. Dieser Fragestellung kann allerdings erst auf der Basis von analytisch-empirischen Längs- und Querschnittuntersuchungen nachgegangen werden, wobei unter Längsschnittuntersuchungen solche verstanden sind, die eine (oder mehrere) öffentliche Meinung(en) -auch nacheinander - über Zeit untersuchen, und unter Querschnittuntersuchungen solche, die eine (oder mehrere) öffentliche Meinung(en) zu einem Zeitpunkt in allen Teilen untersuchen.

(1) Hansjürgen KOSCHWITZ 1971

(2) Horst REIMANN 1971: 823-826

(3) a.a.O., S. 828

(4) Von verschiedenen "Erscheinungsformen" der öffentlichen Meinung spricht auch Elisabeth NOELLE-NEUMANN 1966:20 und a.a.O., Fußnote 53.

Wiewohl der Ertrag solcher Untersuchungen als beträchtlich einzuschätzen ist, ist es bisher weitgehend bei der Forderung nach ihnen geblieben (1). Ferdinand TÖNNIES' frühe Bemühungen (1922), Inhalte öffentlicher Meinung analytisch-empirisch und über Zeit zu verfolgen, sind hier zwar besonders hervorzuheben (2), stehen jedoch - im Vergleich zu der sonstigen Fülle "impressionistisch" zu nennender Betrachtungen - bis heute relativ vereinzelt da.

Systematisches und empirisches Vorgehen blieb - in bezug auf öffentliche Meinungsforschung - auf die statistisch-empirische Methode konzentriert, und an derart durchgeführten Untersuchungen hat es in bezug auf öffentliche Meinung nicht gemangelt. Es gibt eine nunmehr unüberschaubare Menge von Meinungsumfragen zu Themen öffentlicher Meinung. Das Fachorgan "Public Opinion Quarterly" zum Beispiel quillt von Umfrageergebnissen und deren Interpretation geradezu über. Auch das seit 1955 von Elisabeth NOELLE und Peter NEUMANN herausgegebene "Jahrbuch der öffentlichen Meinung" zeugt immer wieder von der unverminderten Aktivität, die auf Umfragen verwendet wird. Dennoch - zu einer begrifflichen und inhaltlichen Klärung des Phänomens "öffentliche Meinung" hat diese Vielzahl der Meinungsumfragen nicht führen können. Ihre Resultate werden in der Regel ohne Aufschluß über Untersuchungsanlage und zugrundeliegende theoretische Prämissen veröffentlicht. Zu bedenken ist auch, daß sie' als Auftragsforschung entstehen und zumeist von privatwirtschaftlichen und in Konkurrenz stehenden Instituten durchgeführt werden. Auch können diese vielen - jeweils einzelnen - Umfragen darüber hinaus nur (momentane und beschränkte) Punktbeleuchtungen auf eine im Prozeß befindliche öffentliche Meinung darstellen.

Der Vorschlag von Alfred KORNHAUSER aus dem Jahre 1950, man möge die dann vorliegenden statistischen Ergebnisse der Umfrageforschung systematisch untersuchen und vielleicht Aufschluß bekommen über relativ konstant wirkende soziale Kräfte bei der Bildung von öffentlicher Meinung (3), ist nicht aufgenommen worden. Das wäre

-
- (1) Vgl. - sinngemäß - das schon auf S. 14 dieser Arbeit gegebene Zitat von ONCKEN aus dem Jahre 1914; vgl. auch Lee BENSON 1967: 522-567 und Niklas LUHMANN (1970) 1974: '36,39,54.
 - (2) Vgl. besonders das Kapitel IX "Die Öffentliche Meinung und die soziale Frage" im Dritten Buch unter dem Titel "Besondere Fälle der Öffentlichen Meinung" - Ferdinand TÖNNIES 1922: 439-503.
 - (3) Alfred KORNHAUSER 1950: 336

zum einen ein sehr großes und kostspieliges Forschungsvorhaben gewesen, zum anderen ist nicht unberechtigt zu fragen, ob die bei Meinungsumfragen miterhobenen, grobschlächtigen Angaben zur Person der Befragten: z.8. Einkommen, Religion, Alter, Geschlecht (Antworten dazu in Form von Alternativen vorgegeben) nicht systematisch zu einem oberflächlichen Ergebnis hätten führen müssen (1). Eine aufwendige Gesamt- und Trenduntersuchung dieser groben Untersuchungsmaterialien hätte sich zudem mit dem nicht geringen Problem der Vergleichbarkeit der vielen Einzeluntersuchungen auseinandersetzen müssen. Die seit einigen Jahren - namentlich vom Allensbacher Institut für Demoskopie - verfolgte Praxis, in Hinblick auf ihre Vergleichbarkeit angelegte Umfragen zu einem Thema öffentlicher Meinung durchzuführen und deren Resultate in bezug aufeinander zu interpretieren (2), ist ein vielversprechender Schritt, auch in die von KORNHAUSER vorgeschlagene Richtung.

Das über Jahre erprobte und verfeinerte Instrument der demoskopischen Umfrage bei den geforderten Längs- bzw. Querschnittuntersuchungen jederzeit und in immer neuer Weise einsetzen zu können, damit den gesamten sozialen Raum nach quantifizierten Merkmalen sondieren zu können, ist und bleibt wohl ein Traum. In dem Zusammenhang ist Samuel STOUFFER nur zuzustimmen:

"The public opinion polling technique - like the electron microscope - is one of those inventions that magnifies our Vision. It opens new vistas, permitting the empirical test of theoretical propositions that can be rigorously formulated with operational definitions of each variable" (3)

Aus Kosten- und Zeitgründen kann das Instrument der demoskopischen Umfrage jedoch nur gezielt und vereinzelt eingesetzt werden. Es kann also keine allein tragende Funktion für die umfassende Längs- und Querschnittuntersuchungen haben, allerdings zweifelsfrei eine stützende.

Der Hintergrund und Problemzusammenhang, in den die vorliegende Arbeit gestellt ist, ist im vorhergehenden dargelegt worden. Mit der im Untertitel angesprochenen "exemplarischen Untersuchung"

(1) Samuel STOUFFER (1956) 1962: 246

(2) Vgl. z.B. Elisabeth NOELLE-NEUMANN 1973: 36 ff, vgl. 5.49 dieser Arbeit

(3) Samuel STOUFFER (1956) 1962: 250

stelle ich eine analytische Längsschnittuntersuchung vor, die ohne das Instrument der demoskopischen Umfrage bzw. ihrer Ergebnisse vorgenommen werden wird. Wiewohl es eine Reihe von wertvollen Beiträgen für die dazu heranzuziehende Methode gibt, eine eigentliche Ausarbeitung oder Modell für eine solche Untersuchung gibt es bisher nicht. So hat diese Arbeit dreierlei Aufgaben: Eingangs werden die theoretischen Prämissen expliziert und anschließend das darauf aufbauende methodische Vorgehen. Letztlich wird eine exemplarische Untersuchung vorgenommen werden.

II. Theoretischer Orientierungsrahmen

a. Grundlegung

Wie schon in der problematisierenden Einführung vorgetragen wurde, scheint es gegenwärtig wenig fruchtbar zu sein, das Phänomen öffentliche Meinung auf bestimmte Gesellschaftsformen beschränken und an bestimmte Sinnkomplexe binden zu wollen. Der Zeitpunkt für ein solches Vorgehen wäre die Schlußphase einer noch ausstehenden Theorie der öffentlichen Meinung, und diese ist noch nicht in Sicht. Um nicht von vornherein unnötig und arbiträr einzuschränken, ist ein inklusiver Ausgangspunkt für das Studium der öffentlichen Meinung angebracht:

1. Es kann in allen Gesellschaftssystemen - als Teil und Ausdruck des gesellschaftlichen Prozesses - zur Bildung von öffentlicher Meinung kommen.

2. Im Prinzip kann jeder Sachverhalt und jedes Geschehen zum Thema öffentlicher Meinung werden (1). Inwiefern öffentliche Meinung als Teil und Ausdruck des gesellschaftlichen Prozesses betrachtet werden kann, darauf werde ich im folgenden eingehen.

Die in dieser Feststellung beinhaltetete Annahme zum prozeßhaften Charakter der öffentlichen Meinung und zu ihrer Verwobenheit mit der Vielfalt des sozialen Lebens ist in der Literatur unbestritten und beispielsweise in der geführten Diskussion um die Träger der öffentlichen Meinung zum Ausdruck gekommen, nicht zuletzt auch angedeutet in der häufigen Bemerkung, daß der Untersuchungsgegenstand "öffentliche Meinung" im Schnittpunkt der Sozialwissenschaften liege.

Allerdings setzt die Unterstellung der Wirklichkeit der öffentlichen Meinung und das Festhalten an diesem Begriff (2) voraus, daß zwischen ihm und anderen gesellschaftlichen bzw. sozialen

(1) Vgl. hingegen Lee BENSON 1967: 524: "For our purposes public opinion is arbitrarily defined to refer only to opinions on potential issues". Vgl. auch S. 12 dieser Arbeit.

(2) Vgl. das Zitat von Elisabeth NOELLE-NEUMANN 1971 6: 210 (FLP) auf S. 1 dieser Arbeit.

Phänomenen unterschieden werden kann. Das ist auch eine Vorbedingung dafür, daß dieses Phänomen überhaupt untersucht werden kann. Ich gehe hierbei von der folgenden Annahme aus:

3. Drei Merkmale - vereint zu einem Merkmalskonglomerat - trennzeichnen öffentliche Meinung:

a. A k t u a l i t ä t ,

also unmittelbarer, bedeutsamer Bezug für die Gegenwart;

b. K o n t r o v e r s e , also Strittigkeit, das Vorhandensein unterschiedlicher Standpunkte;

c. P u b l i z i t ä t , also

Öffentlichkeit bzw. Offenkundigkeit, weite Verbreitung.

Wiewohl diese drei Merkmale im einzelnen noch jeweils wenig spezifisch sind und sich in Teilen sogar überschneiden, ergänzen sie sich gleichzeitig gegenseitig und lassen - in ihrer Gesamtheit - das Spezifische der öffentlichen Meinung in ihrem Kern erkennen (1).

(1) Es besteht z.B. eine Affinität zwischen öffentlicher Meinung und dem (u.a. in Redensarten, Volkserzählungen) überlieferten Allgemeinwissen; zwischen den in einer Gesellschaft vorhandenen Standards des Verhaltens (Normen, Sitten, Gebräuche) und des Denkens, Fühlens, Bewertens (Ideologien Denkstrukturen, tradierte Werte) (vgl. S. 24 dieser Arbeit). Last but not least sei hier auch auf die bestehende Affinität zwischen öffentlicher 'Meinung und den sogenannten Stereotypen hingewiesen, eine Wortprägung, die Walter LIPPMANN (1922) in Anlehnung an die in Druckereien verwandten Stereotypplatten und - in heutiger Sicht - verkürzend auf das Phänomen öffentliche Meinung gebrauchte, die aber inzwischen von der Sozialpsychologie übernommen wurde (vgl. S. 43 dieser Arbeit). Keines dieser beispielhaft genannten Phänomene kann die drei Merkmale der öffentlichen Meinung in ihrer Gesamtheit auf sich vereinigen.

b. Öffentliche Meinung als Teil und Ausdruck des gesellschaftlichen Prozesses

Der "gesellschaftliche Prozeß" ist ein Sammelbegriff für alle in einem Gesellschaftssystem beinhalteten Vorgänge, seien sie wirtschaftlicher, politischer, sozialer, kultureller, psychologischer oder sonstwelcher Art. Die Vorstellung, die dieser Wortwahl zugrundeliegt, ist die eines - in dynamischer Entwicklung begriffenen - Netzes von interdependenten gesellschaftlichen Tatsachen. Bei der Erforschung von öffentlicher Meinung als "Teil und Ausdruck des gesellschaftlichen Prozesses" gilt es, das Phänomen öffentliche Meinung - abgegrenzt durch das ihm eigene Merkmalskonglomerat - ins Zentrum der Betrachtung zu rücken und seine Verstreungen im gesamtgesellschaftlichen Prozeß nachzuziehen. Notwendigerweise wird sich das die öffentliche Meinung betreffende Untersuchungsgebiet über die Grenzen der einzelnen sozialwissenschaftlichen Disziplinen hinweg erstrecken.

Bei der gegebenen Komplexheit des Gesamtgesellschaftlichen, die auch unter dem Blickwinkel der öffentlichen Meinung unverändert weiterbesteht, fällt es schwer, Schnitte zu machen. Ich setze hier bei zwei Hinweisen an, die in dem Ausdruck "gesellschaftlicher Prozeß" - und in der Redewendung "Prozeß der öffentlichen Meinung" - enthalten sind.

Einmal ist darin der Hinweis auf eine gewisse Strukturierung im Rahmendes Entwicklungsganges enthalten, ein in ständiger Bewegung befindliches Chaos ist gewiß nicht gemeint. Wie der gesamtgesellschaftliche Prozeß, so läuft auch der Prozeß der öffentlichen Meinung über (aus dem menschlichen Miteinander entwickelte) mehr oder minder kontinuierliche Bahnen der Kommunikation und des Handelns ab. Sicherlich Wird Er dabei den beiden Hauptformen der gesellschaftlichen Strukturierung Rechnung tragen müssen, der jeweiligen Form der gesellschaftlichen Schichtung bzw. der Grundbesitz-, Kapital- und Produktivkraftverteilung und den jeweiligen Organisationsformen innerhalb und über die einzelnen Bereiche hinaus -sei es eine staatliche Organisation, die Institution Kirche oder eine Partei, politische Vereinigung, religiöse Sekte, Massenmedium, Gewerkschaft, usw. Je nach der historischen Situation und den Eigenheiten

eines Gesellschaftssystems - und in gewissem Maße auch je nach dem Thema der öffentlichen Meinung - kann das Gewicht, das den einzelnen Organisationsformen und der gesellschaftlichen Schichtung beim Prozeß der öffentlichen Meinungsbildung zukommt, verschieden sein. Nicht unerwähnt bleiben sollten an dieser Stelle auch die flüchtigen Organisationsformen wie Versammlungen, Tagungen, Kongresse, Pressekonferenzen, die unter Umständen wichtige "Schleusen" im Prozeß der öffentlichen Meinungsbildung abgeben können (1).

Außerdem ist in dem Ausdruck "gesellschaftlicher Prozeß" und "Prozeß der öffentlichen Meinung" die Vorstellung einer sich fortschreitend verschiebenden Bindung zwischen zwei Polen enthalten: zwischen einer anschwellenden und gleichzeitig teilweise zurückgelassenen Vergangenheit und einer sich ständig ausdehnenden und teilweise in die Gegenwart geholten Zukunft. Wieder gesamtgesellschaftliche Prozeß aus der Vergangenheit erwächst, wobei aus der Vergangenheit stammende Inhalte und Formen über lange Zeitspannen mehr oder minder kontinuierlich in die Zukunft getragen werden können, baut auch die u.a. darin enthaltene öffentliche Meinung zu einem zu bestimmenden Teil auf historischen Grundlagen auf. Da schon die über den Tag zurückreichende Zeit zur Vergangenheit zu zählen ist, reicht der Prozeß einer gegebenen öffentlichen Meinung jeweils zu einem Teil in die Vergangenheit. Wie wesentlich die historische Dimension für das Thema "öffentliche Meinung" ist, davon zeugt ein im Jahre 1967 eigens dazu gehaltenes Symposium (2). Kurz vorher (1965) wurde eine gesamte Ausgabe des "International Social Science Journal" dem Problemkomplex "History and Social Science" gewidmet (3). Das zugrundeliegende Erkenntnisinteresse, den Sozialwissenschaften die Basis für historische Vergleiche zu bieten und ein Kontinuum, in dem sie arbeiten können (4), ist nicht zuletzt gerade auch der Erforschung von öffentlicher Meinung dienlich.

-
- (1) Schon der deutsche Historiker Johann Martin CHLADENIUS (1710/1759) nannte (1742/1752) eine Reihe von Personen einen "Kanal" und war sich bewußt über die Bedeutung solcher Kanäle bei der Verbreitung und Entwicklung von Ideen. Vgl. EISERMANN 1969: 484, Fußnote.
 - (2) Die daraus entstandene Publikation trägt den Titel: "Public Opinion and the Historians", Melvin SMALL (Hrsg.) 1970.
 - (3) International Social Science Journal, Vol. 17, No. 4, 1965.
 - (4) Vgl. Peter LASLETT 1968: 440

Zu den Aspekten des gesamtgesellschaftlichen Prozesses die die öffentliche Meinungsbildung wahrscheinlich bedeutsam beeinflussen gehören gerade auch die sogenannten Kulturinhalte die ihrerseits weit in die Vergangenheit reichende Ursprünge haben können. Zu nennen sind die im Sozialverhalten impliziten Standards und Regeln des Verhaltens (Erkennens und Denkens) auch die in einer gegebenen Sprache beinhalteten "konventionalisierten Bedeutungen" tradierte Werte und Ideologien (1). Je nach dem gegebenen Gesellschaftssystem und seiner historischen Situation' und je nach dem Thema der öffentlichen Meinung' können andere Kulturinhalte die öffentliche Meinungsbildung beeinflussen bzw. vorbereiten. In dem einen mögen es Sprichwörter, Mythen, Volkserzählungen sein in dem anderen gegebenenfalls 'comic strips' Schlager unterhaltende Sachbücher.

Letztlich sei hier noch ein anderer, im gesamtgesellschaftlichen Prozeß enthaltener Hergang erwähnt'. der von wesentliche Bedeutung für die Erklärung öffentlicher Meinungsbildungsprozesse ist: Der auf der psychologischen Ebene hergestellte zwischenmenschliche Zusammenhang und die im Individuum dazu begründeten Möglichkeiten und Grenzen und Regelmäßigkeiten. Der immanente Widerspruch in den Wortgehalten von "Meinung" und "öffentlich" daß "Meinung" immer etwas Subjektives' "öffentlich" aber etwas außerhalb des Menschen verklammertes bedeute, ist erwähnt worden (2). Diesem Sachverhalt und seiner Problematik kann gegenwärtig anscheinend nur auf der psychologischen Ebene effektiv begegnet werden insbesondere wenn - analytisch - zwischen individualpsychologischen (3) und

(1) "(The) Patterns' norms, rules, and standards implicit in the behavior, social relations, and artifacts are considered as the constituents of culture. They are the systems of meanings, ideologies, conventionalized understandings, and cognitive and unconscious structures, which may be recognized in a given society with varying degrees of consciousness and explicit verbal formulation..," Milton SINGER 1968: 541 (IESS).

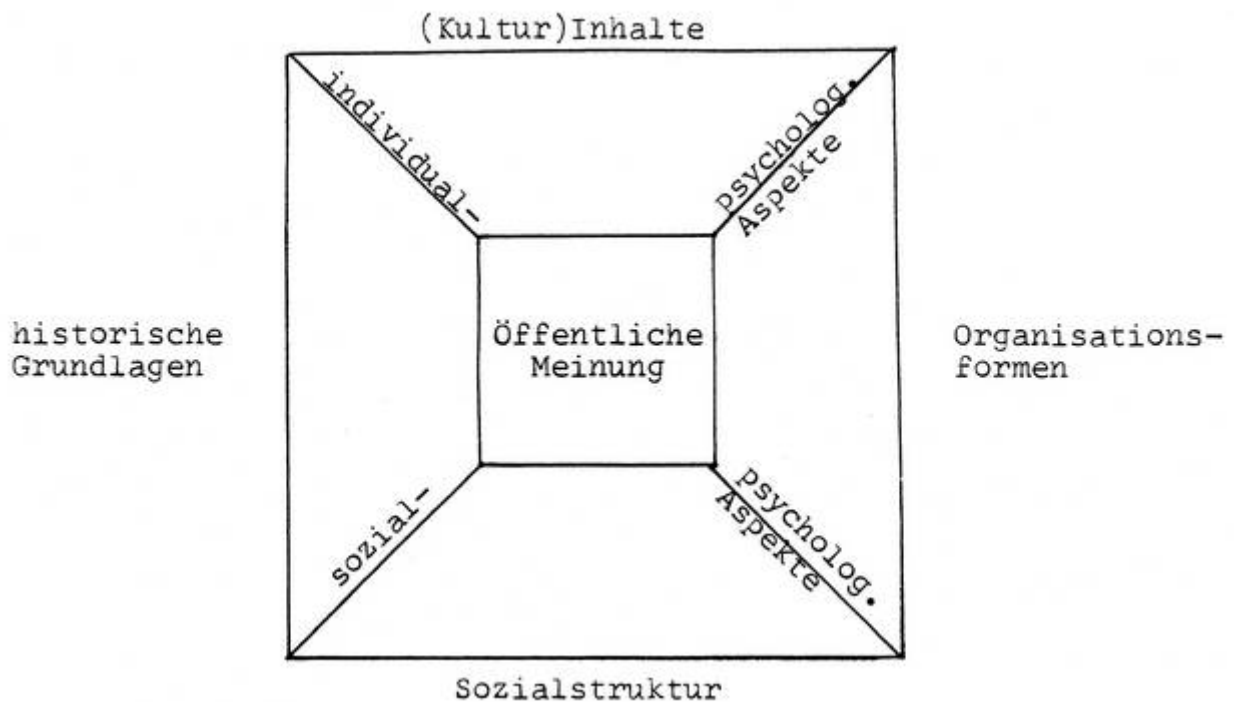
(2) Vgl. S, 4 dieser Arbeit.

(3) Um einen i n d i v i d u a l P s y c h o l o g i s c h e n Aspekt von Meinungsbildung handelt es sich, wenn das Individuum Ausgangspunkt und Zentrum der Betrachtung ist. Das schließt nicht aus, daß die soziale Umwelt einen Einfluß auf die derart erklärte Meinungsbildung gehabt hat. Da der Mensch ein soziales Wesen ist, ist die soziale "Brechung" in dieser oder jener Form immer gegeben. Wichtig ist hier' daß die Meinungsbildung aus dem einzelnen Individuum heraus erklärt wird. Es bleibt auch dann ein individualpsychologisches Moment' wenn eine Vielheit von Individuen auf diese Weise zu der gleichen Meinung gekommen sein mag.

Sozialpsychologischen (1) Aspekten bei der Bildung öffentlicher Meinung unterschieden wird, was ich vorschlagen würde. Diese analytische Unterscheidung ist insofern von Bedeutung und angebracht' als auf dieser Ebene die Verklammerung von den mehr im (subjektiven) Individuum und den mehr außerhalb von ihm begründeten Vorgängen bei der Bildung öffentlicher Meinung deutlich und erklärbar wird. Wiewohl Charles Horton COOLEM schon (1909) feststellte, daß öffentliche Meinung ein "kooperatives Produkt der Kommunikation und reziproken Beeinflussung" sei (2), sind bisher in diesem Zusammenhang unvergleichbar mehr die individualpsychologischen Aspekte in der öffentlichen Meinungsbildung beachtet worden' wie eine Durchsicht der Nummern des "Public Opinion Quarterly" bestätigt, die die Aufarbeitung der psychologischen Grundlagen in der öffentlichen Meinungsbildung zum Ziel haben (3).

Wie im einzelnen das Phänomen öffentliche Meinung in den gesamtgesellschaftlichen Prozeß eingefügt ist und darin wirkt, dem nachzugehen ist sicherlich eine immense Aufgabe. Ich habe im vorhergehenden eine vage Ortung vorgenommen und einige Aspekte aufgezeigt, die anscheinend vorrangig zu berücksichtigen sind. Sie lassen sich in folgendes Schema fassen:

-
- (1) Um einen s o z i a l p s y c h o l o g i s c h e n Aspekt handelt es sich hingegen' wenn die zwischenmenschlichen Beziehungen im Zentrum der Betrachtung sind; Meinungsbildung aus Prozessen heraus erklärt wird, die sich zwischen den Menschen abspielen. Da das von den Individuen losgelöste "Zwischenmenschliche" ein unvorstellbares Niemandsland wäre, bleibt hier wiederum der Bezug zum Individuum bestehen' er ist jedoch ein nebensächlicher.
 - (2) "...a cooperative product of communication and reciprocal influence" - Charles Horton COOLEM (1909) 1956: 121.
 - (3) Der im Jahre 1975 für "Public Opinion Quarterly" von Robert O. CARLSON herausgegebene Reader "Communications and Public Opinion" reflektiert ebenfalls das Interesse an den individualpsychologischen Aspekten in der öffentlichen Meinungsbildung.



Im folgenden werde ich drei Thesen zur öffentlichen Meinungsbildung heranziehen und ihre Annahmen über die Verstreungen des Prozesses der öffentlichen Meinung im gesamtgesellschaftlichen Prozeß aufzeigen. Grundlage für die - von mir so benannte - "These vom thematischen Bezug" ist die Arbeit von Ernst MANHEIM (1933) und der bemerkenswerte Aufsatz von Niklas LUHMANN (1971). Die "These vom konformistischen Druck" - wie ich sie nennen will - ist insbesondere von Elisabeth NOELLE-NEUMANN herausgestellt und in mehreren Arbeiten (1966-1976) erläutert worden. Die "Meinungsführer-These" gehört mit ihren Variationen zum traditionellen Bestandteil der Publizistikwissenschaft, erstmals von LAZARFELD' BERKELSON und GAUDET (1944) vorgestellt.

c. Die These vom thematischen Bezug

Eingangs sei diese These folgendermaßen formuliert: Eine gegebene öffentliche Meinung bildet sich in bezug auf ein Thema und im Rahmen einer ihr eigenen, bestimmt strukturierten Öffentlichkeit. (1)

Daß eine öffentliche Meinung nur in bezug auf ein Thema (2) gebildet werden kann, ist seit langem bekannt, es ist jedoch Niklas LUHMANNs unbestreitbares Verdienst' dieser "Binsenweisheit" mit Nachdruck und Überzeugungskraft einen neuen Bedeutungsgehalt gegeben zu haben, und zwar in seinem Aufsatz "Öffentliche Meinung" (1970), in dem er sich der "reizvollen Aufgabe" stellt, diesen "klassischen politischen Begriff mit neuartigen (Anm.: systemtheoretischen) Denkmitteln" zu rekonstruieren.

"Themen" sind für LUHMANN und auch im folgenden "bezeichnete, mehr oder weniger unbestimmte und entwicklungsfähige Sinnkomplexe" (3). Der Spielraum für eine Kontroverse ist in einem Thema gegeben, man kann - in den Worten von LUHMANN - "über sie reden und gleiche, aber auch verschiedene Meinung haben" (4).

-
- (1) Der Begriff "Öffentlichkeit" steht dem der "öffentlichen Meinung" an Vagheit nicht nach. Zum großen Teil ist beider Begriffsgeschichte miteinander verschlungen. "Das Problem der Öffentlichkeit wird in der Staatslehre und politischen Soziologie nur selten abgehandelt. Im allgemeinen ist der Begriff der Öffentlichkeit in dem der öffentlichen Meinung untergegangen oder wird als Attribut anderer Veranstaltungen und Institutionen benutzt" (Rüdiger ALTMANN 1954:1). Eine kurze, aber prägnante Begriffsgeschichte findet sich bei Niklas LUHMANN (1970) 1974:21. Es gibt eine Reihe von Definitionsversuchen, z.B. Kimball YOUNG 1957:324 (HSP), THEODORSON 1969:324 (MDS). Die Definition von Franz OPPENHEIMER aus seinem "System der Soziologie" (Bd.I/2, 1964:469) sei hier beispielhaft erwähnt: "Öffentlichkeit heißt nichts anderes als: Wechselbeziehungen im geistigen Leben, die aber einen weit gespannten, meist nicht streng geschlossenen Kreis umfassen."
 - (2) Ein Englischen wird für Thema der Ausdruck "issue" verwandt, im Französischen "sujet", im Russischen "tema".
 - (3) Niklas LUHMANN (1970) 1974: 32
 - (4) Als Beispiele für "Themen" nennt er: "...das Wetter, das neue Auto des Nachbarn, die Wiedervereinigung der Motorlärm von Rasenmähern, das Steigen der Preise, der Minister Strauß". Ein Thema kann also Thema öffentlicher Meinung werden' braucht es aber nicht.

Was Themen öffentlicher Meinung von anderen Themen der Kommunikation unterscheidet ist - entsprechend den Merkmalen der öffentlichen Meinung - neben der impliziten Kontroverse ihre Aktualität und weite Verbreitung bzw. Publizität oder "Öffentlichkeit". In Bezug auf öffentliche Meinung sei "Öffentlichkeit" als die "Unterstellbarkeit der Akzeptiertheit von Themen" zu sehen, schlägt Niklas LUHMANN vor (1). Da nicht anzunehmen ist, daß ein ganzes Gesellschaftssystem zu gleicher Zeit und gleichermaßen mehrere öffentliche Meinungen akzeptieren und behandeln kann, leistet LUHMANN damit der Vorstellung Vorschub, daß die Öffentlichkeit zu einem Thema öffentlicher Meinung je nach Thema - hinsichtlich der Zusammensetzung und des "räumlichen" Ausmaßes variieren kann.

Man stelle sich "das soziale System gemeinhin viel zu kompakt, gleichsam reifiziert" vor, führt LUHMANN weiterhin aus; es sei vielmehr als eine Ausdifferenzierung von Teilsystemen zu begreifen, die aber nicht voneinander isoliert, sondern in einem gesamtgesellschaftlichen Kommunikationszusammenhang verbunden seien. Der Prozeß der Ausdifferenzierung werde geleitet von den "Regeln der Grenzziehung und Zuordnung, die im gesamtgesellschaftlichen System funktionieren" sei in Abhängigkeit davon zu sehen (2).

Eine ähnliche Vorstellung trug Ernst MANHEIM (1933) an den Begriff "Öffentlichkeit" heran' und zwar in seinem Buch "Die Träger der öffentlichen Meinung. Studien zur Soziologie der Öffentlichkeit". Wie LUHMANN meinte auch er:

"Dem Tun und Denken ist es wesentlich, daß es sich nicht im Staat und in der Gesellschaft überhaupt und nicht in der Öffentlichkeit oder der Gegenwart schlechtweg, sondern in bestimmten Räumen des Miteinanderlebens vollzieht" (3).

Im Prozeß des Miteinanderlebens können sich - auf der Basis von "Einverständnis- und Repulsivhandeln" (4) - publizistische Kleingebilde ausdifferenzieren und die Gestalt von "Öffentlichkeiten" annehmen. MANHEIM wendet sich gegen die Vorstellung von "Öffentlichkeit" als einer abstrakten, eindimensionalen Größe, die als

(1) Niklas LUHMANN (1970) 1974: 46

(2) a.a.O., S. 50; vgl. S. 22 dieser Arbeit.

(3) Ernst MANHEIM 1933: 11, Hvhbg nicht im Orig.

(4) "Einverständnis" ist hier in Bezug auf "gleiche Meinungen", "Repulsion" in Bezug auf "unterschiedliche Meinungen" zu verstehen.

solche immer ein Phantom bleiben muß (1). Er versteht sie vielmehr als ein vielfältiges Mosaik von publizistischen Kleingebilden und zieht den Schluß: " Ohne Kenntnis dieser verschieden gerichteten und gelagerten Kleingebilde muß ... die 'Öffentlichkeit' als ein breiig-amorphes, ausschließlich massenpsychologisches Phänomen erscheinen" (2).

Nicht unkommentiert bleiben sollte an dieser Stelle die seit langem festgestellte und doch nicht ausgeräumte "Paradoxie im Felde der Publizistik" (3), die doppelte Bedeutung von "Öffentlichkeit": Einmal ist damit eine Öffentlichkeit neben anderen bezeichnet, dann wiederum wird mit Öffentlichkeit - jetzt zur Kategorie erhoben - eine einzige, umfassende Erscheinungsform bezeichnet (4). Ferdinand TÖNNIES (1922) wollte dieser Schwierigkeit auf der orthographischen Ebene begegnen und gebrauchte die Schreibweisen: die Öffentlichkeit und die Öffentlichkeit und entsprechend Öffentliche Meinung und öffentliche Meinung(en); Ernst MANHEIM schlug vor, die (inklusive) Öffentlichkeit "Publizität" zu nennen (5). Sein Vorschlag hat sich nicht durchgesetzt. Publizität wird zwar relativ seltener, jedoch als Synonym von "Öffentlichkeit" verwandt. Es ist jedoch nicht auszuschließen, daß im Zuge der inhaltlichen und empirischen Arbeit an einer "Theorie der gesellschaftlichen Kommunikation (und der öffentlichen Meinung)" die speziellen Öffentlichkeiten mit einem eigenen Begriff gefaßt werden, sei es als "publizistische Gebilde", sei es als "Kommunikationszusammenhänge". Daß sich die Vorstellung von der (inklusive) Öffentlichkeit so festigen konnte, mag größtenteils

-
- (1) Walter LIPPMANNs Buch aus dem Jahre 1925 trug z.B. den bezeichnenden Titel "The Phantom Public".
 - (2) Ernst MANHEIM 1933:12. Diese Feststellung wird nun immer wieder gemacht, allerdings ohne eine Lösung des Problems vorzutragen, vgl. Rüdiger ALTMANN 1954:116, Jürgen HABERMAS (1962) 1971:284, auch Paul LAZARUSFELD 1957:39ff.
 - (3) Ernst MANHEIM 1933:8.
 - (4) MANHEIM sah eine Parallele zwischen dieser "Paradoxie im Felde der Publizistik" und der "modernen Paradoxie des Gesellschaftlichen", wo der Begriff "Gesellschaft" eine Sozialform neben anderen bezeichnen kann (wie z.B. die Aktiengesellschaft, geselliger Zirkel) und der weitere Begriff "Gesellschaft" sämtliche Gebilde menschlicher Verhältnisse (das Patriarchat, den Sippenverband, die Kulturgenossenschaft...) umfassen soll, vgl. a.a.O., S. 6-7..
 - (5) a.a.O., S. 12

an den Erfolgen der repräsentativen Umfrageforschung liegen, die gewöhnlich (eben auf repräsentativer Basis) das ganze (Staats)Volk (eben die wahlmündige Öffentlichkeit) erfaßt und deren Wahlprognosen relativ zuverlässig sind. Allerdings gilt festzuhalten, daß auch bei diesen Umfragen ein in Grenzen gehaltener Prozentsatz "keine Meinung" hat, wobei nicht auszuschließen ist, daß von diesen einige (wenige) sich der bevorstehenden Wahl und was sie impliziert nicht bewußt geworden sind, sie genaugenommen nicht zur "Öffentlichkeit" zählten. Zurecht stellt Horst REIMAHN (1971) fest:

"Die öffentliche Meinung als eine einheitliche Größe ist ein kaum realisierter Grenzfall, wenn nicht gar eine Fiktion" (1).

Interessant ist, daß MANHEIM und LUHMANN mit zwei verschiedenen, sich aber gegenseitig ergänzenden Perspektiven an den Untersuchungsgegenstand, die öffentliche Meinung im Rahmen des gesellschaftlichen Prozesses, herangehen. Während MANHEIM sozusagen auf die "Basis" seine Aufmerksamkeit konzentriert, die Möglichkeiten der Bildung von publizistischen Gebilden dort verfolgt und von dort aus auf das verbindende "Sinngefüge" schließen will, ist für LUHMANN die "thematische Struktur der öffentlichen Kommunikation" (2) Ausgangspunkt, ihr versucht er die "Basis" in entsprechender Gliederung zuzuordnen. Insofern zeigt LUHMANNs Vorgehen eine gewisse Affinität mit der Wissenssoziologie, der Lehre von der "Seinsverbundenheit" des Wissens. (3) Er erwähnt auch "gängige Werte" (Kulturinhalte), die bei der Erörterung von Themen (öffentlicher Meinung) den Bezugsrahmen abgeben können, sei es "Geld, Gesundheit, Gerechtigkeit, Kunst, Erziehung ...". Diese Werte seien so stark abstrahiert, daß man sich auf sie beziehen kann, ohne befürchten zu müssen, daß jemand gegen den Wert als

(1) Horst REIMAHN 1971:808

(2) Niklas LUHMANN (1970) 1974:28

(3) Daß das Erkenntnisinteresse der Wissenssoziologie in vielen Aspekten dem der öffentlichen Meinung entspricht, ist nicht zu bezweifeln. Das bestätigt auch Ernst MANHEIM 1933:13-14' wiewohl er meint' daß die Wissenssoziologie (Karl MANNHEIMs) keine "soziologische Erfassung publizistischer Vorgänge" leisten könne. Eine ausführliche Darstellung zur Affinität beider Erkenntnisinteressen gibt es bei Robert MERTON (1949) 1957, Teil III, "The Sociology of Knowledge and Mass Communications Research", S. 440 ff. Eine Reihe von Hinweisen gibt es zu dem Thema auch bei Gottfried EISERMANN: "Wissenssoziologie", in ders. "Die Lehre von der Gesellschaft" 1969:481-535.

solchen ist. Für ihre Anerkennung brauchten weder Gründe noch individuelle Motive beschafft zu werden. Lediglich das Rangverhältnis der Werte und die Notwendigkeit des partiellen Verzichtens stünden von Fall zu Fall zur Diskussion und wechselten mit dem Thema der öffentlichen Meinung (1).

Die von LUHMANN in bezug auf den Untersuchungsgegenstand eingenommene Perspektive kommt hinsichtlich der von ihm vorgestellten, in einem Gesellschaftssystem implizierten "Aufmerksamkeitsregeln" deutlich zum Ausdruck (2). Diese seien dem Kommunikationsprozeß "vorgeschaltet", hätten eine "Filterfunktion". Wiewohl sie für jedes politische System verschieden und empirisch zu ermitteln seien, vermutet er, daß die folgenden sechs Kategorien von Belang sind (3):

- 1- Überragende Priorität bestimmter Werte (4)
- 2- Krisen oder Krisensymptome (5)
- 3- Status des Absenders einer Kommunikation
- 4- Symptome politischen Erfolges
- 5- Neuheit von Ereignissen
- 6- Schmerzen oder zivilisatorische Schmerzsurrrogate (6).

Ernst MANHEIM hingegen - entsprechend der von ihm in Bezug auf den Untersuchungsgegenstand eingenommenen Perspektive - richtet einen Großteil seiner Aufmerksamkeit auf die Öffentlichkeitsstruktur zweier Organisationsformen, auf den

(1) Niklas LUHMANN (1970) 1974:42. Vgl. auch S. 21 dieser Arbeit, die Fußnote; S.24 zu den "Kulturinhalten" und das Schema auf S. 26.

(2) Niklas LUHMANN (1970) 1974:36

(3) (3) a.a.O., S. 37-38

(4) Die "überragende Priorität bestimmter Werte" läßt gleichsam von selbst - bei deren Bedrohung - ein Thema entstehen.

(5) Wobei "Krisen" unerwartete bzw. thematisch nicht vorbereitete "Bedrohungen nicht nur einzelner Werte sind, sondern des Systembestandes in seinem eingelebten Anspruchsniveau" LUHMANN (1970) 1974:37.

(6) Unter zivilisatorischen Schmerzsurrugaten versteht LUHMANN drohende oder effektive materielle/soziale Einbußen, wobei die eigentliche Existenz nicht in Frage gestellt ist.

esoterischen Bund und die intim-politische Vereinigung (1) und auf einige publizistische Gebilde aus der Zeit des 18. Jahrhunderts: die Sprachorden, die patriotisch-moralischen und die deutschen Gesellschaften, das Freimaurertum (2). Unter Berücksichtigung der historischen Dimension versucht er auch aufzuzeigen, in welche publizistischen Zusammenschlüsse die Kleingebilde eingehen können, wobei er auf eine Form, die bürgerliche Publizität, ausführlicher eingeht (3). MANHEIMS Arbeit ist auf hohem Abstraktionsniveau angelegt, und über weite Teile geht er vorwiegend formalsoziologisch vor, verfolgt er die inneren Gesetzmäßigkeiten soziologischer Gebilde ohne direkten und systematischen Bezug auf die soziale Realität und ihre Erscheinungsformen. Unbestreitbares Verdienst dieser scheinbar wenig beachteten Arbeit ist es, nachdrücklich auf die anzunehmende innere Dynamik der "Öffentlichkeit" hingewiesen zu haben, die Möglichkeiten einer auf soziologischer Ebene erfolgenden Analyse der (variablen und multiplen) Struktur der Öffentlichkeit aufgezeigt zu haben.

In diesem Sinne setzt Jürgen HABERMAS (1962) mit seinem "Strukturwandel der Öffentlichkeit" direkt bei MANHEIM an (4). Die inzwischen von Rüdiger ALTMANN (1954) vorgenommene Betrachtung zur "Öffentlichkeitsstruktur der politischen Parteien" (5) und zur "Öffentlichkeitsstruktur der öffentlichen Verbände" (6) stellt ebenfalls eine Weiterführung von MANHEIMS

(1) Ernst MANHEIM 1933:24-41

(2) a.a.O., S. 73-112 "Die Stufen der bürgerlichen Publizität im 18. Jahrhundert".

(3) vgl. a.a.O., S. 112 ff "Zur Charakteristik der bürgerlichen Publizität".

(4) Auch in methodischer Hinsicht verfahren beide ähnlich. Die fehlende empirische Abstützung ihrer Ausführungen ist allenfalls bedauerlich, der Forschungslage nach - zumindest was MANHEIM (1933) angeht - aber unumgänglich. Vgl. LUHMANN (1970) 1974:29, Fußnote 9.

(5) Rüdiger ALTMANN 1954:139-155.

(6) Rüdiger ALTMANN 1954:155-187, vgl. auch ders. (1955).

Erkenntnisinteresse dar (1). Zu erwähnen ist hier auch der kürzlich (1972) veröffentlichte Beitrag zur Organisationsanalyse bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit von Oskar NEGТ und Alexander KLUGE, die Öffentlichkeit als "Organisationsform der kollektiven gesellschaftlichen Erfahrung" vorstellen. Ihre praktischen Beispiele konzentrieren sie auf die speziellen Bereiche der Öffentlichkeit "Medienverbund" und "Fernsehen" (2). In breit angelegtem Rahmen gehen diese Autoren - wie MANHEIM (3) - davon aus, daß - auf der Basis von Einverständnis- und Repulsivhandeln - eine Öffentlichkeit die Grenzen von bestehenden organisatorischen Zusammenhängen auf eine bestimmte Weise schneidet und in dem ihr eigenen Zusammenschluß "gegensätzlich definierbar" ist. Allerdings beziehen Oskar NEGТ und Alexander KLUGE ihre Organisationsanalyse der Öffentlichkeit nicht auf die Bildung öffentlicher Meinung. Im übrigen gelingt es auch MANHEIM nicht durchgängig, den Bezug darauf herzustellen. Im Lichte der "These vom thematischen Bezug" verwundert das wenig; wenn die einer öffentlichen Meinung zugeordnete Öffentlichkeit je nach dem Thema anders konstituiert anzunehmen ist, lassen sich allgemeine Aussagen bis jetzt nur mit einer erdrückenden Häufung von Relativierungen machen. möglicherweise wird sich das einmal ändern - wenn eine Reihe von Öffentlichkeiten zu verschiedenen Themen öffentlicher Meinung bereits analysiert vorliegen und sich allgemeine Kategorien ableiten lassen. Zu allen anderen möglichen Untersuchungen zur

-
- (1) Es gibt Anzeichen, daß dieses Erkenntnisinteresse an organisationsgebundenen Öffentlichkeitsformen eine Verbreitung gefunden hat: In dem Reader "Zur Theorie der politischen Kommunikation" (1974) - Herausgeber Wolfgang LANGENBUCHER - sind im Zweiten Teil mit dem Titel "Institutionen der politischen Kommunikation" zwei Beiträge enthalten, die vorher unter einem anderen, weniger eindeutigen Titel veröffentlicht worden waren. Hier erscheinen sie unter dem Titel "Parteien als Kommunikationskanäle" (Manfred HÄTTIG), S. 123-131, und "Interessenverbände als Kommunikationskanäle" (Rudolf STEINBERG), S. 132-146.
- (2) Oskar NEGТ und Alexander KLUGE (1972) 1974:16.
- (3) Ernst MANHEIM 1933:10 und S. 11.

"Öffentlichkeit" (1) ist festzustellen, daß sie zwar wichtig für das Studium der öffentlichen Meinung sind (sie können theoretische und empirisch ermittelte Anhaltspunkte geben), die Analyse von auf Themen öffentlicher Meinung bezogenen Öffentlichkeiten können sie nicht ersetzen. Nur diese können den Prozeß der öffentlichen Meinung im Rahmen des gesamtgesellschaftlichen Prozesses adäquat erforschen.

Nachdem im vorhergehenden die soziologische Dimension der "These vom thematischen Bezug" vorgestellt wurde, gilt es im folgenden - entsprechend den in der Grundlegung vorgetragenen und in dem Schema auf S. 26 zusammengefaßten Annahmen - die psychologische Dimension zu berücksichtigen.

Daß zum Kommunikationsprozeß drei - miteinander verbundene - Elemente gehören: ein Sender (bzw. Kommunikator, Quelle), eine Mitteilung (bzw. Kommunikation, Nachricht, Aussage) und ein Empfänger (Kommunikand, Rezipient, Adressat), ist seit "eh und je" bekannt (2) und auch in den deutschen Worten Nach-richt, Aus-sage, Mit-teilung wiederzuerkennen. "Mitteilen" wird erklärt mit "teilend einem andern etwas vereinen, einem etwas hingeben" (3). Allerdings kann man jemandem nur etwas hingeben, wenn derjenige es hinnimmt, genaugenommen kann man Kommunikation erst

(1) Neben der von HEGT und KLUGE (1972) gemachten Unterscheidung nach dem Kriterium "kollektive gesellschaftliche Erfahrung" lassen sich im übrigen auch folgende Aspekte unterscheiden:

- Räumliche Aspekte - vgl. z.B. Walter HAGEMANNs "Kreise der Öffentlichkeit" : Das Theaterpublikum, die gottesdienstliche Gemeinde, die Konzertgemeinde, das Filmpublikum, das Sportpublikum. HAGEMANN 1951: 160-269;
- Zeitbezogene Aspekte - vgl. z.B. die Unterscheidung in flüchtige und andauernde Öffentlichkeiten. Zu erwähnen sind auch zeitbetonte Öffentlichkeiten wie Kirchentage, Parteitage, sogenannte Pressekonferenzen.

(2) Zumindest seit den Rhetorikern des Aristoteles und Quintilian, so Winfried SCHULZ 1971:89 (FLP).

(3) Auch als Almosen, Geschenk, bei Goethe wird "mittheilend" für "wohlthätig" verwandt, Moriz HEYNE "Deutsches Wörterbuch" 1906 2, reprographiert 1970:834-835.

ex post so nennen (1). Logisch entsprechend ist auch in dem lateinischen Wort "communicare" die Doppelstruktur einer zweiseitigen Aktivität beinhaltet: 1. Als transitives Verb bedeutet communicare: "gemeinsam-, gemeinschaftlich machen; etwas tragen helfen, mit übernehmen; mit etwas zum gleichen Anteil zusammenwerfen; mit jemandem etwas teilen". 2. Als intransitives Verb bedeutet communicare: "an etwas teilhaben oder teilnehmen". Das Wort communicator bedeutet ebenfalls einmal "der Teilhaftmacher", einmal "der Teilhaber, Teilnehmer" (2).

Zurecht stelle Ernst MANHEIM fest: Eine Äußerung hat "Wirklichkeit und Wirksamkeit" "vor allem auf Grund ihrer transitiven Funktion: sie wendet sich an irgend jemanden und sie hat ein menschliches, seinem Kollektivum verhaftetes Subjekt zum Träger" (3).

Der Deutlichkeit halber wäre hier zu ergänzen, daß auch der "irgend jemand" (Empfänger) ein "menschliches, seinem Kollektivum verhaftetes Subjekt" ist bzw. ein mit bestimmten Merkmalen ausgestattetes Kollektivum. Sicherlich wird der "irgend jemand" kein gestaltloses und merkmalsloses Abstraktum sein, jeglicher Versuch der Kommunikation würde sich in dem Fall erübrigen.

Auch Selbstgespräche - die genaugenommen keine Kommunikation darstellen - haben im übrigen einen mit bestimmten Merkmalen ausgestatteten (imaginären) "Gesprächspartner"; und bei in individueller Absonderung mit Gott geführten "Dialogen" werden auch IHM besondere Eigenschaften und Interessen zugeschrieben. Letztlich wäre noch die alte rhetorische Regel zu erwähnen, die besagt, daß ein Redner - um wirkungsvoll zu sein - sich auf sein Publikum einzustellen habe. "Empathie" oder

(1) Winfried SCHULZ 1971:90 (FLP)

(2) Heinrich GEORGES (Karl Ernst GEORGES): "Ausführliches Lateinisch - Deutsches Handwörterbuch" 1962 11 1326-1327.

(3) Ernst MANHEIM 1933:16, Hvhbg nicht im Orig.

Einfühlungsvermögen (1) ist also eine sozialpsychologische Voraussetzung für j e d e Kommunikation, sowohl von Seiten des "Mitteilenden" als auch von Seiten des "Teilnehmenden" (2). "Sie bedeutet die Möglichkeit, die Erwartungen von Interaktionspartnern zu übernehmen" (3) bzw. sich in seinem Kommunikationsverhalten an den Erwartungen der Empfänger zu orientieren, seien es vorgestellte oder reale Interaktions- bzw. Kommunikationspartner. In bezug auf die von LAZARUSFELD und MERTON (1964) gemachte Unterscheidung von "homophiler und heterophiler Kommunikation" (4), die sowohl hinsichtlich interpersonaler Kommunikation ihre Bedeutung hat als auch hinsichtlich gesellschaftlicher Gruppierungen (5), schreibt Everett M. ROGERS (1973:302) der Empathie die Funktion zu, den bei heterophiler Kommunikation vorhandenen Bruch zu überwinden.

- (1) Seine große Verbreitung in der sozialwissenschaftlichen Literatur hat dieser Terminus im Rahmen der MEAD'schen Tradition erfahren, insbesondere im Symbolischen Interaktionismus und in der Rollentheorie. MEAD (1934) (1968) ging davon aus, daß das Individuum im Laufe seiner Sozialisation drei Fähigkeiten entwickle: Empathie - "taking the role of the other" - Bildung des "generalized other". In der Psychoanalyse stehen Empathie - Introjektion/Projektion - Identifikation in engem Sinnzusammenhang. Für SODDY (1961) ist Empathie ein Schlüsselphänomen im Identifikationsprozeß, den er in der Folge somatische Sensitivität -Empathie -Identifikation vorstellte (SODDY 1961:6-8,12).
- (2) Das zwar beidseitig vorauszusetzende Einfühlungsvermögen kann jedoch - je nach Inhalt der Kommunikation - verschieden stark ausgeprägt sein. Bei Aussagen neuen Inhalts fällt die Hauptlast von Einfühlungsvermögen den Empfängern bzw. Teilnehmenden zu, sie müssen dem Aussagenden auf neuen Gedanken- und Empfindungswegen folgen, um ihn verstehen zu können. Zwar wird der Mitteilende auch hier stark bemüht sein, sich so verständlich wie möglich auszudrücken. Das Auffinden vorhandener Gemeinsamkeiten wird dabei werbend für ihn und seine Aussage wirken, doch wird sie nur aufgenommen werden können, wenn sie nicht den Preis des Verlustes der neuen (und in dem Sinne revolutionären) Meinung fordert. Es ist anzunehmen, daß Fälle von realisierter Mitteilung, bei denen die Hauptlast der Empathie beim Empfänger liegt, sehr viel seltener anzutreffen sind, eine Annahme, die in Einklang steht mit der oft festgestellten menschlichen Beharrungstendenz, dem relativ häufigen Verharren im Althergebrachten.
- (3) KRAPPMANN (1969) 1972:142
- (4) Diese Unterscheidung weist auf die Übereinstimmung bzw. auf die Unterschiede zwischen einem Paar von interagierenden Individuen hin, und zwar was ihre Merkmale wie Glauben, (Erfahrungs-)Werte, Bildung, sozialer Status usw. angeht.
- (5) Ihren Niederschlag finden sie in sogenannten Kommunikationsbarrieren oder im Phänomen der schichtspezifischen Kommunikation, vgl. z.B. Basile BERNSTEIN (1959), (1960), (1964).

Festzuhalten ist, daß die "These vom thematischen Bezug" - was ihre psychologische Seite angeht - durchaus in den Rahmen des "Bezugsgruppenkonzeptes" zu setzen ist. Dieses Konzept wurde (1942) von Herbert H. HYMAN vorgestellt (1), wie er (1960) in einer Reevaluation sagt: "...it was invented the better to understand opinions and attitudes" (2), und zwar individuelle Meinungsbildungsprozesse in bezug auf den Selbstwert, wie HYMAN seinen damaligen Aufsatz auch "The Psychology of Status" nannte. Das Bezugsgruppenkonzept ist von einer Reihe von Autoren aufgenommen worden (3) und integraler Bestandteil der Sozialwissenschaft geworden, insbesondere nach der systematischen und zusammenfassenden Darstellung von MERTON und KITT (1950), die das Bezugsgruppenkonzept bzw. die "Bezugsgruppentheorie" daselbst (S. 50-51) folgendermaßen vorstellen:

"Reference group theory aims to systematize the determinants and consequences of those processes of evaluation and selfappraisal in which the individual takes the values and standards of other individuals and groups as a ... frame of reference".

Von den zahlreichen vorhandenen zusammenfassenden Beschreibungen soll neben den eben gegebenen von MERTON und KITT (1950) noch die von SHIBUTANI (1962:132) angeführt sein:

"The concept of reference group has been used in several ways, but its utility can be maximized when it signifies that group whose presumed perspective is used by an actor as the frame of reference in the organization of his perceptual field. Thus defined, it becomes apparent that all kinds of units may serve as reference groups. Attention should not be limited to organized groups that are readily identifiable. The audience for whom one performs may consist of a single person, a small handful of people with whom he is in sustained contact, a voluntary association, or some broad category of people - a social class, a Profession, an ethnic group, or some community. A reference group is an audience, consisting of real or imaginary personifications, to whom certain values are imputed. It is an audience before whom a Person tries to maintain or enhance his standing".

-
- (1) Fast gleichzeitig machte NEWCOMBS (1943) die gleiche "Entdeckung", im Laufe seiner empirischen Untersuchung von "attitude change". Zur Gleichsetzung von "attitude" und "opinion", vgl. die Fußnote auf S.39/40 dieser Arbeit.
 - (2) Herbert HYMAN 1960:386.
 - (3) Vgl. HYMANs zusammenfassende Darstellung in der "International Encyclopedia of the Social Sciences" 1968:353-360; Jörg AUFERMANN hat dieses Konzept (1971:45 ff) auf den Massenkommunikationsprozeß bezogen und auf seine Mängel und Möglichkeiten untersucht.

Offensichtlich lassen sich in das derart beschriebene Bezugsgruppenkonzept auch (nun sozialpsychologisch verstandene) Prozesse öffentlicher Meinungsbildung ordnen, zumindest was die Herausbildung von "Einverständnisräumen" angeht, die Kristallisation von Meinungsschwerpunkten (1). Auf dieser Ebene weiter auf das Bezugsgruppenkonzept einzugehen, erübrigt sich allerdings, denn wie HYMAN (1960:386) nur zurecht feststellte: Das Bezugsgruppenkonzept... "takes an scientific status and significance only as it is embodied in empirical procedures". Das gleiche gilt im übrigen auch für die "These vom thematischen Bezug", die hier - im Laufe eines theoretischen Orientierungsrahmens für eine exemplarische Untersuchung - vorgestellt wird. Sie läßt sich - auf psychologischer Ebene - folgendermaßen fassen:

Wer eine Meinung zu einem Thema - einem mehr oder minder unbestimmten und entwicklungsfähigen Sinnkomplex - zur Äußerung bringt, schließt in diese Äußerung - bewußt oder unbewußt - einen Adressatenkreis (2) ein, sei er hergestellt oder herzustellen. Wer eine geäußerte Meinung zu einem Thema aufnimmt, sich dahingehend ansprechen läßt, ist - bewußt oder unbewußt - dazu bereit.

Auf welchem Wege ein Individuum zur Meinungsbildung - und zur Äußerung - kommt bzw. dem seine mehr oder minder große Aufmerksamkeit zuteil werden läßt, mit dieser Frage ist genaugenommen das gesamte Spektrum der (sozial)psychologischen Phänomene angesprochen; denn "Individuelle Meinungsbildung wird von der Persönlichkeitsdisposition, der spezifischen Sozialisation und dem sozialen und kulturellen Milieu beeinflusst" (3), ist also Ausdruck der gewordenen

-
- (1) Weshalb ein Thema allerdings zum Thema öffentlicher Meinung wird, ist eine Frage, die weit über den Erklärungszusammenhang dieses Konzeptes hinausgeht.
 - (2) Die Pluralform "Adressatenkreis" ist mit Bedacht gewählt. Ich beziehe mich dabei auf die allgemeinmenschliche Eigenschaft, die totale Vereinzelung zu scheuen. Eine Meinung äußert nur der, insbesondere öffentlich, der sich im Einklang mit (manchen) anderen fühlt bzw. hofft, andere für sich zu gewinnen, vgl. die "These vom konformistischen Druck", S. 46 dieser Arbeit.
 - (3) Horst REIMANN 1971:811

"Persönlichkeit" (1) eines Individuums, und diese ist ein komplexes Gewebe von Anlagen und Umwelteinflüssen, das Ergebnis eines komplizierten Sozialisationsprozesses, der - in späteren Lebensjahren in mehr bestätigender Form - ein lebenslanger ist. Im Rahmen der naturgemäßen Weite des Gebiets der Persönlichkeits- und Sozialisationsforschung ist eine Vielfalt von Ansätzen entwickelt worden, über deren Unterschiede sich die Autoren zur öffentlichen Meinung - wenn sie die individuelle Meinungsbildung behandeln - in der Regel hinwegsetzen, vielleicht hinwegsetzen mußten, um überhaupt einen breitangelegten Einstieg in dieses komplexe Gebiet zu bekommen. Das gilt zum Beispiel auch für CHILDS (1965), der im Kapitel "Formation of Public Opinion" auf scheinbar vollständige, aber entsprechend kurzgefaßte und unvermittelte Weise, die gängigen psychologischen Begriffe erwähnt: u.a. Wahrnehmung, Denken, Erkennen, Motivation, Stereotype, das individuelle Unbewußte und damit Angst, Identifikation, Fixierung, Frustration, Komplexe. Sogar die Körper/Temperament Klassifikation von Hippokrates fehlt nicht (2). Auch Peter HOFSTÄTTER greift für seine Studie "Die Psychologie der öffentlichen Meinung" (1949) die Argumentationslinien, Beispiele und seine Annahmen unterstützende Ergebnisse von Laborexperimenten aus dem Gesamtgebiet der Psychologie auf, so aus der psychoanalytischen Theorie und Tiefenpsychologie, aus dem Behaviorismus und aus der Gestalt- und Ganzheitspsychologie.

Der Umstand, daß es scheinbar eine spezifische Eigenschaft des Menschen ist, Meinungen/Einstellungen (3) zu haben, und zwar zu

-
- (1) Das Konzept der "Persönlichkeit" kann allerdings keinen Schritt hin zur Klärung bedeuten. Der Versuch der Spezifizierung des Konzepts "personality" ist so alt wie die Disziplin Psychologie... "It is probably safe to say at this point that the term has outlived its usefulness in any exact denotative sense. Rather the term seems best to be used as a general rubric under which problems having to do with psycho-behavioral differences among persons can be approached" - David MARLOWE und Kenneth J. GERGEN 1969:592 (HSP).
 - (2) Harwood L. CHILDS 1965:11-114
 - (3) Nicht wenig Aufmerksamkeit ist bisher der Unterscheidung zwischen Einstellungen und Meinungen zuteil geworden, ohne jedoch zu einem entscheidenden Ergebnis geführt zu haben. "We seem faced with a situation involving names in search of distinction rather than a distinction in search of terminology", stellte William McGUIRE 1969:152 (HSP) fest. Eine Reihe von Unterscheidungen sehen „Meinung“ als die eher

sehr vielen Themen, veranlaßt zu der Annahme, daß dies wichtigen Bedürfnissen des Menschen dient. Bei der Spezifizierung dieser angenommenen Bedürfnisse hilft die Frage nach den Funktionen von Einstellungen/Meinungen. Daniel KATZ hat (1960) eine Vier-Funktionen-Klassifikation von Einstellungen aufgestellt, die von McGUIRE im Rahmen seines Sammelaufsatzes "The Nature of Attitudes and Attitude Change" im "Handbook of Social Psychology" (1969) übernommen und ergänzt wurde. Der Vorzug dieser - im folgenden kurz vorgestellten - Vier-Funktionen-Klassifikation ist, daß sich in ihrem Rahmen sonst vereinzelt stehende, in ihrer Vielzahl verwirrende individualpsychologische Aspekte - um die handelt es sich vorwiegend nach der auf S.24/25 vorgestellten Unterscheidung - in bezug auf individuelle Meinungsbildung zusammenfassen lassen

1 - Die Nutzensfunktion (instrumental, adjustive or utilitarian function)

Wie aus den Benennungen hervorgeht, handelt es sich bei diesen Meinungen um solche, die vom Individuum aus

<- beobachtbare, spezifischere Manifestation und "Einstellung" als die ihr unterliegende, sich der Beobachtung des Außenstehenden (teils sogar des Inhabers) entziehende. "Meinung" wird mehr als dependente Variable gesehen, "Einstellung" als dahinterliegendes hypothetisches Konstrukt. Weitere Untersuchungen konzentrieren sich auf gegenüberzustellende inhärente Unterschiede: "Meinung" beziehe sich auf Tatsachen, Informationen, sei an kein Werturteil gebunden, "Einstellung" beziehe sich auf Geschmacksrichtungen, werde aufgrund von Normen gebildet und sei an Werturteile gebunden. "Meinung" basiere auf realitätsorientierten Erwartungen und Voraussagen, eine "Einstellung" erwachse einem Individuum aus seinen Wünschen und Hoffnungen. - Diese vielfältigen Abgrenzungsversuche sind vielleicht von McNEMAR (1946) mit einer "reductio ad absurdum" gekrönt worden, führt McGUIRE - auf dessen Darstellung ich hier zum großen Teil zurückgreife- 1969:153 aus, denn jener (McNEMAR) verweist auf eine rein methodologische Lösung,, wonach als "Meinung" der Glaube gilt, der mit Herstellung eines einzigen Bezuges gemessen werden kann, während als "Einstellung" der Glaube gelten soll, der nur anhand von vielseitiger Bestandsaufnahme zu deduzieren ist.,,. Angesichts dieses Forschungsstandes drängt McGUIRE, und man kann sich ihm nur anschließen, gegenwärtig auf jede weitere Unterscheidung von Meinung und Einstellurig zu verzichten. Ein entscheidendes Argument dürfte hier noch sein, daß die Affinität zwischen Meinung und Einstellung anscheinend niemals auch. nur ansatzweise in Frage gestellt worden ist.

- (1) Vgl. Daniel KATZ 1960:,170 ff und William J. McGUIRE 1969: 157 ff (HSP),,der eine. Reihe von Literaturhinweisen gibt, im Gegensatz zu KATZ.

realitätsorientierten (retrospektiven oder prospektiven) Nützlichkeitserwägungen gebildet werden. Positive bzw. negative Erfahrungen, affektive Assoziationen spielen dabei eine Rolle. Die allgemeine Tendenz, sich in seinen Meinungen der Mehrheit anzuschließen, dem "konformistischen Druck" stattzugeben, sei hier schon als Beispiel angeführt (1). Da sowohl KATZ als auch MCGUIRE in bezug auf die Nutzensfunktion allein auf die Ergebnisse der Psychologie des Behaviorismus verweisen, mag hier angemerkt sein, daß auch die traditionelle Psychoanalyse (2), insbesondere aber die aus ihr entwickelte Ich(Ego)-Psychologie (3), die Folgen der durchlebten Erfahrungen für das psychische Make-up eines Individuums berücksichtigen.

2 - Die ego-defensive Funktion

Hier ist das Bedürfnis des Menschen angesprochen, sich vor den ihn selbst betreffenden Erkenntnissen und vor den "harsh realities in his external world" (4) zu schützen. Entsprechende Meinungen werden gebildet, um innere Konflikte zu bewältigen, die realitätsbezogene Orientierung an dem betreffenden Thema/Objekt tritt dabei in den Hintergrund, wie es z.B. bei ethnischer Intoleranz der Fall ist. Zur ego-defensiven Funktion bemerkt KATZ (1960:171): "Freudian psychology and neo-Freudian thinking have been preoccupied with this type of Motivation and its outcomes". Er erwähnt kurz das Unbewußte, das Ich(Ego) und einige Ich-Abwehrmechanismen unter Verwendung der klassischen psychoanalytischen Termini (Verleugnung, Wendung gegen sich selbst, Rationalisierung, Projektion, Überreaktion). Irving SARNOFF (1960) hat sich in seiner Darstellung unter dem (nicht ganz treffenden) Titel "Psychoanalytic Theory and Social Attitudes" ausführlicher den Ich-Abwehrmechanismen

(1) Vgl. S. 46 dieser Arbeit.

(2) Sigmund FREUD 1937:67-69, insb. der Abschnitt "Die Hauptcharaktere des ICH".

(3) Heinz HARTMANN (1939); 1964/65:330-353, insb. S. 335, 349;
(1956) 1964/65
Daniel KATZ 1960:171

- und nur diesen - gewidmet (1).

3 - Die Identitätsfunktion (value-expressive, self-realizing function)

Mit Befriedigung bildet und bringt der Mensch seine Meinungen/ Einstellungen zum Ausdruck, besonders wenn sie im Einklang mit seinen "personal values and concept of himself" (2) stehen. Die entsprechenden Meinungen stellen Teil der Selbst-Definition eines Individuums dar (3), bzw. sie gehen in seine Selbst-Präsentation ein (4). Um die Konsistenz und die Kontinuität seiner "Identität" zu bewahren, kann ein Individuum manche Meinungen rein aus Rechtfertigung bilden, führt McGUIRE mit dem Hinweis auf u.a. FESTINGERS Dissonanz-Theorie (1957) an (5).

4 - Die Wissensfunktion

Diese Funktion basiert in dem Bedürfnis des Menschen, seine Umwelt in adäquater Weise kognitiv zu strukturieren; daher auch die Suche nach Wahrheit, der Wunsch nach Verstehen, nach klarem und übereinstimmenden Ausdruck. Bei ihren spezifischeren Ausführungen zur Wissensfunktion kommen sowohl KATZ als auch

-
- (1) Irving SARNOFF (1960:251-279). Allerdings stellen die Ich-Abwehrmechanismen nur einen Teil der Ich-Funktionen überhaupt dar. In seiner Gänze ist die psychoanalytische Theorie an scheinend noch nicht in bezug auf individuelle Meinungsbildung (und schon gar nicht auf öffentliche Meinungsbildung hin) durchgearbeitet worden.
 - (2) Daniel KATZ 1960:170.
 - (3) Diese Annahme steht in Einklang mit den psychoanalytischen Identitätskonzepten von Erik H. ERIKSON. Für eine ausführliche Auseinandersetzung mit ERIKSONs Identitätskonzepten (auch GOFFMAN, STRAUSS und KRAPPMANN) vgl. die Arbeit der Verfasserin (1973), besonders relevant in diesem Zusammenhang 5. 99-122, 127-141, 151-160, 163-164.
 - (4) Die Dimension der Selbst-Präsentation hat Irving GOFFMAN in mehreren Publikationen - zentral - behandelt, hierzu beispielsweise 1959: The Presentation of Self in Everyday Life; auch Anselm STRAUSS: Mirrors an Masks. The Search for Identity.
 - (5) William 3. McGUIRE 1969:160 (HSP). Der treffende englische Ausdruck ist "bolstering".

McGUIRE zu zwei Dimensionen: Einmal entspricht sie dem menschlichen Bedürfnis, Neues zu lernen ("curiosity, exploratory or orientation drive" - McGUIRE 1969:158), dann wird sie in Zusammenhang mit dem Bedürfnis nach Stabilität und Konsistenz im Wissen gesetzt.

Auf die letztere Seite der Wissensfunktion will ich etwas näher eingehen und dabei bei Walter LIPPMANN ansetzen, der sie erstmals (1922) vorgestellt hat. Ein vorgefaßtes oder in Teilen ausgeprägtes Urteil, Meinung, Einstellung bzw. ein Gefüge derselben dient dem Menschen - angesichts einer immer begrenzten Zeit und immer unvollständig gegebenen bzw. aufgenommenen Informationen - als Urteilshilfe, stellte LIPPMANN fest. Er entwickelte diese Vorstellung weiter und kam zu dem Schluß, daß "öffentliche Meinungen" im Individuum vorhandene, die komplexe Welt vereinfachende, relativ feste Bilder seien (1), die er wegen ihrer vorgeprägten Form und in bezug auf die in der Druckerei verwandten Stereotypplatten, auch "Stereotype" nannte. Mit dieser Vorstellung stand er im radikalen Widerspruch zum demokratischen Idealbild des Menschen, ein Phantasiebild, das seit und mit John LOCKE, ROUSSEAU und JEFFERSON sich gefestigt hatte (2). Jedes Individuum sieht nach LIPPMANN die Welt und ihre Bestandteile nach seinem "pattern of stereotypes":

"A pattern of stereotypes is not neutral. It is not merely a way of substituting order for the great blooming, buzzing confusion of reality. It is not merely a short cut. It is all these things and something more. It is the guarantee of our self-respect; it is the projection upon the world of our own Sense of our own value, our own position and our own rights" (3).

Diese These von LIPPMANN wird heute noch im Bereich des Vorurteils und der damit verbunden betrachteten "Stereotypen" verfolgt, während die - für LIPPMANN darin eingeschlossene - Funktion der Urteilshilfe mehr auf den gesamten Bereich unvollständiger Informationen und deren notwendiger Ergänzung im Rahmen schon bestehender Meinungskomplexe bezogen wird (4). Daß das Individuum neu erhaltene Informationen mit seinen schon

(1) Walter LIPPMANN 1922:29.
(2) Ithiel de SOLA POOL 1973:784 (HC)
(3) Walter LIPPMANN 1922:96
(4) Ithiel de SOLA POOL 1973:783 (HC)

geformten Einstellungs-/Meinungsmustern in Einklang zu bringen bestrebt ist, ist ebenfalls die gemeinsame Vorstellung der Konzepte der kognitiven Balance (1), der Kongruität (2) und der kognitiven Dissonanz (3), die zwischen 1946 und 1957 erstmals vorgestellt wurden und die - von Robert S. Zajonc unter dem Ausdruck "Konsistenz-Konzept" gefaßt - folgendermaßen und treffend beurteilt werden: "Historically the concept of consistency resembles the concept of vacuum in physics - a useful doctrine for organising knowledge, although full of exceptions and contradictions" (4). In seinem Rahmen ist das individuelle Selektionsverhalten im Kommunikationsprozeß kategorisiert und drei Phasen zugeordnet worden (5):

Präkommunikative Phase: selektives Sich-Aussetzen

Welchen Aussagen (Quellen) wendet sich ein Empfänger zu, welchen nicht? Zu welchen Themen, mit welchen Inhalten wendet sich der Mit-teilende an die Empfänger (6)?

Kommunikative Phase: selektive Wahrnehmung

Welche Aussagenteile in welchem Interpretationszusammenhang werden vom Empfänger angenommen?

Postkommunikative Phase: selektives Erinnern

Welche Aussagenteile werden wie behalten bzw. mit der Zeit umgedeutet?

-
- (1) F. HEIDER 1946:107-112.
 - (2) C.E. OSGOOD und P.H. TANNENBAUM 1955:42-55.
 - (3) Leon FESTINGER (1957).
 - (4) Robert B. ZAJONG 1960:280.
 - (5) Vgl. Winfried SCHULZ 1971:100-101 (FLP), Elisabeth NOELLE-NEUMANN 1971a: 318-322 (FLP), insbesondere S.319.
 - (6) Das selektive Weitergeben bzw. Verbreiten von Informationen ist unter dem Ausdruck "Gatekeeper-Effekt" bekannt geworden, nach Kurt LEWIN (1947). LUHMANN schrieb den "Aufmerksamkeitsregeln" eine Filterfunktion bzw. Gatekeeper-Effekt zu, vgl. S. 31 und S. 55 dieser Arbeit.

Zweifelsohne läßt sich diese Vier-Funktionen-Klassifikation ihren Inhalten nach für die psychologische Dimension der "These vom thematischen Bezug" heranziehen, wenn es um die Frage geht, aus welchen individual-psychologischen Gründen ein gegebenes Individuum eine Meinung bildet und äußert bzw. ihr seine Aufmerksamkeit schenkt.

Es konnte im vorhergehenden sowohl die soziologische als auch die psychologische Dimension der "These vom thematischen Bezug" dargelegt werden. Sie wurde in einen größeren Erklärungszusammenhang gesetzt und ihre Vereinbarkeit mit anderen, soziologischen als auch psychologischen Forschungsinteressen und Ergebnissen aufgezeigt. Doch konnte eine über eine vorläufige Begründung hinausgehende Erklärung ihres Inhalts, weshalb ein Bezug zwischen einem Thema einer öffentlichen Meinung und einer bestimmt strukturierten Öffentlichkeit besteht, nicht gegeben werden. Mehr als eine vorläufige Existenzberechtigung kann diese These also nicht haben, die empirische Arbeit wird ihren Nutzen und ihre entsprechende Realität zu testen haben. In der "Zusammenfassenden Betrachtung" (S. 68 ff) wird auf die These vom thematischen Bezug in diesem Teil der Arbeit noch zurückgekommen werden.

d. Die These vom konformistischen Druck

Diese These läßt sich folgendermaßen zusammenfassen:
Individuelle Meinungsbildung zu einem gegebenen Thema
öffentlicher Meinung wird von Erwägungen über die
Meinungsverteilung in der Umwelt begleitet und schließt sich in
der Regel - zumindest was die öffentliche Äußerung angeht - der
Meinung der Mehrheit an.

Daß öffentliche Meinung als soziale Kontrolle wirken kann, bei
ihrer Bildung ein konformistischer Druck anzunehmen ist, ist in
neuerer Zeit zumindest bei TÖNNIES (1922) und HOFSTÄTTER (1949)
berücksichtigt worden (1). Bewußt zum Zentrum der Darstellung
und zum Ausgangspunkt weiterer Überlegungen hat dies jedoch
Elisabeth NOELLE-NEUMANN gemacht (2). "Die Öffentliche Meinung
tritt immer mit dem Anspruch auf, maßgebend zu sein, sie heischt
Zustimmung und macht wenigstens das Schweigen, das Unterlassen
des Widerspruchs zur Pflicht", schrieb Ferdinand TÖNNIES
(1922:138). HOFSTÄTTER verglich die "Wirksamkeit des
Prestigefaktors der Majorität auf die öffentliche Meinung" (3)
mit dem Abrollen einer Lawine, die - je größer sie sei - um so
mehr Massen mit sich reiße (4), was - weniger vehement gesehen -
auch als "Schneeball-Effekt" bezeichnet werden kann. NOELLE-
NEUMANN hat dieses Bild einer sich sukzessiv verstärkenden
Meinungsfraktion - bis hin zur Mehrheit - aufgenommen und für
den zugrundeliegenden "sozialpsychologischen Mechanismus" den
Ausdruck "Schweige"- oder "Meinungsspirale" geprägt (5). Der
Vorgang der "tendenziell größeren Schweigsamkeit der
unterliegenden Meinungsfraktion" wurde von ihr auch unter dem
Ausdruck "Schweigehypothese" gefaßt (6).

In ihrem (1976) erschienen Artikel "Menschen unter Konformitäts-

-
- (1) Ferdinand TÖNNIES 1922: vgl. S. 27, 138, 178. Peter HOFSTÄTTER (1949) 1966: vgl. S. 4, 53, 97-98.
 - (2) Elisabeth NOELLE-NEUMANN (1966), (1973a), (1973b), (1975), (1976).
 - (3) Kurz zuvor erwähnt HOFSTÄTTER, daß "Autorität" bzw. Macht dieselbe Wirkung habe.
 - (4) Peter HOFSTÄTTER (1949) 1966: 98, siehe auch S. 97 und 99.
 - (5) In Fußnote 76, 1966:27 verweist NOELLE-NEUMANN auf die psychologische Darlegung dieser Theorie durch HOFSTÄTTER (1949).
 - (6) Elisabeth NOELLE-NEUMANN 1973a:40.

druck. Eine Theorie der öffentlichen Meinung" stellt NOELLE-NEUMANN die Grundannahmen dieser These zusammengefaßt vor.

- "Menschen als soziale Wesen haben in der Mehrzahl Furcht davor, sich zu isolieren. Sie möchten beliebt und geachtet sein" (1). An anderer Stelle in dieser Arbeit (S. 40) ist die „Nutzensfunktion“ erwähnt worden, die einem ähnlichen menschlichen Bedürfnis Rechnung trägt. LUHMANN (vgl. S. 31) nahm im übrigen in seinen Aufmerksamkeitsregeln die - hier entsprechende - Kategorie "Symptome politischen Erfolges" ebenfalls auf.
- Um das Ziel der Akzeptiertheit im sozialen Zusammenhang zu erreichen, beobachten die Menschen ihre Umwelt und richten ihr Verhalten danach.
- Im verstärkten Maße noch finden diese Beobachtungen bei den im Fluß befindlichen öffentlichen Meinungsbildungsprozessen. statt, bei denen - im Gegensatz zu anderen Phänomenen der sozialen Kontrolle (Normen, Sitten) (2) - die Entscheidung für ein sozial akzeptierbares Verhalten bzw. Meinen noch nicht gefallen ist. Quasi-statistische Vorstellungen zur Meinungsverteilung in der Umwelt, zu ihrer relativen Gewichtigkeit und wahrscheinlichen Realisierbarkeit, werden entwickelt und gegebenenfalls revidiert.
- "Individuen, die bei der Umweltbeobachtung feststellen, daß ihre eigene Meinung sich ausbreitet, sprechen diese Meinung in der Öffentlichkeit selbstbewußt aus. Individuen, die beobachten, daß ihre Meinung an Boden verliert, halten sich mit Äußerungen in der Öffentlichkeit zurück. Indem die Vertreter der einen Meinung reden, die Vertreter der anderen Meinung schweigen, beeinflussen sie den Umwelteindruck: die sich durchsetzende Meinung wird stärker, als sie wirklich ist, die zurückgedrängte Meinung schwächer, als sie wirklich ist. Dies wiederum veranlaßt in einem "Spiralprozeß"

(1) Elisabeth NOELLE-NEUMANN 1976:10.

(2) Vgl. S.21 dieser Arbeit, die Fußnote und S.24, Fußnote 1.

(3) Elisabeth NOELLE-NEUMANN 1971b:215 (FLP).

weitere Individuen, die Meinungsänderung wahrzunehmen und sich danach zu richten ..." (1).

Beim Rückgriff in die Literatur der Vergangenheit fand NOELLE-NEUMANN direkte Hinweise zu der "These vom konformistischen Druck" bei John LOCKE um 1690 und eine prägnante Darstellung um 1896 bei dem amerikanischen Publizisten und Soziologen Edward Alsworth ROSS (1866-1951), der unter der Kapitelüberschrift "Öffentliche Meinung" schrieb (2): "Nicht so sehr der Gedanke, was eine entrüstete Öffentlichkeit tun könnte, macht den modernen Amerikaner völlig wehrlos, sondern vielmehr die absolute Unfähigkeit, unbewegt zu bleiben, wenn ihm ringsum ein feindseliges Urteil entgegenschlägt - die Unfähigkeit, ein Leben zu führen, das sich nicht mit den Gewissensüberzeugungen und Empfindungen seiner Umwelt verträgt". "Nur der Verbrecher oder der moralische Held bleibt unberührt davon, was andere von ihm denken" (3).

Diese Beobachtungen aus dem amerikanischen Alltag im vorigen Jahrhundert werden von Laboratoriumsexperimenten unserer Zeit unterstützt. Beim "ASCH-Experiment" wurde z.B. eine uneingeweihte Versuchsperson mit einem normalerweise (98 %) richtig zu lösenden Wahrnehmungsproblem konfrontiert. Aufgrund der unmittelbar vorausgegangenen falschen Angaben einer eingeweihten Mehrheit lösten jedoch 30 % der Vpn. das Wahrnehmungsproblem falsch (4). In einem anderen Laboratoriumsexperiment wurden kumulative Einschätzungen gefordert - wie das bei Meinungsbildungsprozessen generell der Fall ist - und hier trat die Wirkungsweise des konformistischen Drucks noch deutlicher in Erscheinung (5).

-
- (1) Eine interessante Fragestellung ist hier und überhaupt, inwieweit das Schweigen ausschließlich Ausdruck der Angst vor Abweichung ist (wobei die wirkliche Meinung bewußt weiterbesteht) bzw. inwieweit dabei ein gleichzeitiger eigentlicher Meinungswandel stattfindet. Entsprechend ist die eingangs gegebene These formuliert.
 - (2) Edward Alsworth ROSS: "Social Control. A Survey of the Foundation of Sociology", New York, 1901, S. 14-105. - Julius WEINBERG 1968:561 (IESS) beurteilt diese Arbeit folgendermaßen: "...ROSS' finest contribution to sociological thought... (which) brought him international fame".
 - (3) so zitiert bei Elisabeth NOELLE-NEUMANN.1966:9-10.
 - (4) Salomon E. ASCH 1956:258-290.
 - (5) COLEMAN/BLAKE/MOUTU 1958:120-122.

Elisabeth NOELLE-NEUMANN hat die "These vom konformistischen Druck" im Rahmen der Umfrageforschung empirisch zu belegen versucht und entwickelte dazu eigens zwei neue methodische Vorgehensweisen. Einmal ließ sie neben der traditionellen Erhebung von Meinungen zu einem Thema gleichzeitig die individuellen Schätzungen zur gegenwärtigen und zukünftigen Meinungsverteilung in der Umwelt mitaufnehmen und stellte diese Schätzungen in einen Interpretationszusammenhang mit später durchgeführten Umfragen zu diesem Thema, der tatsächlichen Entwicklung der öffentlichen Meinung (1). Dann ließ sie in einer eigens durchgeführten Umfrage zu einem schon gewordenen und weitgehend entschiedenen Thema öffentlicher Meinung (z.B. liberale Erziehungsmethode) den (sich durchsetzenden) Anhängerinnen und (an Boden verlierenden) Gegnerinnen die Frage stellen, ob sie in einer Situation verstärktem konformistischen Drucks (eine fünfstündige Reise in einem Eisenbahnabteil) eine Unterhaltung zu diesem Thema wünschen würden oder nicht (2).

Mit diesen methodischen Vorgehensweisen wurde der Umfrageforschung in bezug auf die Erforschung der öffentlichen Meinungsbildung ein notwendiger und neuer Weg gewiesen; allerdings ließ sich die Schweigehypothese dadurch nur "zahlenmäßig schwach" belegen, wie NOELLE-NEUMANN selbst zu bedenken gibt (3). Das mag zum Teil an der noch nicht genügend verfeinerten Anwendung des Instruments der Umfrageforschung liegen, zum Teil aber auch daran, daß "man sich einen derartigen Mechanismus (die Schweigespirale) ohnehin nicht grob vorstellen (darf). Eine leichte Tendenz reicht aus, weil sie im Sinne eines Spiralprozesses in fortgesetzter Wiederholung eine immer weitere Steigerung bewirkt" (4).

Hervorzuheben ist, daß es sich bei diesem "sozialpsychologischen Mechanismus" - wie NOELLE-NEUMANN ihn nennt - um eine wirkliche Verklammerung von individual- und sozialpsychologischen Aspekten handelt, wie diese Unterscheidung auf S.24/25 dargestellt wurde. Neben dem im Individuum motivierten Nachgeben wird der "außerhalb" des Individuums bewirkte - sich über die zwischenmenschliche

(1) vgl. z.B. Elisabeth NOELLE-NEUMANN 1973a:43-46.

(2) a.a.O., S. 47-49.

(3) a.a.O., S.48.

(4) ibid

Kommunikation im weitesten Sinne konstituierende - Konformitätsdruck einbezogen. Die Umweltbeobachtungen zur Meinungsverteilung zu einem Thema individuellen und gesellschaftlichen Interesses schließen alle Kommunikationsarten ein: Schweigen, Gesten, Symbole, in Worte gefaßte Aussagen, und sie können in allen Sphären des Lebens- und Erfahrungsraumes eines gegebenen Individuums angestellt werden: in der Familie, bei Freunden und Bekannten, am Arbeitsplatz und im Rahmen von Institutionen wie Schulen, Kirchen usw., im Straßenverkehr und im Straßenbild (1) und bei öffentlichen Veranstaltungen, sowie auch im Rahmen der Massenkommunikation, die die Umweltbeobachtung "stark beeinflussen können" (2).

Wie groß die sozialen "Räume" sind, auf die bezogen von einem einzelnen Individuum quasi-statistische Beobachtungen zur Meinungsverteilung zu einem Thema angestellt werden, spielt bei der "These vom konformistischen Druck" keine Rolle, ein moralisch-verantwortlicher Überblick über die Meinungsverteilung im gesamten Gesellschaftssystem ist nicht verlangt (3), ausschlaggebend ist, daß das Individuum zu einem Resultat kommt, danach sein Verhalten ausrichtet und damit seinerseits - als kleinstes Glied in einer komplexen Kette bzw. als kleinste Einheit einer bestimmt strukturierten Öffentlichkeit - den Prozeß der Bildung öffentlicher Meinung mitgestaltet. Sicherlich spielt bei der Größe des erfaßten sozialen "Raumes" das Ausmaß des (aktiven) Interesses eine Rolle. Bei Themen von weniger großem Interesse wird dieser nicht über den gewöhnlichen Lebens- und Erfahrungsraum eines gegebenen Individuums hinausgehen bzw. nur einen Teil davon einbeziehen. Bei Themen von großem individuellen und gesellschaftlichen Interesse wird das Individuum auch die

-
- (1) Beispielsweise zu erwähnen wären: Straßendiskussion, in Verkehrsmitteln überhörte Kommentare, beschriftete Mauern, handkommentierte Plakate. NOELLE-NEUMANN 1976:10 erwähnt die aus dem Straßenbild ersichtliche Verteilung von (Partei) Autoaufklebern und öffentlich zerstörte Plakate. Besonders erwähnenswert sind in diesem Zusammenhang die Ausführungen von EBERHARD (1975) zu den Versuchen der Untergrundopposition im III. Reich, ihre Überzeugungen im öffentlichen Leben präsent zu machen, z.B. durch das gezielte Düngen von sonst unbewachsenen Schutthalden, die durch den darauffolgenden Grünwuchs von vorbeifahrenden Zügen aus deutlich sichtbare und lesbare Nachrichten erkennen ließen.
- (2) Elisabeth NOELLE-NEUMANN 1973:50.
- (3) Vgl. S.10/11 dieser Arbeit.

Meinungen aus ihm sonst fremden gesellschaftlichen Sektoren hinzuziehen. Die Massenmedien mit ihrer - per definitionem - weiten Kommunikationsstreuung können den sozialen Raum, auf den bezogen von einem Individuum quasistatistische Beobachtungen angestellt werden können, beträchtlich erweitern bzw. dabei erleichternd wirken. Auf diese Wirkung der Massenmedien, die Erweiterung des Lebens- und Erfahrungsraumes der einzelnen Individuen, ist - in bezug auf den komplementären gesellschaftlichen Aspekt - die verbindende Rolle der Massenmedien bei der Bildung moderner Nationalstaaten - von Daniel LERNER (1962), Karl W. DEUTSCH (1962) und Wilbur SCHRAMM (1964) u.a. wiederholt hingewiesen worden.

Massenkommunikation ist ein Faktor bei der Bildung öffentlicher Meinung. Wie erheblich dieser Faktor ist, in welchem Maße, auf welchen Wegen und auf welche jeweils spezielle Weise (1) die verschiedenen Massenmedien auf die öffentliche Meinungsbildung wirken bzw. wirken können, die Beantwortung dieses Fragenkomplexes würde gleichzeitig eine weitgehende Aufschlüsselung des Phänomens der öffentlichen Meinung bedeuten (2). William McGUIRE hat (1969) in einem großen Sammelaufsatz die Ergebnisse von einem halben Jahrhundert Massenkommunikationsforschung referiert, und auch auf diesen globalen Überblick bauend hat Elisabeth NOELLE-NEUMANN (1973) die These aufgestellt, daß je nach Ausprägung und Stärke von "Konsonanz, Kumulation und Öffentlichkeit (im Sinne von Allgegenwart)" - hinsichtlich der Inhalte der Massenmedien zu bestimmten Themenkreisen - die öffentliche Meinungsbildung wirksam beeinflußt werden kann (3). Diese These stellt die Wirkung der Massenmedien in einen Erklärungszusammenhang mit der These vom konformistischen Druck. Konsonante, kumulative und "allgegenwärtige" Verbreitung von auf bestimmte Themen öffentlicher Meinung bezogenen oder zu beziehenden Massenkommunikationsinhalten wird einen entsprechenden Niederschlag in den Umweltbeobachtungen eines gegebenen Individuums haben. Allerdings dürfte die allgemein akzeptierte Glaubwürdigkeit dieser konsonanten, kumulativen und "allgegenwärtigen" Massenkommunikationsinhalte dabei Voraussetzung

(1) Vgl. Fritz EBERHARD 1967.

(2) Vgl. S.16 dieser Arbeit.

(3) NOELLE-NEUMANN 1973:50.

sein (1). Vielleicht sollte auch an dieser Stelle extra darauf hingewiesen sein, daß eine Unterscheidung zu machen ist zwischen den Merkmalen der Massenmedien (2) und den im Rahmen dieser Medien gemachten Aussagen, Diese Aussagen können - wie jede Kommunikation - vom Selektionsverhalten (selektives Sich-Aussetzen, selektive Wahrnehmung, selektives Erinnern) nicht unberührt bleiben (3). Die Merkmale der Massenmedien, ihre "Allgegenwart" bzw. ihr mögliches und institutionell vorgesehenes Erreichen eines "unbegrenzten" und weitverstreuten Personenkreises (was ihr gesamtes Produkt angeht), gehen nicht automatisch auf die in ihrem Rahmen mitgeteilten einzelnen Aussagen über. Diese werden größtenteils von kleinen Gruppen in bezug auf ein Thema oder einen Themenkomplex aus einer Fülle von möglichen Inhalten zusammengestellt, und zwar in Hinblick auf einen interessierten (zu interessierenden) Empfängerkreis bzw. der Vorstellung davon, Bei Aussagen offensichtlich kontroversen Inhaltes werden sich dem (Massen)Kommunikator auch die Fragen stellen: Wer ist dafür, wer ist dagegen, wer wäre noch dafür oder dagegen zu gewinnen? Zum anderen werden diese in der Massenkommunikation hergestellten Mitteilungen von Individuen empfangen (oder auch nicht), die von bestimmten Interessen geleitet sind und in einem bestimmten Lebens- und Erfahrungszusammenhang stehen, Nur bei einem Thema, das einen gesamtgesellschaftlichen, direkten und aktuellen Bezug hat (etwa die effektive Bedrohung durch eine Atombombe) (4), kann die durch Massenkommunikation hergestellte Öffentlichkeit in ihrer Gänze mit der entsprechenden öffentlichen Meinung (etwa zur Frage: welche Maßnahmen sind zu ergreifen?) gleichgesetzt sein, und das ist relativ selten zu erwarten.

(1) Vgl. C.I. HOVLAND /W. WEISS 1951:635-650.

(2) Walter WEISS (1954) 1969:79 (HSP): "Mass Media are organised means of reaching large numbers of diverse kinds of people quickly and effectively".

(3) Vgl. direkt hierzu die von Gerhard MALETZKE (1963:24) in bezug auf die Unterscheidung von privater Kommunikation und öffentlicher (Massen)Kommunikation: "Ist die Aussage ausschließlich an eine bestimmte Person oder an eine begrenzte Anzahl von eindeutig definierten Personen gerichtet, nennen wir diese Kommunikation privat. Ist dagegen die Aussage in der Intention des Aussagenden für jeden bestimmt, der in der Lage ist, sich gang zur Aussage zu verschaffen und der willens ist, sich der Aussage zuzuwenden ... so hat die Kommunikation öffentlichen Charakter." (Hvhbg nicht im Orig.)

(4) Vgl. LUHMANNs Aufmerksamkeitsregel "Überragende Priorität bestimmter Werte" S. 31 dieser Arbeit.

Die durch die Merkmale "Aktualität, Kontroverse, Publizität" gekennzeichnete öffentliche Meinung zu einem Thema hat keine unbegrenzte Lebensdauer. Immer wieder neue (oder scheinbar neue) Themen öffentlicher Meinung entstehen und vergehen bzw. wechseln einander ab. Anstoß für ihr "Werden" kann allerdings nicht das im Vorhergehenden herausgestellte Konformitätsverhalten sein, sondern im Gegenteil, eine gegen das Bestehende wirkende - wahrscheinlich ungleich seltenere - nonkonformistische Kraft. Die Relevanz dieser Kraft für die Bildung öffentlicher Meinung ist in der Literatur durchaus in Betracht gezogen worden. Die "moralischen Helden" von ROSS seien die "zornigen jungen Männer" moderner Prägung, führt NOELLE-NEUMANN zum Beispiel an. Ohne diese Kräfte der Erneuerung, ohne "Künstler, Erfinder, Wissenschaftler, Reformatoren, die (in direkter persönlicher Einwirkung auf ihre Umwelt, durch ihre Werke oder auf dem Weg über die Bildung von Subkulturen) Veränderung durchsetzen", würde die Gesellschaft in Traditionen erstarren, durch Kontroverse geprägte öffentliche Meinung undenkbar sein (1). Niklas LUHMANN stellte diesen Sachverhalt in einen deutlichen Bezug zur Entwicklung einer gegebenen, jeweils thematisch gebundenen, öffentlichen Meinung: "Es finden sich mutige Leute, denen die Kreation eines politischen Themas gelingt, die auf das Thema setzen, Zeit, Ressourcen und Kontakte widmen und es verbreiten" (2). NOELLE-NEUMANNs "Künstler, Erfinder, Wissenschaftler, Reformatoren" und LUHMANNs "mutige Leute" sind die eigentlichen Vorbereiter eines Themas öffentlicher Meinung. Entgegen den gesellschaftlich verbreiteten und vorgegebenen Denk- und Gefühlsmustern kommen sie zu neuen, nach ihrer Präsentation kontroverse provozierenden Schlüssen und scheuen sich nicht - nach eigenmotivierten, moralischen Maßstäben - diese vor anderen darzulegen. In dem Sinne läßt sich sagen, daß die genannten Erneuerer im Vorfeld einer zu bildenden öffentlichen Meinung tätig sind und daselbst die ihnen eigene Funktion ausüben. Niklas LUHMANN hat in seinen Ausführungen zu den "mutigen Leuten" ihr Hineingehen in die aktuelle Phase der von ihnen vorbereiteten öffentlichen Meinung miteinbezogen, und zwar entsprechend dem oftmaligen realen Geschehen, wie es von LUTHER und GHANDI zum Beispiel exemplifiziert wurde. Beides waren Schöpfer neuer Denkwege,

(1) Elisabeth NOELLE-NEUMANN 1966:12, vgl. Peter HOFSTÄTTER (1949) 1966:98.

(2) Niklas LUHMANN (1970) 1974:39.

aber auch (anschließend) aktive Gestalter öffentlichen Lebens und öffentlicher Meinung zu gesellschaftlich entscheidenden Themen ihrer Zeit (1). Es gilt zu berücksichtigen - so meine ich -, daß in der aktuellen Phase "ihrer" schon gewordenen Themen öffentlicher Meinung ihr vormals ungeteilt nonkonformistisches Verhalten - durch den Zulauf von Anhängern bzw. "Meinungsteilern" - diese Qualität verloren hat. Sie sind - im aktuellen Vergleich und was die Inhalte ihrer Aussagen angeht - nicht mehr von den hinzugekommenen "Meinungsteilern" zu unterscheiden. Allenfalls unterscheiden sie sich von den hinzugekommenen Meinungsteilern durch ihr "mehr" an Prestige und Autorität und ihre hervorragende Stellung im Prozeß der öffentlichen Meinung, begründet u.a. durch ihre frühe Stellungnahme im jetzt aktuellen Meinungskampf.

Es dürfte allerdings für einige Themen öffentlicher Meinung - wenn nicht für die meisten - schwer fallen, die eigentlichen nonkonformistischen Themenvorbereiter zu bestimmen. Das ist zum Beispiel bei den Themen der Fall, die in gewissen Zeitabständen wieder und wieder in die aktuelle Phase gelangen. Auch werden gesellschaftliche Erneuerungsprozesse durchaus nicht immer von einer einzigen, bestimmbar Person (oder mehreren, in ihrer Nonkonformität gleichgestellten Personen) synthetisiert und offengelegt, sie können auf breiter gesellschaftlicher Ebene fast "unmerklich" verlaufen und zu einer Zeit - in einem Wirkungszusammenhang - in Erscheinung treten. Eine weitere Schwierigkeit beim Auffinden der nonkonformistischen Themenvorbereiter liegt darin, daß dabei notwendigerweise immer in Form einer Rückinterpretation (aus der Sicht eines gewordenen Themas) vorgegangen werden muß. Der Ertrag liegt indes auf der Hand: der Prozeß der öffentlichen Meinung kann unter Einbeziehung seiner frühen Entstehungsgeschichte dargestellt werden. Zieht man in Betracht, daß in dieser Phase - sei sie nun latente oder frühe Phase oder Vorphase genannt (2) - die Entscheidung fiel (Wann? Wie? Wodurch?), daß dieses Thema zum Thema öffentlicher Meinung werde, kommt ihr beim

(1) Erik H. ERIKSON hat das Leben und Wirken von LUTHER (1959) und GHANDI (1970) nach den Erkenntnissen der Psychoanalyse rückinterpretiert und in unterscheidbare und sukzessive (psychosoziale) Phasen geteilt. In beiden Darstellungen läßt sich eine "Schöpfungsphase" und eine aktiv-politische Phase erkennen.

(2) Vgl. S. 65 dieser Arbeit.

Studium der öffentlichen Meinung eine - im Vergleich mit der aktuellen Phase - nicht mindere Bedeutung zu. Mit gezielter Aufmerksamkeit dürfte in dieser Phase das Verhältnis der Erneuerer und der von ihnen hervorgebrachten neuen Sinngehalte zu den mit Autorität und Macht ausgestatteten Zentren im gesellschaftlichen Prozeß zu beobachten sein. In diesem Zusammenhang sind die in der Gegenwart sich häufenden Terrorakte zu erwähnen, die die Verbreitung von an die Öffentlichkeit gewandten Mitteilungen unter Ausschaltung der in einem Gesellschaftssystem gegebenen Selektionsprozesse zu erzwingen suchen. In der Publizistikwissenschaft ist das Phänomen des (bewußten oder unbewußten) Zurückhaltens von Informationen im Rahmen der Massenkommunikation unter dem Stichwort "Gatekeeping" allgemein bekannt geworden (1). Allerdings ist festzuhalten, daß nicht nur Massenkommunikatoren die Funktion des "Gatekeepers" haben können, auch Regierungssprecher, Parteivorsitzende und der Papst, um einige Beispiele zu geben, können und werden Informationen bzw. mögliche Inhalte von Kommunikation (bewußt und unbewußt) zurückhalten.

"Niemand wird bestreiten, daß es Herrschaftsrollen gibt, die Macht in der Form befehlsmäßiger Kompetenzen oder faktisch verdichteter Chancen ausüben" (2). Und niemand wird bestreiten, daß "die nicht im privaten Umgang realisierten (Anm.: also öffentlichen) Akte der Mitteilung ein spezifisches Gewicht, eine geringere oder größere Breitenwirkung haben" (3). Direkt hierzu folgendes Zitat von Elisabeth NOELLE-NEUMANN (1966:25): "Die Bildung der Öffentlichen Meinung erfolgt unter Mitwirkung aller lebendigen Kräfte

-
- (1) Als "Gatekeeper" (Torhüter oder Pförtner) bezeichnete Kurt LEWIN (1947) diejenigen, die an bestimmten Stellen des Kommunikationssystems über die weitergegebenen Kommunikationsinhalte entscheiden. Zu der angesprochenen Vorstellung eines Kanalsystems, inklusive Schleusen und Schleusenwärtern, vgl. Fußnote ,S. dieser Arbeit. "D.M. WHITE führte (LEWINs) Ansatz ... (1950) in die Kommunikationsforschung ein" - Winfried SCHULZ 1971:101 (FLP).
 - (2) Niklas LUHMANN (1970) 1974:53.
 - (3) Ernst MANHEIM 1933:17.

nach dem Maß ihres tatsächlichen Gewichts" (1). Den Aussagen von mit wirtschaftlicher oder politischer Macht ausgestatteten (oder sie repräsentierenden) Individuen ist sicherlich eine bedeutende Stellung im Prozeß der öffentlichen Meinungsbildung zuzusprechen, je nach Thema können sie von Gewerkschaftlern stammen, von Großgrundbesitzern, Sprechern von Unternehmerverbänden, Regierungssprechern, Außenministern, Parteiführern - und je nach der Form des Gesellschaftssystems können es auch die Aussagen des Wesirs eines Sultans sein oder die von Mitgliedern des Zentralkomitees einer Einheitspartei. Was die Bestimmung des Maßes des tatsächlichen Gewichts und Einflusses der jeweiligen Kräfte im Prozeß der öffentlichen Meinungsbildung angeht, dazu gab MANHEIM schon (1933) die (empirisch-orientierte) Antwort: "Es ist eine Aufgabe der publizistischen Soziologie, von Fall zu Fall Gewichtsurteile zu fällen und publizistisch-politische Breitenwirkungen festzustellen" (2).

Während die nonkonformistischen Themenvorbereiter sich nicht in den Rahmen der "These vom konformistischen Druck" stellen lassen, die Existenz der mit wirtschaftlicher und politischer Macht ausgestatteten Individuen und Gruppen und ihre ungleich gewichtigeren Aussagen zu einem gegebenen Thema im Prozeß der öffentlichen Meinungsbildung ist mit den Annahmen dieser These zu vereinbaren. Bei ihren Beobachtungen zur Meinungsverteilung in der Umwelt werden die Aussagen der anderen sowohl nach ihrer Häufigkeit als auch nach ihrer relativen Wichtigkeit und wahrscheinlichen Realisierbarkeit eingeschätzt, wie auf S.46 - nach Elisabeth NOELLE-NEUMANN - schon angeführt wurde. Neben den schon im Zusammenhang mit der "These vom konformistischen Druck" erwähnten "Symptomen politischen Erfolges" (vgl. S. 31), wäre hier noch auf eine weitere Aufmerksamkeitsregel LUHMANNs zu verweisen, nämlich "Status des Absenders einer Kommunikation" (ibid).

-
- (1) Elisabeth NOELLE-NEUMANN zitiert hier (1966:25) das Urteil des Zweiten Senats vom 30.7.1958 (2BvF 3,6/58), in dem es heißt: "...die im gesellschaftlich-politischen Raum erfolgende Bildung der öffentlichen Meinung und die Vorformung der politischen Willensbildung des Volkes (vollziehen) sich ungewollt und durch alle verfassungsrechtlich begrenzten Kompetenzräume hindurch unter Mitbeteiligung aller lebendigen Kräfte nach dem Maße ihres tatsächlichen Gewichts und Einflusses" - Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, Bd.8, S.104 (Hvhbg nicht im Orig.).
- (2) Ernst MANHEIM 1933:21.

Abschließend ist an dieser Stelle zu sagen, daß die "These vom konformistischen Druck" durchaus in Einklang mit der vorhergehend vorgestellten "These vom thematischen Bezug" steht. Voraussetzung ist dabei die Annahme, daß die Umweltbeobachtungen zur Meinungsverteilung jeweils in Bezug auf ein Thema angestellt werden. Entsprechend ist zu sagen: Diejenigen, die bestimmte gerichtete Beobachtungen zur Meinungsverteilung in der Umwelt anstellen, sind bereits zur Öffentlichkeit des angesprochenen Themas zu zählen. Sie bestimmen zu einem Teil die Struktur dieser Öffentlichkeit.

e. Die Meinungsführerthese

Das Meinungsführerkonzept - erstmals im Jahre 1944 vorgestellt (1) - gehört zum traditionellen Bestandteil der Publizistikwissenschaft und hat eine ihm eigene Entwicklungsgeschichte, die an mehreren Stellen in der Literatur bereits zusammenfassend referiert worden ist (2). In entsprechender Kürze soll es hier vorgestellt sein und in Bezug zum Phänomen "öffentliche Meinung" (3) bzw. in den hier vorgetragenen theoretischen Orientierungsrahmen gesetzt werden.

Einen frühen Hinweis auf die Existenz der (1940) empirisch ermittelten "Meinungsführer" gab der Nationalökonom John Stuart MILL im Jahre 1859, als er folgendes, damals scheinbar neuartiges Phänomen beschrieb: "...die Volksmassen übernehmen ihre Meinungen nicht mehr von den Würdenträgern des Staates oder der Kirche, von erklärten Führern oder aus Büchern. Das Denken erledigen für sie Leute ihresgleichen, die aus dem Augenblick heraus mit ihnen reden oder in ihrem Namen sprechen" (4). Als LAZARSELD, BERELSON und GAUDET (1940) ihre nunmehr zur Genüge bekannte Untersuchung durchführten, war ihr Ziel, die Wirkung der Massenmedien in der Endphase des Wahlkampfes auszumachen, und zwar anhand des (longitudinalen) Panel-Verfahrens. Statt die Massenmedien bzw. in ihrem

-
- (1) Das war als Paul F. LAZARSELD, Bernard BERELSON und Hazel GAUDE (1944) die Ergebnisse ihrer (1940) vorgenommenen empirischen Untersuchung zur Wirkung der Massenmedien in der amerikanischen Präsidentschaftswahl veröffentlichten.
 - (2) Eine Darstellung über 17 Jahre der Entwicklung des Meinungsführerkonzepts gab Elihu KATZ 1957:61-78, vgl. auch Everett C. ROGERS 1973:292 ff (HC), Elisabeth NOELLE-NEUMANN 1971a:342-344 (FLP), vgl. auch Jörg AUFERMANN 1971:63-100.
 - (3) Vgl. NOELLE-NEUMANN 1963:316-323 ("Meinung und Meinungsführer: über den Fortschritt der Publizistikwissenschaft durch Anwendung empirischer Forschungsmethoden").
 - (4) John Stuart MILL: On Liberty (1859), Hvhbg nicht im Orig. Dieses MILL-Zitat wurde von Elihu KATZ und Paul F. LAZARSELD als Motto für ihr Buch "Personal Influence: the Part Played by People in the Flow of Mass Communications" genommen, einer für die Meinungsführerthese grundlegenden Studie. - Diesen Zusammenhang hat Elisabeth NOELLE-NEUMANN herausgestellt 1963: 319 und 322, Fußnote 13 und 14.

Rahmen gemachte Aussagen als Anstoß für ihre Wahlentscheidungen (und Änderungen) anzugeben, verwiesen die mehrfach Befragten auf einen bis dahin unberücksichtigten Faktor: die informelle, interpersonale Kommunikation. Aufgrund dieser Ergebnisse konnte die dann vorherrschende Vorstellung von der Wirkung der Massenmedien, daß sie wie eine hyperdermische Nadel unvermittelt auf ein disperses bzw. atomistisches (nur über die Massenmedien verbundenes) Publikum wirke (1), nicht bestehen bleiben. Es erfolgte eine Differenzierung durch die These vom Zwei-Stufen-Fluß der Kommunikation:

"...ideas often flow from radio and print to the opinion leaders and from them to the less active sections of the population" (2).

Das "Two Step" Massenkommunikationsmodell und die beinhaltete Meinungsführerthese ist im Rahmen von zahlreichen empirischen Studien untersucht worden (3), die "teils bestätigende, teils widersprechende Ergebnisse" zeitigten (4). Das Resultat der Entwicklung ist die (inklusive) These vom Multi-Stufen-Fluß der Kommunikation (5). Sowohl Meinungsführer als auch Nicht-Meinungsführer können sich an den Massenmedien orientieren, sowohl Meinungsführer als auch Nicht-Meinungsführer sind informellem, interpersonalem Einfluß zugänglich. Dem einen - sei er Meinungsführer oder Nicht-Meinungsführer - mag die

-
- (1) Eine ausführliche und kritische Darstellung hierzu bei Elihu KATZ und Paul F. LAZARFELD 1955:15-42.
 - (2) Paul F. LAZARFELD, Bernard BERELSON und Hazel GAUDET (1944) 1960:151.
 - (3) In chronologischer Folge ihrer Veröffentlichung sind u.a. zu nennen: Robert K. MERTON (1949) - nach dem (fiktiven) Namen des untersuchten gesellschaftlichen Teilsystems "Rovere"-Studie genannt; Bernard BERELSON, Paul F. LAZARFELD, William N. McPHEE (1954) - "Elmira"-Studie; Elihu KATZ und Paul F. LAZARFELD (1955-Teil II) - "Decatur"-Studie; Elihu KATZ und Herbert MENZEL (1955); Felix und Marie KEESING (1956); Daniel LERNER (1958); Paul J. DEUTSCHMANN und Wayne A. DANIELSON (1960); Paul F. LAZARFELD und Herbert MENZEL (1964); Verling C. TROLD AHL und Robert VAN DAM (1965); Verling C. TROLD AHL (1966); Institut für DEMOSKOPIE-ALLENSBACH (1970).
 - (4) Jörg AUFERMANN 1971:83.
 - (5) Einen frühen Ansatz in diese Richtung gab es bei Elihu KATZ und Herbert MENZEL 1955:352, vgl. Elihu KATZ und Paul F. LAZARFELD 1964:318 ff, zur heutigen Verbreitung dieses Konzepts vgl. Elisabeth NOELLE-NEUMANN 1971a:343-344 (FLP) und Everett C. ROGERS 1973:296 (HC) und Jörg AUFERMANN 1971:83.

Information oder Meinung über die Massenmedien zugehen, dem anderen vermittelt über zahlreiche Stufen:

"The exact number of steps in this process depends on the intent of the source, the availability of mass media and the extent of their exposure, the nature of the message, and its salience to the receiving audience" (1).

Die offensichtliche Schwierigkeit des "Multi-Stufen"-Modells liegt darin, daß in seinem Rahmen eine Vielzahl von Variablen relevant sind und daß es eine äußerst detaillierte und differenzierte Analyse der Massenkommunikationsprozesse voraussetzt.

Bemerkenswerterweise ist die oben genannte Ausgangsthese in den 30 Jahren seit ihrer ersten Formulierung im wesentlichen erhalten geblieben. Wie von vornherein in Betracht gezogen worden war, daß der Zwei-Stufen-Fluß der Kommunikation nicht unbedingt zu erfolgen habe (".. ideas often flow from..."), ist auch im Multi-Step-Modell der Zwei-Stufen-Fluß als Möglichkeit erhalten geblieben. Wenn auch die Annahmen zur Stellung des Meinungsführers im Kommunikationsprozeß in den Jahren modifiziert worden sind, an der Existenz der Meinungsführer an sich ist scheinbar niemals gezweifelt worden. Was die Merkmale des informellen Meinungsführers (2) angeht - und nur er ist hier von Interesse - herrscht in der Literatur insofern Übereinstimmung, als er sich typischerweise wenig von denen unterscheidend dargestellt wird, auf deren Meinungsbildung er Einfluß hat (3). Einmal abgesehen von den möglichen anderen Merkmalen, die Meinungsführer haben können (4),

(1) Everett C. ROGERS 1973:296 (HC)

(2) Es wird zwischen formeller und informeller Meinungsführerschaft (formal and informal opinion leadership) unterschieden. Zum formellen Meinungsführer, dem mit wirtschaftlicher und politischer Macht ausgestatteten Individuum, vgl. S.55/56 dieser Arbeit.

(3) Elihu KATZ, Paul F. LAZARFELD (1955) 1964:267f, Elihu KATZ 1957: 77, Elisabeth NOELLE-NEUMANN 1963:319-320, Everett,C, ROGERS 1973:298 (HC).

(4) Daß das Auffinden von Typen von Meinungsführern die Forschung mehr vorantreiben würde als die einfache empirische Bestätigung ihrer Existenz, das stellte Robert K. MERTON schon 1949:183 fest, Von den vorgebrachten Typologien sind u.a. folgende zu erwähnen: Meinungsführer unterscheiden sich (wenn auch wenig) von den durch sie Beeinflußten durch größeres Faktenwissen oder Normenwissen oder Wertewissen (J. AUFERMANN 1971:79-BQ, vgl. J.HELLE 1968:28); durch sozialstrukturelle MERKMALE (Robert K.MERTON 1949:180-219); durch Wissen um überregionales Geschehen (H.MENZEL, E.KATZ 1955: 337 ff); durch größeres Sich-der-Massenkommunikation-Aussetzen (z.B. E.KATZ, P.LAZARFELD 1955 1964:312).

Wie schon erwähnt, die empirischen Ergebnisse geben kein eindeutiges Bild und diese und andere Typologien haben entsprechend hypothetischen Charakter.

dieses eindeutige Ergebnis der Meinungsführerforschung - so treffend von MILL (1859) erfaßt - trägt wesentlich zum Verständnis des öffentlichen Meinungsbildungsprozesses bei, da sich nunmehr drei Rollenbilder vorstellen lassen: Es kann - neben dem erwähnten (nonkonformistischen) Themenvorbereiter (1) und dem sozialstrukturell prominenten Machthaber - der "Meinungsführer" unterschieden werden, ein (fast) Gleicher unter Gleichen, dessen herauszustellende Funktion ist, in "seiner" gesellschaftlichen Gruppierung oder in "seinem" Kreis Meinungen zu bestätigen bzw. zu verstärken (2).

Auch hinsichtlich ihres Informations- und Austauschbedürfnisses und hinsichtlich ihres Interesses an dem jeweiligen Thema unterscheiden sich Meinungsführer nicht unbedingt von den durch sie Beeinflußten. TROLDAHL und VAN DAM kamen (1965:634) zu folgendem Ergebnis:

"...opinion leaders seem to pass on and compare their opinions on major news topics with persons who are just as active and knowledgeable as themselves" (Hvhbg nicht im Orig.)

-
- (1) Herbert MENZEL und Elihu KATZ stellten bereits 1955:352 fest: "...we found it necessary to propose amendments for the model of the two-step flow of communication by considering the possibility of multi-step rather than two-step flow, by noting that sources other than printed publications may be the channels of low prestige and unusually easy accessibility, and by differentiating various kinds of leadership, especially by emphasizing the differential roles of the innovator or pioneer on the one hand and the opinion leader or arbiter on the other" (Hvhbg nicht im Orig.) Eine Reihe von Untersuchungen zur Rolle der Meinungsführer bei der Verbreitung von Innovationen (durch Abweichung von dem Bestehenden charakterisierte Kulturinhalte) kamen in einem Stadium der Meinungsführerforschung zu (scheinbar) widersprüchlichen Ergebnissen, einmal zeitigten die Meinungsführer stark innovative Wirkungen, dann wiederum bestärkten sie die Orientierung an festen Traditionen. Die Erklärung ist von MARSH und COLEMAN (1954) gegeben worden und mehrmals bestätigt worden, vgl. ROGERS 1973:298-299 (HC). "In einem an sich fortschrittlichen Milieu werden fortschrittliche Leute zu Meinungsführern, in einem konservativen Milieu eher konservative Leute." (Elisabeth NOELLE-NEUMANN 1963:320).
- (2) In der Ausgangsthese von 1944 war die "Relais-Funktion" besonders herausgestellt worden. Hier ist es die Funktion der Bestärkung ("Reinforcement"); vgl. Elisabeth NOELLE-NEUMANN 1963:319 und Jörg AUFERMANN 1971:87-88.

Es lassen sich schließlich - neben den drei genannten - noch zwei weitere Rollenbilder in bezug auf öffentliche Meinungsbildungsprozesse ableiten: "andere aktiv Beteiligte" und "andere inaktiv Beteiligte". Diesen insgesamt fünf Kategorien ordne ich im folgenden ihre jeweils charakteristischen Merkmale zu:

- | | |
|------------------------------------|--|
| <u>"Themenvorbereiter"</u> | - nonkonformistisches Verhalten (Denken, Fühlen, Meinen); |
| <u>"Machthaber"</u> | - sozialstrukturell verankerte(r) befehlsmäßige Kompetenz oder (faktisch verdichteter) Chancenzugang; |
| <u>"Meinungsführer"</u> | - direkter Einfluß auf die Meinungsbildung von anderen, die ihm in seinen sozialen Merkmalen gleichen; |
| <u>"andere aktiv Beteiligte"</u> | - erhebliches Interesse am Thema und aktive Beteiligung, aber fehlende direkte Einflußnahme auf Meinungsbildung von anderen; |
| <u>"andere inaktiv Beteiligte"</u> | - Interesse am Thema, aber fehlende aktive Beteiligung und fehlende direkte Einflußnahme auf Meinungsbildung von anderen |

Ausdrücklich festzuhalten ist, daß die "anderen inaktiv Beteiligten" - obwohl sie nicht direkt an der Diskussion beteiligt sind und keine "diskussionsgestählten Meinungen" haben - durchaus zur Öffentlichkeit einer gegebenen öffentlichen Meinung zählen, und zwar aufgrund ihres wie auch immer großen (bewußten oder unbewußten) Interesses an dem Thema. Die Vorstellung von Passiven und Aktiven im Prozeß der öffentlichen Meinungsbildung ist nichts Neues (1). Die hier gebrauchte Wortwahl "inaktiv" soll der Überlegung Rechnung tragen, daß das erwähnte Interesse doch eine Form von Aktivität verlangt. Im Gegensatz zu den "inaktiv Beteiligten" scheiden diejenigen, die gar kein Interesse an dem Thema öffentlicher Meinung haben, ganz aus der Öffentlichkeit einer gegebenen öffentlichen Meinung aus.

(1) Ithiel de SOLA POOL 1973:76 (HC), 815 816. - Vgl. auch Ralf DAHRENDORF 1974 ("Aktive und passive Öffentlichkeit... Über die Teilnahme und Initiative im politischen Prozeß moderner Gesellschaften"), vorher unter anderen Titeln veröffentlicht: 1967, 1969, 1972.

Was GOULDNER (1950) in bezug auf das Rollenbild des 'leaders' feststellte (1), gilt im wesentlichen auch für die hier vorgestellten fünf Kategorien: sie sprechen jeweils situativ-bedingte Rollenbilder an (2). Wer zu dem einen Thema öffentlicher Meinung ein "Meinungsführer" sein kann, mag für ein anderes Thema (auch gleichzeitig) ein "anderer aktiv Beteiligter" sein. Wer in einem bzw. "seinem" gesellschaftlichen Teilbereich ein "Meinungsführer" ist, kann für einen anderen Teilbereich und in einer anderen Situation diese Rolle nicht mehr einnehmen. Offensichtlich steht die "These vom thematischen Bezug" und die Annahme, daß die einer öffentlichen Meinung zugeordnete Öffentlichkeit auf bestimmte Weise strukturiert ist, hier in engem und sie stützenden Zusammenhang. Die Annahme von den je nach Thema (issue) wechselnden Meinungsführern, den sogenannten monomorphen Meinungsführern, kann durch die Annahme von für eine Reihe von Themen "zuständigen" (sogenannten polymorphen) Meinungsführern ergänzt werden (3). Auch hierzu gibt es in ihren Ergebnissen widersprüchliche empirische Untersuchungen, gar eine einzige, die sich für beide Annahmen heranziehen läßt (4). Polymorphe Meinungsführerschaft bedeutet jedoch nicht, daß sie sich auf alle Themen erstreckt. Grundsätzlich wird die Annahme von nach Themen bzw. Themenkomplexen variierenden Meinungsführern also nicht eingeschränkt.

-
- (1) A.W. GOULDNER 1950:20: "Leadership is in this sense a r o l e which an individual occupies at a given time in a given group. A leader is not a total personality, but a person who in certain situations emits legitimate group-patterning stimuli. Clearly, the same individual can be both follower and leader in two different ,segments' of his life, or in the same segment at different times".
 - (2) Die Möglichkeit einer sozialkategorialen Zuordnung der hier vorgestellten Rollenbilder ist nicht auszuschließen, gerade auch was die "Machthaber" und die "inaktiv Beteiligten" bzw. die hier ausgeklammerten Nicht-Beteiligten angeht. Diese interessante Fragestellung kann jedoch erst angegangen werden, wenn eine Reihe von Analysen vorliegen und sich möglicherweise wiederkehrende Strukturmuster erkennen lassen.
 - (3) Geprägt wurde das Wortpaar monomorph / polymorph von Robert K. MERTON 1949:180-219.
 - (4) Elihu KATZ und Paul F. LAZARSELD fanden in ihrer Studie "Personal Influence" Monomorphismus bestätigt (1955) 1964:334. - MARCUS und BAUER (1964) unterzogen dieses Material einer neuen Analyse und fanden ihrerseits die Annahme des Polymorphismus bestätigt.

Abgesehen vom Rollenbild des nonkonformistischen Themenvorbereiters, alle anderen Beteiligten werden an der Gestaltung des konformistischen Drucks direkt beteiligt und direkt dem konformistischen Druck ausgesetzt sein, wenn auch möglicherweise in Abstufungen. Am stärksten mag der konformistische Druck sich bei den "inaktiv Beteiligten" auswirken. Auch können sie sich bei ihrer Meinungsbildung ungehinderter von emotionalen Stimmungen leiten lassen, da sie in gewissem Maße den Schutz der Anonymität haben, im Gegensatz zu den "anderen aktiv Beteiligten" und den "Meinungsführern", die ihren Informationsstand und ihre Diskussionsargumente notwendigerweise offenlegen und rational oder auch nur scheinbar rational begründen müssen. Wenn die "anderen inaktiv Beteiligten" auch an der Gestaltung des konformistischen Drucks mitwirken (ihr Verhalten geht in die Umweltbeobachtungen anderer ein), festzuhalten ist, daß die "Machthaber" (und auch die "Meinungsführer") einen vergleichsweise großen Beitrag zur Bildung des konformistischen Drucks leisten (1), da Macht- und Prestige faktoren ihren Aussagen und ihrem Verhalten ein weiteres Gewicht verleihen (vgl. S. 54 dieser Arbeit). Während die Aussagen und das Verhalten der "Machthaber" allerdings in mehreren, auch vertikal gelagerten Sektoren des Gesellschaftssystems direkt wirken können, sind die der "Meinungsführer" nur in einem bzw. "ihrem" Teilbereich direkt wirksam.

In Bezug auf die Wichtigkeit und den Einfluß ihrer Aussagen und in Bezug auf ihr Verhalten im Prozeß der öffentlichen Meinungsbildung lassen sich "Machthaber" und "Meinungsführer" als ein Kern begreifen, umschlossen von den "anderen aktiv Beteiligten" und den "anderen inaktiv Beteiligten". Die Grenze zwischen dem aktiven Kern und den womöglich breiten Randgebieten ist dabei ebenfalls als Kontinuum zu sehen. Zum äußersten Randgebiet sind dabei die wie auch immer vermittelt Angesprochenen und am wenigsten Interessierten zu zählen. Es sich durchaus Themen vorzustellen, bei denen der Staat/die Regierung einen Großteil des aktiven Kerns stellen und auf die "passiven" Randgebiete gezielt einwirken kann und wird, so beim Themenkreis "Auslandsbeziehungen", was beim Thema "Änderung des Ladenschlußgesetzes" kaum anzunehmen ist. Die hier vorgetragene Unterscheidung zwischen den am Prozeß der öffentlichen

(1) Vgl. Elihu KATZ 1957:77.

Meinungsbildung Beteiligten und die Vorstellung eines von Randgebieten umfaßten Kerns bringt zumindest zwei scheinbar gegensätzliche Ansichten über das Phänomen öffentliche Meinung in einen Erklärungszusammenhang: Während die einen "Öffentliche Meinung" als im wesentlichen durch eine mehr rational als emotional geführte Diskussion unter Gleichen konstituiert sehen wollen (1), heben andere hervor, daß "Öffentliche Meinung" durch macht- und autoritätsbedingte Vorgaben gelenkt sei (2).

Abschließend sei hier noch zu bedenken gegeben, daß - je nach Phase des öffentlichen Meinungsbildungsprozesses - den jeweiligen Beteiligten ein unterschiedliches Gewicht zukommen mag. Nach Niklas LUHMANN (3) und in Übereinstimmung mit u.a. Phillips DAVISON (4) lassen sich drei fließend ineinandergelagerte Phasen unterscheiden: die latente, die aktuelle und die ausklingende Phase.

Da in der latenten Phase schon die eigentlichen (Seins- und Sinngefüge) Voraussetzungen für das nun "werdende" Thema öffentlicher Meinung gegeben sind, von "kleinen Zirkeln politischer Aktivisten" (5) möglicherweise schon erkannt und/oder von "Machthabern" unterdrückt bzw. gezielt gefördert, bietet es sich an, noch eine der latenten Phase fließend vorgeschaltete Vorphase zu unterscheiden, in der die Themenvorbereiter (vgl. S. 54 dieser Arbeit) zu ihren ungeteilt nonkonformistischen und - nach Präsentation - Kontroverse provozierenden Schlüssen kommen.

Sobald sich die Meinungsäußerungen zu einem Thema häufen, ist die latente Phase überwunden, und die öffentliche Meinung wird - gekennzeichnet durch ihre Merkmale "Aktualität/Kontroverse/Publizität" - erkennbar und von anderen unterscheidbar. Während dieser aktuellen Phase ist ein zahlenmäßiges Ansteigen aller hier

(1) Vgl. z.B. Hermann HELLER (1934) 1970 und S. 8 dieser Arbeit, Ferdinand TÖNNIES (1922), S.9/10 dieser Arbeit, Wilhelm HENNIS (1957).

(2) Vgl. z.B. HABERMAS 1962:290-294 und die von ihm herangezogene Studie von C. Wright MILLS: "The Power Elite", 1956, S. 303 f, vgl. 8.15/16 dieser Arbeit.

(3) Niklas LUHMANN (1970) 1974:39-41

(4) Z.B. W. Phillips DAVISON (1958) 1962:6-19, vgl. auch Hans ZEISEL (1961).

(5) Elisabeth NOELLE-NEUMANN 1971b:215 (FLP), vgl. auch dies. 1962:12.

Beteiligten zu verzeichnen: "Machthaber", "Meinungsführer", "andere aktiv Beteiligte" und "andere inaktiv Beteiligte", bis hin zu einem Höchststand, und zwar auch was die Intensität der Beteiligung angeht. Nach diesem Höchststand hat der Übergang in die ausklingende Phase bereits begonnen. LUHMANN gibt einige denkbare Gründe für den Übergang von der aktuellen in die ausklingende Phase, Es könnten die Standpunkte bereits dargelegt und das eindeutige (nicht zu differenzierte) Argumentationsmaterial bereits verausgabt sein. Auch stünde das Ausklingen von öffentlichen Meinungen in einem Funktionszusammenhang mit dem politischen System: "Das politische System kann nicht zu viele Themen nebeneinander behandeln; es muß Themen abfertigen, um Raum für neue zu gewinnen - und das in einem Tempo, das oft nicht ausreichend Zeit läßt für eine sachgemäße Bearbeitung eines Themas(1). Gordon W. ALLPORT und Janet M. FADEN (1940:702 f) brachten außerdem die These vor, daß die Intensität der beteiligten Gefühle mit einem Druck auf den Abschluß verbunden sei (2). Nicht alle Themen öffentlicher Meinung durchlaufen die genannten Phasen. Manche Themen gelangen z.B. erst gar nicht in die aktuelle Phase. WANN-WAS-WIE Thema öffentlicher Meinung wird, ist sicherlich eine der interessantesten Fragestellungen hinsichtlich des Phänomens "öffentliche Meinung", allerdings auch eine der schwersten.

Charakteristisch für den Prozeß der öffentlichen Meinung scheint zu sein, daß er sich relativ langsam einschwingt und ebenso ausklingt. Das steht in Einklang mit der Annahme, daß öffentliche Meinung auf verschiedenen Ebenen mit dem gesamtgesellschaftlichen Prozeß verwoben ist, daß sie "eine Ausdrucksform kollektiven Verhaltens und das Resultat multipler, sozialkommunikativer Prozesse" sei (3). Allerdings können (sinn- bzw. seinsverbundene) Ereignisse (4) den Prozeß der öffentlichen Meinungsbildung beschleunigen.

(1) Niklas LUHMANN (1970) 1974:41

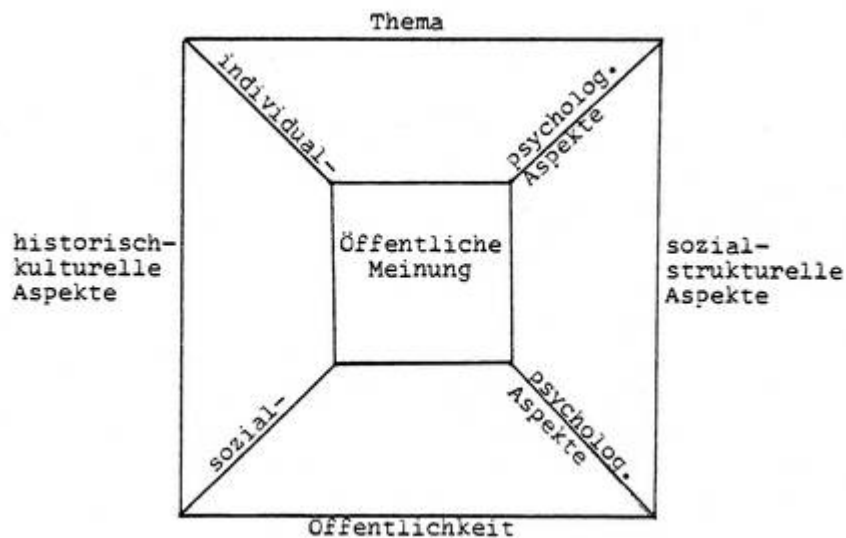
(2) Zitiert nach LUHMANN a.a.O., S. 315, Fußnote 34.

(3) Horst REIMANN 1971:808

(4) Vgl. die entsprechende Aufmerksamkeitsregel bei LUHMANN - S.31 dieser Arbeit.

f. Zusammenfassung

Dieser theoretische Orientierungsrahmen ist eingeleitet worden von einer Abgrenzung zwischen dem Phänomen "öffentliche Meinung" und anderen gesellschaftlichen Phänomenen: Nur "öffentliche Meinung" kann die Merkmale "Aktualität, Kontroverse, Publizität" auf sich vereinigen. Anschließend ist öffentliche Meinung als "Teil und Ausdruck des gesamtgesellschaftlichen Prozesses" vorgestellt worden: Der Prozeß der öffentlichen Meinungsbildung ist verwoben mit den historischen Grundlagen und den Kulturinhalten eines gegebenen Gesellschaftssystems. Er in Relation mit den Strukturen des gesamtgesellschaftlichen Prozesses zu sehen, den Formen der gesellschaftlichen Schichtung und dem Netz der sie durchziehenden, verschiedenartigen Organisationen. Wie das Merkmalskonglomerat "Aktualität, Kontroverse, Publizität" das Phänomen öffentliche Meinung von anderen gesellschaftlichen Phänomenen unterscheiden läßt, so hat die "These vom thematischen Bezug" die einer öffentlichen Meinung zugeordnete Öffentlichkeit von anderen Öffentlichkeiten im gesamtgesellschaftlichen Prozeß unterscheidbar gemacht. Die Annahme ist, daß die in einem Thema öffentlicher Meinung konstituierte Öffentlichkeit eine ihr eigene, bestimmte Struktur hat: Sie ist das Resultat von gesellschaftlichen Differenzierungsprozessen, teils geleitet von bestehenden Strukturen, teils über sie hinausgehend konstituiert. Das auf S. 26 gegebene Schema läßt sich an dieser Stelle - für eine in Bezug auf ein Thema hergestellte Öffentlichkeit - folgendermaßen darstellen:



Da der auf psychischer Ebene hergestellte menschliche Zusammenhang und die im Individuum dazu begründeten Möglichkeiten und Grenzen und Regelmäßigkeiten von grundlegender Bedeutung für die Erklärung öffentlicher Meinungsbildungsprozesse sind, ist in relativer Ausführlichkeit auf die psychologische Seite der zuerst auf soziologischer Ebene vorgestellten "These vom thematischen Bezug" eingegangen worden. Der mehr sozialpsychologische Aspekt "Empathie" ist erwähnt worden sowie das diese These stützende Bezugsgruppenkonzept und letztlich eine Klassifikation von Funktionen, die eine Meinung für ein Individuum haben kann. In der Vier-Funktionen-Klassifikation (KATZ 1960) sind die verschiedensten Gründe, aus denen heraus ein Individuum einer Meinung (oder einem Thema) seine Aufmerksamkeit zuwenden, sich eine Meinung bilden oder äußern kann, zusammengefaßt worden. NOELLE-NEUMANN hat einer dieser Funktionen besondere Beachtung geschenkt, ihre Beobachtungen und theoretischen Überlegungen dazu sind im Abschnitt "Die These vom konformistischen Druck" zusammengefaßt und in diesen theoretischen Orientierungsrahmen eingearbeitet worden. Bei der These vom konformistischen Druck handelt es sich um eine Verquickung von individual- und sozialpsychologischen Aspekten, eine (wie auf S.25 und S.50 festgestellt wurde) besonders fruchtbare Verbindung für die Erklärung von öffentlichen Meinungsbildungsprozessen. Der Begriff "Öffentliche Meinung" gewinnt hier an Konsistenz, sowohl das subjektive "Meinen" als auch das außerhalb eines gegebenen Individuums konstituierte "öffentlich" finden einen - ineinander geklammerten - Erklärungszusammenhang. Der Vorwurf einer gleichzeitig erfolgenden "psychologischen Auflösung" (1) kann allerdings nicht erhoben werden; denn - wie schon erwähnt und im obigen Schema dargestellt - die sozialstrukturelle Dimension und die historisch-kulturelle Dimension stecken den Bedingungsrahmen ab, in dem sich eine öffentliche Meinung zu einem Thema bilden kann. Davon ausgehend, daß es neben dem konformistischen Druck auch eine nonkonformistische Kraft geben muß (wenn der gesellschaftliche "Prozeß" keine gesellschaftliche "Stagnation" sein soll), und in Verbindung mit den Annahmen der "Meinungsführerthese" sind fünf unterscheidbare Rollenbilder im Prozeß der öffentlichen

(1) Vgl. Rüdiger ALTMANN 1954:116, Jürgen HABERMAS (1962) 1971: 284.

Meinungsbildung vorgestellt worden. Mit dem Rollenbild des "Machthabers" (des sogenannten formalen Meinungsführers) ist die sozialstrukturelle Dimension direkt angesprochen worden: Als Repräsentant oder Sprecher von Organisationen - welcher Form auch immer - bringt er über seine "befehlsmäßige Kompetenz" oder seine "faktisch verdichteten Chancen" die in dem Gesellschaftssystem bestehenden Strukturen auf eine Weise in die einem Thema zugeordnete Öffentlichkeit ein. Auch mit dem Rollenbild des (informellen) "Meinungsführers ist die sozialstrukturelle Dimension angesprochen worden: Er bestätigt und verstärkt die Meinungen "seinesgleichen", derjenigen, die sich in ihrem Lebens- und Erfahrungsraum wenig von ihm unterscheiden. So gestalten die nonkonformistischen Themenvorbereiter, die Machthaber, die Meinungsführer und "andere aktiv bzw. inaktiv Beteiligte" gemeinsam den wahrscheinlich phasenmäßig ablaufenden Prozeß der öffentlichen Meinungsbildung und konstituieren gemeinsam eine wie auch immer strukturierte Öffentlichkeit. Wie dieser Prozeß im einzelnen abläuft, welche interkulturellen und historischen Varianzen dabei festzustellen sind, dieser Fragenkomplex läßt sich erst nach einer Reihe von empirischen Untersuchungen weiterverfolgen. Auf Fragen des dabei heranzuziehenden methodischen Vorgehens gehe ich im folgenden ein.

III. Methodologische Betrachtungen

Bei empirischen Untersuchungen der öffentlichen Meinung lassen sich generell zwei Verfahren unterscheiden:

- 1 - die analytische Bearbeitung von schon vorhandenem quantitativen und/oder qualitativen Material,
- 2 - die durch Umfragen vorgenommene Erhebung statistischer Materials und dessen Auswertung (1).

Die Vorläufer des analytischen Verfahrens reichen so weit zurück, wie versucht wird, gesellschaftliche Phänomene durch kausale Zusammenhänge zu erklären. Seit Prägung des Begriffes öffentliche Meinung im 18. Jahrhundert wird auf diese Weise dem dann scheinbar neuen Phänomen näherzukommen versucht. Erste Bemühungen, daraus ein wohlgeformtes Instrument für die wissenschaftliche Erforschung von öffentlicher Meinung zu machen, reichen jedoch kaum mehr als drei Jahrzehnte zurück. Die Vorläufer des zweiten genannten Verfahrens sind ebenfalls zur Zeit der Prägung des Begriffes öffentliche Meinung im 18. Jahrhundert bereits zu verzeichnen gewesen. Zu erwähnen sind die soziographischen Erhebungen zu sozialpolitischen Themen im England des 17., des 18. und 19. Jahrhunderts. In den USA wurden diese soziographischen Erhebungen, bei denen teils "Experten", teils die Bevölkerung selbst befragt wurde, seit dem 19. Jahrhundert durchgeführt. Nach Deutschland kamen sie relativ spät, und auch die umfangreichen, zwischen 1890 und 1910 durchgeführten Umfragen des "Vereins für Sozialpolitik",

(1) Die in neuerer Zeit durchgeführten Gruppenexperimente, Tiefeninterviews unter Einbeziehung projektiver Tests, Panelbefragungen und Gruppendiskussionen sind bei der oben gegebenen Unterscheidung nicht einbegriffen. Allerdings handelt es sich dabei auch um Zusatzverfahren, deren Ergebnisse als schwerpunktmäßige Vertiefungen im Zuge zahlenmäßig und räumlich größer angelegter Untersuchungen mit herangezogen werden. Vgl. Elisabeth NOELLE-NEUMANN 1961:5493-9494 (HWBW), Erwin SCHEUCH 1961:282 (HWS), Hans L.ZETTERBERG 1967:223-224 (FLS). Nicht einbegriffen in die oben gegebene Unterteilung sind weiterhin impressionistische Deskriptionen zur öffentlichen Meinung, die nach zufälligen Gesichtspunkten erfolgen und eine Zuordnung zu einem Verfahren ausschließen.

in dem Alfred und Max WEBER wirkten, hatten kaum Resonanz (1). Um die Wende des 19./20. Jahrhunderts wurde in den USA mit den sogenannten "straw polls" eine Frühform der heutigen Umfragen zu tagespolitischen Themen und zum Konsumverhalten eingeführt. Journalisten zum Beispiel sprachen aus der Menge von Straßenpassanten jeweils einige nach ihren Meinungen an, wie man aus einem Bündel von Streichhölzern oder Strohhalmen einzelne herausziehen kann. Es folgte eine Reihe von weiteren Versuchen: Zeitungen forderten ihre Leser auf, ihre Meinungen zu bestimmten Themen schriftlich einzusenden oder führten selbst schriftliche Befragungen durch.

Auch um die systematische Auswahl der zu befragenden Personen bemühte man sich zunehmend. Der entscheidende Fortschritt hierbei, die Entwicklung und erste Anwendung der statistisch-repräsentativen Methode durch Arthur L. BOWLEY (1912), wurde jedoch zwei Jahrzehnte lang übersehen (2). Dann allerdings - 1935/36 - erfolgte der Durchbruch der Umfrageforschung im heutigen Sinne (3), als die ersten Umfrage-Institute entstanden (das "American Institute of Public Opinion" von George GALLUP und der "Fortune Poll" von Elmo ROPER) und eine

-
- (1) Elisabeth NOELLE-NEUMANN 1961:5490 (HWBW), dies. 1963a:314-317.
 - (2) Elisabeth NOELLE-NEUMANN 1961:5490 (HWBW).
 - (3) Vgl. Erwin SCHEUCH 1961:278 (HWS), der hier allerdings den Ausdruck "Meinungsforschung" gebraucht. - Es gibt im Englischen wie im Deutschen eine Reihe von konkurrierenden Bezeichnungen für den angesprochenen Forschungszweig. Die Bezeichnung "Umfrageforschung" entspricht in etwa dem englischen "Survey Research" und ist - da die Methode gekennzeichnet ist - dem Ausdruck "Polling" (Stimmzählung) gleichzusetzen. Die englischen Bezeichnungen "Public Opinion Polling" und "Public Opinion Research" sind nicht ins Deutsche übertragen worden, wohl aber der Terminus "Market- and Opinion Research" (Markt- und Meinungsforschung), der in seiner Spezifität den Untersuchungsgegenstand "öffentliche Meinung" ausgeklammert läßt. Da dies aber das anerkannte und angewandte Verfahren ist, Untersuchungen zur öffentlichen Meinung anzustellen, ist der neutralere Terminus "Umfrageforschung" vorzuziehen: durch "Umfragen" können sowohl der Markt, als auch die Meinungen und Motive innerhalb einer Bevölkerung erforscht werden, sowie - in Form von Rückschlüssen - das Phänomen "öffentliche Meinung". Vgl. Elisabeth NOELLE-NEUMANN 1961:5487-5490 (HWBW), Erwin SCHEUCH 1961:277 (HWS).

Zusammenarbeit zwischen den Umfrageforschern und den Universitäten in Gang kam (1). Innerhalb von kaum mehr als einem Jahrzehnt erfuhr die Umfrageforschung eine weitgehende Institutionalisierung. Neben einer Vielzahl von einzelnen Institutsgründungen, besonders in den USA (2), wurden innerhalb kurzer Zeit eine Reihe von internationalen Zusammenhängen geschaffen:

1945 schlossen sich US-amerikanische, südamerikanische und europäische Institute zu "International Research Associates" (INKA) zusammen,

1948 entstand die internationale "World Association for Public Opinion Research" (WAPOR) und

1949 die "European Society for Opinion and Market Research" (ESOMAR) (3).

In Deutschland wurden die ersten Umfrage-Institute relativ spät gegründet, und zwar nach dem 2. Weltkrieg. Durchzusetzen begannen sie sich Anfang der 50er Jahre (4).

Die Entwicklung der Umfrageforschung läßt sich in drei Phasen teilen:

1 - Seit Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts - Befragung größerer Personengruppen, teils Experten, zunehmend dann allgemeine Bevölkerung - mit zunehmend standardisierten Fragebogen sowie Kategorisierung und Quantifizierung der Aussagen.

-
- (1) Erwin SCHEUCH 1961:278 (HWS). - Das amerikanische Fachorgan "Public Opinion Quarterly" erschien im übrigen zum ersten Mal im Januar 1937, herausgegeben von DeWitt Clinton POOLE (Editor), Harwood L. CHILOS (Managing Editor) und Hadley CANTRIL, Harold D. LASSWELL, E. PENDLETON und O.W. RIEGEL (Associate Editors) - jeweils unter Angabe ihrer Universitäten, in der Reihenfolge: Princetown, Chicago, Harvard, Washington und Lee.
 - (2) Die Mehrzahl der US-Institute schloß sich 1946 zur "American Association for Public Opinion Research" (AAPOR) zusammen.
 - (3) Erwin SCHEUCH 1961: 278-279 (HWS)
 - (4) Allerdings war die Umfrageforschung, ihre Prämissen, Methode und amerikanische Anwendungspraxis schon (1940) durch Elisabeth NOELLE-NEUMANN dem deutschsprachigen Raum bekanntgemacht und empfohlen worden, vgl. daselbst, S. 132-136.

2 - Anwendung des statistisch-repräsentativen Stichprobenprinzips bei Auswahl der Befragten ab 1912, allgemeiner seit Beginn der 30er Jahre.

3 - Überschreitung der Grenzen der Aussagefähigkeit oder Aussagebereitschaft der Befragten durch Entwicklung indirekter Befragungstechniken - einschließlich psychologischer Tests und Anwendung experimenteller Untersuchungsanordnungen - sowie neuer Techniken mathematisch-statistischer Analyse des Erhebungsmaterials" (1).

Was das Verfahren der Umfrage angeht, zu Beginn sind jeweils zwei Begrenzungen vorzunehmen: einmal ist die Themenstellung der Umfrage zu entscheiden, dann ist das "Universum" (oder die "Grundgesamtheit") zu bestimmen, in dessen Rahmen die Umfrage stattfinden soll und in Bezug auf welchen "sozialen Raum" die Umfrageergebnisse Aussagen ermöglichen sollen. Aus der Aufgabenstellung ergeben sich die Kriterien für den Entwurf des Fragebogens, der unter Hinzuziehung psychologisch orientierter Standardisierungsverfahren mehrfach überarbeitet wird. Das Ziel dieses mehrstufigen Vorgehens ist die Kontrolle über die Wirkungsweise der Formulierung der einzelnen Fragen, ihrer Anordnung und Reihenfolge auf die schließlich Befragten.

Für die Auswahl der schließlich Befragten aus der "Grundgesamtheit" gibt es zwei Haupttypen: Neben der Random-Auswahl, auf wahrscheinlichkeitstheoretischer Grundlage wird jedem Angehörigen der Grundgesamtheit die gleiche Chance eingeräumt, in die Stichprobe zu gelangen (2), gibt es die Quoten-Auswahl - der Interviewer wählt eine bestimmte Anzahl von zu Befragenden innerhalb des Universums selbst aus, die allerdings den bekannten und ihm vorgegebenen statistischen Proportionen der Grundgesamtheit entsprechen müssen. Die Quoten-Auswahl führt also zu einer Befragung in repräsentativen Querschnitten. Gegenüber der Random-

(1) Elisabeth NOELLE-NEUMANN 1961:5492 (HWBW)

(2) Neben der einfachen Wahrscheinlichkeitsauswahl gibt es die geschichtete und die mehrstufige. Die Grundgesamtheit wird dabei einmal in Teile geteilt und aus den einzelnen Teilen "at random" gewählt, dann kann über Zwischenstufen die wahrscheinlichkeitstheoretisch begründete Chance eingeräumt werden, in die Auswahl zu gelangen. "Die Faustregel gilt, daß man so wenig Stufen wählt, wie sachlich vertretbar und so stark schichtet, wie praktisch möglich" Erwin SCHEUCH 1961:279 (HWS).

Auswahl ist die Quoten-Auswahl weniger kostspielig und wird heute vorwiegend gebraucht. Sie setzt allerdings eine genaue Kenntnis der jeweiligen Grundgesamtheit voraus, was in modernen Industriestaaten durch die erheblichen amtlichen Statistiken und deren zentrale Sammlung gefördert wird. Erwin SCHEUCH klassifiziert die Quoten-Auswahl unter "Auswahlen nach Gutdünken", da "die Bestimmung der schließlichen Untersuchungseinheiten ins Ermessen des Forschers gestellt ist". Daß die Quotenauswahl sich in der Praxis bewährt hat, obwohl sich "ein Repräsentationsschluß theoretisch nicht rechtfertigen" läßt (1), mag daran liegen, daß die Umfrageinstitute und ihre Forscher im Laufe ihrer wiederholten und kontinuierlichen Arbeit bisher unsystematisiert gebliebenes (Erfahrungs)Wissen zur Anwendung bringen. Dieses notwendige Ermessensentscheidungen leitende Erfahrungswissen ist nicht nur bei der Quoten-Auswahl zu vermuten (2), sondern auch an anderen kritischen Punkten, die bei jeder Untersuchung erneut auftreten, wie aus dem folgenden Zitat ersichtlich: "Bei dem Entwurf einer Untersuchung und der Fragebogenkonstruktion müssen die Aufgaben einer Erhebung übersetzt werden in relevante Indikatoren und Kommunikation mit den Befragten, verbunden mit interview-technisch und hollerithtechnisch einwandfreien Lösungen; die Analyse erfordert eine Rückübersetzung in Resultate der Forschung" (3). Da die Umfrageforschung - trotz der sich ihr stellenden Ermessensprobleme - gute Erfolge erzielen kann (4), ist die berechtigte Hoffnung zu hegen, daß auch anhand des analytischen Verfahrens vergleichbar gute Forschungsergebnisse erzielt werden können.

(1) Erwin SCHEUCH 1961:279 (HWS)

(2) Vgl. a.a.O. S. 280: "Obwohl zur Aufstellung von Fragebogen eine Fülle von Regeln vorliegt, bleiben für die Formulierung des Fragebogens Erfahrung und Begabung ebenso wichtig wie die Vertrautheit mit der entsprechenden (Zeitschriften)Literatur. Diese Regeln sind nur teilweise durch methodologische Forschungen überprüft, beruhen jedoch ebenso auch auf mehr oder weniger reflektierten Überlieferungen".

(3) Elisabeth NOELLE-NEUMANN 1961:5494 (HWBW), Hvhbg nicht im Orig.

(4) Niklas LUHMANN (1970) 1974:28 - Das gilt insbesondere für Wahlprognosen, bei denen im übrigen die Grundgesamtheit jeweils die gleiche ist (die wahlberechtigten Staatsbürger) und das Erfahrungswissen entsprechend ausgeprägt anzunehmen ist.

Das Instrument der statistischen Umfrage ist ein allgemein anerkanntes zur Erforschung der öffentlichen Meinung und ein wie erwähnt durchaus erfolgreiches, doch sollte nicht unerwähnt bleiben, daß damit die "öffentliche Meinung" nicht erhoben werden kann (1), genaugenommen können es nur Indikatoren zu einer öffentlichen Meinung sein. "Die Meinungsforschung hat es - auch wenn man im Auge behält, daß ihre Aussagen sich auf Gruppentatsachen, auf Kollektivphänomene, beziehen - mit subjektiven Tatbeständen, mit den Meinungen, den Neigungen, den Einstellungen, den im vorwissenschaftlichen Selbstverständnis erfaßten Motiven, den individuellen Reaktionen der Gruppenmitglieder zu tun... Die Qualität dieses unöffentlichen Meinens" ist im Prinzip eine spezifisch andere als die des öffentlichen Meinens" (2). Diese Kritik ist öfters vorgebracht worden (3) und "wohl teilweise" (4) richtig. Umfragen erheben direkt nur den im individuellen Subjekt verklammerten Aspekt der öffentlichen Meinung (5). Diese Meinungen und auch andere über die einzelnen Auskunftspersonen erhaltene Informationen werden in ein - durch die mathematische Statistik ermöglichtes - weitgehend variables und differenziertes Analysesystem eingegeben und nach quantifizierbaren Merkmalen abgetastet. Wie die erhobenen Daten auch behandelt werden, aus ursprünglich einzelnen zugeordneten Merkmalen können keine das Ganze betreffende gemacht werden, es sei denn durch Interpretation - und das ist der Fall.

Bedeutsam, geradezu vielversprechend? ist die neuere und schon erwähnte Praxis (6), Umfragen zu einem Thema mehrmals, in Zeitabständen, durchzuführen. Die durch die einzelnen Umfragen erzielten Punktbeleuchtungen lassen sich in einen um die Zeitdimension erweiterten Interpretationszusammenhang

-
- (1) Vgl. die zu dieser Annahme verleitende Formulierung von Erich Peter NEUMANN 1963:3 - "Umfragen sind Informationen: sie registrieren Aussagen der öffentlichen Meinung."
Hvhbg nicht im Orig.
 - (2) Georg WEIPPERT 1961:34 (HWS)
 - (3) Vgl. Rüdiger ALTMANN 1954:105, Jürgen BAUMERT 1958:379 ff, Niklas LUHMANN (1970.) 1974:28.
 - (4) Erwin SCHEUCH 1961:283 (HWS)
 - (5) Vgl. S. 4,24,68 dieser Arbeit.
 - (6) Vgl. S. 49 dieser Arbeit.

stellen und so auf den Prozeß der öffentlichen Meinung schließen. Dieser Adaption des Instruments der statistischen Umfrage (mit wechselnden Auskunftspersonen) für die Untersuchung des Prozesses der öffentlichen Meinung dürfte - aufgrund der weitgehenden Zuverlässigkeit dieses Instruments (1) - ein erheblicher Erfolg beschieden sein, was sich bei konsequenter und kontinuierlicher Anwendung auf die Theoriebildung auswirken wird.

Auf den Trend der Meinungsentwicklung in einem sozialen System kann auch durch Sekundäranalysen geschlossen werden. Da hier "bereits von anderen Forschern unter anderen Gesichtspunkten gesammeltes Material (bzw. Umfrageergebnisse) aufgeschlossen" wird (2), handelt es sich bei der Sekundäranalyse um ein analytisches Verfahren. Die wohl erste Sekundäranalyse von Umfrageergebnissen hat Hadley CANTRILL vorgenommen und (1940) im "Public Opinion Quarterly" veröffentlicht. Inzwischen liegt eine Reihe von umfangreichen Sekundäranalysen vor (3). Mit dem Hinweis auf Umfragearchive, in denen "jetzt die Originalmaterialien von Umfragen aus verschiedenen Ländern gesammelt und für Sekundäranalysen aufbereitet" werden, schätzt Hans ZETTERBERG die Zukunft der Sekundäranalyse ausgesprochen positiv ein (4). Um allerdings den zukünftigen

-
- (1) Ein Forschungsinstrument gilt als zuverlässig, wenn bei wiederholter Anwendung unter gleichen Bedingungen die gleichen Ergebnisse erzielt werden. MAYNTZ/HOLM/HÜBNER 1971:23. - Gleich sind hier: das Thema, der Fragebogen, die Grundgesamtheit, das Auswahlverfahren, das gleiche Verfahren der Auswertung. Verschieden sind: der Zeitpunkt, der Erhebung, die befragten Auskunftspersonen. Wird ein von der vorherigen Umfrage abweichendes Ergebnis erzielt, kann es "mit Sicherheit" als Änderung der Meinungen in der Grundgesamtheit interpretiert werden.
 - (2) Hans L. ZETTERBERG (1967) 1969:223 (FLS)
 - (3) Vgl. Ithiel de SOLA POOL 1973:818 (HC) und die von ihm Begebene Auswahl solcher Studien daselbst, Eine weitere, die von der Themenstellung und Anlage her interessant ist und erwähnt sein sollte, ist die von Mildred SCHWARTZ: Canadian Identity and Public Opinion (1967). In Teil II, S. 59-120 verarbeitet sie eine Vielfalt von Umfrageergebnissen unter dem Titel "Dominant Opinions and Their Trends".
 - (4) Hans L. ZETTERBERG (1967) 1969:223 (FLS)

Anforderungen genügen zu können, müssen diese Datensammlungen vorausschauend und umfassend geplant, systematisch angelegt und kontinuierlich ergänzt sein. Dafür forderte Paul LAZARSELD im Jahre 1950 die Einrichtung einer "commission for the utilization of polls in the service of future historiography", anscheinend vergeblich (1). Herbert HYMAN stellte im Jahre 1957 in seinem Aufsatz "Toward a Theory of Public Opinion" die Notwendigkeit und den zu erwartenden Ertrag solcher Datensammlungen emphatisch heraus, und die entsprechende Forderung von Samuel STOUFFER aus dem Jahre 1950 wurde 1962 nochmals gedruckt, was auf keine zufriedenstellende Entwicklung dieses Projekts schließen läßt. Bisher sind durch die Sekundäranalyse allgemeine Trends in der Meinungsentwicklung untersucht worden, für spezifischere Fragestellungen scheint das vorhandene und vorgegebene Material weniger zugänglich zu sein (2), in dem Falle muß noch weiteres Sekundärmaterial hinzugezogen werden. Soll z.B. eine Periode aus der Vergangenheit untersucht werden, zu der nur sehr wenige bzw. keine Umfrageergebnisse vorliegen, muß die analytische Arbeit vorwiegend bzw. gänzlich auf dieses "andere Sekundärmaterial" bauen. Das mag "quantitatives Material" sein, z.B. amtliche Statistiken über Geburten, Auswanderung, Kriegsdienstverweigerung, Selbstmorde, Unfälle, Lebensunterhaltungskosten, Demonstrationsanmeldungen, z.B. institutionsinterne Statistiken von Verlagen, Nachrichtendiensten und Korrespondenzen, Buch- und Theatergemeinschaften, Kirchen und Parteien: Es kann aber auch "qualitatives Material" sein, im Prinzip jede Kommunikation, jedes Verhalten, das in Bezug auf die Fragestellung der Untersuchung eine Aussagefähigkeit zu haben scheint (3), sei es die Gründung einer Partei, der Zusammenschluß von zwei Parteien, die Aussagen eines Parteivorsitzenden, die Inhalte einzelner Leitartikel, Rundfunkansprachen regierender Persönlichkeiten, in dem untersuchten sozialen System kursierende Flüsterwitze, im Rahmen von Kulturveranstaltungen gemachte Aussagen, spontane Streiks, Massenkundgebungen,

(1) Lee BENSON 1967:531

(2) Vgl. die dahingehende folgende Einschätzung: "After public opinion polling had provided a body of answers to standardized opinion questions, it became possible to chart trends in the gross development of opinions and relate them to external political and military events " (Hvhbg nicht im Orig.). Bernard BERELSON/Morris JANOWITZ 1965:65-66.

(3) Harold D. LASSWELLS (1948) bekannte Formel "Wer sagt was (wann) zu wem mit welcher Wirkung?" kann hier- da auch relevantes Verhalten einbezogen ist - folgendermaßen adaptiert werden: "Wer handelt wann und wie in Bezug auf was bzw. wen mit welcher Wirkung?"

Aufstände, All diese Erscheinungen können - je nach der Fragestellung und je nach ihren einzelnen, im Kontext zu sehenden Bedeutungen - aussagefähiges Material für eine analytische Untersuchung zu einem Thema öffentlicher Meinung abgeben. Die Verwendung von qualitativem Material wirft allerdings spezifische Probleme auf, die sich für alle solcherart durchgeführten Analysen - sei es eine Textanalyse oder eine Analyse von "kulturellen oder sozialen Denksystemen" (1) oder eine Analyse einer öffentlichen Meinung - ähnlich stellen. Mit den spezifischen Problemen der qualitativen Analyse im allgemeinen und insbesondere mit denen der qualitativen Textanalyse haben sich seit 1950 eine Reihe von Forschern befaßt. Als wohl erster Beitrag ist der Aufsatz von Allen H. BARTON und Paul F. LAZARSELD "Some Functions of Qualitative Analysis in Social Research" zu nennen, zugleich (1951) gefolgt von ihrem teilweise noch eingehenderen Beitrag "Qualitative Measurement in the Social Sciences: Classification, Typologies and Indices" (2).

-
- (1) Alphons SILBERMANN (1962) 1974:261 (HES)
 - (2) Zu den spezifischen Problemen der qualitativen Analyse im allgemeinen veröffentlichte D.P. CARTWRIGHT wenig später (1953) einen weiteren Beitrag unter dem Titel: "Analysis of Qualitative Material. Classification, Typologies and Indices". (1958) wurde George GERBNERs ebenfalls auf die grundsätzliche Problematik zielender Aufsatz "On Content Analysis and Critical Research in Mass Communications" zum ersten Mal veröffentlicht, dann (1961). Letztlich wäre hier noch die (1961) erstmals erschienene Auseinandersetzung von Harold D.LASSWELL zu erwähnen. Die deutschsprachige Ausgabe erschien erstmals 1965 (19717), Titel: "Das Qualitative und das Quantitative in Politik und rechtswissenschaftlichen Untersuchungen".

Wiewohl BERELSON selbst (1952) in seinem die Kontroverse auslösenden Buch feststellte, daß auch in die quantitative Analyse "qualitative Erwägungen" eingehen müßten und sich alle Autoren darüber im klaren waren, ist die grundsätzliche Problematik, die Grundlage der empirischen Forschung überhaupt, nicht problematisiert worden. Ein Interesse an dieser Fragestellung bzw. die erkannte Notwendigkeit einer Arbeit in dieser Richtung läßt sich dennoch erkennen; in dem von Paul F. LAZARSELD und Morris ROSENBERG(1955) herausgegebenen methodologischen Reader The Language of Social Research machte Section I (Concepts and Indices) etwa ein Fünftel des Gesamtvolumens aus, in dem als dessen Fortsetzung konzipierten methodologischen Reader Continuities in the Language of Social Research (1972) stellt Section I (Concepts, Indices, Classification and Typologies) über die Hälfte des Gesamtvolumens. Die Thematik von Section I wird in beiden Readern sowohl in Hinblick auf qualitatives Material verwendende Forschungsvorhaben dargestellt als auch in Hinblick auf solche, die quantitatives Material verwenden bzw. erstellen wollen.

Nachdem Bernard BERELSON (1952) in seinem "Content Analysis of Communications Researchs", der ersten Monographie zum Problem der Inhaltsanalyse (von Texten), diese als "research technique for the objective, systematic and quantitative description of the manifest content of communication" definiert hatte (1), trugen andere Autoren auf der Basis ihrer qualitativen Forschungsarbeit gegenteilige Meinungen vor, die unter dem Titel von Siegfried KRACAUERS Beitrag (1952) "The Challenge of Qualitative Content Analysis" passend zusammengefaßt werden können. Hierzu gehören auch Alexander L. GEORGES Berichte (1956) und (1958). Aus dem deutschen Sprachraum wären die Ausführungen von Alphons SILBERMANN (1936) zu erwähnen, der an anderer Stelle das gemeinsame Anliegen und Interesse folgendermaßen formuliert:

"Die Idee der Beschränkung der systematischen Inhaltsanalyse auf das Quantitative allein erscheint uns als ein unnötiger Pessimismus, und wir glauben ..., daß sich sehr wohl praktikable Modi finden lassen, um mit Hilfe der Inhaltsanalyse auch soziologische Erkenntnisse in qualitativer Richtung zu erlangen" (2).

Eine ähnliche Auffassung vertritt Lee BENSON (1967) in bezug auf die qualitative Analyse vergangener öffentlicher Meinung. Seinen Aufsatz leitet er mit drei Fragen und drei sogleich gegebenen Antworten ein:

- "Lacking relevant opinion surveys or polls, can contemporary researchers study past public opinion scientifically? Yes.
- Has past public opinion been studied scientifically? No.
- Should social scientists other than historians seriously concern themselves with the study of past public opinion? Yes".

Die Anregung für dieses Forschungsinteresse BENSONs kam in den 50er Jahren von Paul LAZARFELD, der sich als einer der ersten um die allgemeinen Grundlagen qualitativer Analyse bemüht hat (3) und dem sich BENSON auch in dieser Hinsicht verpflichtet

(1) Bernard BERELSON 1952:18

(2) Alphons SILBERMANN (1962) 19743:257 (HES)

(3) Vgl. die beiden erwähnten Arbeiten Allan BARTON/Paul LAZARFELD (1950) und LAZARFELD/BARTON (1951) und den Reader LAZARFELD und ROSENBERG (1955) bzw. LAZARFELD et al. (1972).

sieht (1). BENSONs Aufsatz mit dem Titel "An Approach to the Scientific Study of Past Public Opinion" ist eine Pionierarbeit und steht bis jetzt vereinzelt da. Hervorzuheben ist seine Ausleuchtung von zwei grundlegenden Dimensionen beim Studium der öffentlichen Meinung, die Meinungsverteilung im sozialen Raum (2) und die Meinungsbildungsprozesse (3). Ebenso hervorzuheben ist das von ihm vorgestellte Klassifikationssystem von Indikatoren vergangener öffentlicher Meinung. Doch wie BENSON hier "the main types of indicators created by American historians" identifizieren will (4), so gelingt es ihm nicht, einen allgemeingültigen Ansatz für die qualitative Analyse öffentlicher Meinung zu entwerfen, was er selbst als wünschenswerte Vorbedingung für das wissenschaftliche Studium dieses Phänomens ansieht: "Until we consciously try to develop a general analytic model, or system of analysis, and seriously engage in theory construction and index formation, we are not likely to develop a genuinely scientific study of past public opinion" (5).

BENSON definiert eingangs "öffentliche Meinung" als sich nur auf Meinungen zu politischen Themen beziehend ("Public opinion is arbitrarily defined to refer only to opinions of political issues" - S. 524) und "Öffentlichkeit" als sich auf alle Einwohner einer politischen Einheit beziehend, die das Recht haben oder explizit oder implizit beanspruchen, Regierungsvorhaben, direkt oder indirekt, zu beeinflussen ("... the public is defined as referring to all inhabitants of a specified political entity having the right or claiming the right, explicitly or implicitly, to influence government actions, directly or indirectly" - S. 524). Mit diesem Vorverständnis, das BENSON an das Phänomen öffentliche

(1) Lee BENSON 1967:526: Fußnote 8, S. 556-557, Fußnote 35.

(2) "Distribution of Opinion" - a.a.O., S. 533-538

(3) "Formation of Opinion" - a.a.O., S. 538-543.

Eine dritte - speziell seiner Vorstellung von öffentlicher Meinung entsprechende - Dimension, die er ausführlich berücksichtigt hat, auch was das Auffinden von Indikatoren angeht, ist "Impact of Public Opinion an Government Decisions", S. 543-549.

(4) Lee BENSON 1967:556

(5) a.a.O., S. 529

Meinung heranträgt und der gleichzeitig vorgenommenen Begrenzung - bewußt zugeschnitten auf die Problemstellungen amerikanischer Historiker (1) - haben BENSONs Ausführungen einen besonderen Wert für diejenigen, die entsprechende Themen öffentlicher Meinung im US-amerikanischen Raum untersuchen wollen, gerade auch was die Anlage solcher Untersuchungen angeht und auch hinsichtlich der Fülle seiner Anregungen zum Auffinden von Indikatoren. Eine Reihe von weiteren Anregungen zur qualitativen Analyse öffentlicher Meinung lassen sich weiterhin an verschiedenen Stellen in der Literatur finden (2).

Für die hier am Schluß von Teil A I vorgetragene Forderung von Längs- und Querschnittuntersuchungen öffentlicher Meinung - und in Hinblick auf den in Teil A II vorgestellten theoretischen Orientierungsrahmen - lassen sich nun folgende, die Methode betreffende Überlegungen zusammenstellen:

1. Es wird ein Thema öffentlicher Meinung ausgewählt, in der zu begründenden Annahme, daß es sich um ein solches handelt, bei dem die Voraussetzung der Aktualität, Kontroverse und Publizität gegeben ist. Mit der Wahl des Themas ist gleichzeitig eine Begrenzung des zu untersuchenden "Raumes" verbunden (3). Neben

-
- (1) "It seems good strategy therefore, to begin that job (of trying to develop scientific procedures to study past public opinion) by sharply restricting attention to one type of opinion - and one that historians are likely to find relatively easy and congenial to study systematically " (Hvhbg so nicht im Orig.)- a.a.O., S. 524. Da BENSON sich durchgängig auf amerikanische Verhältnisse bezieht, liegt die Vermutung nahe, daß er mit amerikanischer Geschichte befasste Historiker meint.
 - (2) Zu erwähnen wären die Beiträge in dem von Melvin SMALL (1970) herausgegebenen "Public Opinion and Historians - Interdisciplinary Perspective". Auch die im Rahmen der sogenannten Nationalcharakter-Forschung "at a distance" durchgeführten Untersuchungen von z.B. Ruth BENEDICT (1946) und Margaret MEAD (1955) enthalten viele Anregungen. Die Grundlagen für diesen Forschungszweig sind von Margaret MEAD und Roda METRAUX (1953) in einem zahlreiche phantasievolle Beiträge enthaltenden "Manual" dargelegt worden. Allerdings fehlen jegliche Angaben zur Methode, nach der die vielfältigen Arbeitsmaterialien gesammelt wurden.
 - (3) Vgl. Teil A II c. "Die These vom thematischen Bezug", S. 27 ff. Zumindest was das Verfahren angeht, gehen auch die im Rahmen der Umfrageforschung vorgenommenen Untersuchungen derart vor, vgl. S. 73/74.

dieser (sozial)räumlichen Begrenzung, der Bestimmung der Grundgesamtheit, ist eine zeitliche Begrenzung vorzunehmen, die Absteckung des Zeitraums der Untersuchung. Da kein soziales Teilsystem - insbesondere wenn Kommunikationsprozesse untersucht werden - als isolierte Einheit zu verstehen ist, ist neben dem eingegrenzten sozialen Raum, der im Zentrum der Betrachtung steht, ein je nach Thema zu spezifizierender "äußerer Bedingungsrahmen" abzustecken.

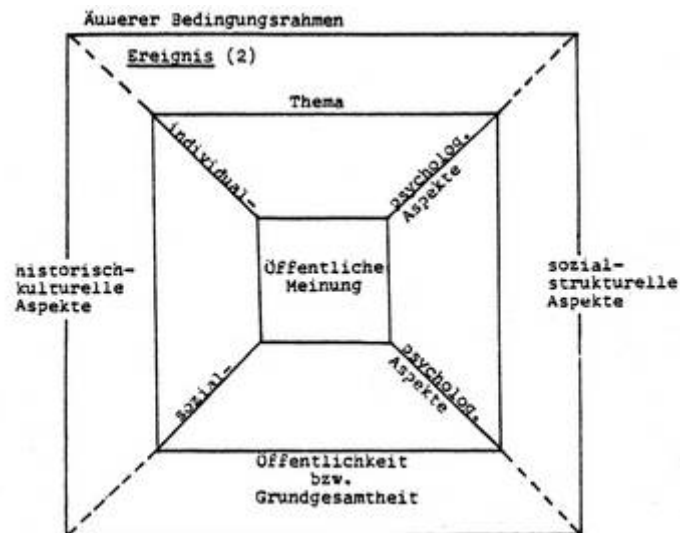
2. Im Laufe der explorativen Vorarbeiten und der thematischen, räumlichen und zeitlichen Begrenzung werden auch Arbeitshypothesen zu dem Untersuchungsgegenstand gebildet und entsprechende gültige Kategorien bzw. Indikatoren spezifiziert.

3. Der in 1) begrenzte Untersuchungsgegenstand kann in spezielle Untersuchungseinheiten aufgeteilt werden. Nach den in A II. d. und e. vorgestellten allgemeinen Überlegungen zur öffentlichen Meinung ist eine auf den "aktiven Kern" und die "inaktiven Randgebiete" gerichtete besondere Aufmerksamkeit insofern von Bedeutung, als dadurch die "These vom konformistischen Druck" einer weiteren empirischen Prüfung unterzogen werden würde. Weiterhin ist eine zeitliche und räumliche Unterteilung des in 1) begrenzten Untersuchungsgegenstandes möglich.

4. Der (sozial)räumlich und zeitlich begrenzte und weiterhin unterteilte Untersuchungsgegenstand wird nun - anhand der Arbeitshypothesen und spezifizierten Indikatoren - nach relevanten Aussagen und nach relevantem (gesellschaftlichem) Verhalten abgesehen. Hier sollte sich wieder und wieder die Frage nach der Gültigkeit der spezifizierten Kategorien und Indikatoren stellen und ist in Bezug auf den Kontext, aus dem die gewählte Aussage bzw. das Verhalten jeweils genommen ist, nochmals zu prüfen. Zumindest für einen Teil der spezifizierten Kategorien muß eine so vollständig wie mögliche Materialsammlung angelegt werden, Kriterium für die "Zuverlässigkeit" der Untersuchung.

5. Die im Laufe der Untersuchung gewonnenen Erkenntnisse über die Grundgesamtheit, über die in ihr vorgefundene Meinungsverteilung und - falls die Untersuchung des Prozesses der öffentlichen Meinung vorgesehen ist - über die in ihr zu verfolgenden Meinungsbildungsprozesse sollten in einem Interpretationszusammenhang vorgetragen werden, möglichst in Verbindung mit der vollständigen Präsentation der wesentlichen Teile der Materialsammlung.

Das Phänomen öffentliche Meinung ist im vorangegangenen Teil A II als Teil und Ausdruck des gesellschaftlichen Prozesses vorgestellt worden, vielleicht vergleichbar mit einer Welle, die zugleich integraler als auch unterscheidbarer Teil eines Meeres ist (1). Sollen die Verstreungen dieses Phänomens im Rahmen des gesamtgesellschaftlichen Prozesses jemals nachgezogen werden, eine umfassende Theorie der öffentlichen Meinung erarbeitet werden, so sollten bei der analytischen Untersuchung eines Themas öffentlicher Meinung und der entsprechenden Grundgesamtheit möglichst viele der auf S. 26 in ein verdeutlichendes Schema gefaßten Aspekte bedacht werden. Daß eine Untersuchung jeweils nur einen kleinen Teil dieses immensen Rahmens adäquat bewältigen kann, ist offen sichtlich. Es handelt sich um einen Orientierungsrahmen bzw. um ein Maximum. In dem folgenden, die hier gegebenen methodischen Überlegungen verarbeitenden Schema fasse ich die auf S. 26 und S. 67 gegebenen Aspekte noch einmal zusammen:



-
- (1) Vgl. das russische Sprichwort: "Ljudskaja molva, što morskaja volva". Wörtlich übersetzt heißt es: Das Gerede der Leute: was (für eine) Meereswoge. Freiere Übersetzungen lauten: Das Urteil der Welt ist veränderlich; Die Meinung der Welt ist veränderlich.
- (2) Die Sonderstellung des "Ereignisses" ergibt sich aus seiner un-
vermuteten Wirkung auf die Grundgesamtheit. Ereignisse können so-
wohl aus dem äußeren Bedingungsrahmen auf die Grundgesamtheit wir-
ken (Nachrichten bzw. Auswirkungen von Revolutionen; das Zünden
der Atombombe; Entdeckungen und Wiederentdeckungen - auch von
Ideen). Ereignisse können aber auch innerhalb der Grundgesamtheit
entstehen. Als Ereignis gilt, was über das in der Grundgesamtheit
übliche Maß unvermutet und extrem weit hinausgeht, vgl. S.31 und
S. 66 dieser Arbeit.

TEIL B

Eine exemplarische Untersuchung
zum Selbstverständnis der Kurden

Teil B - Inhalt

	Seite
Vorbemerkung	86
B.I. Einführung	
a. Zur Grundgesamtheit: die Kurden	87
b. Zum Thema der Untersuchung	112
c. Vorstellung von Hypothesen zum Selbstverständnis der Kurden	116
d. Zum herangezogenen Material und den wesentlichen Aspekten der Materialsammlung	117
e. Zum Fortgang der Untersuchung	127
II. Materialien zum Selbstverständnis der Kurden aus der Vergangenheit (bis Ende des 19. Jahrhunderts)	129
III. Das Selbstverständnis der Kurden in der Zeit von 1900 bis Ende des II. Weltkrieges	
a. Zur Struktur der kurdischen Öffentlichkeit	147
b. Inhalte öffentlicher Meinung zum Thema "Wir" und ihr relatives Gewicht im Prozeß der Entwicklung	159
c. Zusammenfassende Betrachtung	217
IV. Das Selbstverständnis der Kurden in der Zeit nach dem II. Weltkrieg bis zum Niedergang der Revolution im irakischen Kurdistan (1975)	
a. Zur Struktur der kurdischen Öffentlichkeit	224
b. Inhalte öffentlicher Meinung zum Thema "Wir" und ihr relatives Gewicht im Prozeß der Entwicklung	234
c. Zusammenfassende Betrachtung	323
V. Zur gegenwärtigen öffentlichen Meinung unter der Kurden zum Thema "Wir" und Ausblick	333
Anhänge zu Teil B (vgl. das ausführliche Inhaltsverzeichnis S. 342-345)	
I: Zur Transkribierung	363
II: Abkürzungen	364
III: Tabellen	367
IV: Dokumente	438
V: Karten und graphische Darstellungen	523
VI: Anmerkungen	533
VII: Literaturverzeichnis	632

Vorbemerkung

Mit der anschließenden Einführung zu Teil B, in der ich die Grundgesamtheit, das Thema, die Arbeitshypothesen und Wahl der Indikatoren, den Untersuchungsaufbau, das herangezogene Material und das Vorgehen bei dessen Sammlung in allen wichtigen Aspekten vorstelle, wird der Rahmen abgesteckt, in dem sich die Untersuchung bewegt. Diese Einführung legt den Ausgangspunkt dar und gibt auch die Grundlage für die erstrebte intersubjektive Nachvollziehbarkeit ab. Insofern ist sie derjenige Teil der Untersuchung, um den herum bzw. aus dem heraus die weiteren Teile aufgebaut werden. Um diesen ersten Teil noch vertiefen zu können, ohne dabei unübersichtlich zu werden, habe ich ihn mit einem Anmerkungsapparat ergänzt und an gegebener Stelle zudem auf die relevanten Teile der Anhänge verwiesen.

Dem Anhangsteil am Schluß der vorliegenden Arbeit ist ein ausführliches Inhaltsverzeichnis vorangestellt. In den Anhängen zu Teil B finden sich z.B. die "Hinweise zur Transkribierung" und eine Auflistung der im exemplarischen Teil herangezogenen Abkürzungen. Die in diesen Anhängen weiterhin - zum Teil in konzentrierter Tabellenform - eingebrachte Präsentation eines wesentlichen Teils meiner Materialsammlung ist nicht Ergänzung, sondern integraler Bestandteil der exemplarischen Untersuchung. Dieses Material ist im Anhang V zum Teil in graphischer Form dargestellt.

Während bisher alle Literaturhinweise in Fußnotenform auf derselben Seite angeführt wurden, kann auf diese Weise im folgenden nicht verfahren werden. Hier sind die Anmerkungen - durchgängig nummeriert - im Anhang VI gesammelt. Der entsprechende Platz auf den Textseiten wird ab Teil B II solchen Ausführungen vorbehalten sein, die den äußeren Bedingungsrahmen betreffen.

B. I. Einführung

a. Zur Grundgesamtheit: die Kurden

"Die Kurden", das ist ein im Mittleren Osten ansässiges Volk ohne Staat (1), der Sprache nach indogermanischen Ursprungs (2), welches anscheinend seit "eh und je" in dem zwischen dem Mittelmeer, dem Schwarzen Meer, dem Kaspischen Meer und Persischen/Arabischen Golf liegenden Gebirgsknäuel und seinen Hochebenen bzw. anschließenden Ebenen beheimatet ist und das - von ihnen selbst so genannt - auch anderen seit Jahrhunderten (3) als "Kurdistan" bekannt ist, zu deutsch "Land der Kurden".

In diesem teilweise sehr rauhen Gebirgsland mit kontinentalem Klima liegt einer der eindrucksvollsten Berge der Welt, der Ararat, sowie der niedrigere Berg Cûdî auf dem sich nach kurdischer Pseudomuslim- und Yezîdî-Vorstellung die Arche Noahs nach der Sintflut festgesetzt haben soll, liegt das Quellgebiet des Euphrat und des Tigris und die Quellen zahlreicher anderer Flüsse, liegen die von kurdischen Sagen umwobenen Seen Van und Urmia. Es ist im übrigen ein wesentliches Merkmal der kurdischen Mythologie und Folklore, daß ihre Inhalte und Figuren in Zusammenhang mit kurdistanischen Örtlichkeiten stehen (4). In der kurdischen Nationalhymne, die bei den Kurden als "Ey reqîb" (Hör Feind) bekannt ist, heißt es: "Wir Kurden sind Nachkommen der Meder und Kai-Achsar, unser Glaube und Lebensgesetz immer Kurdistan war" (5), und in einer bei den Kurden sehr beliebten Dichtung von HEJAR wird Ähnliches ausgedrückt: "Ich bin Kurde und auf dem Wege der Kurden und Kurdistans" (6). Zahlreiche, sowohl von Kurden als auch von anderen verfaßte Bücher verweisen im Titel auf "Kurdistan und die Kurden" (7). Zahlreiche - auch außerhalb von Kurdistan veröffentlichte - kurdische Periodika erschienen bzw. erscheinen unter dem Titel "Kurdistan", so z.B. auch die von 1898-1902 herauskommende erste kurdische Zeitung (8), andere unter dem Titel "Kurd" oder "Çiya" (Berg) oder gar einmal "Nizar" (die schattige Seite des Berges). Ganz allgemein läßt sich sagen, daß die ökologischen Eigentümlichkeiten ihres traditionellen Siedlungsgebietes das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben der Kurden unabdingbar geprägt haben, sie zu einem "Bergvolk" haben werden lassen (9), oder wie Basile NIKITINE in seiner 1956

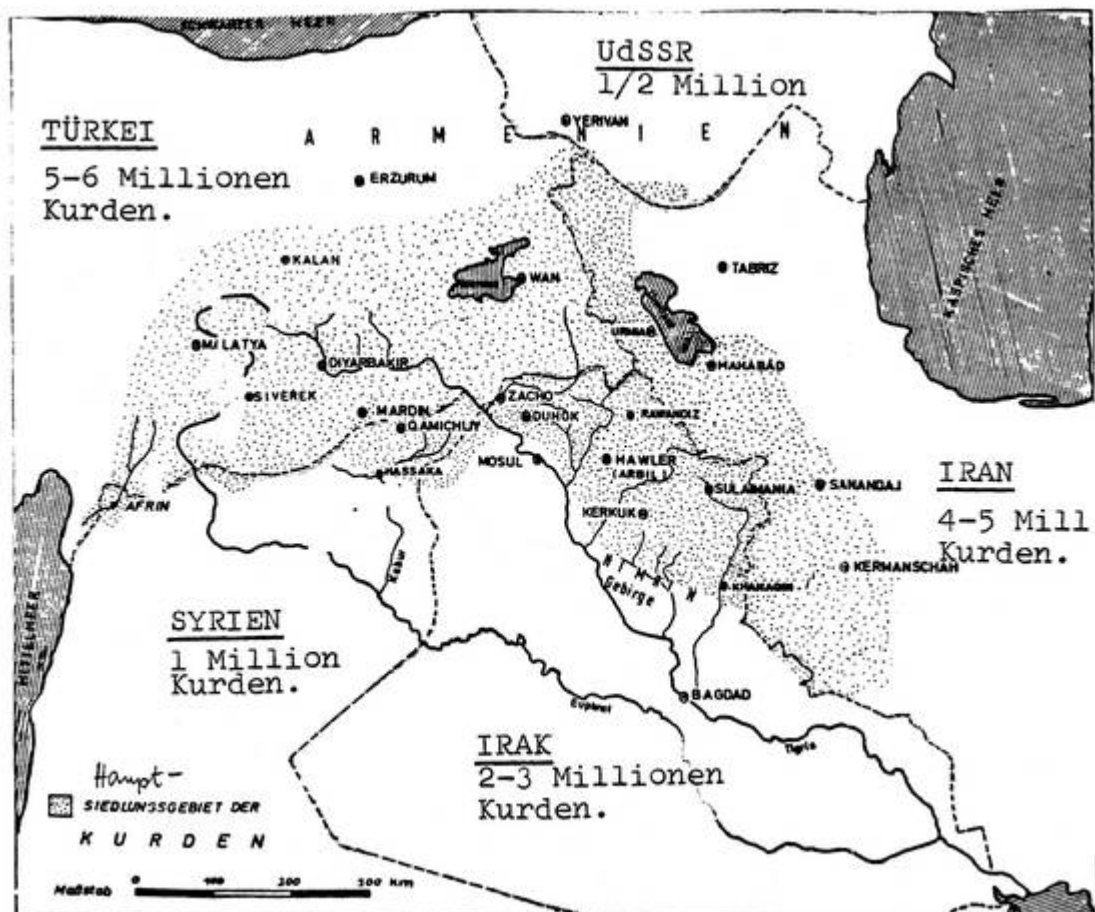
erschienenen Kurden-Monographie, die 1957 schon ins Arabische übersetzt wurde, es ausdrückt: "...les Kurdes et les montagnes sont inséparables" (1956:38). Auf das traditionelle, weitgehend zusammenhängende Siedlungsgebiet der Kurden bezogen, läßt sich diese Feststellung auch so fassen: Die Kurden und Kurdistan sind untrennbar (10).

Zwar ist der "... von den Kurden bewohnte Raum ... nicht eindeutig abzugrenzen, da offizielle Karten und Statistiken versagen und von den Behörden der einzelnen Länder entweder nur vage Angaben gemacht oder durch verschiedene Manipulationen Stärke und Verbreitung der kurdischen Bevölkerung in einem viel engeren Rahmen angegeben werden als es der Wirklichkeit entspricht" (11), zwar variieren auch die kurdischen Angaben, aber unabhängig davon, wie groß das Siedlungsgebiet der Kurden gesehen wird (die Zahl 500.000 qkm wird öfters genannt) (12), die Grundform bleibt seit Jahrhunderten die gleiche, nämlich ein - von Südosten nach Nordwesten verlaufender, in die natürliche Landschaft eingepaßter - Keil, ein schräg verlaufendes Grenzgebiet zwischen Orient und Okzident:



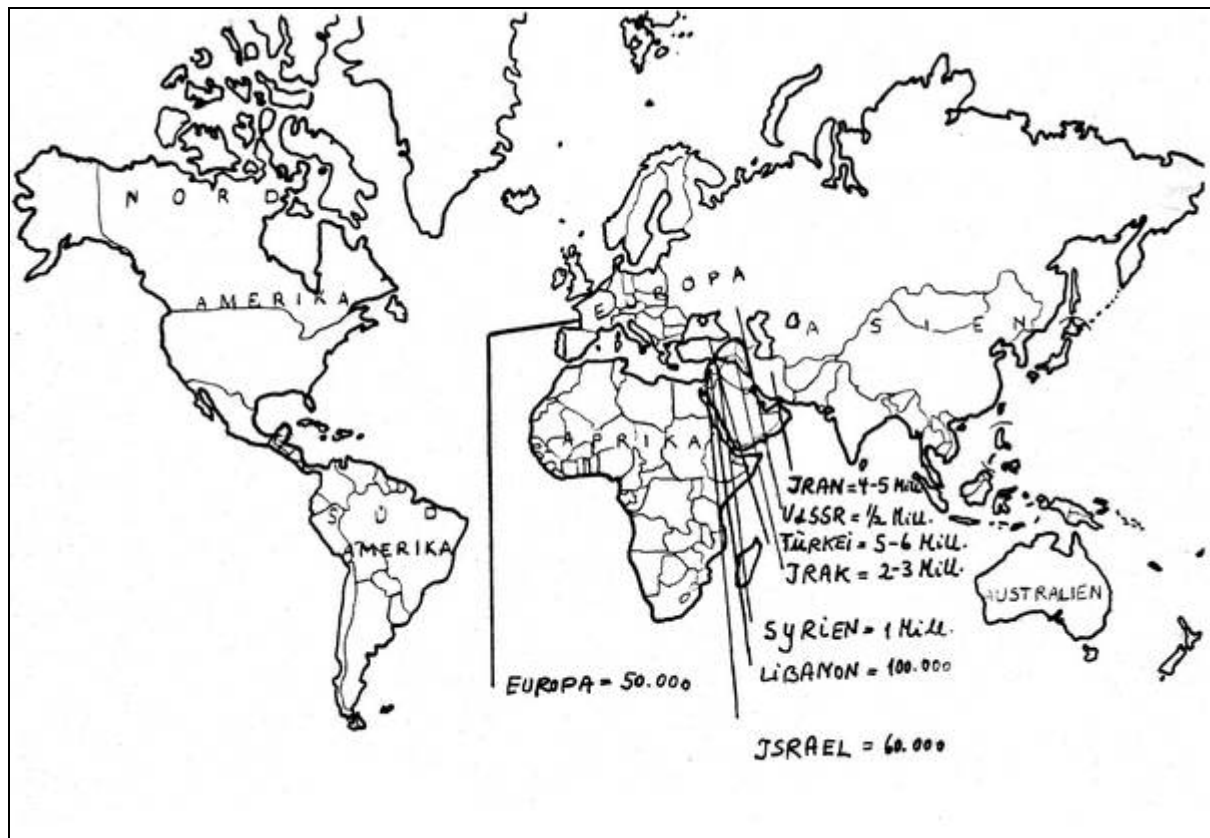
(13)

Wie bei der räumlichen Abgrenzung von Kurdistan eine eindeutige Aussage nicht möglich ist, ist auch eine genaue Angabe über die Zahl der Kurden schwer zu machen. Häufiger werden Zahlen zwischen 10 und 15 Millionen genannt, und zwar von kurdischer wie von anderer Seite (17). Seltener findet man so niedrige Zahlen wie 5 oder gar 4 Millionen (18) bzw. so hohe Zahlen wie 20 oder gar 30 Millionen (19), wobei es sich im letzteren Fall nur um kurdische Angaben handelt. Es spricht einiges dafür, die Kurden Mitte der 70er Jahre auf 13-15 Millionen zu schätzen (20). Der anteilmäßig größte Teil der Kurden - zumindest bei der anteilmäßigen Zuordnung stimmen alle Angaben überein - lebt heute innerhalb des Staatsgebiets der Türkei (5-6 Millionen), der nächst größte Teil lebt im Iran (4-5 Millionen), dann folgt der Irak mit 2-3 Millionen. Unter den Staaten, die Kurdistan und die Kurden unter sich aufteilen, haben Syrien und die UdSSR den bei weitem kleineren Teil mit schätzungsweise jeweils 1 Million und 1/2 Million (21).



Grundlage dieser Landkarte, die den Verlauf der Staatsgrenzen zeigt, ist eine von kurdischer Seite seit 1972 verbreitete Karte (vgl. 16). Bei der gepunkteten Fläche handelt es sich um

das zusammenhängende Hauptsiedlungsgebiet der Kurden, stellenweise aufgelockert durch ebenfalls in Kurdistan seit Jahrhunderten lebende Bevölkerungsteile der Armenier, Assyrer, Azari-Türken usw. (22). Das kleinere Ausmaß von Kurdistan erklärt sich hier dadurch, daß die sogenannten "Mischgebiete" ausgeklammert geblieben sind (23). - Innerhalb der genannten Staaten leben nicht alle Kurden in Kurdistan. Außerhalb ihres Hauptsiedlungsgebietes, in den Entwicklungszentren der jeweiligen Staaten, lebt eine kurdische Minderheit, fast ausschließlich als Stadtproletariat (24). In den Hauptstädten, d.h. in Bagdad, Teheran und Ankara (vormals Istanbul), in Damaskus gibt es ganze Kurdenviertel (25). Umfangreiche Zwangsumsiedlungen, besonders im 16., 18. und 20. Jahrhundert, haben gerade in der Türkei und im Iran, aber auch im Irak und in Syrien sogenannte kurdische Volksinseln im Bereich anderer Völker entstehen lassen, wo die Kurden ihrer traditionellen Lebensweise nachgehen und ihre kurdische Sprache sprechen (26). Außerhalb von Kurdistan und außerhalb der Kurdistan aufteilenden Staaten leben kurdische Minderheiten. Besonders nennenswert sind hier die während der Kreuzzüge mit (dem Kurden) Saladin ausgewanderten Kurden, besonders erkennbar im Libanon (27), die nach der Gründung von Israel ausgewanderten kurdischen Juden (28) und die seit etwa 30 Jahren in Europa sich sammelnden Exil-Kurden (29). Die Verteilung der Kurden in der Welt stellt sich heute etwa folgendermaßen dar:



Die Grundgesamtheit dieser Untersuchung setzt sich zusammen aus:

- 1 - denjenigen, deren Muttersprache Kurdisch ist und die im Hauptsiedlungsgebiet der Kurden "Kurdistan" leben, und
- 2 - denjenigen, deren Muttersprache Kurdisch ist, die außerhalb von Kurdistan leben und die sich mit dem Schicksal der Kurden und Kurdistans verbunden fühlen bzw. dies erkennbar machen.

Die Voraussetzung der kurdischen Muttersprache (30) schließt ein, daß - durch und in dieser Sprache - der Bezug auf eine gemeinsame Vergangenheit, Geschichte und Kulturentwicklung hergestellt ist - bewußt oder unbewußt. Zur kurdischen Geschichte, Sprache und Kultur mache ich im folgenden ein paar kurze Ausführungen (31).

Die Kurden in der Geschichte - ein Überblick

Eine aus dem 3. Jahrtausend v. Chr. datierende sumerische Tonplatte mit dem Hinweis auf ein "Land der Karda (oder Qarda)" mag als das erste uns bekannte Dokument zur frühen Existenz der Kurden gelten (32). Aus dem 2. Jahrtausend v. Chr. liegt ein weiteres sumerisches Dokument vor, das als Bestätigung der Existenz der Kurden in diesem Raum interpretiert werden kann. Es enthält den Hinweis, daß sich der Sumerer-König Tiglath-Pileser mit den Qur-ti-e in kriegerischer Auseinandersetzung befunden hatte (33). Im Laufe seiner Beschreibung des eiligen Rückzugs der Zehntausend aus dem Orient (400-401 v. Chr.) berichtet der griechische Geschichtsschreiber Xenophon, wie sie im Gebirgsland zwischen Euphrat und Tigris auf die KARDUXOI stießen, die weder unter der Herrschaft des Artaxerxes, noch unter der Armeniens lebten (34). Seit dieser Zeit werden in lateinischen und griechischen Texten aus dem 1. Jahrhundert v. Chr. und aus dem 2., 3., 4. und 5. Jahrhundert nach Chr. immer wieder Hinweise auf ein in dieser Gegend lebendes Bergvolk gegeben (35), wobei die dabei gebrauchten Namen zwar variieren, mit dem Wort KARDUXOI aber eine gemeinsame Wurzel haben können (36). Die Variationen werden dadurch erklärt, daß sich die lateinischen und griechischen Schriftsteller auf u.a. armenische, (as)syrische, arabische und persische Informanten und Quellen stützten, wie z.B. die Endung -oi in Karduxoi ein griechischer Plural ist, während aus dem Armenischen die Form KORDUKH und aus dem (As)Syrischen die Form QARDAI überliefert ist. Neben dieser Annahme, nämlich daß die Kurden als solche mit variierenden, aber in ihrer Substanz identischen Namen über Jahrtausende - bis ins 3. Jahrtausend vor Chr. - zurückzuverfolgen sind, gibt es andere Hypothesen zur Herkunft der Kurden, z.B. daß ihre Herkunft in Zusammenhang mit den Chaldäern steht (37), z.B. daß sie als "die Nachkommen der einstigen hurritischen Guti, Gutäer oder Karduchen angesehen werden müssen" (38), z.B. daß sie - nach der These des Orientalisten und Philologen MARR - mit den Armeniern und Georgiern ihren Ursprung im Kaukasus haben und japhetitische Herkunft sind (39). Anfang dieses Jahrhunderts sprach der britische Major und Kurdologe E.B. SOANE (1881-1923) die Vermutung aus, daß eine direkte Verbindung zwischen Kurden und den Medern existiert (40). Ob dieser Kenner der kurdischen Sprache und Kultur eine Anregung dazu aus der kurdischen

Folklore aufgegriffen hat, ist nicht bekannt. Auf jeden Fall gab es in den dreißiger Jahren ein kurdisches Volkslied mit folgender Textstelle: "(Ey Kurd, Kuwane Mîdya, Kuwanê Soran, Kuwane Ordûy Kerîmxanî?" (Kurde! Wo ist dein medisches Reich, deine Soran-Dynastie, deine Armee von Kerîm Xan?) (41).

Gestützt durch eine ausführliche Vorbemerkung trug der russische Orientalist Vladimir MINORSKY (1877-1966) im Jahre 1938 auf dem internationalen Orientalisten-Kongreß in Brüssel seine vielbeachtete Hypothese vor, daß die Herkunft der Kurden mit den Medern in Zusammenhang zu bringen sei, sowie mit den iranischen Skythen (42). Kurz vor seinem Tode machte er in einem Brief an den Leningrader Professor Qenatî KURDO weitere Ausführungen dazu (43). MINORSKY stellte u.a. fest, daß in der populären Selbstbezeichnung der Kurden "Kurmanc" das Wort "Mad" (Meder) enthalten sei (44). Von den zahlreichen Hypothesen über ihre Herkunft haben die kurdischen Wissenschaftler und die Kurden überhaupt die These von der medischen Abstammung favorisiert und weiter daran gearbeitet (45). Heftig hingegen haben sie sich gegen die - inzwischen nicht weiter ausgearbeitete - These des sowjetischen Orientalisten VILÇEVSKY gewandt, der die Kurden als unvollständiges Amalgam von türkischen, arabischen und persischen Volksteilen vorstellt (46), eine These, die er unter Heranziehung der Arbeiten seines Lehrers MARR, aber nicht in Einklang mit dessen Schlußfolgerungen aufstellte, und die ohne Umschweife einer frappierend einfachen "Lösung" des Kurdenproblems Vorschub leistet, nämlich der "Rückintegration" der jeweiligen Teile in die angeblichen "Muttervölker": Araber, Perser und Türken (47). Um den Ursprung eines Volkes ohne Staat können sich Kontroversen entfachen, in die auch von politischen Interessen geleitete Vorstellungen eingebracht werden. Weiterhin gibt es solche Vorstellungen die sich einem rationalen Begründungszusammenhang auf andere Art entziehen, wozu Volksglauben und religiöse Vorstellungen gehören. Auf die kurdischen Vorstellungen zu ihrer Herkunft und frühen Geschichte, gerade auch auf die volksetymologischen und mythologischen Erklärungen, gehe ich in Teil B II ausführlicher ein.

Neben der erwähnten politischen Brisanz des Untersuchungsgegenstandes kommt für die Forschungslage erschwerend hinzu, daß das Gebiet des heutigen Kurdistan

bereits vor der Jahrtausendwende zu einem der wohl bewegtesten Schauplätze der menschlichen Geschichte gehörte. Die auf allein philologischer Grundlage kaum zu ordnende Vielfalt der Volks- oder Volksteilbenennungen ist wegen der fragmentarischen Quellenlage auch schwer in einen historischen Entwicklungszusammenhang zu bringen. Allenfalls ist es unumstritten, daß das medische Reich (Gründung etwa 725 v. Chr., Eroberung von Ninive 612 v. Chr.) einen Teil des heutigen Kurdistan umfaßte und daß dieses (etwa 539/540 v. Chr.) durch die Achameniden unter Führung von Kyros gestürzt wurde. Anschließend ist das gebirgige Grenzgebiet zwischen Orient und Okzident Eroberungsziel der Seleukiden, Parther, Sassaniden, Byzantiner gewesen, die Reiche gründeten und wieder verloren (48). Abschließend läßt sich zur Herkunft und frühen Geschichte der Kurden sagen, daß sie als außerordentlich lang und bewegt vermutet werden kann und wird, wie sie jedoch ausgesehen hat, noch unerforscht ist.

Nach dem wechselhaft erfolgreichen Versuch, das byzantinische Reich (Bilad al-Rum) in Klein-Asien sich untertan zu machen, drangen die Arabo-Muslime in der 2. Hälfte des 7. Jh. n.Chr. in das iranisch-sassanidische Reich (Hauptstadt Ktesiphon) ein. Diese arabische Invasion unter dem Banner des Islam ging durch Kurdistan hindurch, wo sie um das Jahr 18 h. = 639 n.Chr. begann. Nach den Berichten der arabischen Geschichtsschreiber fanden die Arabo-Muslime in dem fruchtbaren bzw. "schwarz-grünen" Berggebiet von Kurdistan die Kurden als Einheimische vor (49), die zu jener Zeit in Stämmen organisiert waren und entweder als nomadisierende Jäger/Hirten bzw. als Bergnomaden oder als sesshafte Bauern (teils in Städten) lebten (50). Es gab dort- neben Christen, Juden und Zoroastriern (51) - auch solche, die altiranischen Göttern huldigten (52), deren Glaube und Vorstellungswelt in Form von Symbolen auch heute noch bei den Kurden anzutreffen ist (53). Bevor die arabischen Eroberer die Kurden unangefochten in ihr islamisches Reich einbeziehen konnten, wenn auch mehr oder minder nominell, vergingen zwei bis drei Jahrhunderte, in denen die Kurden immer wieder die Gelegenheit ergriffen, um gegen den islamo-arabischen Herrschaftsanspruch zu kämpfen, wovon bis heute die in Kurdistan befindlichen "Dolî eshaban" (= Friedhöfe der Freunde Mohammeds) und "Dolî kafran" (= Friedhöfe der Ungläubigen/NichtMuslime) zeugen (54). Im Laufe der unruhigen dreihundert Jahre, die auf

die islamo-arabische Invasion um 639 n.Chr. folgten, müssen die Kurden ihre Kräfte reorganisiert und stabilisiert haben und zu einem Arrangement mit der arabischen Führung gekommen sein, denn aus dem 10., 11., 12. und 13. Jh. n.Chr. sind uns mehrere kurdische Dynastien bekannt, die über Gebiete von Kurdistan relativ unabhängig herrschten (55). Zu nennen wäre darunter die Şeddadî-Dynastie (951-1198), gegründet von dem Stammesführer Mohammed Şeddad b. Q.r.t.q. (Kartou) und im Norden bzw. Nord-Westen des kurdischen Siedlungsgebietes gelegen. Das Zentrum der Şeddadî-Dynastie war Genç (Gandsch), dann Anî, das während der Seddadî-Herrschaft mit zahlreichen Baudenkmalern, darunter zwei Moscheen ausgestattet wurde (56). Die Êsnewîye-Dynastie (959-1116) wurde von dem Stammesführer Êsen Berzîkanî begründet und herrschte über das Şarezûr-Gebiet (das ist ein Teil des heutigen irakischen und iranischen Kurdistan), mit Dînewer als Hauptstadt (nördlich von Kirmanşah) (57). Die Merwanîden-Dynastie (990-1096) wurde von Ebû 'Elî b. Merwan begründet und nach ihrer Beendigung 1096 von der Chaharmenen-Dynastie (1100-1207) gefolgt, deren Herrschaftsgebiet im nördlichen Teil des kurdischen Siedlungsgebietes gelegen war, mit den Zentren Urfa, Cizîre und Erzerûm und der Hauptstadt Diyarbekir, auch Bîtîs (58). Als die ersten Invasionen der türkischen Seldschuken-Stämme von Norden erfolgten (Beginn etwa 1000 n. Chr.), konnten die Kurden sich gegen sie teils im Kampf behaupten, teils sich mit ihnen arrangieren und außerhalb bzw. angrenzend an das heutige Hauptsiedlungsgebiet der Kurden relativ unabhängige Dynastien begründen: die Şuwankare-Dynastie in Fârs (1035-1355), die Ruwadî-Dynastie um Tabriz (956-1071) und die Musafîrîd-Dynastie (941-1029) ebenfalls in Azerbaidschan (59). Auch die übrigen kurdischen Dynastien im und um das heutige Hauptsiedlungsgebiet der Kurden mußten sich mehr oder minder der Seldschuken-Herrschaft beugen bzw. Tribut zahlen. Im 12. Jahrhundert übergab z.B. der letzte große Seldschuken-Sultan Sandjar einen Teil seines Reiches seinem Sohn und benannte diesen Teil in der offiziellen Anspruchsurkunde "Kurdistan", wobei diese Provinz folgendermaßen begrenzt war: durch Hemedan, Dînewer und Kirmanşah im Osten, durch Zagros, Şarezûr und Sincar, im Westen (60). Anfang des 12. Jahrhunderts floh eine Anzahl kurdischer Familien vom Norden über Azerbaidschan nach Luristan, wo sie sich den dort heimischen Herrschern anschlossen und das Gebiet bis zum 17. Jahrhundert regierten. Aus dieser Zeit datiert die

- historisch-politisch begründete - sowohl von kurdischer als auch lurischer Seite behauptete bzw. bestrittene Zugehörigkeit der Luren zu den Kurden (61). Die (Fadlawī) Fezlewī-Dynastie (1155-1424) regierte in Ost- und Süd-Luristan, ihr Hauptsitz war in Melayir. In Nordwest-Luristan herrschte von 1184 bis 1597 die Xurşîdî-Dynastie, deren Hauptsitz Xorramābād war (62). Ganz ausserhalb des heutigen kurdischen Hauptsiedlungsgebietes und der anschließenden Gebiete herrschte die (Eyyûbî) Ayyoubiden-Dynastie (1169-1250) und zwar in Ägypten und Syrien. Ihr Begründer war Selaḥeddînî Eyyûbî (Salāh al-Din al-Ayyûbî) bzw, SALADIN der Große (1138-1193) (63).

Im Jahre 1217 griff der Turk-Stamm "Xuwarezim" (Chuwarazim) Kurdistan von Osten und Norden an und hielt es bis etwa 1231 unter seiner Kontrolle. Das eigentliche Ziel, den Sturz des 'abbasidischen Kalifen Nāsir-lidīn-Allāh in Bagdad, konnte der Xuwarazim-Schah nicht erreichen, dafür errichtete er über weite Teile des Gebietes, inbegriffen Kurdistan, eine brutale Herrschaft. Nachdem die Tataren gegen die Xuwarezmî angetreten waren und der Xuwarezm-Schah 1231 von einem Kurden getötet worden war (64), ging die Herrschaft dieses Stammes so plötzlich zu Ende, wie sie errichtet worden war (65).

Die im Jahre 1258 n.Chr. von Norden erfolgende Mongolen-Invasion, die unter Verwüstungen durch Kurdistan direkt nach Bagdad ging, beendete die islamo-arabische Herrschaft und das sie tragende Staatsgebilde. Anschließend an die Mongolen kamen weitere Turkstämme in das kurdische Gebiet, so die Aqqoyunlu, Qaraqoyunlu, die Osmanen (66). Wie die Auseinandersetzungen mit den Invasoren und den einheimischen Kurden im einzelnen verlaufen sind - die kurdischen Führer wurden teilweise von den Invasoren bestätigt, teilweise betrieben die Invasoren eine systematische Ausrottung der Kurden und ihrer Herrscherfamilien (67) - ist noch zu erforschen. Auf jeden Fall scheint das kurdische Element in dieser Epoche und in diesem Raum ein politisch und militärisch wichtiges gewesen zu sein. Aus Ägypten, wo die Mamluken-Sultane Pläne gegen die auch in Kurdistan Fuß fassenden (mongolischen) Ilkhane schmiedeten, ist uns das "Masālik al-Absār" von Fadlallāh al-'Umarī (gest. 1348 n.Chr.) bekannt, in dem die seinerzeitigen kurdischen Stämme teils sehr ausführlich beschrieben und u.a. auch eine "zerstreute Liste

von 25 kurdischen Fürsten" gegeben ist, die mit den Mamluken-Sultanen in Briefwechsel standen (68). MINORSKY kommentiert hierzu: "Das 'Masalik al-Absar' .. zeigt, wie genau man in den Kanzleien der Mamluken-Sultane über die Kurden unterrichtet war".

Die Wirren, die auf die Turk-Invasionen und den Untergang des islamo-arabischen Staates folgten, resultierten in einer Neuordnung sowohl des kurdischen Siedlungsraumes als auch der nach Westen (Klein-Asien) und nach Osten (Persien) angrenzenden Gebiete, die sich Anfang des 16. Jahrhunderts folgendermaßen stellte.

Die Osmanen hatten Ende des 12. Jahrhunderts, nach ihrer Übernahme der islamischen Religion, eine mächtige Dynastie gründen können, die sukzessiv andere Turk-Stämme in ihren Herrschaftskreis einbezog. Unter dem Banner des Islam drangen die Osmanen tief in das Byzantinische Reich ein, dem sie am Dienstag, den 29. Mai 1453 mit der Eroberung Konstantinopels (von nun an Istanbul) ein Ende setzten. Diese Entwicklung legte einen Grundstein für die Weltbedeutung des Osmanischen Reiches. Die - durch eine List erwirkte - Übernahme des islamischen Kalifatenamtes von den Arabern durch den türkischen Sultan im Jahre 1517, wodurch er zum Führer der sunnitisch-islamischen Welt wurde, war ein weiterer Grundstein (69).

Östlich des kurdischen Siedlungsgebietes ist die Türkenherrschaft auch in Folge innerer Rivalitäten, in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts zu Ende gegangen, und die dort einheimischen Perser konnten zu jener Zeit die mächtige Safawiden-Dynastie (1501-1736) begründen. Mit der gewaltsamen Einführung der islamischen Schi'a-Konfession in seinem gesamten, von ihm stetig erweiterten Herrschaftsbereich konnte Isma'il Sah-i Safawi (1487-1524) ein entscheidendes Gegengewicht zu den sunnitischen Osmanen schaffen (70).

Die Kurden konnten sich durch die Turk-Invasionen hindurch und danach als eigenständiges Element behaupten und sich reorganisieren. seit Beginn des 14. Jahrhunderts entstanden zahlreiche, mehr oder minder unabhängige Fürstentümer in Kurdistan, doch die beiden weiteren Schritte, die (sei es gewaltsame) Einigung unter einem Herrscher bzw. einer Dynastie und die Übernahme einer einigenden Religion oder auch

nur Konfession blieben aus, wiewohl Ansätze dazu gemacht wurden. Der Versuch zu einer eigenen, kurdischen Religion, der Yezîdî-Religion, wurde früh unternommen, wahrscheinlich noch im 13. Jahrhundert, da die Heiligen Bücher der Yezîdî sehr wahrscheinlich im 14. Jahrhundert entstanden (71). Die im 14.-Jahrhundert entstandene pseudomuslimische Sekte der Ehlî Heq hätte die Grundlage für eine eigene islamische Konfession - neben der Sunni- und der Schi'a-Konfession - abgeben können (72). Daß diese Ansätze sich nicht zu einer tragenden Kraft unter den Kurden entwickeln konnten, wird ein Netz von interdependenten Ursachen gehabt haben. Zu bedenken ist hier, daß ein erheblicher Teil der kurdischen Elite der reinen islamischen Religion und später der Sunni- und Schi'a-Konfession, aus Frömmigkeit und in treuer Ergebenheit gedient hat, und zwar sowohl auf militärisch-politischem als auch auf religiös-kulturellem Gebiet. Ein Beispiel für einen kurdischen Diener des islamischen Glaubens, gleichzeitig Schützer des arabo-islamischen Reiches, war Salah al-Din (1138-1193), von Geburt aus dem kurdischen Hadabani(Hedebanî)-Stamm (73). Saladin, "the greatest Kurd" (74), hatte seinerzeit eine Schlüsselposition im islamischen Weltreich, die er in unverbrüchlicher Treue und nach streng moralischen Prinzipien im Sinne des islamischen Glaubens und des arabo-islamischen Reiches ausfüllte. Mit ähnlicher Hingabe gingen, eine Reihe von kurdischen Theologen und Gelehrten in geistiger Hinsicht in die Welt des Islam ein und leisteten in ihrem Rahmen hervorragende Beiträge (75). Sie schrieben ihre Werke auf Arabisch, der "Sprache Gottes", später auch auf Persisch und Türkisch, als diese zu Konfessions-Sprachen avanciert waren (76). Sei der kurdischen Bevölkerung standen und stehen diese Gelehrten in hohem Ansehen (77), ohne jedoch die Rolle von nachahmenswerten Vorbildern zu haben bzw. haben zu können, da sich diese islamische Elite außerhalb des kurdischen Kulturkreises stellte. Die Kurden sind über die Jahrhunderte bis in die Gegenwart, im Vergleich zu den Persern und Türken, nur unvollständig islamisiert worden (78). Die erste für Kurden in kurdischer Sprache geschriebene Grammatik der arabischen Sprache, verfaßt von 'Elî TEREMAXÎ, datiert aus dem Jahre 1591. Es handelt sich hier um einen systematischen, allerdings spät erfolgenden Versuch, breiteren kurdischen Kreisen die arabo-islamische Kultur zugänglich zu machen (79). Bemerkenswert ist, daß mit dieser arabischen Grammatik in kurdischer Sprache

eine Wendung im Gebrauch der kurdischen Sprache in den kurdischen Fürstentümern angedeutet ist. Während das Kurdische schon vorher als notwendiges, aber inoffizielles Interpretations- und Erklärungsmittel herangezogen wurde (80), war ihr hier und offenkundig der Platz der ersten Sprache eingeräumt (81). Parallel hierzu kann eine, um diese Zeit ansetzende Blüte kurdischer Dichtkunst gesehen werden; in dem Gedichtband von Malê CIZÎRÎ (gest. ca. 1640) kann man den eigentlichen Beginn der kurdischen schriftlichen Literatur sehen (82). Es ist allerdings zu bedenken, daß uns kurdische Dichter und ihre in kurdischer Sprache verfaßten Werke aus dem 14. Jahrhundert bekannt sind (83), und daß ihre verhältnismäßig geringe Zahl durch lückenhafte Überlieferung erklärt werden könnte. Ein Monumentalwerk kurdischer Dichtkunst, es anders zu nennen wäre eine Untertreibung, verfaßte Ehmedî XANÎ (1650-1706) auf der Grundlage einer kurdischen Volkserzählung. Seinem "Mem û Zîn", das mit Recht als ein "Kurdisches Romeo und Julia" charakterisiert wird (84), stellte er ein interessantes politisches Bekenntnis voran. Er hätte dieses Werk auf Kurdisch verfaßt, um zu zeigen, daß die Kurden 'nicht weniger sind als die Türken, Perser und Araber". Die Kurden sollten ihre "Krankheit" - die Uneinigkeit - ausmerzen, dann könne keines der genannten Völker sich der Kurden bemächtigen, Gott solle seine "Ratschlüsse" ändern und die Kurden sich um einen eigenen König und Staat sammeln lassen, "Zum Wohle der jetzt noch mißachteten kurdischen Kultur und ihrer Dichter, Denker und Künstler" (85). "Mem û Zîn" beendete XANÎ um das Jahr 1694 (86). Schon etwa hundert Jahre vorher, im Jahre 1596/7, beendete der kurdische Fürst und Gelehrte Seref-eddîn-î BIDLÎSÎ seine in persischer Sprache verfaßte kurdische Chronik mit dem Titel "Scheref Nameh" (Şarafname) (87), in dem er schon feststellte: "Die kurdischen Volksstämme gehorchen und folgen einander nicht. Sie haben keine übereinstimmende Einigkeit" (88). Ein Studium des Buches von Seref (BÎDLÎSÎ) zeigt uns, daß sich die Kurden, repräsentiert durch ihre Fürsten, niemals total unter Fremdherrschaft begeben hatten, immer auf einem gewissen Freiraum bestanden hatten, der Herrschaft über das eigene Volk. Wurde dieser zumeist zugestandene Freiraum geringer und war die Zeit militärisch günstig, hat man gegen die Fremdherrschaft gekämpft. Um ihre lokale Unabhängigkeit zu bewahren, haben sie aber auch gegeneinander gekämpft und sich dabei auch - entsprechend der Gelegenheit - mit Fremden verbunden (89).

Als sich Anfang des 16. Jahrhunderts im Westen von Kurdistan die Osmanen-Herrschaft gefestigt hatte und im Osten die Anfänge des mächtigen Safawiden-Reiches nicht zu übersehen waren, lag Kurdistan mit seinen mehreren, aber relativ kleinen Fürstentümern geographisch in der Mitte und gewann somit an Interesse für die sich in ihrem Machtanspruch gegenseitig beargwöhnenden Schi'a-Safawiden und Sunni-Osmanen. Nach einer Reihe von gegenseitigen Übergriffen kam es am 23. August 1514 zu einem großangelegten militärischen Zusammenstoß zwischen den beiden auf Expansion bedachten Reichen, zur Čäldirān-Schlacht. Da die meisten kurdischen Muslime Sunni waren, hatte der türkische Sultan Selim (1467-1520) das Vertrauen der kurdischen Fürsten und mancher Stammesführer gewinnen und mit ihnen für Čäldirān eine militärische Allianz knüpfen können. Es ist anzunehmen, daß die beteiligten (wohl fünfundzwanzig an der Zahl) kurdischen Fürsten und Stammesführer mit ihren Armeen nicht unerheblich zum Sieg der Sunni-Osmanen in Čäldirān beigetragen haben (90).

Durch die Vermittlung und das Bemühen des kurdischen Gelehrten und Feldherrn İdrîsî Bîtlîsî (gest. 1520), der unter den kurdischen Sunni-Fürsten wegen seiner Frömmigkeit und sonstigen Eigenschaften große Autorität und Einfluß genoß (91), gingen die kurdischen Sunni-Fürsten (außer Ardalānî) am 9. August 1515 in eine vertragliche Bindung mit dem türkischen Sultan Selim ein, Repräsentant der osmanischen Dynastie, die drei Punkte zum Gegenstand hatte: gegenseitige militärische Unterstützung, Tributzahlung in die religiöse Staatskasse, innere Unabhängigkeit der Sunni-Fürstentümer (92). Nach seiner erfolgreichen Vermittlung ist İdrîsî Bîtlîsî von Sultan Selim "fürstlich" beschenkt und in einem Dankesbrief des Sultans als Gewährs- und Vertrauensmann bezeichnet worden (93). İdrîsî Bîtlîsî wird von den Kurden heute in einem Wortspiel "İblîsî Bîtlîsî" (der Teufel von Bîtlîs) genannt und ist ein Symbol für Volksverrat (94).

Außerhalb der formellen kurdisch-türkischen Allianz blieben - neben dem einzigen Sunni-Fürstentum Erdelan oder Ardalān - einige wenig bekannte (sowohl Sunni als auch Schi'a) Stammesführer und ihre Anhänger und die mächtigen Goranî-Stämme aus Kirmanşah und Hewraman, die traditionsgemäß Ehlî Ĥeq-Anhänger waren (95).

Von den kurdischen Fürstentümern sollen anschließend nur diejenigen kurz erwähnt werden, die eine gewisse Kontinuität und Gewicht aufweisen können. Am bekanntesten sind (96): Erdelan oder A r d a l a n (Mitte des 14. Jh. - 1867); Baban oder B a b a (Ende des 15. Jh. - 1851); Badînan oder B a d i n a n (Beginn des 14. Jh. - 1837); Botan oder B o t a n (Anfang des 14. Jh. - 1848); Soran oder S o r a n (Mitte des 15. Jh. - ca. 1836). Außerdem werden genannt: Hekarî oder H a k k a r i (vor 1515 - Mitte des 19. Jh.); Mukriyan oder M u k r i y a n (Ende des 15. Jh. - Mitte des 17. Jh.); Rojekî oder R o ž a k i (Ende des 15. Jh. - 1847) (97).



Wiewohl diese Fürstentümer sich über eine relativ lange Zeitspanne in der kurdischen Geschichte behaupten konnten (darunter drei ca. 500 Jahre, vier ca. 350 - 400 Jahre, weitere zwei ca. 250 - 300 Jahre), ist ihr Schicksal und ihr Macht- bzw. Einzugsgebiet innerhalb des kurdischen Raumes wechselhaft gewesen. Ein Blick auf die Sozialorganisation erhellt die Hintergründe für den von außerordentlicher Dynamik geprägten Geschichtsverlauf. Die Fürsten, die in der Regel selbst (erbliche oder ernannte) Führer eines Stammes waren, herrschten jeweils in Übereinkunft mit an deren Stammesführern,

was aber durchaus auch Anlaß zu Streitigkeiten gab bzw. zur Umverteilung der inneren Machtverhältnisse. Unabhängige Stämme und die von ihnen beanspruchten Gebiete wurden, wenn es opportun schien, sei es mit Gewalt, sei es durch Verhandlungen oder Heirat, in den Machtbereich eines Fürstentums gebracht, wie sich Stammesführer mit ihren Anhängern und Gebieten auch aus einem Fürstentum herauslösen konnten, sei es, um als unabhängiger Stamm zu leben, sei es, um sich mit einem anderen, bestehenden Fürstentum zusammenzuschließen, sei es, um - mit anderen Stammesführern - ein neues Fürstentum zu gründen. Wiewohl die kurdische Sozialorganisation in den Fürstentümern feudale Züge aufweist - den Fürsten mußte Tribut gezahlt werden und bei Bedarf Armeen gestellt werden - Feudalherren im eigentlichen Sinne waren sie nicht. "Gehören" tat das Land - außerhalb der Hauptstädte und Zentren - denjenigen, die es nutzten, sei es als viehzüchtende Nomaden-Stämme, sei es als halbseßhafte Stämme (Bergnomaden), die in kombinierter Form Viehzucht und Ackerbau (eine Art Almwirtschaft) betrieben, sei es als seßhafte Bauern bzw. Goranî (98), wobei die letzteren zwar keinem eigentlichen Stamm angehörten, aber zumeist einen Stamm als Schutzmacht (vor den anderen Stämmen) anerkannten, dem sie von ihren erwirtschafteten Produkten Tribut dafür zahlten. Der Werdegang der überaus zahlreichen Stämme, zum Teil mit einer Anzahl von variierenden, mehr oder minder selbständigen Untergruppierungen, ist ebenfalls wechselhaft gewesen. Je nach der Größe ihrer Herden, eintretenden oder ausbleibenden Viehseuchen, je nach den klimatischen Bedingungen für den Ackerbau, je nach der Anzahl der von ihnen kontrollierten Goranî, je nach der Größe der Stämme selbst, die auch durch das Hinzukommen von anderen, in Auflösung begriffenen Stämmen oder Teilen davon sich erweiterten, konnten die Stämme über eine größere oder kleinere Zahl von Militär verfügen, Maß ihrer Stärke und ihres Ansehens (99).

Um es zusammenzufassen, Kurdistan war in der Zeit der Fürstentümer von sich ständig verschiebenden Machtverhältnissen zwischen Fürsten und islamischen Theologen und Gelehrten und Stammesführern und ihren Unterführern und Militärs geprägt, wobei diese sich ständig verschiebenden Machtverhältnisse als Ausdruck einer auf allen Ebenen überaus dynamischen Sozialorganisation zu sehen sind, inbegriffen ein weitverzweigtes Kommunikationsnetz. Ob sich aus diesem Sozialgefüge von

relativ selbständigen Einheiten ein Staatswesen, also eine in der Infrastruktur verklammerte und über sie hinausgehende Machtstruktur, hätte entwickeln können, wenn nicht im Westen von Kurdistan die osmanischen Türken das Osmanische Reich und im Osten die Safawiden (1501-1736 - abgelöst von den Afghanen und Qāğären) das Iranische Reich hätten errichten und durch diese ihre Reiche in das kurdische Herrschaftsgefüge und seine Entwicklung hätten eingreifen können wie es der Fall war -, diese Frage ist insofern zu bejahen, als mehrmals, besonders aber um die 18./19. Jahrhundertwende unter dem Baban-Fürsten 'Ebdul-Rehman Paşa, unter dem Soran-Fürsten Mîrî Kore (getötet 1836), unter dem Botan-Fürsten Bedir-Xan Paşa (starb 1868 im Zwangsexil), die Kraft und der Wille zur Einigung des ganzen kurdischen Gebietes erkennbar wurde (100). Wenn dieses Einigungsstreben sich 200 Jahre früher entfaltet hätte, als Reaktion auf den Vertrag von Zohab (kurd. Zehaw) zwischen den osmanischen Türken und den Safawiden aus dem Jahre 1639 (101), durch den der kurdisch-türkische Vertrag von 1515 von der Intention her nicht mehr zutraf, hätte die folgende 1. Teilung Kurdistans und die unerwünschte Eingliederung der Kurden in das Osmanische Reich auf verschiedenen Ebenen, entgegen der Klausel der inneren Selbständigkeit im Vertrag von 1515, vielleicht vermieden werden können. So aber begann nach der osmanisch-türkischen Niederlage vor Wien 1683 und im Rahmen des anschließenden Expansionsstrebens nach Osten die Umwandlung der kurdischen Fürstentümer in osmanische Provinzen, die mit der Einsetzung eines türkischen Statthalters begann (102) und über den Sturz aller Fürstentümer (als letztes um 1851 "Baban") direkt zum "Tenzimat"Erlass des türkischen Sultans 'Abdul-Mağid (im Amt ab 1839) im Jahre 1856 führte, mit dem der bis dahin kollektiv verwaltete Boden Kurdistans (103) diesseits der persischen Grenze "verstaatlicht" wurde, d.h. unter osmanische Verfügungsgewalt kam. Die Aufstände aus dem 17., 18. und 19. Jahrhundert (104), die jeweils von Teilen der Kurden gegen das Osmanische Reich geführt wurden, konnten zwar von den Osmanen in der Regel nur mühsam niedergeschlagen werden, aber die beschriebene Entwicklung nicht aufhalten.

Der Werdegang des einzigen außerhalb der kurdisch-türkischen Allianz von 1515 verbliebenen Sunni-Fürstentums Erdelan ist im wesentlichen ähnlich verlaufen.

Nachdem die Erdelan-Fürsten - im Gegensatz zu den Schi'a-Kurden, die nur in Stammesverbänden organisiert waren - drei Jahrhunderte relativ unabhängig hatten regieren können, wurde dieses "Privileg" mit wechselhaftem Erfolg, aber sukzessiv eingeschränkt, und im Jahre 1867 trat ein Qagar, Repräsentant des schiitischen Iranischen Reiches, an die Stelle des kurdischen Fürsten (105).

Langfristig gesehen haben die kurdischen Fürstentümer, trotz ihres ersatzlosen Niedergangs, einen nicht unerheblichen Beitrag zur Entwicklung der Kurden geleistet, nicht auf politischem Gebiet, aber hinsichtlich der kurdischen Sprache und Literatur. Zu erwähnen ist, daß die kurdische Sprache (Kurdî oder Kurmancî) wie internationale, auch kurdische, philologische Untersuchungen erwiesen haben - eine eigenständige nordwest-iranische Sprache ist (106), die nach philologischen Gesichtspunkten in zwei Hauptdialekte (Nord- und Mittel-Kurmancî) und zwei Nebendialekte (Süd-Kurmancî und Goranî/Zazayî) gruppiert wird, mit weiteren mundartlichen Unterteilungen innerhalb dieser Dialekte (107). Wie alle Sprachen, außer den künstlich entwickelten, weist das Kurdische also einige regionale Unterschiede auf, die - wie es auch im deutschen Sprachraum geschehen ist - erst durch das Hinzutreten einer einheitlichen Schriftsprache in den Hintergrund treten, was eine gegenwärtig ablaufende Entwicklung innerhalb der kurdischen Sprache ist (108).

Vorbereitet worden ist diese für die Kurden "zukunftsentscheidende Entwicklung" (109) in der Zeit der Fürstentümer. In engem Zusammenhang mit der relativen politisch-wirtschaftlichen Stärke einzelner Fürstentümer und in einer Phase entscheidend beeinflusst durch die militärische Einnahme (seitens der osmanischen Türken) von Sarezûr, der aufgegebenen Hauptstadt des Erdelan (Ardalan)-Fürstentums (110), konnten sich zwischen dem 16. und 19. Jahrhundert zwei Mundarten innerhalb der kurdischen Sprache zu überregionalem Gebrauch unter den Literaten erheben und in der Folgezeit behaupten. Im 16., 17. und 18. Jahrhundert kam die Cizîre-Mundart des Nord-Kurmancî-Dialektes (Cizîre = Hauptstadt des Fürstentums Botan, früher ein Zentrum der Merwaniden-Dynastie) zur Blüte, entscheidend geprägt von dem mystischen Epiker Melê CIZÎRÎ (gest. ca. 1640) und dem Altmeister kurdischer Dichtkunst Ehmedî XANÎ (1650-1707) und von vielen kurdischen Dichtern und Denkern benutzt: z.B. 'Elî TEREMAXÎ (lebte im 16. Jahrhundert), Mela Yunisî HALKATAINI (gest.

1785), Mela Mehmûdî BAYEZÎDÎ (ges.: um 1797) (111), Feqê TEYRAN (um 1600 bis 1650), Melay BATÊ (1417-1495), 'Elî HÊRÎRÎ (?) (112). Die zweite Mundart, die sich seit der Gründung von Sileymanî zur Hauptstadt des Saban-Fürstentums im Jahre 1784 und seither in ungebrochener Stärke bis in unsere Zeit zum Standardgebrauch unter kurdischen Dichtern und Denkern erheben konnte, ist die Sileymanî-Mundart des Mittel-Kurmancî-Dialektes. Ihre erste spektakuläre Blüte verzeichnete sie gleich zu Beginn des 19. Jahrhunderts, als unmittelbare Folge des Niedergangs des bis dahin verbreiteten Goranî, Das Goranî, der Dialekt der Ehlî-Heq, indem sie auch ihre Heiligen Schriften verfaßten, hatte mit der politisch-religiösen Verfolgung und Dezimierung der Ehlî Heq seitens der osmanischen Türken um die Mitte des 18. Jahrhunderts rapide an Bedeutung verloren (113). Als die bedeutendsten kurdischen Dichter des 19. Jahrhunderts, die den Standardgebrauch der Sileymanî-Mundart des Mittel-Kurmancî-Dialektes entscheidend geprägt haben, sind zu nennen: NALÎ (1800-1858), SALIM (1805-1869), KURDÎ (1812-1851 ?) KOYÎ (1817-1894), TALEBANÎ (1837-1909), MEHÎWÎ (1830-1914).

Auch nach dem Sturz aller Fürstentümer blieben diese beiden Mundarten bzw. ihre ständig modifizierte Formen von überregionaler Bedeutung und im Zentrum der kurdischen literarischen Aktivitäten (114). In dieser Hinsicht ist also in der Zeit der kurdischen Fürstentümer ein entscheidender Beitrag zur Vereinheitlichung und Einigung der "kurdischen Vielfalt" geleistet worden, die im übrigen auch auf der inhaltlichen Ebene der behandelten Themen reflektiert ist. Während bis zu Beginn des 19. Jahrhunderts ausschließlich "unpolitische" Themen in den Helden- und Liebesdichtungen usw. behandelt wurden, setzt hier generell die patriotische kurdische Literatur an, die beinahe schlagartig einen festen, sich ständig erweiternden Platz innerhalb der kurdischen Literatur einnehmen konnte (115). Ebenso schlagartig ist die Forderung nach einem unabhängigen, vereinten Kurdistan ein fester Bestandteil des kurdischen politischen Lebens geworden. Mit dem Untergang der letzten Fürstentümer Mitte des 19. Jahrhunderts und dem Scheitern der nationalen Bestrebungen der Fürsten 'Ebdul-Rehman PAŞA, Mîrî KORE und BEDIR-XAN PAŞA, die ausnahmslos in die kurdische Folklore und Literatur als Nationalhelden eingegangen sind (116), ist das nationale Ziel nicht untergegangen.

Hier setzt auch ein Wandel in der kurdischen Sozialstruktur ein und ein Wandel in der Struktur der kurdischen Öffentlichkeit. Seit Ende des 19. Jahrhunderts ist das nationale Ziel von politischen Bewegungen und Organisationen (später auch Parteien) übernommen und verfolgt worden. Zwar werden diese neuen Organisationsformen am Anfang größtenteils von der traditionellen Führungsschicht (Fürsten bzw. ihre Nachkommen, Stammesführer und Theologen) getragen, doch werden diese allmählich in den Hintergrund gedrängt, wenn sie auch bis heute eine Rolle in der kurdischen Gesellschaft und Politik spielen (117).

Şêx'Ubeydullay NEHRÎ z.B. „der den großen Aufstand von 1880/1 über die persisch-türkische Grenze hinweg geführt hat, ist zwar seiner Herkunft nach der traditionellen kurdischen Führungsschicht zuzuordnen, war aber seinen Zielen und Handlungen nach ein religiösnationaler Kurden-Führer. Der Aufstand von 1880/1 ist im übrigen in einer abgestimmten persisch-türkischen Aktion niedergeschlagen worden (118). Die von Şêx'Ubeydullay NEHRÎ ins Leben gerufene religiös-motivierte Bewegung hat sich reduziert im Untergrund halten können (119). Wie NEHRÎ mit religiösen Motiven eine breite Anhängerschaft unter den Kurden für das nationale Ziel zu gewinnen suchte, gab es andere Gruppierungen - darunter ist die wahrscheinlich vor 1908 gegründete CEMÎYETÎ'EZMÎ QEWÎY KURDISTAN (Vereinigung des starken Willens Kurdistans) wohl die erste - die mit Hilfe von durch westliche Weltanschauung (Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit) geprägten Ideen sich eine breite Basis unter den Kurden zu sichern suchte. Ergänzt wurden diese Organisationen von dem - gleichzeitig entstehenden - kurdischen Pressewesen, das mit dem Erscheinen der ersten kurdischen Zeitung "Kurdistan" in Kairo am 22. April 1898 (120) seinen nicht unbedeutenden Anfang nahm.

Während sich in der Zeit des offensichtlichen Zerfalls des Osmanischen Reiches (und den gleichzeitig in Persien stattfindenden Rivalitätskämpfen um den persischen Thron) unter den Kurden auf der einen Seite der - in der Folgezeit weiter verfolgt - Ansatz zu einer aktiv und systematisch an der Zukunft arbeitenden Politik zeigte, blieben sie auf der anderen Seite - und zwar bis 1961 - dem Muster des spontanen Aufbegehrens gegen übermäßig gewordene Unterdrückung verhaftet, d.h. der bloßen Reaktion auf ei-

ne von außen herangetragene, unerträgliche Situation. Die Aufstände von 1913-14 (Bîtlîs) und 1917 (Dersîm, Xerpût, Mardên, Diyarbekir, Bîtlîs in Nord-Kurdistan und Geylan und Kirmanşah jenseits der persischen Grenze) waren z.T. Reaktionen auf die korrupten, fremden Verwaltungen und z.T. Proteste gegen die von Istanbul veranlaßten Massendeportationen von ca. 700.000 Kurden in verschiedene türkisch-nationale Gebiete (121). Die vergeblichen Versuche der Kurden, die Situation des 1. Weltkrieges für sich zu nutzen, von den Sowjets Hilfe zu bekommen (122), ändern nichts an dem bloßen Reaktions-Charakter dieser Aufstände, die alle - blutig niedergeschlagen - erfolglos endeten.

Vorerst erfolgreicher hingegen waren die kurdischen Kräfte, die in systematischer Kleinarbeit die kurdische Position bei der Friedenskonferenz von Paris vorbereiteten. Insofern als die "Erbmasse" des Osmanischen Reiches dort verhandelt werden sollte, waren sie Beteiligte. Tatsächlich konnten die Kurden bis 1920 eine Einigung und Absprache mit den Armeniern erzielen (123) und zuvor am 22. März 1919 und dann am 1. März 1920 unter Führung von Şerîf PAŞA jeweils ein Memorandum zu den gesamtkurdischen Forderungen mit einer Karte von Kurdistan an die Pariser Friedenskonferenz herantragen (124).

Die Vorgänge in der früheren osmanischen Provinz Mossul (Gebiet des einstigen Soran- und Baban-Fürstentums), wo sich die Kurden (1918) um den Bürgermeister von Sileymanî, Şêx MEHMÛD, scharten und ihn angesichts des Machtvakuum (die osmanischen Türken waren abgezogen und die gerade ankommende Kolonialmacht Großbritannien noch nicht etabliert) unaufgefordert von den Briten zu ihrem "Generalgouverneur" wählten (125), diese Vorgänge standen in Einklang mit den in Paris beim "Hohen Rat der Alliierten" eingereichten Forderungen, die sich zu dem prinzipiellen Schlagwort - "Kurdistan den Kurden" zusammenfassen lassen. Als am 25.3.1920 die Alliierten der Mandatur Großbritanniens über das Gebiet des heutigen Irak zustimmten, stellten sie in Artikel 16 ausdrücklich fest, daß "nichts, was in diesem Mandat erwähnt wurde, die Mandatur daran hindere, eine administrative, unabhängige Regierung in den kurdischen Gebieten einzusetzen, wenn sie es für richtig erachte" (126).

Im Friedensvertrag von Sèvres vom 10. August 1920 (Sektion III, Kurdistan, Artikel 62-64) wurden die am 1.3.1920 vorgetragenen kurdischen Ansprüche insofern berücksichtigt, als die Errichtung eines kurdischen Staates (und eines armenischen) vorgesehen war (127). Innerhalb von kaum 3 Jahren war dieser Ansatz eines kurdischen Erfolges in der internationalen Weltpolitik wieder beendet. Entscheidend eingeleitet wurde diese Entwicklung von der - im nachhinein in sichtlicher Eile erfolgenden - Einigung Großbritanniens mit den im südlichen Teil ihres Mandatsgebietes ansässigen Arabern zur Gründung einer irakischen Regierung, ohne Beteiligung der Kurden. Am 24.12.1922, als die Sektion III des Vertrages von Sèvres noch in Kraft war, erklärten sie vor dem Völkerbund: "Die Regierung Seiner Majestät von Großbritannien und die Regierung des Irak bekennen sich zu dem Recht der Kurden, die innerhalb der Grenzen des Irak leben, eine selbständige kurdische Regierung in den Gebieten, in denen die Kurden die absolute Mehrheit bilden, zu gründen. Sie hoffen, daß sich die verschiedenen kurdischen Elemente sobald wie möglich einigen über die Form und die Ausmaße der Regierung, die sie wünschen, und offizielle Vertreter nach Bagdad schicken, um ihre politischen und ökonomischen Beziehungen mit den beiden Regierungen von England und dem Irak zu besprechen" (128).

Von nun eilten die sich überstürzenden Ereignisse den Kurden wieder voraus. Nach Überdenken ihrer kolonialen Interessenlagen, die im Falle von Großbritannien im obigen Zitat gekennzeichnet ist, entschlossen sich die Alliierten, den Orient in einem Separat-Vertrag zu "befrieden". Im Vertrag von Lausanne vom 24. Juli 1923 war ein Staat "Kurdistan" (oder "Armenien") nicht mehr vorgesehen. NEBEZ (1972a:69) meint, daß die bei den Lausanne-Vorverhandlungen (129) von den Türken verbreitete Lüge über die Schuld der Kurden am Massaker der Armenier ausschlaggebend für den Entschluß der Alliierten war, von der Möglichkeit eines Staates Kurdistan abzusehen. Auf jeden Fall sind die osmanischen Türken, in Jahrhunderten auf der Bühne der diplomatischen internationalen Politik erfahren, als "Sieger von Lausanne" anzusehen. In das Staatsgebiet der mit dem Lausanne-Vertrag entstandenen "Republik Türkei" wurde Nord-Kurdistan miteinbegriffen, allerdings wurde die Türkei darin verpflichtet, u.a. dem ihr zufallenden Teil der Kurden kulturelle Rechte einzuräumen (130). Anstatt

dieser - von ihr akzeptierten - Verpflichtung nachzukommen, hat die Türkei jedoch das Gegenteil praktiziert, eine offensiv chauvinistische Unterdrückungspolitik gegen die in ihre "Obhut" gegebenen Minderheiten (131).

Auch bei der Staatsgründung des Irak wachte der Völkerbund über die Festlegung von Autonomie-Rechten für die Kurden. "Am 16. Dezember 1925 gab der Rat des Völkerbundes eine Resolution heraus, in der er den Anschluß von Süd-Kurdistan an den Irak (Artikel 3) bestimmte, aber von England als Mandatsträger verlangte, die Garantien für die Selbstverwaltung der irakischen Kurden, die die Untersuchungsdelegation schon vorgeschlagen hatte, zu erfüllen. Am 24. Februar 1926 gab England dem Völkerbund einen Bericht, in dem es diese Rechte der Kurden garantierte (132). Vor der völkerrechtlichen Anerkennung des unabhängigen Staates Irak am 3. Oktober 1932 mußte dem Völkerbund eine Grundverfassung des neuen Staates übermittelt werden, was am 19. Mai 1932 geschah. Diese Grundverfassung, in der die nationalen und sozialen Rechte der Kurden im Irak verankert sind, wurde am 28.1.1933 vom arabo-irakischen Parlament ratifiziert (133). Die bisher nur teilweise Verwirklichung ihrer international verbrieften Rechte mußte allerdings von den irakischen Kurden in zähen Verhandlungen und in blutiger Auseinandersetzung errungen werden (134).

Als Mitte der zwanziger Jahre die Grenzziehung mitten durch das kurdische Siedlungsgebiet immer greifbarere Formen annahm - die türkisch-irakische Grenzfrage war bereinigt (135), der unabhängige Staat Irak in Sicht -, verstärkte Persiens Reza Schah seine Bemühungen, die Kurden in "seinem" Teil von Kurdistan, die sich seit ca. 1918 einer nationalen Bewegung zuordneten, fest unter seine Herrschaft zu bekommen. Bis 1930, konnte er das erreichen, mit Hilfe der neuen Türkei, und auch im gleichen Jahr den Aufstand der kurdischen Xorasan-Bauern blutig niederschlagen (136). Was die persisch-türkisch-russische Grenzfrage im Norden von Kurdistan angeht, sie war in einer Vierer-Konferenz mit Repräsentanten der späteren Türkei, Persiens, Englands, Rußlands bereits kurz vor Beginn des 1. Weltkrieges (1913) gelöst worden, nicht ohne erhebliche Unruhe unter der direkt betroffenen kurdischen Bevölkerung auszulösen (137).

Frankreich behielt seine Mandatur über das Gebiet des heutigen Syrien, inbegriffen einen kleinen Teil von Kurdistan, bis 1946. Nachdem die neuen Staaten Türkei und Irak seit 1923 bzw. 1932 den Kurden ihre nationalen-kulturellen-sozialen Rechte so konsequent und von Kritik unangefochten vorenthalten konnten, ist diese Frage bei der weiteren neuen Staatsgründung Syrien anscheinend nicht weiter reflektiert worden. Den Kurden als solchen sind im arabischen Staat Syrien von Anfang und bis heute keine Rechte eingeräumt worden. In vielem gleicht die praktische Lebenssituation der Kurden in Syrien der der Kurden in der Türkei, wenn die Syrien-Kurden auch unvergleichlich geringer an Zahl sind und heute etwa zur Hälfte nicht im syrischen Kurdistan leben, sondern in den Großstädten wie z.B. Damaskus und Aleppo (138).

Seit dem weitgehenden Vollzug der 2. Teilung Kurdistans um 1932 hat sich das Kräfteverhältnis der fünf an Kurdistan beteiligten Staaten nur einmal entscheidend geändert, nämlich als zum Ende des 2. Weltkrieges die UdSSR einen Teil Persiens besetzte. Im Schutze dieser Besatzungsmacht errichteten die Azarî-Türken die Republik Azerbaidshan und die Kurden die kurdische Republik von Mehabad (22.1. - 16.12.1946). Nach dem Arrangement zwischen Stalin und Reza Schah im April 1946 und dem Abzug der Sowjets im November 1946 wurde auch die Republik von Mehabad von der persischen Armee eingenommen, ohne kurdischen Widerstand und mit Empfang von Seiten der kurdischen Führer, die ungeachtet dessen im April 1947 hingerichtet wurden. Dokumente aus der Zeit der Mehabad-Republik existieren kaum, da vor Einzug der persischen Armee alles kurdischsprachige Material verbrannt wurde (139).

Bemerkenswert ist, daß in der Zeit der kurdischen Republik von Mehabad die erste Entwicklung hin zur kurdischen Massenpartei stattfand. In der Folgezeit hat sich diese Organisationsform - zudem im losen Verbund zwischen allen Teilen Kurdistans und teils im Untergrund - durchgesetzt. Diese Entwicklung, zusammen mit den seit 1948 besonders in Europa tätig werdenden Exilorganisationen, hat seit ca. 1950 einen Wandel in der Struktur der kurdischen Öffentlichkeit bewirkt.

Hinsichtlich der Gesamtentwicklung der Kurden in diesem Jahrhundert läßt sich sagen, daß sie insbesondere auf kulturellem Gebiet bedeutend gewesen ist. Es ist den Kurden in diesem Jahrhundert z.B. gelungen, den Grundstein für eine eigene Geschichtsschreibung zu legen, die Vereinheitlichung der kurdischen Sprache zu einer Hochsprache bedeutend vorwärtszubringen, ihre traditionelle Literatur mit Romanen und Kurzgeschichten in die Moderne zu führen. Auch konnten sie eine nicht unerhebliche Tradition in ihrem Pressewesen aufbauen und mittels dieser Presseorgane und eines beträchtlichen Netzes von kurdischen Organisationen und Parteien eine intensive politische Diskussion führen und dabei - für sich und andere - ihre Problematik in den internationalen Zusammenhang stellen.

(B. I. Einführung)

b. Zum Thema der Untersuchung

Fragen zum Selbstverständnis eines Volkes oder einer anderen großen Gruppe sprechen in der Hauptsache drei offensichtlich miteinander verbundene Bereiche an:

- 1 - den Bereich der Herkunft, des Ursprungs
(Woher kommen Wir? Wer sind Wir?);
- 2 - den Merkmalsbereich
(Wie sind Wir? Welche Eigenschaften haben Wir?);
- 3 - den Bereich der antizipierte Zukunft (Was wollen Wir?).

Fragen zum Selbstverständnis eines Volkes oder einer anderen großen Gruppe, die im Vergleich zu Tagesthemen eine grundsätzlichere Ebene ansprechen, müssen nicht unbedingt, gar zu allen Zeiten, Themen öffentlicher Meinung sein. Um als Thema öffentlicher Meinung zu gelten, ist im Rahmen dieser Arbeit festgestellt worden, muß ein Thema a. aktuell sein, b. kontrovers sein und c. relativ weite Kreise beschäftigen (140). Diese Voraussetzungen - und die logische Ausgangsvoraussetzung, nämlich daß die Kurden ein Selbstverständnis haben - sind bei Fragen zum Selbstverständnis der Kurden gegeben, zumindest im Laufe dieses Jahrhunderts.

Daß die Kurden ein Selbstverständnis haben, einmal abgesehen von seiner Ausprägung, läßt sich schon aus dem Umstand ersehen, daß sie seit etwa zwei Jahrtausenden von Fremdgruppen "Kurden" genannt werden (141), sie also genügend Gemeinsamkeiten haben und herauskehren, um - von außen - unter einem Namen gefaßt zu werden. Da der mittelöstliche Raum im 20. Jahrhundert - was die Nationalitätenfrage betrifft - Ähnlichkeiten mit dem Europa des 18. und 19. Jahrhunderts aufweist, also weit davon entfernt ist, ein in sich ruhendes und befriedetes Gebiet zu sein, ist das allgemeine Meinungsklima, in das dieses Thema eingebettet ist, als von einer gewissen Unruhe und unterschweligen Umbruchstimmung charakterisiert zu sehen.

Die Annahme der Aktualität, Kontroverse und weiten Verbreitung von Meinungen zum Thema "Wir" unter den Kurden, läßt sich aus dem vorhergehenden geschichtlichen Überblick ableiten und anhand der folgenden Punkte nochmals erläutern. Als Folge des 1. Weltkrieges sind Kurdistan und die Kurden auf 5 Staaten aufgeteilt worden, von denen vier (Iran, Irak, Syrien, Türkei) nach europäischem Vorbild als Nationalstaaten verfaßt sind, allerdings handelt es sich nicht um Demokratien westlicher Art. Die staatstragenden Völker dieser 4 Staaten sind Araber (Irak und Syrien), Perser (Iran) und Türken (Türkei), Staatssprache ist jeweils Arabisch, Persisch und Türkisch (142). Neben den staatstragenden Völkern und den Kurden leben in diesen Staaten noch andere Völker bzw, Teile davon (143); im Iran sind u.a. zu nennen: Araber, Azerbaidshaner, Armenier, Belutschen, Turkmenen (Anteil der Kurden an der Gesamtbevölkerung des Iran: ca. 14,5 %) (144); in Syrien sind zu nennen: (As-)Syrier, Armenier, Tscherkessen, Drusen (Anteil der Kurden an der Gesamtbevölkerung von Syrien: ca. 14 %) (145); in der Türkei sind zu nennen: Armenier, Tscherkessen, Lasen, Griechen, (As-)Syrier, Araber (Anteil der Kurden an der Gesamtbevölkerung der Türkei: ca. 14,5 %) (146); im Irak sind neben ca. 50 % Arabern und 28 % Kurden noch (As-)Syrier, Turkmenen, Perser ansässig (147, 148).

Während noch im 19. Jh. und teilweise bis in die 30-er Jahre dieses Jahrhunderts eine kleine kurdische Oberschicht als Mittler zwischen den Fremdherrschern und der Masse der Kurden fungierte, die eigentlich nur dadurch von den Fremdherrschern spürten, daß sie - über die vermittelnde und ebenfalls betroffene Oberschicht - Abgaben leisten mußten, kommen nun immer mehr einzelne Kurden in Kontakt mit den fremdsprachigen Staatsapparaten, u.a. auch durch den Ausbau des Schulwesens und der elektronischen Massenmedien und die fortschreitende Industrialisierung im Rahmen des gesamten Modernisierungsprozesses, Die von den jeweiligen Staaten gesteuerte Ausbeutung der Bodenschätze Kurdistans, u.a. Erdöl, wirft auch für die Kurden die naheliegende Frage auf, wie groß der Anteil der Staatseinkünfte ist, der zu den Kurden und nach Kurdistan zurückfließt (149). Selbst die rauen Gebirgsgegenden Kurdistans spüren die staatliche Präsenz; denn in den letzten 40 Jahren sind sukzessiv 5 gut befestigte Grenzen durch das kurdische Siedlungsgebiet gezogen und mehrmals - nach Ausnahmereordnungen - total geschlossen worden.

Sie stellen einen arbiträren Schnitt durch traditionelle

kurdische (bäuerliche und viehzüchtende) Wirtschafts-
zusammenhänge dar (150). Nicht zuletzt sollte hier erwähnt
werden, daß auch in diesem Jahrhundert massive
Zwangsdeportationen von Kurden in Gegenden außerhalb von
Kurdistan vorgenommen wurden (151), und daß gerade in neuerer
und jüngster Zeit Bevölkerungsteile der staatstragenden und
staatsrepräsentierenden Araber und Türken in den kurdischen
Kernraum eingesiedelt wurden, einmal entlang der Staatsgrenzen
zwecks Bildung des sogenannten arabischen und türkischen
Gürtels, dann in die kurdischen Erdölgebiete (152).
Hinzukommt, daß verfolgte bzw. oppositionelle Gruppierungen
innerhalb der staatstragenden Völker sich nicht selten an die
Kurden, das viertgrößte Volk im Mittleren Osten (153), wenden,
wohl in der berechtigten Annahme, daß die Unterstützung des
"kurdischen Elementes" für ihre Sache nicht unbedeutend wäre
(154), Letztlich ist zu erinnern, daß das Maß an Aktualität
und die Verbreitung von Meinungen zum Thema "Wir" unter den
Kurden durchaus als variabel anzunehmen sind, daß Zeiten
relativen Gleichmaßes von Zeiten der Erregung abgelöst werden,
in denen das Thema "Wir" betreffende Fragen zum aktuellen und
weitverbreiteten "Thema des Tages" werden.

Daß die stetige Einbindung in fünf verschiedene Staaten den
Kurden nicht erwünscht gewesen ist, auf jeden Fall nicht in
der Form wie sie erfolgte, davon zeugen zahlreiche Appelle und
Eingaben von kurdischer Seite bei internationalen
Organisationen und staatlichen Autoritäten (vgl. Tab 3 im
Anhang III), davon zeugen die zahlreichen bewaffneten
Erhebungen (vgl. Tab 1 im Anhang III), davon zeugen die
unzähligen Proteste von einzelnen Personen und Organisationen,
die zum Teil in Archiven und Bibliotheken für die Nachwelt als
"Dokumente" gesammelt bzw. aufzufinden sind.
Da das Resultat dieser Bemühungen (wahrscheinlich aus einer
Vielzahl von Gründen) kein definitives gewesen ist, liegt der
Rückschluß nahe, daß auch das Selbstverständnis der Kurden von
Kontroversen nicht unberührt ist. Hier ist an den
vielzitierten Gedankengang von David HUME aus dem Jahre 1741
zu erinnern:

**"Nothing appears more surprising to those who consider human
affairs with a philosophical eye (155) than the easiness with which
the many are governed by the few; and the implicit submission, with
which men resign their own sentiments and passions to those of
their ruler. When we inquire by what means this wonder is
effected we shall find, that, as Force is always on the side
of the governed, the governors have nothing to support them
but opinion. It is, therefore, an opinion that government is
founded; and this maxime extends to the most despotic and most
military governments, as well as to the most free and most
popular" (156).**

Es besteht also Grund zur Annahme, daß das Thema "Wir" bei den Kurden zu manchen Zeiten, besonders in diesem Jahrhundert, aktuell, kontrovers und weit verbreitet war bzw. ist. Die Frage ist, wann das war, welche Kurden die Diskussion eingeleitet haben, welche Teile aktiv an der Diskussion teilgenommen, kurz: wie das Thema "Wir" zum Thema öffentlicher Meinung wurde und wie der Prozeß der öffentlichen Meinung anschließend verlaufen ist.

(B. I. Einführung)

c. Vorstellung von Hypothesen zum Selbstverständnis der Kurden

Auf den allgemeinsten Nenner gebracht läßt sich die Geschichte der Kurden folgendermaßen fassen: Sie reicht wahrscheinlich Jahrtausende zurück, dokumentarisch zu belegen ist die Existenz der Kurden unter dem Namen "Kurden" fast zwei Jahrtausende (vgl. Anmerkung 141). Über diesen Zeitraum haben sich die Kurden in dem bunten Völkergemisch des Mittleren Ostens als unterscheidbare und unterschiedene Ethnie behaupten können, ein weitgehend zusammenhängendes Siedlungsgebiet bewahren und ihre Merkmale - ihre Sprache und Kultur - formen und entwickeln können. Gleichzeitig hat es in der Zeit keinen Zusammenschluß dieser Bestrebungen und keine politische Einigung aller Kurden gegeben - sei es als eine im Nebeneinander von Teilen konstituierte Einigung, sei es als eine Einigung durch die Herrschaft eines Teils über das Ganze.

In der Geschichte der Kurden ist eine durchaus vorhandene Eigenbestimmung erkennbar, gleichzeitig aber auch eine Bereitschaft, sich an dem entgegengebrachten Verhalten zu orientieren, der Fremdbestimmung weitgehend stattzugeben.

Dieses - aus einer unvorstellbaren Vielfalt von Handlungen und kaum faßbar lange Zeiträume hinweg erwirkte - Paradoxon scheint auch im Selbstverständnis der Kurden eine Entsprechung zu haben. Wenn sich die Kontroverse im Selbstverständnis der Kurden auch nicht zwischen den Extremen "Wir sind Kurden" und "Wir sind keine Kurden" spannt, so doch zwischen dem "Wir sind Kurden" und "Wir sind Kurden, ABER...".

Als erste Hypothese zum Selbstverständnis der Kurden läßt sich die folgende aufstellen: Das Selbstverständnis der Kurden ist in allen seinen Aspekten von einer Spannung zwischen einer selbstzentrierten Interpretation und einer relativierend-dezentrierten Interpretation gekennzeichnet.

Eine zweite Hypothese bezieht sich auf die Entwicklung des Selbstverständnisses der Kurden in diesem Jahrhundert: Die selbst-zentrierte Komponente im Selbstverständnis der Kurden gewinnt im 20. Jahrhundert an Bedeutung.

(B. I. Einführung)

d. Zum herangezogenen Material und den wesentlichen Aspekten der Materialsammlung

Zunächst stelle ich im folgenden einige Texte und Quellen vor, auf die sich Teil B - inbegriffen diese Einführung - im wesentlichen stützt.

Was die Entwicklung der Kurden in der Geschichte bis Ende des 19. Jahrhunderts und kurdische Autoren angeht, ist an erster Stelle das von dem kurdischen Fürsten und Theologen Şeref ed-Dîn BIDLÎSÎ von 1588 bis 1596 (= 1005 h.) in persischer Sprache verfaßte "Scheref-Nameh" (Şarafnâme) zu erwähnen. Es gibt eine ausführliche Darstellung von der Geschichte der Kurden, von ihren im dunkeln liegenden Anfängen bis zum Ende des 16. Jahrhunderts. Daß der Verfasser gerade auch mythische Vorstellungen der Kurden, Volkserzählungen, Volkslieder und Sprichwörter in seine Darstellung eingebracht hat, erhöht die Bedeutung dieses Werkes, das im übrigen unsere einzige wesentliche Quelle zur Geschichte der Kurden im Mittelalter ist. "Scheref-Nameh" ist erst Anfang des 19. Jahrhunderts einer breiteren, gerade auch außerkurdischen Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden (157) und inzwischen in mehrere Sprachen übersetzt und mit erklärenden Kommentaren versehen worden (158). Der russische Philologe und Orientalist N.J. MARR meinte, daß die Kurden ein "von der Geschichte (bzw. Geschichtsschreibung) vergessenes Volk" seien. "Ein gründliches Studium des Scheref-Nameh wird die Lücke schließen helfen" (159). Mit BIDLÎSÎs "Scheref-Nameh" beginnt die systematische kurdische Geschichtsschreibung. Alle folgenden Studien bauen darauf auf, seien sie von kurdischer oder anderer Seite vorgenommen.

Im Jahre 1931 und 1937 veröffentlichte der kurdische Generalmajor (im osmanischen und irakischen Dienst) und Historiker Emîn ZÊKÎ (1880-1948) eine übersichtliche Gesamtdarstellung: "Xolaseyekî te'rîxî Kurd û Kurdistan" (Resumé der Geschichte der Kurden und Kurdistans), 2 Bände, die sowohl auf westlichen als auch orientalischen Quellen basiert. Sein um 1945 in Bagdad erstmals veröffentlichtes kurdisches "Who is Who", "Nawdaranî Kurd" (berühmte Kurden) umfaßt ebenfalls einen weiten Zeitraum. Es beginnt nach

der islamischen Invasion um 640 n.Chr. und gibt einige ausführliche Biographien mit mancher Erläuterung zum geschichtlichen Hintergrund.

Eine weitere Gesamtdarstellung kurdischer Geschichte ist von dem berühmten islamischen Scholastiker Ayetulla Mihemed MERDOXÎ KURDISTANÎ (gest. 11.10.1975) verfaßt worden. Dieser zweibändige Überblick über die kurdische Geschichte von den frühesten Zeiten bis Mitte 1950 mit dem Titel "Kitab-e Ta'rix-e Mardux" (pers., MERDOXs Geschichtswerk) stützt sich auf orientalische Quellen und Befragung von Alteingesessenen. Nach der persischsprachigen Veröffentlichung etwa 1955 (o.J.), erschien eine kurdischsprachige Ausgabe "Mêjûy Kurd û Kurdistan" (Geschichte der Kurden und Kurdistan) im Jahre 1958.

Umfangreiche - sowohl vom Aufwand als auch vom erfaßten Zeitraum her - Teilstudien zur kurdischen Geschichte hat der kurd. Historiker und Publizist Huznî MUKRIYANÎ (1886-1947) vorgenommen. Zu Lebzeiten veröffentlichte er 15 Abhandlungen, 27 von ihm hinterlassene Manuskripte sind noch zu edieren (160). MUKRIYANÎ hat für seine Arbeiten eine Vielzahl von orientalischen Quellen herangezogen und miteinander verglichen. Außerdem hat er einen Teil seines Materials, wo möglich, durch Direktbefragung der kurdischen Bevölkerung, ihrer Ältesten und hinsichtlich der Überlieferung Bestinformierten, selbst erhoben. Emîn ZEKÎ, Zeitgenosse von MUKRIYANÎ, urteilt über ihn und sein Werk folgendermaßen: "Dieser strebsame Gelehrte hat - neben der Herausgabe der Zeitschrift Zarî Kirmancî - unter verschiedenen Titeln zahlreiche wertvolle und sonst unbekannt gebliebene Themen zur Geschichte der Kurden (behandelt und) veröffentlicht" (ZEKÎ(1931) 1961²; 1:318). Besonders erwähnt werden sollte MUKRIYANÎs "Mêjûy Dewrî Emaret le Kurdistan" (die Geschichte der Zeit der Fürstentümer in Kurdistan), Aleppo / o.J., da es sonst - neben dem erwähnten "Scheref-Nameh" von BIDLISÎ - keine solche detaillierte Studie über den Zeitraum 640-1300 n.Chr. gibt. Eine weitere Vertiefung zu den erwähnten Gesamtdarstellungen stellt seine "Mêjûy Mîranî Soran" (die Geschichte der Soran-Fürsten) dar. Eine Einzelstudie über den Soran-Fürsten Mîrî Kore (gest. 1836) führte Jemal NEBEZ (1970) durch.

Über das Baban-Fürstentum gibt es ebenfalls eine detaillierte Veröffentlichung (1951), und zwar von dem bereits erwähnten Emin ZEKI, im Rahmen des Buches "Te'rîxî Sileymanîw Wilatî" (die Geschichte von Sileymanî und seiner Umgebung) (1951). In praktisch allen bereits vorgestellten Arbeiten gibt es eine Reihe von Hinweisen und längere Textstellen zur Sozialorganisation der Kurden und zur Struktur der kurdischen Gesellschaft zwischen dem 7. und 19. Jahrhundert. Überaus reich in dieser Hinsicht ist jedoch das kurdischsprachige Werk des kurdischen Theologen Mela Mehmûd BAYEZÎDÎ (geb. um 1797): "'Adat û Rusûmat-Namey Tewayifî Akradiyye" (die Gewohnheiten und Sitten der kurdischen Stämme). Aus dem Nachlaß des Orientalisten A. JABA (1801-1894), russischer Konsul in Erzerum von 1855 bis 1860, gelangte BAYEZÎDÎs Manuskript in die Leningrader Staatsbibliothek. Im Jahre 1963 ist es - in Moskau von der Kurdologin M. RUDENKO (gest. 1976) ins Russische übersetzt, kommentiert und mit einem Vorwort versehen - veröffentlicht worden.

Über die eben erwähnten kurdischen Arbeiten zur kurdischen Geschichte hinaus, sind folgende Arbeiten besonders zu erwähnen.

In der "Enzyklopädie des Islam. Geographisches, ethnographisches und biographisches Wörterbuch der Muhammedanischen Völker" (EI), die in 4 Bänden von 1913 bis 1936 erschien, sind mehrere die Kurden und ihre Geschichte, ihre Kultur und Sozialorganisation betreffende Artikel enthalten (161). Von besonderer Bedeutung ist darunter der Artikel von Vladimir MINORSKY (1877-1966) mit dem Titel "Kurden - Kurdistan", der 1923 geschrieben wurde und von dem Wolfgang LENZ im Jahre 1960 noch sagte: "Die knappste und zuverlässigste Einführung in die vielfältigen Probleme, die uns die zahlreichen Stämme dieses Volkes aufgeben, ist noch immer Vladimir MINORSKYs Beitrag „Kurden“ in der „EI“ (162). Die von MINORSKY hier angewandte - und vielgelobte - Methode hat sich als richtungsweisend auch für von Kurden vorgenommene Arbeiten gezeigt. Emîn ZEKÎ sagt (1931) im ersten Band seiner "Xolaseyekî Te'rîxî Kurd û Kurdistan", daß er seine Darstellung "im Lichte und nach der Methode des Artikels von MINORSKY in der "EI" erarbeitet hätte (163).

Zur grundlegenden Literatur über die in dieser Untersuchung angesprochene Grundgesamtheit zählt auch Basile NIKITINEs "Les Kurdes - Étude sociologique et historique" (1956). NIKITINE war von 1915 bis 1918 russischer Konsul in Urmia und knüpfte während dieser Zeit und während seines kurdischen Sprachstudiums Kontakte zu kurdischen Gelehrten. In seiner Studie geht er auf verschiedene Aspekte ein: Geschichte und neuere Entwicklungen, Volkscharakter, Lebensweise, Stammes- und Sozialstruktur, Geistesleben. Er stützt sich dabei auf eine umfangreiche Literatur, sowohl aus dem Orient als auch aus dem Okzident. Außerdem führt er Ergebnisse eigener Untersuchungen an, die er mit Kurden zusammen unternahm.

Von dem armenischen Wissenschaftler und Politiker A. SAFRASTIAN erschien (1948) "Kords and Kurdistan", ein konzentriert geschriebener Überblick über die kurdische Geschichte und ihre Problematik. Dieses Buch ist insofern interessant, als es auch der Sicht eines unterdrückten und verfolgten "Brudervolkes" geschrieben ist, mit Argumenten und Materialien, die bei anderen Autoren nicht zu finden sind.

N.A. XALFINs Studie in russischer Sprache "Borba za Kurdistan" (Kampf um Kurdistan) (1963) ist insofern ein unersetzlicher Beitrag, als ihm alle Materialien des russischen Staatsarchivs aus dem 18. und 19. Jahrhundert zugänglich waren und er so die Hintergründe und Zusammenhänge der militärischen und politischen Kämpfe um Kurdistan dokumentarisch darstellen konnte. Eine arabische Übersetzung des Buches ist 1970 und eine kurdische Übersetzung 1971 veröffentlicht worden. Auch M.C. LAZAREV hat für seine 1972 in russischer Sprache erschienene bedeutende Studie "Kurdiskij Vopros - 1891-1917" (die kurdische Frage 1891-1917) die Materialien des russisch-sowjetischen Staatsarchivs heranziehen können.

Was die Entwicklung in diesem Jahrhundert und kurdische Autoren betrifft, sind insbesondere drei Arbeiten zu erwähnen. Einmal die Arbeit von 'Ebdul-Rehman QASIMLÛ (GHASSEMLÛ) "Kurdistan and the Kurds" (1965), eine Dissertation, die erst in Tschechisch, dann in Polnisch, Englisch, Arabisch und Kurdisch veröffentlicht wurde und die ökonomischen Aspekte besonders berücksichtigt. Bei der

von Jemal NEBEZ (1972) in deutscher Sprache verfaßten Arbeit "Kurdistan und seine Revolution" liegt der Schwerpunkt der historischen und politologischen Analyse auf der Entwicklung im 20. Jahrhundert, wiewohl sie einen Überblick über die gesamte kurdische Geschichte enthält und eine kritische Einschätzung dazu gibt. Der Verfasser benutzt eine Fülle von orientalischen und europäischen Quellen, gerade auch Pressezitate, und kennzeichnet seine persönlichen Ansichten deutlich als solche. - In französischer Sprache erschien 1970 eine Teilstudie (1961-1969) über die kurdische Revolution im Irak, wie der Titel "Le Kurdistan Irakien Entite Nationale" aussagt. Diese Darstellung von Ismet Cherif VANLY ergänzt in ihrer detaillierten Form in manchen Teilen die auch zeitlich weiter gefaßte Arbeit von NEBEZ. Zu bemerken ist, daß Ismet Cherif VANLY kaum kurdischsprachige Quellen und Texte für seine Studie heranzieht (164).

Neben diesen Arbeiten von kurdischen Autoren sind folgende, speziell das 20. Jahrhundert betreffende Arbeiten erwähnenswert. Die beiden kleineren Monographien "Le Probleme Kurde" (Joyce BLAU, 1963) und "Kurdistan and the Kurds" (Deck KINNAHE, 1964 bzw. 1970) sind insofern von besonderer Bedeutung, als beide Verfasser intensiven Kontakt mit kurdischen Gelehrten hatten und Informationen anführen, die sonst nirgends zu finden sind (165). Auch die Monographie "The Kurdish Republic of 1946" von William EAGLETON Jr. (1963) ist insofern bemerkenswert, als mit dem Sturz der Mehabad-Republik alle schriftlichen Dokumente über diesen Abschnitt in der kurdischen Geschichte zerstört wurden und EAGLETON einen Großteil seiner Informationen von ehemals Beteiligten einholen konnte. Zu erwähnen wäre, daß W. EAGLETON während seiner Untersuchung und zumindest bis zur Publikation in den "United States Foreign Service" eingegliedert war, wie er daselbst im Vorwort S. VII schreibt. - Eine ähnlich institutionell abgestützte Forschungsarbeit scheint Walter Z. LACQUEUR durchgeführt zu haben. In seinem Buch "Communism and Nationalism in the Middle East" ist ein Kapitel über die Kurden und ihre Organisationen und Parteien in diesem Jahrhundert enthalten. Diese Kurzdarstellung ist - trotz Fehlern und Lücken - als erste Gesamtschau entsprechend wertvoll und zu würdigen. - Die vom Umfang her eher kleine Arbeit von Lucien RAMBOUT (1947) "Les Kurdes et le Droit" bringt - wie im Untertitel zu Recht angekündigt - "des Textes, des Faits" bzw. Texte und

Tatsachen, die sonst nirgends in dieser Form zu finden sind, insbesondere was die Entwicklung zwischen 1918 und 1945 und auf den Völkerbund bezogene Dokumente angeht (166). Ergänzungen in Hinblick auf die Geschichte der Mehabad-Republik bietet Hassan ARFA in seinem Buch "The Kurds, a historical and political study" (1966). Besonders seine Darstellung der militärischen Aspekte ist interessant, da er selbst von 1944 bis 1946 Stabschef in der iranischen Armee war. Als Azerbaidshaner hatte er auch Zugang zu wichtigen Dokumenten in jener Zeit. Zwar gibt es in fast allen der genannten Quellen teils ausführliche Hinweise zur Sozialorganisation der Kurden im 20. Jahrhundert, doch sich auf diesen Aspekt konzentrierende Einzeldarstellungen gibt es kaum, jedenfalls nicht von kurdischen Autoren. Von den von Europäern durchgeführten ethnologischen Studien sind besonders zu erwähnen: für den Westen von Kurdistan: HÜTTEROTH (1961); für Mittel- und Süd-Kurdistan: BARTH (1953) und LEACH (1940); für Ost-Kurdistan RUDOLPH: (1967).

Was die kurdische Literatur angeht, so hat der kurdische Literaturwissenschaftler 'Ela-eddîn SECADÎ (1952) eine ausführliche und eindrucksvolle Gesamtschau veröffentlicht: "Mêjûy Edebî Kurdî" (Geschichte der kurdischen Literatur). Neben einem kritischen Leitfadens durch die kurdische Literatur sind in diesem Werk viele Beispiele und Analysen von Dichtungen, Erzählungen, Kurzgeschichten enthalten, samt biographischen Hinweisen zu den Autoren. Auch die mündlich überlieferte Literatur ist in dieser "Geschichte der kurdischen Literatur" berücksichtigt. Speziell auf die kurdische Kunstliteratur in diesem Jahrhundert bezogen ist der (1967) in russischer Sprache erschienene "Očerki Istorii Sovremennoj Kurdiskoj Literatury" (Abriß der Geschichte der kurdischen Gegenwartsliteratur) des kurdischen Literaturwissenschaftlers Marif XEZNEÐAR. - Eine 4-bändige Sammlung von Volkserzählungen, Märchen, Anekdoten usw. hat der erwähnte 'Ela-eddîn SECADÎ von 1957 bis 1969 herausgegeben: "Riştêy Mirwarî" (Perlenkette). Neben einer Reihe von kurdischen Epen, Volkserzählungen, Märchen usw., die der kurdische Dichter PÎREMÊRD (1867-1950) in Einzelpublikationen herausgab, ist die Sammlung der Hewler-Zweigstelle der kommunistischen irakischen Lehrgewerkschaft "Serincêk le Derwazey Folklorî Kurdewey" (ein Blick durch die Tür der kurdischen Folklore) (1962) besonders erwähnenswert. In deutscher Sprache veröffentlichte die National-Union kurdischer Studenten in Europa (1972) die Sammlung

"Kurdische Märchen und Volkserzählungen" von Jemal NEBEZ, von ihm mit zahlreichen Anmerkungen ausgestattet (1967). - Folgende von nichtkurdischer Seite zusammengestellte, edierte und teils kommentierte, teils auch übersetzte Sammlungen sind wegen des Gebietes, aus dem ihre Volksliteratur stammt und wegen ihres verschiedenartigen Materials besonders erwähnenswert: Nord-Kurdistan - MAKAS (1900) und (1926), LE COQ (1903), LESCOT (1940/1, 1943/11); Mittel-Kurdistan, MANN (1906-1909); Süd-Kurdistan, MANN (1906-1909). - Zwei Sprichwörter- und Redensarten-Sammlungen sind zu erwähnen, einmal die von dem kurdischen Literaten Sêx Miñemmedî XAL unter dem Titel "Pendî Peşînan" (die Weisheit der Vorfahren) (1957, 1972²) und dann die in deutscher Sprache (1970) erschienenen "Sprichwörter und Redensarten aus Kurdistan" von Jemal NEBEZ. Die Sprichwörtersammlung von PÎREMÊRD war mir nicht zugänglich, sie soll 1933 veröffentlicht worden sein. Ich habe dazu noch die Sammlung von LESCOT systematisch berücksichtigt, s.o. "Textes Kurdes" (1940/1).

Zum Thema Religion bei den Kurden gibt es in den erwähnten Arbeiten eine Kette von teils ausführlichen Hinweisen. Die wohl erste und mir zugängliche Gesamtschau ist in Jemal NEBEZs Habilitationsschrift "Die Mythologie der Kurden" enthalten. Diese in deutscher Sprache verfaßte Arbeit besteht aus zwei Teilen, einem allgemeinen "Einführungstext" und einem Lexikon der kurdischen mythischen Gestalten, einzelner Begriffe und Glaubensinhalte. Diese erste und zugleich profunde Gesamtschau ist mir eine unschätzbare Hilfe gewesen. Daß der Verfasser Helden und Inhalte kurdischer Sagen und Volkserzählungen mit in seine Darstellung aufgenommen hat, ist hier von zusätzlichem Wert gewesen. Zu erwähnen ist hier auch nochmals NIKITINES "Les Kurdes" (1956), in dem ein ganzes Kapitel der Religion bei den Kurden gewidmet ist. Was die pseudomuslimischen Sekten Kurdistans (EHL-Î HEQ, ŞEBEK, HEQQE, 'ELEWÎ bzw. kurdische QIZILBAŞ) angeht, hier ist die Arbeit von Klaus MÜLLER (1967) "Kulturhistorische Studien zur Genese pseudo-islamischer Sektengebilde in Vorderasien" in besonderem Maße relevant. Über die EHL-Î HEQ und ŞEBEK gibt es in der "EI" je einen Artikel von V. MINORSKY, wie auch einen von Th. MENZEL über die YEZÎDÎ. - Interessant ist, daß die YEZÎDÎ-Kurden und PSEUDO-MUSLIME sich mit Fragen zum Selbstverständnis der Kurden auseinandergesetzt haben, sie z.B. mythische Erklärungen

für ihre kurdische Herkunft suchen, sich bestimmte Eigenschaften zuschreiben usw. Von vorrangigem Interesse sind so die heiligen Schriften dieser Religionsgemeinschaften. Die beiden heiligen Bücher der YEZÎDÎ "Meshef Reş" (die schwarze Schrift) und "Kitêbî Celwe" (Buch der Offenbarung), sind einmal von dem Kurden Şakir FETAH im kurdischen Original - mit Kommentaren versehen - veröffentlicht worden, und zwar im Rahmen seiner Arbeit "Yezîdîyekan û Ayinî Yezîdî" (die YEZÎDÎ und die YEZÎDÎ-Religion). Weitaus früher, im Jahre 1913, hat der Orientalist Maximilian BITTNER die kurdischen Originale - mit einer deutschen Übersetzung und interpretierenden Kommentaren - veröffentlichen können, und zwar unter dem Titel: "Die Heiligen Bücher der Yaziden oder Teufelsanbeter". Für eine allgemeine Einschätzung der YEZÎDÎ-Religion haben mir die beiden kürzeren Arbeiten von GUERINOT (1908) und FURLANI (1937) sehr geholfen, dazu noch die ausführlichere Studie des ebenfalls italienischen Autors GIAMIL, der schon im Jahre 1900 bzw. davor die nationalen Elemente in der YEZÎDÎ-Religion erkannte und in seinem Buch "Monte Singar - Storia di un Popolo Ignoto" (Der Berg Sinğâr. Die Geschichte eines unbekanntes Volkes) erläuterte, Diese Einsicht von GIAMIL aus dem Jahre 1900 habe ich bei Şakir FETAH (1969) und NEBEZ (1972 u.a.) bestätigt gefunden. Eine Sammlung von kurdischsprachigen YEZÎDÎ-Gebeten "Nivêjîna Yezîdîyan" (die Gebete der Yezîdî) ist 1933 von der Hawar-Buchhandlung in Damaskus herausgegeben worden. - Auch von den EHL-Î HEQ Pseudomuslimen liegt das heilige Buch in veröffentlichter Form vor, 1966 herausgegeben von Mohammad MOKRI unter dem Titel "Shah-Nama-ye Haqiqat" (das Königsbuch der Wahrheit). Derselbe kurdische Wissenschaftler hat (1968) ein Traktat über die Rolle der Heiligtümer "das unsagbare Geheimnis" und "der schwarze Stein" im Rahmen der religiösen Vorstellungen der EHL-ÎHEQ veröffentlicht: "Le 'secret indicible' et la 'pierre noire' en Perse". Auch in dieser Arbeit sind einige wertvolle Informationen und Hinweise zu finden.

Aus den erwähnten Arbeiten und Quellen stellte ich den in der "Einführung" vorgetragenen Ausgangspunkt und Kern der Untersuchung zusammen, an manchen Stellen ergänzt durch weitere Literatur, meist Fachzeitschriftenartikel, die hier nicht im einzelnen erwähnt wurden, die aber in den

Anmerkungen und im Literaturverzeichnis aufgeführt sind. Darüber hinaus habe ich eine Vielzahl von einzelnen Dokumenten und Informationen gesammelt, seien es kurdische Presseorgane oder Informationen über kurdische Presseunternehmen, Publikationen kurdischer Organisationen und Parteien wie Broschüren, Flugblätter oder Informationen über diese Organisationen, Texte von in kurdischen Rundfunksendungen verwendetem Material oder Informationen über diese Rundfunkstationen, einzelne Romane, Gedichte oder Kurzerzählungen von kurdischen Schriftstellern usw.

In einem Stadium der Materialsammlung stellte sich die Entscheidung, auf welchen Gebieten "Vollständigkeit" anzustreben sei, auf welche Gebiete die Arbeit konzentriert werden sollte. Die Wahl fiel auf das kurdische Pressewesen und die kurdischen Organisationen und Parteien. Für beide Aspekte des kurdischen gesellschaftlichen Lebens konnte eine weitgehende Gesamtbestandsaufnahme erzielt werden, die - in chronologischer Zeitfolge - im wesentlichen in den Tabellen 2 a und b und 4 a und b vorgestellt ist. Tabelle 1 "Aufstände und Erhebungen" basiert dagegen hauptsächlich auf der erwähnten Literatur entnommenen Angaben bzw. kritischer Einschätzung derselben. Auch hier scheint die in chronologischer Zeitfolge dargestellte Bestandsaufnahme recht vollständig zu sein. Mit Sicherheit wesentlich unvollständig ist hingegen die Sammlung der ebenfalls in chronologischer Zeitfolge vorgestellten "Eingaben und Appelle" - Tabelle 3.

Zu diesen vier Aspekten des gesellschaftlichen Lebens der Kurden (Pressewesen, Organisationen, Aufstände, Appelle) wurde die Sammlung von Dokumenten und Informationen intensiv und systematisch durchgeführt, geleitet von den drei Fragen: Woher kommen Wir? bzw. Wer sind Wir?, Wie sind Wir? bzw. Welche Eigenschaften haben Wir? Was wollen Wir? Da ich bei diesem Teil meiner Materialsammlung vergleichsweise viel Material zum Bereich der antizipierten Zukunft (Was wollen Wir?) erhalten konnte, sehr wenig hingegen zum Herkunftsbereich und zum Merkmalsbereich, entschloß ich mich, zumindest den Herkunftsbereich intensiver zu erfassen und nahm eine Nachlese aus dem gesamten bearbeiteten Gebiet von Aussagen zur Frage "Woher kommen Wir?" vor. Die Materialien zu dieser Frage stammen zum großen Teil aus der Zeit vor Ende des 19. Jahrhunderts

und sind zum einen Teil eng mit dem religiösen Aspekt verbunden. Hier bin ich bei der Materialsammlung systematisch vorgegangen, wobei ich mich an die existierende Literatur über die bekannten kurdischen Religionsgemeinschaften hielt bzw. ihre Texte heranzog.

Wenn einmal eine systematische Materialsammlung zum Merkmalsbereich angelegt werden sollte, was mir nicht möglich gewesen ist, so ist vorrangig das gesamte Gebiet der kurdischen Kunstliteratur und Folklore angesprochen. Ich habe natürlich so manche Aussage von kurdischen Literaten und Dichtern, so manches Bild aus Volkserzählungen, Märchen, Sprichwörtern gesammelt und mit Blick auf die vorgetragenen Hypothesen zum Selbstverständnis der Kurden einzuordnen versucht, doch mehr als einen illustrativen Wert können diese Beispiele nicht haben.

Abschließend sei zur Materialsammlung noch bemerkt, daß nur über einzelne Personen hinausgehende Aussagen als möglicher Indikator für das Selbstverständnis der Kurden erwogen wurden. Dabei hatten Aussagen den Vorrang, die in diesem Zusammenhang möglichst umfassend verankert sind bzw. von denen das angenommen werden kann.

(B. I. Einführung)

e. Zum Fortgang der Untersuchung

Nachdem im Vorhergehenden der Ausgangspunkt und Kern der Untersuchung und die angelegte Materialsammlung in ihren wesentlichen Aspekten vorgestellt wurden, gilt es nun anschließend (in B II), die aufgestellte Hypothese zum Selbstverständnis der Kurden in einen ausführlichen Begründungszusammenhang zu stellen, gilt es zu prüfen, ob diese Hypothese eine vertretbare Grundlage für eine intensive Untersuchung zum Selbstverständnis der Kurden in diesem Jahrhundert, gar zum Prozeß der öffentlichen Meinung zum Thema "Wir" unter den Kurden, abgeben kann. Diesen Begründungszusammenhang werde ich aus "Materialien zum Selbstverständnis der Kurden aus der Vergangenheit bis Ende des 19. Jahrhunderts" zusammenstellen. Im besonderen Maße werde ich mich hier den in der Vergangenheit entwickelten Aussagen der Kurden zu ihrer Herkunft widmen und anhand dieser die angenommene Spannung aufzuzeigen versuchen.

Die Entwicklung des Selbstverständnisses der Kurden in diesem Jahrhundert (1900-1975) wird dann in Teil B III und IV in chronologischer Abfolge analysiert und entsprechend der angelegten Materialsammlung im besonderen Maße auf die Frage "Was wollen Wir?" konzentriert sein. Da die angenommene Spannung im Selbstverständnis der Kurden insbesondere in Bezug auf den Bereich des gemeinsamen Handelns und der antizipierten Zukunft deutlich wird, ist hier die Möglichkeit, den Prozeß der öffentlichen Meinung unter den Kurden zum Thema "Wir" aufzuzeigen, wohl am ehesten gegeben. Zusätzlich soll ein chronologischer und kontinuierlicher Bezug zum Merkmals- und Herkunftsbereich hergestellt werden. - In dieser Einführung habe ich auf S. 106 und 110 schon den einmal Ende des 19. Jahrhunderts und dann Ende des II. Weltkrieges ansetzenden Strukturwandel der kurdischen Öffentlichkeit angesprochen. Die Einteilung des Zeitraums von 1900 bis 1975 in zwei Abschnitte (1900-1945, 1945-1975) ist in Hinblick darauf vorgenommen. Zusätzlich ergibt sich dadurch die Möglichkeit einer Modifizierung oder Ergänzung der Hypothesen für den zweiten Abschnitt dieses Teils der Untersuchung.

Nachdem ich in Teil B III und IV auf den Prozeß der öffentlichen Meinung unter den Kurden zum Thema "Wir" von 1900 bis 1975 eingegangen bin und den Bezug zu den vorgestellten Hypothesen hergestellt habe, gehe ich in Teil V der Frage nach, ob die Ereignisse um den Niedergang der bewaffneten kurdischen Bewegung im Irak im März 1975 etwa einen Wandel im Selbstverständnis der Kurden erkennen lassen bzw. ob sich in der öffentlichen Meinung zum Thema "Wir" unter den Kurden eine Hinwendung zu der selbstzentrierten Seite zeigt bzw. für die Zukunft anzunehmen ist.

Wie in der Vorbemerkung auf S. 86 bereits erwähnt, die im folgenden auf den jeweiligen Textseiten gegebenen Fußnoten beziehen sich auf Aspekte im äußeren Bedingungsrahmen (vgl. S. 82, 83), soweit sie einen erkennbaren, wenn auch gegebenenfalls indirekten Einfluß auf die Entwicklung innerhalb der ausgewählten Grundgesamtheit "die Kurden" haben. Es kann sich dabei um außerhalb der Grundgesamtheit verlaufende sozio-kulturelle und politische Entwicklungen handeln (auch Staatsverträge, Verteidigungsabkommen, Aspekte der Weltpolitik); soweit möglich, wird auf sie mit x verwiesen. - Fraglos ist das einem Volk oder einer anderen großen Gruppe entgegengebrachte Fremdverständnis nur unvollkommen von der Selbstverständnis-Dimension zu trennen. Tatsächlich ist eine feingewebte und kontinuierliche Interaktion und Kommunikation zwischen einer Gruppe und der/den Fremdgruppen und vice versa bei der Herausbildung von Selbst- und Fremdverständnis anzunehmen (168). Eine Untersuchung über das Verhältnis von und die Wechselwirkung zwischen dem Selbst- und dem Fremdverständnis zweier oder mehrerer Gruppen wäre sehr interessant; diese exemplarische Untersuchung hat jedoch das Selbstverständnis der Kurden als öffentliche Meinung zum Thema "Wir" im Zentrum der Betrachtung. Dimensionen des den Kurden entgegengebrachten Fremdverständnisses werden - im Rahmen dieser Untersuchung - zum "äußeren Bedingungsrahmen" gezählt. Auf sie wird, soweit möglich und ein Einfluß auf die Grundgesamtheit "die Kurden" erkennbar bzw. anzunehmen ist, außerhalb des Textes, in den mit + gekennzeichneten Fußnoten verwiesen.

B. II. Materialien zum Selbstverständnis der Kurden aus der Vergangenheit (bis Ende des 19. Jahrhunderts)

Zuerst seien die im Rahmen kurdischer Religionsgemeinschaften entwickelten Vorstellungen zur Herkunft und Urgeschichte der Kurden erwähnt, dann diesbezügliche Vorstellungen aus der kurdischen Volksliteratur, wobei insbesondere "selbstzentrierte" bzw. "relativierend dezentrierte" Momente aufgezeigt werden sollen. Zuletzt werden einige Aspekte aus dem politischen Verhalten der Grundgesamtheit "die Kurden" bis Ende des 19. Jahrhunderts vorgetragen, wiederum in Bezug auf ihre selbst- bzw. dezentrierten Komponenten. Wiewohl die hier vorzustellenden "Materialien zum Selbstverständnis der Kurden aus der Vergangenheit" vor Ende des 19. Jahrhunderts, zum Teil Jahrhunderte früher, datieren, ist ihre Überlieferung, ihre Präsenz in der heutigen Vorstellungswelt der Kurden zum Großteil - in dieser oder jener Form - gegeben, worauf im einzelnen hingewiesen werden soll.

Beginnen wir mit den religiösen Vorstellungen der YEZÎDÎ-Kurden. Sie glauben von einem Menschen namens "Yezdan" oder "Êzdan" abzustammen. Dieser war der Sohn von "Şehîd" - und Şehîd war allein aus dem Samen Adams hervorgebracht worden. Şehîd heiratete eine "Perî", eine Jungfrau aus dem Paradies, aus welcher Ehe Yezdan hervorging (169). Alle anderen Menschen sind - so der Glaube der YEZÎDÎ - aus einer normalen Ehe zwischen Adam und Eva in die Welt gekommen, also nach dem Sündenfall. Die Yezîdî glauben auch, daß Gott jedes Jahr, und zwar anläßlich ihrer Sersal-(Neujahrs)Feierlichkeiten, zu ihnen kommt und mit ihnen in kurdischer Sprache spricht. Dann gibt Er ihnen die "ganze Welt und alles was auf ihr ist" für das nächste Jahr in Pacht (170). überspitzend lassen sich diese Glaubensvorstellungen der YEZÎDÎ folgendermaßen zusammenfassen; Die YEZIDIS sind seit Urbeginn von Gott (Ezd) auserwählt, die kurdische Sprache ist die Sprache Gottes und die seiner Engel. Nach einer Volksetymologie der YEZÎDÎ bzw. ÊZDÎ (wie sie sich auch nennen) ist ihr Name Teilstück eines umfassenderen Ausdrucks, nämlich "Ez da xuda" (= mich schuf Gott) (171). - Daß der (muslimische) kurdische Dichter Esîrî KERKÛKÎ im Jahre 1927 in einem Gedicht meinte, daß "die Sprache der Kurden die Sprache Adams" sei und Adam wiederum „der Ur-Vater der Kurden" sei, mag als Hinweis dafür gelten,

daß die vorgestellten Glaubensvorstellungen der YEZÎDÎ bzw. Teil davon eine größere Verbreitung unter den Kurden erfahren haben (+), ESÎRÎ KERKÛKÎs Gedichte sind 1974 in Hewlêr im irakischen Kurdistan herausgegeben worden (172).

Die YEZÎDÎ behaupten, daß ihre heiligen Schriften "Meshef Reş" (= die schwarze bzw. heilige Schrift) und "Celwe" (= Offenbarung, Buch der Sonne) noch vor der Zeit von Muhammad, Christus und Moses entstanden seien (173). Von Außenstehenden dagegen wird als Entstehungszeit einmal das 11./12. Jahrhundert, dann das 17. und gar das 19. Jahrhundert genannt (174); wahrscheinlich entstanden sie im 14. Jahrhundert (175). - Die heutige Zahl der Anhänger dieser Geheimreligion wird auf etwa 250.000 geschätzt. Sie sind vorwiegend Bauern und leben zum größten Teil in abgeschiedenen ländlichen Enklaven im türkischen und irakischen, im syrischen und sowjetischen Kurdistan, ein kleiner Teil lebt in Aleppo, Tiflis und verstreut im Iran (176). Wie aus ihren hier vorgetragenen Glaubensvorstellungen schon ersichtlich ist, wird man als YEZÎDÎ geboren; nur in den seltensten Fällen "wird" jemand YEZÎDÎ - und dann durch Heirat, d.h. verbunden mit einer Einordnung in die hierokratische (kastenähnliche) Sozialorganisation dieser Religions- und Lebensgemeinschaft, was die Geläufigkeit der kurdischen Sprache voraussetzt und in Einklang steht mit der offensichtlichen Selbstzentriertheit der YEZÎDÎ-Vorstellungen zu ihrer Herkunft und Urgeschichte.

Auch die EHL-Î HEQ-Kurden, Anhänger der zahlenmäßig größten pseudomuslimischen Religionsgemeinschaft in Kurdistan, beanspruchen für sich eine gewisse Auserwähltheit, zumindest was ihre Beziehungen zum Schöpfer angeht. Diese "Leute der Wahrheit" oder "Leute Gottes" nehmen an, daß einzig und allein sie in der Welt das "unäußerbare Geheimnis Gottes" kennen. Widrigkeiten zum Trotz - der Prophet Muhammad hatte das Geheimnis seinerzeit von Gott erfahren, mußte es aber für sich behalten - erhielten sie

(+) Auch der Prophet der Bahā'is, Bahā'ullāh, meinte, daß die kurdische Sprache die "Sprache Adams" sei (vgl. BROWNE 1961: "6th Lesson" und GSTREIN 1974:73). Bahā'ullāh, ein Perser, lebte zwei Jahre (1854-1855) in Kurdistan.

das "unäußerbare Geheimnis" über ihren "Ersten Engel", Binyamîn, der mit Gott einen Vertrag hat und der Leiter aller "Gehilfen Gottes" ist. Er teilte ihnen das Geheimnis, das aus der Wahrheit über ihre Religion besteht, in kurdischer Sprache mit (177).

Die EHL-Î HEQ-Kurden, die im irakischen Kurdistan KAKYÎ genannt werden (178), leben im gesamten kurdischen Siedlungsgebiet verstreut und sollen heute 500.000 Personen zählen. Die EHL-Î HEQ sind - wie alle Pseudomuslime - grundsätzlich allen Geneigten offen, allerdings und gemäß ihrem esoterischen Charakter erst nach entsprechender Prüfung des Kandidaten. Traditionsgemäß rekrutieren sich die Pseudomuslime aus den Ärmsten unter den Kurden (179). Die Glaubensvorstellungen der EHL-Î HEQ sind in mehreren heiligen Schriften aufgezeichnet, u.a. im "Sâhnâme-ye Haqîqat" (pers., Königsbuch der Wahrheit) und im (in kurdischer Sprache verfaßten) „Defterî Pirdîwerî" (das Heft von Pirdîwer), das die Sprache Gottes bzw. "Sultans Sehaks" wiedergeben soll. Pirdîwer ist im übrigen der Name eines Ortes in Kurdistan, und zwar am Ufer des Flusses Sîrwan, wo der Gott der EHL-Î HEQ "Sultan Sehak" Audienz gehalten haben soll (180). Das erstgenannte „Şâhnâme-ye Haqîqat" ist von MOGRIM (1871-1920) - angeblich im Auftrag Gottes - niedergeschrieben worden. Die Gründung dieser Religionsgemeinschaft und damit die eigentliche Entstehung ihrer Glaubensvorstellungen datiert weit früher, angeblich im 14. Jahrhundert (181).

Die Glaubensvorstellungen der pseudomuslimischen Religionsgemeinschaften der Kurden sind noch wenig erforscht, nicht zuletzt aufgrund ihres esoterischen Charakters. Manche von ihnen sind älter als andere. Die 'ELEWÎ oder kurdischen QIZILBAŞ dürften am ältesten sein. Die ŞEBEK, die SARLÎ, die BACUWAN sind möglicherweise im 16. Jh. und die HEQQE womöglich erst im 19. Jh. entstanden. In neuerer Zeit ist eine größere Bereitschaft seitens der Anhänger dieser Religionsgemeinschaften zu verzeichnen, ihre Glaubensinhalte anderen, auch muslimischen Kurden anzuvertrauen, was als Ausdruck eines gestärkten Nationalbewußtseins interpretiert werden könnte. Zwischen allen kurdischen Pseudomuslimen, heute insgesamt vielleicht 2 Millionen, zeichnet sich eine grundsätzliche Übereinstimmung ab: der Versuch, der islamischen Religion eine auf sie selbst zugeschnittene Interpretation zu geben, sie in eigene - speziell mystische - Traditionen einzubetten. Letztlich könnte dies als Bereitschaft zu einer Islamisierung aufgefasst werden, die auf eine zwar

relativ eigenständige, aber akzeptierbare und akzeptierte Weise in den Islam-dominierten mittelöstlichen Raum integriert ist.

Bekanntlicherweise ist dieser (weder selbstzentrierte noch dezentrierte, sondern ausgewogene) "große Wurf" nicht gelungen, wie auch der ausschließlich selbstzentrierte Versuch - nämlich der einer ganz eigenen, vom Islam und vom Christentum sich abhebenden Religion - der YEZÎDÎ-Religion - über einen Kern der Verbreitung nicht hinausgefunden hat. Die als "dezentriert" einzuschätzende Übernahme des Islam von der Mehrzahl der Kurden - zwar nach Jahrhunderten des Widerstands (182) - ist insofern als ebenfalls mißlungen anzusehen, als dieser Glaube den Kurden im eigentlichen Sinne fremd geblieben ist. Die Kirchensprache des Islam ist in Kurdistan nur bedingt das Kurdische gewesen. Nur ein sehr geringer Teil der islamischen Literatur ist ins Kurdische übersetzt worden, die theologische Diskussion fand in fremdsprachlichem Rahmen statt. Der höhere wie auch der niedere Klerus studierte in Arabisch, später auch in Persisch und Türkisch. Die kurdische Elite schrieb ihre islamisch-theologischen Werke auch in diesen Sprachen, sicherlich um sie ohne Verzug der relevanten Öffentlichkeit zugänglich zu machen - und das war eben nicht die Grundgesamtheit "die Kurden", und so wurde auch nicht ihr Medium - die kurdische Sprache - herangezogen.

Wie die Kurden nur unvollständig islamisiert worden sind bzw. sich den Islam nur unvollständig zu eigen gemacht haben, haben sie im Rahmen dieses Glaubenssystems auch keine eigenentwickelten Vorstellungen zu ihrer Herkunft und Urgeschichte vorzuweisen. Doch gibt es durchaus Aussagen von einzelnen Kurden muslimischen Glaubensbekenntnisses zu dieser Frage, z.B. die "selbstzentriert" einzuschätzende Aussage des Dichters KOYÎ (1817-1894), der in einem seiner Gedichte meint, daß "alle Völker der Erde von den Kurden abstammen" und in diesem Zusammenhang auf die Sintflut und das Auflaufen der Arche Noah auf den Berg Cûdî in Kurdistan anspielt (183). Auch scheint ein Teil der von den Pseudomuslimen vertretenen Glaubensinhalte, nämlich daß Gott (Allah) und seine Gehilfen Kurdisch sprechen sollen, nunmehr von einem Großteil der Kurden geteilt zu werden. Die entsprechenden Koran-Interpretationen kurdischer Theologen stehen zwar noch aus, aber in die kurdische Literatur sind diese Vorstellungen eingetreten. Ein weiteres Beispiel geben die folgenden

Zeilen aus einem in den vierziger Jahren verfaßten Gedicht des unter den Kurden berühmten zeitgenössischen Dichters HEJAR ab: "Ich lebe als Kurde, und als Kurde geh ich aus dem Leben, im Grabe will ich die Antwort auf Kurdisch geben" (184). Bei "der Antwort" handelt es sich um die nach islamischem Glauben in arabischer Sprache gestellte Frage zweier Engel betreffs der Glaubenszugehörigkeit des Verstorbenen. Ein Gedicht mit ähnlicher Aussage verfaßte der ebenfalls unter den Kurden populäre Dichter und Publizist PÎREMÊRD (1867-1950) (185).

Das den YEZÎDÎ- und EHL-Î HEQ-Kurden gemeinsame Bestreben und die in ihrem Glauben verankerte Sicherheit einer von Gott gesegneten Existenz und Werdung wurde zumindest in der Vergangenheit von einem Großteil der muslimischen Kurden geteilt, wenn auch auf ganz andere Art, nämlich durch die Vorstellung einer herkunftsmäßigen Verbindung mit dem auserwählten Volk Allahs, den Arabern. Entsprechend ihrer Stellung in der kurdischen Gesellschaft betrachteten sich die Stammesführer und Aristokraten vornehmlich als aus dem höchstgeschätzten arabischen Geschlecht stammend, dem Geschlecht von Muhammed persönlich, den Seyyid⁺.

Ein Beispiel eines Kurden, der sich herkunftsmäßig als Araber einstufte^x - dabei gleichzeitig (und ohne die Inkonsistenz zu reflektieren) als "Kurde" - ist der seinerzeit sozialwissenschaftlich interessierte BAYEZÎDÎ (geb. um 1797), Verfasser des erwähnten "(Adat û Rusûmat-namey Tewayifî Akradiyye" (= Gewohnheiten und Sitten der kurdischen Volksstämme) (186).

Darüberhinaus gab und gibt es unter den kurdischen Stämmen und Aristokratenfamilien muslimischen Glaubens die Tradition, sich

+ Nach einer Legende, deren wohl älteste Version aus dem 16. Jahrhundert und aus der Feder eines türkisch-osmanischen Mufti stammt, soll der Prophet allerdings eine denkbar schlechte Meinung von den Kurden gehabt haben. Beim reinen Anblick eines solchen soll er - so die Legende - spontan zu Allah gebetet haben, "die Einigung der Kurden nicht zuzulassen; denn eine solche Einigung würde die Zerstörung der Welt bedeuten" (vgl. NEBEZ 1972a: 221).

x In der muslimischen Welt eine herkunftsmäßige Affinität mit dem auserwählten Volk Allahs zu haben, gar mit dem Prophetengeschlecht, garantiert ein gewisses Maß an Prestige, das unter den nicht-arabischen Muslimen nicht nur Kurden, früher auch z.B. Türken und Perser für sich in Anspruch nahmen (vgl. ARFA 1966 und CHRISTHOFF 1935: 50).

weit in die Vergangenheit reichende mythisierte Genealogien zuzuschreiben, was als selbst-zentriertes Moment interpretiert werden kann. Als James C. RICH Anfang des 19. Jahrhunderts u.a. Kurdistan bereiste, konnte er außerordentlich guten Kontakt zum letzten Saban-Fürsten Emîr 'Ebdulrehman Paşay BABAN herstellen und seinem 1836 und 1837 veröffentlichten Reisebericht die von ihm in Erfahrung gebrachten Einzelheiten über den mythisierten Urahn der Baban "Feqê Eñmed" (Feqê = Student der islamischen Theologie) berichten. Nach einer Heldentat, den Sieg über einen außerordentlichen Franken-Helden im Dienste des türkischen Sultans, soll ihm jener die Erfüllung "aller seiner Wünsche" angeboten haben. Aus Unwissenheit oder Bescheidenheit soll Feqê Eñmed nur das Dorf "Dareşumane" verlangt haben. Hätte er das ganze Kurdistan verlangt, hätte er es auch bekommen, wußten die Babanî-Chroniker zu berichten (187).

Ein Beispiel für eine mythisierte Stammesgenealogie ist die des Hemewend-Stammes. Hier soll der Schöpfer die Stammeswerdung und Existenz indirekt bewirkt und abgesegnet haben. Der Urahn der Hemewend träumte einst, einen ganzen Berg aus sich selbst heraus niedergebrannt zu haben. Darauf ging er zwecks Traumdeutung zu einem muslimischen Theologen. Sein Urteil lautete: Heirate und gründe einen Stamm, er wird einer der hervorragendsten sein! Und so tat er es denn auch (188).

Derartige - mehr lokal bedeutsame - mythisierte Genealogien werden im übrigen auch in diesem Jahrhundert noch verfaßt, nunmehr unter Hinzuziehung neuer Argumente. In der Chronik der Feizollabegî aus dem iranischen Kurdistan, die RUDOLPH während seiner Feldforschungen 1964/5 ausfindig machte, ein in persischer Sprache im Jahre 1955 niedergeschriebenes Manuskript, fehlt zwar nicht die vage urgeschichtliche Verbindung zu den Arabern, dem Volk des Propheten, doch wird die Chronik mit folgender Feststellung "total" eingeleitet: "Der Stamm Feizollabegî ist einer der echtsten und ältesten Stämme der kurdischen Rasse, und die Kurden sind eine der reinsten der arischen Rassen" (189). Es spricht einiges dafür, die in diesem Satz angezeigte Überheblichkeit, wie die gesamte Tradition der mythisierten Stammes- und Aristokratenfamilien-Genealogien, als Ausdruck einer empfundenen Existenzbedrohung der (kollektiven) Verfasser zu bewerten, deren Funktion

die Hebung des Selbstwertes sein dürfte (190), - Wie immer beliebt unter den Kurden das Erfinden, Überliefern und Neu- bzw. Ausgestalten von Stammesgenealogien gewesen sein mag, eine "Unsitte" ist es im übrigen aus der Sicht derjenigen, die diese verwirrende und in ständiger Bewegung befindliche Vielfalt in einen systematischen Zusammenhang zu bringen trachten (191).

Neben und zusammen mit der volksliterarischen Ausschmückung von Eponymen bestand und besteht unter den Kurden die Vorliebe für volksetymologische Deutungen von Orts-, Personen- und Stammesbezeichnungen. Das Wort Kurd (kurdisch, Kurde) wird auch unter Kurden volksetymologisch mit dem Wort gurd (tapfer) in Zusammenhang gebracht. "Tapferkeit" - in Affinität mit "Kampfesgeist" bzw. "Kampfesmut", aber auch mit "Ausdauer" und "Standhaftigkeit" - ist eine im Großteil der kurdischen Volksliteratur thematisierte Eigenschaft, und zwar sowohl was die mehr lokal bedeutsamen Helden wie z.B. den erwähnten Feqê Ehmed, als auch was die ganz großen Helden wie Rostem (192), Kurd Huseyn bzw. Huseynî Kurd usw. angeht.

"Tapferkeit" und "Mut" sind auch in zahlreichen kurdischen Sprichwörtern und Redensarten angesprochen, so z.B. in folgenden: Die Welt ist Besitz des Tapferen; Im Hause des Tapferen fließt eine Goldquelle; Die (Über)Zahl hebt die Tapferkeit auf; Der Tapfere stirbt nur einmal, der Feigling tausendmal (193). - Nicht zuletzt der kurdische Fürst und Geschichtsschreiber Seref ed-dîn BÎDLÎSÎ (1596) sah in dieser zweifelsohne hochgeschätzten Eigenschaft ein tatsächliches Attribut der Kurden: "Es scheint, daß das Wort Kurde nur ein Ausdruck der Eigenschaft der Tapferkeit ist, da die meisten der Tapferen der Geschichte und berühmten Helden von diesem Volk stammten".⁺(194)

Auch in Zusammenhang mit einer generell und ausgiebig unter den Kurden bekannten Volkserzählung zum Thema ihrer Herkunft und Ur-Geschichte tritt einer dieser "Tapfersten der Geschichte" und "berühmtesten Helden dieses Volkes" in Erscheinung - - Kawey Asinger (Kawe, der Schmied) (195): Ein Gewaltherrscher Zuhak oder Ejdehak (Drache) verlangte einst, täglich zwei Menschengehirne zu speisen. Von seinen

+ U.a. der persische Dichter FIRDOSI (etwa 930-1020 n.Chr.) sprach von der außerordentlichen Tapferkeit der Kurden; in unserer Zeit u.a. der arabische Politologe Mahmud al-DURRAH in seinem "al-Qadiyyah al-kurdiyyah" (die kurdische Frage), Beirut 1966.

Bediensteten (den beiden Köchen Armayil und Armank bzw. K/Garmayil und K/Garmank) wurde ihm aber nur eines serviert und dem vorgesehenen zweiten Opfer heimlich die Freiheit geschenkt. Die täglich vor dem Schlachten Geretteten flohen in die Berge - und das sind die Vorfahren der Kurden. - Als die Söhne bzw. ein Sohn des "Kawey Asinger" dem Drachen geopfert werden sollte, ergriff der Schmied seinen Schmiedehammer, und begleitet von einer Menschenmenge und den zuvor Geretteten, ging er zu Ejdehak und erschlug ihn. Nach Ejdehak herrschte ein gerechter kurdischer Herrscher Fireydu⁺.

Eine zweite Volkserzählung zum Thema der Herkunft der Kurden enthält allerdings keine mit dem Attribut "tapfer" auszuzeichnende Heldenfigur:

Êzretî Sileyman bzw. "Salomon", ein mythischer Herrscher über Geister, Menschen und Tiere, schickte einmal eine Zahl von Geistern nach Ferengistan (wörtl. = Frankenland; Europa, Abendland), um eine Zahl von hübschen Jungfrauen für seine Diener zu holen. Auf dem Rückweg hörten die Geister vom Tod Salomons. Sie heirateten die Mädchen selbst - und so kamen die (manchmal wegen ihres abendländischen Erbteils blauäugigen und blonden) Kurden in die Welt (196). Als Şeref ed-dîn BÎDLÎSÎ im frühesten kurdischen Geschichtswerk (1596), das überliefert ist, die Frage der Herkunft der Kurden anschnitt, erwähnte auch er die Vorstellung der Geister-Abstammung der Kurden, indem er die Meinung „einiger Gelehrter“ anführte, nach denen die Kurden eine „Gruppe von Geistern“ seien, „denen Gott den sie verhüllenden Schleier weggenommen“ habe. - Nach der Erzählung einer Reihe früher Geschichtsschreiber⁺⁺ hat

+ Diese Geschichte ist im "Şāhnāme" des FIRDOSÎ (etwa 930-1020 n.Chr.) enthalten (FIRDOSÎ 1877:34-64). - Nach OURANG 1967: 26-27 ist sie auch bei den arabischen Geschichtsschreibern Ibn QUTAIBAH (ca. 828-889 n.Chr.) und al MAS'UDÎ (starb 956/7 n.Chr.) überliefert, allerdings ohne das im Text in Klammern gesetzte Detail über die beiden Köche.

++ Der arabische Geschichtsschreiber al-MAS'UDÎ erwähnt - neben der Ejdehak-Geschichte - die Vorstellung, daß die Kurden "aus der Unzucht zwischen dem Dienstmädchen Salomons und dem Teufel entstanden" seien. OURANG, a.a.O., S. 68-69, gibt zu dieser Fremdvorstellung über die Herkunft der Kurden einige Details: "Als Salomon die Macht verlor, konnte der Teufel zu dessen Dienerinnen vordringen. Diejenigen, die fromm waren, suchten Zuflucht bei Allah, und sie wurden gerettet. Diejenigen, die nicht fromm waren, gaben ihren Körper dem Teufel hin und wurden von ihm schwarz gemacht. Als Gott Salomon die Macht zurückgab, sagte Salomon den Dienerinnen, die schwarz geworden waren und Kinder bekommen hatten: Schert Euch zu den Bergen und Tälern! So mußten die Dienerinnen und ihre Kinder in die Berge gehen. Nach und nach vermehrten sie sich und die Kurden sind daraus entstanden".

sich Dêw mit einem Menschen verheiratet und daraus ist das kurdische Volk entstanden". Er erwähnt nicht, welche Gelehrten und welche Geschichtsschreiber diese Vorstellung hegten und beendet diesen Abschnitt seiner Darstellung mit der Redewendung "Auf jeden Fall bleibt das Wissen bei Allah" (197).

Wiewohl "Geister" bzw. Dêws in der kurdischen Mythologie durchaus keine durchgängig negative Rolle spielen, in bestimmten Fällen sogar eine Erlöser-Rolle (198), und Hezretî Sileyman als kurdischer Prophet angesehen wird (199), schwingt eine pejorative Konnotation in dieser Version der Geister-Abstammung zweifelsohne mit, und man kann - wie NEBEZ argumentiert - ursprünglich arabische Vorstellungen in dieser Geschichte vermuten (200).

Vergleicht man die beiden Volkserzählungen mit Blick auf ihren konkreten Bedeutungsinhalt bezüglich der Herkunft der Kurden, so kann man nur feststellen, daß er extrem vage ist, was sicherlich ein inhärentes Merkmal derartigen Materials ist. Während in der Salomon-Version zumindest die "abendländischen Jungfrauen" als Ur-Mütter "spezifiziert" werden, fehlt ein derartiges Detail in der Ejdehak/Kawe-Version vollkommen. Auch die zahlreichen und variierenden Ausschmückungen der entsprechenden Volkserzählung, die hier ausgelassen sind, ändern an dem vorgestellten Kern der Aussage nichts. Schließlich bleibt unklar, wer Ejdehak/Kawe war.

Wie man die Überlieferungen wendet, letztlich bleibt die Feststellung "die Kurden sind Kurden" im Raum stehen, wie auch ein kurdisches Sprichwort feststellt: "Kurd her Kurde" (= der Kurde ist immer Kurde) (201). Zu ergänzen ist an dieser Stelle, daß nach einer kurdischen Volksetymologie das Wort Kirmanc, die populäre Selbstbezeichnung unter den Kurden, auf den Namen eines der beiden Köche, die die Hälfte der zum Tode Verurteilten befreiten, nämlich K/Garmank, zurückzuführen ist (202). Bei manchen pseudomuslimischen Religionsgemeinschaften Kurdistans, wie z.B. bei den EHL-Î HEQ bzw. KAKYÎ, werden Kawe und der anschließende gerechte Herrscher Fireydûn als Engel angesehen (203).

Es ist leicht, ein Urteil über die vergleichsweise Bedeutung dieser beiden Volkserzählungen in der Vorstellungswelt der Kurden zu geben. Die größere Bedeutung kommt zweifelsohne der Ejdehak/Kawe-Version zu, da diese Volkserzählung den Hintergrund für zwei kurdische Jahresfeste abgibt. Das eine ist das Cejnî Kurdî (Fest der Kurden) oder Cejnî Toledan (Fest der Rache), das der englische Reisende James MORIER schon um die 18./19. Jahrhundertwende unter ihnen beobachtete und das jährlich auf den 31. August fallen soll (204). Îhsan NÛRÎ, ein kurdischer Revolutionär und später gemäßigter Politiker (205), erwähnt in seiner Veröffentlichung aus dem Jahre 1955, daß dieses Fest unter dem Namen Cejnî Toledan noch "heute im türkischen Kurdistan" gefeiert werde (206). HAMADANI berichtete im Jahre 1931 von seiner Existenz im "Norden Irans" (207).

Weiterhin wird die mythische Befreiung von Ejdehak und insbesondere die Heldentat des Kawe im Rahmen des - allen Kurden gemeinsamen und bedeutenden - Newroz-Festes (208) gefeiert, ein kurdisches Fest, das u.a. in der romantischen Dichtung "Mem û Zîn" von Ehmedî XANÎ (1650-1706) bereits erwähnt wurde (209). Newroz (neuer Tag) fällt jeweils auf den 21. März und markiert den Jahresanfang im kurdischen Kalenderjahr (210). Freudenfeuer werden an diesem Tag angezündet, Geschenke und Glückwünsche ausgetauscht (211). Die wichtigen Daten in der kurdischen Zeitgeschichte konzentrieren sich im übrigen auch um den 21. März, was der Bedeutung dieses Festes und dem damit verbundenen Symbolgehalt Rechnung trägt. Schließlich ist in diesem Zusammenhang noch zu bemerken, daß die im irakischen Kurdistan lebenden EHL-Î HEQ bzw. KAKEYI gerne anläßlich des erwähnten Newroz-Festes eine Pilgerfahrt zu der im iranischen Kurdistan gelegenen "Dawud-Schlucht" bzw. "Dawud-Festung" unternehmen und daß Dawûd für sie ein kurdischer Prophet ist (212).

Neben Kawe, dem großen mythischen Helden der Kurden, der zumindest in diesem Jahrhundert Rostem und seinesgleichen in den Hintergrund zu drängen scheint (213), gibt es - abgesehen von Zarathustra - mindestens noch zwei kurdische Persönlichkeiten von welthistorischer Bedeutung, mit denen die Kurden sich generell gerne und wo immer möglich in Verbindung bringen, nämlich SALADIN (1138-1193), sowie dessen Vater Nûreddîn, und Kerîm Xanî ZEND, der von 1760-1769 regierender Schah des Islamischen Weltreiches war. Das Titelblatt der 1. Nummer von "Roj Kurd" vom 2.1.1913 zeigte z.B. eine Nachempfingung des Ebenbildes von SALADIN, die Nr. 2 derselben Zeitschrift das von Kerîm Xanî ZEND (214). In einer

Vielzahl von Dichtungen und Publikationen wurde und wird außerdem immer wieder auf diese "Helden" hingewiesen (215). Diese nicht ermüdende Begeisterung kann als selbstzentriertes Moment in der aktuellen Vorstellungswelt der Kurden gelten, insofern sie nunmehr unverdrossen solche berühmten Kurden für sich beanspruchen (216), sich aber - zusammen mit ihrem Gefolge - gänzlich außerhalb der Grundgesamtheit "die Kurden" und Kurdistans etabliert und damit ein "dezentriertes Verhalten" par excellence an den Tag gelegt hatten. Der darin liegende Widerspruch ist zumindest einem Teil der Kurden bekannt (217).

Soweit zu den in der Vergangenheit entwickelten und überlieferten Vorstellungen von Kurden zu ihrer Herkunft und Urgeschichte. Hinweise zu der in diesem Jahrhundert von Kurden weiterhin angenommenen herkunftsmäßigen Verbindung zu den Medern (218) sind mir im übrigen - was den Zeitraum vor Ende des 19. Jahrhunderts angeht - nicht bekannt geworden. Was das politische Verhalten der Kurden bzw. jeweils in Stammesverbänden organisierten Teilen von ihnen in Bezug auf die seit Mitte des 7. Jahrhunderte n.Chr. und dann seit Beginn des 12. Jahrhunderts in dem Gebiet auftretenden Fremdmächten angeht, die (wie nominell es teilweise auch gewesen sein mag) letztlich auf der Basis des Islam als Staatsideologie* die Herrschaft bzw. Oberhand in dem Gebiet behielten,

x Nationalstaaten mit dem Islam als Staatsreligion sind eine Erscheinung des 20. Jahrhunderts, in früheren Jahrhunderten waren die islamischen und islamisierten Gebiete in theokratische Staatsgebilde gefaßt, die von Dynastien und ihren religiösen Oberhäuptern "regiert" bzw. verwaltet wurden. Unterschieden werden:

- 1) die Ära Muhammads 622-632 n.Chr. - 622 ist das Jahr der Emigration Muhammads von Mekka nach Madina und das erste Jahr der islamischen Zeitrechnung
- 2) die Ära der "vom Recht geleiteten" Kalifen 632-660 (Abu-Bakr, 'Umar, 'Utman und 'Ali)
- 3) die Ära der Sufyaniden 660-684
- 4) die Ära der Marwaniden 684-750
- 5) die Ära der 'Abbasiden 750-1258
- 6) die Ära der (schiitischen) Safawiden
Ende des 15. Jh.-1729
- 7) die Ära der osmanischen Türken -
 - a) die osmanisch-türkischen Fürsten 1326-1516
 - b) die osmanisch-türkischen (sunnitischen) Kalifen 1516-1924

so lassen sich dreipolitische Verhaltensweisen seitens der Kurden unterscheiden (219):

- 1 - Das selbstzentrierte Verhalten, ausschließlich orientiert an der als eigen betrachteten Lebensweise; fremden Kultureinflüssen bzw. Machtansprüchen wird kompromißlos ablehnend begegnet;
- 2 - Das bedingt kooperative Verhalten beinhaltet eine mehr oder minder situative Bereitschaft zu einem Kompromiß mit dem präsentierten Herrschaftsanspruch, wobei das Zustandekommen des Kompromisses als schätzenswert angesehen wird;
- 3 - Das kooperative Verhalten setzt hingegen eine Akkulturation an die Fremdmacht voraus, vorhandene Bedürfnisse nach Selbstbestimmung sollen in Zusammenhang mit deren Zielen auf der Basis einer positiven Identifikation gelöst werden.

Das selbstzentrierte Verhalten ist insbesondere bei den YEZÎDÎ-Kurden, und zwar historisch durchgängig, zu erkennen. Dem massiven Fremdeinfluß begegneten sie u.a. durch konsequente Absonderung, sowohl religiös-kulturell als auch politisch-wirtschaftlich - und das so sehr, daß dem italienischen Forschungsreisenden GIAMIL im 19. Jahrhundert der Eindruck erwuchs, daß es sich um ein Volk für sich handele (220). Ursprünglich von den YEZÎDÎ-Kurden wurden im übrigen auch die nunmehr allgemein unter den Kurden verbreiteten "anti-islamischen" Sprichworts geprägt; darunter "Schlimmer als das Alter ist der Islam"; "Tausende Fatiha (arab., Gebete) sind kein Stück Fleisch wert" (221). Daß die YEZÎDÎs gerade auch von anderen Kurden verfolgt wurden, muß erwähnt werden (222); daß sie auf der anderen Seite unter den Kurden in hohem Ansehen standen und stehen (ähnlich wie die in höchstem Maße "unabhängig" eingeschätzten Bergnomaden) ebenfalls. Dazu folgendes und seine kurzgefaßte Vorgeschichte. Der kurdische Fürst Mîrî KORE (1784-1837), der seinerzeit die Gründung eines unabhängigen (islamischen) Staates im heutigen Hauptsiedlungsgebiet der Kurden anstrebte, versuchte u.a. auch

die YEZÎDÎ-Kurden gewaltsam in sein Herrschaftsgebiet einzubeziehen und verheiratete im Zuge einer Strafaktion eine Zahl YEZÎDÎ-Kurdinnen mit Kurden muslimischen Glaubensbekenntnisses. Im Gespräch unter Kurden sagten Nachfahren dieser Zwangsehe 1960 in der Stadt Hewlêr: "Väterlicherseits bin ich Hewlêr-Kurde, mütterlicherseits bin ich richtiger Kurde" (223).

Auch die im Anhang III in Tab. 1 von 645 bis 1185 n.Chr. aufgeführten Aufstände, insgesamt siebzehn an der Zahl, sind als Ausdruck einer selbstzentrierten Orientierung zu verstehen. Die im einzelnen historisch noch nicht geklärte Zusammenarbeit von kurdischen Herrscherfamilien mit den um 1100 von Norden einfallenden Türkvölkern bzw. Mongolen, deren 1258 erreichtes Ziel der Sturz des arabo-islamischen Reiches war, ist in Bezug auf die arabo-islamische Fremdmacht als selbstzentriertes Moment anzusehen, in Bezug auf die ebenfalls mit Herrschaftsanspruch auftretende neue Fremdmacht allerdings als "bedingt kooperativ". Nach dem Sturz des arabo-islamischen Reiches, dessen mehr oder minder unmittelbarer Bestandteil das Hauptsiedlungsgebiet der Kurden war, und nach dessen Übernahme durch die Neuankömmlinge in dem Gebiet scheint das bedingt-kooperative Lösungsmuster von den Kurden bzw. jeweils Teilen von ihnen vornehmlich zur Anwendung gebracht worden sein. Ob damit einer situativen Notwendigkeit Rechnung getragen wurde oder einer grundsätzlichen Bereitschaft zu vertraglichen Bindungen sei dahingestellt. Doch ist festzustellen, daß "Verträge", zeitlich und inhaltlich begrenzte Absprachen gegenseitiger Leistung und Verpflichtung, in einer Reihe von Bereichen kurdischen gesellschaftlichen Lebens eine Rolle spielen. Im religiösen Bereich sind die Vertragsabschlüsse Gottes, sei es "Allah" bei den Pseudomuslimen oder "Êzd" bei den YEZÎDÎ, mit den Gläubigen bzw. ihren (mythisierten) Vertretern zu erwähnen (224), auch das Prinzip der Jenseitsbruderschaft, eine Absprache zwischen zwei Individuen, beim Tod des einen dessen Sünden zu übernehmen bzw. im Diesseits zu halten (225). Bei den Kurden können Stammesführer auf vertraglicher Basis die Führung eines Stammes übernehmen, wiewohl erbliche Nachfolge auch möglich ist. Entscheidend ist jedoch die Führungskapazität, die zu erbringende Leistung der Lösung der wirtschaftlichen und soziopolitischen Probleme eines Stammes (226). Zu erinnern ist hier auch an die vertragliche Bindung zwischen den nicht stammesangehörigen Ackerbauern Goranî und den

stammesangehörigen viehzüchtenden Bergnomaden Kurd (227). Daß diese Verträge jeweils situativ und zeitlich begrenzt, also einen "bedingt kooperativen" Charakter haben, das exemplifiziert die ebenfalls vertraglich gesehene "Gastfreundschaft" unter den Kurden. Ein Gast, der den unbedingten Schutz des Gastgebers in dessen Haus bzw. Gebiet genießt, kann ohne weiteres außerhalb dieses Bereiches durch denselben zu Schaden kommen (228).

Die von den kurdischen Sunni-Fürsten 1515 eingegangene vertragliche Bindung mit dem Osmanischen Reich ist ein Beispiel für das kooperative Lösungsmuster, das - im Gegensatz zum bedingt-kooperativen Lösungsmuster - keinen Ausgleich von Interessen darstellt, sondern eine überwiegende Hinwendung zum herangetragenen Anspruch. Die 1515 beschlossene und vertraglich eingegangene Bindung war - wie auf S.100 bereits erwähnt - nur durch Vermittlung des (kurdischen) muslimischen Gelehrten Îdrîsî BÎTLÎSÎ (starb 1520) zustande gekommen. Eine ähnliche Vermittlerrolle spielte der muslimische Theologe und Berater des Soran-Fürsten Mîrî KORE namens Melay XETÊ im Jahre 1836. Beide gelten heute - im nachhinein - als "Verräter" bzw. "Türkenmakler" unter den Kurden, wobei auf die de-zentrierte Seite, auf die positive Identifizierung mit den Zielen der Fremdmacht Bezug genommen wird.

Etwa 100 Jahre nach dieser Hinwendung zu den osmanischen Türken und dem Osmanischen Reich gewinnt die Orientierung am selbstzentrierten Lösungsmuster vermehrt an Bedeutung. CUMBULAT PAŞA ließ um die Wende des 16./17. Jahrhunderts für sein Gebiet eigene Münzen prägen und ging einen Vertrag mit dem König von Toskana ein (229). Es folgten eine Reihe von Aufständen, Ausdruck eines wachsenden Widerstands gegen Fremdbestimmung, der in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, mit der Blüte der kurdischen Fürstentümer Baban (bis 1851), Badînan (bis 1842), Botan (bis 1847) und Soran (bis 1837) einen Höhepunkt fand, allerdings keinen ungeteilten; denn neben "selbstzentrierten" sind auch "bedingt kooperative" und "kooperative" Momente in jenem Abschnitt der kurdischen Geschichte zu verzeichnen. Als selbstzentriertes Moment ist u.a. die gleich zu Beginn des 19. Jahrhunderts erfolgte urkundliche Schenkung einer Anzahl wertvoller Bücher von 'Ebdulrehman Paşay BABAN an die kurdische Wissenschaftler-Familie "CELÎ" zu erwähnen (230), eine Schenkung, die von der Intention her als

Frühform einer kurdischen Akademie der Wissenschaften verstanden werden kann. Weiterhin drücken die Gedichte von Hacî Qadirî KOYÎ (1817-1894) eine auf die Grundgesamtheit "die Kurden" bezogene Orientierung aus, doch weisen sie gleichzeitig - da sie zum Teil Streitgesprächscharakter haben - auf damals durchaus übliches "kooperatives" Verhalten hin (231). Als Beispiel für ein solches aus dem Jahre 1836 sei an Melay XETÊ erinnert, der - von Mîrî KORE um Rat befragt - sich aus religiöser Überzeugung gegen eine Auseinandersetzung mit dem türkischen Wali von Sîvas, Raşid Pasa aussprach. Der Wortlauf seines Ratschlusses ist folgendermaßen überliefert worden (232): "Mach keinen Krieg gegen ihn. Laß uns zu ihm gehen und uns ihm unterwerfen". In den 30-er Jahren berichtete der kurdische Historiker ZEKÎ von folgender, dann populärer Geschichte über den Sturz Mîrî KORES (233): "An einem Freitag sprach einer der bekanntesten 'Ulama Kurdistans in seiner Rede, die er in der Moschee hielt, über die Illegalität des Widerstandes gegen die Armee des islamischen Kalifen und die Illegalität ihrer militärischen Bekämpfung. Diese Rede wirkte derart auf die Armee von Muhammad Pasa, daß er sich auf den Weg zur osmanischen Kaserne machte und seine Loyalität zum Kalifen erklärte, wie er es als strenger Muslim für seine Pflicht hielt".

Auch in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts lassen sich Beispiele für die unterschiedenen Verhaltensweisen anführen. Eine zweifelsohne "selbstzentrierte" Bewegung initiierte und führte Sêx 'Ubêdullay NEHRÎ Ende der siebziger Jahre über ein sich von Nord- nach Ost-Kurdistan erstreckendes Gebiet⁺, die mit der Niederschlagung des großen Aufstandes von 1880/1, an der sowohl die Truppen des Qagaren-Schahs als auch die des osmanischen Sultans beteiligt waren, weitgehend beendet wurde (234). Im Jahre 1878 hatte 'Ubêdullay NEHRÎ - anläßlich einiger, von ihm dargelegter Übergriffe des persischen Gouverneurs von Urmia - einen Protestbrief an den britischen Konsul geschickt. Darin hieß es u.a. (235): "...The Kurdish nation is a people apart... We

(+) "Der Korrespondent der Zeitung "Times" schrieb im Oktober 1880, daß der wesentliche Grund des Erfolges von 'Ubêdullay Nehrî sei, daß die kurdische Bevölkerung ihn als einen patriotischen Befreier betrachtete. ...Über die Ziele von 'Ubêdullay Nehrî berichtete der englische Außenminister in Teheran, daß er Unabhängigkeit wollte". (CELÎL 1971:15)

want our affairs to be in our hands ... otherwise the whole of Kurdistan will take the matter into their own hands, as they are unable to put up with these continual evil deeds, and the oppression which they suffer at the hands of the two governments of impure intentions". Als in den Jahren 1889-91 der osmanische Sultan Hamid II die Rekrutierung der aus Kurden zusammengestellten Ham î diye-Elitetruppe (Kavallerie) betrieb (236), scheint er keine großen Schwierigkeiten gehabt zu haben.⁺ Diese Elitetruppe kämpfte für das (bereits im Zerfall begriffene) Osmanische Reich, eine positive Identifizierung mit den Zielen von Hamid II ist anzunehmen. Um diese Zeit (1892/3) ist auch ein Kurdisch-Arabisches Wörterbuch gedruckt worden, im Titel wird demselben Sultan die Reverenz erwiesen, er lautet: "Das Hamid-Geschenk der kurdischen Sprache" (237). In den Anhang dieses Wörterbuchs stellte der Autor den dann noch unveröffentlicht gebliebenen und bereits historischen Sprachglossar des schon erwähnten Dichters XANÎ (1650-1706), was als Ausdruck einer gegebenen Verbundenheit mit der eigenen, kurdischen Geschichte verstanden werden kann.

Die in der kurdischen Volksliteratur zahlreichen Verherrlichungen von heldenhaften Kämpfen bzw. Kämpfern kann in einer Hinsicht als Verherrlichung des selbstzentrierten Lösungsmusters - in einer seiner Formen - angesehen werden. Zu erwähnen ist u.a. der epische Gesang über den kurdischen Fürsten 'Ebdulfeñman Paşay BABAN (238) und eine volksliterarische Darstellung über die von Yezdan und 'Îzedîn ŞÊR geführte Erhebung von 1853-55 (239) - und nicht zuletzt ist hier noch das Heldenepos "Qelay Dimdim" (die Festung von Dimdim) zu nennen, das den Widerstandskampf der (sunnitischen) Mukrî-Kurden gegen die turkmenisch-persischen (schiitischen) Angreifer aus dem Jahre 1608 besingt (240). Dieses generell unter den Kurden bekannte Epos muß mit erstaunlicher Sorgfalt und entsprechender Hochschätzung von Generation zu Generation übermittelt worden sein; denn die unverwaschen überlieferten Teile dieses

+ Über die Hamîdiye - ihren Einfluß auf die gesamtkurdische Entwicklung - urteilt der armenische Historiker und Politiker SAFRASTIAN 1948:66 folgendermaßen: "It considerably retarded the growth of Kurdish nationalism, by reflecting the energies and the aspirations of a healthy race in negative and anti-national channels".

Heldenliedes entsprechen - was die historischen Zusammenhänge um 1608 und die beschriebenen Örtlichkeiten angeht - den damaligen Realitäten (241). Im Jahre 1975 ist im übrigen eine zuvor in der UdSSR erschienene Nachdichtung des Dimdim-Widerstandskampfes von dem Kurden 'Ereb SAMÛ seitens der KURDISCHEN AKADEMIE der WISSENSCHAFTEN (Literatur-Sektion) herausgegeben worden.

Allerdings haben zu keiner Zeit in der kurdischen Geschichte alle Teile der Kurden die gleiche oder annähernd gleiche der drei unterschiedenen politischen Verhaltensweisen an den Tag gelegt, und damit ist eine unter den Kurden vorhandene Antwort zur Frage "Wie sind Wir" angesprochen, nämlich sprichwörtlich "uneinig"⁺. "Kurdêk keme, dû Kurd zore" (= ein Kurde ist wenig, zwei Kurden sind zuviel) lautet das Sprichwort. Dabei ist der Wunsch zur übereinstimmenden Gemeinsamkeit, wie er auch in dem eben gegebenen Sprichwort zum Ausdruck kommt, wieder und wieder unter ihnen zum Ausdruck gebracht worden (242).

Schließlich ist noch eine Ende des 19. Jahrhunderts von Kurden entwickelte Variante des bedingt kooperativen Verhaltensmusters zu erwähnen, das insofern in der vorherigen kurdischen Geschichte keine Parallele hat, als hier erstmals und aktiv von Kurden versucht wurde, die Struktur ihres äußeren Bedingungsrahmens zu ändern, nämlich das islamische Vielvölker-Staatsgebilde. Von Se'îdî NÛRSÎ entwickelt und in zahlreichen Schriften auf Türkisch nicht nur unter den Kurden, sondern auch unter anderen "Minderheiten" im osmanischen Vielvölker-Reich propagiert, schließlich bis heute von einer kleinen Zahl von Anhängern als "Nûrsismus" aktiv vertreten, wurde nunmehr die Errichtung eines panislamischen Staates gefordert, in dem - auf förderativer Basis - u.a. ein "Kurdistan" vertreten sein sollte. Als Zentrum dieses Staates war Mekka konzipiert. Den Aufruf zu und damit die Legitimation für seine reformatorischen Bestrebungen glaubte auch NÛRSÎ von Allah erhalten zu haben, und zwar im Traum (243). Doch die Basis für diese Bestrebungen, das von Konstantinopel bis Jemen reichende Osmanische Reich, zerfiel innerhalb weniger Jahrzehnte vollends, und mit Hilfe der europäischen Mächte wurde das gesamte nah- und mittelöstliche Gebiet innerhalb von vier Jahrzehnten in Nationalstaaten westlichen Musters aufgegliedert.

+ vgl. die Fußnote + auf S. 133 dieser Arbeit.

Mit diesem Vorgriff auf den für Teil B III reservierten Zeitabschnitt will ich diesen Teil "Materialien zum Selbstverständnis der Kurden aus der Vergangenheit (bis Ende des 19. Jahrhunderts) beenden und in Teil B III und IV chronologisch der Frage nachgehen, ob das Selbstverständnis der Kurden bzw. der Prozeß der öffentlichen Meinung zum Thema "Wir" von einer "Spannung zwischen einer selbst-zentrierten Interpretation und einer relativierend dezentrierten Interpretation gekennzeichnet" ist. Mit den "Materialien aus der Vergangenheit" konnte ein diesbezüglicher, in die Gegenwart reichender Begründungszusammenhang hergestellt werden.

B.III. Das Selbstverständnis der Kurden in der Zeit von 1900 bis Ende des II. Weltkrieges

a. Zur Struktur der kurdischen Öffentlichkeit

Bei der Betrachtung der innerkurdischen Kommunikationszusammenhänge sind vornehmlich drei Aspekte von Bedeutung: die geographisch-räumlichen Verhältnisse, die Sozialstruktur der Grundgesamtheit und die in ihr vorhandenen institutionalisierten Kommunikationswege und Zentren.

Um die Jahrhundertwende und in den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts war der überwiegende Teil der Grundgesamtheit (ca. 80 %) "Landbevölkerung", stammesangehörige Viehzüchter und Bauern sowie nicht stammesangehörige seßhafte Ackerbauern. Daneben lebten etwa 10 % der Kurden in den Städten und Städtchen Kurdistans. In den Entwicklungszentren des Osmanischen Reiches, in Istanbul und in Bagdad, lebte um die Jahrhundertwende ein weiterer kleiner Teil der Kurden, ca. 8-10 % (244). Etwa die Hälfte dieser Metropole-Kurden gehörte dem Proletariat an, beschäftigt als Träger, Aushilfskräfte, Dienstleute. Die andere Hälfte gehörte zur "besitzenden Klasse" unter den Kurden; als Angehörige von angesehenen und besitzenden Familien gehörten sie zur Führungsschicht. Diese Führungsschicht hatte - aufgrund ihres Besitzes und laufender Einkünfte aus Kurdistan und aufgrund ihrer höheren Bildung, zum Teil auch als in die islamische Kultur integrierte Theologen, Rechtsberater und Schriftsteller - gute Kontakte und Verbindungen zur türkisch-osmanischen Führungsschicht. Teilweise waren diese Kurden selbst osmanische Würdenträger und Amtsinhaber (245). Relativ früh setzte sich dieser Teil der Kurden mit "modernen" staats- und gesellschaftspolitischen Theorien und Praktiken auseinander und versuchte, diese in das Hauptsiedlungsgebiet der Kurden "Kurdistan" zu tragen bzw. dort zu verwirklichen.^x In der ersten kurdischen Zeitung "Kurdistan", die am 26.4.1898 in Kairo erschien, schrieb der

x In ähnlicher Richtung gingen auch Bemühungen der europäischen Mächte, vor allem der Russen und Engländer, die in Kurdistan, z.B. in Urmia, Erzurum und Sileymanî, Konsulate einrichteten und auch intensiven Kontakt mit der kurdischen Führungsschicht suchten (NIKITINE 1956:98).

Herausgeber, der Aristokrat Medhet BEDIRXAN: "2.000 Exemplare von jeder Nummer (dieser Zeitung) schicke ich gratis nach Kurdistan, damit ihr sie dem Volk gebt" (246). In den ersten beiden Jahrzehnten der kurdischen Pressegeschichte, also bis 1920, erschienen - außer der von 1912-1914 in Urmia herausgegebenen Zeitschrift "Kurdistan" von 'Ebdul-Rezaq BEDIRXAN - alle soweit bekannten Presseorgane außerhalb des Hauptsiedlungsgebietes der Kurden, fünf davon in Istanbul, zwei in Bagdad, zwei in Kairo. Auch die ersten modernen (politischen) Organisationen der Kurden wurden von "Aristokraten", Intellektuellen usw. initiiert und von ihresgleichen maßgeblich getragen. Die erste dieser Organisationen, die vor 1902 gebildete VEREINIGUNG DES STARKEN WILLENS VON KURDISTAN (Cem'îyetî 'Ezmî Qewî Kurdistan) arbeitete zu einem nicht genau bestimmbar Teil von Kairo aus, die 1908 gebildete Partei für den AUFSTIEG UND FORTSCHRITT DER KURDEN (Te'alî û Tereqî Kurd) ging - wie eine Zahl anderer - von Istanbul aus. Zweifelsohne hat die Anfang dieses Jahrhunderts außerhalb von Kurdistan lebende Führungsschicht der Kurden eine aufklärerisch-aktive Rolle innegehabt, der Informationsfluß ging im wesentlichen nach Kurdistan, zunächst zu den dort lebenden Führungskreisen und über sie zu weiteren Teilen der Grundgesamtheit. Hinsichtlich der Lebensweise dieser, in Kurdistan lebenden Kurden lassen sich vier Gruppen unterscheiden:

- Bauern, das ganze Jahr kontinuierlich in dörflichen Gemeinschaften oder auf Einzelgehöften lebend;
- Bauern mit intensiver (Alm)Viehwirtschaft, zeitweise mit den Herden auf die Weide ziehend;
- Bergnomaden, innerhalb eines bestimmten Gebietes und auf relativ festgelegten, saisonbedingten Wanderwegen Viehwirtschaft betreibend;
- Stadt- und Städtchenbewohner, vom Handel und Handwerk und als Beamte bzw. Staatsangestellte lebend.

Was das relative Prestige dieser Gruppierungen und ihre Führung angeht, Ausgangspunkt für die einzuschätzende Gewichtigkeit der Aussagen einzelner im Prozeß der öffentlichen Meinungsbildung, so lassen sich die traditionellen innerkurdischen Verhältnisse - wie sie um die Jahrhundertwende und im wesentlichen auch bis Ende

des 2. Weltkrieges bestanden - auf folgende Weise skizzieren (vgl. die graphische Darstellung auf S. 152) (247).

Mit vielleicht größtem Prestige, wenn auch ohne weiterreichende faktische Autorität, sind die saisonal in einem bestimmten Gebiet wandernden Bergnomaden und mehr noch ihre Führung ausgestattet, um die Jahrhundertwende machte die Gruppe der Bergnomaden vielleicht 20% der Gesamtzahl der Kurden aus. Das ihnen zugestandene hohe Maß an Prestige scheint in ihrer als weitgehend "unabhängig" angesehenen Lebensweise begründet zu sein, verbunden mit der dafür notwendigen physischen Widerstandskraft und aufgrund des ihnen auch unter Kurden nachgesagten Kampfesmutes bzw. Willens zur Verteidigung ihrer Herden. Als nächstes sind die stammesangehörigen Bauern und Viehzüchter und mehr noch ihre Stammesführer zu nennen, die - wenn sie mit religiöser Autorität ausgestattet sind - auch Sex genannt werden. Das Prestige dieser - und auch ihre Autorität - ist in der aus den einzelnen Stämmen gebildeten bewaffneten Schutzmacht begründet und aus der wirtschaftlichen Sicherheit eines solchen größeren Lebens- und Wirtschaftszusammenhanges. Die Autorität der Stammesführer erstreckte sich z.T. auch auf nicht stammesangehörige Bauern, insofern als sie für Abgaben den ländlichen Siedlungen Schutz vor Überfällen garantierten.

Mit dem "Tenzimat-Erlaß" des türkischen Sultans Ebdül-Megid im Jahre 1856 wurde der gesamte, im Osmanischen Reich einbegriffene Boden Kurdistans verstaatlicht und Ausgewählten per Urkunde in vererbbaaren Besitz gegeben (248). Eine Feudalherren-Klasse entstand in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts auch im Osten Kurdistans, im heutigen iranischen Kurdistan. Ein im innerkurdischen Herrschaftsgefüge geschwächerter Teil der kurdischen Führungsschicht konnte von dem seit 1867 im früheren Erdelan-Fürstentum regierenden Repräsentanten des Qagaren-Reiches ebenfalls verbriefte erbliche Grundrechte erwerben.

Die "Feudalherren" unterscheiden sich von den Großgrundbesitzern durch ihr traditionelles (lokales) Ansehen in ihrem (Besitz-)Gebiet, wobei sie teilweise aus der nicht stammesangehörigen Bevölkerung eine bewaffnete Schutzmacht erheben und unterhalten konnten, was ihre Stellung - insbesondere gegenüber den

Stammesführern - verstärkte. Auch die "Aristokraten" konnten zumeist verbriefte erbliche Grundrechte ihr eigen nennen und öfters eine kleine bewaffnete Schutzmacht befehligen. Ihr Prestige und ihre Autorität ist - mehr noch als die der "Feudalherren" - traditionsbedingt, wobei diese Tradition zum einen historisch begründet ist und zum anderen über die Lokalität ihres Sitzes hinausgeht und bei Verlust des (Land)Besitzes im gewissen Umfange weiterbesteht (249).

Die mit faktischen Führungsqualitäten ausgezeichneten Stammesführer - bei Fehlen dieser Qualitäten wurden die erblichen Stammesführer abgewählt - sind manchmal, aber nicht grundsätzlich die Besitzer des von ihren Stämmen beanspruchten Gebietes. Die Stammesführer lebten im übrigen wenigstens Teile des Jahres mit ihren Stämmen, in welcher Zeit sich ihre Lebensführung nicht bedeutend von ihnen unterschied.

Es ergibt sich das Bild einer im Wechselverhältnis stehenden - sei es erbmäßigen, sei es leistungsbezogenen, sei es besitzenden - Führungsschicht von Stammesführern, "Aristokraten" und "Feudalherren". Als Berater dieser Führungsschicht diente zum einen der höhere islamische Klerus (früher "Miftî", heute "Mela") (250) und zum anderen die pseudoislamischen und YEZÎDÎ-Autoritäten Pîr (251). Eine unterstützende Funktion konnten auch die Intellektuellen, d.h. nicht-religiöse Dichter und Schriftsteller haben. Mit dem Aufblühen kurdischer Städte haben sie allerdings dort einen ihnen genehmen Platz gefunden.

Die Städte und Städtchen Kurdistans und ihre Bewohner sind von der traditionellen kurdischen Führungsschicht und ihrem Autoritätsanspruch grundsätzlich wenig berührt gewesen. Obwohl das städtische (Groß-)Bürgertum, um die Jahrhundertwende vielleicht 3% der Gesamtzahl der Kurden, im Verhältnis zum ebenfalls zahlenmäßig geringen Kleinbürgertum und zu den nicht stammesangehörigen, landlosen Bauern eine prestigemäßig "höher" einzustufende Stellung einnimmt, steht es in Bezug auf die stammesangehörige Landbevölkerung - da ihnen der Schutz eines Stammesverbandes fehlt - zweifelsohne zurück.

Auf der untersten Stufe der Prestige-Skala steht das (städtische) Kleinbürgertum, und zwar in seiner Abhängigkeit vom kurdischen (Groß-)Bürgertum, aber auch vom osmanisch-türkischen (später dann türkischen, arabischen und persischen) Groß- und Kleinbürgertum, die als Angehörige der staatstragenden Völker in dem Gebiet einen Prestige- und autoritätsmäßigen Vortritt beanspruchen können. Das Kleinbürgertum stellt Beamte und (Staats-)Angestellte mit relativ wenig Einfluß, Handwerker, Kleinhändler usw. Im Laufe dieses Jahrhunderts nimmt diese Gruppe zahlenmäßig zu, etwa in dem Maße wie die Zahl der Bergnomaden verringert wird. Außerdem wird zum Kleinbürgertum ein Stadtproletariat (das es vorher nur in den Metropolen des Osmanischen Reiches gegeben hat) hinzutreten (252), Mit dem Anwachsen des kurdischen Groß- und Kleinbürgertums wird sich ferner spät in der 1. Hälfte dieses Jahrhunderts eine Variante der kurdischen Führungsschicht - neben den genannten und weiterbestehenden - entwickeln, der städtische Politiker. Das Prestige und die Autorität des städtischen Politikers wird sich zum Teil auf sein "technokratisches Wissen" gründen, sowohl was die jeweiligen sogenannten nationalen Staatsapparate als auch die internationalen Staatenzusammenhänge und die internationalen Organisationen angeht. Je "bessere Beziehungen" er zu den staatlichen Autoritäten hat, je größer sein Einfluß bei der kurdischen Bevölkerung ist bzw. angenommen wird (wiewohl es Wahlen in unserem Sinne nicht gibt), desto größer sind sein Prestige und seine Autorität. Interessanterweise konnte der in diesem Jahrhundert allmählich entstandene "städtische Politiker" seinen Einfluß und seine Macht - wenn auch vorerst in sehr geringem Maße - auf die ländlichen kurdischen Siedlungsgebiete ausdehnen (253). Hier ist an die sukzessive (von 1932 bis 1945/6 erfolgte) Festigung der in dem Zeitraum nacheinander gebildeten Nationalstaaten und ihrer Grenzen zu erinnern, was u.a. auch einen Einfluß auf den Rückgang des Bergnomadentums unter den Kurden hatte. Der relative Aufstieg des "städtischen Politikers" in der kurdischen Gesellschaft steht weiterhin in einem Zusammenhang mit der relativen Schwächung der kurdischen "Feudalherren" und „Aristokraten“, zum Teil auch auf die Gruppe der mit ihnen verbundenen Stammesführer übergreifend, wozu die seit den 20-er Jahren - vorerst in sehr geringem Maße - betriebene Aufklärung unter den Kurden im Sinne marxistischer und sozialistisch-nationalistischer Doktrin wohl ihren Teil beigetragen hat (254).

RELATIVER STATUS DER GRUPPIERUNGEN INNERHALB DER GRUNDGESAMTHEIT "die Kurden" - um 1900

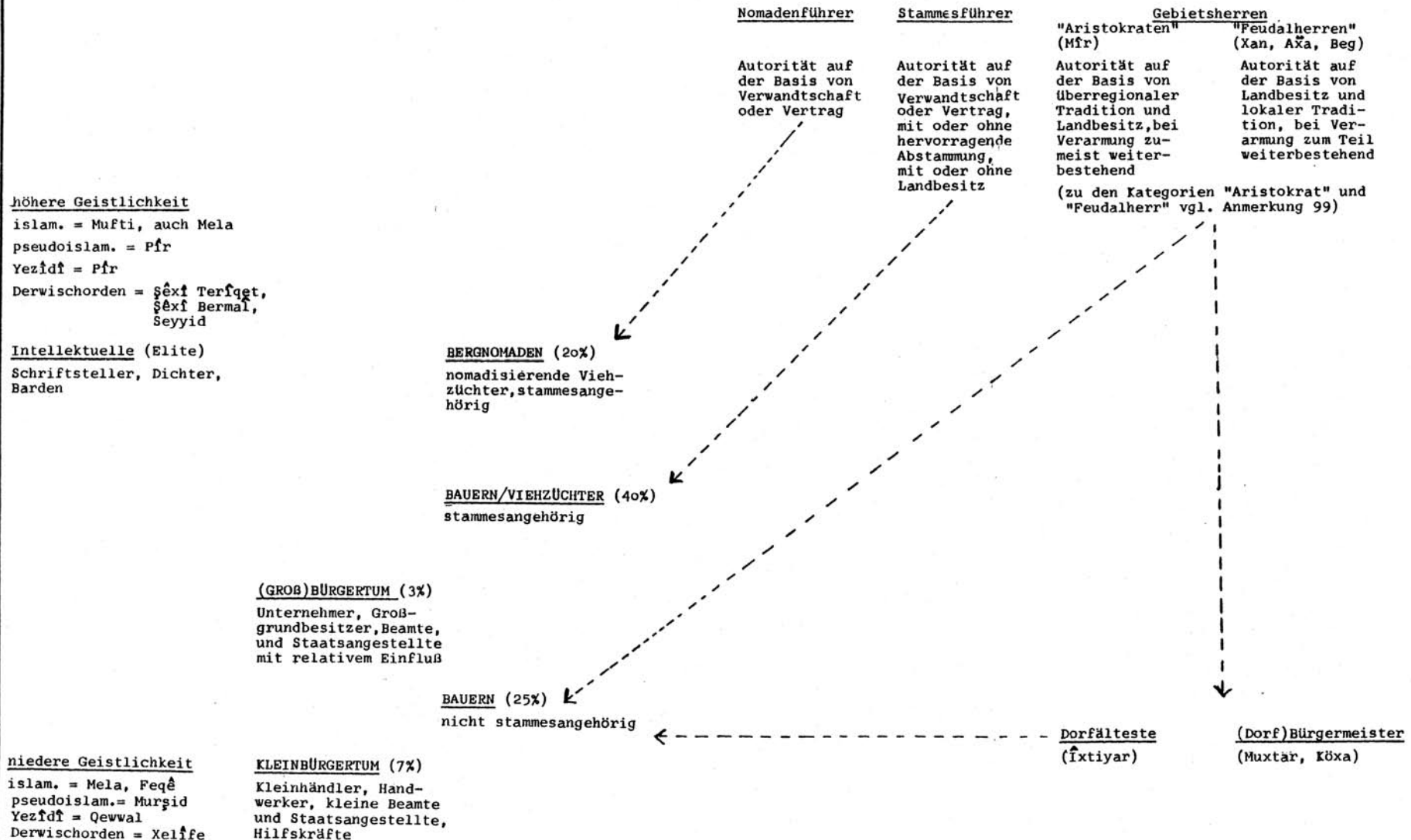
(mit ----> wird ein Autoritätsgefälle angezeigt, die in Klammern gesetzten Prozentzahlen stellen den grob geschätzten Anteil der Gruppierung an der Gesamtzahl der Kurden dar)

Höchstmaß an Prestige

Höchstmaß an Prestige

"Ş ê x"

mit (erblicher oder erworbener) religiöser Autorität ausgestatteter Stammesführer/Gebietsherr



Wenden wir uns nun dem in dieser Grundgesamtheit gegebenen Kommunikationszusammenhang bzw. den institutionalisierten Kommunikationswegen und -zentren zu. Kommunikationszentren sind zum einen die Städte und Städtchen mit ihren Marktplätzen, Kaffee oder Teehäusern und ihren Moscheen, in denen die muslimischen Kurden traditionellerweise im Anschluß an die Gebetsverrichtung auch politische Diskussionen zu führen pflegen.

Wenn die ländliche Bevölkerung bzw. ein Teil davon auch nicht mehrmals im Jahr in die nächstliegende städtische Siedlung kommen mag, so dann doch gewöhnlich für mehrere Tage, und neben der Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten dienen diese Besuche auch der Informationseinholung über außerhalb ihres Lebenskreises verlaufende Entwicklungen. In den Dörfern selbst hat die Landbevölkerung unter sich ebenfalls einen Versammlungsplatz, ein institutionalisiertes Kommunikationszentrum, das Kaffee- oder Teehaus Dîwexan (etwa "Haus der Gedichte") und das für die (Handels-)Reisenden in dörflichen Siedlungen bereitgestellte Gästehaus. Kaum ein Durchreisender - es sei denn ein Eilbote - reist unmittelbar nach der Ankunft ab. Neben möglichen Handelswaren bieten diese Reisenden der abgeschieden lebenden Gemeinschaft über ihren Lebenskreis hinausgehende Nachrichten oder Beschreibungen als "Ware" (gegen Gastfreundschaft) an, zum Teil - im Falle von reisenden Sängern und Erzählern - ausschließlich. Die kurdischen Barden Dengbej oder Goranîbêj - erzählende Sänger bzw. singende Erzähler - standen und stehen in hohem Ansehen unter den Kurden. Ohne diese "Dengbêj" oder "Dastangêfewe" (Sagenerzähler), für welchen Beruf neben der Grundvoraussetzung großer musikalischer Begabung eine langjährige Ausbildung bei Lehrern oder gar in Spezialschulen erforderlich ist (255), wäre die kurdische Volksliteratur in ihrer Fülle und Lebendigkeit nicht erhalten geblieben, so auch nicht die in Teil B II angeführten volksliterarischen Beispiele. Weiterhin ist das in den dörflichen Zentren und in den Städten abgehaltene Straßentheater "Kosewewî" zu erwähnen, beidem ein geschminkter Schauspieler Kurzvorträge - auch politischen Inhalts und in satirischer Form - hält (256).

Von Bedeutung für den innerkurdischen Kommunikationszusammenhang sind auch die esoterischen Zusammenschlüsse von Kurden auf

mystisch-religiöser Basis, denen um die Jahrhundertwende etwa 20 % der Gesamtzahl der Kurden angehörten (257). Die Mitgliedschaft in diesen Verbindungen setzt eine disziplinierte Teilnahme an deren Aktivitäten voraus. Neben religiösen Festen und Pilgerfahrten zu verschiedenen Orten gerade auch in Kurdistan, führen insbesondere die Mystiker-Derwischorden, die QADIRÎ, die NEQISBENDÎ-XALÎDÎ, die NÛRSÎ häufig Wanderschaften durch, die sie an den zu dem Zweck errichteten "Gotteshäusern" (Tekê, Xaneqa) jeweils kurzfristig unterbrechen, um mit den Ortsansässigen Kontakt aufzunehmen, vielleicht Verwandte wiederzusehen, möglicherweise Anhänger für sich zu finden. Zweifelsohne sind diese Wanderschaften auch verbunden mit Informationssammlung und Informationsaustausch zu nicht-religiösen Fragen. Die NEQISBENDÎ-Derwische mit ihrem religiösen Führer Sêx Se'îdî NEQISBENDÎ waren im übrigen in führender Rolle bei der Organisation des Aufstandes von 1925 und bei dem von 1927 bis 1930 gegen den Herrschaftsanspruch der 1923 gegründeten Republik Türkei beteiligt.

Auch die zweimal im Jahr stattfindenden Treffen der mit ihren Herden auf die Sommerweide ziehenden bzw. zurückkehrenden kurdischen Stämme haben die Funktion eines intensiven Kommunikationsaustausches und u.a. der Partnerwahl für Eheschließungen. Die Bedeutung, die diesen "Kommunikationstreffs" im ländlichen Alltag zukommt, ist auch der kurdischen Volksliteratur bzw. Volksliedern zu entnehmen.

Neben dem (erwähnten) generell unter den Kurden wahrgenommenen Newroz und über Familienfestlichkeiten hinaus, die hier (wie sonst im Orient) Hunderte von Gästen zusammenbringen können, sind noch die regelmäßig im Jahr stattfindenden Volksspiele (Mîr Mîrên, Beran Berdan, Hetere Metere) zu erwähnen (258), die gewöhnlich mehrere Tage dauern, z.T. unter Beteiligung der dazu auf das Land gefahrenen Städter. Es handelt sich hierbei um mehr oder minder spontan inszeniertes Freilichttheater, an dem sich alle Kurden aus der Umgebung ungeachtet ihres Alters und Standes beteiligen, mit anschließendem Tanz und sicherlich auch mit Informationsaustausch. Um die Zeit des "Newroz" - also nicht unbedingt am 21.3. selbst - findet das Volksfest Hetere Metere statt, anlässlich dessen Feuerspiele veranstaltet werden, mit spaßigen Theatereinlagen einzelner Künstler (259). Während der Erntezeit treffen sich in manchen Gegenden Kurdistans

die Bauern(familien) eines Landkreises jeden Tag zur Herewez ("Zusammenarbeit"), um nacheinander die Ernte eines jeden gemeinsam einzubringen und anschließend zu feiern (260). Der gezielten Nachrichtenvermittlung diente in früherer Zeit wie auch heute in ländlichen Gebieten der Bote - sei es, daß er mündliche Nachrichten, sei es, daß er Briefe überbrachte. Über die Organisation des Aufstandes von Emîr Yezdan SÊR und 'Îzedîn SÊR Mitte des 19. Jahrhunderts berichtet die kurdische Volksliteratur: "Hierauf schrieb Asdin Scher (= Yezdan SÊR) Briefe und verschickte sie durch das ganze Land; er brachte ein starkes Heer zusammen" (261). Auch die großen Aufstände von 1925 und 1927-30 im türkischen Kurdistan sind auf diese Weise organisiert worden (262). Im irakischen Kurdistan, in der Stadt Sileymanî, gab es im übrigen noch bis in die 40er Jahre den sogenannten Straßenschreier (= Carçî).

Neben den soweit erwähnten traditionellen Kommunikationswegen und -zentren gibt es seit 1698 ein sich ständig erweiterndes kurdisches Pressewesen, wenn auch die einzelnen Titel - entgegen der Intention ihrer Gründer und Herausgeber - zum Teil nur kurzfristig und dazu häufig unregelmäßig erschienen. Das beständigste kurdische Presseunternehmen ist zweifelsohne die von 1924 bis 1926 erschienene "Jiyanewe", dann "Jiyan" (1926-1938), dann "Jîn" (1939-1963), dann "Jîn" (1970 - ?), die ohne Ausnahme im Hauptsiedlungsgebiet der Kurden selbst, in Sileymanî, erschien. Von den 57 bis 1946 (einschließlich) erschienenen Pressetiteln sind 28, etwa die Hälfte, außerhalb von Kurdistan erschienen, davon 10 in Bagdad, 5 in Istanbul, 2 in Beirut, 2 in Damaskus, 2 in Kairo, 1 ohne Ortsangabe im Libanon, 6 ohne Ortsangabe in Syrien. Die kurdische Presse hat zumindest in den ersten Jahrzehnten ihrer Existenz mit folgenden Hauptschwierigkeiten zu kämpfen gehabt:

- 1- Es gab wenige Druckereien in Kurdistan. Die älteste ist 1878 in Kirkuk installiert worden, doch sind aus dem Zeitraum 1900 bis 1945 nur insgesamt 6 Druckereien in Kurdistan bekannt (263). Relativ beständige Presseunternehmen hatten jeweils eine eigene Druckerei, so die erwähnte "Jiyanewe-Jiyan-Jîn", so zum Beispiel auch die ebenfalls zu Ansehen gelangte "Zarî Kirmancî" (1926-1932). Neben "Zarî Kirmancî" (264) druckte Huznî MUKRIYANÎ in seiner im

Jahre 1914 in Deutschland gekauften und über Aleppo nach Kurdistan gebrachten Druckerei (265) auch eine Reihe von kurdischsprachigen Büchern. Eine ähnlich zentrale Rolle in der Förderung kurdischer Sprache und Kultur spielte die Hawar-Druckerei in Damaskus, die der (Ende der 20-er Jahre aus dem türkischen Kurdistan geflohenen) BEDIRXAN-Aristokratenfamilie gehörte. Mit ihr wurden die angesehenen Presseorgane "Hawar" (1932-1935, 1941-1943), "Stêr" (1943) gedruckt sowie eine Reihe von kurdischsprachigen Büchern, die in der Hawar-Buchhandlung, einem Zentrum kurdischer Exil-Aktivitäten, vertrieben wurden. Zumindest manche Kurden waren sich im übrigen durchaus der Bedeutung moderner Nachrichtenmittel - des Pressewesens und der dafür notwendigen Druckereien- bewußt. So schrieb im Jahre 1922 ein gewisser M. NÛRÎ in der in Sileymanî erschienenen "Bangî Kurdistan":

"Die Druckerei ist ein Zeichen für den Fortschritt eines Volkes. Ein Volk, das keine Mittel hat, um seine Ideen und Ziele zu veröffentlichen, dessen Ideen und Ziele bleiben ohne Wirkung. ... Jedes Volk, das einige Zeitungen und Druckereien hat, kann für Fortschritt und Emporhebung arbeiten, kann seine Ideen und Ziele zu den Ohren derjenigen bringen, die hören wollen und dem Wissen und dem Volk dienen wollen" (266).

Im Vorgriff sei hier erwähnt, daß es in der 2. Hälfte dieses Jahrhunderts weitaus mehr Druckereien in den kurdischen Städten gibt, was einen Aspekt in dem (um 1945 anzusetzenden) Wandel in der Struktur der kurdischen Öffentlichkeit ausmacht (267).

- 2- Neben der geringen Zahl an Druckereien ist eine weitere Schwierigkeit für das kurdische Pressewesen die Leseunkundigkeit des Großteils der kurdischen Bevölkerung (268). Einen direkten Kommunikationszusammenhang konnten die kurdischen Presseorgane nur unter der relativ kleinen (alphabetisierten) Führungsschicht und ihrem engsten Umkreis herstellen, unter den Intellektuellen, den Aristokraten, Feudalherren und den notwendigerweise politisch interessierten Stammesführern, assistiert von Vertretern des "höheren Klerus", welcher Glaubensrichtung auch immer. Sicherlich sind die Meinungen und Inhalte der kurdischen Presseorgane - über alphabetisierte Kurden - auch einem Teil der leseunkundigen Kurden bekannt geworden, doch die eigentliche Leserschaft und die Nachfrage für die

kurdische Presse blieb verhältnismäßig klein. Auch hier ist ein Wandel um die Mitte des 20. Jahrhunderts festzustellen, ein weiterer Aspekt des um jene Zeit ansetzenden Wandels der kurdischen Öffentlichkeit.

Auch die kurdischen (politischen) Organisationen, insgesamt 30 Neugründungen bis Ende des 2. Weltkrieges (5 bis 1910, dann 5 bis 1920, dann 5 bis 1930, dann 7 bis 1940, dann 7 bis 1945 einschließlich) blieben in dem Zeitraum Forum der Aktivitäten der kurdischen Führungsschicht, mit dem kurdischen Klein- und Großbürgertum als nächster Stütze. Die Mehrheit der Kurden, die Landbevölkerung, erfuhr davon durch ihre traditionellen Führer und folgte ihnen in ihrem Engagement, ohne direkte Beteiligung in diesem Kommunikationszusammenhang. Erst mit der Gründung der ersten ideologischen Partei unter den Kurden JÊKAF (1942) wurden "Unterprivilegierte", die Mehrheit der kurdischen (seßhaften) Landbevölkerung, direkt angesprochen und mehr und mehr zu beteiligen versucht (269), was danach zu einem etablierten Merkmal in der kurdischen Politik wurde. Wenn das moderne Kommunikationsmittel "Presse" in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts nur kleine Teile der Grundgesamtheit direkt erreichen konnte, wenn die modernen (politischen) Organisationen zu allererst einen Kommunikationszusammenhang zwischen der (traditionellen) Führungsschicht der Kurden herstellten, welche Rolle spielte der Rundfunk in der Zeit von 1900 bis um 1945, konnte er die Mehrheit der Grundgesamtheit direkt erreichen?

Die erste Rundfunkstation, die in kurdischer Sprache sendete, war wohl das unter französischer Mandatur und im Gebiet des späteren Libanon bzw. in Beirut betriebene "Radio Levant". Zweimal wöchentlich jeweils eine halbe Stunde wurde auf Kurz- und Mittelwelle gesendet, und zwar unter dem Namen "Radoya Rohelat" (= Radio des Ostens) und erstmals am 5.3.1941. Vor Staatsgründung des Libanon (bis zum 1.4.1946) redigierte Emîr Kamuran BEDIRXAN das kurdischsprachige Programm, vornehmlich Nachrichten (270). Der irakische Rundfunk - am 1.7.1936 gegründet - begann am 29.1.1939 sein Programm in kurdischer Sprache. Während des 2. Weltkrieges wurden von verschiedenen Rundfunksendern Nachrichten in kurdischer Sprache ausgestrahlt, so von der sogenannten Nahost-Station, die in dem damaligen Palästina in Jaffa von der britischen Besatzungsmacht betrieben wurde (271). Um 1945 sendete auch "Radio Eriwan"

in der SSR Armenien auf Kurzwelle 1 Stunde lang Nachrichten in kurdischer Sprache und traditionell-kurdische Musik, ebenso "Radio Tiflis" in der SSR Grusinien. Einen eigenen Rundfunksender konnten die Kurden in ihrer kurzfristigen Republik Mehabad (22.1.-16.12.46) errichten, der am 10. Mai 1946 eingeweiht wurde. Von den Rundfunksendungen im allgemeinen und auch von "Radio Mehabad" ist im einzelnen wenig bekannt (272). Im Gegensatz zur kurdischen Presse, die insbesondere von ihren Anfängen bis 1945/6 mehr eine Meinungs- als eine Nachrichtenpresse gewesen ist, scheinen sich die genannten Rundfunkaktivitäten vorrangig der Nachrichtenübermittlung gewidmet zu haben, außer "Radio Mehabad", das in eigener Regie betrieben wurde (273). Allerdings konnte die Mehrheit der Kurden in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts durch den Rundfunk nicht direkt erreicht werden, es fehlte an Elektrizität, an Empfängern, und zwar so sehr, daß auch Gemeinschaftsempfang, der anscheinend wie selbstverständlich überall dort praktiziert wird, wo Empfangsgeräte nur bedingt zur Verfügung stehen, keine wesentliche Abhilfe leisten konnte. Erst in den letzten 20 Jahren, zum Großteil aufgrund der billigen japanischen Transistorgeräte, ist die Mehrheit der Kurden direkt über den Rundfunk erreichbar.

Bei der Betrachtung der innerkurdischen Kommunikationszusammenhänge in der Zeit von 1900 bis 1945/6, der geographisch-räumlichen Verhältnisse, der Sozialstruktur der Grundgesamtheit und der in ihr vorhandenen institutionalisierten Kommunikationswege und -zentren, sind drei Merkmale festzustellen:

- 1- Von den außerhalb lebenden Angehörigen der (traditionellen) Führungsschicht der Kurden ging ein starker Informationsfluß nach Kurdistan und ein starker Impuls zur Reorganisation der Grundgesamtheit aus.
- 2- Die (traditionelle) kurdische Führungsschicht und ihr Umkreis bildet den Kern der aktiv Beteiligten bei der Diskussion politisch bedeutsamer Fragen, insbesondere der Frage "Was wollen Wir?"
- 3- Die Mehrheit der Grundgesamtheit konnte in der 1. Hälfte dieses Jahrhunderts nicht von modernen Kommunikationsmitteln erreicht werden. Sie war erreichbar über die traditionellen Kommunikationswege und über Angehörige der kurdischen Führungsschicht.

b. Inhalte öffentlicher Meinung zum Thema "Wir" und ihr relatives Gewicht im Prozeß der Entwicklung

Betrachtet man die für den Zeitraum bis Ende des 2. Weltkrieges festgestellten Pressetitel und die Namen der politischen Organisationen, so entsteht der Eindruck eines "Aufbruches in ein neues Zeitalter". Neben den Worten "Kurden, Kurdistan" und neben kurdistanischen Ortsbezeichnungen kommen in den insgesamt ca. 80 Einzelbenennungen folgende Worte bzw. Wortgruppen insbesondere vor:

Aufstieg - Fortschritt - Emporhebung,
Wissenschaft - Bildung - Verstehen - Weltkenntnis
Wahrheit,
Unabhängigkeit - Freiheit - Befreiung,
Einheit - Bruderschaft - Solidarität,
Hoffnung - Leben - Sonne - Licht - Jugend,
Aufruf - Hilferuf.

Tatsächlich ist für einen Teil der kurdischen Führungsschicht und gerade in den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts der Anschluß der Kurden an die Moderne und die Sicherung ihres Platzes darin ein vorrangiges Anliegen. Im Jahre 1913 schreibt z.B. der Herausgeber 'Ebdul Kerîm KERKÛKÎ in der in Istanbul erschienenen Nr. 1 von "Roj Kurd", Organ der kultur-politischen Vereinigung HÎWA:

"Hinsichtlich meines weltlichen Vermögens bin ich zufrieden, aber da ich zum kurdischen Volk gehöre, fühle ich mich unglücklich; denn dieses edle Volk ist keine zwei Schritte nach vorne gegangen. Um diesen Widerspruch zu beseitigen, um dieses Volk zu befreien, hat man zwei Wege gewählt: 1. die kurdische Vereinigung (Anm.: er meint HÎWA), 2. die Zeitung Roj Kurd, die ebenso im Dienst der Kurden an die Öffentlichkeit tritt. Die Vorzüge der Vereinigung sind unzählbar. Sie mischt sich nicht in politische Angelegenheiten*, sie will nur Bildung verbreiten, Literatur und Dichtungen sammeln und veröffentlichen, die kurdische Grammatik

X Es kann sich hier um eine Verbeugung vor den damaligen Machthabern im Osmanischen Reich und in Istanbul handeln, den Jungtürken, die seit ihrem Durchbruch im Jahre 1908 den politischen (später auch kulturellen) Aktivitäten der Kurden mehr und mehr entgegentraten, trotz der gerade noch propagierten Gleichberechtigung unter den islamischen Völkern des Osmanischen Reiches. Diese Kollisionspolitik änderte sich kurzfristig 1918-1923, als das Ende des Osmanischen Reiches verhandelt wurde. (SAFRASTIAN 1948:81-82; vgl. S. 172 dieser Arbeit)

entwickeln^x. Diese Vereinigung ist zustande gekommen, um in ideeller und finanzieller Hinsicht und mit ganzer Seele im Dienst der Kurden zu stehen."(x)

Etwa zur gleichen Zeit, am B. Februar 1914, appelliert in einem anderen Zentrum des Osmanischen Reiches, in Bagdad, Cemal SABAN in der Nr. 1 seiner "Bangî Kurd" (Aufruf der Kurden) an den Bildungswillen der Kurden und weist dabei auf die Errungenschaften der Japaner ("sie haben einen großen Staat wie Rußland besiegt") und der Engländer ("sie sind auch Menschen wie wir") hin, durch die diese sich "Hochschätzung und Begeisterung" haben sichern können. Er schließt mit:

"Deshalb müssen wir in Bagdad eine Vereinigung gründen, die in jedem Ort eine Schule eröffnet und das kurdische Volk von seiner jetzigen Ignoranz befreit".

In der gleichen Nummer von "Bangî Kurd" wird ein Beitrag zur Aufarbeitung der Vergangenheit abgedruckt; der Titel: "Die Kurden in frühislamischer Zeit", der Autor: der Dichter Sukrî FEZLÎ. Letztlich sind aus dieser ersten Nummer von

"Bangî Kurd" noch ein Gedicht von Sehîb ZADE und daraus die folgenden Zeilen zu erwähnen: "Für den Fortschritt des Heimatlandes und des Volkes ist unsere Einigkeit Pflicht, Edelmütigkeit ist vonnöten. Laßt uns die Gelegenheit nicht verpassen" (274).

Populär mögen zeitgenössische Gedichte wie das folgende von Seyfî QAZÎ gewesen sein, das in der Zeit des 1. Weltkrieges entstand und noch stark der literarischen und gedanklichen Tradition des 19. Jahrhunderts verbunden ist:

"Ihr Kurden, bis wann sollen wir auf den Bergen wie die Dämonen kommen und gehen - ohne einen (eigenen) Herrscher zu haben? Andere haben Gärten und leben in Städten ganz fröhlich. Wir dagegen sind auf dem Ödland und im Gebirge zerstreut. Unsere Behausung ist nur ein Zelt, unser ganzer Besitz besteht aus Kefir und Käse. Andere leben in Schlössern und Palästen voller Gold und Silber. Jedes Volk hat sein Recht in die Hand bekommen, aber wenn ein Kurde seinen Kopf hebt, dann nenn man ihn rebellisch⁺. Ein Leben in Knechtschaft, wozu ist das gut? Kommt ihr, sterben wir, um unsere Heimat zu befreien. Weshalb wollen wir diesen Kopf, wenn er

x Im 19. Jahrhundert hatten europäische Wissenschaftler (vornehmlich Deutsche und Russen) mit diesen philologisch-kurdologischen Arbeiten begonnen: z.B. Alexandere JABA, Peter LERCH, Hugo MAKAS, Oskar MANN, Eugen PRYM und Albert SOCIN, Karl HADANK.

+ Hier bezieht sich das Gedicht auf eine bis in unsere Tage gehegte Fremdmeinung.

**nicht im Sinne einer (eigenen) Herrschaft geopfert wird?
Der Kurde darf keine Angst haben vor Gefängnis und Galgen.
Ihr tapferen Kurden, bei Gott, jetzt ist der Tag des Muten.
Nehmt Eure Dolche in die Hand, kommt tapfer zum Schlachtfeld." (275)**

Die hier zum Ausdruck kommende "Umbruchstimmung" entspricht der realpolitischen Entwicklung im äußeren Bedingungsrahmen, die das gesamte nah- und mittelöstliche Gebiet ergreift: in den ersten beiden Jahrzehnten dieses Jahrhunderts fällt das Osmanische Reich endgültig zusammen^x.

Praktische Bildungsarbeit haben die kurdischen "Aufklärer" ebenfalls betrieben. Die erste aufklärerisch-nationale (Volks)Schule wurde anscheinend in Istanbul gegründet, wahrscheinlich im Jahre 1908 von der CEM'ÎYETÎ NESRÎ ME'ARÎFÎ KURDÎ (Vereinigung für die Verbreitung der kurdischen Kultur). Diese - unter dem Namen "Çemberlî" bzw. "Tschenberli-Tasch" bekannte - Schule wurde 1909 von den Jungtürken geschlossen (276). Ob die ebenfalls von dieser kulturpolitischen Vereinigung geschaffenen "Clubs", u.a. in Mossul und Diyarbekir, länger gearbeitet haben, ist nicht bekannt (277). In Nord- und Ost-Kurdistan sind ebenfalls - wahrscheinlich nur für kurze Zeit - aufklärerisch-nationale Schulen unterhalten worden, und zwar von der KOMELEY CÎHANDANÎ (= Vereinigung für Weltkenntnis), von der nur das Gründungsjahr (1912) bekannt ist. Von einer anderen aufklärerisch-nationalen Schule ist als Eröffnungsdatum der 4.11.1913 bekannt. Sie wurde betrieben von einer von 'Ebdul-Rezaq BEDIRXAN initiierten und vorwiegend in und um

(x) Mitte des 19. Jahrhunderts umfaßte das Osmanische Reich noch folgende Gebiete: Arabien, Griechenland und weitere Teile der Balkanhalbinsel, sowie die heutige Türkei einschließlich Südwest-Armenien und Nord-, Mittel- und Süd-Kurdistan. Zur Zeit des Sèvres-Vertrages entfielen bereits: Griechenland und die anderen Teile des Balkans, Teile Arabiens.

Beigetragen zum Niedergang des Osmanischen Reiches haben u.a. die sukzessiven russisch-türkischen Kriege im 19. Jahrhundert, die Erhebungen innerhalb des Reiches, z.B. der Kurden (von 1804 an wohl 18 an der Zahl), und der Bündnisvertrag vom 2.8.1914 mit Deutschland, wodurch die Alliierten Kriegsgegner des Osmanischen Reiches wurden und weite Teile desselben besetzten, 1920 auch Istanbul. Abgeschlossen und international bestätigt wurde die Auflösung mit dem Vertrag von Sèvres vom 10.8.1920 bzw. mit dem von Lausanne vom 24.1.1923.

Xoy tätigen Kulturvereinigung (278). Die modernen kulturpolitischen Vereinigungen sollen vor dem ersten Weltkrieg eine große Zahl von Broschüren und Bulletins herausgegeben haben, u.a. auch eine "überall verbreitete Broschüre" mit dem Titel "Ev xole xol-ê meye" (diese Erde ist unsere Erde) (279). Diese aufklärerischen Bemühungen werden höchstens eine begrenzte Wirkung bei der Landbevölkerung, den kurdischen Bauern und Viehhaltern, gehabt haben, doch kann man annehmen, daß sie die "Ahnung einer neuen Zeit" auch unter sie brachten. Das Motto der vom 2. Juli bis 27. Okt. 1922 in Sileymanî (heute irakisches Kurdistan) mit insgesamt 14 Nummern erschienenen "Bangî Kurdistan" (Aufruf Kurdistans) beinhaltet auf anschauliche Weise die hier angesprochenen "neuen Werte einer neuen Zeit":

"Die Zeit der Keulen und Pfeile ist vorbei. Jetzt gilt die Wissenschaft. Die Hand ist die Waffe, die Kunst ist der Glanz, das Wissen ist der Schild".

Die von 1920/1 bis 1930 (?) in Ost-Kurdistan (Urmia) von dem traditionellen Kurdenführer SIMKO und dem Gelehrten Mela Mihemedî TÛRCANÎ herausgegebene und redigierte Zeitung "Kurd" trug als Motto den Koranvers: "Haltet Euch alle am Seil Gottes und laßt Euch nicht zerstreuen", der hier - als Motto einer der frühen kurdischen Zeitungen und in Verbindung mit den darunter abgebildeten verschränkten Händen - als Solidaritäts-Aufruf angesichts der relativ unvermittelt einbrechenden Moderne verstanden werden kann (260)^x.

X Die europäischen Mächte, die UdSSR und die USA förderten diesen Prozeß entschieden, verdeutlicht u.a. in Daniel LERNERS "The Passing of Traditional Society. Modernizing the Middle East" (1962). Zum (wirtschafts)politischen Hintergrund dieser Bemühungen der „Vertrags-Ploetz“: "Da die moderne Welt von ihrer Wirtschaft abhängig war, bestimmte ihr Bedürfnis nach Rohstoffen und Energiequellen auch die politischen Entwicklungen nicht unerheblich. Als man die Bedeutung des Erdöls erkannte, setzte sofort ein erbitterter Kampf um die Beherrschung wichtiger Erdölquellen ein. Die Aktionen einzelner Privatleute wurden dabei oft von den Regierungen ihrer Länder unterstützt. Manche Regierungen ergriffen sogar selbst die Initiative zu einer eigenen "Erdölpolitik". Zu den umstrittensten Objekten gehörten die Ölfelder von M o s s u l und K e r k u k in Mesopotamien. Kaum wurde deren Existenz Ende des 19. Jahrhunderts bekannt, als sich schon drei Interessenten um eine Konzession zur Ausbeutung dieser Felder bemühten: England, Deutschland und der amerikanische frühere Marineoffizier und Diplomat Colby M. Chester. Dieser erhielt zwar von Sultan Abdul Hamid II (1878-1909) das Versprechen einer Konzession ..." etc. etc. - RÖNNEFARTH, H. und H. EULER 1959 :102 (aus: "Vorgeschichte zum Mossulvertrag vom 5.6.1926").

Was das Verhältnis der Kurden zum Osmanischen Reich und zum Qāğāren-Reich angeht, von 1900 bis zum Ende des 1. Weltkrieges sind sowohl "kooperative" als auch "bedingt kooperative" als auch "selbstzentrierte" Momente festzustellen. Als kooperativ bzw. als auf einer positiven Identifikation basierend sind die Hamīdiye-Truppen einzuschätzen (261), die nach der Machtergreifung der Jungtürken unter dem Namen "Ashiret Alaylari" (türk., Stammesregimenter) eine loyale militärische Stütze für dieselben abgaben, sowohl als Ordnungsmacht in den kurdischen Provinzen als auch als Streitmacht bei den russisch-türkischen Zusammenstößen im Rahmen des 1. Weltkrieges (282). Allerdings sollen sie grundsätzlich nicht gegen kurdische Erhebungen zum Einsatz gebracht worden sein. Eine kurdische Quelle spricht von der "neutralen Haltung der Hamīdiye-Truppen zur kurdischen Freiheitsbewegung" (283). Interessanterweise schlossen sich diesen kurdischen Regimentern einige Stämme aus Ost-Kurdistan an. Welche Bedingungen dieser Schützenhilfe zugrunde lagen, ist nicht ganz klar^x. Allein religiöse Gründe hier zu vermuten - nach der Propaganda des Osmanischen Reiches handelte es sich um einen "Heiligen Krieg" "Ğihād" (Djihad) gegen die "Ungläubigen" - scheint unangebracht (284), da z.B. die ost-kurdischen Sincabî, die EHL-Î HEQ-Anhänger sind, bis zum Ende gegen die Alliierten auf der Seite des Osmanischen Reiches kämpften (285). Die Unterstützung mancher ostkurdischer Stammesverbände für das Osmanische Reich mag zum Teil in ihrer Unzufriedenheit mit der durch die Verfassungskämpfe 1911 erwirkten "konstitutionellen Monarchie" begründet gewesen sein. Wir wissen auch, daß sich 1911 einige Stammesverbände zur Unterstützung des gegen den Qāğāren-Herrscher gestellten Salār od-Dola entschlossen (286). Eine Anzahl anderer kurdischer Stammesverbände unterstützten den (pro-deutschen) persischen Gouverneur Nezām-es-Saltaneh von Kirmaşan, der um sich eine kleine kurdische Streitmacht sammeln konnte, die allerdings nach dem Vormarsch der Russen und der Flucht des Gouverneurs nach Bagdad schnell auseinanderfiel (287). Ein großer Teil der schiitischen Ost-Kurden blieb dem Qāğāren-Schah bedingt-kooperativ verbunden, nach dem traditionellen Muster "Loyalität gegen (interne) Unabhängigkeit".

X Es ist hier zu bedenken, daß in jener Zeit eine persisch-türkische Grenzkommission tätig war und daß Russen und Briten) entscheidend zu ihrer Bildung beigetragen hatten (EAGLETON 1963:8).

Allerdings kann dieses Verhältnis auch nicht ungetrübt gewesen sein. Es ist zumindest eine Erhebung (1917) gegen den Qāgären-Schah aus der Zeit des 1. Weltkrieges bekannt. In Geylan und Kermansan forderten Stammesverbände "Autonomie" für Ost-Kurdistan, wofür sie - vergeblich - um russische Unterstützung nachgesucht haben sollen (288). Was die kurdischen Stämme und Stammesverbände im Osmanischen Reich angeht, so dürfte eine "große Anzahl" - wenn nicht die Mehrheit - bedingte Loyalität gegen bedingte Unabhängigkeit geboten haben.

Als die Jungtürken an die Macht kamen, war die Staatskasse fast erschöpft. Die Bücherdurchsicht ergab, daß das Gebiet des Şêx Se'id 'ELÎ bzw. Mela Selimi XÊZANÎ bereits seit 20 Jahren keine Steuern gezahlt und keine Rekruten gestellt hatte. Den Forderungen des jungtürkischen Wāli bzw. Generalgouverneurs von Bîtîs begegnete Mela Selimi XÊZANÎ mit den Argumenten, daß er seine Leute für religiöse Tätigkeiten, für die Verwaltung und Versorgung der Tekê, sein Geld für die Verpflegung tausender Pilger und Durchreisender benötige (289). Außerdem, fügte er hinzu, seien während der "wohltätigen Regentschaft des Sultan Abdul Hamîd II derartige Forderungen nicht erhoben" worden, was auf eine bedingt-kooperative Absprache bzw. Praxis schließen läßt. Den Versuch des Generalgouverneurs von Bîtîs, seine Forderungen mit Gewalt durchzusetzen, die Herden des Şêx zu beschlagnahmen, begegnete Mela Selîmî XÊZANÎ mit einer generellen Mobilmachung in seinem Gebiet. Mit seiner Streitmacht, darunter auch Armenier und Assyrer, konnte er für kurze Zeit auch Bîtîs einnehmen. Ob das Ziel des Mela Selîmî XÊZANÎ, der in seinem Gebiet als "Heiliger" angesehen wurde (290), ein unabhängiger Staat oder sein Vorhaben auf "Selbstbestimmung" oder "Unabhängigkeit für sein Gebiet" begrenzt war, ist schwer einzuschätzen⁺, auch im Lichte der folgenden Einzelheiten, die eine kurdische Quelle im Jahre 1960 gibt: "Mela Selîm war ein bekannter Şêx aus der Xêzan-Familie, der sich schon früh für die Unabhängigkeit Kurdistans einsetzte. Im Jahre 1894 wurde er auf Befehl von Sultan Abdul Hamîd nach Madîna verbannt, zusammen mit 'Ebdul-Qadirî Şemzînî und Mûsa Begî

+ Nach einem zeitgenössischen Diplomaten fühlten sich die Kurden und Şêx Selîmî Xêzanî "von den Türken ausgeraubt" (LAZAREV 1964:215).

Xoytelî. Zwei Jahre später wurden sie begnadigt. Xêzanî hatte in Başqela, Van, Mûş, Bîtîs, Diyarbekir, Qaris und auch im Kaukasus eine große Anhängerzahl gefunden, allerdings nicht unter den Qadirî-Derwischen, die Sultan 'Abdul Hamîd unterstützten. Mela Selîm konnte einige kurdisch-muslimische Theologen bewegen, ein Rechtsgutachten abzugeben, das sich gegen die Zusammenarbeit von religiösen Gelehrten Kurdistans mit dem Osmanischen Reich stellte. Als Begründung wurde die Gegnerschaft des Reiches zum Islam bzw. zur Schi`a-Konfession gegeben. Im Jahre 1910 wurde Xêzanî verhaftet, doch bald von seinen Anhängern befreit. Das Reich konnte einige Qadirî-Anhänger unter den Kurden gegen die Xezani-Bewegung gewinnen. Am 18. April 1914 griff Xêzanî mit 40 seiner Anhänger Bîtîs an, zunächst waren sie erfolgreich, doch bald war Xêzanî gezwungen, sich im russischen Konsulat zu verstecken. Als er und seine Getreuen bei Ausbruch des 1. Weltkrieges in die Berge flüchten wollten, wurden sie gefangengenommen und hingerichtet, Xêzanî im Alter von 65 Jahren" (291). Auch soll es von 1914 eine de facto Unabhängigkeit eines kleinen Teils des kurdischen Hauptsiedlungsgebietes im Schatten der russischen Armee gegeben haben, die bis 1917 bzw. bis zur Oktoberrevolution währte, zu welchem Zeitpunkt die russische Armee sich aus dem Gebiet zurückzog. Die Kontakte zum Zaren sollen von 'Ebdul-Rezzaq BEDIRXAN bereits 1912/13 hergestellt und die Bitte um Unterstützung bei der Gründung eines Staates Kurdistan gestellt worden sein. Auch soll 'Ebdul-Rezzaq BEDIRXAN die Freilassung der beiden von den Russen in Bākū inhaftierten Kurdenführer SIMKO und ŞEMZÎNÎ erwirkt haben. Überliefert ist ein Aufruf des 'Ebdul-Rezzaq BEDIRXAN, in dem er die Kurden anhält, "weder die Russen zu bekämpfen noch die Türken zu verteidigen; denn dieser Krieg ist nicht im Sinne des Islam, sondern im Sinne des Turanismus. Die Türken versuchen mit Hilfe von Wilhelm dem Deutschen ein Groß-Türkenreich zu gründen ... Die Russen sind keine Barbaren. Sie behandeln die Muslime in Rußland gerecht". BEDIRXAN soll 1918 verhaftet und in Mossul hingerichtet worden sein (292).

Im Jahre 1917, als sich die russische Armee noch in dem ehemals von Selîm Xêzanî befehligten Gebiet befand, kam es zu einer regional übergreifenden Erhebung kurdischer Stämme gegen das Osmanische Reich, wovon Dersim, Botan, Xerpût, Mardîn, Diyarbekir und Bîtîs ergriffen waren. Kontakte zur russischen Armee und Diplomatie bestanden, und die Errichtung eines Staates Kurdistan soll nach deren Archiven das Ziel gewesen sein (293).

Einen in der Sache ähnlichen Vortrag mag im Jahre 1916 Kamil Bey BOTAN gemacht haben, als er bei Zar Nikolaus an der türkischen Front in Tiflis persönlich vorstellig wurde (294). Diese diplomatische Mission ist in direktem Zusammenhang mit dem Aufstand von Dersim und Botan in den Jahren 1915-1916 zu sehen, bei dessen Niederschlagung auch opponierende Stammesführer und deren Streitkräfte beteiligt waren.

Ende 1917 erhielt der russische Konsul in Urmia, Nikitine, das Ersuchen der KOMELEY ÎSTÎXLASÎ KURDISTAN (Vereinigung für die Rettung Kurdistans) um Kontakte zur russischen Armee. 'Ebdul-Qadir Seyid-Teha-y SEMZÎNÎ, Neffe des (unter Kurden) berühmten Sêx 'Ubêdullay NEHRÎ, wollte sich über eine mögliche gemeinsame Aktion gegen die Türken und hinsichtlich der Befreiung Kurdistans verständigen (295).

Wie so vieles in dem Kapitel "die Kurden im 1. Weltkrieg" der Entwirrung harret, ist die Migration von Hunderttausenden von Kurden in der zweiten Hälfte des Krieges noch völlig ungeklärt. Handelte es sich um eine Zwangsumsiedlung oder vorwiegend um eine Flucht? Bedenkt man einerseits die zahlreichen Kontakte zwischen auf Freiheit bedachten Kurdenführern und die an Rußland grenzende geographische Lage des kurdischen Hauptsiedlungsgebietes und andererseits das unter den Kurden in jener Zeit verbreitete Gerücht, daß die Russen die armenischen Stoßregimenter bei einer Invasion von Südwest-Armenien und Kurdistans zwecks Errichtung eines großarmenischen Staates unterstützen würden (296), so ist beides denkbar (297). Auf jeden Fall scheinen mindestens 700.000 Kurden während des 1. Weltkrieges aus ihren Gebieten vertrieben worden zu sein, und nur die Hälfte davon scheint überlebt zu haben und zurückgekehrt zu sein. Ein Teil dieser vertriebenen Kurden kam in Gebiete abseits des Hauptsiedlungsgebietes der Kurden (298), ein weiterer Grund zu der Annahme, daß in den Jahren von 1900 bis 1918/9 nicht nur ein Teil der Grundgesamtheit in Unruhe versetzt wurde, sondern die Mehrheit der Kurden überhaupt.

An dieser Stelle, wo der Lauf der Entwicklung fast unentwirrbar scheint, sollte man sich vielleicht des Urteils des zeitgenössischen Kurden Mela SAID, einem unabhängigen Intellektuellen im Dienste des russischen Konsuls in Urmia, erinnern, der im Jahre 1917 meinte, daß - wollte man die Kurden zusammenbringen - man sie erst einmal vom Joch

ihrer Führer befreien müßte (299), Andererseits waren die einzelnen Gruppierungen innerhalb der Grundgesamtheit kein Spielball ihrer Führerschaft, wie aus dem folgenden Zitat aus einem der Pariser Friedenskonferenz (1919) zugestellten Dokument hervorgeht: "All these tribes ... have never permitted their chiefs the slightest concession to the governments with regard to their independence ..." (300). Vielleicht hätte Mela SAID zwei/drei Jahre später sein Urteil relativiert; da jedenfalls kam es zur wohl ersten Einigung unter der Mehrheit der kurdischen Führungsschicht seit 1515 (301), diesmal allerdings zu einer Einigung, die als "selbst-zentriert" einzuschätzen ist. Zum Hintergrund dieses Ereignisses ist folgendes anzumerken.

Seit 1900 bis zum Kriegsbeginn zwischen Rußland und dem Osmanischen Reich im Jahre 1914 sind - vorwiegend von der kurdischen Führungsschicht - mindestens acht politische Organisationen gebildet worden, die auf diese oder jene Art an die "kurdische Öffentlichkeit" traten, sei es durch die zur traditionellen Führungsschicht zählenden Mitglieder, durch ihre Presse, durch Flugschriften oder auch durch den von einem Mitglied geführten Derwischorden. - Wenn es auch zwischen den Organisationen gewisse Konflikte bzw. Rivalitäten gab (302), das Ziel der Unabhängigkeit und Einheit Kurdistans war ihnen gemeinsam. Während der Kriegsjahre verlieren wir diese Organisationen aus den Augen. Wahrscheinlich im letzten Kriegsjahr, jedenfalls vor 1919, wurden zwei weitere derartige Organisationen gebildet, die in Nord- und Mittel-Kurdistan tätige CEM'ÎYETÎ MÎLLETÎ KURD und TESKÎLATÎ ÎCTÎMA'ÎYEY KURDISTAN und ein KOMÎTEY ÎSTÎQLALÎ KURDISTAN, dessen Exil-Zentrale in Kairo von Serîf PASA geleitet wurde (303). Serîf PASA setzte seine im diplomatischen Dienst (des Osmanischen Reiches) erworbenen Fähigkeiten ein. Er stellte Kontakte sowohl zu Vertretern der kurdischen Führungsschicht als auch zu den Alliierten her und trug am 22.3.1919 als "President of the Kurd Delegation to the Peace Conference" die kurdischen Forderungen in Form eines Memorandums mit einer Landkarte vor. Dieser eben schon kurz zitierte Vortrag betont die selbst-zentrierte Seite im Selbstverständnis der Kurden:

"All these tribes, in spite of the exceptionnally tolerant regime to which they are subjected, have never permitted their chiefs to make the slightest concession to the governments with regard to their independence, so inflexibly jealous does their somewhat fierce nature become when their national traditions and their independence is at stake" (304).

Entsprechend unumwunden sind auch die Forderungen:

"In virtue of the Wilsonian principle everything pleads in favour of the Kurds for the creation of a Kurd state, entirely free and independent. - Since the Ottoman Government has accepted Mr. Wilson's fourteen points without reservation, the Kurds believe that they have a right to demand their independence, and that without in any way failing in loyalty towards the Empire under whose sovereignty they have lived for many centuries, keeping intact their customs and traditions. ...

We protest energetically against the pretensions of the Americans^{x1} with regard to Kurdistan, which, as defined by the frontiers which we shall indicate in a map, later on, should remain to the Kurds.

...

Finally we demand, that independence which is our birthright, and which alone will permit us to fight our way along the road of progress and civilization, to turn to account the resources of our country and to live in peace with our neighbours." (305)

Nachdem zwischen kurdischen und armenischen Delegationen eine Reihe von Grenzfragen und die zukünftigen Beziehungen der zu schaffenden Staaten besprochen worden waren, wurde am 20.12.1919 von Şerîf Paşa und Boghos N. Paşa ein Abkommen unterschrieben^{x2}. (306)

Ein neuerliches, dieses Abkommen berücksichtigendes Memorandum der kurdischen Forderungen mit Landkarte wurde am 1.3.1920 der Pariser Friedenskonferenz vorgelegt. Einverstanden mit dieser Entwicklung waren wichtige Führer ganzer Stammesverbände wie z.B. Seyid TEHA, der sowohl in der ersten kurdischen Partei TE'ALÎ Û TEREQÎ KURD als auch in der KOMELEY ÎSTÎXLASÎ KURDISTAN führendes Mitglied war und im Jahre 1917 als Beauftragter der letztgenannten Partei beim russischen Konsul

x1 Eine Anzahl US-amerikanischer Missionare kam bereits vor dem 1. Weltkrieg in den Mittleren Osten. Bei den Kurden fand ihre Missionstätigkeit wenig Anklang. Das gilt auch für den Versuch, eine Zeitung in kurdischer Sprache herauszugeben (Cebâr CEBARÎ 1972:86). Mehr Anklang fanden sie bei den (christlichen) Armeniern und (As)Syrrern. Şerîf Paşa bezieht sich hier sicherlich auf die mit der Missionstätigkeit einhergehende politische Unterstützung für ein Groß-Armenien (vgl. CHRISTHOFF 1935).

x2 Damit war ein von den Russen seit langem gehegtes Bedenken gegen ein unabhängiges Kurdistan aus dem Weg geräumt. Nach LAZAREV 1972:301 hatten die Russen in den Jahren seit 1909, als die russische Armee erstmals in Kurdistan einmarschierte, keine klare Linie hinsichtlich der kurdischen Bestrebungen verfolgt, eher hegten sie den Plan eines Groß-Armeniens. Vgl. den ehemaligen russischen Konsul in Urmia NIKITINE (1956:195): "Il ne semble pas d'ailleurs que le gouvernement russe ait eu une politique kurde bien définie. Le problème kurde se confondait avec les perspectives d'une Arménie indépendante".

in Urmia sondierte. Einverstanden mit den Pariser Forderungen war auch Îsmayîl SIMKO, der von 1918-1930 über weite Teile Ost-Kurdistans unabhängig herrschte⁺ und seinerseits wohl bereits im Winter 1918 von einem unabhängigen Staat Kurdistan sprach (307). Einverstanden war auch Sêx MEHMÛD, der von 1918 bis 1930 mit wechselndem Erfolg Mittel- und Süd-Kurdistan gegen und mit Zustimmung der britischen Mandatmacht beherrschte. Sêx MEHMÛD hatte im übrigen - zusammen mit 40 Stammesführern - bereits vor dem in Paris eingebrachten Memorandum "diplomatische Mittel" zur Lösung des kurdischen Problems einzusetzen versucht. Am 1.12.1918 bekundeten sie den Briten - bezugnehmend auf eine Absichtserklärung Frankreichs und Großbritanniens zur Befreiung der orientalischen Völker von der türkisch-osmanischen Unterdrückung^x - ihre Bereitschaft, sich unter Aufsicht der Briten zu stellen, damit es "dem kurdischen Volk möglich sei ... sich friedlich zu entwickeln" (308). Die Idee einer Unabhängigkeit unter britischem Schutz war nicht neu, ein Mukrî-Stammesführer hatte diesen Vorschlag bereits im Juli 1918 einem britischen Militärvertreter unterbreitet, und zwar in Mehabad, und Serîf PASA hatte davon im Oktober 1918 zu Sir Percy Cox gesprochen (309). Am 23. Juli 1919, also drei Monate nach der Eingabe der kurdischen Unabhängigkeitsforderungen in Paris, versammelte sich eine anscheinend große Zahl von Stammesführern in Nord-Kurdistan, in der Nähe von Malatia, um in einer großangelegten Aktion ihre Forderungen sofort durchzusetzen. Durch Vermittlung des General Bell, Chef des britischen Geheimdienstes in Aleppo, entschloß man sich, auf die von demselben in Aussicht gestellte Berücksichtigung der in Paris vorgetragenen Forderungen zu warten (310). Weniger Bereitschaft zum Warten zeigten Kurden im Goyan-, Delo- und Dersîm-Gebiet. Vor dem Abschluß des Sèvres-Vertrages am 10.8.1920, der die Erfüllung der in

+ "It was with Simko that Gordon Paddock, the American Consul in Tabriz negotiated for about \$ 5.000 in silver coins the safe evacuation of the American missionaries from their pillaged property in Urmia. The Iranian Government likewise recognized Simko's de facto control over the area by appointing him Governor of the highlands west of the lake" (EAGLETON 1963:11).

x Es kann sich um die Erklärung vom 8.11.1918 handeln: "affirmant que la France et la Grande Bretagne n'avaient pas d'autre but que la complète et définitive libération des peuples si longtemps opprimés par les Turcs et l'établissement de Gouvernements Nationaux et Administration tirant leur autorité de l'initiative et du libre choix des populations indigènes". (RAMBOUT 1948:50)

Paris vorgebrachten Forderungen nun in international bestätigte Aussicht stellte^{x1}, fanden dort regional eng begrenzte Erhebungen statt. Auch Sêx MEHMÛD nahm im Mai 1919 die Entwicklung der Ereignisse in die Hand. Mit einer aus Ost-Kurdistan rekrutierten kleinen Truppe von 300 Mann vertrieb er zunächst die Briten aus Sileymanî, deren kurdische "Levies" sich anscheinend nicht sehr kampfesbereit gezeigt hatten.

Allerdings war Sêx MEHMÛD auch nicht von allen Seiten akzeptiert. Es existieren eine Reihe von zeitgenössischen Schmähdichtungen gegen ihn und sogar eine ironisch-kritische Erzählung, in der er die Hauptfigur abgibt (311). Allem Anschein war er ein autoritärer Herrscher, der aber - wie es von SIMKO nicht anzunehmen ist - seine Gegner am Leben ließ. Es scheint außer Zweifel, daß das Ziel Sêx MEHMÛDs ein unabhängiger Staat Kurdistan war, allerdings am liebsten unter seiner Herrschaft. Den gesamtkurdischen Bemühungen meinte er wohl nicht im Wege zu stehen, war aber insbesondere ab 1923 verstärkt auf die Bildung eines Staates in "seinem" Mittel-/Süd-Kurdistan aus. Ähnlichkeiten gibt es hier zu SIMKO, allerdings hat der letztere eine stärkere Anlehnung an die Nordkurden gezeigt und ständigen Kontakt mit ihnen gepflegt. Im Jahre 1922 versuchten Simayil SIMKO und Seyid TEHA den damals mit Zustimmung der Briten in Mittel- und Süd-Kurdistan als Gouverneur regierenden Sêx MEHMÛD zu einer Aktion gegen die Türken zu bewegen, als Vorausleistung für die anscheinend definitiv in Aussicht gestellte Unterstützung Großbritanniens.

Aus dem am 14.2.1922 zwischen den dreien ausgetauschten Telegrammen kann man entnehmen, daß - über allgemeine Höflichkeiten hinaus - Sêx MEHMÛD dazu nicht bereit war. Er meinte (312):

"Aber ich, heute, kenne den Gegner unseres Heimatlandes nicht, wer uns Rechte gibt und welche Regierung^{x2} unsere Rechte verletzt. Ohne den Grund zu wissen, ohne das Recht gesehen zu haben, warum sollen wir Krieg führen und für wessen Interesse? Deshalb finde ich es günstiger, in aller Neutralität in meinem Hause zu sitzen."

x1 Vgl. den Wortlaut des Vertrages von Sèvres (Sektion III "Kurdistan") in der Anmerkung (127).

x2 Eine türkische Regierung war von Kemal Atatürk in Ankara gebildet worden, da die ehemalige Reichshauptstadt Istanbul bis 1923 von den Alliierten besetzt war. Eine arabische Regierung des Irak war im August 1921 in Bagdad von Großbritannien zuwege gebracht worden.

Sêx MEHMÛD mißtraute den Briten und erwähnte hierzu in seiner ersten Telegrammantwort an SIMKO:

"Heute hat man den Kurden offiziell keine Rechte gegeben, damit ist kein Grund für Bewegung und Verteidigung gegen Außenstehende (Anm.: d.h. gegen die Türken) gegeben. Wenn wir irgendwann unser Recht verlangt haben, hat man es mit etlichen Argumenten hinausgezögert. Vor drei Monaten hat die Regierung Großbritanniens den Kurden Hilfe versprochen, nicht einmal 1% davon hat sie erfüllt".

Da dieser Telegrammwechsel am 30.12.1922 in "Bangî Kurdistan", Organ der 5 Monate zuvor in Sêx MEHMÛDs Gebiet gegründeten CEM'ÎYETÎ KURDISTAN (Partei für Kurdistan) abgedruckt wurde, ist anzunehmen, daß Sêx MEHMÛDs Haltung in dieser Frage "seinem Volk" bekannt war. Vor die Wahl gestellt, entweder mit den in Jahrhunderten erprobten Türken oder mit den in kurzer Zeit als unzuverlässig erachteten Briten auskommen zu müssen, hätte sich mit Sicherheit ein Teil der Kurden für die Türken entschieden (313).

Nachdem Sêx MEHMÛD im Juni 1919 von der britischen Besatzungsmacht gefangengenommen, zum Tode verurteilt, dann begnadigt und nach Indien verbannt, im September 1922 nach einer Reihe von Unruhen in dem Gebiet von der nunmehrigen Mandatmacht Großbritannien (seit dem 1.5.1920) wieder zurückgeholt wurde, ließ er sich im Oktober 1922 zum König von Kurdistan ausrufen. In der Zwischenzeit hatten die Türken intensive Propaganda unter den Kurden der früheren osmanischen Provinz Mossul getrieben und sich als durch die Geschichte gebesserte und bessere Partner als die Briten vorgestellt (314). Eine tiefgehende Krise war das Resultat. Eine Reihe von Kurden, auch "Cil-Xuwar" (wörtl. = die unrichtig Gekleideten) genannt, vertraten die Meinung, daß eine Einigung mit den Nord-Kurden unter der Schirmherrschaft und in Partnerschaft mit den Türken zu wünschen sei, wie auch einige Stammesführer auf dem sogenannten "Kongreß von Erzerum" (an dem türkische Vertreter teilnahmen) beschlossen hatten, ein Telegramm an die Pariser Friedenskonferenz zu schicken, in dem sie bekundeten, kein Interesse an den Möglichkeiten eines unabhängigen Staates Kurdistan zu haben, lieber im - wie

sie meinten, garantiert gleichberechtigten - Einvernehmen mit den Türken leben zu wollen x (315).gleichberechtigten - Einvernehmen mit den Türken leben zu wollen x (315).

Andere waren der Meinung, daß eine Feindschaft mit den Türken zwar durchaus nicht wünschenswert sei, man sich aber erst in der eigenen Existenz bestätigen und dann gleichberechtigte Beziehungen aufnehmen müsse. Die Zeitung "Bangî Kurdistan" im September 1922:

"Wir sagen nicht, daß wir mit dem islamischen Staat (Anm.: mit dem Osmanischen Reich) verfeindet sein müssen. Wir sagen, daß wir zunächst eine Existenz uns schaffen, einen Namen haben und unter der Kurden Fahne uns sammeln wollen. Und dann - wenn wir 'wer' sind - dann wollen wir uns mit jenem islamischen Staat in gute Beziehungen setzen, der (dann) nur Nachbar sein wird." (316)

In welchem Maße die Kontroverse zumindest Sêx MEHMUDs Gebiet erfaßt hatte, dazu kann der Titel des Artikels, aus dem das eben gegebene Zitat stammt, einen Anhaltspunkt geben: "Alle Staaten sind Resultat der Einheit, die Staatenlosigkeit ist eine Frucht der Zersplitterung". In diesem Artikel schrieb der Verfasser 'Elî KEMAL, bereits seinerzeit und noch heute ein Dichter von Ruf:

"Heute ist unter unserem Volk die Zersplitterung bis zu einem Grad gekommen, daß Bruder mit Bruder, Vater mit Kindern, kurz gesagt, kein Mensch mit dem anderen Menschen in Wort und Idee einig ist..." (317).

In diesem Licht verwundert es weniger, daß Sêx MEHMUD - gegenüber dem Anliegen SIMKOs und Seyid TEHAS nach einer gemeinsamen antitürkischen Aktion (318) - es vorzog, in "aller Neutralität in seinem Hause" zu sitzen. Den Hintergrund zu dieser Entscheidung bildeten zweifelsohne die zwischen den in seinem Gebiet lebenden Kurden existierenden Meinungsverschiedenheiten über die sich anbietenden Allianzmöglichkeiten. In dem Wirrwarr des Umbruchs kannte man den "Gegner des Heimatlandes" nicht, wußte man nicht "wer zu den Rechten verhelfen", "welche Regierung dagegen stehen" würde. Die Kontroverse berührte weniger das Was wollen Wir? als

x Die Satzung der (jungtürkischen) Kemalisten vom 23.4.1920 hatte die "vollen Rechte, der Kurden als eigenes Volk neben den Türken" anerkannt. Als die Republik Türkei am 30.10.1923 ausgerufen wurde, "leugneten die Türken ihr Versprechen" - Îsmayîl Heqî SAWEYIS: "Komîtey Îstîqlalî Kurdistan" in: "Rojî Nö", Sileymanî Nr. 1, 2. Jg., 1961, S. 21

das Wie erreichen wir, was wir wollen? Unter der Rubrik „Politik von heute“ schrieb "Rojî Kurdistan" am 20.11.1922:

"Ab jetzt werden wir uns nicht von den Tricks von diesem und jenem betrügen lassen. Nach unseren Rechten und Grenzen streben wir. Kurz gesagt, alle jene Gebiete, die jetzt unter Fremdherrschaft sind, müssen wieder der Regierung Kurdistans (sic) zurückgegeben werden, damit wir die Wohltat des Rechts und der Freiheit genießen. Bis wir das nicht erreicht haben, werden wir nicht zufrieden sein. ... Kurdistan, dem die Wirklichkeit und die Natur ein eigenes Merkmal gegeben hat, kann nicht zerteilt werden, und wenn es nicht als unmittelbare Einheit von einer einzigen Verwaltung verwaltet wird, wird Chaos resultieren. Das muß jeder gebildete Kurde berücksichtigen." (319)

Am 6.12.1922 schrieb ein gewisser 'Arif SAYIB in "Rojî Kurdistan" in Erwiderung an die in Bagdad erschienene arabische Zeitung "al-'Îrâq":

"Kurdistan ist keineswegs ein Teil des Iraks, es gibt den arabischen Irak und den nicht-arabischen Irak. Kurdistan gehört zu keiner Landkarte des Irak. Der Name Kurdistan spricht für sich" (320).

Auf das "Recht der Kurden" geht die Zeitung "Rojî Kurdistan" (Sonne von Kurdistan) in dem Städtchen Sileymanî - entsprechend der um 1918 ansetzenden Propaganda des Abendlandes - etwas spezifischer ein. Unter dem Titel "Kurdistan, malî Kurdane" (wörtl. = Kurdistan, Haus der Kurden) wird hier am 7. Januar 1923 ausgeführt:

"Dieses Prinzip ist aus Amerika gekommen^x. Kurdistan gehört den Kurden, weil das kurdische Gebiet fast so groß ist wie Spanien und einem Volk gehört, das eine einzige Sprache spricht und eine einzige ethnische Form hat. Wir verlangen nicht den Schutz für eine Minderheit, wir verlangen die Existenz für eine große Masse ... Deshalb hat kein Mensch das Recht, uns unsere Rechte zu beschneiden".

Der Autor, der Dichter ZÊWER, schließt seine Betrachtung mit dem Reim: Kurdistan, Malî Kurdane, Sañêb wîjdanîş hemû le Losane (Kurdistan gehört den Kurden, ehrenwerte Leute sind in Lausanne). Dieser Reim

x Als am 8.1.1918 der amerikanische Präsident Wilson seine "große grundlegende Botschaft" an die Welt im Allgemeinen und an die kriegführenden Parteien im 1. Weltkrieg im Besonderen richtete, die als "Wilson's 14 Punkte" bekannt ist, verlangte er in Artikel 12 für die Völker des Osmanischen Reiches, also auch für die Kurden, "eine absolute und ungestörte Möglichkeit ihrer autonomen Entwicklung" (vgl. RÖNNEFARTH, H. und H. EULER 1959²:24).

wurde schnell zum geflügelten Wort, zumindest in Mittel- und Süd-Kurdistan, und ein Jahrzehnt später, also nach 1930, zum Demonstrationsruf bei Aufmärschen, dann allerdings verstand man ihn nicht mehr wie sein Urheber, nämlich in Bezug auf die von der Konferenz von Lausanne erwartete Unabhängigkeit, sondern auf vom Völkerbund zu garantierende Autonomierechte im Rahmen des von Großbritannien geschaffenen Staates "Irak" (321).

Das gebrochene Verhältnis von Şêx MEËMÛD zu der britischen Mandatmacht, zumindest sein fehlendes Vertrauen, kommt durch seinen Brief vom 20.1.1923 an Lenin^{x1} zum Ausdruck(322). Inwieweit Şêx MEËMÛD vom Fortgang der Verhandlungen in Lausanne informiert war, ist nicht bekannt. Auf jeden Fall steht dieser Brief an Lenin nicht in Widerspruch zum Resultat, dem Vertrag von Lausanne vom 24.1.1923^{x2}, der die völkerrechtliche Grundlage für die Gründung der Republik Türkei bildete und zugleich dieser die Nord-Kurden und Nord-Kurdistan zusprach. Die Zukunft der früheren osmanischen Provinz Mossul wurde bei den Verhandlungen zum Vertrag von Lausanne ebenfalls abgesprochen. Am 3.3.1923 flogen die ersten Bombenflugzeuge der Royal Air Force in das Zentrum des von Şêx MEËMÛD regierten Gebietes (323), und ein britischer Berater war beauftragt, Şêx MEËMÛD von der Notwendigkeit der Eingliederung Süd- und Mittel-Kurdistans in den Irak zu überzeugen (324), allerdings ohne Erfolg^{x3}. Mit dem Mossulvertrag vom 5.6.1926 zwischen der Türkei und

x1 Die Grundlage des Faible von Şêx MEËMÛD für Lenin (und später für die Sowjetunion schlechtweg - vgl. S. 212 dieser Arbeit) ist unklar. Interessant sind in diesem Zusammenhang und in Bezug auf den Zeitpunkt des Briefes an Lenin folgende Hintergründe:

1 - RAMBOUT 1948:50: "Avant même la fin de la guerre les Alliés avaient décidé de dépécer l'Empire Ottoman et l'accord SYKES--PICOT (6-5-1966) réglait le partage des dépouilles. Les Russes d'abord peu favorables (Memorandum SAZONOV 29-2-1916) avaient fini par accepter la combinaison (note du 26-4-1916) a condition que la région (Kurde) située au Sud de Van et de Bitlis serait incluse dans la zone russe."

2 - Lenin hatte über 'Âderbâyğân den im 1. Weltkrieg vorhandenen kurdischen Flüchtlingen bzw. Vertriebenen eine Spende zukommen lassen, und über den sowjetischen Konsul in Tabriz/ 'Âderbâyğân war das Memorandum an Lenin geleitet worden.

x2 Vgl. den Wortlaut des Vertrages von Lausanne (Protection des Minorités) in der Anmerkung (130).

x3 Nachdem eine am 30.9.1924 beauftragte Untersuchungskommission des Völkerbundes unter Graf Téléki festgestellt hatte, daß die von den beiden Parteien - Türkei und Großbritannien - vorgelegten Statistiken und Karten unrichtig gewesen seien, ->

Großbritannien (Irak)^{x1} wurde Nord-Kurdistan mehr oder minder effektiv von Mittel- und Süd-Kurdistan getrennt^{x2}. Relativ offen blieb die Grenze zum französischen Mandatsgebiet und zum späteren "syrischen Kurdistan". Ein Teil der Nord-Kurden bzw. ihrer Führungsschicht begann dort, vorwiegend in Damaskus und in Aleppo (auch im britischen Mandatsgebiet Beirut) ihre Exil-Existenz. Ihre Tätigkeiten schlugen sich merkbar belebend in der kurdischen Pressegeschichte nieder, allerdings wurden ihren politischen Aktivitäten von den Mandatsträgern Grenzen gesetzt.

Der "Vertrag von Lausanne" und der "Mossulvertrag" haben insbesondere die Nord-Kurden nicht davon abgehalten, weiter für ein unabhängiges Kurdistan zu arbeiten; mehr noch als vorher, steht zu vermuten. Denn die Enttäuschung über den Sinneswandel der Kemalisten, was die "vollen Rechte der Kurden als eigenes Volk

-> die Kurden 7/8 der Bevölkerung in dem Mandatsgebiet Großbritanniens und in der ehemaligen osmanischen Provinz "Mossul" ausmachten, wurde am 16.12.1925 - anlässlich des Anschlusses dieses Gebietes an den Irak, der 25 Jahre Mandatsgebiet bleiben sollte - vom Völkerbund gleichzeitig verfügt:

"Il devra être tenu compte des vœux émis par les Kurdes qui demandent que des fonctionnaires de leur races soient désignés pour l'administration de leur pays, l'exercice de la justice, l'instruction dans les écoles et que la langue Kurde soit la langue officielle de ces services" - RAMBOUT 1947:60; vgl. S.90 dieser Arbeit.

x1 Ziel des Mossulvertrages war "die Beendigung des britisch-französischen Ölstreits über die Quellen von Mossul, zugleich Grenzfestlegung zwischen der Türkei und (Anm.: dem damals noch nicht unabhängigen) Irak" (RÖNNEFARTH, H. und H. EDLER 1959 2:102-Vertrags-Ploetz). Anm.: Mossul befand sich in Kurdistan und der Irak war zu diesem Zeitpunkt noch nicht unabhängig.

x2 Die Artikel 6-13 der (unbegrenzt gültigen) Sektion II des Mossulvertrages befassen sich mit der "Guten Nachbarschaft". Der "Vertrags-Ploetz" resumiert: "Verständigung und Einschreiten mit allen Mitteln gegen Raub und Plünderung (6-7), auf das Gebiet der anderen Macht ausgewichene Räuber sind gegenseitig auszuliefern (9). Zuständig in der je 75 km breiten Grenzzone (10) sind für die Organisation der allgemeinen Zusammenarbeit und die zu ergreifenden Maßnahmen türkischerseits der militärische Grenzkommandant, von irakischer Seite die Mutessarifs von Mossul und Arbil; für dringende örtliche Angelegenheiten die entsprechenden Vertretungen der Valis und für den Irak die Kaimakams von Zakko, Amadia, Zibar und Rowandouz (11). Keine Verhandlungen irgendwelcher Art mit Scheichs oder Stämmen im Gebiet des anderen (12)." (RÖNNEFARTH, H. und H. EDLER 1959²: 102)

neben den Türken" im neugegründeten Staate anging ^{x1}, war unausbleiblich. Etwa 16 Monate nach dieser Gründung kam es zu einer - in der europäischen Presse erwähnten - großen Erhebung des Kerngebietes des türkischen Kurdistan; u.a. Bîtîs, Xerpût, Van, Erzerum waren ergriffen. Eine kurdische Quelle erwähnt einige Details und Zusammenhänge, die diese Erhebung (Januar bis Juli 1925) als das Resultat einer kontinuierlichen Entwicklung erkennen lassen. Xalid CEBRÎ aus dem Cebran-Stamm hatte 1921 in Erzerum ein KOMÎTEY ÎSTÎQLALÎ KURDISTAN gegründet, welche Vereinigung für die "Unabhängigkeit Kurdistans" in allen sechs Provinzen, also im gesamten kurdischen Gebiet des Osmanischen Reiches, tätig gewesen sein soll. Diese Organisation und eine daneben existierende ISTIQLALI KURDISTAN sollen sich 1921/22 unter eben diesem Namen verbunden und die Form einer Geheimorganisation angenommen haben, deren "Zellen" mit jeweils 12 Mitgliedern zumeist die Namen von Blumen oder kurdistanischen Örtlichkeiten trugen. Das Partei-Motiv bestand aus einer Schreibfeder, einem Spaten, einer Picke, einer Baumwollblüte und einer Ähre, arrangiert um einen in der Mitte, in einer Sonne, befindlichen Dolch. Ein Teil der Beteiligten ist 1924/25 festgenommen worden, ein führend Beteiligter, Xalid CEBRÎ, nahm an der Erhebung von 1925 teil (325). Der Aufruf eines anderen an der Erhebung führend Beteiligten, Sêx Se'îdî PÎRAN des NEQISBENDÎ-Mystiker-Derwischordens, mag die Stimmung unter den Kurden in jener Zeit - der Aufruf erging im März 1924 - wesentlich beeinflußt haben. Nicht nur stellte Sêx Se'îdî PÎRAN eine den kurdischen Traditionen verbundene, politisch-religiöse Führungspersönlichkeit dar, der Text selbst hat eine überzeugende Ausstrahlungskraft, jedenfalls im Lichte der kurdischen Geschichte und durch die Vielzahl der für Kurden in besonderem Maße relevanten Symbole. Der Aufruf lautete (326):

"Die Türken, die Osmanen haben uns leider seit 400 Jahren und nach und nach, im Namen der Religion und des islamischen Kalifats, geknechtet. Sie haben uns in die Finsternis und Ignoranz geführt. ... Diese Türken sind vorher als Nomaden zu uns gekommen und haben sich durch List und Tücke angesiedelt. Unser Land haben sie besetzt und zerstört. Kurdistan war niemals eine Ruine wie heute gewesen. ... Unser Land war nicht so vernachlässigt... Kein Kurde, kein Gläubiger kann diese Situation hinnehmen. ... Wir sind alle verpflichtet, uns aus diesem bitteren und unglücklichen Leben zu befreien. Deshalb dürfen wir vom Weg der Gerechtigkeit und Wahrheit nicht abweichen. Vor dem Sterben dürfen wir keine Angst haben. Auf dem Weg (hin) zur Wiedererlangung unserer Rechte dürfen wir uns nicht besiegen lassen. Leistet Widerstand gegen die türkischen Soldaten, besonders gegen die Offiziere und Befehlshaber, die unsere Frauen, Mädchen und Kinder erbarmungslos

x1 Kaum ein Jahr nach der Gründung der Republik Türkei entschloß diese sich die kurdische Sprache per Gesetz zu verbieten.
(RAMBOUT 1 47:26, BLAU 1963:35)

mißhandeln. Wider die Religion töten sie uns. Verteidigt die Waffenlosen, Machtlosen und Schutzlosen. Gegenüber den Gefangenen, Verletzten seid behutsam. Gegenüber den türkischen Soldaten, die nicht kämpfen und sich uns ergeben, müssen wir nett sein und sie brüderlich behandeln.

Im Krieg dürfen Eure Hände nicht zittern. Habt keine Angst vor dem Tod; denn ein sinnloses Leben, ein Leben in Benachteiligung, Ohnmächtigkeit, voller Sorgen und Elend ist für uns alle beschämend. Ein tapferes Sterben ist besser als ein geknechtetes Leben.

Es ist klar, daß die Türken ihr Wort nicht einhalten und gegen die Kurden sehr brutal und hinterhältig handeln. Wir Kurden müssen den Türken eine Lektion geben, die sie niemals vergessen.

Die Wolf-artige Handlungsweise der Türken müssen wir vor der ganzen Welt entlarven und zeigen, wie zerstörerisch, brutal und blutrünstig sie sind.

Statt mit diesen Tyrannen sinnlos zu leben, sollen wir lieber auf dem gemeinsamen Weg zur Gerechtigkeit und Befreiung sterben. Märtyrer zu sein ist süßer als ein derartiges Leben. Für unsere kurdischen Brüder und die lieben Kinder, die nach uns leben, müssen wir ein Beispiel der Opferbereitschaft geben und für ihr zukünftiges Leben eine Perle beitragen, auf daß sie vom Weg der Gerechtigkeitsliebe und Befreiung nicht abweichen und sich in die Helligkeit des Lebens bewegen.

Streben wir nach einem ehrenhaften Leben, bringen wir im Sinne der Freiheit und des Glückes gemeinsam Opfer, erlangen wir einen guten Ruf für unsere Nation! Wir müssen der Welt zeigen, daß wir gegen Gewaltherrschaft sind, gegen Rechtlosigkeit und Ungerechtigkeit, daß wir dagegen Widerstand leisten.

Wir müssen versuchen, in beiden Welten (Anm.: im Dies- und im Jenseits) Brüderlichkeit und Gerechtigkeit zu pflegen, damit wir uns gegenüber Gott und gegenüber den Menschen nicht zu schämen brauchen und in beiden Welten nicht benachteiligt werden.

Ihr, Volk der Kurden! Das Gute und das Böse steht in unseren Händen. Nur durch unsere Taten werden wir befreit und von der Finsternis ins Licht gelangen! ...Wir sind seit langem unter der Gewaltherrschaft der Türken. Wenn wir weiter auf ihre Gnade warten, werden wir verrottet und verfault sterben.

Seit vier Epochen (Anm.: vier Jahrhunderten) und bis heute versuchen die Türken, uns gegenseitig Haß, Faulheit und Nichtstuerei und Plündern zu lehren. Sie haben nie versucht, uns das Feine, die Liebe zueinander, Toleranz, Wissenschaft und Kunst beizubringen. Sie haben uns ständig den Weg des Nomadentums gezeigt. Bis wann sollen wir so gegeneinander (gestellt) und inaktiv bleiben?

Nach türkischer Lehre zu handeln, das soll nun ein Ende haben! Zusammenarbeit mit den Kemalisten hat für die Kurden in beiden Welten nur Enttäuschung bedeutet. (Vorwärts) in die Richtung des Lichtes und der Freiheit ... in die Richtung der Brüderlichkeit und der Menschenliebe!

Ihr Kurden!

Seit der Epoche von Mem û Zîn bis heute haben wir unser Leben nicht geordnet, haben wir die Seele unserer Vorfahren nicht glücklich gemacht. Wir haben die Wünsche des Ehmedî Xanî nicht erfüllt. Deshalb leben wir so im Elend und machen unsere Feinde (damit) froh!

Oh, kurdisches Volk!

Ihr wißt ganz genau, daß die Türken an ihren Unglückstagen immer die Kurden (angerufen) haben, aber in ihren glücklichen Tagen haben sie die Kurden nie gekannt. Sie haben den Kurden nie das ihnen Zustehende gegeben. Sie haben nicht nur ihr Wort gebrochen. Sie haben auch - soweit es ihnen möglich war - ihr Schwert in die Brust der Kurden gesteckt. Auf diese Weise, so unehrenhaft, haben sie die Kurden belohnt.

Ihr besonnenen Menschen, zieht eine Lehre daraus." (327)

Daß die Erhebung von 1925 einen unabhängigen Staat Kurdistan zum Ziel hatte⁺, war dem Richter beim türkischen Militärgericht in Diyarbekir klar:

"Certains d'entre vous ont pris pour prétexte de révolte les abus administratifs du Gouvernement, d'autres ont invoqué la défense du Califat, mais vous étiez tous unis en un point: CREER UN KURDISTAN INDEPENDENT. C'est sur le gibet que vous allez payer le prix des foyers ruinés, du sang versé" (328).

Tatsächlich wurden am 28. Juni 1925 über hundert Kurden hingerichtet, im August 1925 auch die beiden Führer Sêx Se'îdî PÎRAN und Xalid Bey CEBRÎ und weitere 48 Beteiligte (329). Xalid Bey (CEBRI) sagte - so ein französischer Berichterstatter (330) - während des Prozesses: "Wenn Sie mich an den Galgen bringen, ich werde ruhigen Herzens gehen, denn mehr als vier Millionen Kurden werden aufstehen, um mich zu rächen." Ein anderer, Dr. FUAD, soll während der Vorbereitungen zu seiner Hinrichtung gerufen haben, daß er fröhlich sterbe - aus Liebe zu seinem Land für die Unabhängigkeit von Kurdistan (331).

+ In der Revue de Paris vom 15. Oktober 1925, S. 841 gab ein P. Gentzoni die folgende Fehleinschätzung, indem er die auch in dem o.g. Zitat erwähnten Nebenerscheinungen zum Hauptmerkmal machte, Beispiel einer pro-türkischen Presse in Europa (332):

"Les causes profondes qui déclanchèrent la révolte kurde sont de l'ordre administratif et religieux. Le mouvement fut la résultante à la fois d'une réaction de la féodalité kurde contre l'Etat et du conflit entre la Turquie attachée aux vieilles traditions islamiques et la Turquie nouvelle, laïque et progressiste." (Zitiert nach RAMBOUT 1947:25)

Die Vorgänge in Nord-Kurdistan kommentiert "Bangî Kurdistan" am 28. Januar 1926 folgendermaßen:

"Die Regierung von Ankara hat alles getan, sie hat Tscherkessen, Araber, Armenier und Griechen verfolgt. Sie hat ein Genozid gegen die Nord-Kurden verübt, Die Moskauer, die unter dem Namen des Bolschewismus die Freiheit für die Welt propagieren, haben gemäß ihrem eigenen Interesse nichts dazu gesagt. Die Franzosen haben den Türken sogar mit der Tripolis-Eisenbahn geholfen, mit der sie mehrere Tausend Soldaten nach Diyarbekir brachten^x.

Die ganze Welt ist beschäftigt mit ihren eigenen Problemen. England, Frankreich, Deutschland, Italien, Rußland, Spanien, Ägypten, Jemen, USA - sie sind alle beschäftigt und beunruhigt über ihre Zukunft. Kurz gesagt, wenn es in der Welt Trägheit gibt, dann ist es nur in unserem Kurdistan und unter uns Kurden."
(333)

Neun Monate später, im Oktober 1927, versammelten sich in einem Geheimkongress alle am nationalen Ziel beteiligten Kräfte, führende Mitglieder der ausnahmslos seit 1922/3 geheim arbeitenden Organisationen, Intellektuelle, Vertreter der traditionellen Führungsschicht, und zwar aus allen Teilen Kurdistans (334), Xalidî Bey CEBRÎs Ankündigung im Jahre 1925, daß vier Millionen Kurden sich erheben würden, scheint eine realistische Einschätzung des Meinungsbildes zumindest der Nord-Kurden zur Grundlage gehabt zu haben.

An dem Geheimkongress nahm nicht zuletzt auch SIMKO teil (335), dessen Berater und persönlicher Freund 'Ebdul-Qadir Seyid Tehay SEMZÎNÎ im Sommer 1925 ebenfalls hingerichtet worden war. Unter den Gründungsmitgliedern der auf diesem Kongress gebildeten HÎZBÎ XOYÎBUN (= Partei für Unabhängigkeit) war SEMZÎNÎs Sohn: Seyid 'Ebdullay GEYLANÎ. Im Anschluß an den Geheimkongress reiste SIMKO zu Sêx MEHMÛD, der selbst nicht daran teilgenommen hatte. Inhaltlich ist über dieses Treffen anscheinend nichts bekannt geworden. Wenn auch das Presseorgan der XOYÎBUN gleichen Namens im Libanon herauskam und eine Zweigstelle in Detroit existiert haben soll, ihre breite Verankerung hatte diese Partei und die von ihr geführte

x "Hard pressed in their southern provinces, the Turks brought a fresh corps, over the Syrian railway under French mandate, and posted it in the rear of the Kurdish forces, who, being caught between two fires, had to abandon their positions." (SAFRASTIAN 1948:83).

Bewegung zweifelsfrei im Hauptsiedlungsgebiet der Grundgesamtheit (336). XOYÎBÛN war eine anti-religiöse Partei mit guten Beziehungen zu den Armeniern, wobei zu erinnern ist, daß Îhsan Nûrî PAŞA, der 1919 ein Abkommen mit den Armeniern geschlossen hatte, eines ihrer Gründungsmitglieder war. (337) In einer Publikation der Partei aus dem Jahre 1929 wird über ihre ersten Aktivitäten kurz nach der Gründung folgendes berichtet:

"The Hoyboon, thereupon proclaimed the independence of Kurdistan on 28th of October, 1927, as laid down in the Treaty of Sèvres, designated Kurd Ava, at Egri Dagh (Ararat) as the provisional capital of Kurdistan and by resolution, expressed the friendly sentiments of the Kurdish people for Persia, Armenia, Iraq and Syria, and their determination to wage relentless war against the Turks, until they had left for good, the Kurdish soil now under their grip. The war between Turk and Kurd is going on - and will go on - until the objective of the Kurds has been attained" (338).

Eine provisorische Regierung wurde gebildet. Die "Ziviladministration" wurde von Paşa Haski TELLO geleitet, die "national-kurdische Armee" wurde in allen organisatorischen und militärischen Fragen geführt von Îhsan Nûrî PAŞA. Die kurdische Fahne wurde gehißt, in dem als Hauptstadt vorgesehenen Kurd Ava. In die Wahl des an Ost-Kurdistan angrenzenden Ararat-Gebietes als Basis mögen sowohl militärisch-strategische^x als auch symbolisch orientierte⁺¹ Überlegungen eingegangen sein. Nachdem ein Zusammentreffen zwischen den türkischen Regierungsvertretern und Îhsan Nûrî PAŞA im Zentrum des von der Bewegung erfaßten Gebietes, in der Nähe von Bayezîd, kein Resultat brachte, begannen am 11. Juni bis 12. Juli intensive Kampfhandlungen, die in einem -von türkischer Seite mit Flugzeugen geführten - Zweifronten-Krieg ausarteten, da von Osten her die persische Armee die Grenze

x Am 23.1.1932 wurde eine persisch-türkische Vereinbarung über die Grenzlinie am Ararat getroffen. (NIKITINE 1956:198)

+1 Die große Bedeutung des Ararat in dieser Bewegung und Erhebung ist anscheinend von türkischer Seite reflektiert worden. Es wurde dort ein Denkmal mit der folgenden Inschrift in türkischer Sprache errichtet: „Mühayyel Kurdistan burada metfundur“ (hier ist das sogenannte Kurdistan begraben). (340)

schloß und auch direkte Schützenhilfe leistete ⁺ (339). Gleichzeitig wurden Strafexpeditionen gegen die kurdische Zivilbevölkerung durchgeführt ⁺¹, insbesondere gegen die Anhänger der Derwischorden der NEQISBENDÎ-XALÎDÎ, ein Indikator dafür, daß die Bewegung auf die Unterstützung und die Sympathie von nicht unmittelbar beteiligten Kurden bauen konnte.

Das Erinnern an den Sèvres-Vertrag anlässlich der Ausrufung der "Unabhängigkeit Kurdistans" am 28.10.1927 beinhaltet gleichzeitig eine Ablehnung bzw. Nichtanerkennung des in Ergänzung dazu geschlossenen Vertrages von Lausanne bzw. der durch ihn geschaffenen Realitäten. Die Enttäuschung über den Völkerbund, seine begrenzten Möglichkeiten und seine Politik, ist in mehreren Gedichten bekannter kurdischer Dichter ausgedrückt worden, die alle aus der Zeit um 1925 bis 1932 datieren.

Der Dichter und Publizist PÎREMÊRD (1867-1950) schrieb wahrscheinlich im Jahre 1925:

"Du, Völkerbund, Lügenvereinigung! Weshalb hast du die armen Kurden betrogen? Du hast doch versprochen, daß du der

x Ein mit dem 24.11.1927 datierter geheimer Brief des iranischen Botschafters in der neuen Türkei, Mohammad 'Ali Ferugi, an den iranischen Außenminister hatte über die Bewegung berichtet. Dieser Brief wurde in der Nr. 19 der kurdischen Wochenzeitung "Hawkarî" am 23.5.1970 (S. 2) wiedergegeben. Der iranische Botschafter berichtet:

"Die Türken denken, daß der Iran für die Sicherheit der gemeinsamen Grenze mit der Türkei nicht zusammenarbeiten will ... Das Allerschlimmste ist, daß England den Kurden das Thema der Unabhängigkeit in den Mund gelegt und dadurch den türkischen Staat in Besorgnis gebracht hat. Natürlich wird unser Rücken dadurch auch belastet. Aber, statt uns als Leidensgefährten sehen, betrachten die Türken uns leider als ihren Gegner ... Die Türken befürchten, daß die Türkei-Kurden den iranischen Boden als Basis und Unterschlupf... benutzen. ... Die Idee der Unabhängigkeit ist in den Kopf und Mund der Kurden gekommen, weil es ihr Stolz nicht akzeptiert, unter den Arabern zu leben. Deshalb müssen wir an unser Kurdistan denken und - wenn es möglich ist - die Türkei zum Partner gewinnen, aber nicht zwecks Vernichtung der Kurden, das wäre ein blödsinniger Gedanke, sondern um sie zum iranischen Staat zu ziehen und sie nach iranischer Art und Weise zu erziehen. Das ist für uns leichter als für die Türken, weil die Kurden sprachlich und rassisch Iraner sind..."

+1 Die 2. SOZIALISTISCHE INTERNATIONALE protestierte am 30.8.1930 (Vol. VII, No.40 mit folgender Resolution:

"L'Exécutif de L'I.O.S. attire l'attention du monde sur les massacres au moyen desquels le Gouvernement Turc cherche non seulement à réduire les Kurdes luttant pour leur liberté, mais aussi à exterminer la paisible population Kurde qui ne participe pas à l'insurrection et par lesquels il cherche à infliger au Peuple Kurde le sort des Arméniens, sans que l'opinion publique des Nations capitalistes proteste contre cette sanglante barbarie." (Zitiert nach RAMBOUT 1947:30-31)

**Fürsprecher bist, aber letztlich kam alles als Lüge heraus.
Die Türken und Araber sind mit uns verfeindet, und die Perser
oben drohen uns mit Keulen. Allesamt wollen sie uns zerstückeln
und du sagst: Ihr Hunde, kämpft doch gegeneinander! Ist das eine
Art und Weise, das Mandat auszufüllen?" (341)**

Ähnlich drückte sich der Dichter Ehmed Muxtar CAF (1897-1935)
aus:

**"Man sagt, daß der letzte Beschluß des Völkerbundes für die
Kurden sein wird. Das sind aber bloße Worte und die gehen nicht
in die Tasche." (342)**

In diesen Zeilen könnte eine innerhalb der Grundgesamtheit
ausgetragene Kontroverse angedeutet sein. In dem folgenden
Gedicht von ESÎRÎ KERKÛKÎ (1890-1966) ist die Kritik
vergleichsweise verhaltener, anscheinend noch in Erwartung der
vom Völkerbund garantierten Minderheitenrechte geschrieben.

**"Wir sind auch Kinder des Adam und Menschen. Warum sollen wir
keine Selbstregierung und Selbstverwaltung haben? Wer Verstand
hat, ist traurig. Es gibt kein Fest für die Kurden. Warum wird
der Beschluß des Völkerbundausschusses nicht eingeführt?
Die Großen und die Kleinen (von uns) sind durstig danach" (343).**

Das folgende im September 1931 in Sileymanî verfaßte Gedicht
von SELAM, u.a. auch Mitbegründer der in Mittel- und Ost-
Kurdistan tätigen KOMELEY ZERDEST (1928-1930), gibt ein mehr
endgültiges und negatives Urteil über den Völkerbund,
anläßlich der von Großbritannien und seinem Außenminister
Henderson betriebenen vorzeitigen Entlassung des Irak in die
Unabhängigkeit (vgl. S.190 dieser Arbeit).

"Völkerbund, große Vereinigung, ungerade und trickreich!

...

**Du warst doch besorgt um die armen Kurden und sagtest: Ich werde
dieses Volk befreien!**

...

**Wenn Du nicht als Lügner Dich erweisen willst, dann erledige
unsere Angelegenheit, bringe uns nicht umsonst zum Tanzen!**

**Schämst Du Dich nicht, wie man Gebrauch von Dir macht? Du (bist
eine) Keule in der Hand des Mr. Henderson.**

...

Lügenvereinigung!

Ort des Trickes und der List,

Du bist eine Keule in der Hand des Mr. Henderson.

...

**Warum hast Du auf diese Art und Weise die Kurden
heruntergebracht und Dich jetzt in Genf verschanzt?**

**Herr der Agitationen, Verband der Verfälschung,
so gibst Du das Recht den kleinen Völkern?**

...

Wie kommt es, daß Blutvergießen Dich nicht aus der Ruhe bringt?

Hast Du keine Angst, daß die Geschichte Dich verteufelt? Du bist eine Keule in der Hand des Mr. Henderson." (344)

Ein Manifest aus dem Sommer 1930, herausgegeben vom Ararat-Hauptquartier der XOYÎBÛN und in alle Teile Kurdistans und in den Libanon - auch an den Völkerbund - geschickt, rief anscheinend zum letzten Mal im Rahmen der von ihr geführten Bewegung zum vereinten Kampf auf:

"Brother Kurds, you must be worthy to become a great nation. How can you allow the noble Kurdish nation to live as slaves under the bondage of the Turks, while all other nations have won their independence? A large free territory between Iran and Iraq had been promised to us. Unite in the struggle we have started to liberate our brothers from the Turkish yoke, in order to liberate these lands which have belonged to us for many centuries." (345)

Die folgenden Beispiele von um und nach 1925 entstandenen Gedichten drücken sowohl die Enttäuschung und die Ängste jener Jahre aus, als auch die - nicht zuletzt in der XOYÎBÛN(Ararat)-Bewegung zum Ausdruck gekommene - Überzeugung des im "Wir" begründeten Potentials. Die in Mittel-Kurdistan herausgegebene Zeitschrift "Zarî Kirmancî" druckte in ihrer Nr. 11 vom 14.9.1927 (S. 13) folgendes Gedicht von ESÎRÎ KERKÛKÎ:

"Ich bin von einer Krankheit heimgesucht, deren Heilmittel es in keiner Apotheke gibt.

Mein Herz hat eine Sorge. Es findet Ruhe und Frieden nicht. Der graue Wolf, der blaue Wolf und der schwarze Wolf sind auf der Lauer.

Ohne Hirt steht die kurdische Herde in den Tälern und auf den Bergen." (346)

Das folgende Gedicht von demselben ESÎRÎ KERKÛKÎ wurde ebenfalls in "Zarî Kirmancî" im Jahre 1927 gedruckt:

**"Ich bin einer der kurdischen Mannen. Schau nicht mein ruiniertes Haus an,
zieh in Betracht mein Kurdistan, meine Geschichte, meine Taten und mein Wissen.**

**Ich bin einer der kurdischen Mannen.
Meine Waffe ist immer kampfesbereit - sollte es Krieg geben.
Die ganze Welt weiß Bescheid wie (mein Held) Rostem sich zeigen konnte.
Wenn Du einen Ausflug zu meinen Gärten machst, verstehst Du, wie mein Paradies aussieht.**

Teil meines Wassers wässert die Hälfte der Welt. Für den Irak und Cizîre ist es lebensnotwendig. Die Gärten und Äcker meines Landes sind die Vorratskammer der Welt. Mein Getreide versorgt den Iran und Arabien mit Nahrung.

Derjenige, der pessimistisch dreinblickt, beweist nur seine Unwissenheit und er verleugnet meine glorreiche Geschichte.

Die Geschichte der Welt gibt ein Zeugnis meiner Rolle darin ab. Bis heute steht der Bogen Xeroxs der Sassaniden.

Die Tonfolgen 'Reşt', 'Sêga', 'Beyat', 'Lawik' und 'Hêyran' beweisen meine musikalische Begabung.

Ägypten, Griechenland, Jemen, Indien, die Türken und die Römer waren mächtig geworden durch meine Keule, durch meinen Dolch und meinen Speer.

Ich hatte Männer wie Sultan Saladin gehabt, die Herrlichkeit dieses meines Sultans ist ein Stolz für die Muslime und die Welt." (347)

Ebenfalls aus den Jahren nach 1923 und vor 1932 stammt das Gedicht von Ehmed Muxtar CAF:

"Eine Stimme voller Gefühl, weinend und schluchzend kommt zu meinen Ohren.

Es ist das Stöhnen meines Herzens, das für Kurdistan seufzt.

Obdachlos, allein und ungerecht behandelt ist jetzt das kurdische Volk, mal durch die Türken, mal durch die Perser.

Der Zustand der Kurden heute in Bezug auf die Türken, Araber und Perser ist ähnlich dem eines Vogels, der in die Falle der Kinder geraten ist.

Man sagt, daß der letzte Beschluß des Völkerbundes für die Kurden sein wird, das sind bloße Worte und die Worte gehen nicht in die Tasche.

Laß heute so sein, aber es kommt ein Tag, an dem die Mannen der Kurden auf die Bühne kommen, mit Wissenschaft, Industrie und Kenntnissen. Die Jugend des Heimatlandes wird dieses Volk einigen - von Kirmanşan bis Urmia, bis Sine und Bokan." (348)

Der Dichter ZÊWER, der - wie auf S. 173 bereits erwähnt - im Jahre 1923 das spätere geflügelte Wort "Kurdistan gehört den Kurden, ehrenhafte Leute sind in Lausanne" prägte, bezieht sich in dem folgenden Gedicht wahrscheinlich auf die 1930/1 zerschlagene Ara-rat-Erhebung:

"Die Türken sagen: Jener Berg ist das Grab der Kurden⁺. Laß sie sagen, da der Berg eigentlich ein Garten ist. Es ist der Garten der tapferen und mutvollen Mannen, Ort der leidenschaftlichen Patrioten.

+ Hier dürfte das erwähnte Denkmal mit der Inschrift "Hier ist das sogenannte Kurdistan begraben" angesprochen sein, vgl. Anmerkung (340).

Die Türken haben die Realität verloren und die Geschichte vergessen." (349)

Das gerade auch in diesen Zeilen zum Ausdruck kommende positive Selbstbewußtsein ist zu einer Zeit vermehrt und auf verschiedene Weise innerhalb der Grundgesamtheit reflektiert worden, als die Realgeschichte wenig Anlaß dazu gab. Zu erwähnen ist hier ein mit dem 3.11.1926 datierter Brief des kurdischen Gelehrten Miñemed Kurd 'ELÎ (Muhammad Kurd 'Ali) (350). Den Beinamen "der Kurde" gab sich auch Marif CIWAYÛK, als er - wie noch erwähnt sein wird - im Jahre 1925 eine Reihe seiner "Die kurdische Frage" (Titel) betreffenden Zeitungsartikel in gesammelter Form herausgab. An dieser Stelle kann auch auf einen sich in diesem Jahrhundert vollziehenden Wandel in der Motivation für den Gebrauch einer Fremdsprache hingewiesen sein. Während in früheren Jahrhunderten Kurden in fremder Sprache schrieben, weil es unter den Kurden keinen "Markt" (Eñmedî XANÎ) bzw. keine interessierte Öffentlichkeit dafür gab, verwenden sie in diesem Jahrhundert mehr und mehr fremde Sprachen, um ihre Geschichte und ihren Standpunkt nach "außen" darzustellen. (351) Auch beginnen "echt kurdische" Vornamen in Mode zu kommen. Der Vorname "Kurdistan", den der Publizist Gîwî MUKRIYANÎ Ende der 20er/Anfang der 30er Jahre seiner Tochter gab, ist wohl selten geblieben. Der männliche Vorname "Kurdo", auch "Kirmanc", ist hingegen recht populär geworden. Neben altkurdischen Worten wie z.B. "Bruske" (Blitz, männlicher Vorname) und "Ronak/Ronav" (Licht, weiblicher Vorname) und einer Anzahl männlicher und weiblicher Berg- und Blumennamen, werden ab Mitte der dreißiger Jahre gerade auch mit der kurdischen Geschichte bzw. mit der mythisierten Geschichte der Kurden in Verbindung stehende Worte als Vornamen gebraucht: z.B. "Rostem", "Kawe", "Zerdeşt" (Zarathustra), "Mîdya" (Meder), "Erdelan", "Badînan", "Botan", "Saban", "Soran", "Barzan". Die Erwähnung des "Bogens (oder der Pforte) der Sassaniden" in dem o.g. Gedicht von ESÎRÎ KERKÛKÎ aus dem Jahre 1927 ist anscheinend nicht zufällig erfolgt. Es wird damit das in jenen Jahren anscheinend verstärkt vorhandene Anliegen angesprochen, nämlich sich in der Geschichte zu lokalisieren, auf seinen angestammten Platz darin zu verweisen. Das gilt auch für die genannten und seit Mitte der 20-er Jahre oft gebrauchten Vornamen sowie für die immer und immer wieder gegebene Erwähnung des SALADIN. Zu erinnern ist hier ebenfalls an das in den 30er Jahren zumindest in Mittel-Kurdistan gesungene Volkslied: "Kurde! Wo ist dein medisches Reich, deine Soran-Dynastie, deine Armee von Kerîm Xan (Zend)?" (352)

Im Jahre 1931 und dann 1932 veröffentlichte Mihemed Emîn ZEKÎ auch sein zweibändiges "Résumé der Geschichte der Kurden und Kurdistans", das mit einer Darstellung der Geschichte in frühester Zeit beginnt.

Das selbst-zentriert einzuschätzende Bemühen eines Teils der kurdischen Führungsschicht um den Fortschritt der Grundgesamtheit in sprachlich-kultureller und auch politischer Hinsicht scheint von manchen Kurden kritisiert worden zu sein, so zu entnehmen der in Bagdad am 15.2.1926 erschienenen "Bangî Kurdistan", in der (auf S. 2) Mistefa Paşa YAMULKÎ folgendermaßen kommentiert:

"Es gibt einige einfältige Leute, die sagen, daß man in kurdischer Sprache nicht schreiben und lesen kann. Eine Sprache, die seit Tausenden von Jahren und immer noch gesprochen wird, mehr als viele andere Sprachen sinnvolle Gedichte und Redewendungen besitzt, warum soll eine solche Sprache nicht geschrieben und gelesen werden können?

...

Diejenigen, die behaupten, daß die kurdische Sprache nicht gut gelesen werden kann und keine philologischen Regeln besitzt, die beherrschen entweder die kurdische Sprache nicht, und deshalb ist eine Auseinandersetzung mit diesen Leuten sinnlos, oder sie sind Handlanger der Fremden. Da diese letzteren Leute weit entfernt sind von der Liebe zu ihrem eigenen Volk, ist das Schweigen die richtige Antwort für sie." (353)

Die hier angesprochene Geringschätzung der kurdischen Sprache - als Maßstab für dieses Urteil dienten wahrscheinlich die fremden Schriftsprachen - Arabisch, Persisch, Türkisch - ist bereits Jahrhunderte vorher von kurdischen Dichtern beklagt worden (354). Eine derartige Geringschätzung, auch eine herbe Kritik an den inzwischen in Mittel- und Süd-Kurdistan unternommenen systematischen Bildungsversuchen (355), veröffentlichte Şukrî SEKBAN (Chukri Sekban) im Jahre 1933 in Paris.

"Depuis l'armistice à Sulaymaniah (= Sileymanî) en Irak et depuis plus de huit ans dans tous les districts de langue kurde dans cette contrée, la langue de l'enseignement est la langue kurde. Les résultats acquis par ce moyen d'enseignement sont catégoriquement nuls.

A supposer que les maîtres des écoles soient comme il faut, les livres d'école irréprochables, la bonne volonté du gouvernement, soutenu de l'ardeur excessive du corps enseignant

admirable, tout cela est Parfait; mais qu'est-ce que liront ces certifiés des ecoles une fois l'étude à école terminée?" (356)

Das Fehlen von Druckerzeugnissen in kurdischer Sprache beschäftigte auch "Bangî Kurdistan". Am 26.1.1926 kommentiert die Redaktion bzw. Mistefa Paşa YAMULKÎ:

"Die ganze Welt ist beschäftigt mit ihren eigenen Problemen, England, Frankreich, Deutschland, Italien, Rußland, Spanien, Ägypten, Jemen, USA, sie sind alle beschäftigt und beunruhigt über ihre Zukunft. Kurz gesagt, wenn es in der ganzen Welt Trägheit gibt, ist es nur in unserem Kurdistan und unter unseren Kurden. Wir haben keine Presse; wenn wir sie haben, steht sie im Dienste von einzelnen. Sie schreibt nichts über unsere Lage ... Wir haben keine Druckereien, um für uns Bücher zu drucken, die uns dann veranlassen würden, uns beim Lesen Mühe zu geben." (357)

Şukrî SEKBAN zieht aus dieser Situation - eine kleine Anzahl aktiv engagierter Kurden ist, mit geringen Mitteln ausgestattet, dem Problem der raschen Aufklärung einer Vielzahl ausgesetzt - den radikalen Schluß zur Selbstzerstörung:

"Un arbre coupe par son tronc un peu plus haut de la terre et qui continue de vivre tronqué avec la poussée de petits ramuscules grêles à ces côtés, n'ayant aucune valeur, mérite d'être déraciné et énuclé." (358)

Im übrigen spricht er weiterhin von "deux peuples cousins". "Kurde" und "Türke" seien nur Vornamen, der Familienname sei "Turanisch"⁺ (359). Daß ein unabhängiger kurdischer Staat nicht zustande gekommen sei, bedauert der Autor nicht, im Gegenteil, das wäre seiner Meinung nach eine "calamité, un désastre pour las veritables interêts du peuple kurde" (360). Nach einem Ausdruck höchster Wertschätzung "du illustre leader Mustafa Kémal Pacha" (Atatürk) ruft dieser Autor seine "Blutsbrüder, die Kurden in der Türkei" auf, den Weg der Integration im Dienste des "Friedens der Seele" und der "materiellen Sicherheit" freiwillig zu beschreiten (361).

+ Als Fremdmeinung wird diese Meinung z.B. von Fehrettin KIRIZLOGLU vertreten, in seinem "Kürtler'in Köku" (türk., die Herkunft der Kurden), 1. Bd., Ankara 1963. Ausführlich zum Thema der Beziehung der Kurden zu den Türken nimmt a.a.O. das Kapitel mit folgender Überschrift Stellung: "Auf jeden Fall sind die Kurden Türken".

Zu erinnern ist hier, daß derselbe Sukrî SEKBAN 10 Jahre zuvor in Kairo und in türkischer Sprache eine Broschüre mit dem Titel "Was die Kurden von den Türken verlangen" (1923) veröffentlichte, in der er das kulturelle Potential der Kurden gegenteilig einschätzte und die notwendige Freiheit für diese Entwicklung forderte. Seine Darstellung aus dem Jahre 1933 ist hingegen von einer melancholisch-defätistischen Stimmung geprägt, und entsprechend dem Inhalt seines Vortrages schließt er mit: "...je dis good-bye à ma vie politique".

Ein Indikator für die Intensität der Diskussion und die Dringlichkeit des Themas ist die umgehende Entgegnung an die Adresse von Sukrî SEKBAN durch Refîq HÎLMÎ (1898-4.8.1960), einem Pädagogen und Mathematiker und späteren Gründungsmitglied der HÎWA-Partei. Noch im Jahre 1933 ist sie erschienen, und zwar im entfernten Bagdad und in türkischer Sprache, also gerade auch an die türkische Öffentlichkeit gewandt. Sowohl Anlaß als auch Inhalt dieser Stellungnahme mit dem Titel "Das kurdische Problem auf einigen Seiten" scheint selbst im Jahre 1956 noch aktuell gewesen zu sein. In dem Jahre wurde sie, ebenfalls in Bagdad, nochmals veröffentlicht, diesmal allerdings in arabischer Sprache.

Bevor SEKBAN seine Vorstellungen zur wünschenswerten Integration der Nord-Kurden in die Türkei bzw. ihre Türkisierung veröffentlichte, hatte Celadet BEDIRXAN am 8.1.1933 einen offenen Brief an Atatürk adressiert, in dem er die von demselben initiierten Verbrechen am kurdischen Volk aufzählt und auf das Schärfste dessen Entkurdisierungs- bzw. Türkisierungspolitik verurteilt. Dieser Brief, eine relativ umfangreiche Darstellung von mehreren Seiten, ist im Jahre 1973 neu gedruckt worden, unverändert und wiederum in türkischer Sprache.

Auch die im Jahre 1928 in arabischen Zeitungen des Irak veröffentlichte Meinung eines Kurden namens REWANDUZÎ löste anscheinend eine kontroverse Diskussion aus. REWANDUZÎ sah den schnellen kulturellen und wissenschaftlichen Fortschritt der Kurden nur durch den Gebrauch der entwickelten Schriftsprache Arabisch gewährleistet, da in dieser Sprache u.a. gedruckte Lehrmittel bereitstünden. Die Garantie für Gleichberechtigung der Kurden im Lehrbetrieb sollte nach REWANDUZÎ Großbritannien übernehmen. Noch im gleichen Jahr, 1928, entgegnete ihm der Rechtsanwalt Marif CIYAWÛK sich des gleichen Mediums bedienend, der arabischen Zeitungen des Irak und der arabischen Sprache. Im Jahre 1925 hatte Marif CIYAWÛK - wie bereits erwähnt - eine Sammlung diesbezüglicher Artikel unter

dem Titel "Die kurdische Frage" veröffentlicht. Eine zweite Auflage davon erschien im Jahre 1939. (362)

Obwohl eine Anzahl der kurdischen Intellektuellen der angesprochenen Problematik mehr oder minder indifferent gegenübergestanden haben müssen - so könnte u.a. der relativ langsame Prozeß der Entwicklung zu erklären sein - haben andere Kurden mit langem Atem an der selbstgestellten Aufgabe gearbeitet. In den 20er Jahren adaptierte Celadet BEDIRXAN (gest. 1953) das lateinische Alphabet für die kurdische Sprache und benutzte es in seiner von 1932 bis 1935 in Damaskus erschienenen Zeitschrift "Hawar" (Hilferuf). Huznî MUKRIYANÎ kaufte 1914 eine Druckerei aus Deutschland und brachte sie zunächst (1915) nach Aleppo und 1921 ins Hauptsiedlungsgebiet der Kurden, nach Rewanduz, wo er 1926-1932 die anspruchsvolle (historisch-literarische) "Zarî Kirmancî" herausgab, Bücher in kurdischer Sprache druckte und umfangreiche Arbeiten zur kurdischen Geschichte verfaßte. Zwei langjährig tätige kulturpolitische Vereinigungen wurden gegründet, KOMELEY ZANISTÎ KURDAN (Bildungsvereinigung der Kurden) war von 1926 bis etwa 1949 mit mehreren Zweigstellen und einer Zentrale in Sileymanî tätig, YANEY SERKEWTINÎ KURDAN (Klub des Fortschritts der Kurden) hatte sich von 1930 bis 1963 in Bagdad niedergelassen.

Der Vollständigkeit halber sollen noch zwei - zwischen 1925 und 1930 datierte - "bedingt-kooperative" Bestrebungen erwähnt werden. Im Jahre 1928 fand sich die KOMELEY ZERDEST zusammen, die sich etwa zwei Jahre lang für eine Autonomie innerhalb des Iran einsetzte. Da diese Vereinigung sowohl in Mittel- als auch in Ostkurdistan Anhänger hatte, ist sie ein Beispiel dafür, wie die Grenzen in dem Gebiet keine Richtlinien für politische Zielvorstellungen gewesen sind. KOMELEY ZERDEST baute wohl von Anbeginn auf die scheinbaren Vorteile, die ein interessierter Staat den dann auch in seinem Dienst aktiv arbeitenden Kurden bieten kann (363), Als orientiert an den möglichen Vorteilen, die die Unterstützung eines Schah-Rivalen - mit Blick auf dessen etwaige Machtergreifung - bieten kann, ist der Aufstand eines Teils der OstKurden im Jahre 1926 einzuschätzen. Der auf Unabhängigkeit bedachte damalige Herrscher eines Teils von Ost-Kurdistan, Îsmayil SIMKO, schloß sich hier nicht an, sein Interesse galt einem Groß-Kurdistan.

schloß sich hier nicht an, sein Interesse galt einem Groß-Kurdistan.

Mit der Ermordung İsmayil SIMKO's durch Reza-Sah im Jahre 1930 und der Niederschlagung der XOYÎBÛN (Ararat)-Bewegung 1930/1, wurde den gesamt-nationalen Bemühungen - für etwa acht Jahre - weitgehend ein Ende gesetzt. Zwar arbeiteten einige Mitglieder der XOYÎBÛN bis etwa 1935 vom Exil in Damaskus, Beirut und Paris, doch ist eine entsprechende Bewegung im kurdischen Hauptsiedlungsgebiet in jenen Jahren nicht erkennbar, wiewohl anzunehmen ist, daß dadurch die nationale Idee mit wach gehalten wurde.

Ab 1930/1 tritt die Auseinandersetzung mit dem Status quo in den Vordergrund. Im Rahmen dieser Reaktion auf die seit 1923 gebildeten und sich konsolidierenden Nationalstaaten^{x1} werden verstärkt "kulturelle Rechte", "kulturelle und soziale Gleichberechtigung", "Selbstbestimmung", "Autonomie" verlangt. Im Jahre 1930 finden im irakischen Kurdistan und in Bagdad Demonstrationen statt gegen den Plan Großbritanniens, den Irak vorzeitig in die Unabhängigkeit zu entlassen, wie es der am 30.6. 1930 veröffentlichte britisch-irakische Bündnisvertrag^{x2} dann offiziell bestätigte. Wiederholt verleihen die irakischen Kurden ihrer Befürchtung Ausdruck, daß den Kurden die ihnen 1920, 1923 und 1925 zugesagten Rechte in dem zukünftigen unabhängigen Irak

x1 Im Rahmen der Konsolidierung des neuen Staatsgefüges im Mittleren und Nahen Osten wurden eine Reihe von Staatsverträgen und Abkommen geschlossen. Als für die Grundgesamtheit und ihre Beziehungen zu den neuen Staaten insbesondere relevant mögen die folgenden gewesen sein:

Im Jahre 1926 wurde zwischen der Türkei und Großbritannien der bereits erwähnte sogenannte Mossulvertrag geschlossen; 1927 ein sowjetisch-persischer Freundschaftsvertrag; 1930 ein britisch-irakischer Bündnisvertrag; 1934 ein türkisch-iranisches Abkommen; 1936/7 ein Bruderschafts- und Bündnisvertrag zwischen Saudi-Arabien, Irak, Transjordanien, Jemen; am 8.7.1937 banden sich Iran-Irak-Türkei und Afghanistan mit einem gegenseitigen Verteidigungsabkommen - dem - nach einem Vorort von Teheran benannten - Sa'dabad-Vertrag (Sa'd-abad-Vertrag). (RÖNNEFARTH, H. und H. EULER 1959²:590, 487, 251)

x2 Der britisch-irakische Bündnisvertrag übertrug - noch bevor der Unabhängigkeit des Irak durch den Völkerbund stattgegeben war - dem königlichen Staatsoberhaupt des Irak die souveränen Rechte zur Gewährleistung der inneren und äußeren Sicherheit des Irak - gegen langfristige wirtschaftliche und (militär)politische Privilegien, vgl. Anmerkung (364).

endgültig vorenthalten werden würden (364). Anlässlich der Demonstration wurden auch die folgenden Reime (365) gerufen: "Kurdistan gehört den Kurden, ehrenhafte Leute sind in Lausanne", "Wir sind Kurden, wir wollen Kurden haben. Der Araber ist Duckmäuser, wir wollen ihn nicht". Zum Teil waren es blutig endende Demonstrationen. Am 6.9.1930 schoß die irakische Armee in eine Menge, wobei 30 Demonstranten getötet wurden (366). Einunddreißig Jahre später, im Jahre 1961, wird im übrigen mit einem Generalstreik in dem Gebiet an diesen "schwarzen Tag" erinnert werden. In der zweiten Hälfte des Jahres 1930 wurden von kurdischer Seite eine Reihe von Protesten und Appellen verfaßt, eine vom Völkerbund garantierte "Autonomie" im Rahmen des zukünftigen unabhängigen Staates Irak wird gefordert (367). Eine mit dem 21. März 1931 datierte Eingabe von Sêx MEHMÛD an den Völkerbund - wobei zu erinnern ist, daß der 21.3. der Tag des Newroz-Festes ist - fordert die Unabhängigkeit für Mittel- und Süd-Kurdistan, und zwar als logische Schlußfolgerung bei der Entlassung des Irak in die Unabhängigkeit:

"Ce que nous voulons, la reconnaissance de l'indépendance de notre patrie, du 'gouvernement indépendant du Kurdistan du Sud', sous le mandat direct de Votre Honorable Société, et l'élimination de tout lien, de quelle nature qu'il soit, avec le gouvernement arabe de l'Irak. D'ailleurs le nouveau traite entre l'Angleterre et l'Irak mettant fin au mandat anglais, rend la solution que nous proposons logique et inévitable." (368)

Im April 1931 richtete Sêx MEHMÛD einen letzten Appell an die noch nicht vom Völkerbund entlastete Mandatsmacht Großbritannien, sie solle das kurdische Gebiet unter ihren direkten Schutz nehmen und ihm "Autonomie" gewähren (369). Auch dieser Vorschlag blieb unberücksichtigt. Es kam zu Unruhen, sowohl im Süden des kurdischen Gebiets und geführt von Sêx MEHMÛD, als auch im Barzan-Gebiet, daselbst geführt von Sêx Ehmedî BARZAN (370), Sie wurden im Juni 1932 mit Hilfe der britischen Luftwaffe^x vorerst bezwungen.

x Oberstleutnant Sir Arnold Wilson führte während eines Vortrags vor der Royal Asian Society in London am 8. Juni 1932 folgendes aus: „Es muß auf die Ausdauer hingewiesen werden mit welcher die Royal Air Force (ungeachtet der Genfer Konvention) die kurdische Bevölkerung während der letzten 10 Jahre, und besonders während der letzten sechs Monate, bombardiert hat. Verwüstete Dörfer, erschlagenes Vieh, verletzte Frauen und Kinder sind Zeugen der Ausbreitung, um mit den Worten eines Sonderkorrespondenten der Times zu sprechen, einer einheitlichen Form der Zivilisation.“
Zitiert nach Jawaharlal NEHRU (1949) 1957:904.

Aus dem türkischen Kurdistan ist die Gründung einer ähnlich "bedingt-kooperativ" agierenden Organisation nicht bekannt.

Es ist anzunehmen, daß die Mehrheit der Grundgesamtheit nach 1931 und bis 1939 mit der Entwicklung "unzufrieden" war, doch kam diese Unzufriedenheit - verglichen mit der vorangegangenen und der anschließenden Zeit - nur selten zum Ausdruck. Aus dem iranischen Kurdistan, wo seit 1930 das Sprechen in kurdischer Sprache und das Tragen kurdischer Tracht verboten war - in den Regierungsämtern und Behörden waren Tafeln aufgestellt: Sprechen außer in persischer Sprache ist verboten (371) - liegen zwei die wahrscheinliche Unzufriedenheit ausdrückende Volksliedteile vor. Nach 1931 sollen hier kurdische Kinder gesungen haben: "Ihr Kurden, Kurdistan ist nahe am Verbrennen" (372). In dem anderen Text kommt die ältere Generation zu Worte:

"Oh, Reza-Šah, möge Gott sieben deiner Söhne sterben lassen. Wer konnte bisher kurdische Soldaten einziehen? Reza-Šah, möge Gott deinen Thron stürzen! Reza-Šah, der die kurdischen Zwangssoldaten in den Krieg führt! Ich habe meinen Sohn mit Zucker (Liebe) aufgezogen, Reza-Šah hat ihn mir genommen." (373)

Von dem sich ehemals ganz anders ausdrückenden Dichter ZÊWER (374) liegt ein zwischen 1932 und 1937 datierendes Gedicht vor, das eine Stimmung der "inneren Emigration" reflektiert, die eher typisch für jene Jahre zu sein scheint als die offen artikulierte Unzufriedenheit bzw. das offen artikulierte positive Selbstbewußtsein.

"Pîremegrûn (Name eines Berges), du bist heilig. Du bist der unerschütterliche Freund der Kurden. Mit deiner schönen Aussicht bist du das Heilmittel für alle Krankheiten. Da du (auch) Freund unserer Vorfahren warst, bist du ein Licht im Auge der Kurden" (375).

Die im Winter 1937 und im Frühjahr 1938 im türkischen Kurdistan gezeitigten Aktivitäten sind nicht daselbst initiiert worden. Selbst zu einem Protest an den Völkerbund - bezüglich der seit 1932 bzw. 1934 und Anfang 1937 militärisch

Lieber würde er mit seinen offenen Feinden leben, den Türken, als mit den "Sklaven der Briten", ließ Sêx Ehmedî BARZAN - der ältere Bruder des späteren "Helden Kurdistans", Mistafa BARZANI - wissen und ging ins (kurzfristige) Asyl in die Türkei.

Mit der Reichweite und mit der Praktizierung der vom Völkerbund in dem nunmehr unabhängigen Irak garantierten "Minderheitenrechte" - Gebrauch der kurdischen Sprache in den Schulen und in der Administration des irakischen Kurdistan - waren die irakischen Kurden von Anfang an nicht zufrieden. Die YEZIDÎ-Kurden erheben sich dagegen 1935/36, die BARZAN-Kurden im Jahre 1936. Fast gleichzeitig werden im Jahre 1937/8 vier partei-ähnliche Organisationen gegründet: HIZBI YEKÊTÎ, KOMELEY PIŞTÎWANÎ KURD, KOMELEY BIRAYÎ, KOMELEY PEŞKEWTIN, alle mit dem Ziel der Autonomie für das irakische Kurdistan. Diese - nach einer "bedingt kooperativen Zusammenarbeit" mit dem Staat Irak strebenden - Bemühungen wurden vom Kleinbürgertum getragen, anscheinend ausschließlich, und waren auf die Städte und Städtchen des irakischen Kurdistan konzentriert. Weiterhin wurde im Jahre 1938/9 im iranischen Kurdistan eine parteiähnliche Organisation gegründet: KOMELEY AZADÎXUWAZÎ KURDISTAN, deren Ziel "Autonomie für das iranische Kurdistan" war. Als die sowjetische Armee im Jahre 1941 einen Teil des iranischen Kurdistan besetzte, forderte - wie noch zu erwähnen sein wird - diese Organisation in einem Flugblatt das "Selbstbestimmungsrecht". Diese zeitlich fast zusammenfallenden und mehrfachen Ansätze einer langfristig konzipierten, auf die beiden Staaten Irak und Iran bezogenen Politik mögen auch mit Blick auf ein Ereignis im äußeren Bedingungsrahmen zustande gekommen sein, dem Vertrag von Sa'dābād^x.

x Der am 8.7.1937 zwischen Iran-Irak-Türkei (und Afghanistan) geschlossene Verteidigungsvertrag, der auch die Sicherheit der gegenseitigen Grenzen gegen "bewaffnete Banden" zum Gegenstand hatte, wurde 1938 ratifiziert.

Artikel 7 des Sa'dābād-Vertrages spezifizierte die Bedingungen für eine "Gute Nachbarschaft":

"Chacune des Hautes Parties contractantes s'engage à prendre des mesures, dans sa propre sphère, contre la formation ou l'activité des bandes armées, d'associations ou d'organisations visant au renversement d'institutions établies et pouvant affecter l'ordre ou la sécurité d'une partie quelconque, frontière ou autre, du territoire d'une autre partie, ou pouvant affecter l'autorité du gouvernement de cette autre partie » (zitiert nach RAMBOUT 1947:123, vgl. Dok.18, S. 364 dieser Arbeit).

gestützten Assimilierungspolitik der Republik Türkei^x -
entschließen sich die im Kerngebiet des türkischen Kurdistan
lebenden Dersim-Kurden spät. (376) Zwei Monate vor dieser
Eingabe im November 1937 hatten bereits außerhalb der Türkei
lebende Kurden, zwei Politiker aus Kerkûk, an die irakische
Regierung und an Vertreter ausländischer Mächte appelliert,
gegen den Völkermord im türkischen Kurdistan Einspruch zu
erheben (377).

In dem Memorandum der Dersîm-Kurden hieß es:

**"Die kurdischen Schulen sind geschlossen, die kurdische Sprache
verboten. Die Worte Kurde und Kurdistan sind aus den wis-
senschaftlichen Büchern entfernt worden. Jede bestialische Art
wird angewandt, um die Kurden - einschließlich Frauen und Mädchen
- zur Zwangsarbeit ... (nach) Anatolien zu verbringen. Die Kurden
werden ... in die türkischen Gebiete umgesiedelt. Sie sollen
nirgendwo mehr als 5 % ausmachen." (378)**

Im Frühjahr 1938 war der Widerstand der Dersim-Kurden, die sich
im Winter im Hochgebirge versteckt hatten und gegen die mit
Flugzeugen und Giftgas vorgegangen wurde, gebrochen⁺. Der
zweiundachtzigjährige Sêx SE'ÎD und seine Söhne und andere
Mitglieder der Führung ergaben sich und wurden nach einem
Kurzverfahren gehängt. (379)

x Am 5.5.1932 war vom türkischen Parlament ein Gesetz verabschiedet
worden, daß die geographische Zerstreung und die sozialstrukturelle
Zerbrechung der Grundgesamtheit zum Ziel hatte. In dessen Sinne
wurden eine Vielzahl von Militäraktionen sowie administrative
Aktionen vorgenommen insbesondere nach der zwischen Atatürk und
Reza-Sah Pahlavi im Jahre 1934 getroffenen Vereinbarung. Im Januar
1937 wurde überdies ein weiteres, das Gesetz vom 5.5.1932
ergänzendes Gesetz vom türkischen Parlament verabschiedet.
Einige Auszüge des Gesetzes vom 5.5.1932 sind unter Anmerkung (380)
gegeben. Sie dokumentieren, daß zur Zeit der Judenverfolgung im
Dritten Reich eine parallele - wenn auch unbeachtete Politik in der
Türkei verfolgt wurde.

+ Die türkische Presse beschrieb den Sieg mit dem Schlagwort "Delando
est Dersimo" = Dersîm ist nicht mehr; vgl. SAFRASTIAN 1947:87, wo
der armenische Wissenschaftler und Politiker auch folgenden
Kommentar zur Dersîm-Katastrophe von 1937/8 abgibt: "European powers
an the one hand helped the Turks. On the other they cheated and
betrayed the Kurds, Assyrians and Armenians for their own sordid
ends. A little more sense and honour, fewer empty words and less
self-righteousness would have saved many tragedies."

Am Vorabend des 2. Weltkrieges - Ende 1938/Anfang 1939 - kam es zur Gründung der HÎZBÎ HÎWA, der Hoffnungspartei. Der HÎWA gehörten vorwiegend Angehörige der traditionellen kurdischen Führungsschicht an, und die Zahl der Mitglieder war - im Verhältnis zu der Zahl der Sympathisanten und Mitarbeiter - begrenzt, so daß man vielleicht von einer Elite-Partei sprechen kann. Insofern als national orientierte Mitglieder der Führungsschicht aus allen Teilen Kurdistans daran teilnahmen und eines ihrer Ziele ein unabhängiger gesamtkurdischer Staat war, knüpfte sie an die XOYÎBÛN-Partei an.

Gleichzeitig propagierte sie aber auch das politisch Machbare, unter welchem Aspekt sie die Reihe der "Autonomie-Parteien" anführte (381). Diese Mehrfach-Strategie - sowohl "Unabhängigkeit" als auch "Autonomie" im Rahmen mehrerer Staaten - war dem Zusammenschluß anscheinend abträglich. Hervorgetreten ist die HÎWA-Partei jedenfalls vorwiegend im irakischen Kurdistan, wo sie aufklärerisch tätig war und zur Verbreitung eines nationalorientierten Meinungsklimas beitrug, insbesondere wohl dadurch, daß sie einige - zuvor allein an "Selbstbestimmung" für ihr eigenes Gebiet interessierte Stammesführer von der Notwendigkeit koordinierter Zusammenarbeit überzeugte (382). Ein Indikator für die allgemeine politische Aktivierung in dem Gebiet ist der ab 1938 deutliche Aufschwung der kurdischen Presse (383). Neben der nationalorientierten aufklärerischen Arbeit ist Hîzbî HIWA - wie noch zu erwähnen sein wird - insbesondere mit Autonomie-Forderungen für des irakische Kurdistan hervorgetreten.

HIWA spielte auch eine Rolle bei der Gründung der JÊKAF-Partei im iranischen Kurdistan (384). Diese - am 16.9.1942 gegründete - "Partei für die Auferstehung der Kurden" soll eine Fortsetzung (unter neuem Namen) der bereits erwähnten AZADÎXUWAZÎ KURDISTAN gewesen sein. (385) Die Zusammenhänge sind nicht ganz klar. Anzunehmen ist, daß sowohl Mitglieder und Sympathisanten der HÎWA als auch der AZADÎXUWAZÎ KURDISTAN in die neue JÊKAF-Partei eingingen, die - wie die HIWA weiterhin im irakischen Kurdistan - eine Doppelstrategie verfolgte: Unabhängigkeit für ganz Kurdistan, Autonomie für das iranische Kurdistan.

Vorerst nahm die JÊKAF die Form einer Geheimorganisation an, mit Zellen von 5-6 Mitgliedern, die "Kurden" sein und sich folgenden Prinzipien verpflichten mußten (386):

- für die kurdische Nation einzutreten,
- für die Selbstregierung der Kurden zu arbeiten,
- keine mündlichen oder schriftlichen Geheimnisse zu verraten,
- ein Leben lang Mitglied zu sein,
- alle Kurden, Frauen oder Männer, als Brüder und Schwestern anzusehen,
- nicht ohne die Erlaubnis der JÊKAF einer anderen Partei beizutreten.

Als die JÊKAF-Partei im Herbst 1942 gegründet wurde, lag der Einmarsch der sowjetischen und der britischen Armee in den Nord-Westen bzw. den Süd-Westen des Iran ein Jahr zurück^x. Begeistert hatten die Kurden die von den Sowjets abgeworfenen Flugblätter in kurdischer Sprache aufgenommen, die über die bevorstehende Besetzung des nördlichen Zipfels des iranischen Kurdistans informierten. Sie erwarteten die sowjetische Armee und stellten alsbald ihre Forderungen. Ein Flugblatt der AZADÎXUWAZÎ KURDISTAN forderte das "Selbstbestimmungsrecht" (387), eine Delegation der traditionellen Führungsschicht, Stammesführer und Gebietsherren, legte im Mai 1942 einer angereisten sowjetischen Abordnung ihre Wünsche dar. Neben mehr lokal bedeutsamen Vorschlägen verlangte sie

x Im Rahmen des 2. Weltkrieges gewann der Mittlere Osten - und damit auch das Hauptsiedlungsgebiet der Kurden - erneut große strategische Bedeutung; u.a. sollte von dort diesmal der US-amerikanische Nachschub für die sowjetische Armee geliefert werden. Auch fand in Teheran eine Konferenz der "großen Drei" statt: Roosevelt, Stalin, Churchill, und zwar im Jahre 1943.

Die Alliierten bzw. die britische und sowjetische Armee besetzten von August/September 1941 bis November 1946 einen Teil Westirans und entzogen damit das Gebiet der iranischen staatlichen Kontrolle.

Die Besetzung erfolgte mit der Begründung, "daß die deutsche Agententätigkeit unterbunden werden sollte" (PLOETZ 1960²⁶:1140). RAMBOUT (1947) weist auf andere Interessen hin: Erdöl.

Am 16.9.1941 dankte Reza-šah ab, er starb 1944 in der Verbannung in Südafrika. Sein Sohn Muhammad Reza Pahlavi wurde Thronfolger, stand aber den Ereignissen machtlos gegenüber.

auch, daß die kurdische Sprache die Unterrichtssprache in den Schulen sein müsse und daß "die Kurden in ihren nationalen Angelegenheiten Freiheit genießen" müssten. (388) Auch die Zeitschrift "Hawar" kommentierte in ihrer Ausgabe vom 12.11.1941 den Einmarsch der Besatzungsarmeen mit der Forderung nach dem "Selbstbestimmungsrecht" der Kurden (389). "Hawar" (Hilferuf) wurde von 1932-1935 und von 1941-1943 in Damaskus herausgegeben, von dem aus dem türkischen Kurdistan stammenden Celadet BEDIRXAN.

Zu der Zeit, als die JÊKAF-Partei im iranischen Kurdistan - in Anwesenheit eines HÎWA-Mitgliedes aus dem irakischen Kurdistan - im September 1942 gegründet wurde und im gleichen Monat die KURDISCHE LIGA mit Sitz in Paris ein erstes Memorandum mit der Bitte um Unterstützung zur Erlangung der Selbstbestimmung je einer militärischen Persönlichkeit der USA, Großbritanniens und Frankreichs überreichte, kehrte Mistefa BARZANI aus der - von irakischer Seite weiterhin verhängten - Verbannung zurück ins Barzan-Gebiet (vgl. Anmerkung 382). Dort angekommen, schrieb er einen Brief an die irakische Regierung, in dem er seine Bereitschaft für eine konstruktive Zusammenarbeit erklärte (390). Ob sich hierin und im folgenden eine Strategie eines bis ins Detail ausgearbeiteten Planes abzeichnet, ist ungeklärt. Ob Mistefa BARZANÎ Mitglied oder Sympathisant der HÎWA war, ist ebenfalls unklar. "Zu Hause" arbeitete er jedenfalls aufklärerisch-propagandistisch und organisatorisch im Sinne der HÎWA. Daß die publizistische Arbeit Teil des Programmes war, ist aus einer wenig später von irakischen Truppen sichergestellten Nachschub-Sendung abzuleiten. Es befand sich ein Radio, eine Schreibmaschine und Papier darunter (391). Als zur gleichen Zeit im angrenzenden türkischen Kurdistan eine Anzahl von Kurden um Se'îd BIROX gegen türkische Soldaten kämpfte, machte sich BARZANÎ mit einer kleinen Streitmacht dorthin auf den Weg. Da Se'îd BIROX inzwischen in türkische Gefangenschaft geraten war, blieb er aber im Grenzgebiet, wo er einige Grenzposten entwaffnete und eine Anzahl von Anhängern gewann. (392)

In der Zwischenzeit waren Einheiten der irakischen Armee bereits auf dem Weg nach Norden, und sein noch in der Verbannung weilender Bruder Sêx Ehmed BARZAN hatte ihm eine Nachricht gesandt, daß er sich auf keinen Fall in Kämpfe verwickeln lassen solle. Es kam jedoch dazu, und nach einem entscheidenden Kampf stellte sich die Mehrzahl der in den irakischen Einheiten befindlichen kurdischen Soldaten Barzanî zur Verfügung. HÎZBÎ HÎWA versuchte indessen, in politischer Arbeit die irakische Regierung für eine Autonomie zu gewinnen und nahm gleichzeitig Kontakt zu den Alliierten, insbesondere zu Großbritannien auf, der früheren Mandatmacht.

Die irakische Regierung zeigte sich den kurdischen Forderungen geneigt^x. Über einen kurdischen Minister ohne Portefeuille kam eine Verbindung mit HÎZBÎ HÎWA und Mistefa BARZANÎ zustande, und diese, unterschriftlich unterstützt von einer Anzahl von kurdischen Notabeln, überreichten im März 1943 der irakischen Regierung ihre Autonomie-Forderungen in einem Memorandum, das vier Punkte umfaßte:

- "1- The constitution of a Kurdish province to comprise the districts of Kirkuk, Suleymaniyah, Arbil, Dihok, and Khanaqin.
- 2- The appointment of a special Minister of Kurdish Affairs inside the Iraqi Cabinet, who would be responsible to the Iraqi Government for the affairs of the province.
- 3- A Kurdish assistant-Minister to be appointed to each Ministry.
- 4- The Kurdish province to have cultural, economic and agricultural autonomy, and all internal matters to depend an the Provincial Authority, except those concerning the army and the gendarmerie." (393)

Als Indikator für die einhellige Stimmung unter den irakischen Kurden zu jener Zeit ist der Umstand zu sehen, daß die nunmehr

x Der Premierminister des Königreiches Irak - Nuri Sa'id - war den kurdischen Forderungen wohl gesonnen, wie auch Großbritannien ein Eingehen darauf ausdrücklich forderte.

"The British Ambassador advised Prime Minister Nuri-Sa'id to give a sympathetic hearing to the Kurds, at the same time asking Molla Mostafa to cease any offensive action against the Iraqi Government, as at this time, Iraq was allied to the United Kingdom and any aggressive move against it would be considered a hostile action against all the Allied Powers." (ARFA 1966:120)

Die Agententätigkeit Nazi-Deutschlands seit 1934, insbesondere im Irak, und die Kriegslage verunsicherte die Situation. Im Jahre 1943 weilte eine Gruppe deutscher Agenten in Kurdistan (NEBEZ 1972a:124). In jener Zeit nahm auch die von der britischen Besatzungsmacht in Palästina betriebene Nahoststation ein kurdischsprachiges Programm auf (vgl. S. 157 dieser Arbeit).

von der Regierung eingesetzten sieben Vermittler kurdischer Herkunft, die vor ihrer Entsendung in verschiedene kurdische Gebiete im Sinne der Loyalität gegenüber der Zentralregierung und der Durchsetzung eines Abwartens versprochener Reformen bis zum Ende des Krieges instruiert worden waren, ihre Mission zu aufklärerisch-propagandistischen Zwecken (im Sinne der HÎZBÎ HÎWA und der "Aufständischen" um BARZANÎ) nutzten. (394)

Während die irakischen Kurden, geführt von der HÎZBÎ HÎWA, an dem scheinbar erreichbaren Ziel einer Autonomie für das irakische Kurdistan arbeiteten, organisierte die JÊKAF-Partei die iranischen Kurden. Im April 1943, also 7 Monate nach Gründung der JÊKAF-Partei, wurden 100 Mitglieder zu einem Hügel in der Nähe von Mehabad gerufen. Hier wurde ein Zentralkomitee bzw. Führungsausschuß der Partei gewählt, dem die damals schon bekannten Dichter HEJAR und HÊMIN angehörten sowie u.a. 'Ebdul-Rehmanî ZEBÎHÎ. (395) Nach dem Versammlungsort bzw. Hügel namens Xuda-Peristin (Gott anbeten) wurde das Codewort "Es ist gut, Gott anzubeten!" gewählt. (396)

Sowohl im militärisch nicht besetzten Teil von Ost-Kurdistan, in Mehabad und engster Umgebung, als auch in dem von der sowjetischen Armee okkupierten Norden breitete sich die JÊKAF innerhalb von einigen Monaten schnell aus, weniger im restlichen Ost-Kurdistan, das durch die iranische Armee regelrecht abgeschirmt war. Interessanterweise traten fast alle Stammesführer und Gebietsherren der Partei bei, und die Mehrzahl der kurdischen Bevölkerung sympatisierte zumindest. Die Partei konnte sich das Wohlwollen des Şêx'Ubêdullay NEHRÎ sichern, Sohn des gleichnamigen unvergessenen Kurdenführers des Aufstandes von 1880/1, der aufgrund dieses Umstands und eigener Verdienste mit einem "Heiligen" verglichen werden kann. Şêx'Ubêdullay NEHRÎ "segnete" also die Partei, und wichtige Führer wie 'Ebdullay Qadirî MAMEŞ traten ihr nicht nur als regelmäßig zahlende, auch als aktive Mitglieder bei. (397) Anscheinend trat die JÊKAF-Partei - angesichts des Machtvakuum im Schatten der Sowjetarmee - mehr und mehr an die Öffentlichkeit, d.h. sie kam vom Prinzip der Geheimorganisation ab. Sie entfaltete eine Reihe von kulturellen Aktivitäten. Eine "Bibliothek des nationalen Lebens", deren Ziel die Förderung der kurdischen Sprache war, wurde eröffnet. Ein fahrendes Theater brachte Theaterstücke mit national-geschichtlichen Inhalten und entsprechenden Titeln ("Seladîn", "Kerîm Xanî Zend", "Mîrî Rewandîz" = Mîrî Kore - 398), und die kurdische Oper "Daykî Nîştîman" (Mutter des Heimatlandes - 399) auch in außerhalb von Mehabad liegende Gebiete.

Anläßlich eines Besuches des iranischen Ministers Fahîm ol-Molk in Mehabad übergab ihm die JÊKAF-Partei ein Memorandum,

in dem sie ihre Grundsätze für die zukünftigen Beziehungen zu Iran festlegte:

- Die kurdische Sprache soll seitens der iranischen Regierung offiziell anerkannt werden - für alle Gebiete (des iranischen Kurdistans), die über 3 Millionen Einwohner haben;
- Die kurdische Sprache soll die Unterrichts-, Verwaltungs- und Justizsprache in Kurdistan werden;
- Alle Beamte in Kurdistan sollen Kurden sein;
- Die in Kurdistan erhobenen Steuern sollen in Kurdistan ausgegeben werden. Krankenhäuser und Schulen sollen gebaut werden und Kurdistans Wirtschaft verbessert, nicht Teheran ausgeschmückt werden;
- Diese Forderungen müssen im Parlament diskutiert und gesetzlich verankert werden, damit die Kurden Sicherheit haben;

Diese sind die jetzigen Forderungen. JÊKAF glaubt (darüber

- hinaus), daß das Selbstbestimmungsrecht ein natürliches Recht jeder Nation ist. Nach dem Ende des Krieges muß darüber (noch) gesprochen werden. Es ist auch klar, daß die Kurden ihr Schicksal selbst bestimmen wollen;

Die Partei veröffentlicht dieses Memorandum, und wenn die

- kurdische Nation ihr Schicksal selbst bestimmt hat, wird sie die iranische Regierung als gute Nachbarin betrachten." (400)

Wiewohl der Minister dem Premierminister das Memorandum überreichte und es im Kabinett diskutiert wurde, kam es zu keiner Äußerung seitens der Regierung. Auch wurde es nicht im iranischen Parlament diskutiert. (401)

Im März 1944 reiste ein Abgesandter der JÊKAF-Partei, Emîn SEREFÎ, zu einem Treffen mit der HÎWA bzw. mit deren führenden Mitgliedern nach Kerkûk im irakischen Kurdistan. Es wurde eine Vereinbarung über gegenseitige Unterstützung getroffen, die bei einem Gegenbesuch noch im Sommer des gleichen Jahres bestätigt und bekräftigt wurde. Im August 1944 fand ein symbolreiches Treffen von Repräsentanten aus drei Teilen Kurdistans statt, und zwar dort, wo die Grenzen der Türkei, des Iran und des Irak auf einandertreffen. Mit dem Peymanî Sê Sinûr (Pakt der drei Grenzen) gelobten sich u.a. Qasim QADIRÎ, Sêx'Ubêdulley ZÎNO und Qazî Mela WEHAB (aus dem türkischen Kurdistan) gegenseitige Hilfe und den Einsatz aller ihrer Kräfte im Interesse eines Groß-Kurdistan. (402)

Zur Zeit des "Paktes der drei Grenzen" im August 1944 war ein Memorandum mit Begleitschreiben und einer Landkarte von Kurdistan bei der KURDISCHEN LIGA in Paris vielleicht schon in Arbeit, zumindest wohl aber vorgesehen; denn dieses sehr zurückhaltend formulierte - in der Sache aber entschiedene - Memorandum wurde am 30.3.1945 dem Präsidenten der Konferenz von San Franzisko^x übermittelt. (403) Eine Landkarte von ganz Kurdistan übermittelte auch HÎZBÎ HÎWA, als sie im März 1945 dem amerikanischen Botschafter im Irak, L. Henderson, ein Memorandum zur Volkserhebung im irakischen Kurdistan überreichte, mit Kopien an die chinesische, französische und sowjetische Botschaft. (404)

Im Mai 1944 schienen die Autonomie-Forderungen der irakischen Kurden noch Aussicht auf eine Realisierung zu haben. Damals bereiste der irakische Premierminister Nuri Sa'id das irakische Kurdistan, konferierte mit kurdischen Notabeln in Mossul und Kerkûk und stellte die Erfüllung der kurdischen Forderungen in Aussicht. (405) Allerdings wurde diese Zusage vom irakischen Kabinett nicht mitgetragen⁺ und die Frage ab März 1945 auf militärische Weise angegangen.

Zwischen dieser im Mai 1944 in Aussicht gestellten Autonomie des irakischen Kurdistan und den militärischen Aktionen dagegen im Jahre 1945 lag eine innerkurdische Kontroverse, die auf überraschende Weise die ehemals geeinten irakischen Kurden spaltete und schwächte.

In der HÎZBÎ HÎWA gab es von Anfang an zwei Flügel, einen "traditionell-liberalen" und einen "sozial-revolutionären", die das nationale Ziel zunächst problemlos miteinander verband. Als im Jahre 1944 - also etwa drei Jahre nach der Besetzung eines Teils von Ost-Kurdistan durch die sowjetische

x Auf der Konferenz von San Franzisko (April - Juni 1945) wurde die Gründungsurkunde der UNO festgelegt, und vorerst 51 Staaten unterschrieben die UNO-Charta und die der Menschenrechte, einschließlich des Passus für die "Selbstbestimmung der Völker".

+ "The Arab Ministers of the Iraqi Cabinet, however, found these demands too radical, for they thought that once the Kurds obtained them they would be in a situation to ask for more concessions...and would develop separatist tendencies." (ARFA 1966: 122-123)

Armee und des sich unter den Kurden ganz generell verbreitenden pro-sowjetischen (wenn auch nicht pro-kommunistischen) Meinungsklimas (406) - eine HÎZBÎ KOMUNÎSTÎ KURD (= kurdische kommunistische Partei) gegründet wurde, kündigte sich eine Spaltung der HÎWA an. Die katastrophalen sozialen Verhältnisse (407) - verschärft durch die kriegsbedingt schlechte Versorgungslage - sicherte den nach sozialem Umsturz strebenden kurdischen Aktivisten eine zunehmend starke Anhängerschaft. Daß es im Jahre 1946 zu einer sozial motivierten Unruhe in Kerkûk kam, ist ein Indikator für das den objektiven Gegebenheiten entsprechende Bewußtsein unter einem Teil der Kurden (408).

Doch kaum war die HÎZBÎ KOMUNÎSTÎ KURD - die im Volksmund nach ihrem Organ " Şoriş " (= Revolution) hieß - gegründet, da kam es zur Spaltung dieser Partei und zu einer heftigen Kontroverse, die wohl alle politisch interessierten Kurden erfaßte.

Die seit dem 31. März 1934 bestehende irakische KP meldete nämlich unverzüglich ihren Anspruch auf die Organisation der kurdischen Kommunisten an, gemäß der weltweiten von Moskau vertretenen Gepflogenheit bzw. Strategie: ein Staat - eine kommunistische Partei. Als Gegenleistung für die Integration der kurdischen Kommunisten in eine gesamtirakische KP bot sie die Einrichtung einer relativ selbständigen Zweigstelle Kurdistan und die Aufnahme des Ziels "nationale Rechte für die Kurden im Irak" in ihr Parteiprogramm an(409). Noch im Jahre 1944 wurde von der irakischen KP die kurdischsprachige Zeitung "Yêkêtî Têkoşîn" (Einheit des Kampfes) (1944-1945) herausgegeben. Ein Teil der Mitglieder und Sympathisanten der HÎZBÎ KOMUNÎSTÎ KURD nahm dieses bedingt-kooperative Angebot an und entschloß sich damit (erstmalig) zu einem über die kurdische Frage hinausgehenden Interesse an einer Umgestaltung des Iraks als Ganzem (410). Die "kurdische kommunistische Partei" wurde aufgelöst und die "Zweigstelle Kurdistan" der irakischen KP im Jahre 1945 eingerichtet. Im Jahre 1946/7 sollen die Mitglieder dieser KP zu 35-30% Kurden gewesen sein. (411) Die von der "Zweigstelle Kurdistan" herausgegebene Zeitung "Azadî" (Freiheit) veröffentlichte in ihrer Nr. 2 aus dem Jahre 1945 eine "Charta des kurdischen Volkes", die auf sensationelle Weise umfassende nationale Rechte verhieß. Sie wurde am 15.10.1945 in der Nr. 60 der in Beirut von Kamuran 'Alî BEDIRXAN herausgegebenen kurdischen Zeitschrift "Roja Nû" (der neue Tag) ebenfalls veröffentlicht (412).

Die Mitglieder und Sympathisanten der aufgelösten HÎZBÎ KOMUNÎSTÎ KURD, die lieber eine kurdische Partei wollten als eine Eingliederung in die irakische KP, bildeten noch im Jahre 1945 zusammen mit dem Teil der HÎWA, der keine gemeinsame Basis mehr mit dem traditionell-liberalen Flügel finden konnte, die HÎZBÎ RIZGARÎ KURD (Partei der Befreiung der Kurden) wobei "Befreiung" sowohl den nationalen als auch den sozialen Aspekt einschloß. Salih Heydarî, vormals Gründungsmitglied der kurdischen KP, dann Mitglied der irakischen KP - Zweigstelle Kurdistan, dann Gründungsmitglied der RIZGARÎ-Partei, berichtet im Rückblick über die RIZGARÎ-Partei (1945-46), ihre Ziele, ihre Überzeugungen, ihre Strategie, wobei auch im Rückblick die seinerzeitige Kontroverse zu erkennen ist:

"Die (RIZGARÎ) Partei wollte von den Erfahrungen der revolutionären Parteien anderer Länder Nutzen ziehen, besonders von denen, die nach der Oktober-Revolution entstanden waren, immer mit Blick auf die eigenen nationalen Bedingungen der Kurden. Die Partei glaubte an die Einheit des kurdischen Volkes und an die Vereinigung Kurdistans. Sie glaubte, daß die Teilung Kurdistans durch den Imperialismus verursacht worden war, um seine Interessen und sich selbst in diesem Gebiet zu befestigen. Die Partei glaubte, daß die Kurden eine Nation bilden, sie alle Bedingungen einer Nation erfüllen, wie einheitlicher Boden, einheitliche Sprache, einheitliche Geschichte. Die kurdische Nation konnte ihre Ideen durch ihre Literatur und Kultur schützen. Sie hat eine feste Basis für eine einheitliche Wirtschaft, obwohl sie zerrissen ist, wie auch das arabische Volk zerrissen ist...

Deshalb war ein Ziel der RIZGARÎ-Partei die Einigung (aller Kurden) als ein wahres und natürliches und hohes Recht - und da dieses Ziel das Fernziel der Partei war, hat sie für Unabhängigkeit des Irak und für die Errichtung einer demokratischen und nationalen Regierung im Irak gekämpft, damit die Imperialisten und ihre Handlanger, die den Fortschritt und das Erreichen der nationalen Rechte des kurdischen Volkes behinderten, nicht mehr das Schicksal und den Kampf (des kurdischen Volkes) für seine Rechte innerhalb der irakischen Einheit stören könnten. Innerhalb ihres Fernzieles kämpfte sie für administrative Unabhängigkeit des irakischen Kurdistan, also wie heute (1971) ging der Kampf (auch) um Autonomie." (413)

Als Mela Mistefa BARZANÎ Ende 1944^x aus dem Barzan-Gebiet die irakische Regierung an die ausstehende Praktizierung der im Mai des Jahres in Aussicht gestellten Autonomie erinnerte, war die 1942 hergestellte und bis Anfang 1944 währende Einmütigkeit bereits brüchig. Die noch 24 Monate vorher mehrheitlich auf die aktuelle Forderung nach Autonomie konzentrierten irakischen Kurden waren abgelenkt, auf jeden Fall nicht vorbereitet auf eine nunmehrige Ablehnung und die folgende militärische Initiative.

Am B. und 30.1.1945 ließ die inzwischen geschwächte HÎWA BARZANÎ eine Solidaritätsadresse zukommen, die dieser erwiderte. (414) Eine ebensolche Solidaritätsadresse der kurdischen Kommunisten ist nicht bekannt. Eine gemeinsame Strategie zwischen den politisch engagierten Kräften, die alle am Ziel der Autonomie zu arbeiten meinten, wurde von Ende 1944 bis zum Frühjahr 1945 nicht entwickelt. Das vorher erwähnte Memorandum der HÎWA vom März 1945 an den amerikanischen Botschafter im Irak, mit Kopien an die französischen, chinesischen und sowjetischen Botschaften, in dem eine Bitte um Unterstützung ausgesprochen wurde, blieb unbeachtet. Anfang März 1945, als der Ausgang des 2. Weltkrieges entschieden war, setzte die irakische Armee unter Einschluß der von einem britischen General im irakischen Sold geführten irakischen Luftwaffe (415) zu einer massiven Attacke an. Unterstützt wurde sie von einigen kurdischen Stammesregimentern (416) sowie durch die Schließung der türkisch-irakischen Grenze. Ende September 1945 blieb den BARZANÎs und den Mitbeteiligten nur ein Ausweg, der überraschend gelungene Weg ins iranische Kurdistan.

In dem zwischen der sowjetischen Besatzungsarmee im Nord-Westen und der britischen Besatzungsarmee im Süd-Westen des Iran befindlichen machtpolitischen "Niemandsländ" in Ost-Kurdistan hatte es keine militärischen Auseinandersetzungen und keine vergleichbare innerkurdische Kontroverse gegeben. Die im September 1942 gegründete JÊKAF-Partei hatte in allen Gruppierungen der kurdischen Bevölkerung einen Rückhalt,

x Inzwischen war der Premierminister Nuri Sa'id abgesetzt und eine der ersten Handlungen seines Nachfolgers - Hamdi al-Bacaji - war, sich des kurdischen Ministers ohne Portefeuille Macid zu entledigen, eine Reihe von kurdischen Offizieren im irakischen Dienst festzunehmen und neue Militärposten im irakischen Kurdistan einzurichten. (RAMBOUT 1947:73)

bei der traditionellen Führungsschicht, bei der Landbevölkerung, bei dem in Mehabad lebenden Klein- und Großbürgertum und bei den Intellektuellen.

Etwa einen Monat vor Eintreffen der BARZANÎs und anderer nationalkurdischer Kräfte aus dem irakischen Kurdistan, darunter auch einige kurdische Offiziere aus der irakischen Armee, war Qazî MIÎEMED, der spätere Präsident der kurdischen Republik von Mehabad, und eine JÊKAF-Delegation auf Einladung der sowjetischen Regierung zum zweiten Mal nach Bākū gereist. Während eines Treffens mit dem Premierminister der SSR 'Āqerbāyğān, Baghirev, unterließ es Qazî MIÎEMED nicht, darauf hinzuweisen, "that the Kurds were not ready to be part of Azerbaijan, and that they intended to form, together with the Kurds of Iraq and ultimately of Turkey, the great Kurdistan of their dreams" (417). Das bezieht sich darauf, daß die Mehabad-Kurden in den Jahren 1945/6 öfter dem Druck ausgesetzt waren, sich den Azeri-Türken anzuschließen. Sie widerstanden aber auch dem diesbezüglichen Druck der Sowjets, und zwar mit dem Argument: "You Russians are more advanced than we are and therefore we have obeyed you. If, however, you insist on turning us over to a people no more progressive than ourselves we should have no reason to obey them. If it is a question of the Kurds, in their weakness, joining a larger state, why should we not reunite with Iran?" (418).

Im Anschluß an diesen Besuch in Bākū und wohl auf sowjetische Anregung hin ist der Name der JÊKAF-Partei im November 1945 in ĤÎZBÎ DÊMOKRATÎ KURDISTAN (demokratische Partei Kurdistans) geändert worden, eine Bezeichnung, die die irakischen Kurden ein knappes Jahr später in etwa und ab 1953 ganz übernahmen. Am 16.7.1946 bildeten sie auf der Basis der RIZGARÎ-Partei die ĤÎZBÎ DÊMOKRATÎ KURD (kurdische demokratische Partei).

Mit der Änderung des Namens der JÊKAF-Partei zu ĤÎZBÎ DÊMOKRATÎ KURDISTAN wurde auch die Form der Geheimorganisation endgültig und offiziell fallen gelassen. Anläßlich der Bekanntmachung dieser Änderungen wurde auch das Partei-Programm veröffentlicht, das sieben Punkte umfaßte und das (Nah)Ziel der Partei, eine Autonomie im Rahmen des iranischen Staates und seiner Grundverfassung darlegte:

- " 1- Self-government in the administration of Kurdish local affairs and autonomy within the limits of the Persian state.
- 2- The Kurdish language to be used in education and to become the official language in administrative affairs.
- 3- Immediate election of the Provincial Council of Kurdistan.
- 4- All state officials to be of local origin.
- 5- A single law for both peasants and notables.
- 6- A special effort to establish unity and complete fraternity with the people of Azerbaidjan.
- 7- The improvement of the moral and economic state of the Kurdish people through the exploitation of Kurdistan's many natural resources, the progress of agriculture and commerce, and the development of hygiene and education." (419).

Punkt 5, nach dem die Führungsschicht und die Mehrheit, also die arbeitende Landbevölkerung, nunmehr vor dem Gesetzgeber gleich sein sollten⁺¹, räumte im übrigen den im irakischen Kurdistan 1944 vermehrt erhobenen Forderungen nach einer Umgestaltung der Sozialverhältnisse von vornherein einen Platz ein und mag ein Ausfluß des bestehenden gegenseitigen Erfahrungsaustausches gewesen sein. (420)

Im November 1945 traf eine Druckerei in Mehabad ein (421), mit der u.a. eine Zeitschrift "Kurdistan" (Nr. 1 am 6.12.1945) und eine Tageszeitung "Kurdistan" (Nr. 1 - Ende Januar 1946) gedruckt wurden (422), neben Büchern und kurdischsprachigen Texten für die Schulen.

Im Dezember 1945 sondierte eine kurdische (Mehabad) Delegation beim britischen Konsul in Tabriz, und zwar hinsichtlich der "possibility of establishing some kind of official relations between an autonomous Kurdistan of the future and the United Kingdom and

+1 Artikel 1,2 und 5 des Manifestes wurden in einer sowjetischen Zeitschrift im Juni 1946 abgedruckt (LAQUEUR 1957:228, vgl. Anmerkung 419).

+2 "The (British) Consul's reply was vague and unsatisfactory from the Kurdish point of view." (EAGLETON 1963:61)

other Western Powers" (423). Hier - wie bei den kurdisch-sowjetischen Gesprächen in Bākū einige Wochen zuvor - wurde keine definitive Antwort erzielt⁺². Dennoch (oder auch) wegen der ausbleibenden grundsätzlichen Ablehnung) verstärkten die Kurden in dem Gebiet ihre Aktivitäten, um der seit 1941/2 praktizierten Selbstregierung eine für die Zukunft tragfähige Form zu geben^x.

Am 17.1.1946 wurde eine Volksversammlung für den 22.1.1946 in Mehabad angesetzt, die von 20 angesehenen Mitgliedern der DPK, darunter Stammesführern und Gebietsherren, vorbereitet wurde. Am 22.1.1946 wurde die Republik von Mehabad ausgerufen⁺.

x Die Ausrufung der Demokratischen Republik von 'Āḍerbāyğān am 15.12.1945 ist in dem Zusammenhang sicherlich ein relevantes "Ereignis" gewesen.

+ Die Ausrufung der Republik von Mehabad im Schatten der Besetzung eines Teils von West-Iran durch die Alliierten (inkl. UdSSR) „sich knapp ein Jahr hinziehende status quo erregte Besorgnis bei den Westmächten und in der westlichen Presse. Man fürchtete um die Ölquellen im türkischen, im irakischen und im iranischen Kurdistan und die Möglichkeit eines unabhängigen Staates oder auch einer SSR Kurdistan, was einen strategischen Ausgangspunkt in den gesamten Mittleren Osten abgegeben hätte (vgl. Appell Nr. 13 in Tab. 3).

Am 16.3.1946 brachte die französische Nachrichtenagentur A.F.P. eine Depesche folgenden Inhalts:

"La formation dune République kurde indépendante en Azerbaïdjan n'était pas ignorée aussi bien à Bagdad qu'à Teheran et à Ankara, déclare-t-on dans les milieux diplomatiques du Caire.

On ajoute qu'elle constitue un centre possible d'appel à tous les Kurdes répandus à travers le massif central turc jusqu'à Alexandrette sur la Méditerranée et les régions nord de l'Irak: Mossoul et Kirkouk. Elle éclaire d'un jour nouveau les entretiens qui se déroulent entre Noury Pacha Said et le Gouvernement turc."
(RAMBOUT 1947:102)

Die Verhandlungen zwischen dem irakischen Premierminister und der türkischen Regierung führten im gleichen Monat - März 1946 - zu den in Ankara unterzeichneten türkisch-irakischen Abkommen. Zum Hintergrund dieses Abkommens kommentiert der britische Korrespondent der "Daily Mail" in Jerusalem, wobei er sich auf Informationen der Nachrichtenagentur Reuters bezieht, berichtet RAMBOUT:

"La signature de ce pacte avait trois motifs. Tout d'abord le fait que ces deux pays ont, avec la Russie, une frontière de 500 km; par suite de la mainmise soviétique sur l'Azerbaïdjan; ensuite du fait de l'échec du pacte quadripartite de Saadabad, signé en 1937 par la Turquie, l'Irak, l'Iran et l'Afghanistan; enfin par suite du problème kurde considéré par la Turquie et l'Irak comme la menace la plus grave pour la paix dans le Moyen-Orient." Zitiert nach RAMBOUT 1947:127.

Dieses Ereignis, das von allen Kurden bis heute als eines der wichtigsten Ereignisse in der kurdischen Geschichte angesehen wird, wobei schon das Wort Mehabad eine sich dem Wort Kurdistan annähernde Symbolkraft (424) hat, geriet zum Volksfest. Die Strassen von Mehabad waren voller kurdischer Fahnen, und auch aus anderen Regionen waren Kurden in ihren verschiedenen Trachten herbeigekommen. Nach den vorhandenen Darstellungen (425) war der Gedanke an das Fernziel eines unabhängigen Kurdistan sehr wohl wach (426).

Ein Berichterstatter gab einen Teil einer Rede von Qazî MIHEMED, die er zur aufgezogenen kurdischen Fahne gewandt gehalten haben soll, folgendermaßen wieder: "Oh Fahne, Symbol des Rechtes und der Gerechtigkeit. Wir schwören dir, geeint zu leben und auf immer die Uneinigkeit zu verbannen. Fahne, du wehst erst über einem Teil von Kurdistan. Morgen wehst du überall. Du wirst die Unterdrückung und Angst davonjagen. Es lebe das große Kurdistan." (427)

Es gibt überdies eine Vielzahl von inhaltlich ähnlichen Zeugnissen aus jener Zeit, Im Arbeitszimmer von Qazî MIHEMED hing eine Landkarte vom Mittleren Osten, in der die Begrenzung von Groß Kurdistan eingetragen war. Die Gedichte der beiden JÊKAF- und dann DPK-Mitglieder HEJAR und HEMÎN mit den Titeln "Ich, ein Kurde" und "Ein Kurde über sich selbst" entstanden in jener Zeit (428), auch die Nationalhymne "Hör Feind", die sogleich in typisch kurdische Rythmen vertont wurde (429). Ein sehr interessantes Dokument aus der Zeit der Republik von Mehabad ist die folgende, unmißverständlich "selbstzentrierte" Stellungnahme der Jugendorganisation der DPK. Anlaß waren die gegen die Republik von Mehabad gerichteten Artikel in der persischen Presse.

"Sachez bien que le temps est passé où le sang de la jeunesse kurde se répandait pour la réalisation de vos desseins pervers. Qui certes, les Kurdes ont feuilleté l'Histoire et savent que tous les sacrifices qu'ils ont supportés dans les pays du Sind et du Pendjab et dans les plaines de Mésopotamie n'ont servi qu'au bien-être et aux intérêts de leurs ennemis, Les Kurdes savent qu'ils ont été dupés et qu'ils ont servi leurs ennemis. Les Sultans Séfévis, les Califes Ottomans et d'autres Princes ont profité des valeurs guerrière: des Kurdes. Les Kurdes ont, pour eux, conquis le monde: ils furent payés d'ingratitude. Mais les Kurdes se sont éveillés. Les Mouvements qui se sont produits et continuent à se produire depuis cent trente ans, tels ceux de Ubaidullah, de Cheikh Said, de Ihsan Noury Pacha, la Royauté de Cheikh Mahmoud, ont tous été entrepris pour l'Indépendance du Kurdistan. Ces luttes ont démontré au monde la maturité politique des Kurdes. C'est pourquoi, vous aussi, vous devez

savoir que les efforts d'un peuple de dix millions d'âmes ne peuvent rester sans résultat.

Si vous n'êtes pas encore au courant des efforts que le peuple kurde déploie pour son Indépendance, lisez donc la presse internationale, lisez la presse kurde.

La peuple kurde qui, pour plaire à Nadir Chah, avait ouvert la route de Delhi; qui, pour les beaux yeux des Chahs Séfévis, montait la garde sur les routes de Kazvin et de Tabriz et qui, pour toute récompense, n'a obtenu que des bannissements, de la Mer d'Oman aux lisières de l'Afganistan, ce peuple-là ne sera plus votre Instrument.

Ce peuple qui, à bien des Maréchaux des Chahs, a fait rebrousser chemin jusqu'aux portes de Téhéran; qui, sept ans durant, a enlevé Bagdad au pouvoir de l'Empire Ottoman; qui a porté ses attaques jusqu'aux abords d'Ispahan et qui, pour l'honneur des armes qu'il portait, dans les plaines d'Irak et de Lybie, dans les montagnes de Bulgarie et de Serbie, dans les forteresses du Kurdistan et de l'Azerbaidjan, a versé son sang jusqu'à la dernière goutte, ce peuple ne peut plus regarder avec indifférence ses propres assassins. L'âme de tels hommes est éternelle: elle ne peut mourir. Et la conscience des grands Etats et des grands peuples ne peut plus accepter que cette injustice continue. Non, ni la Civilisation ni l'Humanité ne peuvent plus admettre aujourd'hui que ces méthodes moyenâgeuses continuent et que, sous prétexte d'identité de race, vous continuiez à nous exploiter!" (430)

Abgesehen von diesen, auf "Unabhängigkeit" und auf ein "Groß-Kurdistan" bezogenen Zeugnissen, wollte man mit dieser Proklamation wohl vorerst nur einen Autonomie-Status im Rahmen des Staates Iran "vorwegnehmen". Der Versuch, diesen Status vom Staat Iran anerkannt und legitimiert zu bekommen, ist mehrmals von Januar bis Dezember 1946 unternommen worden. Mehrmals reiste Qazî MIHEMED zu diesem Zweck nach Teheran (431). Die Umstände und die Rede Qazî MIHEMEDs anlässlich der Republik-Proklamation werden in einer nicht-kurdischen Veröffentlichung folgendermaßen resümiert:

"Qazi mounted the platform and in his slow, assured voice argued that the Kurds were a people apart, occupying their own land and sharing with other nations the right of self-determination. The Kurds had been awakened and had powerful friends. An Autonomous Kurdish Republic was from that moment established. Amid cheers Qazi thanked the Central Committee of the party and the people of Kurdistan for having chosen him to lead the new nation." (432)

Das von Qazî MIHEMED als Präsident der Republik im Februar 1946 vorgestellte Kabinett (433) stellte eine relativ moderne Führung dar, sowohl Stammes- als auch persönliche Interessen ausgleichend, auf der Basis der HÎZBÎ

DÊMOKRATÎ KURDISTAN und der ihr zugrundeliegenden nationalen Bewegung. Zu einer sozialstrukturellen Veränderung kam es in den kaum 10 Monaten der Republik nicht, und auch nicht zu sozialen Reformen.

Doch kam es - und mit diesem Merkmal hat sich die Republik von Mehabad in der kurdischen Geschichte verankert - zu einem Aufblühen kulturpolitischer Aktivitäten in einer Atmosphäre von Freiheit⁺ und besonnener Mäßigung. Über die erwähnten und vor 1941/2 dermaßen nicht vorhanden kurdischsprachigen Bücher, Schulbücher, Presseorgane, Theateraufführungen hinaus, wurde am 10.5.1946 der erste in kurdischer Regie betriebene Rundfunksender eingeweiht. Der Mangel an Elektrizität und an Empfangsgeräten wurde durch Lautsprecherübertragungen auf der Straße ausgeglichen. Radioübertragungen gab es täglich von 16.00 bis 22.00 Uhr. Der Plan, "Radio Mehabad" bis ins türkische und irakische Kurdistan auszustrahlen, scheiterte an der sich als unmöglich erweisenden Beschaffung eines entsprechend starken Senders (434).

Am 1. Juni 1946 gab Qazî MIHEMED in einem Interview dem Korrespondenten einer französischen Nachrichtenagentur^x auf die Frage nach der aktuellen Haltung hinsichtlich der Zentralregierung drei grundsätzliche Punkte an (435):

- " 1- Les Kurdes seraient satisfaits si le gouvernement central décidait d'appliquer réellement des lois démocratiques dans tout l'Iran et reconnaissait les lois actuellement en vigueur dans le Kurdistan à savoir l'enseignement du kurde, et l'autonomie de l'administration et de l'armée locale. Nous nous contenterions momentanément d'une telle solution et nous serions prêts à renouer des relations normales avec Téhéran.
- 2- Le gouvernement central n'est pas actuellement en mesure d'appliquer ces lois.
- 3- Nous demandons que les élections législatives se déroulent le plus tôt que possible, à condition qu'elles

+ Archie ROOSEVELT, Jr., einer der wenigen ausländischen Gäste in der Mehabad-Republik, urteilte in diesem Sinne in der Juli-Ausgabe im "Middle East Journal" - EAGLETON 1963:109.

x Die Region hatte zu der Zeit die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit. Die sowjetische Armee verließ - so die offiziellen Angaben des iranischen Ministerpräsidenten bei der UNO - am 6. Mai 1946 das iranische Staatsgebiet. Der tatsächliche Abzug erfolgte allerdings erst im November 1946.

se fassent en toute liberté et sans la pression de l'armée iranienne".

Auf die Frage: "Fürchten Sie nicht, daß ein militärischer Konflikt zwischen der Zentralregierung und Kurdistan eine fremde Intervention nach sich ziehen könnte?" antwortete Qazî:

"La situation dans le Kurdistan est tres différente de celle de l'Azerbaidjan. Notre pays n'a jamais été occupé par les troupes soviétiques et, depuis l'abdication de Riza Chah Pahlevi, ni la gendarmerie ni les troupes iraniennes n'ont pénétré en Kurdistan. Nous avons donc pratiquement vécu dans l'indépendance depuis cette époque. Aussi, nous ne tolérons jamais une intervention étrangère d'où qu'elle vienne. La question du Kurdistan est une affaire purement intérieure qui doit être réglée entre les Kurdes et le gouvernement central".

Anscheinend ließ Qazî MIHEMED die Situation nicht ungenutzt, den größeren Rahmen "dieser rein internen Angelegenheit zwischen den Kurden und der Zentralregierung" darzulegen. Der Korrespondent gibt wieder:

"Kadi Mohammed a rappelé que l'histoire du peuple kurde a été marquée maintes fois par des luttes pour la liberté. Il a souligné à ce sujet, qu'après la Grande Guerre, on a envisagé au moment du traité de Versailles la création d'un Etat Kurde, mais que le projet n'a pas abouti".

Doch unterläßt es Qazî MIHEMED nicht, abschließend die an die Zentralregierung gerichtete Forderung nach Autonomie nochmals herauszustreichen, allerdings spricht er hier von einer "teilweisen Autonomie unseres Landes":

"Si nous réclamons aujourd'hui...avec autant d'insistance l'autonomie partielle de notre pays, la faute en est imputable au gouvernement central qui n'a rien fait pour notre relèvement. Nous désirons ardemment entrer dans la voie du progrès. Nous ne désirons imiter ni les Américains ni les Russes, mais nous refusons de vivre dans la condition des animaux des pays civilisés".

Das Anliegen, weder wie die Russen noch wie die Amerikaner imitieren zu wollen (436), ist in der Mehabad-Republik bzw. seit 1941/2 praktiziert worden. Bereits am 26.11.1945 hatte sich die KURDISCHE LIGA in Paris gegen die Kommuniqués einiger Staaten, gegen die Darstellung von Presseagenturen und internationaler Presse verwahrt, daß die kurdische Nationalbewegung von einer „fremden Kraft“ gelenkt sei und nur Unruhe in den betroffenen Staaten anrichten wollte (437).

Die zweifelsohne in den Jahren 1941 bis 1946/7 und darüber hinaus generell unter den Kurden vorhandene pro-sowjetische Stimmung - wenn auch keine entsprechend pro-kommunistische - ist an die nationalen Bestrebungen gekoppelt zu sehen. Der in der Republik Mehabad lebende Dichter HEJAR verfaßte 1944-46 folgendes Gedicht:

"Kurde, willst du unabhängig sein,
steh auf und gehe in die Richtung von Moskau,
lächerlich und lügenhaft ist San-Franzisko.
Es lebe Stalin, wohl leben Hammer und Sichel,
es lebe Stalin, er hat die Kurden von der Unterjochung befreit."
(438).

Sêx MEHMÛD, der im Ruhestand lebende traditionelle Führer und Politiker der "ersten Stunde", schrieb im Jahre 1946 aus Sileymanî an Qazî MIHEMED:

"Ich beneide Euch, aber ich bin zutiefst glücklich, weil Ihr dadurch glücklich seid, daß Ihr unserem sowjetischen Bruder nahe seid. Mein kurdischer Bruder, ich verlange von Euch Wachsamkeit, und ich bitte Euch flehentlich, daß Ihr nur der sowjetischen Macht Glauben schenkt. Glaubt nicht den süßen Versprechungen von anderen, und glaubt nicht jenen Leuten, die Euch auf welche Art auch immer gegen die Sowjetunion aufwiegeln wollen. Haltet an der Sowjetunion fest, weil sie - und nur sie - die Stütze der Befreiung der Völker ist."
(439)

Im Jahre 1948-49 wurde von aus politischen Gründen inhaftierten Kurden in den irakischen Gefängnissen - und nicht nur von den kurdischen Kommunisten - ein Lied mit den folgenden Zeilen des Dichters DILDAR gesungen:

"Du, Stalin, Stalin, großer Stalin,
Führer und Wegweiser der Völker der Welt." (440)

Als die sowjetische Besatzungsmacht auf der Basis einer bereits am 5.4.1946 mit der iranischen Regierung erzielten Vereinbarung^x

x Diese Vereinbarung bestand aus 3 Punkten und war am 5.4.1946 zwischen dem iranischen Ministerpräsidenten Qawam al-Saltaneh und dem Botschafter der UdSSR Sadtschikow getroffen worden:

- " 1 - Die Truppen der Roten Armee räumen vom 24. März an das gesamte Gebiet Irans binnen anderthalb Monaten.
- 2 - Der Vertrag über die Gründung einer gemischt sowjetisch-iranischen Erdölgesellschaft wird vor Ablauf einer Frist von sieben Monaten (vom 24.3. an gerechnet) dem iranischen Parlament in der 15. Legislaturperiode zur Bestätigung vorgelegt werden.
- 3 - Die Azerbaidschan-Frage als innere Angelegenheit Irans wird von der iranischen Regierung zusammen mit der azerbaidschanischen Bevölkerung auf friedlichem Wege geregelt werden."
(Dietrich GEYER: Die Sowjetunion und Iran, Tübingen, 1955, S. 65 nach NEBEZ 1972a: 97-98).

Bemerkenswerterweise war von der kurdischen Frage nicht die Rede. "At that time very few Azerbaijani and virtually no Kurds realized that the Soviet Union, in exchange for the prospect of an oil concession, had decided their fate in a sense contrary to the private assurances of the preceding year." (EAGLETON 1963:73)

im November 1946 aus dem iranischen Staatsgebiet abzog, behielt die Regierung von Mehabad die Kontrolle. Zwar sprach sich Qazî MIËEMED gegen die Präsenz der iranischen Armee in dem autonomen Gebiet vor Abhaltung der geplanten Wahlen aus, als aber 'Äderbâyğân von der iranischen Armee eingenommen und diese sich - unterstützt von einem kurdischen Stammesregiment (441) - in einer Offensive gegen Mehabad auf den Weg machte, kam es zu keiner Mobilmachung und zu keinem Widerstand. (442) Entsprechend war es auch während der Existenz der Republik zu keiner militärischen Aktion zwecks Einbeziehung der hinter dem iranischen Armeegürtel befindlichen anderen Ost-Kurden gekommen, und auch nicht zur militärischen Auseinandersetzung mit den kommunistischen Azari-Türken der autonomen Republik 'Äderbâyğân, wiewohl es Stimmen für beide Operationen in der Republik gegeben hatte (443). Insbesondere auch das Erdölzentrum Kirmanşah hatte internationales Interesse auf sich gezogen. Auf eine entsprechende Frage hatte Qazî MIËEMED am 1. Juni 1946 im Rahmen des erwähnten Interviews geantwortet:

"Si demain j'en donnais l'ordre, il suffirait de trois ou quatre jours aux 4.000 hommes dont je dispose sans compter les autres en réserve, pour entrer à Kermanschah, centre pétroliers et la ville kurde plus importante. Mais je ferai tout pour éviter une effusion de sang entre frères. Les Kurdes n'attaqueront jamais les premiers." (444).

Mit dem zu vermeidenden "Blutvergießen zwischen Brüdern" meinte Qazî MIËEMED wohl das Blutvergießen zwischen der iranischen Armee und einer kurdischen Streitmacht. Neben mit der Mehabad-Republik sympathisierenden Kurden südlich der Republik (445) gab es allerdings auch opponierende Kräfte, nicht zuletzt das kurdische Großbürgertum von Kirmanşah, das aus Angst vor den in der persischen Presse verbreiteten Nachrichten über die "Kommunisten von Mehabad" und in Sorge um ihren Besitz es eher mit der Zentralregierung hielt. Auch gab es u.a. in Kirmanşah und insbesondere in Teheran eine Zahl von Kurden, die eine andere Form der "Autonomie" für die Kurden im Iran anstrebten als die Kurden, die die Republik von Mehabad ausgerufen hatten bzw. stützten. Sie orientierten ihre Vorstellungen von "Autonomie" an der Idee der "Mitbestimmung" im Rahmen der Zentralregierung. Ein "Oberster Rat" sollte gebildet werden, der drei Mitglieder

der iranischen Regierung und drei Kurden umfassen und für alle Kurden im ganzen Iran - also nicht nur für die im iranischen Kurdistan lebende Mehrheit - zuständig sein sollte (446). Daß das entsprechende Memorandum an die iranische Zentralregierung von den Chefredakteuren der (persischsprachigen) Zeitschriften mit den symbolträchtigen Namen "Kuhistan", "Kuh-Nur" und "Mad" (Bergland, Berg des Lichtes, Meder) eingereicht worden war, läßt schließen, daß diese Forderungen unter den Kurden außerhalb der Republik von Mehabad eine gewisse Öffentlichkeit und Resonanz hatten. In dem Memorandum heißt es:

"La question kurde n'intéresse pas seulement ceux qui grace a leurs efforts, sont actuellement dans une situation privilégiée, mais les Kurdes de toutes les régions d'Iran. Cette question kurde ne peut pas être résolue par une décision unilatérale du Gouvernement Iranien. Notre démarche est té-moin de nos sentiments de loyalisme à l'égard de l'Iran. Nous espérons que le Gouvernement ne laissera pas échapper l'occasion que nous lui offrons." (447)

Am 17. Dezember 1946 wurde die iranische Armee von Qazî MIHEMED und anderen kurdischen Führern empfangen und die Hauptstadt Mehabad - und damit die Republik - kampflos übergeben. Alle die Republik bzw. die JÊKAF bzw. die DPK betreffenden Dokumente waren zuvor verbrannt worden. Kurz nach der kampflosen Übergabe wurden alle bekannten Mitglieder der HÎZBÎ DÊMOKRATÎ KURDISTAN, Qazî MIHEMED und sein Kabinett verhaftet. Eine Reihe von Hinrichtungen fanden statt (448). In der Nacht vom 31.4.1947 wurde Qazî MIHEMED, Sedrî QAZI und Seyfî QAZÎ in aller Stille in Mehabad hingerichtet (449). Vor dem Galgen - so erinnert sich ein mit "heimatloser Kurde" Zeichnender in der Zeitschrift "Rojî Nö" im Jahre 1961 - sagte Qazî MIHEMED (450):

**"Du, Verräter (Schah) Heme Reza!
Du, von den Imperialisten geschaffene Regierung!**

Wißt, daß mit dem Töten eines Qazî Mihemed das Anliegen der kurdischen Nation nicht ausgeräumt wird. Die kurdische Nation wird den Kampf nicht aufgeben, sondern ihren Kampf verstärken. Kurdistan wird bestimmt befreit ...

Wißt, daß jeder Blutstropfen von Qazî einen anderen Qazî ins Leben ruft. Wohin werdet ihr dann flüchten, ihr Feiglinge!"

Es blieb die Frage der BARZANÎ-Führung und der ihnen angeschlossenen Kurden, insgesamt mehrere Tausend Personen, davon etwa ein Drittel kampftüchtig und bewaffnet. Nach dem Beschluß der Mehrheit der Mehabad-Regierung für kampflose Übergabe war ihr Verbleib in dem Gebiet kaum möglich. Begonnene Verhandlungen zwischen der BARZANÎ-Führung⁺ und der iranischen Armee - und auch mit der britischen Regierung, die die Rückkehr in das irakische Barzan-Gebiet garantieren sollte - zogen sich hin. Letztlich kämpften die BARZANÎS, verfolgt von der iranischen Armee und zwölf Flugzeugen (451), auf Partisanenart, mit dem Rücken zur irakischen Armee. Durch Vermittlung von Şêx 'Ebdulla Efendî GÎLANÎ erreichte Şêx Eñmedî BARZAN für sie eine schriftliche Generalamnestie von den irakischen Behörden, im Austausch gegen die gefangenen iranischen Soldaten, darunter auch Offiziere. Ungeachtet dieser Generalamnestie und der Fürsprache von gemäßigten kurdischen Politikern wurden vier der zurückkehrenden Kurden am 20.6.1946 in Bagdad hingerichtet. Diese hatten im Jahre 1943 (s. Anm.400) ihren staatlichen Auftrag nicht entsprechend den ihnen gegebenen Instruktionen erfüllt. Sie hinterließen folgende Botschaft:

Liebe Brüder, nur vierzehn Stunden (sind uns) in Unterdrückung und unter Imperialismus geblieben, dann erreichen unsere Seelen die Seelen der anderen Märtyrer unseres Heimatlandes. Wir fühlen uns glücklich (in der Gewißheit), daß wir unsere nationale Pflicht nicht vernachlässigt haben. Unser einziger Rat ist, daß die Jugend und alle kurdischen Patrioten die Uneigennützigkeit zu ihrem Motto und die Einheit zu ihrem Gesetz machen - auf daß die Kette des Imperialismus gebrochen und die Befreiung aller unterdrückten Völker ohne Unterschied stattfinde! Liebe Brüder, seid Feinde der Ignoranz, geht gegen Ignoranz mit allen Euren Kräften vor, laßt Euch nicht gehen.

Wir sind ein Beispiel des nationalen Kampfes des kurdischen Volkes im Jahre 1947. Unsere weiterlebenden kurdischen Brüder werden auf dem Wege der Ehre weiterkämpfen und mit Hilfe Gottes das Volk befreien.

Daß wir nun vor dem Galgen stehen, das heißt nicht, daß wir hilflos und zögernd waren. Wir haben wie jeder tapfere

+ Während des ersten Treffens soll ein iranischer General Mela Mistefa gefragt haben: "What is an Iraqi tribal chief doing on Iranian territory?" Die Antwort war: Wenn die britische Regierung seine Sicherheit garantiere, würde er nach Barzan zurückkehren (EAGLETON 1963:116).

Soldat bis zuletzt gekämpft und gestrebt - bis wir zu diesem Resultat kamen. Vorwärts zur Einheit und Freiheit, es leben die Kurden und Kurdistan (Unterschriften)." (452)

Mela Mistefa BARZANÎ und etwa 500 Kämpfer waren abwartend zurückgeblieben. Nach einem vergeblichen Versuch, Asyl in den USA zu erlangen (453), blieb ihnen nur der Versuch, in die 200 Meilen entfernte Sowjetunion zu gelangen, verfolgt von Armeeeinheiten dreier Staaten, die zu dem Zweck in Kontakt miteinander standen (454). Dieses militärische Meisterstück, dieser "Zug der 500", über den u.a. in aus Baku und Eriwan kommenden Radiosendungen in kurdischer Sprache berichtet wurde, ist in der zeitgenössischen Volksliteratur der Kurden zur Legende geworden (455).

Am 29.11.1948 legte die KURDISCHE LIGA in Paris dem Generalsekretär der Vereinten Nationen ein Memorandum mit einer Landkarte von "Kurdistan" vor, in dem - bezugnehmend auf die Situation der Kurden in allen Teilen Kurdistans - um "respect for the rights of man and the fundamental freedoms" nachgesucht wurde (456). Schon um die Jahreswende 1945/1946 waren zwei Appelle ähnlichen Inhalts, ebenfalls seitens der KURDISCHEN LIGA und einmal seitens der RIZGARÎ-Partei, an die gleiche Adresse ergangen. (457)

c. Zusammenfassende Betrachtung

Im Rahmen der Einführung zu dieser Untersuchung war auf S.116 die folgende These zum Selbstverständnis der Kurden aufgestellt worden: "Das Selbstverständnis der Kurden ist in allen seinen Aspekten von einer Spannung zwischen einer selbst-zentrierten Interpretation und einer relativierend-dezentrierten Interpretation gekennzeichnet".

In dem Abschnitt Materialien zum Selbstverständnis der Kurden aus der Vergangenheit (bis Ende des 19. Jahrhunderts) konnte diese These in einen ausführlichen Begründungszusammenhang gestellt werden. Die hier herangezogenen Materialien datieren zwar zum Teil aus weit zurückliegenden Jahrhunderten, doch wurden durch bestimmte Hinweise auf die Wirkung ihrer Inhalte bis in dieses Jahrhundert manche Aspekte des Selbstverständnisses der Kurden nach 1900 bereits erfaßt. So erinnert der Aufruf von Sêx Se'îdî PÎRAN aus dem Jahre 1924, der den in die Geschichte gesetzten (nonkonformistischen) Themenvorbereiter Ehmedî XANÎ in seinen Aufruf miteinbezieht, u.a. an das geschichtliche Datum von 1515 bzw. seine Folgen. Auch die Stellungnahme der DPK-Jugendorganisation aus dem Jahre 1946 ist eine Synopsis der kurdischen Geschichte von einem selbstzentrierten Standpunkt voller historisch-kultureller Bezüge. Nicht zuletzt gehört auch die Wahl von Vornamen aus der kurdischen Mythologie oder von solchen mit anderen historischen Bezügen in diesen Zusammenhang.

Ein interessanter Aspekt ist hier - wie vielleicht bei jeder Längsschnittuntersuchung zu einem Thema öffentlicher Meinung - die deutlich werdende Bedeutungserweiterung der historischen Dimension. Im Jahre 1946 erinnert Qazî MIHEMED an den bereits zur Geschichte gewordenen Sèvres-Vertrag, die Jugendorganisation der DPK erinnert u.a. an Îhsan Nûrî PASA und "Seine Königliche Hoheit Sêx MEHMÛD", obwohl diese nur vor relativ kurzer Zeit selbst aktiv den Prozeß der öffentlichen Meinungsbildung unter den Kurden mitbestimmten. Diese Relevanz der historisch-kulturellen Dimension beim Phänomen "öffentliche Meinung", die im theoretischen Orientierungsrahmen als wesentlich berücksichtigt worden ist (vgl. S. 23 und die graphische Darstellung auf S. 26, 67 und 83), tritt bei der hier untersuchten öffentlichen Meinung unter den Kurden zum Thema Wir vielleicht besonders deutlich in Erscheinung.

Zur Auswahl und Präsentation der Inhalte öffentlicher Meinung ist ausdrücklich zu erinnern: Die vorgestellten "Inhalte öffentlicher Meinung" - im Zusammenhang von Unruhen, Demonstrationen, Erhebungen; in Aussagen oder Aktivitäten von Mitgliedern der Führungsschicht und ihrem Umkreis; in Organisationen oder in von einzelnen verfaßten Appellen bzw. Memoranden; in Gerüchten oder im Volksmund üblichen Bezeichnungen u.a. - haben insofern ein gemeinsames Merkmal als sie - sei es offensichtlich oder anzunehmend - eine Verankerung im kurdischen Gesellschaftszusammenhang haben bzw. haben mußten, um in diesen Abschnitt der Untersuchung einzugehen. Über diese Auswahl und ihre chronologische Einordnung hinaus mußte jeweils das Ausmaß der Verankerung dieser "Inhalte" in der Grundgesamtheit, ihr relatives Gewicht im Prozeß der Entwicklung beurteilt werden. Eine Vielzahl von Überlegungen und Einschätzungen begleiteten die Auswahl und die relative Gewichtung. Beispielhaft sei hier erwähnt, daß einige - im Rahmen der Materialsammlung zunächst miterhobene - Aussagen von wohl ihrerzeit unbekanntem Kurden in der nicht-kurdischen Presse ausschieden. Die im Rahmen eines Interviews mit einem westlichen Korrespondenten von Qazî MIHEMED gemachten Aussagen hingegen wurden als "Inhalte öffentlicher Meinung" mitaufgenommen. Bei dieser Entscheidung waren folgende Überlegungen ausschlaggebend. Das Interview war zu jener Zeit höchstwahrscheinlich ein "Ereignis" (vgl. S.31, 66 und 83); seine Vorbereitung wird nicht nur Qazî MIHEMED, sondern auch sein Kabinett beschäftigt haben, über welche Mitglieder der Führungsschicht seine Inhalte auch anderen, weniger führenden Kurden bekannt geworden sein können. Die in dem Interview gegebenen Standpunkte entsprechen der realen Entwicklung in der Republik von Mehabad (soweit bekannt), und da diese Entwicklung von einer Vielheit getragen war, dürften die Aussagen von Qazî MIHEMED zu jener Zeit sehr wohl "Inhalte öffentlicher Meinung" gewesen sein. Das Prinzip der höchstmöglichen intersubjektiven Nachvollziehbarkeit galt unvermindert beim Abschnitt Inhalte öffentlicher Meinung zum Thema 'Wir' und ihr relatives Gewicht im Prozeß der Entwicklung. Schwierigkeiten ergaben sich weniger, wenn Dokumente bzw. Zitate angeführt werden konnten, als wenn sie fehlten.

Daß es Gegenstimmen zu einem von Qazî MIHEMED in dem erwähnten Interview eingenommenen Standpunkt gab, nämlich zur Frage der "Befreiung der anderen Ost-Kurden". ist bekannt geworden. Es fehlte aber die Möglichkeit der konkreten Dokumentation, wobei im Interpretationszusammenhang die Gewichtung mit dem Hinweis auf die Nichtdurchsetzung dieser Forderung hätte gegeben werden können. Dieses - durchaus als relativ wichtig eingeschätzte Detail - ist letztlich in Form von "Hintergrundinformation" einbezogen und die "Quelle" - in diesem Fall nichtkurdische Sekundärliteratur - in der Anmerkung "nachvollziehbar" ausgewiesen worden.

Eine der drei Schlußfolgerungen des Abschnitts Zur Struktur der kurdischen Öffentlichkeit (vgl.158) war: "Von den außerhalb lebenden Angehörigen der (traditionellen) Führungsschicht der Kurden ging ein starker Informationsfluß nach Kurdistan und ein starker Impuls zur Reorganisation der Grundgesamtheit". Hier ist nun eine Differenzierung nachzutragen. Wenn in den ersten zwei Jahrzehnten dieses Jahrhunderts jener Informationsfluß bzw. Impuls zu verzeichnen war, verminderte sich das ab 1923, und ab 1925 war das Hauptsiedlungsgebiet der Grundgesamtheit Zentrum und Ausgangspunkt der im Rahmen der Entwicklung vor sich gehenden Aktivitäten. Diese Differenzierung berührt aber nicht die anschließend im angegebenen Zusammenhang gezogene Schlußfolgerung: "Die Mehrheit der Grundgesamtheit konnte in der 1. Hälfte dieses Jahrhunderts nicht von modernen Kommunikationsmitteln erreicht werden. Sie war erreichbar über die traditionellen Kommunikationswege und über Angehörige der Führungsschicht". Allerdings ist nunmehr und bewußt die Betonung auf die Mehrheit zu setzen. Das nach dem 1. Viertel dieses Jahrhunderts wachsende und in allen politischen Organisationen mitarbeitende Kleinbürgertum, die beginnende Verstädterung in einigen Gebieten, die parallel dazu laufende langsame Alphabetisierung, und nicht zuletzt das in der Republik von Mehabad verzeichnete Kulturleben, samt einem - durch eine Partei organisierten - fahrenden Theater und täglichen Rundfunkübertragungen auf die Straßen der Hauptstadt, sind Vorboten bzw. Teile einer Entwicklung, die jene Schlußfolgerung immer mehr relativiert. Für die Mehrheit der Grundgesamtheit gilt sie aber wohl noch bis zum Ende des 2. Weltkrieges.

Mit Bezug auf die im theoretischen Orientierungsrahmen unterschiedenen fünf Rollenbilder (vgl. S.62) ließen sich für den untersuchten Zeitabschnitt und im Rahmen der Untersuchungsanlage zwei dieser Rollenbilder deutlich erkennen: der (nonkonformistische) Themenvorbereiter und der (sozial-strukturell verankerte mit befehlsmäßiger Kompetenz ausgestattete) Machthaber. Meinungsführer ließen sich anhand des erreichbaren Materials und im Rahmen dieser Längsschnittuntersuchung nicht ohne weiteres eindeutig erkennen. Die kurdischen Dichter und Publizisten wurden - wegen ihrer kulturell und sozial hervorgehobenen Stellung - zum "Umkreis der Führungsschicht" gerechnet. Andere aktiv Beteiligte sind im Rahmen von "Massenaktionen" direkt erkennbar geworden, z.B. bei den Protestdemonstrationen in den Jahren 1930/1, als "Publikum" bei der Ausrufung der Republik von Mehabad, als aktiv Beteiligte bei den insgesamt 24 erfaßten Unruhen und Erhebungen. In den Interpretationszusammenhang sind die "anderen aktiv Beteiligten" als diejenigen indirekt einbezogen 'worden, die den Fortgang der Entwicklung aktiv mitgetragen haben. Die Gruppe der mehr oder minder inaktiv Beteiligten konnte gar nicht direkt erfaßt werden. Die - der These vom konformistischen Druck verbundene - Annahme war hier: Je stärker und aktiver der "Kern der aktiv Beteiligten" sich zeigt, desto geringer die Zahl der "inaktiv Beteiligten".

In der Zeitspanne von 1900 bis Ende des 2. Weltkrieges ist keine Phase zu erkennen, von der man sagen könnte, daß das Thema Wir bzw. die Frage Was wollen Wir? unter den Kurden wenig Relevanz gehabt haben dürfte. Es sind durchgängig aktuelle "Inhalte" vorgestellt worden - und sie entbehrten nicht der Kontroversen, Das Thema Wir bzw. die Frage Was wollen Wir? scheint in dem gesamten Zeitraum von 1900 bis Ende des 2. Weltkrieges ein Thema öffentlicher Meinung unter den Kurden gewesen zu sein, wenn auch nicht ununterbrochen und überall.

Die im theoretischen Orientierungsrahmen unterschiedenen Phasen (vgl. S.65-66) lassen sich dem soweit erfaßten Prozeß folgendermaßen zuordnen: Zu Beginn dieses Jahrhunderts vertritt ein Teil der traditionellen Führungsschicht aktiv die selbst-zentrierte Seite im Selbstverständnis der Kurden. Deutlich erkennbar sind diese Bestrebungen in dem außerhalb des kurdischen Hauptsiedlungsgebietes lebenden Teil dieser Führung. Hinweise auf eine derart orientierte Aktivierung gibt

es aber auch im Hauptsiedlungsgebiet der Grundgesamtheit, und zwar während des 1. Weltkrieges. - Daneben ist von anderen Teilen der Grundgesamtheit bzw. ihrer Führung durchgängig und aktiv die relativierend-dezentrierte Seite im Selbstverständnis der Kurden vertreten worden. Inwieweit es sich bei den einzelnen, sich während des 1. Weltkrieges häufenden Aktivitäten um "bedingt-kooperatives" oder "kooperatives" Verhalten (vgl. S. 140) gehandelt hat, wobei die Bezugsgruppen im übrigen jeweils verschiedene waren, ist schwer einzuschätzen. - Trotz der sich gerade in jenen Jahren als unzulänglich erweisenden Forschungslage ist anzunehmen, daß die selbst-zentrierte Seite im Selbstverständnis der Kurden ab 1917/18 langsam an Bedeutung gewinnt, um 1923/4 - und mehr noch zwischen 1925 und 1930/1 - erkennbar in den Vordergrund zu treten, wiewohl durchgängig im gleichen Zeitraum die relativierend-dezentrierte Seite ebenfalls deutlich zum Ausdruck kam.

Um 1923/4 beginnt die bis dahin wohl vorwiegend latente Phase des Prozesses der öffentlichen Meinung in eine "aktuelle Phase" umzuschlagen. Die Annahme ist hier, daß die innerhalb der traditionellen Führungsschicht seit längerem und seit 1917/8 intensiver geführte Diskussion, angereichert durch im "äußeren Bedingungsrahmen" entstandene Inhalte, mit einem zeitlichen Verzug die weiteren Teile der Grundgesamtheit erfaßte, die im übrigen - nach der These vom thematischen Bezug - ausnahmslos ein zumindest "inaktives" Interesse am Thema hat. Das vorausgesetzte inaktive Interesse schlug - nach der These vom konformistischen Druck - mit der vermehrten Aktivität des als "aktiver Kern" arbeitenden Teils der Führungsschicht samt ihrem Umkreis mehr und mehr in ein aktives Interesse und Beteiligung um. Die seit 1923 vermehrte Aktivität des "aktiven Kerns" im Hauptsiedlungsgebiet ist in den "Inhalten öffentlicher Meinung" mehrfach dokumentiert worden. Zu erwähnen sind hier vielleicht bereits die Sondierungen SIMKOs und Seyid TEHAs bei Sêx MEHMÛD Ende 1922, sicherlich der Aufruf von Sêx Se'îdî PÎRAN im März 1924, die Organisation der regional übergreifenden Erhebung von 1925 und nicht zuletzt die Bildung der XOYÎBÛN-Partei im Jahre 1927 und die einer Provisorischen Regierung

Diese vergleichsweise aktuelle Phase im Prozeß der öffentlichen Meinung unter den Kurden zum Thema Wir beginnt um 1930/1 auszuklingen. Ein maßgeblicher Faktor bei dieser Entwicklung ist zweifelsohne die von verschiedenen Kräften im äußeren Bedingungsrahmen ausgehende existentielle Bedrohung der Grundgesamtheit bzw. tatsächlich ergriffene Vernichtungsmaßnahmen. In der folgenden Periode, in der die Grundgesamtheit zu einem bis dahin nicht dagewesenen Grade unter staatlich-militärische Kontrolle gerät, tritt die relativierend-dezentrierte Seite im Selbstverständnis der Kurden in den Vordergrund. Doch ist die Kontroverse auch in diesen Jahren nicht ausgeräumt. Zu erwähnen sind die Aktivitäten der nunmehr außerhalb des Hauptsiedlungsgebietes lebenden XOYÎBÛN-Führung und die weiterhin immer wieder aufbrechenden Unruhen im Hauptsiedlungsgebiet selbst, wobei die ab 1937/8 im türkischen Kurdistan organisierte Erhebung mit dem Ziel der Gründung eines Staates Kurdistan zweifelsohne an erster Stelle steht.

Die selbst-zentrierte und relativierend-dezentrierte Seite im Selbstverständnis der Kurden findet hier zeitlich anschließend 1938/9 - eine zunächst vielversprechende Synthese in der HÎWA Partei, die sowohl und insbesondere in der traditionellen Führungsschicht und ihrem Umkreis als auch im kurdischen Kleinbürgertum in den Städten und Städtchen einen Rückhalt hatte und innerhalb kurzer Zeit eine Art Bewegung um sich konzentrierte. Wenn die HIWA-Partei und ihr Konzept sich auch nicht als tragfähig erwiesen, die Rolle als Aktivator im Prozeß der öffentlichen Meinung zum Thema Wir - und zwar in verschiedenen Teilen Kurdistans - füllte sie unbedingt aus.

Um 1941/2 - nach der Gründung der JÊKAF-Partei - aktivierten nunmehr zwei miteinander in Verbindung stehende Parteien die Grundgesamtheit, nach dem 1938/9 entwickelten Konzept der Doppelstrategie, das sich vielleicht unter dem Motto "heute Autonomie, morgen gemeinsame Unabhängigkeit" fassen läßt, und von dieser Zeit an kann man auch wieder von einer aktuellen Phase im Prozeß der öffentlichen Meinung sprechen, die bis etwa 1946/7 andauert. Sowohl die selbstzentrierte als auch relativierend-dezentrierte Seite im Selbstverständnis der Kurden ist in dieser Zeit zum Ausdruck gekommen, zum Teil sehr eng beieinander, wie z.B. in der Republik von Mehabad, zum Teil eindeutig getrennt, wie

es z.B. bei den selbst-zentrierten Bemühungen der 1942 gegründeten und von Paris aus arbeitenden KURDISCHEN LIGA der Fall war, die von 1942 bis 1945 bzw. 1948 zumindest 6 Memoranden und Appelle zur Unterstützung der Erlangung des "Selbstbestimmungsrechtes" u.a. an die UNO richtete. Offenes "kooperatives" Verhalten ist in der Zeit der aktuellen Phase - von 1942 bis 1944 anscheinend ganz und gar - in den Hintergrund getreten. Deutlich erkennbar wurde es wieder in den Jahren 1945 und 1946 anlässlich des irakischen Armeeeinsatzes gegen die "im Norden" gesammelten Autonomisten und im Rahmen der iranischen Mobilmachung gegen die Republik von Kurdistan. Beide Armeen enthielten kurdische Stammesregimenter, die damit auf fremdstaatlicher Seite kämpften bzw. sich zum Kampf bereit zeigten.

Wenn sich die eingangs zu dieser zusammenfassenden Betrachtung wiedergegebene These zum Selbstverständnis der Kurden für den untersuchten Zeitraum von 1900 bis Ende des 2. Weltkrieges als tragfähig erwiesen hat, die darüber hinaus in der Einführung auf S. 116 vorgestellte These entzieht sich einer eindeutigen Beurteilung. Sie lautete: "Die selbst-zentrierte Komponente im Selbstverständnis der Kurden gewinnt im 20. Jahrhundert an Bedeutung". Für sich betrachtet hat die selbst-zentrierte Komponente sicherlich an Bedeutung gewonnen. Versucht man jedoch ihren Anteil in Hinblick auf die gesamte Entwicklung - also auch in Bezug auf die relativierend-dezentrierte Komponente - zusehen, so scheinen die Kräfte sich die Waage zu halten. Bis zum Abschluß der Untersuchung des Zeitraums vom Ende des 2. Weltkrieges bis 1975 soll diese Frage vorerst zurückgestellt werden.

B. IV. Das Selbstverständnis der Kurden in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg bis zum Niedergang der Revolution im irakischen Kurdistan (1975)

a. Zur Struktur der kurdischen Öffentlichkeit

Im folgenden wird die für die erste Hälfte dieses Jahrhunderts gegebene Darstellung zur Struktur der kurdischen Öffentlichkeit fortgesetzt, wobei auch die Unterscheidung zwischen dem geographisch-räumlichen Aspekt, dem sozialstrukturellen Aspekt sowie dem der in der Grundgesamtheit vorhandenen institutionalisierten Kommunikationswege und Zentren wiederaufgenommen wird.

Schätzungsweise leben um - und mehr noch nach - 1950 etwa 18-20% der Grundgesamtheit außerhalb des kurdischen Hauptsiedlungsgebietes, und zwar größtenteils in den Entwicklungszentren der jeweiligen Staaten. Von diesen 18-20% gehört eine sehr kleine Minderheit zur besitzenden und mit mehr oder weniger höherer Bildung ausgestatteten "Klasse" bzw. zum Großbürgertum, eine weitere Minderheit zum Kleinbürgertum und die überwiegende Mehrheit (von diesen 18-20%) zum Stadtproletariat.

Von den im Hauptsiedlungsgebiet lebenden Kurden (80-82% der Grundgesamtheit) stellt die Landbevölkerung mit etwa 70-75% immer noch die Mehrheit, wenn sie sich auch allmählich in diesem Jahrhundert um etwa ein Fünftel verringert hat. Drastisch ist die Anzahl der "Bergnomaden" zurückgegangen; nunmehr werden sie auf ein Zehntel ihres um 1900 angenommenen Anteils geschätzt bzw. sogar nur auf 2%. Bei den "Stammesangehörigen Bauern/Viehzüchtern" und den "nicht stammesangehörigen Bauern" hat sich eine Verschiebung zugunsten der "nicht-stammesangehörigen Bauern" ergeben, schätzungsweise um 10%. Einen wesentlichen zahlenmäßigen Zuwachs hat indes das "Kleinbürgertum" erfahren. Während es um 1900 vielleicht 7% der im Hauptsiedlungsgebiet lebenden Kurden ausmachte, sind es nunmehr vielleicht 20%. Hinzu kommt überdies in den zahlreicher gewordenen Städten und Städtchen Kurdistans ein zahlenmäßig noch geringes, aber nach und nach wachsendes "Proletariat" von etwa 3,5%. (458)

RELATIVER STATUS DER GRUPPIERUNGEN INNERHALB DER GRUNDGESAMTHEIT "die Kurden" - um 1950

(mit ----- wird ein Autoritätsgefälle angezeigt, die in Klammern gesetzten Prozentzahlen stellen den grob geschätzten Anteil der Gruppierung an der Gesamtzahl der Kurden dar)

Höchstmaß an Prestige

Höchstmaß an Prestige

"ş ê x"

mit (erblicher oder erworbener) religiöser Autorität
ausgestatteter Stammesführer/Gebietsherr

Städt. Politiker

Nomadenführer

Stammesführer

Gebietsherren

Autorität auf der Basis von technokratischem Wissen und Einfluß bei bzw. Anerkennung von staatlichen Autoritäten

Autorität auf der Basis von Verwandtschaft oder Vertrag

Autorität auf der Basis von Verwandtschaft oder Vertrag, mit oder ohne hervorragende Abstammung, mit oder ohne Landbesitz

"Aristokraten" (Mîr)
Autorität auf der Basis von Überregionaler Tradition und Landbesitz, bei Verarmung zumeist weiterbestehend

"Feudalherren" (Xan, Ağa, Beg)
Autorität auf der Basis von Landbesitz und lokaler Tradition, bei Verarmung zum Teil weiterbestehend

(zu den Kategorien "Aristokrat" und "Feudalherr" vgl. Anmerkung 99)

höhere Geistlichkeit

(islam. = Mela
pseudoislam. = Pfr
Yezîdî = Pfr
Derwischorden = Şêxî Terfîqet,
Şêxî Bermaî
Şeyyid)

Intellektuelle (Elite)

Dichter, Schriftsteller, Barden, sonst. Künstler

(1961 - 1975)

P Ê Ş M E R G E
R A K

BERGNOMADEN (2%)

nomadisierende Viehzüchter, stammesangehörig

(GROB)BÜRGERTUM (4%)

Unternehmer, Großgrundbesitzer, Beamte mit relativem Einfluß bei staatlichen Autoritäten, auch Staatsangestellte

BAUERN/VIEHZÜCHTER (35%)

stammesangehörig

KLEINBÜRGERTUM (18%)

Händler, Handwerker, Beamte und Staatsangestellte ohne bedeutenden Einfluß bei staatl. Autoritäten

BAUERN (35%)

nicht stammesangehörig

niedere Geistlichkeit

(islam. = Mela, Feqê
pseudoislam. = Murşîd
Yezîdî = Qewwal
Derwischorden = Xelîffe)

PROLETARIAT (3%)

Hilfskräfte

Dorfälteste
İxtiyar

(Dorf)Bürgermeister
Muxtar, Köxa

Die soeben erwähnten Relationen und Verschiebungen sind in der graphischen Darstellung auf S.225 gegeben und mit der vorangehenden Darstellung auf S.152 zu vergleichen.

Was das Autoritätsgefälle innerhalb der Grundgesamtheit angeht, so untersteht die "Landbevölkerung" weiterhin den traditionellen "Stammesführern" und "Gebietsherren" und den ihnen übergeordneten "Sêxs". Doch schon in Hinblick auf die zahlenmäßige Reduzierung der Landbevölkerung hat die traditionelle Führungsschicht einen Teil ihres ehemaligen Führungsanspruches eingebüßt. Das scheint weniger für die Stammesführer als für die Gebietsherren zuzutreffen. (459) Hier mag die seit Jahrzehnten betriebene ideologisch orientierte Aufklärung einen Niederschlag zeigen, auch mag die von den Staaten Irak, Iran und Syrien ansatzweise durchgeführte Landreform hierzu beigetragen haben, letztlich auch die Verschiebung zwischen den einzelnen Gruppierungen innerhalb der Landbevölkerung, insofern als sich ehemals weitaus unabhängiger lebende Bevölkerungsteile schwer in die traditionellen Abhängigkeitsverhältnisse eines landlosen kurdischen Bauern einfügen können. Es steht zu vermuten, daß die großemäßige Verschiebung innerhalb der einzelnen Gruppierungen der Grundgesamtheit in folgende Richtung ging: Bergnomaden--> Stämmen angehörige Bauern/ Viehzüchter --> Bauern ohne Stammeszugehörigkeit --> Kleinbürgertum und Proletariat. Wenn auch der relativ unvermittelte Übertritt von Bergnomaden bzw. Stämmen angehörigen Bauern/Viehzüchtern in die (klein)städtischen Siedlungen durchaus möglich ist, etwa in situationsbedingter Zwischenform (wenn z.B. eine mit besonderen handwerklichen Fähigkeiten ausgestattete Unterabteilung eines Stammes sich als Handwerker niederläßt und den Kontakt zum Stamm mehr oder minder offenhält), etwa in einer Lage existenzieller Bedrohung (wenn - wie es in Syrien der Fall war - kleinere Stämme bzw. Untergruppen von größeren Stammesverbänden direkt als Großstadtproletariat nach Aleppo und Damaskus gingen), die generelle Entwicklung ist eher die einer allmählichen Lösung der ehemals für die Mehrheit der kurdischen Landbevölkerung traditionellen Lebensweise, die der Bergnomaden und der Stämmen angehörigen Bauern/ Viehzüchter. Die Schätzung, daß allein die "Bauern ohne Stammeszugehörigkeit" innerhalb der Landbevölkerung zahlenmäßig angewachsen sind (um etwa 10%), während die Landbevölkerung insgesamt sich etwa um ein Fünftel verringert hat, steht hiermit in Einklang.

Unter den "Bauern ohne Stammeszugehörigkeit" gewinnt der "städtische Politiker" zunehmend direkten Einfluß, als sich anbietender Wegbereiter für wirtschaftliche Entwicklung und als Führer in einer zunehmend undurchschaubar werdenden "modernen Zeit". Wenn auch Rivalitäten innerhalb der um den "städtischen Politiker" erweiterten Führungsschicht existieren, das Merkmal der inneren Kohäsion ist ihr weiterhin und weitgehend eigen. Die traditionellen Stammesführer und Gebietsherren erkennen den "städtischen Politiker" - wenn auch nicht uneingeschränkt - als Mittler zwischen ihnen und den staatlichen Autoritäten an. Als im Jahre 1964 im irakischen Kurdistan eine Führungskrise aufbricht (460), wird sie zum einen relativ schnell bzw. innerhalb von Monaten im wesentlichen entschieden, zum anderen ist eine Polarisierung zwischen den Gruppen innerhalb der Führungsschicht hier nicht gegeben.

Seinen - von traditionellen Führern uneingeschränkten - Rückhalt hat der "städtische Politiker" in den Städten des kurdischen Hauptsiedlungsgebietes. Mit der Verdreifachung der Anzahl der Stadtbewohner - nunmehr fast 30% der im Hauptsiedlungsgebiet lebenden Kurden - und einer abzusehenden Weiterentwicklung in dieselbe Richtung, hat der "städtische Politiker" einen bereits wesentlichen und in die Zukunft weisenden Platz in der kurdischen Gesellschaft und ihrer Führung erlangen können. Da die Mehrzahl der Stadtbewohner bzw. etwa zwei Drittel zum "Kleinbürgertum" gehören, ist es diese Gruppierung innerhalb der Grundgesamtheit, die die Entwicklung nach dem 2. Weltkrieg bis 1975 und darüber hinaus unverhältnismäßig stark zu prägen scheint. Neben seinem technokratischen Wissen (und zwar sowohl was die jeweiligen Staatsapparate und die auf sie bezogenen nicht-kurdischen politischen Kräfte angeht, als auch die internationalen Organisationen und Staatenzusammenhänge) zeichnet den städtischen Politiker die ihm zuteil werdende Anerkennung durch die jeweiligen Staaten bzw. sein Einfluß bei diesen aus^x. Hierauf gründet sein Führungsanspruch, und zwar sowohl in seinem direkten

x Durch gezieltes politisches Entgegenkommen kann und wird von staatlicher Seite versucht, Einfluß zu nehmen auf die Stellung einzelner städtischer Politiker innerhalb der Grundgesamtheit.

Einflußgebiet als auch unter der Landbevölkerung bzw. unter der hier weiter vertretenen traditionellen Führungsschicht.

Eine neue und der Führungsschicht zugeordnete Gruppierung entstand 1961. Es handelt sich um die "Pêşmerge" (wörtlich = vor dem Tod), die Partisanen-Armee im irakischen Kurdistan. Von 1961 bis 1975 stellte die Pêşmerge-RAK eine mit einer Reihe von Privilegien ausgestattete Klasse innerhalb der Grundgesamtheit dar. Weitgehend einheitlich gekleidet in einer Variante der kurdischen Tracht, übte sie unter der kurdischen Zivilbevölkerung im "Kurdistanî Azad" - in den sogenannten befreiten Gebieten - die Funktion einer Ordnungsmacht aus. Weitreichende Hochschätzung wurde den Pêşmerge auch von außerhalb des irakischen Kurdistan lebenden Kurden entgegengebracht (461)⁺.

Bei den traditionellen institutionalisierten Kommunikationswegen ist mit der Reduzierung der zeitweise mit den Herden auf die Weide ziehenden "Stämmen angehörigen Bauern/Viehzüchtern" und der drastischen Reduzierung der Bergnomaden^x auf einen Bedeutungsrückgang zu schließen, zumindest was den Kommunikationsaustausch im Rahmen der saisonalen Bewegungen betrifft. Die anderen - unabhängig von den saisonalen Stammesbewegungen vorhandenen - traditionellen Kommunikationswege und Zentren (462) werden insbesondere in den abgeschiedenen und unwegsamen ländlichen Gebieten ihre unverminderte Bedeutung weitgehend bewahrt haben. Für den grenzüberschreitenden Kommunikationsaustausch ist eine Einschränkung zu machen und eine rückläufige Entwicklung anzunehmen. Daß der innerkurdische Kommunikationszusammenhang über die Staatsgrenzen hinweg weiterhin ein wesentliches Ausmaß hat, ist aus den erwähnten, ihm entgegenstehenden und aus dem äußeren Bedingungsrahmen kommenden Maßnahmen abzuleiten.

+ Die Sonderstellung der Pêşmerge ist auch in den westlichen Presseberichten und in aktuellen Monographien reflektiert worden, der Terminus "Pêşmerge" ist dabei stets wiedergegeben bzw. sinnvoll übertragen worden, z.B. als "die Todgeweihten", "die zum Sterben Bereiten" etc.

x Die Teilung des kurdischen Hauptsiedlungsgebietes von 1923 bis 1945 und die in dem Zeitraum und hernach sukzessiv ausgebauten Grenzen haben wesentlich zur drastischen Reduzierung der Bergnomaden beigetragen, vgl. Anmerkung 150.

Ein innerkurdischer Kommunikationszusammenhang konstituiert sich ab 1948, und zwar im Ausland bzw. in Europa. Teilnehmer in diesem Kommunikationsprozeß sind die nach dem 2. Weltkrieg in Europa sich sammelnden intellektuellen Exil-Kurden (463), die jeweils nur für einige Jahre in Europa lebenden Studenten und ab 1960 eine beachtliche Anzahl von Gastarbeitern, ergänzt durch einen hier anschließenden Besucherstrom, darunter auch einige "städtische Politiker" aus dem Hauptsiedlungsgebiet der Kurden und den Entwicklungszentren der jeweiligen Staaten. Im Kommunikationsaustausch mit den in Europa gesammelten Kurden kommt den Druckerzeugnissen jedoch wohl der Hauptteil zu. Zum Teil handelt es sich um in Europa produzierte Wiederauflagen der im Hauptsiedlungsgebiet und in den Entwicklungszentren der jeweiligen Staaten vertriebenen Schriften und Presse, wobei der mit Druckerzeugnissen hergestellte Kommunikationsfluß auch in die entgegengesetzte Richtung geht, von Europa nach Kurdistan und nach Bagdad, Damaskus, Teheran und Ankara. Die Neuentwicklung im Druckwesen, der Photodruck, hat die innerhalb der Grundgesamtheit von jeher eingeschränkten publizistischen Möglichkeiten (464) von Grund auf erweitert und wird seit Anfang der 60er Jahre insbesondere von den Europa-Kurden herangezogen.

Schätzungsweise befanden sich 1975 etwa 50.000 Kurden in Europa, in den USA eine weitaus geringere Anzahl, vielleicht 3.000 Kurden. Diese (Exil)Gruppierung zeigt sich vergleichsweise aktiv. In den graphischen Darstellungen zur "Entwicklung der kurdischen Presse" und zu der der "Kurdischen Organisationen" ist ihr Anteil deutlich erkennbar (vgl. die Gesamtübersicht auf S. 534). Doch eilt die Aktivierung der (Exil)Gruppierung nicht der im Hauptsiedlungsgebiet bzw. im irakischen Kurdistan erkennbaren Aktivierung voraus, was ein Hinweis dafür ist, daß die in Europa gesammelten und seit 1948 organisierten (Exil)Kurden keine avantgardistische Rolle innerhalb der Grundgesamtheit spielten bzw. spielen, sondern daß sie ein integrierter Bestandteil sind in der um 1959/60 sichtbaren und - unter der Bezeichnung "Revolution" - 15 Jahre andauernden Aktivierung aller politisch interessierten Kräfte unter den Kurden.

Was die kurdischen Massenkommunikationsmittel angeht, die periodische Presse und andere Druckerzeugnisse und den kurdischsprachigen Rundfunk, so ist anzunehmen, daß sie vielleicht 40% der Grundgesamtheit direkt erreichen können, wenn auch nicht kontinuierlich und gleichmäßig; in den Städten des kurdischen Hauptsiedlungsgebiets, in den Entwicklungszentren der jeweiligen Staaten und in der Exil-Gruppierung allerdings die überwiegende Mehrheit und das weitaus kontinuierlicher.

Rundfunksendungen in kurdischer Sprache sind seit Ende der 50er Jahre in zunehmendem Maße vorhanden und für einen Teil der Grundgesamtheit - sowohl für die Kurden im Irak als auch im Iran - eine Selbstverständlichkeit.

Nachdem die im Rahmen des 2. Weltkrieges von der britischen und französischen Besatzungsmacht im Nahen Osten bereitgestellten Sendemöglichkeiten nicht mehr gegeben waren, gab es neben dem seit dem 29.1.1939 existierenden kurdischsprachigen Programm im Rahmen des irakischen Rundfunks von 1947 bis 1953 weiterhin derartige Sendungen von Radio Bākū in der SSR 'Āḍerbāyğān. Nachdem Nasser von 1957 in Kairo ein kurdischsprachiges Programm ausstrahlen ließ, folgte Teheran im Jahre 1958 mit zunächst einem halbstündigen Programm täglich, das bald auf 1 Sendestunde erweitert wurde und von mehreren, allerdings schwachen Sendern in Städten wie Urmia, Kirmanşan, Merîwan, Isfahan, Mehabad übernommen wurde. Im Jahre 1967 erfolgte eine wesentliche Erweiterung des kurdischsprachigen Programmes im iranischen Rundfunk, das ab 1970 von einem in Sine stationierten Sender insbesondere in das irakische Kurdistan ausgestrahlt wurde. Seit 1975 wird der Hauptteil der kurdischsprachigen Rundfunksendungen von Qesrî Şîrîn über einen 800 kW - Sender verbreitet, und zwar 9 Stunden pro Tag. (465) Doch kann dieser Sender nicht in allen Teilen des iranischen Kurdistan gehört werden - und schon gar nicht in allen Teilen des kurdischen Hauptsiedlungsgebietes. Die entsprechende Beschränkung gilt für das kurdischsprachige Programm im Rahmen des irakischen Rundfunks, was z.8. am 31.7.1971 in der in Bagdad erscheinenden kurdischen Wochenzeitung "Hawkarî" bedauert wurde. Man hätte erwartet, heißt es, daß "Radio Kerkûk" zur "Stimme der Nation" werde, neben dem irakischen Kurdistan nunmehr gleichermaßen alle Teile Kurdistans erreichen könne. Stattdessen übernehme Radio Kerkûk weiterhin

nur die aus Bagdad kommenden Sendungen und verstärkte sie nur unzureichend bzw. nur für das irakische Kurdistan. (466) Die hier angesprochene Problematik ist eine grundsätzliche. Sie betrifft das Maß der Eigenbestimmung bzw. Fremdbestimmung, wenn moderne Kommunikationsmittel unter direkter staatlicher Kontrolle stehen und sowohl Inhalte als auch der Einzugsbereich vorab kontrolliert werden können. Das gilt natürlich auch für das kurdischsprachige Fernsehen, das im übrigen nur im irakischen Kurdistan seit 1968 mit einem Tagesprogramm von 4 Stunden gegeben ist. Die mehrmaligen Versuche, kurdischsprachiges Fernsehen im Iran durchzusetzen, sind bisher gescheitert. In den an das irakische Kurdistan angrenzenden kurdischen Gebieten können und werden die kurdischsprachigen Fernsehsendungen aus Kerkûk empfangen.

Im Jahre 1978 ist im Hauptsiedlungsgebiet der Kurden ein langjähriges Projekt abgeschlossen worden, die Erstellung einer "Bibliographie der kurdischen Bücher" (Bîbliyografyay Kitêbî Kurdî). Diese Bibliographie wird u.a. auch für den hier behandelten Gegenstand, die Struktur der kurdischen Öffentlichkeit, interessante Daten enthalten; denn sie hat sich auf keinen Zeitraum in diesem Jahrhundert beschränkt und auf kein Gebiet - und allein in der UdSSR sind von 1930 bis 1960 etwa 1.500 Monographien in kurdischer Sprache erschienen (467). Leider sind mir Details über diese "Bestandsaufnahme" nicht bekannt geworden. Es ist allerdings anzunehmen, daß die Mehrzahl der in dieser Bibliographie aufgenommenen neueren Titel aus dem irakischen Kurdistan stammt, wie auch bei der periodischen kurdischen Presse das irakische Kurdistan zweifelsohne den - nur von zeitlich begrenzten Einschnitten unterbrochenen - eindeutigen Aufwärtstrend bestimmt hat.

Mit der Entwicklung der periodischen Presse ist - unabhängig von dem insbesondere in Europa verwandten Photodruck - ein zahlenmässiges Ansteigen von auf kurdischsprachiges Material spezialisierten Druckereien zu vermerken. Für das irakische Kurdistan konnte diese Entwicklung im einzelnen ermittelt werden (468); es ergibt sich eine Vervielfachung der Druckkapazitäten gegenüber dem Zeitraum von 1900 bis 1946/7, wobei die periodische Presse diese Kapazitäten etwa nur zur Hälfte beansprucht. Knapp die Hälfte der kurdischen Pressetitel wird in den Großdruckereien Bagdads gedruckt.

Auch hinsichtlich der Anzahl der festgestellten kurdischen Organisationen (in Kurdistan und im Mittleren Osten) nach 1947, steht das irakische Kurdistan an führender Stelle; von den 31 Neugründungen bezogen bzw. beziehen sich die Hälfte bzw. 19 speziell auf das irakische Kurdistan. Bei den Exil-Organisationen ergab sich für die zwischen 1947 und 1975 erfolgten 16 Neugründungen bei über der Hälfte bzw. 9 zumindest eine Orientierung an BARZANÎ und der DPK-irakisches Kurdistan. Überdies beziehen sich die für den Zeitraum 1958-1975 gesammelten 99 "Appelle und Eingaben" ab 1961 zu 90% speziell auf die Lage der irakischen Kurden. In Bezug auf den innerkurdischen Kommunikationszusammenhang läßt sich daraus eine von Anfang der 60er Jahre gegebene Konzentration auf die Entwicklung im irakischen Kurdistan feststellen.

Es war auch in diesem Teil ihres Hauptsiedlungsgebietes, daß die Kurden einen ersten Rundfunksender in eigenem Besitz und eigener Regie betrieben. Von 1962 bis 1975 war "Radio Stimme Kurdistan" (RADWÊY DENGÎ KURDISTAN) in einer Berghöhle des sogenannten befreiten Kurdistan bzw. Kurdistanî Azad installiert und diente sowohl dem innerkurdischen Kommunikationszusammenhang als auch der Nachrichtenvermittlung nach außen. Teile des Programms wurden in gedruckter Form verbreitet, u.a. durch eine Art wöchentliches Bulletin "Dengî Kurdistan" (1963- ?) (469). Die nicht unerhebliche Bedeutung des "Radio Stimme Kurdistan" läßt sich aus dem Umstand schließen, daß die Stilllegung des Senders - neben der Übergabe "schwerer Waffen" - einer der Programmpunkte für das Abkommen vom 11.3.1970 zwischen dem Führungsrat der Revolution und der irakischen Regierung war. (470)

Auch gab es im Kurdistanî Azad mindestens zwei Druckereien, mit denen u.a. die Presseorgane "Rizgarî" (1962-1966?), die gerade erwähnte "Dengî Kurdistan" (1963- ?), "Dengî Pêşmerge" (1964-75), "Hewalî Kurdistan" (1965-1975) gedruckt wurden, neben anderen Druckerzeugnissen, darunter das Büchlein "Grundsatz und Gesetze", herausgegeben vom Führungsrat der Revolution im Jahre 1965.

Bei der Betrachtung der innerkurdischen Kommunikationszusammenhänge in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg, der geographisch-räumlichen Verhältnisse, der Sozialstruktur der Grundgesamtheit und der in ihr vorhandenen institutionalisierten Kommunikationswege und Zentren sind vier Merkmale festzustellen:

- 1 - Das Kleinbürgertum und die städtischen Politiker bestimmen die Entwicklung innerhalb der Grundgesamtheit zu einem unverhältnismäßig großem Maße.
- 2 - Außerhalb des kurdischen Hauptsiedlungsgebietes - in Europa - entstand ab 1948 ein neuer gesamtkurdischer Kommunikationszusammenhang. Die z.T. auf Zeit in Europa lebenden und organisierten Kurden bilden keine Avantgarde, sondern sind integrierter Bestandteil der Gesamtentwicklung.
- 3 - Die Mehrheit der in den kurdischen Städten und in den Entwicklungszentren der jeweiligen Staaten und in Europa lebenden Kurden ist direkt über die Massenkommunikationsmittel zu erreichen. Aufgrund der allmählichen Alphabetisierung und insbesondere durch den Rundfunk - empfangen über Transistorgeräte - ist ein wachsender Teil der Landbevölkerung ebenfalls unmittelbar zu erreichen.
- 4 - Seit Anfang der 60er Jahre ist im innerkurdischen Kommunikationszusammenhang eine Konzentration auf die Entwicklung im irakischen Kurdistan gegeben.

(B.IV)

b. Inhalte öffentlicher Meinung zum Thema "Wir" und ihr relatives Gewicht im Prozeß der Entwicklung

Wenden wir uns zunächst den Pressetiteln und den Namen der seit Kriegsende gegründeten politischen Organisationen zu. Hier hat sich im Vergleich zu der Periode von 1900 bis zum 2. Weltkrieg eine Veränderung ergeben. Neben den Worten "Kurden", "Kurdistan" und kurdischen Ortsbezeichnungen und auch den Worten bzw. Wortgruppen

Sonne - Licht - Flamme - Strahlen - Leben - Jugend Hoffnung
- Wahrheit - Glaube - Fortschritt Wegweiser - Fackel -
Leuchter
Befreiung - Freiheit

treten nun verstärkt jene Bezeichnungen auf, die sich auf angesprochene Interessengruppen beziehen, sei es als "Vereinigung der Schüler; Lehrer; Arbeiter" etc., sei es als "Stimme der Schüler; Lehrer; Bauern". Presseorgane heißen nunmehr auch "das Bewußtsein der Arbeiter", "der neue Schriftsteller", "der Intellektuelle" oder beziehen sich im Titel auf die konkret behandelten Themen: "Kunst", "Landwirtschaftliche Reform", "Tabak", "Erziehung und Wissenschaft". Im Laufe des 2. Weltkrieges und hernach verlieren die kurdischen Organisationen und die Presseorgane mehr oder weniger ihre vormalige Rolle als aufklärerische Avantgarde und dienen dem bzw. reflektieren den Differenzierungsprozeß in der kurdischen Gesellschaft.

Keine Parallele in der Vorkriegszeit haben die während und nach dem 2. Weltkrieg erscheinenden Worte Kampf - Revolution - Demokratie. Wenn das Wort "Demokratie" erstmals im September 1945 in der "Demokratischen Partei Kurdistans" im iranischen Kurdistan in den Vordergrund tritt, und dann - wie erwähnt - einer sowjetischen Anregung folgend, so wird es alsbald bzw. im Jahre 1946 und ohne Anstoß von außen auch für die im irakischen Kurdistan gegründete KURDISCHE DEMOKRATISCHE PARTEI herangezogen, dann 1957 im syrischen Kurdistan, 1960 im Libanon, 1967 im türkischen Kurdistan.

Daß das Wort "Revolution" seit ca. 1960 einen Stellenwert für die Grundgesamtheit hat, deutet z.B. die im Jahre 1968 erfolgte Namensänderung der Exil-Organisation "Vereinigung der Kämpfer Kurdistans" an, die sich von da an VEREINIGUNG DER KÄMPFER UND REVOLUTIONÄRE KURDISTANS nennt - wiewohl sie sowieso nicht unter ihrem Organisationsnamen, sondern unter dem ihres Organs "Bahoz" (Sturm) bekannt war und ist. Aus dem Jahre 1961 datiert die Gründung einer PARTÎ ŞORIŞ (Revolutions-Partei), die - entgegen der Zielvorstellung ihrer von 1944/45 tätigen kommunistisch orientierten Namensschwester ("Autonomie für das irakische Kurdistan im Rahmen eines kommunistischen Irak") - im Untergrund ein unabhängiges und demokratisch-sozialistisches Kurdistan anstrebt bzw. anstrebte. (471) Bereits im Jahre 1954 erschien im übrigen eines der Bücher des unter Kurden generell bekannten Dichters CEGERXWÎN mit dem Titel "Sewre Azadî" (Revolution der bzw. für die Freiheit), eine Art Handbuch mit Beiträgen zur Grammatik der kurdischen Sprache, Anleitung zum Dichten in kurdischer Sprache und Beiträgen zur kurdischen Geschichte. Dieses Buch ist wahrscheinlich in der Zeit der Mehabad-Republik geschrieben und in Damaskus oder im Libanon gedruckt worden. (472)

Das Wort "revolutionär" ist auch in den Bezeichnungen für im Rahmen der bewaffneten Bewegung im irakischen Kurdistan geschaffene Institutionen enthalten: REVOLUTIONÄRE ARMEE KURDISTANS (1961), FÜHRUNGSRAT DER REVOLUTION KURDISTANS (1964); zahlreiche Straßen, Plätze, Schulen und Bezirke tragen inzwischen den Namen "Şoriş" oder werden mit dem Adjektiv "revolutionär" qualifiziert. Neben einer weiteren Exilorganisation, die in ihrem Namen das Wort "revolutionär" trägt (VEREINIGUNG DER REVOLUTIONÄREN KURDEN DER TÜRKEI IN EUROPA - 1971) sind in Europa erschienene Pressetitel hier zu erwähnen: "Echo der Revolution" (1965-1967), "Revolution von Kurdistan" (1971-1972), "Stimme der Revolution" (1974-75). Im westlichen Ausland erschienene und von Kurden verfaßte Monographien trugen die Titel "Kurdistan und seine Revolution" (NEBEZ 1972), "The Revolution of Iraqî Kurdistans" (VANLY 1965)⁺.

+ Das von dem Franzosen Jean PRADIER verfaßte und im Jahre 1968 von Ducros in Bordeaux verlegte Buch trug den Titel: "Les Kurdes. Révolution Silencieuse".

Als sich 1970 ein Teil der "Führung der Revolution" unter dem Namen BEWEGUNG DER REVOLUTIONÄREN KURDEN vorstellte und 1974 - nach einer kurzfristigen, erneuten Zuordnung zur DPK-Führung - als REVOLUTIONÄRE PARTEI KURDISTANS, ist man sich wohl des Symbolwertes des Wortes "revolutionär" bewußt gewesen, da der Name einer Partei nicht nur als Mittel der Selbstdarstellung, auch als inhaltliche Werbung an die Adresse potentieller Anhänger zu verstehen ist. In diesem Zusammenhang ist auch die 1953 erfolgte Namensänderung der (1946 im irakischen Kurdistan gegründeten) KURDISCHEN DEMOKRATISCHEN PARTEI in DEMOKRATISCHE PARTEI KURDISTANS zu erwähnen und die gleichzeitig vorgenommene Umbenennung ihres Organs "Rizgarî" (Befreiung) in "Xebatî Kurdistan" (Kampf Kurdistans). (473) Die Aufnahme des Wortes "Kurdistan"⁺ in beiden Bezeichnungen ist zweifelsohne ebenfalls als eine Art Werbung für Anhänger zu verstehen, da sich in diesem Wort wie sicherlich in keinem anderen die Sehnsüchte vieler Kurden treffen.

Im Vergleich zur Vorkriegszeit kamen die Worte "Unabhängigkeit" und "Einheit" in den Pressetiteln und Organisationsbezeichnungen selten vor. Nur eine in dem angesprochenen Zeitraum gegründete Partei betitelt sich mit seiner Hilfe: die PARTEI FÜR DIE UNABHÄNGIGKEIT DER KURDEN (1973 - ?), und eine andere Partei trug die ebenfalls traditionell geschätzten Werte "Freiheit", "Auferstehung", "Einheit" und "Kurden" in ihrem Namen, als Buchstaben in dem gebräuchlichen Kürzel KAJYK (1959-1975). "Einheit" ("Yekêtî") hieß eine im Jahre 1967 in Europa erschienene Publikation

+ Interessant ist die Tabuisierung des Wortes "Kurdistan" von offizieller und offiziöser Seite in den Staaten Türkei, Syrien, und zum Teil auch im Iran und Irak. Es werden Umschreibungen gebraucht wie "im Osten" (Türkei), "im Norden" (Syrien), auch im Irak wird vom "Norden" gesprochen, "im Westen" (Iran).

Wenn im Iran von offizieller und offiziöser Seite von "Kurdistan" gesprochen wird, ist nur ein kleiner Teil des iranischen Kurdistan gemeint, die Provinz "Kurdistan". Wenn im Irak heute von "Kurdistan" gesprochen wird, werden die Erdölgebiete von Kerkûk, Sincar und Xaneqîn ausgeklammert. Ein Bonner Beamter meinte Anfang 1962: "Daß es Kurden gibt, dem stimme ich zu, aber das Wort Kurdistan ist von Karl May geprägt worden" - Kurdish Facts/West-Asta, März-Juni 1964 Nr. 15, S. 8 - Organ der nicht-kurdischen "International Society Kurdistan" mit Sitz in Amsterdam.

Hier mag die "Einheit" unter allen Kurden angesprochen gewesen sein. Bei den im irakischen Kurdistan erschienenen Pres-
setiteln "Yekêtî Têkoşîn" (Einheit des Kampfes), "Birayî" bzw.
"Birayetî" (Bruderschaft, Verbrüderung), "Rêgay Yekêtî" (Weg
der Einheit), "Hawkarî" (Zusammenarbeit) hingegen bezieht sich
die "Einheit des Kampfes" wohl auf den arabisch-kurdischen
Kampf für einen kommunistischen Irak und die "Verbrüderung"
und "Zusammenarbeit" zumindest auch auf die kurdisch-arabische
Bruderschaft.

Wenn wir noch das seit 1970 häufiger auftretende Wort
"Sozialismus" bzw. "sozialistisch" erwähnen (SOZIALISTISCHE
PARTEI DES IRAKISCHEN KURDISTAN 1974-1975; DEMOKRATISCH-
SOZIALISTISCHE BEWEGUNG IM IRAKISCHEN KURDISTAN 1976-lfd;
KURDISCHE SOZIALISTISCHE PARTEI 1976-lfd) dürften die seit
Kriegsende - in Pressetiteln und Organisationsbenennungen -
vornehmlich herangezogenen Schlagworte erwähnt sein. Der Bogen
spannt sich von traditionell geltenden Worten und Werten zu
modernen und international verbreiteten. Wenden wir uns
nunmehr dem Ablauf des politischen Geschehens und der damit
verbundenen Diskussion innerhalb der Grundgesamtheit zu.
Der Mittlere Osten ist nach Ende des 2. Weltkrieges vorerst
sukzessive in das westliche Bündnis einbezogen und aufgerüstet
worden^x.

x Im folgenden beziehe ich mich auf RÖNNEFARTH, H. und H. EULER
1959².

Als erstes ist hier der Beitritt der Türkei zur NATO im Jahre 1952
zu erwähnen (a.a.O., S. 357, vgl. S. 304). Im gleichen Jahr wurde
der Plan für den 1955 verwirklichten "Bagdad-Pakt" entwickelt, der
Bildung einer mittelöstlichen "Verteidigungsachse"; die die
Türkei, den Irak, Iran und Pakistan und Großbritannien umfaßte,
assoziiert mit den USA (a.a.O., S. 485). Ein bilaterales
Militärabkommen schlossen die USA und der Irak im Jahre 1954
(a.a.O., S. 486). Im gleichen Jahr verstärkten die Türkei und
Pakistan ihre bilateralen Beziehungen mit einem "Freundschafts-
abkommen" (a.a.O., S. 447). Ein Jahr später schlossen Großbri-
tannien und der Irak ein "Defensivabkommen" (a.a.O., S. 487), über
den im gleichen Jahr - 1955 - geschlossenen Bagdad-Pakt hinaus.

Die arabische Welt bzw. die Nationalstaaten Ägypten, Irak, Jemen
Libanon, Saudi-Arabien, Syrien, Trans-Jordanien hatten 1945 die
Arabische Liga gebildet, die als Instrument einer gemeinsamen
(arabisch-nationalen) Politik konzipiert war und 1950, 1952 und
1956 durch Verteidigungspakte ergänzt wurde (a.a.O., S. 545). Es
gab Bemühungen innerhalb der Arabischen Liga, insbesondere und
maßgeblich geführt von NASSER, die arabische Welt einer aus-
schließlichen Bindung an die Westmächte zu entziehen. -->

In dem im Zentrum des Mittleren Osten gelegenen Hauptsiedlungsgebiet der Kurden kam es von Kriegsende bis Ende der 50-er Jahre nur zu zwei (regional begrenzten) Bauern-Aufständen: 1953 im irakischen Kurdistan und 1956 im iranischen Kurdistan^{x1}.

Was den Zeitraum von Kriegsende bis Mitte der 50er Jahre und die Entwicklung der weiteren systematisch erfaßten gesellschaftlichen Bereiche - politische Organisationen, Pressewesen, Eingaben bei staatlichen Autoritäten und internationalen Organisationen - betraf, so ist sie im Vergleich zur vorangehenden Zeit ebenfalls wenig ereignisreich verlaufen. In der in Tabelle 3 vorgestellten Materialsammlung "Appelle und Eingaben bei staatlichen Autoritäten und internationale Organisationen" ergibt sich eine Art Latenzzeit; nach der Häufung von Eingaben während des 2. Weltkrieges und nach Kriegsende anlässlich der Gründung der UNO, beginnt die nächste Kette erst Ende der 50er Jahre^{x2}.

→ Auch die Einzelabkommen zwischen NASSERS Ägypten und Syrien, Saudi-Arabien, Jemen und Jordanien (1955/6) sollten ein Gegengewicht zum Bagdad-Pakt darstellen (S.546/7). Diese Bemühungen wurden anlässlich einer Reihe arabischer Konferenzen in Kairo 1956 und 1957 fortgesetzt (a.a.O. S. 515/6 und 551/2 und 569/70).

Das Mißlingen der Suez-Aktion schwächte die Stellung Großbritanniens und Frankreichs im Nahen Osten. Die sogenannte Eisenhower-Doktrin bot im gleichen Jahr (1957) den Staaten im Nahen und Mittleren Osten eine uneingeschränkte US-amerikanische Militärhilfe. Die Türkei, der Irak und Saudi-Arabien, auch Jordanien, standen der Eisenhower-Doktrin positiv gegenüber, Ägypten und Syrien entschieden negativ (a.a.O., S. 556/7).

Im Februar 1958 wurde von Ägypten und Syrien die Vereinigte Arabische Republik gebildet (a.a.O. S.573-575 im März 1958 schloss sich Jemen an. Die VAR bestand bis 1961. Im Februar 1958 wurde als Gegengewicht zur VAR die Arabische Föderation zwischen dem Irak und Jordanien gebildet. Dieser Staatenzusammenschluß wurde im August 1958 durch die "irakische Revolution" bzw. durch den Putsch von Kassem wieder aufgelöst. Der Irak trat sofort aus dem Bagdad-Pakt aus.

x1 "La seule application militaire qu'ait reçue le pacte de Bagdad ce fut en Février 1956, contre le peuple kurde, lorsque l'armée irakienne s'attaqua aux Kurdes Javanrouds, citoyens ,iraniens' vivant près de la frontière irakienne après bonnes consultations au sein du pacte de Bagdad..." (VANLY 1960:25-26 mit Hinweis auf "Le Monde" vom 27.2.1956; vgl. BLAU 1963:54).

x2 Es wurden in den Jahren folgende - in ihrem Kern für die "kurdische Frage" relevante - internationale Übereinkünfte erzielt und Absichtserklärungen abgegeben: die Truman-Doktrin vom 12.3.1947, die die "Selbstbestimmung der Völker" unterstrich; das Abkommen zur Verhütung und Bestrafung von Völkermord (1948); die Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (1950); die Konferenz von Bandung (April 1955) - vgl. RÖNNEFARTH, H. und H. EULER 1959²:304-305, 293, 350-351, 489.

Auch die kurdische Presse zeigt erst Ende der 50er Jahre eine vermehrte Aktivität, und Neugründungen politischer Organisationen sind gleichfalls selten, vgl. die gegenüberstellende graphische Gesamtdarstellung auf S.534.

Im Rahmen der Kontroverse über die Herkunft der Kurden führte im Jahre 1950 - also etwa 4 Jahre nach der Republik von Kurdistan - der Kurde Reşîd YASEMÎ (Raşîd YĀSAMĪ) (in einer persischsprachigen Veröffentlichung zum Thema "Die Kurden, ihre ethnischen und geschichtlichen Bindungen") ihrer persischen Abstammung das Wort. Ähnliche Schlüsse sind aus Îhsan NŪRÎs (Ihsān NŪRĪ) Veröffentlichung aus dem Jahre 1955 "Geschichte der Abstammung der Kurden" zu ziehen, allerdings drückt er sich weitaus zurückhaltender aus. Eine Reihe von kurdischen Autoren gingen widersprechend und detailliert - wenn auch anscheinend nicht sofort - auf YASEMÎs Ausführungen ein (474). Mit der Veröffentlichung von YASEMÎ scheint die letzte ihrer Art erfolgt zu sein; seither sind offenbar nur nicht-kurdische Autoren mit derartigen Standpunkten an die Öffentlichkeit getreten. (475) Um 1950 begann man aber auch - und hiermit wird YASEMÎs Beitrag auf eine Art relativiert - eine kurdische Zeitrechnung zu benutzen. Das Jahr "Null" setzt hier mit der Eroberung von Ninive (612 v.Chr.) an und gibt einem populären Festhalten an der These der medischen Vorfahren der Kurden Ausdruck. In einer am 27.2.1975 veröffentlichten Schrift der HEVRA-Vereinigung heißt es unumwunden: "Es gab früher in der Welt zwei Staaten, einer gehörte den Medern, und die waren wir selbst. In ihm gab es weder Türken noch Araber noch Perser" (476).

Im Jahre 1950 mußte sich Hemze 'EBDULLA, Generalsekretär der 1946 begründeten KURDISCHEN DEMOKRATISCHEN PARTEI (im irakischen Kurdistan) in Bagdad vor Gericht verantworten. Er berichtet (1959), dort folgende Aussage gemacht zu haben (477):

"Wenn es eine Gruppe von Kurden gibt, die die Abtrennung Kurdistans vom Irak fordern, sind sie irregeführt und falsch orientiert; denn die Abtrennung Kurdistans vom Irak würde dem kurdischen Volk einen großen Schaden zufügen und ein fetter Bissen für den Imperialismus sein".

Dennoch - vielleicht den selbstzentrierten Tendenzen in diesem Teil der Grundgesamtheit nachgebend - änderte die KDP im Jahre 1953 ihren Namen, um als einzige kurdische Partei in dem Gebiet das Wort "Kurdistan" darin zu tragen (478), nämlich DEMOKRATISCHE PARTEI KURDISTANS. Ihre Übereinstimmung mit der politischen Arbeitsweise der irakischen Kommunisten (Zweigstelle Kurdistan) ließ die nunmehrige DPK durch die Titeländerung ihres Organs wissen: statt "Rizgarî" (= Befreiung) hieß es nunmehr "Xebatî Kurdistan" (Kampf Kurdistans), wie sie auch in ihrer politischen Argumentation von nun an verstärkt reformmarxistisches Vokabular gebrauchte. Obwohl die DPK durchaus nicht immer einig war - die Partei drohte sich öfter in ihre seit Beginn vorhandenen "linksliberalen" und "traditionell-konservativen" Flügel zu spalten (479) - nannte sie sich von 1956 bis 1960, vom Zeitpunkt ihrer Lizenzierung durch die irakische Regierung, EINHEITLICHE DEMOKRATISCHE PARTEI KURDISTANS (E-DPK) (480). Ab 1959 hieß ihr Organ nur noch "Xebat".

In den 50er Jahren warben sowohl die irakische KP (Zweigstelle Kurdistan) als auch die KDP bzw. E-DPK um die irakischen Kurden. Im Jahre 1953 einigten sie sich kurzfristig auf ein gemeinsames "Wahlprogramm". Die irakische KP hatte 1952 mit der sogenannten Basim-Satzung u.a. das Selbstbestimmungsrecht der Kurden formal bestätigt (481). Im September 1956 stellte sie fest, daß die Kurden im Irak unter "Rassendiskriminierung in allen Stellen des öffentlichen Dienstes, auch in der Armee, zu leiden haben" und daß "der richtige Weg für die Lösung der kurdischen Frage...die gegenseitige Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes und die Legalisierung des Strebens beider Völker (Anm.: des arabischen und des kurdischen) nach Befreiung und nationaler Einheit" sei. Sie übernahm sogar die Forderung nach "territorialer Autonomie für das irakische Kurdistan innerhalb der demokratischen Einheit des Irak" (482). Dennoch traten am 17.8.1957 die Mehrzahl der Mitglieder der Zweigstelle Kurdistan zur DPK über. (483) Der sich als ein "Ereignis" darstellende Wandel in der Außenpolitik der UdSSR (1957) - die nunmehrige unbedingte und im Rahmen der sowjetischen Ideologie "problemlose" Unterstützung des arabisch-nationalen Führers Nasser - wird von kurdischer Seite als ein Grund für das Abwenden der irakischen Kurden von der irakischen KP und ihrer Zweigstelle Kurdistan genannt. (484) Die zuvor zwischen "Kommunisten" und "Nationalen" über Jahre hinweg geführte Diskussion schien nunmehr eine Scheindiskussion gewesen zu sein. Ein Grund für die im Verhältnis zur irakischen KP

größere Popularität der DPK bzw. E-DPK ist im übrigen bereits genannt worden: ihr das Wort "Kurdistan" enthaltender Name. Ein weiterer Grund ist in der Person des DPK- bzw. E-DPK-Vorsitzenden in absento zu sehen: der bis Oktober 1959 im sowjetischen Exil und Asyl lebende BARZANÎ, welcher als Symbol kurdischen Widerstandes und als Vertreter der traditionellen Führungsschicht sowohl nationalkonservative und national-liberale als auch revolutionär-progressive Kräfte an die Partei band. (485)

Anfang 1956 war eine kurdisch-arabische Delegation bei Nasser vorstellig geworden, dabei war ihm ein Büchlein "Kifah al-akrad" (arabisch, Kampf der Kurden) überreicht worden. (486) Wahrscheinlich auch auf diese Initiative hin wurde Anfang 1957 ein kurdischsprachiges Programm im Kairoer Rundfunk aufgenommen. Es begann jeweils mit der kurdischen Nationalhymne und versuchte, mit kurdisch-revolutionären Liedern als Beigabe, die Richtung Nassers zu propagieren. (487)

Am 14. Juni 1957 wurde im syrischen Kurdistan die nunmehr dritte "Demokratische Partei Kurdistans" gegründet. Anlässlich des 15. Jahrestages dieser Gründung erklärte die Parteiführung (488):

"Die Parteigründung am 14. Juni 1957 war eine natürliche Reaktion auf jene objektive Realität, in der die Massen unseres kurdischen Volkes leben mußten. Jene Realität, die in dem sozialen Rückschritt und der Verhinderung von allen nationalen Rechten ihren Ausdruck findet. Die Existenzlosigkeit bzw. das Nichtvorhandensein einer avantgardistischen Partei, die die Massen in ihrem Kampf hätte führen können, ließ sie in unserer, aus den Massen heraus entstandenen Partei, ihre wahren bzw. echten Vertreter für ihre Wünsche und Ziele finden, den Schutz der nationalen Existenz des kurdischen Volkes in Syrien, gegen alle Versuche der Assimilierung und Integration, die die chauvinistischen Tendenzen seit langem gegen unser Volk praktizieren".

Im Jahre 1958 ändert die im August 1956 gebildete KULTURVEREINIGUNG KURDISCHER STUDENTEN IN EUROPA ihren Namen. Dieser Zusammenschluß von kurdischen Studenten aus allen Teilen Kurdistans und aus den Zentren der Staaten Türkei, Iran, Irak, Syrien hatte sich vorher mit dem Hinweis auf "Kulturpflege" auch gegenüber den studentischen Organisationen der jeweiligen Herkunftsstaaten gerechtfertigt. Ab 1958 tritt sie selbstbewußter unter dem Namen "Vereinigung kurdischer Studenten in Europa" auf und gibt als

solche nunmehr u.a. ein Jahrbuch "Kurdistan" heraus. Die VKSE bzw. KSSE (Kürzel im Engl.) hat seit ihrer Gründung keinen "separatistischen Tendenzen" das Wort geredet, sich durchgängig für die Rechte der Kurden innerhalb des Rahmens der jeweiligen Staaten ausgesprochen und damit die Zielvorstellungen der kurdischen "demokratischen Parteien" mitgetragen.

Im Jahre 1956 sollen sowohl im irakischen als auch im iranischen Grenzgebiet sogenannte Mitgliedskarten in Erscheinung getreten sein, die die Abbildungen von fünf nationalen Führern trugen: Sêx 'Ebdul-QADIR, Seyyid REZA, Sêx MEHMÛD, Qazî MIHEMED und Mistefa BARZANÎ. (489) Wenn es auch nicht klar ist, ob diese Nachricht stimmt, und für welche politische Organisation damit gegebenenfalls die Mitgliedschaft bezeugt werden sollte, so ist doch 1959 die sich auf die Gesamtheit der Kurden beziehende KAJYK-Partei gegründet worden, und ferner soll im Jahre 1961 die PARTÎ SORIS (Revolutionspartei) über die irakisch-iranische Grenze hinweg gebildet worden sein.

Die sicherlich vor 1959, also vor Gründung der Partei, schon in großen Zügen entworfene KAJYK-Ideologie fasse ich aus der "Inneren Ordnung" der Partei und ihrer programmatischen Schrift KAJYK-Name im folgenden in ihren Hauptpunkten kurz zusammen (490):

1. Die gegenwärtige Situation in Kurdistan sei das Resultat eines historischen Prozesses und die KAJYK und ihre Ideologie eine im Rahmen dieser Situation hervorgebrachte historische Notwendigkeit.
2. Das kurdische Volk, das gegenwärtig durch "künstlich und zeitlich begrenzte Schranken" geteilt sei, erfülle die Voraussetzungen einer Nation, die da sein sollen: eine gemeinsame Sprache und Geschichte, Nationalgefühl und ein "geographisches Land".
3. "Alle nicht-verräterischen Kurden (sind) gleich"; "familiäre Abstammung" und "Stammeszugehörigkeit" würden vor dem Prinzip der nationalen Zugehörigkeit zurücktreten. Nach KAJYK ist der Kurde, "der an die kurdische Nationalität glaubt und sein individuelles Dasein und Schicksal als ein Teil des Daseins und Schicksals

seiner Nation betrachtet und versucht, das kurdische Nationalerbe, d.h. das geistige, materielle und literarische Erbe zu schützen".

4. "Alle Eroberer Kurdistans (sind) gleich, ob sie 'rechts' oder 'links' stehen".
5. Die Kurden müßten sich in ihrer Gesamtheit auf sich selbst verlassen, angebotene Hilfe sei grundsätzlich mit Blick auf die gesamte Nation zu erwägen und allein auf der Basis der Gleichberechtigung zu akzeptieren.
6. Die Kurden sollten anderen Völkern und Befreiungsbewegungen zur Seite stehen, erstes Ziel sei allerdings die Befreiung der Kurden und Kurdistans.
7. Die Befreiung der Kurden in ihrer Gesamtheit sei durch die ideologische Auseinandersetzung vorzubereiten und durch die sukzessive Befreiung einzelner Volksteile in Gang zu setzen.
8. Als erstes seien die kurdischen Bauern zu befreien. Sie bildeten die derzeit ausgebeutete Mehrheit der Kurden. In ihrer Verbundenheit mit dem Grund und Boden Kurdistans konzentrierten sie daselbst das revolutionäre Potential und gäben damit die Garantie für den zu schaffenden Staat "Kurdistan".
9. Der zu schaffende sozialistische Staat soll diejenige Organisation in der Hand der Kurden in ihrer Gesamtheit sein, die die "Monopolbildung" verhindert bzw. die Ausbeutung eines Teils der Nation durch einen anderen.

Aus dieser kurzen Zusammenfassung des Ausgangspunktes, der propagierten Strategie und der Zielvorstellung der KAJYK-Partei treten die wesentlichen Unterschiede zu den kurdischen DPKs und KDPs deutlich hervor. Während die KAJYK ein Programm für den "Umsturz der (kurdischen) Gesellschaft" (Titel der 1959 veröffentlichten Satzung der Partei) aufstellt und als ein Resultat dieser kurdischen Revolution einen kurdischen Staat anstrebt, wollen die kurdischen "demokratischen Parteien" - zusammen mit anderen fortschrittlichen (nicht-kurdischen) Kräften - zunächst einmal den gesamten Mittleren Osten - also die Türkei, Iran, Irak und Syrien - in "Volksdemokratien?" gewandelt sehen. Nachdem in diesem Zusammenhang entweder ein Autonomie-Status oder gänzliche nationale Gleichberechtigung erreicht worden ist, wollen sie die Frage eines gesamt-kurdischen Staates angehen. Beide Programme

sind hinsichtlich der Schwierigkeit ihrer Verwirklichung als etwa gleich einzuschätzen, und beide lassen schließen, daß das Real-Potential für den seit Ende der 50-er Jahre so oft gebrauchten Begriff "Revolution" für einen Teil der Grundgesamtheit durchaus gegeben ist. Die KAJYK-Partei will dieses Potential vornehmlich für die Grundgesamtheit eingesetzt wissen, die kurdischen "demokratischen Parteien" wollen es in den Äußeren Bedingungsrahmen hineinragen und auch darüber die Befreiung von Fremdherrschaft und "Imperialismus" erreichen⁺. Da es für die KAJYK-Partei "künstliche und zeitlich begrenzte Schranken" sind, die die Kurden trennen und von denen sie sich in ihrer Arbeit nicht leiten lassen will (491), entfällt für sie demonstrativ der von anderen kurdischen Parteien traditionsgemäß aufgenommene Programmpunkt: Unterstützung des Kampfes der Kurden in anderen Teilen Kurdistans (492). Üblich ist der Hinweis auf die Verbundenheit mit Kurden anderswo, z.B. als fester Bestandteil von Abschlußerklärungen zu Parteitag und Kongressen (493), wie auch in mehr grundsätzlichen Schriften von kurdischen Parteien und Organisationen der nachdrückliche Hinweis auf die zwischen den Teilen Kurdistans existierenden historischen Bindungen, die Selbstdefinition als Teil eines größeren Zusammenhanges nicht fehlt. (494)

Im Jahre 1960 veröffentlichte die VKSE in Europa ein Interview zwischen dem den kurdischen "demokratischen Parteien" nahestehenden, kurdischen Politiker Ismet Cheriff VANLY und dem griechischen Journalisten Vagelis Sakkatos. Auf die schriftlich gestellte Frage "Worauf zielt heute die Freiheitsbewegung der Kurden und wer sind ihre Verbündeten?" antwortet VANLY ebenfalls schriftlich:

"Le mouvement de libération kurde vise à la libération nationale de ce peuple. Pour cela, il faut d'abord que le mouvement kurde, d'entente avec les mouvements démocratiques des autres peuples, et notamment des peuples voisins, créer les conditions politiques économiques et sociales qui permettront au peuple kurde d'exercer librement son droit imprescriptible à l'autodisposition.

La peuple kurde ne renoncera jamais à son droit de libre disposition, entend bien l'exercer quand la chose sera possible et il lutte précisément à cette fin. La mouvement de libération nationale kurde considère que les frontières politiques actuelles qui déchirent le corps de la nation kurde sont des frontières artificielles, créés et imposées

+ Da die Arbeit der DPK-irakisches Kurdistan und KDP-Syrien vorwiegend in den dem östlichen Block zugerechneten Staaten Irak und Syrien zum Ausdruck gekommen ist, vergleichsweise wenig in der Türkei und Iran unter dem Schah, ist ihnen der Vorwurf der "Agentenschaft des US-Imperialismus" nicht erspart geblieben.

par l'impérialisme (l'impérialisme mondial et son valet le petit impérialisme oriental des milieux dirigeants de la bourgeoisie turque et persane). Elles sont vouées à disparaître.

Les alliés et amis du peuple kurde, dans sa lutte pour la libération nationale et la démocratie, sont naturellement tous les hommes et tous les peuples luttant pour les mêmes buts, tous les hommes et tous les peuples épris de liberté, de démocratie et de paix et décidés à abattre l'ennemi commun, l'impérialisme.

La libération nationale complète du peuple kurde, dans l'ensemble du Kurdistan, qui est un, est une condition sine qua non de la réussite de la démocratie et pour l'écrasement de l'impérialisme au Moyen-Orient. Sans démocratie la libération nationale kurde n'est pas possible. Mais le contraire est juste: tant que la question kurde n'est pas résolue, tant que le Kurdistan n'est pas libéré et unifié l'impérialisme demeurera au Moyen-Orient, et la démocratisation de ces pays ne sera que partielle incomplète et parfois même impossible... (495)

Abschließend wird von VANLY auf die zum Teil gegebene Unkenntnis der nicht-kurdischen "Demokraten" im Mittleren Osten hingewiesen, daß eben die Demokratisierung des Mittleren Ostens mit einer gerechten und demokratischen Lösung des kurdischen Problems verbunden sei, und es wird der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß diese nicht-kurdischen "Demokraten" nunmehr zu dieser Erkenntnis gelangen mögen:

"Ce second aspect de la question n'a pas toujours été bien compris par tous les démocrates non kurdes du Moyen Orient. Les démocrates kurdes sont convaincus que ceux de leurs amis démocrates non kurdes qui ne l'auraient pas compris jusqu'ici, ne tarderont pas, avec Revolution récente des événements, à mieux saisir l'importance de la juste solution de la question kurde dans son ensemble, pour la bonne et complète démocratisation des pays du Moyen-Orient se partageant aujourd'hui le Kurdistan" (496).

Die Auseinandersetzung der kurdischen "demokratischen Parteien" mit den im äußeren Bedingungsrahmen gegebenen politischen Kräften steht von 1959 im Mittelpunkt der Entwicklung. Da allein die irakischen Kurden einen mehr oder minder bereiten Diskussions- und Verhandlungspartner fanden, nämlich den Staat Irak bzw. seine diversen Regierungen, gegen die sie über längere Zeiträume von 1961 bis 1975 darüber hinaus eine bewaffnete Auseinandersetzung führten, wird im folgenden dieser Teil der Grundgesamtheit in den Vordergrund treten. Die am 14.2.1958 eingegangene "Förderative Arabische Vereinigung" (FAV) zwischen den arabischen Staaten Jordanien und Irak und die ihr zugrundegelegte förderative Verfassung enthielt keinen Hinweis auf die Existenz der Kurden im Irak, was u.a. durch den kurdischen Abgeordneten 'Elî

Kemal in einer Sitzung des irakischen Parlaments kritisiert wurde. (497) Die DPK erhob dagegen mit einem Gesuch Einspruch, das von einer umfangreichen Unterschriftensammlung begleitet wurde (vgl. lfd. Nr. 37 in Tab 3). Diese Forderungen wurden aber durch neu geschaffene Realitäten alsbald gegenstandslos. Relativ unvorbereitet kam den Kurden im irakischen Kurdistan der Putsch von Kassem am 14.7.1958, mit dem die FAV aufgelöst wurde und grundsätzliche Veränderungen in der staatlichen Organisation des Irak und seiner Beziehungen nach außen - und damit auch andere Staaten im Mittleren Osten betreffend - eingeleitet wurde^x. Über eine drei Tage nach dem Putsch, am 17.7.1958, gehaltene politische Versammlung in Sileymanî im irakischen Kurdistan, berichtet einer der Teilnehmer im Jahre 1972:

x Die Auflösung der im Februar 1958 vom Irak und Jordanien eingegangenen, westlich orientierten Arabischen Förderation und der Austritt des Irak aus dem Bagdad-Pakt im August 1958 öffnete der UdSSR die Möglichkeit eines wesentlichen Einflusses im Mittleren und im Nahen Osten. Eine Reihe von "Freundschaftsverträgen und Beistandsabkommen" wurde zwischen der UdSSR und arabischen Staaten geschlossen, darunter mit dem Irak am 9.4.1972 (Alnasier, deutschsprachige Zeitschrift der irakischen KP, veröffentlicht in West-Berlin, No.7, S.6). Die Türkei und der Iran erwiesen sich als relativ stabile Bündnispartner des Westens.

Mit dem Austritt des Irak aus dem Bagdad-Pakt wurde im Jahre 1959 zwischen Iran, Türkei, Pakistan, Großbritannien und den USA, letztere nur in Ausschüssen vertreten, der CENTO- bzw. Nahost-Pakt geschlossen (RÖNNEFARTH, H. und H. EULER 1959²:485), ergänzt durch den am 3.5.1959 zwischen den USA - Iran - Pakistan - Türkei geschlossenen Beistandspakt (a.a.O., S. 590-591). Hier heißt es:

"(Der Schah verlangte im Rahmen der Vorverhandlungen zu diesem Beistandspakt) amerikanischen Schutz auch für den Fall eines inneren Umsturzversuches. Die amerikanische Regierung zögerte, eine solche Verpflichtung zu übernehmen. Daraufhin wandte sich der Schah im Januar 1959 an die UdSSR und bot Verhandlungen über einen gegenseitigen Nichtangriffspakt an. Sobald er aber von Washington die gewünschte Zusicherung erhielt, lehnte der Schah alle sowjetischen Angebote für einen Nichtangriffspakt ab ..."

Wie im Jahre 1963 die Bemühungen der arabischen Staaten, zu einem letztlich gesamtarabischen Staatenzusammenschluß zu gelangen, in einer gemeinsamen Absichtserklärung Ägyptens, Syriens und des Irak mündeten, schlossen sich der Iran, Pakistan und die Türkei zu einer Entwicklungssachse zusammen: Stützen sollte dieses Projekt die hierzu gebildete sogenannte Regional Corporation for Development.

"Die Teilnehmer der Versammlung waren Hamza 'Abdulla (der Generalsekretär des Politbüros der DPK), Hilmi 'Ali Scharif (Mitglied des Zentralkomitees der DPK), Ahmad Ghafur (Vertreter der irakischen KP in Kurdistan) und Jemal Nebez (Vertreter der Dritten Kraft). Es waren auch einige Rechtsanwälte und Geschäftsleute anwesend, die keine politische Partei vertraten.

Hilmi war der Meinung, daß die Kurden mit allen ihren Kräften die neugegründete Republik unterstützen müssen, ohne dabei irgendwelche nennenswerten Forderungen zu stellen, da 'dieser Putsch an sich ein Schlag gegen den Imperialismus' sei.

Ahmad Ghafur vertrat die Meinung, daß die Kurden ihre Loyalitätserklärung mit der Forderung nach Freilassung der Gefangenen (meistens Kommunisten) und der Bildung einer 'Volksmiliz' verbinden sollten.

Nebez war der Meinung, daß die Kurden sich ab sofort unter einem 'Nationalen Komitee' zu organisieren hätten und innerhalb ihrer Grenzen das anfangen müßten zu praktizieren, was ihnen seit dem ersten Weltkrieg durch verschiedene internationale und lokale Erklärungen und Gesetze versprochen worden war. Sollte die Kassem-Regierung diese Rechte nicht anerkennen, dann müßte man sie erkämpfen. Nebez war weiterhin der Meinung, daß die Kassem-Regierung nicht in der Lage sei, unter den gegebenen Umständen gegen ein einiges Kurdistan zu kämpfen; denn Jordanien drohte dem Irak mit der US-Flotte, die im Hafen von Beirut lag, und mit der englischen Armee, die in Jordanien stand. Außerdem war Nebez der Meinung, daß - wenn die Regierung Kassems diese kurdischen Rechte nicht anerkannte - sie sich als eine reaktionäre Regierung erweise und daher nicht geachtet werden könnte und dürfte. Sein Vorschlag wurde jedoch abgelehnt, denn er würde, wie es hieß, "eine Situation schaffen, die es den Imperialisten ermöglichte, den ihnen hinderlichen Irak anzugreifen". Weiterhin wurde gegen Nebez' Vorschlag vorgebracht, daß man der neuen Kassem-Regierung trauen könne; denn sie sei eine 'antiimperialistische' Regierung. Nebez meinte, daß dies nicht den Tatsachen entspräche, denn eine wirklich antiimperialistische Regierung würde alle sozialen und nationalen Rechte des kurdischen Volkes bedingungslos anerkennen.

In der Versammlung, die bis 3 Uhr morgens dauerte, konnte Nebez dennoch die anderen dazu bewegen, nicht sofort ein Glückwunschtelegramm zu schicken, sondern erst eine Delegation nach Bagdad zu senden, um mit Kassem zu verhandeln. Erwähnenswert ist, daß Hamza 'Abdulla die ganze Zeit schweigsam blieb. Man merkte, daß er mit seinen Parteifreunden uneinig war." (498)

Eine kurdische Delegation begab sich am 27. Juli 1958 ins Verteidigungsministerium in Bagdad, zu einem Zusammentreffen mit Kassem. Im Namen aller Teilnehmer hielt der damalige Generalsekretär der DPK, İbrahim EHMED, eine

Rede, in der keine bestimmten Forderungen gestellt wurden, er aber eindringlich über die "Existenz des kurdischen Volkes und über das Land Kurdistan im Irak" sprach. (499) Kassem wandte sich nach einer gleichermaßen allgemein gehaltenen Antwortrede an seine "kurdischen Brüder im Norden" und warnte sie auch vor "imperialistischer Propaganda". Außerdem wurde am 27.7.1958 - anlässlich dieses Zusammentreffens mit der nicht unwesentlichen "kurdischen Kraft" im Irak - die neue Provisorische Grundverfassung des Staates proklamiert. Die ersten drei Artikel des 1. Teils dieser Verfassung lauteten:

" Art.1 - Der irakische Staat ist eine unabhängige und souveräne Republik.

Art.2 - Der irakische Staat ist ein integraler Teil der arabischen Nation.

Art.3 - Die irakische Gesellschaft ist begründet auf einer totalen Kooperation aller Bürger, im Respekt ihrer Rechte und Freiheiten. Die Araber und Kurden sind in dieser Nation verbunden. Die Grundverfassung garantiert ihre nationalen Rechte im Schoße der irakischen Einheit." (500)

Es wurde auch ein kurdischer Dolch - neben dem arabischen Schwert - in das Staatswappen aufgenommen.

Ein vor dem 27.7.1958 von acht Gymnasiallehrern an Kassem und an den irakischen Kultusminister gerichtetes Memorandum, in dem "kulturelle Autonomie" für das irakische Kurdistan gefordert wurde, hatte im übrigen keine positive Aufnahme gefunden (lfd. Nr. 19 in Tab 3). Die arabische Zeitung "al-Bilad", die das - zuvor von der Militärzensur nicht erfaßte - Memorandum publiziert hatte, wurde geschlossen. (501)

Zu Beginn seiner vom 14.7.1958 bis zum B. 2. 1963 währenden Regierungszeit entschied sich Kassem zunächst für eine Stärkung der Kurden und Kommunisten und stellte damit eine Balance zu den arabischen Nasseristen und den mit ihnen verbündeten arabischen Baathisten her, die eine sofortige Annektierung an die "Vereinigte Arabische Republik" (VAR) forderten. Den Kurden machte er teils politische, teils mehr kulturelle Zugeständnisse: Anerkennung der Kurden als "Partner der Araber" im Irak, Lizenzierung schon im Untergrund bestehender und auch neuer Organisationen und Parteien, Gleichberechtigung der kurdischen Sprache im öffentlichen Leben, Schaffung eines Lehrstuhls für Kurdologie an der

Universität Bagdad, Schaffung eines "Generaldirektorats für kurdische Studien", Lizenzierung von insgesamt 25 Presseorganen in den Jahren 1959 und 1960 (502), wobei bezeichnend für ein neues Maß an Freiheit im Jahre 1959 ist, daß die bestehenden Presseorgane "Jîn", "Hetaw", "Hîwa", "Şefeq" ", "Pêşkewtin", sofort, ja schlagartig nach dem Putsch von Kassem die Wendung von literarisch-sozialer Presse zur politischen Presse machen konnten bzw. gemacht haben. Dennoch war die "kurdisch-arabische Freundschaft" keine vorbehaltlose und keine dauerhafte. In die auch von kurdischer Seite geteilte Euphorie gegenüber dem so entgegenkommenden Führer Kassem und dem neuen Irak (Celal TALEBANÎ soll ihn seinerzeit den "Vater der kurdischen Presse" genannt haben; u.a. Gîw MUKRIYANÎ widmete 1959 sein Gîwname dem "großen Bruder Kassem"; der am 7.10.1958 aus dem sowjetischen Exil mit Erlaubnis zurückkehrende BARZANÎ äußerte: "Ich bin ein einfacher Soldat unter der Führung des Premierministers und im Dienste des Irak" - 503) gingen alsbald vorsichtige Differenzierungen ein, Ausführungen dazu, wie sie die Artikel 1-3 der Grundverfassung interpretierten, wobei insbesondere das Thema der "arabischen Einheit" Aktualität hatte. (504) Eine erste der zahlreichen und über die Jahre nach 1958 sich verteilenden Noten (Memoranden und Appelle) wurde am 11.9.1958 Kassem überreicht⁺. Die von der DPK übermittelte Note bemerkt einleitend, daß die "Errichtung der Republik die Frucht eines langen und schwierigen Kampfes seitens des arabischen

+ Wenige Tage später, am 16. September, nahm Kassem vor einer kurdischen Delegation, die ihm die "herzlichsten Grüße der Studenten des irakischen Kurdistan" darbrachte, indirekt hierzu Stellung. Keine Macht könne die Araber und Kurden trennen, deren "Blut sich miteinander gemischt hätte". Er sagte:

"Je considère ce jour, dit-il, comme le plus beau de ma vie, car je me trouve en compagnie de mes frères les Kurdes, qui constituent une partie intégrante de peuple irakien... Il est hors de doute que nos frères kurdes ont vécu avec nous depuis des milliers d'années, que notre sang s'est mêlé au vôtre, sur ce sol béni, dans des batailles communes contre l'étranger. Les mariages mixtes entre Kurdes et Arabes ont abouti à un brassage de la Population dans ce pays, les habitants des régions montagneuses se mélangeant avec ceux de la plaine... Grâce à notre coopération nous sommes devenues une force gigantesque qui tient en respect l'ennemi, et aucune force ne pourra nous séparer les uns des autres." (VANLY 1970:87-88, ins Französische übersetzt aus der arabischen Zeitung "al-Zamân" vom 19.9.1958)

und kurdischen Volkes gegen die Mandatmacht und das vorherige Regime" gewesen sei. Dann wird Stellung genommen zu der seit dem 14.7. 1958 von der arabischen Bourgeoisie und den arabischen Nationalisten gestellten Forderung nach staatlicher arabischer Einheit:

"Il est de notre devoir, explique le DPK, de rappeler que l'une des raisons principales pour lesquelles les Kurdes préfèrent le slogan de sauvegarder la République irakienne à tout autre - slogan que seul notre parti a lancé - réside dans leur espoir d'obtenir des droits culturels, administratifs et politiques, dans le cadre irakien, comme conséquence de l'article 3 de la Constitution provisoire (...), En ce qui concerne les solutions Fédération ou Unité (arabes), elles ne nous intéressent que par leur incidence sur deux points. Le premier est de savoir si elles permettront d'atteindre les objectifs pour lesquels le peuple irakien tout entier a lutté; le deuxième, c'est de déterminer dans quelle mesure elles pourront sauvegarder et concrétiser le principe de l'association arabe-kurde et élargir les droits de notre peuple kurde (...). Dans une Fédération ou une Union arabe, la proportion numérique des Kurdes tomberait considérablement, ce qui les rendrait plus sensibles et plus attachés à leurs droits nationaux (...). Chaque pas que fera la nationalité arabe vers ses objectifs nationaux devra être accompagné d'un élargissement correspondant des droits nationaux kurdes. A la lumière de ce qui précède nous proposons:

1. Si l'Irak se joint à une Fédération arabe, il faudra reconnaître l'autonomie du Kurdistan irakien dans le cadre irakien.
2. Si l'Irak préfère s'unir avec d'autres pays arabes (sur une base plus étroite), la nationalité kurde d'Irak devra avoir le droit de constituer le Kurdistan qui se fédérera avec le nouvel État arabe. Il sera de la plus haute importance qu'aucun retard, fût-ce d'une heure, ne soit mis à reconnaître ces droits aux Kurdes, au cas où les Arabes avanceraient vers leurs objectifs nationaux". (505)

Allerdings unterschrieb die DPK - mit den anderen Parteien im Irak und wohl insbesondere unter dem Druck der KP - einige wenige Wochen später, am 19.11.1958, eine Grundsatzklärung, in der auch die Feststellung enthalten war, daß der "Irak ein Teil der arabischen Nation" sei. (506) In der Zeit zeichnete sich bereits - wie 1953, als die DPK und die KP eine gemeinsame Wahlliste herausgegeben hatten - die durchaus gegebene Möglichkeit eines Eingehens der DPK in die irakische KP - Zweigstelle Kurdistan ab, eine sich aus ihrer beiden Forderung nach einer "Demokratisierung" und "Revolutionierung" des Irak als Ganzem ergebende Möglichkeit.

Erst als BARZANÎ sich Anfang 1960 für den Vorsitz der DPK - und nicht für den ihm ebenfalls offenen Vorsitz der KP - entschloß und die DPK am 6.2.1960 unter seinem Vorsitz lizenziert worden war, gewann die DPK mehr und mehr Einfluß unter den irakischen Kurden. Gleichzeitig verschlechterten sich die Beziehungen zusätzlich zwischen Kassem und den irakischen Kurden. Eine gewisse Rivalität zwischen Kassem und BARZANI mag dabei eine Rolle gespielt haben (507). Als Kassem schließlich eine zusätzliche 10%ige Erntesteuer erhob und gleichzeitig ihre Aussetzung in Aussicht stellte, wenn Bauern und Gebietsherren mit ihm verhandelten, traf im Sommer 1960

"...eine große Zahl der kurdischen Großgrundbesitzer und Geschäftsleute, aber auch Bauern, Lehrer, Theologen, Studenten, Frauen und andere in Bagdad ein. Jeder hatte eine andere Forderung. Zugleich zeigte die neugegründete KAJYK-Partei eine große Aktivität unter diesen 'Delegationen'. Die KAJYK hatte vor, die Großgrundbesitzer daran zu hindern, die Bauern für ihre Zwecke auszunutzen. Deshalb klärte die KAJYK-Partei sowohl die armen Leute als auch die Intellektuellen unter den Delegationen über den Verrat Kassem am kurdischen Volk auf, denn Kassem hatte niemals vor, eine Bodenreform durchzuführen, was sich später erwies. Das gleiche galt in Bezug auf die nationalen Rechte der Kurden. Die KAJYK setzte den patriotischen Elementen der Delegation auseinander, daß Kassem die Kurden nur im Kampf gegen seine Feinde ausnutzen wollte. Man hat später erfahren, daß BARZANÎ insgeheim auch derartige Kontakte mit vielen Mitgliedern der Delegationen aufgenommen hatte, um sie in diesem Sinne aufzuklären. (508) So kam es zu einer Spaltung in den Reihen der Delegationen. Es entstanden zwei Lager. Die einen wollten, daß man Kassem Loyalität erkläre, und Kassem sollte dafür die Landsteuer aufheben. Außerdem sollte die Aktivität der Kommunisten in Kurdistan unterbunden werden. Dies war die Meinung der Großgrundbesitzer und der Geschäftsleute. Die anderen beschlossen, Kassem ein Memorandum zu überreichen, mit der Aufforderung, die von ihm versprochenen nationalen und sozialen Rechte der Kurden zu erfüllen, d.h. kulturelle Autonomie und Bodenreform in Kurdistan. Man fand jedoch zwischen beiden Richtungen einen Kompromiß und überreichte Kassem ein gemeinsames Memorandum. Dies war für Kassem eine große unerwartete Enttäuschung. Er hatte nicht geglaubt, daß die Delegation, die auf seinen Wunsch hin für einen bestimmten Zweck nach Bagdad gerufen worden war, andere Ziele (als die von ihm gewünschten) verfolgen könnte." (509)

Unverrichteter Dinge fuhren die Delegierten wieder ins irakische Kurdistan zurück. Die später von Kassem erlassene Aufhebung der Steuer räumte die sich inzwischen bzw. im Sommer 1960 verbreitende Unruhe nicht aus. Als am 27.5.1960 die Adnan Menderes-Regierung in der Türkei durch einen von General Gürsel geführten Putsch gestürzt worden war und die neue

türkische Grundverfassung von einer Gleichstellung aller Staatsbürger "ohne Rücksicht auf seine Sprache, seine ethnische Zugehörigkeit, sein religiöses Bekenntnis" sprach (510), hofften die türkischen Kurden und gerade auch die kurdischen "Demokraten", daß mit diesem Regierungswechsel der Demokratisierungsprozeß begonnen habe und damit auch die "Anerkennung der legitimen Rechte des kurdischen Volkes" +, Die VKSE kommentiert mit VANLY im Vorwort zu dem erwähnten "Interview sur le Kurdistan et la Question Kurde":

"Nous voudrions espérer qu'il s'agit là d'un important pas vers la démocratisation effective de la vie publique et la solution pacifique de la question kurde en Turquie. Nous espérons que les nouveaux dirigeants de la République de la Turquie se réclamant par ailleurs de la Déclaration Universelle des Droits de l'Homme, ne voudront pas poursuivre la politique d'oppression nationale de l'ancien régime à l'endroit du peuple du Kurdistan de Turquie. C'est là d'ailleurs une politique qu'il sera de plus en plus difficile de poursuivre. Nous sommes confiants que la question nationale kurde en Turquie se résoudra pacifiquement et démocratiquement par la reconnaissance des droits légitimes du peuple kurde et dans l'intérêt supérieur des Turcs et des Kurdes, les deux grandes nationalités de cette République".

Mit dem im Oktober des gleichen Jahres (1960) erlassenen Gesetz Nr.105 konnte jede Person - und deren Angehörige - verhaftet werden, die sich "nationalistischer kurdischer Aktivitäten" verdächtig gemacht hatte, und allein im November 1960 sollen 244 Kurden verhaftet und eines "Komplots gegen die Sicherheit des Staates" angeklagt worden sein. (511) Als am 4.1.1961 gegen mehrere Kurden der Prozeß eröffnet wurde, wurde ihnen der Versuch der Gründung eines kurdischen Staates zur Last gelegt.(512) Am 8.3.1961 kam es im türkischen Kurdistan, in den Städten Diyarbakir, Mardîn, Van, Bîtllîs und Sîverk, zu Protestaktionen. Die Demonstranten sollen Spruchbänder mit den Aufschriften "Wir sind keine

+ "Auf die Frage eines Korrespondenten der Londoner Zeitung "The Times", ob die neue Regierung die Rechte der Kurden anerkenne oder nicht, antwortete Gürsel: 'Haben Sie keine Geschichte studiert? Es gibt doch nichts derartiges wie Kurden und Kurdentum in der Türkei'... Ganz ähnlich drückte sich Gürsel Ende Oktober in der kurdischen Stadt Diyarbakir vor einer Volksmenge aus: 'Es gibt kein Volk, das das kurdische Volk heißt. Ihr seid alle Türken'.
NEBEZ 1972a:80 mit Hinweis auf: "The Times" vom 27.7.1960, "Le Monde" vom 25./26.7.1960 und "Libération" vom 30./31.7.1960.

Türken, wir sind Kurden", "Nieder mit den Gewaltherrschern" getragen haben. Auch kam es zu einem Zusammenstoß mit Armeeeinheiten, wobei "in Diyarbekir 149 Kurden getötet und etwa 400 verletzt, in Mardin... 121 Kurden getötet und 345 verletzt" wurden. (513) Protestiert gegen die Verhältnisse und Ereignisse im türkischen Kurdistan haben in den Jahren 1960 und 1961 die in Europa gesammelten (Exil-)Kurden, und zwar mehrmals. In speziell auf diesen Aspekt des kurdischen Problems eingehenden Memoranden und Appellen wenden sich die VKSE bzw. KSSE, Emîr BEDIR-XAN und das MIJÛLGEHA KURDÎ bzw. Centre d'Etudes Kurdes an die UNO und andere internationale Gremien und an den Präsidenten und Premierminister der Republik Türkei (lfd. Nrn. 40,43,44,45,49 und 60 in Tab 3).

Im Jahre 1960 richtete die VKSE - anlässlich der Verhaftung von 300 Kurden in Syrien - weiterhin einen Protest an Nasser, den Präsidenten der Syrien, Jemen und Ägypten umfassenden VAR (1958-1961) (lfd. Nr. 42 in Tab 3). Am 8.6.1959 hatte sich dieselbe Organisation an die Menschenrechtskommission der UNO gewandt. Auch hier war der unmittelbare Anlaß eine Reihe von Verhaftungen, einschließlich der Führer der (1957 gegründeten) DPK in Syrien (lfd. Nr. 39 in Tab 3). Ihnen wurde vorgeworfen, für einen "Staat Kurdistan im Norden von Syrien" gearbeitet zu haben. (514) Die im Jahre 1960 vorgenommene Änderung des Namens der DEMOKRATISCHEN PARTEI KURDISTANS in Syrien zu KURDISCHE DEMOKRATISCHE PARTEI mag in direktem Zusammenhang mit den 1958/9 und 1960 in Syrien vorgenommenen Verhaftungen stehen. Mit dieser Namensänderung ist eine Bereitschaft zum Kompromiß und zur Kooperation angedeutet (515) und der Verzicht auf eine immer territorial gebundene "Autonomie", wie er dann in den Programmpunkten der Partei (1967) sichtbar wird (516).

Die in den Jahren 1958/9 und 1960 im irakischen, syrischen und türkischen Kurdistan auftretenden Unruhen und Initiativen haben in jener Zeit anscheinend keine Parallele im iranischen Kurdistan gehabt, doch soll die "verantwortliche öffentliche Meinung" unter den iranischen Kurden - wie ein nicht-kurdischer Autor berichtet - von Anfang an für BARZANÎ und die 1961 beginnende, von ihm geführte bewaffnete Bewegung gewesen sein. (517) Es liegen auch dahingehende Solidaritätserklärungen der DPK-iranisches Kurdistan aus dem Jahre 1962 vor. (518) Speziell auf die Situation der iranischen Kurden bezogene Appelle und Memoranden scheint es wenige zu geben. Neben einem von Parêz VANLY (Pseud. von Ismet Serîf

VANLY) an die "kaiserliche Regierung des Iran" gerichteten offenen Brief aus dem Jahre 1959 liegen die Eingaben der VKSE vom 8.6.1959 und 8.2.1960 jeweils an die Menschenrechtskommission der UNO (lfd Nrn 38 und 40) vor; und eine Eingabe von August 1961, gerichtet an den Schah (lfd Nr 50 in Tab 3).

Anfang 1961 verschärfte sich die Lage im irakischen Kurdistan weiterhin, maßgeblich in Gang gesetzt bzw. gehalten durch das arabische Sprachrohr der Kassem-Regierung "al-Thawra". Auf die am 17.2.1961 gegebene Darstellung dieser Zeitung⁺ geht unmittelbar darauf, am 19. und 25.2., die kurdische (DPK) Zeitung "Xebat" ausführlich ein, wobei der Kern der Frage, das Projekt der arabischen Einheit, angesprochen wird: Kurdistan hätte direkt nichts mit der angestrebten arabischen Einheit zu tun, es sei seinerseits ein Teil von Groß-Kurdistan. (519) Verschärft wurde die Lage auch dadurch, daß einige - sich Kassem gegenüber kooperativ zeigende kurdische Stämme, darunter traditionelle Gegner der Barzanîs, von der Regierung Waffen erhielten, die sie im Sinne Kassems gebrauchten, unterstützt von irakischen Ordnungskräften. (520) Die Zusammenstöße zwischen diesen Kräften und den Kurden, die von Kassem und der sich mehr und mehr inhaltslos zeigenden kurdisch-arabischen "Partnerschaft" enttäuscht waren, mehrten sich.

"Am 31.8. und 8.9.1961 veröffentlichte die KAJYK-Partei zwei Deklarationen, in denen die Aktivitäten der Bewaffneten militärisch und politisch kritisiert wurden. Sie forderte die Aufständischen auf, wie Partisanen zu kämpfen und nicht der opportunistischen Führerschaft des Kleinbürgertums zu folgen." (521)

Die Kommunisten lehnten den sich bildenden Widerstand grundsätzlich ab. Die DPK-Führer versuchten eine Beruhigung der Situation zu erreichen und legten Kassem im Juni, im Juli und im August ihre Bedenken in Form von Memoranden dar. Im Juni 1961 präsentierten sie ein 24-seitiges vervielfältigtes Exposé, das auf 4 Seiten sich den speziell kurdischen Problemen widmet. (522) Man beklagt sich, schon über 10 Monate

+ Am 17.2.1961 (Nr. 555) forderte al-Thawra gar die Assimilierung der irakischen Kurden. Sie definierte denjenigen als "Araber", dessen "Schicksal an die arabischen Länder gebunden" sei. (NEBEZ 1972a:155)

vergeblich um eine Audienz und Aussprache über die sich nicht realisierenden, seit langem angekündigten demokratischen Verhältnisse im Irak mit dem Staatspräsidenten nachgesucht zu haben. Dann hebt die DPK ihre Rolle hervor -

"dans l'orientation du sentiment national kurde, aussi bien au Kurdistan irakien que dans les autres parties du Kurdistan, contre les ennemis de notre jeune République, et nous y avons grandement réussi".

Es wird weiterhin die Hoffnung "des kurdischen Volkes" wiederholt, daß die neue Regierung die "demagogische Politik der Existenz-Negierung der kurdischen Nation, von dem ein Teil im irakischen Kurdistan lebt" beenden möge. Nach der Hervorhebung, daß die "kurdische Nation weder türkisch noch persisch noch arabisch" sei, wird die "widerliche, die Arabisierung der Kurden fordernde Kampagne" attackiert, die bereits "wie historisch erwiesen, zum Scheitern verurteilt" sei, aber von "gewissen Zeitungen in Bagdad, im Widerspruch zu Artikel 3" propagiert werde, "was der Hauptgrund für die gegenwärtige Spannung" sei.

Das folgende Memorandum vom 30. Juli 1961 konzentrierte sich hingegen in seiner Gänze auf "die schwerwiegende Situation in Kurdistan" (Titel), kurz und präzise werden "19 Punkte der Unzufriedenheit" vorgetragen (523) und ein Katalog von Forderungen (lfd. Nr. 47 in Tab 3). Dieses Memorandum schließt mit einer Adresse an "das noble arabische Volk im Irak und alle nationalen (Anm.: irakischen) Parteien" alles Mögliche zu tun, damit die Regierung diese "zu Recht gestellten Forderungen" erfülle.. Auch wurde in dem - im großen Umfang im gesamten Irak verbreiteten - Memorandum mitgeteilt, daß die DPK es als ihre Pflicht erachte, die Verantwortlichen auf die schwerwiegende Situation in Kurdistan aufmerksam zu machen und auf das Ausmaß ihrer Verantwortung ... (und) daß diese Politik, zusammen mit der Truppenkonzentration das Land mit einem Bürgerkrieg bedrohe, von dem nur der Imperialismus profitieren könne und der beiden Völkern, dem arabischen und dem kurdischen Volk, schade.

Im August 1961 kamen schließlich einige DPK-Führer in ernsthafte Schwierigkeiten. Als ein Anhänger von Kassem und kurdischer Gebietsherr bei seiner Rückfahrt von einer Konsultation in Bagdad im Kawan-Gebiete erschossen wurde, die Kawanî-Bauern waren als BARZANÎ- und DPK-Anhänger bekannt), erließ Kassem einen Haftbefehl gegen eine Reihe von DPK-Führern und ein angemeldeter und zugelassener Kongreß der

DPK wurde von irakischen Ordnungskräften verhindert, wogegen mit einem neuerlichen Memorandum protestiert wurde (lfd. Nr. 48 in Tab 3). Weitere bewaffnete Zusammenstöße fanden statt, und am 11. September 1961 kam es zum ersten Zusammenstoß zwischen kurdischen Freischärlern und der irakischen Armee. (524)

"Kassem forderte Barzanî auf, diese Volkserhebung als einen imperialistischen Trick zu bezeichnen und dagegen zu protestieren, Als Barzanî sich weigerte und gleichzeitig von Kassem wiederum verlangte, die den Kurden versprochenen sozialen und nationalen Rechte endlich zu gewähren, griff die irakische Luftwaffe am 16. September das Barzan-Gebiet an. Sofort organisierte Barzanî den Widerstand und begann einen Partisanenkampf. Damit hatte Barzani die Leitung des Volkskrieges übernommen." (525)

Mit BARZANÎ hatte die DPK die Leitung übernommen. Sie wird von einem kurdischen Autor "die Seele und der Grundpfeiler der Revolution" genannt. (526) Mit der "Seele" mag das von 1961 bis 1975 festgehaltene Ziel dieser Bewegung unter der Führung von BARZANÎ und der DPK gemeint sein, das in der Formel Gegen Separatismus und gegen Annexion ihren Ausdruck fand, und mit "Grundpfeiler" die Administration der Bewegung, die vorwiegend aus den Reihen des Kleinbürgertums kam (527), in welcher Gruppierung die DPK einen unbedingten Rückhalt hatte. Weniger Einfluß hatte sie bei den Bauern (528), die aber dennoch der Bewegung die Basis gaben und als "BARZANÎ-Anhänger" einzuordnen sind.

Der Zusammenhalt der Mehrzahl der irakischen Kurden war am 6.9. 1961 demonstriert worden, als der 31.(sic) Jahrestag der blutig endenden Demonstration für Autonomie (am 6.9.1930) mit einem gewaltlosen Generalstreik begangen wurde. Nur einige wenige Zentren im irakischen Kurdistan folgten dem Aufruf der DPK nicht, damit wohl einer Übereinstimmung mit Kassem und den gegebenen Verhältnissen im Irak Ausdruck gebend. Es gelang Kassem im übrigen auch, unter den Kurden ein ihm und der Republik loyales Regiment aufzustellen, das recht gut bezahlt wurde: (529) Von den für "Autonomie" engagierten Kurden wurden diese Çaş (= Eselchen, Pseudo-Soldaten) genannt⁺.

+ Ab 1963 wurden die Kassem und der Republik loyalen kurdischen Stammesregimenter von diesem und ihm loyalen Kräften im Irak Saladin-Ritter genannt. (VANLY 1970:101,147; NEBEZ 1972a:159)

Das Motto der 1961 unter BARZANÎ, dem legendären Partisanen-Kämpfer, organisierten SUPAY ŞORIŞGÊRÎ KURDISTAN (Revolutionäre Armee Kurdistans) (530) hieß: Kurdistan ya neman (= Kurdistan oder der Tod), und die Partisanen nannten sich Pêşmerge (vor dem Tod) - beides Leitmotive, die keinerlei Kompromißbereitschaft zeigen, entgegen den Slogans, die der gesamten Freiheitsbewegung auferlegt waren, und zwar "Gegen Separatismus und gegen Annexion" bzw. später (ab etwa 1964) ausdrücklich "Autonomie für Kurdistan und Demokratie für den Irak". Das Sirûdî Pêşmerge, das Lied der Pêşmerge, hatte auch folgenden mit dem Ziel der Autonomie nicht ohne weiteres in Einklang zu bringenden Text:

**"Wir sind Pesmerge und angriffsbereit.
Wir sind Löwen angesichts der Unterdrückung
(und) auf dem Wege der Unabhängigkeit Kurdistans
opfern wir unser Leben, Besitz und Geist.
Wenn der gottlose Feind unser Land betreten sollte, werden
wir den Baum, den Stein und den Boden vor ihm
zum Flammen bringen.
Das Feuer, das auf diesen Bergen brennt, ist das
(Warn)Signal dieser Zeitspanne.
Dieses Land ist der Friedhof der Agressoren." (531)**

Am 12.5.1962 hat die DPK-Iran, die KDP-Syrien und die Exilorganisation KOMITEE ZUR VERTEIDIGUNG DER RECHTE DES KURDISCHEN VOLKES ein Manifest der "Solidarität mit General Barzanî und der Revolution" abgegeben. Am 25.6.1962 wandte sich das letztgenannte Komitee zusammen mit der DPK-Iran an den UNO-Generalsekretär, um ihre Solidarität mit dem Memorandum BARZANÎs vom April 1962 auszudrücken. (532) Die Studentenorganisation VKSE/KSSE und das KOMITEE ZUR VERTEIDIGUNG DER RECHTE DES KURDISCHEN VOLKES veröffentlichte zuvor, am 6.5.1962, eine Solidaritätsadresse. (533)

Anscheinend hat es eine Kontroverse innerhalb der DPK-Führung über das zu vertretende Ziel der Volksbewegung gegeben. Gegen das Ziel "Unabhängigkeit", das "die Revolution auf das von den Massen unseres Volkes gewünschte Niveau heben" würde, wurde vorgebracht, daß "die gegenwärtigen wissenschaftlichen Gegebenheiten des kurdischen Problems auf keinen Fall etwas anderes als Autonomie anstreben" lassen könnten. (534)

BARZANÎ und die DPK haben sich immer wieder zur Versicherung veranlaßt gesehen, daß "Separatismus" ihnen

fremd sei. Am 1. Oktober 1962, zum "1. Jahrestag der Revolution", wendet sich BARZANÎ in dem arabischsprachigen Organ der DPK "Xebat" an das "irakische Volk" und erklärt zu den "Zielen unserer Revolution":

"Kassem wirft uns vor, Separatisten zu sein, dahin zu arbeiten, um Kurdistan von der irakischen Republik zu trennen und einen kurdischen Staat unter meinem Vorsitz gründen zu wollen. Diese Anschuldigungen sind falsch und ohne jegliche Grundlage." (535)

Im gleichen Atemzug führt er an, daß sich die "kurdische Revolution auf internationaler Ebene neutral" verstehe, weder nach "Osten" noch nach "Westen" tendiere. Die Redaktion von "Xebat" erläutert das (hier in französischer Übersetzung) folgendermaßen:

"Cette révolution est un mouvement qui se situe exclusivement à l'intérieur de la République irakienne et n'a d'autre lien avec les autres parties de notre nation kurde que celui qui découle, tout naturellement, du fait que nous appartenons à une seule et même nation. Notre révolution n'a d'autres buts que le renversement de la dictature de Kassem, le rétablissement de la démocratie en Irak et la réalisation de l'autonomie du Kurdistan: ces buts n'intéressent que le peuple irakien. ...

Le fait qu'il n'y ait pas de courant séparatiste dans notre mouvement ne signifie pas qu'un tel courant n'existe pas chez certains membres de notre peuple ou que de telles tendances ne puissent naître et se développer... Empêcher les idées séparatistes de se développer, en ce moment où nous sommes les partisans d'une union facultative, dépendra très largement de l'attitude du peuple arabe en Irak envers le mot d'ordre "autonomie", celui de notre parti. Personne n'ignore que la révolution algérienne ne cherchait pas au début la complète séparation d'avec la France... Ce n'est qu'après la répression française que les Algériens arrivèrent à la conclusion que la seule voie possible était celle de l'indépendance et la formation d'un Etat algérien... Il est donc normal, en ce temps où les peuples accèdent à l'indépendance, que les Kurdes croient en leur plein droit à la souveraineté nationale. Mais la faiblesse de cette tendance dans le mouvement de libération nationale kurde, par rapport à la forte tendance d'union libre, offre une occasion rare au peuple arabe en Irak de prouver ses bonnes intentions envers le peuple kurde." (536)

Die "gewissen Mitglieder unseres Volkes", die "separatistische Tendenzen" hegten, mögen nicht wenige gewesen sein, so zu entnehmen einer Zeitschrift der irakischen KP, wo unter dem Titel "Die irakische KP und die kurdische Frage" im August 1962 angeführt wird:

"In ihrer Propaganda unter den zurückgebliebenen kurdischen Massen behaupten die Agenten des Imperialismus in Kurdistan, ein von einem imperialistischen Staat abhängiger (Staat) Kurdistan sei besser als überhaupt kein Staat Kurdistan und wäre Kurdistan heute noch eine Kolonie, dann würde es jetzt seine Unabhängigkeit erhalten." (537)

Als ein weiterer Hinweis für der offiziellen DPK-Linie entgegenstehende Bestrebungen und Meinungen unter den irakischen Kurden mag die Gründung einer weiteren auf Unabhängigkeit aller Kurden zielenden Partei gelten: PARTÎ GELÎ KURD. Diese "kurdische Volkspartei", die von Anfang an mit den Zielen der KAJYK-Partei übereinstimmte, ging im Jahre 1964 auch in dieselbe ein. Im gleichen Jahr - wohl dem Rechnung tragend - entstand eine Jugend-Organisation der KAJYK.

Am 16.9.1961, als das Barzan-Gebiet erstmals von der irakischen Luftwaffe angegriffen wurde, richtete die DPK einen Appell an "das arabische Brudervolk und die demokratischen Kräfte in der Welt", eine demokratische irakische Republik zu schaffen und eine wahrhafte "irakische Einheit" (lfd. Nr. 51 in Tab 3). Im März 1962 wendet sie sich mit demselben Ziel in einer 8-seitigen vielfältigten Darlegung in arabischer Sprache an "alle Parteien im Irak" (538), und am 28.4.1962 mit einer 10-seitigen Broschüre, ebenfalls in arabischer Sprache, an die irakische KP⁺¹. (539) Am 1.4.1962 weist die nunmehr im Untergrund erscheinende "Xebat" drei Vorwürfe zurück, die gegen die "Revolution" - wie die Kurden die in Bewegung geratenen Verhältnisse nennen - von Kassem und seinen Anhängern erhoben werden, nämlich

- 1) daß die kurdische Revolution von angelsächsischen Kräften⁺² initiiert worden sei,

+1 In einem Bericht des ZK der irakischen KP im März 1962 heißt es: "Die KP leugnet die Gewalttätigkeit Kassems in Kurdistan nicht. Trotzdem dürfen die Kurden gegen die Regierung Kassems nichts unternehmen. Denn die Politik des Irak ist unabhängig, d. h. von den Kolonialmächten unabhängig."

- NEBEZ 1972a:157, übersetzt aus "Rêgay Kurdistan", Organ der irakischen KP-Zweigstelle Kurdistan, Nr. 4, "17. Jahrgang" (hier gerechnet von der Gründung der Zweigstelle), im November 1962.

+2 Am 23.9.1961 hielt Kassem eine Pressekonferenz in Bagdad ab, anlässlich derer er BARZANÎ als "chronischen imperialistischen Agenten" bezeichnete und England und die USA der grundlegenden Mithilfe beschuldigte. So alle irakischen Zeitungen vom 24.9.1961. - NEBEZ 1972a:156

2) daß die Revolution bereits zerschlagen sei,

3) daß sie das irakische Kurdistan vom Irak abtrennen wolle.

Es wird entgegnet, daß es vor dem 1. Weltkrieg "keinen Staat Irak gab. Es war England, das unter seinem Namen ihn schuf, wobei sie einen Teil unseres Kurdistan ihm auf imperialistische und brutale Weise anschloß". Es wird angeführt, daß "die kurdische Revolution, geführt vom loyalen Sohn des Irak, dem Helden Mustafa Barzanî" weitergehe - bis ihre Ziele erreicht seien, und zwar:

- " 1) Rückzug der irakischen Truppen zu vor Ausbruch des Krieges eingenommenen Positionen, Auflösung der Formation Saladin-Ritter;
- 2) Wiederaufbau der bombardierten Gebiete;
- 3) Freilassung politischer Gefangener;
- 4) Aufhebung des Kriegsrechtes;
- 5) Bildung einer alle politischen Kräfte im Irak repräsentierenden Kommission, Ausarbeitung einer Grundverfassung, die ein gesundes parlamentarisches System herstellt und dem kurdischen Volk einen Autonomie-Status im Rahmen der Republik verschafft." (540)

Am 20.4.1962 wendet sich Mistefa BARZANÎ als Oberkommandant der REVOLUTIONÄREN ARMEE KURDISTANS an die Weltöffentlichkeit, an die UNO und verschiedene internationale Organisationen (lfd. Nr. 63 in Tab 3) und Ende Juni gar an das Jugendfestival in Helsinki. Mit dem Appell vom 20.4.1962 erging auch ein Aufruf an Pressevertreter, sich selbst ein Bild zu machen. Im Sommer 1962 kamen die ersten⁺, und ihre Berichte dienten als Anknüpfungspunkt für eine weitere Eingabe bei der UNO, und zwar am 19.10.1962. Emîr BEDIRXAN brachte sie persönlich nach New York, Insgesamt siebenmal 1962-68 fuhren kurdische Delegationen nach New York, um Kontakt mit den Delegationen der UNO-Mitgliedsstaaten und dem Generalsekretär aufzunehmen, in den Jahren 1962, 1963, 1965, 1967 und 1968. (541)

+ Die ersten Augenzeugen waren: Richard ANDEREGG ("Chez les Rebelles Kurdes d'Irak", Services de Documentation de la Revue Preuves, Paris, le 2 octobre 1962), Dana Adams SMITH: Journey Among Brave Men, Boston 1964; David ADAMSON: The Kurdish War, London 1964).

Als im Jahre 1962 in den arabischen Zeitungen Syriens eine Kampagne gegen die daselbst vor sich gehenden "kurdischen Aktivitäten" läuft, wobei von einer "kurdischen Gefahr" und einem "zweiten Israel" die Rede ist, protestieren im Dezember 1962 sowohl die Auslandsorganisation KOMITEE ZUR VERTEIDIGUNG DER RECHTE DES KURDISCHEN VOLKES als auch die KDP in Syrien selbst. In beiden Fällen wurde der Protest innerhalb des Staates Syrien eingebracht, gerichtet an den Ministerpräsidenten der Republik Syrien und an die "arabische und syrische Öffentlichkeit und Weltöffentlichkeit" (lfd Nrn 46 und 47 in Tab 3). Das Jahr 1962 brachte noch eine weitere Verschlechterung der nationalen und sozialen Lage der Kurden in Syrien⁺. Nach einer seinerzeitigen Sondervolkszählung, deren Resultat erst am 4.10.1964 an die Öffentlichkeit kam, wurde schätzungsweise 120 000 Kurden in Syrien die Staatsbürgerschaft entzogen. Diese Kurden wurden als "verdächtige Ausländer" klassifiziert (542). Ein "Communiqué on the Situation of the Kurdish People in Syria" hatte das KOMITEE ZUR VERTEIDIGUNG DER RECHTE DES KURDISCHEN VOLKES bereits am 30.3.1964 im westlichen Ausland veröffentlicht. (543)

Auch im türkischen Kurdistan hielt die im Sommer 1960 begonnene Unruhe weiterhin an. Indikator ist hier die im Sommer 1962 erfolgte Erklärung des "Ostens" (der Türkei) zum Notstandsgebiet und zur "verbotenen Zone" für Besucher. (544) Ein weiterer Indikator ist die ebenfalls im Sommer 1962 vorgenommene Zwangsumsiedlung von kurdischen Notabeln und Mitgliedern der traditionellen Führungsschicht in den Westen der Türkei. (545) Seit Gründung der Türkei im Jahre 1923 bis 1975 sind - nach der in Tab 4 vorgestellten Materialsammlung - insgesamt 4 (!) kurdische Presseorgane daselbst an die Öffentlichkeit getreten. (546) Diese ausnahmslos zweisprachige Presse ist jeweils in Diyarbakir (türkisches Kurdistan), in Istanbul und Ankara erschienen. Von diesen fünf Presseorganen sind zwei in den Jahren 1962 und 1963 herausgekommen: die Zeitschrift "Dicle-Firat" (türkisch = Tigris und Euphrat) und die Zeitschrift "Deng" (= Stimme). Anfang 1963 erschien auch

+ Im Jahre 1963 verfaßte der arabische Baath-Politiker (syrische Baath-Partei) Muhammad Talab HILAL eine Schrift zur Frage der Kurden in Syrien mit dem Titel "National Social and Political Study of the Province of Djazireh", die als Grundlage für den Plan Arabischer Gürtel angesehen wird und erst im Jahre 1968 an die Öffentlichkeit gelangte.

in Istanbul eine türkischsprachige Sammlung von Aufsätzen zum Thema "Die Herkunft der Kurden und Studien zur kurdischen Sprache" (Titel). Neben Beiträgen kurdischer Autoren waren die westlicher und türkischer Autoren⁺¹ enthalten. (547) Der spezifisch kurdische Bezug dieser Veröffentlichung⁺² wird auch durch den Namen der herausgebenden Stelle, nämlich "Éditions Dersim" angedeutet, wobei zu erwähnen ist, daß Dersim seit der Inbesitznahme durch türkisch-republikanische Einheiten 1937/8 "Tünceli" heißt. Von einer Zeitschrift "Rêya Rast" (Der richtige Weg) liegt aus dem Jahre 1963 nur die zweisprachige Vorankündigung vor. (548) Dieses sowohl türkisch- als auch kurdischsprachige, mit kulturellem Schwerpunkt konzipierte Monatsheft konnte anscheinend nicht ein einziges Mal erscheinen. Am 16.4.1964 richtete die VKSE von Europa aus anlässlich ihres 9.Jahreskongresses einen Appell an den Präsidenten der Republik Türkei (lfd Nr 54 in Tab 3). Sie bezieht sich darin auf das Verbot von kurdischen Schulen und Zeitungen in der Türkei und auf die praktizierte Verfolgung und Folterung von kurdischen Studenten.

Im Juli/August 1963 schien die Möglichkeit einer Behandlung der kurdischen Frage im Irak vor der UNO bzw. in ihren Gremien gegeben. Vertreter von UNO-Mitgliedstaaten, der Äußerer

+1 In der türkischen Zeitschrift "Bariş Dunyasi", Istanbul, Oktober 1962 (Nr.7, S.26-27) schrieb ein in der Sammlung vertretener türkischer Autor: "L'Est, sous ses différents aspects, constitue aujourd'hui un problème susceptible, par son acuité, d'ébranler les assises de notre pays... Nos compatriotes kurdes constituent aujourd'hui, dans notre pays, un bloc dont on ne peut nier la particularité ethnique et linguistique... Nous devons reconnaître en toute bonne foi qu'il y a aujourd'hui en Turquie des millions d'hommes dont la langue maternelle est le Kurde. Il en est même parmi eux qui, par suite de notre négligence, ne peuvent savoir le Turc. Il faut que nous sachions que la langue kurde fait partie de notre patrimoine; nous devons la considérer non avec méfiance, mais avec amour. Dans tous les domaines nous devons être les auxiliaires des Kurdes." (BLAU 1963:39)

+2 Der damalige türkische Innenminister Hifzi Oğus Behata verlautete hingegen am 28.6.1963, dass "Kurden genau wie die Turkmenen und Uzbeken türkischer Abstammung" seien. - vgl. "Kurdish Facts", Organ der INTERNATIONAL SOCIETY KURDISTAN, Amsterdam, Nr. 16, 10.7.1963, S.5

Mongolei und der UdSSR, setzten sich dafür ein^{x1}. Als BARZANÎ von dem Abrücken der im übrigen unwiederholten Initiative hörte, soll er gesagt haben: "Wir erwarten nicht, daß unsere Rechte bei Verhandlungen in den Kanzleien errungen werden, sondern beim Sieg unserer Waffen in unserem heiligen Kampf um Freiheit." (549)

Mittlerweile, seit dem 9.6.1963, kämpfte die REVOLUTIONÄRE ARMEE KURDISTANS gegen die von einer neuen irakischen Regierung^{x2}

x1 Am 2.7.1963 forderte die Äußere Mongolei den Generalsekretär der UNO U THANT auf, "die Politik des Völkermordes der Regierung des Irak" auf die Tagesordnung der 18.Sitzung der UNO zu setzen. Am 9.7.1963 setzt sich die UdSSR dreifach ein: 1) Von Moskau schickt Außenminister Gromyko über die jeweiligen Botschaften Noten an die Regierung des Iran, der Türkei, Syriens und des Irak. Die ersten drei Regierungen werden vor jeder direkten militärischen Einmischung in den Krieg im irakischen Kurdistan gewarnt, die irakische Regierung wird darauf hingewiesen, daß dieser Krieg die Sicherheit der südlichen Grenze der UdSSR gefährde. (550) 2) In New York behält sich die UdSSR vor, den kurdisch-irakischen Konflikt in den Sicherheitsrat zu bringen. 3) In Genf verlangt der sowjetische Delegationsleiter, "die von der Regierung des Irak praktizierte Politik des Völkermordes am kurdischen Volk" auf die Tagesordnung des "Wirtschafts- und Sozialrates" (ECOSOC) zu setzen. Am 11.7.1963, nach schriftlichen Vorlagen seitens der UdSSR und langer Diskussion, wird dieser Antrag vom ECOSOC abgelehnt. (551) Dagegen stimmten die Vertreter Frankreichs, der USA, Englands, Jordaniens und Indiens; der Stimme enthielten sich die Vertreter Jugoslawiens, Äthiopiens und Senegals. Am 17.7.1963 zieht die Äußere Mongolei ihren Antrag vom 2.7. 1963, ohne die Diskussion abzuwarten und ohne Angabe von Gründen, kurz vor Sitzungseröffnung zurück. Sich darauf beziehend fragt die "Internationale Liga für Menschenrechte" in New York am 15. Oktober 1963 den Generalsekretär, und zwar schriftlich, "ob alle offenen Wege für eine Intervention der UNO" in Erwägung gezogen worden seien. (VANLY 1970:318-319) Zum politischen Hintergrund dieser kurzlebigen pro-kurdischen Initiative - siehe Anmerkung 552.

x2 Die neue Regierung unter Arif I proklamierte am 16.2.1963 ihre Ziele (VANLY 1970:179):

1. La réforme agraire, la lutte contre la vie chère, le retour aux libertés démocratiques.
2. Nous autoriserons l'apparition des partis politiques quand nous reviendrons à une période calme.
3. Des étapes sont indispensables avant l'application du socialisme.
4. Le problème kurde sera réglé d'une façon pacifique lorsque nous aurons pris connaissance des demandes et des avis des Kurdes eux-mêmes.
5. Le Gouvernement irakien ne lie plus à la question de Koweït sa présence à la Ligue arabe.
6. Le Gouvernement de la révolution considère la Palestine comme le problème No. 1 du peuple arabe.

befehligte irakische Armee. Kassem war am 8,2,1963 gestürzt und von den Putschisten - einigen Baath-Anhängern unter der Führung des Nasseristen Arif I - getötet worden.

Am 10.2.1963 hatte sich Salih YUSUFÎ im Namen der kurdischen Revolution und insbesondere im Namen der DPK, telegraphisch an die neue Regierung mit der Bitte gewandt, das kurdische Problem demokratisch zu lösen, den kurdischen Forderungen nach Autonomie für das irakischen Kurdistan im Rahmen des Irak nachzukommen (lfd. Nr. 70 in Tab 3).

Am selben Tag, am 10.2.1963, gab das KOMITEE ZUR VERTEIDIGUNG DER RECHTE DER KURDEN eine Presseerklärung ab, in der - noch bevor die Verhandlungen der direkt Beteiligten mit der irakischen Regierung begannen, und zwar offiziell am 5. März 1963 - die Forderungen der irakischen Kurden spezifiziert wurden*. Angeblich waren es: 1) die Bildung einer autonomen kurdischen Regierung im Rahmen der irakischen Republik, 2) der Abzug der irakischen Truppen und die Anerkennung von kurdischen Sicherheitskräften, 3) eine angemessene Beteiligung an den Erdöl-Einkünften. (553)

Die Verhandlungsbereitschaft zwischen der kurdischen "Revolution" und der Arif-Regierung war von Anfang an nur bedingt vorhanden. BARZANI weigerte sich, zu verhandeln - solange eine Autonomie des irakischen Kurdistan nicht anerkannt worden sei - und die Arif-Regierung wollte erst verhandeln und dann anerkennen. (554) Anscheinend als eine Art "Vorleistung" wurden die in kurdische Gefangenschaft geratenen irakischen Soldaten, darunter Offiziere, noch im Februar freigelassen. (555) Am 10.3.1963 wurde eine Generalamnestie erklärt "für alle, die die bewaffnete kurdische Bewegung vom 9.9.1961 (richtig ist der 11.9.1961) im Norden der irakischen Republik geführt haben oder daran beteiligt waren", und am 11.3.1963 verkündete Radio Bagdad, daß der "Rat der Revolutionsführung im Irak das Recht des kurdischen Volkes auf der Basis der Dezentralisierung anerkannt" habe. (556)

x Diese Presseerklärung wurde von der "New York Times" am 11.2.1963 und von "The Times" in London am 13.2.1963 berücksichtigt (VANLY 1970:182). Sie fand Beachtung bei und den Unwillen von Nasser, vgl. Anmerkung (561) bzw. die daselbst zitierte Textstelle.

Das neue Wort "Dezentralisation" deutet Konflikte an, die vorerst von beiden Seiten nicht angesprochen werden. Als am 17.4.1963 die Forderungen der irakischen Kurden formuliert und am 25.4. dem Staatspräsidenten des Irak - und Vorsitzenden der Baath-Partei^x überbracht wurden, zwei Tage später an die arabische Presse und die Weltpresse, wurde ebenfalls nicht von "Autonomie" gesprochen, doch ein detaillierter "Plan zur Organisation des Rechtes des kurdischen Volkes auf der Basis einer Dezentralisierung des Irak", was inhaltlich der Forderung nach Autonomie entsprach. (557) Der 17.4.1963 ist insofern ein signifikantes Datum, als auch an diesem Tag von den Staaten Ägypten, Syrien und Irak eine Erklärung zur angestrebten arabischen Einheit erging - ohne die Kurden im Irak und in Syrien zu erwähnen, wiewohl zuvor - am 8.4.1963, am Tag des Verhandlungsbeginns zwischen den Vertretern der genannten drei Staaten - noch ein diesbezügliches Memorandum an den irakischen Staatspräsidenten ergangen war (lfd. Nr. 71 in Tab 3), in dem spezifiziert worden war (558):

"Vorausgesetzt, daß der Irak bei seinem status quo bleibt, fordern die Kurden nicht mehr Rechte als die ihnen am 11. März von der irakischen Regierung zugesagten. Sollte der Irak in eine förderative arabische Vereinigung eintreten, müssen die Kurden eine unbeschränkt autonome Regierung haben. Falls der Irak sich mit einem oder mehreren der arabischen Staaten zu einer vollständigen Einheit assimiliert, muß das kurdische Volk im Irak mit dem einheitlichen Staat so verbunden werden (etwa als Provinz), daß seine Existenz geschützt ist und keine Trennung bedacht zu werden braucht."

Bereits in den ersten Tagen nach ihrem Putsch am 8.2.1963, am 13.2.1963, hatten die neuen Machthaber - der dann unter ihnen führende 'Abd al-Salam 'Arif war, wie erwähnt, Nasserist - durch ihren Außenminister in Kairo wissen lassen, daß "die arabische Einheit eines der prinzipiellen Ziele (ihrer) Politik" sei (559), und ein führender Funktionär der DPK-irakisches Kurdistan war ohne Zustimmung BARZANÎs mit den irakischen Ministern nach Kairo gereist. Westlichen Korrespondenten gegenüber erklärte BARZANÎ:

x Am 8.3.1963, also einen Monat vor Beginn der Verhandlungen zwischen den Staaten Ägypten, Syrien und Irak, hatte dieselbe Baath-Partei, die auch führend beim Putsch gegen Kassem am 8.2.1963 beteiligt war, einen Militärputsch in Syrien durchführen können. Nicht nur wurde die neue irakische Regierung in Bagdad dadurch politisch gestärkt, auch direkte militärische Zusammenarbeit - unter einem irakischen General - resultierte daraus. BLAU 1963:45 und 61, VANLY 1970:185, ARFA 1966:147)

"Die irakischen Minister spazieren nach Kairo, statt seriöserweise mit den Kurden zu verhandeln". Er erklärt weiterhin: "Ich habe Talebanî nicht beauftragt, nach Algier und Kairo zu gehen" (560). Talebanî folgte der Anregung 'Abd al-Salâm 'Ārifs und fuhr als einziger und als der kurdischen "Revolution" zugeordneter Kurde in einer irakischen "Volksdelegation", die die offizielle Delegation begleitete. (561) Eine Unterstützung seitens der nach arabischer Einheit strebenden arabischen Politiker für einen Autonomie-Status des irakischen Kurdistan brachte diese - den Unwillen BARZANĪs hervorrufende - Reise nicht, doch scheint hier ein Grundstein für die ein Jahr später erfolgende Spaltung in der DPK-irakisches Kurdistan gelegt worden zu sein - und der des nach außen wirkenden Eindrucks der Uneinigkeit in der Führung der kurdischen "Revolution"+.

Gleich im Februar 1963 war im übrigen der gesamte Rest der aus der Kassem-Zeit verbliebenen kurdischen Presse verboten worden; im einzelnen waren es: "Jîn" (Gründungsjahr 1939), "Hîwa" (1957), "Pêşkewtin" (1958-1963), "Afret" (1959-1963), "Kurdistan" (1959), "Birwa" (1960), "Hewlêr" (1962). Damit war der absolute Tiefstand bzw. Nullpunkt der lizenzierten kurdischen Presse seit dem Anschluß von Süd-Mittel-Kurdistan an den Irak erreicht. (562)

Die am 25.4.1963 der irakischen Regierung dargelegten Vorstellungen der "Führung der Revolution" zur Organisation des irakischen Kurdistan in einem dezentralisierten Irak wurden am 11.6.1963 mit einem "Gegenvorschlag" beantwortet (563), allerdings kam er einen Tag nach einem an die gleiche Adresse gerichteten Ultimatum* und zwei Tage nach dem Beginn der seit Wochen bereits vorbereiteten Kriegshandlungen, so das DPK-Organ "Xebat" vom 11.6.1963 und eine am gleichen Tag

+ Am 6.3.1963 hatte der neue irakische Außenminister erklärt: "...il n'est pas question d'accorder l'autonomie aux Kurdes, C'est déjà beaucoup d'accepter de négocier avec un hors-la-loi, qui d'ailleurs n'a pas l'appui de tous les Kurdes. Si le général Barzani ne montre pas de dispositions au compromis, il ne nous faudrait pas longtemps pour écraser, une fois de toute la rébellion" (VANLY 1970:185 mit Hinweis auf "Le Monde" vom 16.4.1963).

x Auszüge des Ultimatus vom 10.6.1963, herausgegeben vom "Nationalrat der Revolutionären Führung" über Radio Bagdad, sind in Anmerkung 565 gegeben. Die ausgesetzte Prämie von 12 Millionen DM auf den Kopf von Barzanî ist in diesem Auszug (BLAU 1963:7576) nicht erwähnt, wohl aber von NEBEZ (1972a:172).

abgegebene Erklärung der Partei. (564) Der Titel der Darstellung in "Xebat" lautete: "Die Baath-Regierungsbande erklärt einen schmutzigen Krieg gegen unser kurdisches Volk", womit der in dem Baath-Ultimatum vom 10.6.1963 angeschlagene Ton der Auseinandersetzung herausgestellt wurde. (565)

Am Abend des 10.6.1963, dem Tag des von "verräterischen Abspaltern", "Feinden des Volkes" sprechenden Ultimatums, verbreitete das KOMITEE FÜR DIE VERTEIDIGUNG DER RECHTE DER KURDEN wiederum als erste, einen Tag vor der FÜHRUNG DER REVOLUTION, eine Stellungnahme. (566) Als verantwortlich für den Wiederbeginn der Kriegshandlungen wird die "Baath-Regierung" erklärt, das Ziel der Autonomie bestätigt und ein Appell an die "Großmächte im Osten und Westen", sowie an die arabischen Staaten gerichtet, sich zumindest neutral zu verhalten.

Anlässlich des Wiederbeginns des Krieges protestieren auch eine Reihe von Kurden in der UdSSR. Die Intellektuellen führen an (567):

"A l'époque où toute humanité progressiste lutte pour la vie et pour le bonheur des hommes, il est impossible d'admettre que la lutte des Kurdes soit étouffée par une poignée des réactionnaires ayant perdu conscience et n'ayant plus rien d'humain."

Wiederum gab es eine Reihe von Stämmen oder auch nur Untersektionen, Gebietsherren mit einer Anzahl von "Anhängern" bzw. auch einzelne Kurden, die sich der irakischen Regierung und dem Staat verpflichteten und unter der Bezeichnung "Saladin-Ritter" gegen die REVOLUTIONÄRE ARMEE KURDISTANS (RAK) kämpften. (566) Im August/September 1963 griff die RAK diese sonst eher außer Acht gelassenen kurdischen Formationen im Dienste Bagdads an (569) und trieb sie wohl in nicht geringer Zahl ins türkische Kurdistan, wo sie von der türkischen Armee entwaffnet und interniert wurden. (570)

Seit diesem neuerlichen Kriegsbeginn bis zur Wiederaufnahme von Verhandlungen im Dezember wurden mindestens viermal die UNO und ihre Gremien und andere internationale Organisationen angerufen (lfd. Nrn 73,74,75,76 in Tab 3). Dabei wurden u.a. das "unmenschliche Vorgehen gegen die kurdische Zivilbevölkerung", die Zwangsumsiedlung von Kurden aus den Erdölgebieten bzw. die Einsiedlung von arabischen Stämmen in die kurdischen Gebiete thematisiert. (571)

Es heißt in dem mit dem 11.9.1963 - dem 2. Jahrestag der "Revolution" - datierten Memorandum der DPK-irakisches

Kurdistan an die UNO, an Regierungs- und Staatschefs und internationale Organisationen:

"Gibt es in der Welt (selbst) eine Kolonie, in der die Besatzungsarmee das Recht hat, zu töten, zu plündern, zu zerstören und zu beschlagnahmen, egal was, egal wen und egal zu welchem Augenblick? Ohne Begründung, ohne Anklage und ohne Urteil? Nun, dieses Recht hat die irakische Regierung aber ihrer Besatzungsarmee in Kurdistan gegeben, und zwar mit dem Präsidientellen Dekret vom 9.6.1963." (572)

Ein Strom von Flüchtlingen aus den kurdischen Städten und Städtchen kam ins "Kurdistanî Azad", ins "befreite Kurdistan", wodurch die durch die Bombardierungen und Verwüstungen und gezielte Blockade (573) hervorgerufene Versorgungskrise weiter verschärft wurde.

Die irakische KP und ihre Zweigstelle im irakischen Kurdistan hatte sich zu Wiederbeginn des Krieges auf die Seite der "kurdischen Autonomisten" gestellt, selbstkritisch ihre unter Kassem eingenommene Haltung als eine "rechtsgerichtete, cliquenhafte und unverantwortliche Haltung gegenüber dem Schicksal des Landes" verurteilt (574). Ein DPK-Funktionär, Celal TALEBANÎ, hatte außerdem weiter nach kompromißbereiten arabischen Irakern sondiert und am 29.6.1963 in West-Berlin zusammen mit dem arabischen Dichter Mohamad Mehdi Al-Jawahiri, Vorsitzender eines "Komitees der Bewegung für die Verteidigung des irakischen Volkes"^x und mit Ismet Scherif VANLY des KOMITEES FÜR DIE VERTEIDIGUNG DER RECHTE DES KURDISCHEN VOLKES, eine gemeinsame Erklärung⁺ abgegeben, in der es hieß:

x Nach VANLY 1970:202 ist dieses "Komitee der Bewegung für die Verteidigung des irakischen Volkes" eine "Linksbewegung", die einige Millionen Iraker in Europa und im Ausland umfaßt, deren Präsident der "große arabische Poet Mohamad Mehdi Al-Jawahiri" ist. - Am 10.6.1963 informierte es "die Weltmeinung über seine totale Zustimmung zu den Forderungen des heroischen kurdischen Volkes" und unterstützte "seinen gerechten Kampf um Autonomie im Inneren der irakischen Republik". Diese Deklaration ist in der Form eines Flugblattes im Besitz der Verfasserin.

+ "Commentant ce document, le journal "Le Monde" écrivit (30.8.1963) 'qu'une front unique arabo-kurde se dessinait contre le régime baasiste d'Irak', mais ce front ne vit pas le jour." (VANLY 1970: 202)

"...soutenant les demandes de la révolution pour l'autonomie et reconnaissant le droit du peuple kurde à disposer de lui-même. En contrepartie, les signataires reconnaissaient la nécessité d'une lutte commune arabo-kurde pour rétablir la démocratie en Irak, condition nécessaire pour la reconnaissance de l'autonomie du Kurdistan." (575)

Hier kam eine weitere bedingt-kooperative Variante in der Politik der "kurdischen Autonomisten" zum Ausdruck. Statt wie bisher mit den eigentlichen Machthabern im Irak um "Autonomie für das irakische Kurdistan und Demokratie für den Irak" zu ringen - sei es in Verhandlungen, sei es im bewaffneten Widerstand - wird hier versucht, mit außerhalb realpolitischer Macht stehenden Kräften im Irak zusammenzuarbeiten, nach dem Motto "Schaffung demokratischer Verhältnisse - Autonomie für das irakische Kurdistan".

Allerdings ist dieses Vorgehen von dem noch eine wesentliche Rolle spielenden DPK-Funktionär TALEBANÎ und "seiner Gruppe" nicht Ausdruck eines langfristigen Konzeptes; kaum ein Jahr später versuchen sie BARZANÎ zu entmachten, drei Jahre später kämpfen sie auf der Seite der etablierten irakischen Machthaber - gegen die "Revolutionäre Armee Kurdistans".

Nach 6 Monaten Krieg im irakischen Kurdistan kommt es zu Verhandlungen zwischen den Kontrahenten, nachdem die am 8.2.1963 an die Macht gekommene Koalition zwischen Baathisten und Nasseristen langsam auseinandergefallen war und am 13. und 18.11.1963 der (auch damals führend beteiligte) Nasserist Arif die Baathisten mit einem Militärputsch aus der Regierung entfernt hatte (576).

Arif wandte sich am 28.11.1963 in einem Aufruf an die mittlerweile auf militärischer Ebene erfolgreichen Kurden - sie hatten, wenn auch unter großen Verlusten, die vor Kriegsbeginn eingenommenen Positionen wiedergewinnen können - und versprach den Wiederaufbau des Gebietes und eine Generalamnestie und stellte eine zu verhandelnde Autonomie in Aussicht (577).

Mitte Dezember 1963 begannen die Verhandlungen, an denen - wie ein kurdischer Autor urteilt - das Politbüro der DPK-irakisches Kurdistan nur mangelhaft beteiligt war. (578) Das Resultat war ein Waffenstillstandsabkommen, am 10.2.1964 vom irakischen Staatspräsidenten Arif und General BARZANÎ im Rundfunk - in kurdischer und arabischer Sprache - verlesen.

Von kurdischer Seite war die letztlich nicht realisierte Konzession der Auflösung der Streitkräfte und der Rückkehr eines Teils der irakischen Zentraladministration in manche Gebieten des irakischen Kurdistan gemacht worden, von Regierungsseite u.a. die (ebenfalls nicht realisierte) Konzession der Verankerung der "nationalen Rechte unserer kurdischen Brüder in der nationalen irakischen Einheit" in der Provisorischen Grundverfassung. (579) Von "Autonomie" war nicht die Rede⁺.

Wenn der Waffenstillstand von der kurdischen Bevölkerung und von der arabischen Bevölkerung des Irak (580) zunächst mit Erleichterung aufgenommen wurde, die VKSE - seinerzeit einzige kurdische Organisation in Europa (neben dem KOMITEE FÜR DIE VERTEIDIGUNG DER RECHTE DES KURDISCHEN VOLKES) - schickte ein Glückwunschtelegramm (581), wurde doch in Kürze klar, daß die Situation sich nicht beruhigt hatte. Die am 4.4.1964 verkündete "Provisorische Grundverfassung" hielt an den Formeln "Das irakische Volk (also auch die Kurden im Irak) ist ein Teil der arabischen Nation" und "Ziel des irakischen Volkes ist die arabische Einheit" fest;

"Article 1: La République est un Etat démocratique et socialiste, puisant sa démocratie et son socialisme dans l'héritage arabe et l'esprit de l'Islam.

Le peuple irakien fait partie de la nation arabe son objectif est l'unité arabe totale, que le gouvernement s'engage à réaliser dans le plus bref délai possible, en commençant par l'unité avec la République arabe unie.

Article 2: La République irakienne est un Etat à pleine souveraineté. Aucune partie de son territoire ne peut être cédée.

+ Im Leitartikel von "La Monde" ("La cessez-feu arabo-kurde") vom 14.2.1964 heißt es: 'L'accord demeure muet, en revanche, sur le droit à l'autonomie revendiqué par le général Barzani, sur la création d'un gouvernement provincial et sur la nature ethnique des forces de sécurité qui seraient chargées de maintenir l'ordre au Kurdistan.'" (VANLY 1970:219)

x Am 23.3.1964 verabschiedete die Regierung Arifs "Das Gesetz der Medaille für die Niederlage der Zivilrebellion im Norden", Eine Medaille sollte demjenigen verliehen werden, der zum "Zerbrechen der Rebellion und zum Niedergang des Aufstandes der verräterischen Banden" beigetragen hätte, um "die Säuberung unseres lieben Bodens von Separatisten und imperialistischen Agenten zu verwirklichen". Außerdem erklärte Arif in einer in Bagdad ausgestrahlten Fernsehsendung, daß die Kurden "arabischer Herkunft" seien. (NEBEZ 1972a:181 mit Hinweis auf die Zeitung "al-Waqā-i' al-'irāqiyyah", Bagdad, 23.3.1964)

Article 3: L'Islam est la religion de l'Etat et la base principale de sa Constitution. L'arabe est sa langue officielle.

...

Article 19: Les Irakiens sont égaux devant la loi, en droits et en devoirs. Aucune distinction ne peut être faite entre eux sur la base de la race, de l'origine, de la langue ou de religion. Les citoyens doivent coopérer pour la sauvegarde de cette patrie, y compris les Arabes et les Kurdes. Cette Constitution reconnaît leurs droits nationaux au sein de l'unité irakienne."
(582)

Die seinerzeit unter Kassem festgestellte "kurdisch-arabische Partnerschaft" fehlte hier. Der offensichtliche Rückschritt⁺ wurde in jener Zeit unter den Kurden auf die folgende Satire bezogen und als Art "Flüsterwitz" verbreitet: Ein Sohn schämte sich seines Vaters, der als Leichentuchdieb überführt worden war. Um das Ansehen seines Vaters zu heben, stahl er nicht nur Leichentücher, sondern zerstückelte auch die Leichen. Die Leute sagten: Gott sei dem früheren Leichentuchdieb gnädig!
(583)

Noch vor der Verabschiedung der Provisorischen Grundverfassung war dem irakischen Ministerpräsidenten Yahya Tahir von der DPK ein Memorandum überreicht worden (lfd. Nr. 79 in Tab 3), das der schon vorgebrachten Forderung der Kurden nach ihren nationalen Rechten vergeblich Nachdruck zu verleihen suchte.

Des weiteren wurde die Lage durch eine innerkurdische Krise verschärft. Eine um den kurdischen DPK-Politiker Celal TALEBANÎ gesammelte Gruppe der DPK-Führung, die wie erwähnt bereits 1963 den absoluten Führungsanspruch von BARZANÎ durch Eigeninitiative relativiert hatte, erhob. ein paar Wochen nach dem Waffenstillstandsabkommen vom 10.2.1964 den wohl

+ Selbst arabische Kreise des Irak fanden diese Provisorische Grundverfassung ganz und gar unbefriedigend. Kamil al-Tschadirtschi, Vorsitzender der "Patriotdemokratischen Partei" (Hizb al-watani al-Dimuqrati) überreichte der Arif-Regierung am 2.6 1964 ein Memorandum zur kurdischen Frage, in dem es hieß: "Die neue vorläufige Grundverfassung läßt das kurdische Problem mit all seinen Komplikationen und Wahrscheinlichkeiten weiterbestehen. Wichtig an diesen Rechten wäre (vor allem) eine Feststellung ihrer wahrhaften Bedeutung, ihrer Reichweite und die Möglichkeiten der gesicherten Inanspruchnahme." (NEBEZ 1972a:182)

schärfsten Vorwurf gegen Barzanî, den der Verräterschaft. Am 30.3.1964 versuchte die KAJYK-Partei noch zu vermitteln, mit einer Erklärung, die die Einberufung eines "nationalen Kongresses" forderte. Hinsichtlich der seit dem 10.2.von Arif gezeigten Haltung stellte KAJYK am 6.4.1964 ihre Einstellung klar: keine Zusammenarbeit.(584)

Eine in Mawet im irakischen Kurdistan am 9.4.1964 gehaltene Konferenz der TALEBANÎ-Gruppe erklärte das Abkommen für "ungültig", wie auch die Absetzung einiger, der TALEBANÎ-Gruppe zugeordneter Militärs durch BARZANÎ (in seiner Funktion als Oberbefehlshaber der RAK) für "ungültig" erklärt wurde. Am 12.4.1964 brachte die Zweigstelle Kurdistan der irakischen KP ein Flugblatt heraus, in dem "Autonomie für das irakische Kurdistan" gefordert wurde. (585) In einer mit dem 19.4.1964 datierten Broschüre der TALEBANÎ-Gruppe mit dem Titel "Ist das Abkommen zwischen dem Feldmarschall Arif (Anm.: ironisch gemeint) und Barzanî ein Waffenstillstand oder eine Kapitulation?" wurde BARZANÎ als "Verräter der Sache der Kurden" dargestellt. (586)

Die 1962 eingerichtete Zweigstelle der DPK in Europa unterstützte die TALEBANÎ-Gruppe. Am 3.5.1964 fand eine "streng geheime" Versammlung in München statt, in der BARZANÎ der "ausländischen Agentschaft" beschuldigt wurde.(587) Auch die anderen DPK-orientierten Organisationen, insbesondere die VKSE, die kurz vorher das Waffenstillstandsabkommen begrüßt hatte, unterstützten die TALEBANÎ-Gruppe. Anfang August 1964, anlässlich des 9. Kongresses der VKSE in Hannover, erklärten sie ihre Solidarität mit TALEBANÎ und griffen BARZANÎ dementsprechend an. (588) In dieser Haltung hinkten die meisten Europa-Organisationen nunmehr hinter der tatsächlichen Entwicklung in jenem Teil des Hauptsiedlungsgebietes der Kurden her. Bis 1967 dominierten TALEBANÎ-Anhänger in der VKSE und erst im August 1969 wurden sie aus dem Exekutiv-Komitee der VKSE ausgeschlossen.(589)

Am 3.5.1964 überreichte die KAJYK-Partei BARZANÎ ein Memorandum, das unter dem Titel "Zwischen KAJYK und Barzanî" später veröffentlicht wurde. Darin wurde die Internationalisierung der kurdischen Frage gefordert, die Bildung einer Provisorischen Regierung und die Modernisierung der kurdischen Streitmacht RAK.

Am 13.5.1964 wurde auf einer Volksversammlung im irakischen Kurdistan beschlossen, daß die "irakische Grundverfassung geändert werden müsse". Die irakischen Araber seien zwar ein Teil der arabischen Nation, nicht so aber das "kurdische Volk im Irak". Am 10.6. gab BARZANÎ eine Erklärung ab, in der er mitteilte, daß er "öfters zu einem Kongreß gerufen hätte, um bis dahin beiseite geschobene Probleme zu lösen", doch seien „diese Aufrufe vom Politbüro der DPK abgelehnt worden". (590) Während eines von BARZANÎ einberufenen Militär-Kongresses vom 13. bis 16.6.1964 wurde aus militärischen Erwägungen für das Ende des Krieges und für Friedensverhandlungen mit Arif gestimmt.

Nachdem die TALEBANI-Gruppe am 26.6.1964 nochmals ein Flugblatt herausgebracht hatte, in dem alle DPK-Mitglieder aufgerufen wurden, sich gegen BARZANÎ zu stellen(591), wurde vom 1. bis 9. Juli 1964 in Qela-Dize (nicht Xelat-Diza wie bei Vanly) im irakischen Kurdistan der 6. Kongreß der DPK abgehalten, an dem 800 Personen teilnahmen, die etwa 20.000 Mitglieder vertraten. Vierzehn führende Mitglieder - die um TALEBANI gesammelte Führung - wurden aus der DPK ausgeschlossen, wozu eine fünf Punkte umfassende Begründung gegeben wurde:

- " 1 - Leurs basses tentatives de déchirer l'unité du PDK (i.e. DPK) et des forces armées et de créer un groupement à l'intérieur du Parti contre le Parti et son président, tentatives dont la première eut lieu lors de la conférence illégale de Mawet;
- 2 - Leurs actes contre le Parti et la révolution, leur collaboration avec l'étranger et les Cavaliers de la trahison contre la révolution et son chef Mustafa Barzani;
- 3 - leur incitation aux troubles et leurs actes subversifs dans les régions libérées du Kurdistan, ainsi que leurs provocations à l'endroit des partisans et leurs tentatives de dresser ceux-ci les uns contre les autres dans une guerre fratricide - alors que peu de temps auparavant ils se battaient encore contre l'ennemi, adoptant le slogan le Kurdistan ou le néant;
- 4 - La publication par eux de tracts s'attaquant aux partisans et à leurs commandants, au Parti et à son président, tracts et appels qui visent diviser nos rangs, à affaiblir le Parti et les forces armées, au service de l'ennemi et de l'étranger;
- 5 - Pour toutes ces raisons, ils sont expulsés du Parti, conformément à l'article 7, paragraphes 2,3,5 et 9, du règlement interne du Parti." (592)

Anfang August 1964 brachten die Ausgeschlossenen - weiterhin im Namen der DPK - eine Deklaration heraus, in der BARZANÎ der "imperialistischen Agentenschaft" und der Verschwörung mit der Arif-Regierung beschuldigt wurde. Die DPK wurde aufgefordert, das "Wesender Partei vom Gift Barzanîs zu reinigen", BARZANÎ, der sich die Unterstützung des Großteils der DPK, der KAJYK und der Zweigstelle Kurdistan der irakischen KP hatte sichern können, erklärte gegenüber westlichen Korrespondenten:

„Die alte Führerschaft der Partei waren Verräter, Diebe und Mörder an ehrenwerten kurdischen Patrioten. Sie haben das Volk tyrannisiert und das Geld der Revolution gestohlen, um es für ihre eigenen Zwecke zu verwenden. Ich habe sie in den vergangenen Jahren mehrmals gewarnt, doch sie haben sich nicht um meine Warnung gekümmert, Darum mußte ich Maßnahmen gegen sie ergreifen.“
(593)

Die TALEBANÎ-Gruppe und ihr Umfeld, etwa 500 bewaffnete Personen, wurden nach dem DPK-Kongreß in Qela-Dize von der BARZANÎ unterstehenden RAK in das iranische Kurdistan gedrängt. Es ist nicht klar, wie lange sie im Iran lebten, vielleicht insgesamt 7-8 Monate, anfangs in Hamadan, dann in Teheran im Asyl (594).

Anläßlich des DPK-Kongresses in Qela-Dize vom 1. bis 9.7.1964 wurden die Ziele der DPK und der von ihr geführten Bewegung präzisiert, das Parteiprogramm überarbeitet, und zwar auf eine Weise, daß es mit geringfügigen Änderungen 1966 wiederum verabschiedet werden konnte. (595) Wo vormals (1959) davon die Rede war, daß die wissenschaftliche Doktrin des Marxismus-Lenismus Richtschnur sein müsse, hieß es nun, daß die Partei "in ihrem politischen Kampf und in ihren sozialen Analysen auf die wissenschaftlich fortschrittliche Doktrin, die den Realitäten unseres kurdischen Volkes entspricht", zurückgreifen müsse.

Mitte September 1964 begann die Führung der irakischen KP die Arif-Regierung als eine "progressive Regierung" zu loben, ein anderer Teil der KP gab im September 1964 eine 21-seitige Broschüre heraus, in der die Führung der irakischen KP angegriffen und die Arif-Regierung als "Diktatur-Regime" bezeichnet wurde, das das kurdische Volk unterdrücke. (596)

Neben dem erwähnten Ausschluß der 14 TALEBANÎ-Anhänger aus der Partei wurden während des Kongresses vom 1.- 9.7.1964 folgende Resolutionen verabschiedet:

- " 1. Le Congres décide de renforcer l'armée révolutionnaire et les organisations du parti parmi les masses du Kurdistan;
2. De n'autoriser le retour de l'administration gouvernementale dans les régions libérées qu'après l'obtention des droits nationaux légitimes du peuple kurde;

3. La constitution d'un Conseil de commandement de la révolution sous la présidence de Mustafa Barzani, avec la participation des représentants du parti, de l'armée et du peuple;
4. Que dans le cas d'une reprise de la guerre, la Conseil révolutionnaire proclamera l'autonomie du Kurdistan irakien;
5. De maintenir l'armée révolutionnaire avant et après l'obtention de l'autonomie, comme garantie de nos droits nationaux;
6. De travailler pour la levée de la loi martiale, la libération de tous les prisonnier a et les détenus politiques et le rétablissement des libérées démocratiques en Irak;
7. Le Congrès charge le Comité central de présenter un mémorandum au gouvernement irakien, demandant l'autonomie du Kurdistan d'Irak;
Le Congrès décide de travailler pour déplacer les tribus arabes injustement implantées dans des villages kurdes st pour le retour de leurs anciens habitants;
9. D'installer des administrations civiles (kurdes) dans les régions libérées, avec le concours des Formations nationales des partisans du Kurdistan;
10. De secourir les familles des victimes de la guerre et des martyrs tués dans la révolution;
11. De créer une commission chargée d'étudier les plaintes contre les Eléments déviationnistes;
12. De créer une commission commune par le Parti et les Formations nationales des partisans du Kurdistan (RAK) pour enquêter sur le sort des armes, sommes et objets perdus." (597)

Auch wählte der Kongreß ein neues Zentralkomitee von 17 Mitgliedern und als Präsidenten BARZANÎ. Aus den 17 Mitgliedern wurde das 5-köpfige Politbüro gewählt. (598)

Vom 28. bis 29. September 1964 wurde ein "Allgemeiner Kongreß" bzw. "Volkskongreß" in Qela-Dize gehalten. Hier nahmen 350 Personen teil, vorwiegend Vertreter der traditionellen Führungsschicht, also Stammesführer, Sêxs, Gebietsherren. Ziel des Kongresses war es (wie auf dem DPK-Kongreß vom 1. bis 9. Juni), Repräsentanten zu wählen, die in den am 9.10.1964 in Boskên konstituierten Revolutionsrat eingingen.

Nach einem kurdischen Autor (599) enthielt der REVOLUTIONSRAT 48 Mitglieder, nach einem anderen kurdischen Autor (600) enthielt er 63 Mitglieder.

BARZANÎ wurde sowohl zum Vorsitzenden des allgemeinen REVOLUTIONSRATES als auch zum Vorsitzenden des für besondere Fragen zuständigen Exekutivkomitees gewählt. In seiner ersten Rede als Vorsitzender hieß es:

"Vous, représentants de la révolution et de la nation! Vous voilà réunis. Ils vous appartient de décider du sort du peuple du Kurdistan irakien... Je ne suis que le serviteur de ce peuple. Si je commets une erreur, c'est à vous de la corriger et de m'en demander des comptes... Nous devons assumer nos responsabilités dans l'union, la cœur pur, et dans l'estime réciproque." (601)

Vom 9. bis 17. Oktober arbeitete der REVOLUTIONSRAT an der "Verfassung der Revolution" und Gesetzen, die die Administration, die Rechtsprechung, die Finanzverwaltung und das Militär betrafen, die in einer Veröffentlichung mit dem Titel "Grundsatz und Gesetze 1964-65" vom Revolutionsrat veröffentlicht wurden. (602) Die aus Pêşmerges bestehende RAK wurde zum Exekutivorgan⁺. Zwei Tage nach der Konstituierung des "Revolutionsrates" ließ BARZANÎ als Vorsitzender dem irakischen Staatspräsidenten und seinem Ministerpräsidenten Yahyā Tāhir ein Memorandum zukommen (lfd. Nr. 81 in Tab 3), in dem auf die weiterbestehende Forderung nach Erlangung einer Autonomie für das irakische Kurdistan hingewiesen wurde. Die durch den REVOLUTIONSRAT ausgearbeitete "Verfassung der Revolution des irakischen Kurdistan" enthielt - neben 13 Artikeln (603) - folgende Präambel:

**"Au nom du peuple kurde,
Nous, les membres du Conseil de commandement de la révolution du Kurdistan irakien, réunis à Boskène en date du 9 octobre 1964, représentant le Parti démocrate du Kurdistan, les chefs de l'armée révolutionnaire, les éléments tribaux et indépendants.
Convaincus de la justesse des revendications de la révolution kurde commencée la 11 septembre 1961,
Conscients de la nécessité de doter cette révolution d'une direction organisée et issue du peuple, afin qu'elle puisse aller de l'avant et réaliser la demande principale de notre peuple, à savoir l'autonomie du Kurdistan irakien dans le cadre d'une République irakienne démocratique,
Avons élaboré cette Constitution qui délimite les compétences et les devoirs du Conseil dans la direction de la révolution, dans l'élaboration des lois et des règlements nécessaires**

+ "La formation du Conseil révolutionnaire kurde, l'élaboration d'une Constitution et des lois, et la mise sur pied d'une administration d'une justice et d'un système fiscal, irritèrent et effrayèrent le Gouvernement de Bagdad, qui y vit 'l'établissement d'un Etat dans l'Etat'." (VANLY 1970:257).

pour régir les affaires du Kurdistan irakien pendant la période de la révolution, dans les domaines politique, militaire, économique, administratif, judiciaire et autres domaines...

Et que Dieu nous donne le succès".

Der Bezug zum irakischen Staat, in dessen Rahmen eine Autonomie angestrebt wird, ist offensichtlich. In den vom REVOLUTIONSRAT ausgearbeiteten Texten scheint es nur eine Stelle zu geben, die in dieser Hinsicht weniger eindeutig ist.

Es ist die Präambel zum Finanzrecht, in der es heißt (604):

"Tous les Etats du monde ont leurs propres lois ... et en premier lieu des lois régissant leurs finances, cette artère principale sans laquelle leur existence ne serait pas possible Tout comme ces Etats, nous allons, dans notre patrie libre de Kurdistan, élaborer la loi qui régira nos finances ... "

Im Dezember 1964 gab BARZANÎ als Vorsitzender des REVOLUTIONSRATES und Oberkommandierender der RAK in Raniye im irakischen Kurdistan eine Presseerklärung ab, die zugleich an "all powers" und "liberty loving peoples" appellierte. (605)

Es wird darin Bezug genommen auf den Waffenstillstand vom 10.2.1964, sowie auf eine Reihe von Problemen hingewiesen, die seit 1961 nicht gelöst seien: die Arabisierung kurdischer Dörfer in der Nähe der Ölfelder, die kurdische Frage und das Streben nach arabischer Einheit, in das die Kurden ungewollt verwickelt seien. Es wird über die Schaffung des REVOLUTIONSRATES informiert und über die Ausarbeitung von Gesetzen:

"The Executive Bureau elected by the Council is applying these laws in the liberated territory. A Kurdish administration is at work, as is a Kurdish judicial and fiscal system. Our army has been reorganised. Thus Kurdish autonomy is becoming a fact".

Gleichzeitig wird darauf aufmerksam gemacht, daß die irakische Regierung auf die letztlich am 11. Oktober dargestellten kurdischen Forderungen nicht eingehe:

x Am 27,11.1964 waren erneut 300 Bauernfamilien aus der Gegend um Kerkûk gewaltsam ausgesiedelt worden.
(VANLY 1970:256)

"Unfortunately, there have been no negotiations. The notes and messages received from Baghdad, in particular those of November 27, of Dezember 3, 9 and 11, showed that the hopes we placed in this regime were vain. Baghdad asked us simply to dissolve our armed forces, to put an end to our administrative system, and categorically denied us any form of autonomy. However, as we replied on Nov. 27, Dec 6 and 13, our people have not fought and made so many sacrifices for nothing. We demand our autonomy as a right of self-determination, our minimum right.

A whole series of recent local military engagements provoked by the government military forces have created an atmosphere similar to that which preceded the Baathist aggression of June 1963.

Our attitude is clear and we consider it just. We do not want war. We will never start it. But we shall continue building our autonomy, consolidate our own administration. And if we are attacked we shall defend ourselves with the same determination as when we were attacked by Kassem and the Baath. We do not have any doubt on the issue of our struggle for liberty".

Als die Reorganisation der "Revolution" im irakischen Kurdistan durchgeführt und eine Internationalisierung des kurdischen Problems beschlossen war - in den Jahren 1965/1966 werden sich dann auch die Eingaben bei außerirakischen Stellen sichtlich häufen (vgl. lfd. Nrn. 83 bis 101 in Tab 3) - wurde die von Celal TALEBANÎ geführte Gruppe (am 5.12.1964) bei der Arif-Regierung mit einem Memorandum vorstellig (lfd. Nr.82). Neben einer Erinnerung an die am 10.2.1964 den Kurden versprochenen nationalen Rechte wurde die Regierung aufgefordert, die Adressaten als "Vertreter der DPK und der Revolution" und als "Verhandlungspartner" anzuerkennen. Der nach außen getragene Zwiespalt mag die irakische Regierung in ihrer Haltung des Nichteingehens auf die kurdischen Forderungen ganz generell bestärkt haben. Als vom 10. bis 24.1.1965 eine Delegation der von BARZANÎ geführten DPK mit Arif zwecks Änderung der irakischen Provisorischen Grundverfassung vom 4.4. 1964 verhandelte, scheiterte sie. Im Januar 1965 erklärte der irakische Innenminister Subhi 'Abd al'Hamid, daß die "Regierung nicht daran denke, irgendeinem Teil des Irak Autonomie zu gewähren". (606)

Am 10.2.1965, zum ersten Jahrestag des Waffenstillstandsabkommens, wurde von der neuen DPK-Führung unter BARZANÎ, unterstützt von der Zweigstelle Kurdistan der irakischen KP und der KAJYK, ein Generalstreik ausgerufen, der durchgeführt wurde. Am selben Tag sagte der Generalsekretär der irakischen KP, der seinerzeit im Asyl in der Tschechoslowakei lebte, auf einer Sonderversammlung der VKSE: "Es gibt keine Lösung für die kurdische Frage außerhalb der Selbstregierung." (607)

Am 11.2.1965 lehnte der irakische Innenminister in einem an BARZANÎ gerichteten Brief die "Umbenennung des Ministeriums für den Aufbau des Nordens in Ministerium für die kurdischen Angelegenheiten" ab; denn dies würde eine "versteckte Autonomie" beinhalten. Die Bildung einer kurdischen Provinz Dihok - wie sie in dem entsprechenden Verwaltungsgesetz bereits vom kurdischen REVOLUTIONSRAT ausgearbeitet war - wurde ebenfalls abgelehnt. Gleichzeitig wurde die Auflösung der kurdischen Streitkraft RAK verlangt. Am 18.2.1965 antwortete BARZANÎ, daß "seine Forderungen das Minimum der Forderungen der kurdischen Revolution" seien, er "keine Kompromisse mehr schließen könne". (608) Wenn auch der BARZANÎ-Vertreter in Bagdad, 'Agîd BARZANÎ, noch Ende Februar erklärte, daß die Kurden "den Kampf zwischen Arabern und Kurden nicht bejahen" (609), waren die Verhandlungen bereits abgebrochen. Im Februar 1965 richtete BARZANÎ Briefe an die Regierungschefs von folgenden Staaten: USA, UdSSR, Ägypten, Frankreich, Großbritannien, BRD, Indien⁺ - mit der Bitte, das kurdische Problem vor internationale Gremien zu bringen und eine internationale Untersuchungskommission einzusetzen (lfd. Nr. 85 in Tab 3).

Die Gruppe um TALEBANÎ, deren Anhänger in Europa bis 1967 die große kurdische Vereinigung im Ausland, die VKSE, dominierten und bis 1969 noch wesentlichen Einfluß hatten, versuchten von April bis Juni 1965, sich in die von BARZANÎ geführte DPK und Bewegung im irakischen Kurdistan einzureihen. Nachdem BARZANÎ ein Jahr zuvor alle Vermittlungsversuche abgelehnt hatte und auf einem schriftlichen "Geständnis" dieser ehemaligen DPK-Führer bestanden hatte, in dem sie ihren "Verrat an der Revolution" zugeben und ihrer "Hoffnung auf Verzeihung und Rehabilitation" Ausdruck geben sollten (610), nachdem u.a. am 16.3.1965 einer der Ausgeschlossenen in einem Brief an BARZANÎ die "Notwendigkeit der Bestrebungen, die Uneinigkeiten zu beseitigen" hervorgehoben hatte, BARZANÎ aber weiterhin auf einem schriftlichen Geständnis bestanden hatte (611), versuchten sie, ihre Einreihung

+ Allein Nasser reagierte auf diese kurdische Initiative, allerdings nicht in der erstrebten Art und Weise. NEBEZ 1972a:191 mit Hinweis auf Nasser für Ende des Kurdenkrieges" in "Süddeutsche Zeitung", Nr. 84, München, 8.4.1965):
"Im April 1965 telegraphierte Nasser an die Kurden und die irakische Regierung, den Krieg einzustellen, damit die arabischen Armeen als eine Front gegen Israel kämpfen können."

über "Öffentlichkeitsarbeit" zu erreichen. Mitglieder der 1962 eingerichteten DPK-Zweigstelle in Europa, die TALEBANÎ-Anhänger waren, fuhren im April 1965 nach New York, um dort Unterstützung für die "kurdische Revolution" zu erlangen, ohne Resultat. (612)

Am 20.5.1965 hielten Celal TALEBANÎ und einige seiner Mitstreiter eine Pressekonferenz in London ab, in der sie sich für die "kurdische Revolution und die Führung von Barzanî aussprachen (613). Eine weitere Pressekonferenz wurde am 30.6.1965 in Wien gehalten, und ein deutschsprachiges Flugblatt bzw. vervielfältigtes Résumé stellte dazu fest:

"Heute erklärte Jalal Talabani, der Vertreter der Demokratischen Partei Kurdistans, im Verlauf einer Pressekonferenz in Wien: ... Ich ersuche daher die Weltöffentlichkeit und die österreichische Öffentlichkeit, den aggressiven Kampf in Irakisch-Kurdistan zu verurteilen und unserem Volk, das seine Existenz und seine nationalen Rechte verteidigt, jegliche Hilfe zuteil werden zu lassen." (614)

Allerdings hatte BARZANÎ zuvor - am 16.5.1965 - bereits TALEBANÎ das Recht abgesprochen, in seinem Namen und im Namen der DPK sowie im Namen der Revolution zu sprechen. (615)

Im Jahre 1965 veröffentlichte die Zeitung "Xebat", Organ der TALEBANÎ-Gruppe, noch eine Sondernummer, die auch in Europa wiederaufgelegt und verbreitet wurde. Auf elf Seiten wird ein Streitgespräch mit den verschiedenen nicht-kurdischen Parteien im Irak geführt. (616) Doch ließ der weiterbestehende Ausschluß der TALEBANÎ-Gruppe und die weiterbestehende Orientierung der kurdischen Organisationen in Europa an dieser Gruppe eine Lücke entstehen - insbesondere was die Verbreitung von Nachrichten anging. Diese Lücke versuchte die 1964 gegründeten Zweigstelle Europa der KAJYK und die 1965 gegründete NUKSE zu füllen, u.a. durch ihre Organe "Dengûbasî Kurdistan" (1966), "Xöndekarî Kurd" (1966-1967), Kurdistan-Information (1965-1977). In der Nr. 1 von "Xöndekarî Kurd" wird der nunmehr spärliche Nachrichtenumschlag seitens der anderen kurdischen Organisationen in Europa als "Nachrichtensperre" betrachtet.

Der Krieg begann bereits am 4.3.1965, wurde aber erst im Juni

Juli 1965 von der irakischen Regierung offiziell bestätigt (617)⁺. Mehr oder minder ununterbrochen dauerte dieser Krieg von März 1965 von Juni 1966. (618) Die Verluste auf irakischer Seite - nach kurdischen Angaben - beliefen sich für das Jahr 1965 auf 8005 Tote und 4896 Verwundete. Auch sollen in diesem Zeitraum 768 Angehörige der irakischen Armee zur kurdischen Seite übergelaufen sein, 322 irakische Gefangene genommen, 9 Flugzeuge abgeschossen, 35 Panzer und 14 Tanks zerstört worden sein. (619) In Zusammenhang mit ihren eigenen Verluste heben die Kurden immer wieder das gegen sie und die kurdische Zivilbevölkerung eingesetzte Giftgas und Napalm hervor. (620) Am 9.9.1965 versah die irakische Arif-Regierung die Provisorische Grundverfassung vom 4.4.1964 mit folgendem Zusatz: "Diese Verfassung betont die nationalen Rechte der Kurden innerhalb des Rahmens der irakischen Einheit und patriotischen Bruderschaft." (621) Wenige Tage später, am 13.9.1965, trat allerdings der irakische Ministerpräsident Tahir Yahya zurück und 'Arif 'Abd al-Razzaq wurde Ministerpräsident. Während einer kurzfristigen Abwesenheit des Staatspräsidenten Arif versuchte Razzaq einen Putsch gegen Arif, der von dessen Bruder und Oberbefehlshaber der irakischen Armee vereitelt wurde. Razzaq floh nach Ägypten, und am 21.9.1965 wurde 'Abd al-Rahman Bazzaz Ministerpräsident, der am 6.10.1965 sein Regierungsprogramm vorlegte. Er versprach die "Anerkennung der nationalen Rechte der Kurden gemäß der geänderten

+ Offensichtlich waren nicht alle Kräfte im arabischen Lager auf Seiten der Arif-Regierung. "Kurz nach Beginn dieses Krieges überreichte der irakische Politiker Kamil al-Tschadirtschi als Präsident der Patriotdemokratischen Partei im Irak der Arif-Regierung ein Memorandum, in dem er die friedliche Lösung der kurdischen Frage verlangte. Er stellte fest: "Glücklicherweise wollen die Kurdenführer das Prinzip der Einheit des irakischen Staates absolut nicht antasten oder sich auf irgendeine Weise davon trennen". Das Memorandum forderte lediglich die Regierung auf, "eine günstige Atmosphäre vorzubereiten, um die Kurden ihre nationalen Rechte genießen zu lassen und die kulturelle und nationale Entwicklung dieser Rechte zu sichern, wobei vorausgesetzt ist, daß diese Rechte das Prinzip der Einheit des Staates und seine Unantastbarkeit, also das Zentrum seiner Souveränität, nicht beeinflussen, was das Hauptprinzip ist in jedem Staat, der verschiedene Nationalitäten beinhaltet." (NEBEZ 1972a:193 mit Hinweis auf "al-Ta'achi", Bagdad, Nr. 260, 14.4.1968)

Verfassung und gemäß dem Gesetz der regionalen Verwaltung"^{x1}.
(622)

Am 1.1.1966 wendet sich BARZANÎ "en mon nom personnel et au nom du peuple kurde" an die UNO, ihre Gremien und Mitgliedsstaaten, "d'envoyer au moins une commission d'enquête au Kurdistan, comme on l'a fait dans nombre d'autres régions instables du monde" (lfd. Nr. 97 in Tab 3). U.a. bezieht sich BARZANÎ auf die von der irakischen Armee verfolgte Strategie der "verbrannten Erde", auf die Arabisierungspolitik, auf die Medikamentenblockade im besonderen und die Wirtschaftsblockade bzw. die Strategie der Aushungerung der Zivilbevölkerung im allgemeinen. (623)

Am 2. und 3.1.1966 griff die irakische Armee das in der Nähe der irakisch-iranischen Grenze gelegene Pêncwîn an, wobei von der Vermutung ausgegangen wurde, daß hier der kurdische Nachschub aus dem Iran stattfände. Die irakische Armee mußte Verluste hinnehmen und ließ dem Iran noch am 4.1.1966 eine Protestschrift überreichen^{x2}, in der es hieß, der Iran "habe sich zu Gunsten der Rebellion eingemischt." (624)

Für die DPK (Ausschuß für Werbung und Information), und zwar in eine mit dem 12.1.1966 datierten Deklaration, war die Haltung Irans im kurdisch-irakischen Konflikt "neutral". Es hieß: "Die kurdische Revolution ist zufrieden mit der neutralen Politik des Iran gegenüber der kurdischen Revolution und der regierenden Schicht im Irak." (625) Anfang Februar 1966 schloß die Türkei dagegen ihre Grenze, und elf Kurden

x1 Am 28.10.1965 überreichte der berühmte irakische Politiker Muhammad Rida al'Schibibi dem gerade ernannten Ministerpräsidenten ein Memorandum, in dem er die Dezentralisation des Irak im Sinne der kurdischen Forderungen verlangte. (NEBEZ 1972a:195 mit dem Hinweis auf "Xebat", Organ der BARZANÎ-DPK, Nr.483, Dezember 1965).

x2 "Der Iran seinerseits erklärte den Vertrag von 1937 zwischen Irak und Iran über die Benutzung des Flusses "Schat al-´arab" für nichtig. Bazzāz wandte sich am 12.1.1966 in einer Pressekonferenz gegen dieses Verhalten von Seiten des Iran und erklärte den Vertrag für noch gültig. Dies verursachte große diplomatische Schwierigkeiten zwischen beiden Staaten" (NEBEZ 1972a:197 mit Hinweis auf die Zeitung "al-Dschumhuriyyah", Bagdad, 13.1.1966).

wurden beim unerlaubten Grenzübertritt getötet. (626)

Im Januar und Februar 1966 griff die UdSSR wiederholt^x verbal in die kurdisch-irakische Auseinandersetzung ein. "Das sowjetische Parteiorgan "Pravda" veröffentlichte am 7.1.1966 einen Artikel über die Situation und forderte die irakische Regierung auf, doch das kurdische Problem demokratisch zu lösen. Bazzāz erklärte seinerseits, daß er "bereit" sei, das kurdische Problem zu lösen, aber "erst, wenn die Kurden ihre Waffen niedergelegt hätten". (627)

Am 28.1.1966 flohen TALEBANÎ und eine Anzahl seiner führenden Anhänger - außer drei Personen, die sich mit BARZANÎ und der von ihm geführten DPK und Bewegung solidarisch erklärten - von einem Dorf im "befreiten Kurdistan", wo sie sich seit dem Spätherbst 1965 unter Bewachung befunden hatten, nach Bagdad. Von dort aus griffen sie BARZANÎ als "iranischen Agenten" an und nahmen Kontakt zur irakischen Regierung auf. (628) Nachdem am 1.3.1966 der irakische Staatspräsident Arif geäußert hatte, daß das kurdische Problem mehr ein politisches als ein militärisches sei (629), wurden die BARZANÎ entgegenstehenden Kurden systematisch von der Regierung unterstützt, vor allem die TALEBANÎ-Gruppe. Diese Unterstützung hielt die Zeitung "Xebat", Organ der TALEBANÎ-Gruppe, im März 1966 allerdings

x „Am 17.1.1966 vertrat Radio Moskau in einer Sendung den Standpunkt, daß 'die Lösung der kurdischen Frage auf demokratische Weise eine Vereitelung der imperialistischen Pläne' bedeute. Der iranisch-irakische Konflikt sei ein ureigenes Interesse des CENTO-Paktes. Die offiziöse irakische Zeitung al-Dschumhuriyyah nahm am 19.1.1966 folgendermaßen Stellung zum Ratschlag aus Moskau: 'Die UdSSR-Führer müssen begreifen, daß das Problem des Nordens für den Irak eine Frage von Leben und Tod ist.'

Am 4.2.1966 schickte das sowjetische Rote Kreuz dem irakischen Ministerpräsidenten ein Telegramm, in dem die Einstellung des Krieges verlangt und die Bereiterklärung abgegeben wurde, humanitäre Hilfe zu leisten.

Am 7.2.1966 veröffentlichte die Pravda einen mit Y.Patakov gekennzeichneten Artikel, in der die Einstellung des Krieges gegen die Kurden gefordert wurde und die Gewährung ihrer nationalen Rechte." (NEBEZ 1972a:199 mit einer Reihe von Literaturhinweisen; vgl. auch "Kurdish Facts", Organ der nicht-kurdischen Organisation "International Society Kurdistan", Nr. 66/4, Amsterdam, 15.3.1966, S. 2)

nicht davon ab, Arif zu widersprechen, als er sagte: "Die Geschichte wird nachweisen, daß die Kurden arabischer Abstammung sind." (630) Am 18.3.1966 schrieb die irakische Zeitung "al-Balad" (das Land): "Die von Barzanî abgespaltenen Kurden und vor allem Dschalal Talabani haben ihre Bereitschaft erklärt, mit der patriotischen (Anm.: irakischen) Regierung zu einer Verständigung über all das zu kommen, was dem Norden der Heimat Frieden und Ruhe zurückgeben kann." (631)

Inmitten einer angespannten Kriegssituation stürzte ein irakisches Regierungsflugzeug mit dem Staatspräsidenten Arif und einigen an der Regierung Beteiligten aus letztlich ungeklärten Gründen ab. Die Militärjunta wählte am 17.4. den Bruder des abgestürzten Staatspräsidenten - 'Abd al-Rahman Bazzaz (Arif II) - zum Staatspräsidenten. Bazzaz blieb Ministerpräsident (632). BARZANÎ erklärte einen einmonatigen Waffenstillstand, erklärtermaßen eine "Bedenkzeit" für die neue Staatsführung (633). Am 18.4. verlautbarte der neue Staatspräsident Arif II:

"Die kurdische Nationalität ist eine Tatsache, die nicht zu widerlegen ist. Die Regierung ist bereit, den Kurden im Rahmen des Irak Selbstverwaltung zu gewähren. Die Kurden selbst wollen mit ihren arabischen Brüdern zusammen leben. Es gibt nur eine einzige Person, die sie trennen will. Das ist Barzani, ein imperialistischer Agent und Landesverräter. Solange die Aufständischen Barzani zum Führer haben, wird das Kurdenproblem nicht gelöst sein" (634).

Am gleichen Tag setzte er General 'Abd al-'Aziz al-'Ugaili als Generalstabschef ein und ließ am nächsten Tag, am 19.4., wissen: "Das Problem des Nordens wird mit Hilfe Allahs bald gelöst sein" (635). Am 22.4. hielt Bazzaz eine Pressekonferenz ab, in der er den Standpunkt des Staatspräsidenten Arif II unterstrich:

"Glauben diese Aufständischen, daß sie einen Staat mit seiner ganzen Macht und mit seinen Möglichkeiten besiegen können? Wir sind gottlob stark. Wir haben unsere (Anm.: arabischen) Brüder, die uns helfen. Wir haben eine tapfere Armee, die nötigenfalls lange kämpfen kann ... Wir stimmen keiner Sezession zu, doch jede Forderung, die die eigene Identität der Kurden betont, ist legal." (636)

Am 28.4.1966 erklärte Arif II, daß seine Regierung den Kurden keine "Autonomie" gewähren würde. (637)

Am 2.5. begann der Krieg erneut, und zwar mit einer in der Nacht vom 2. zum 3.5. geführten Großoffensive von irakischer Seite. (638) Die kurdische Streitmacht RAK konnte wesentliche Siege davontragen und die entscheidende Schlacht von Rewanduz bzw. Hindren gewinnen (639), wonach die Kriegshandlungen eingehalten wurden. Doch im gleichen Monat (Mai) zerstörten kurdische Partisanen noch Abschnitte der Öl-Pipeline in der Nähe von Kerkuk, ein mehr symbolischer Akt, der wohl an die Adresse der "westlichen Welt" gerichtet war. (640)

Am 15.6.1966 kam Zaid Ehmed Osman als Gesandter des irakischen Ministerpräsidenten Bazzaz mit konkret formulierten Lösungsvorstellungen ins kurdische Hauptquartier, welche Lösungsvorstellungen am selben Tag von Bazzaz im Bagdader Rundfunk und Fernsehen vorgetragen wurden, und am folgenden Tag in den irakischen Zeitungen standen. Bazzaz' Standpunkt beinhaltete die

"völlige Anerkennung der kurdischen Existenz als eine eigene Nationalität, völlige Anerkennung der kurdischen Sprache für offizielle Zwecke und als Unterrichtssprache in den Schulen, völlige Anerkennung des geistigen Erbes und aller Aspekte des kurdischen Nationalismus, Amnestie für diejenigen, die die Waffen niederlegen wollen, Aufbau des Nordens."

Der irakische Ministerpräsident erklärte zudem:

**"Der Irak ist nicht nur das Heimatland der Araber, sondern in gleicher Weise auch das der Kurden...
Ich weiß, daß eine Gruppe unter dem Volk - vielleicht auch Araber - sich gegen diese Politik wendet, sie betrachtet diese Politik als schwach. Diese Gruppe ist nur mit der Vernichtung des letzten Rebellen zufrieden. (...) Ich sage aber zu diesen Leuten ganz ernsthaft: Wenn die Lage im Norden des Heimatlandes nicht durch Zufriedenheit und eine vernünftige Lösung, (...) nicht durch vollkommene Anerkennung der Rechte derer auf der Gegenseite in Ordnung gebracht wird, wird der Konflikt nie völlig beseitigt sein. Denn wenn wir nur 1000 oder 50 oder sogar nur 5 Unzufriedene hinterlassen, bringen sie das ganze Gebiet in Aufruhr und stören die Ruhe der Bevölkerung. (...)"**

x Der irakische Politiker Kamil al-Tschadirtschi, Vorsitzender der Patriotdemokratischen Partei (al-Hizb al-Watani al-Dimuqrati) forderte nach der Zeitung "al-'Arab" (Nr. 581, 25.5.1966, Bagdad) früh im Mai "einen positiven Schritt zur Lösung der Frage Kurdistans" und die "sofortige Einstellung des Krieges", damit "eine günstige Atmosphäre für die Besprechung dieses Problems verbreitet" werde. (NEBEZ 1972a:207).

Das Defizit des Haushalts für das vergangene Jahr liegt bei rund 50 Millionen Dinar. Das ist mehr als ein Viertel des gesamten Staatshaushaltes. (..)

Wenn wir auch wissen, daß es hinter der Grenze welche gibt, die diesem Land keine Ruhe und keinen Frieden wünschen, die den Krieg zwischen Bruder und Bruder (Anm.: zwischen Kurden und Arabern) ausnutzen, deren Interesse auf die Zerteilung dieses einheitlichen Landes gerichtet ist, die nach einem Teil seines Bodens, einem Teil seines Wassers^x gieren, wenn wir dies alles wissen, müssen wir doch den Weg des Friedens für besser halten." (641)

Neben den laufenden Verhandlungen mit dem kurdischen "Revolutionsrat" und Barzanî als Vorsitzenden und Kommandanten der RAK fand am 19.6.1966 ein Treffen mit Celal TALEBANÎ und einigen seiner führenden Anhänger mit Repräsentanten der irakischen Regierung statt. Weiterhin wurden von ihr zu jener Zeit Kontakte zu den Stammesführern (der Zêbarî, Herkî, Sûrçî hergestellt, die gegen die von BARZANÎ geführte Bewegung waren. (642)

Am 29. Juni 1966 gab Bazzaz sein 12 Punkte umfassendes Programm bekannt (643), zu dem Barzanî am selben Tag seine Zustimmung telegraphierte (644) und das u.a. versprach:

"... Anerkennung der kurdischen Nationalität in der permanenten Grundverfassung, Dezentralisation für die kurdischen Provinzen (in den kurdischen Gebieten des Irak), Anerkennung der kurdischen Sprache als offizielle Sprache (im Ausbildungs- und Administrationssektor) neben Arabisch. Prozentuale Vertretung der Kurden im zukünftigen Parlament und in allen Ämtern, Förderung der kurdischen Sprache in der Bagdader Universität, Vergabe einer Anzahl von Stipendien an kurdische Studenten, Erlaubnis kurdischer Organisationen innerhalb der bestehenden Gesetze, Erlaubnis zur Herausgabe politischer Publikationen auf Kurdisch, Amnestie für alle diejenigen, die an den Gewalttätigkeiten im Norden teilgenommen haben, Rückgabe der Dörfer an die Kurden die nach 1963 von den Arabern besiedelt worden sind." (645)

Das Abkommen vom 29. Juni 1966 enthielt drei Geheimvereinbarungen über:

x Hier ist wohl der Iran gemeint und dessen Anspruch auf einen Teil des Schat al-'Arab.

"In derselben Rede lobte Bazzaz die guten Beziehungen zwischen der Türkei und dem Irak und hoffte auf ebensolche guten Beziehungen zum Iran. Hier fügte er hinzu, daß er bereit sei, alle Forderungen des Iran zu erfüllen, außer jenen, die gegen die Souveränität des Irak verstoßen." (NEBEZ 1972a:209)

- 1 - Neugründung einer Provinz namens Dihok aus den kurdischen Gebieten der irakischen Mossul-Provinz (unter Ausklammerung der Stadt Mossul),
- 2 - Amnestie für alle politischen Gefangenen im gesamten Irak,
- 3 - Lizenzierung der DPK.

Die Offenlegung dieser drei Punkte während des 7. DPK-Kongresses im November 1966 ist ein Indikator für die bis dahin erfolgte Verschlechterung in den Beziehungen der Verhandlungspartner. (646) Bereits am 2. Juli - nach einem am 30.6. gegen den Staatspräsidenten Arif II geführten Putschversuch aus den Reihen der irakischen Luftwaffe (647) - ließ Bazzaz auf einer Pressekonferenz wissen: "Der Irak ist ein arabisches Land und bleibt auch arabisch." (648)

Trotz eines außenpolitischen Erfolges während seiner Moskaureise vom 27.7. bis 4.8.1966 - in Moskau hatte er Hilfszusagen für den Irak erhalten können, auch Waffenlieferungszusagen, damit der "Irak sich gegen den Imperialismus verteidigen" könne" (649) - mußte Bazzaz am 7.8.1966 zurücktreten. Zu erinnern ist hier, daß die in Europa tätige NUKSE in einem Memorandum vom 30.3.1966 an den sowjetischen Ministerpräsidenten Kossygin um einen Waffenlieferungsstop an den Irak nachgesucht hatte, zumindest solange das kurdische Problem nicht gelöst sei (lfd. Nr. 98 in Tab 3), offenbar ohne die gewünschte Wirkung gehabt zu haben. Der neue irakische Ministerpräsident General Nadschi Taleb (Nagi Talib) versprach, am Programm der Bazzaz-Regierung vom 29.6.1966 im vollem Umfang festzuhalten (650), wiewohl er - so der zurückgetretene Ministerpräsident Bazzaz in einem Brief an die kurdische (arabischsprachige) Zeitung "al-Ta'achi" im Juni 1967 - dazu durch nicht verpflichtet sei. (651)

Die ebenfalls in Verhandlungen mit der irakischen Regierung befindliche TALEBANÎ-Gruppe hielt vom 28.8.-2.9.1966 in Tîmar im irakischen Kurdistan einen Kongreß ab. Hier bekundeten sie ihre "volle Unterstützung für die Republik und deren patriotische (sic) Regierung" (652) und verbreiteten u.a. in ihrem Organ "Xebat" im September 1966 die Ankündigung, daß sie - sobald "Barzanî auf Befehl der Imperialisten mit dem Krieg beginnen sollte" - gegen ihn mit allen Mitteln vorgehen würden. (653)

Am 28.10. reiste der irakische Staatspräsident an die Grenze des "befreiten Gebietes", in die Gegend östlich von Rewanduz, wo Arif II und BARZANÎ Geschenke als Zeichen ihres gegenseitigen guten Willens austauschten (654).

Als im November 1966 der 7. Kongreß des DPK in Gelale im irakischen Kurdistan abgehalten wurde, zeigten sich die Delegierten und ihr Vorsitzender BARZANÎ bedacht. Das Abschlußkommuniqué lautete:

"Bien que le Programme du 29 juin, avec ses clauses publiques et ses clauses secrètes, ne corresponde pas à l'objectif de la révolution d'obtenir l'autonomie. Le congrès, soucieux d'épargner le sang des frères arabes et kurdes et de voir la paix régner dans le pays, l'approuve et demande qu'il soit appliqué dans sa lettre et dans son esprit. Le congrès demande au Chef de la révolution de présenter, à cette fin, une note au gouvernement. Il demande au Comité central, d'autre part, de continuer ses efforts en vue de rassembler toutes les forces du progrès en Irak au sein d'un front d'union nationale, afin d'établir un régime démocratique et parlementaire sain, et pour que les droits nationaux du peuple kurde puissent évoluer jusqu'à l'obtention de l'autonomie visée dans l'article 3 du Programme de notre parti." (655)

Ein entsprechendes Memorandum wurde von BARZANÎ am 28.11.1966 an die irakische Regierung geleitet (lfd. Nr. 104 in Tab 3), ein weiteres ähnlichen Inhaltes seitens zweier kurdischer Persönlichkeiten am 9.1.1967 (lfd. Nr.106). Die TALEBANÎ-Gruppe verurteilte der DPK-Kongreß als "Hochverräter". Diese erklärte ihrerseits auf ihrem sogenannten 6. Kongreß, der vom 22. bis 27.3.1967 in Kelar im irakischen Kurdistan abgehalten wurde, BARZANÎ zum "Parteiverräter".⁺ (656)

+ Nach VANLY (1970:275) soll ein irakischer Minister zu dieser innerkurdischen Auseinandersetzung gesagt haben:
"Les loups et les chiens sont aux prises et nous n'avons pas à intervenir directement."

Mit den "Wölfen" sind - auch nach VANLY a.a.O., S. 278 - wohl die um Barzanî gruppierten Pêşmerge gemeint, mit den "Hunden" die Gruppe und die sich ebenfalls "Pêşmerge" nennenden Anhänger von Talebanî (vgl. Anmerkung 684).

In ihrem Organ "Tariq al-shaab" (Tariq al-Ša'b) (Weg des Volkes) schrieb der Moskau-orientierte Flügel der irakischen KP (657) im Juni 1969 einen Artikel gegen die Talebanî-Gruppe mit dem Titel: "Die Spalter sind die schlimmsten Feinde der nationalen und progressiven Bewegung".
(VANLY 1970:280)

Eine aus dem syrischen Kurdistan nach Damaskus gereiste Bauerndelegation protestierte am 27.12.1966 (lfd. Nr.105 in Tab 3) - wie das Organ der KDP in Syrien "Dengê Kurd" in ihrer Nr. 12 Mitte Januar 1967 berichtete - gegen die wirtschaftliche Vernachlässigung ihres Siedlungsgebietes und gegen die Spaltung der Kurden in Syrien in Staatsbürger und "verdächtige Ausländer". Einen ähnlichen Vortrag machte das in Europa angesiedelte KOMITEE ZUR VERTEIDIGUNG DER RECHTE DES KURDISCHEN VOLKES bei der UNO und der Menschenrechtskommission im Februar 1967 (lfd. Nr.107 in Tab 3). Die VKSE hatte ihrerseits im November 1966 protestiert, und zwar mit einem an den Ministerpräsidenten der Republik Syrien gerichteten Memorandum (lfd. Nr. 103 in Tab 3). Ein kurdischer Autor erwähnt die aufklärerische Arbeit der KDP unter den Kurden in Syrien, die 1966 - im Rahmen des Planes "arabischer Gürtel" - umgesiedelt werden sollten und gewaltlosen Widerstand leisteten, wobei sie erklärt haben sollen, daß sie "lieber auf der Stelle sterben, als in die Wüste gehen". (658)

Im irakischen Kurdistan hielten sich währenddessen die Kurden mehr oder weniger gegenseitig unter Kontrolle. Auf jeden Fall verhielt sich die um BARZANÎ und die FÜHRUNG DER KURDISCHEN REVOLUTION gruppierte Mehrheit abwartend. Weitreichende Forderungen wurden an die irakische Regierung zu dem Zeitpunkt nicht gestellt. Stattdessen scheint die von Barzanî als Vorsitzenden geführte DPK bereits 1967 systematisch ihre Anstrengungen darauf gerichtet zu haben, ihren unbedingten Rückhalt unter der Mehrheit der Kurden weiter auszubauen und zu festigen. Ein Indikator dafür ist die 1967 begonnene Herausgabe von kurdischsprachigen Ausgaben "Birayetî (Bruderschaft) ihrer lizenzierten arabisch-sprachigen Tageszeitung "al-Taachi". Ein anderer Indikator ist die ebenfalls 1967' erfolgte Neuaufnahme einer weiteren kurdischsprachigen Zeitschrift in ihr Presseprogramm: "Rizgarî" (= Befreiung). Dieser Ansatz wurde 1968 weitergeführt, und zwar mit der Aufnahme folgender kurdischsprachiger Presseorgane: "Kadir" (Kader, eine Zeitschrift für die DPK-Grundsatzdiskussion), "Meşxel" (Fackel), "Dengî Sefîn" (Stimme von Sefîn).

Die FÜHRUNG DER KURDISCHEN REVOLUTION wird sich ebenfalls im Jahre 1967 zur Schaffung der im Jahre 1968 realisierten Dienstleistungen für die kurdische Bevölkerung entschlossen haben, u.a. zur Eröffnung von mehreren Hundert Schulen und zur Einrichtung eines Medikamenten-Vertriebs. Weiterhin wurde das für die Zivilbevölkerung zusammengestellte Programm des kurdischen Rundfunksenders Dengî Kurdistan erweitert. (659)

Die (1957 gegründete) KURDISCHE DEMOKRATISCHE PARTEI in Syrien spezifizierete im Oktober 1967 ihre Ziele folgendermaßen:

- " 1 - Mettre fin à la politique d'oppression nationale pratiquée par le Gouvernement de Damas contre les Kurdes de Syrie, garantir les droits nationaux kurdes par un article de la Constitution;
- 2 - Réaliser l'égalité complète de droit entre Kurdes et Arabes; permettre à la culture nationale kurde de se développer en Syrie;
- 3 - Lutter pour le rétablissement d'un régime démocratique, d'un système parlementaire et des libertés publiques en Syrie; soutenir la politique de socialisation;
- 4 - Sur le plan extérieur, lutter contre l'impérialisme; soutenir les peuples luttant pour leur libération nationale dont les Arabes et les Kurdes dans leur ensemble;
- 5 - S'appuyer pour la réalisation de ces objectifs sur les éléments progressistes de la société kurde en Syrie, et collaborer avec toutes les forces démocratiques du peuple syrien." (660)

Als Anfang 1968 eine bis dahin unzugänglich gebliebene Schrift eines arabischen Politikers und Funktionärs der (syrischen) Baath-Partei bekannt wurde, reagierte sowohl die KDP in Syrien in ihrer Zeitung "al-Dimuqrati" (Nr. 12) als auch die "Xebat" der TALEBANÎ Gruppe im irakischen Kurdistan (Nr. 501/April 1968). Im Oktober 1968 sind Auszüge dieser kompromißlos gegen die "kurdische Gefahr" gerichteten Schrift (Titel: "National, Social and Political Study of the Province of Djazireh") ins Englische übersetzt und kommentiert und einer westlichen Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden. (661) Die VKSE protestierte beim Staatspräsidenten der Republik Syrien - gerade auch gegen den in dieser Schrift explizierten Plan eines "arabischen Gürtels" - im September 1968 (lfd. Nr. 111 in Tab 3). Im Oktober 1969 richtete die KDP-Syrien selbst einen Appell an die "öffentliche Meinung und die Volksmassen in Syrien", sie aufrufend zu aktiver Zusammenarbeit, damit diese "gegen die Menschenrechte verstoßenden Verhältnisse in Syrien beseitigt werden" (lfd. Nr.119 in Tab 3). Über die 1967 im türkischen Kurdistan gegründete DEMOKRATISCHE PARTEI KURDISTANS ist wenig bekannt, doch wurden Ende Januar 1968 vier Kurden in Diyarbekir festgenommen und der Gründung einer solchen Partei angeklagt (662).

Im Jahre 1967^x war es auch im türkischen Kurdistan zu einer Reihe von Demonstrationen gekommen. Die Aufrufe zu diesen Protestaktionen, die von einem kurdischen Autor in französischer Sprache wiedergegeben werden (663), stehen in Einklang mit den bekannten Zielen der DKPs und der KDP-Syrien. Das in der Republik sicherlich provozierend erachtete Erwähnen von Worten wie "Kurdistan" oder "Kurden" fehlt. Es wird ein "Bruder des Ostens und des Südostens" angesprochen. In sorgsam formulierter Weise wird "Gleichberechtigung" für die Ost- und Südost-Provinzen gefordert, der Bezug zum Staat und der in ihm geltenden Werte ist durchgängig hergestellt. Wenn dieses Verhalten als eine Form "bedingt-kooperativen" Verhaltens einzuschätzen ist, ein Beispiel für das "kooperative" Pendant ist von dem kurdischen Senator von Diyarbekir gegeben worden, der sich am 17.7.1967 vor dem Senat der Republik und damit in aller "Öffentlichkeit" gegen die Definition von einem "Türken" stellte, die ihn mit seiner kurdischen Abstammung ausklammern würde (664).

Als Indikator für die Existenz eines selbstzentrierten Elements in der Bewegung im türkischen Kurdistan kann eine Fremdmeinung gelten. Unter dem Titel: "Das Geheule der roten Kurden" schreibt die türkische Zeitung "Ötüken" im Juni 1967:

"vous travaillez au service du nationalisme kurde. Vous allez vous demander une langue indépendante, des écoles indépendantes, des programmes radiophoniques et une presse séparés des nôtres. Pour créer votre Etat, vous allez continuer vos réunions clandestines, vous proclamerez Barzani comme votre héros, vous lui transporterez clandestinement des armes de Turquie, vous lirez, dans vos réunions privées, des poèmes en kurde à vos enfants! Et ceux parmi vous qui ont atteint au niveau de professorat prendront contact avec les organisations kurdes en Europe: et quand je dis tout cela vous hurlez à qui veut entendre que je ne suis qu'un fou. Votre niveau intellectuel est si bas que vous ne comprenez pas que la folie est plus honorable que la trahison. Celui qui a dit pour la première fois ,Qui n'est pas Turc qu'il s'en aille!' - n'est autre que le président Sunay de la République. Je n'ai fait que confirmer ce qu'il a dit.

x Am 25.1 .1967 ist mit dem Gesetz Nr. 6/7635 der Gebrauch der kurdischen Sprache in jeder Form verboten worden. (Vgl. u.a. NEBEZ 1972a:82, hier mit Hinweis auf den Staatsanzeiger der Republik Türkei "Türk Cumhuriyet Resimi Gezete" vom 14.2.1967)

Allez donc le défier lui aussi! Mais votre cœur de Kurdes rouges a t'il le courage de le faire ? Le jour où vous vous lèverez pour dépecer la Turquie, vous verrez où nous vous enverrons. Attendons." (665)

Als im August 1966 eine Gruppe von Kurden in Ankara ein Monatsheft "Yeni Akiş" (türk., die neue Welle) herausbrachte - eines der insgesamt 5 von 1932 bis 1975 in der Türkei festgestellten Pressetitel - wurde diese Zeitschrift gerade auch von "Otügen" scharf und als "rot"+ angegriffen. (666) Diese überwiegend in türkischer Sprache abgefaßte Zeitschrift - Dichtungen und kürzere Artikel waren in Kurdisch - ist nach 4 Nummern nicht mehr erschienen.

Die Meinung eines türkischen Kommandanten, der sich 1967 über die ausbleibende Begeisterung anlässlich des Besuches des Präsidenten Sunay im türkischen Kurdistan im gleichen Jahr beklagt und gesagt haben soll ("Wenn Barzanî das Ostgebiet statt Sunay besucht hätte, dann hätte das Volk ihm einen großartigen Empfang bereitet, man hätte ihn mit Silber und grünen Fahnen empfangen." (667)), dürfte über die Stimmung im türkischen Kurdistan Zutreffendes ausgesagt haben.

Bemerkenswert ist hier, daß die beiden - von Exil-Kurden aus der Türkei - im Jahre 1968/9 und 1971 im europäischen Ausland gegründeten Organisationen (in ihrer Kurzform BAHOZ und HEVRA) sich ganz und gar an BARZANÎ und seiner OPK orientiert hatten und sie vorbehaltlos unterstützten. Am 30.1.1970 beschloß die BAHOZ-Vereinigung im Rahmen ihrer Jahresversammlung, sich folgenden Zielen zu widmen:

+ Beispiele aus der im Jahre 1967 in türkischen Zeitungen laufenden anti-kurdischen Kampagne sind bei VANLY 1970:295 bzw. 297-305 gegeben, bei NEBEZ 1972a:79-85. Aus NEBEZ 1972a:83-84 zitiere ich nur ein Beispiel:

Ein Gesinnungsfreund des rechtsgerichteten türkischen Extremisten Türkeş namens Atsız drohte den Kurden, die er als "rot" betrachtet, schon 1967:

"Wenn Ihr Kurden weiter Eure primitive Sprache sprecht (..) werdet Ihr von den Türken auf dieselbe Weise ausgerottet wie man schon die Georgier, die Armenier und die Griechen bis auf die Wurzel ausgerottet hat. (..) Und wenn Ihr auch 100% der Bevölkerung bildet, müßt Ihr Euch fortschere, damit Ihr nicht ausgerottet werdet, sonst wird die geduldige türkische Rasse zu einem tobenden Löwen, den niemand aufhalten kann. (..) Ihr könnt die UNO bitten, Euch eine Heimat in Afrika zu geben."

"Stärkung der Beziehung zwischen Kurden in und außerhalb des Heimatlandes. Pflege der kurdischen Kultur, Vertrautmachung der Weltöffentlichkeit mit der kurdischen Sache, Unterstützung der Freiheitsbewegungen anderer Völker, Erziehung der Mitglieder in revolutionärem und progressivem Geist, Unterstützung der kurdischen Revolution in allen Teilen Kurdistans und nötigenfalls (sic) die persönliche Teilnahme an der Revolution." (668)

Im April 1967 reiste der irakische Armeegeneral Muhammad Šukri (Muhammad Schukri) ins irakische Kurdistan und zu General BARZANÎ und bezeichnete das Treffen in der arabischen Zeitung "al-'Arab" als "nützlich". (669)

Am 2.5.1967 kündigte der Generalstabschef der irakischen Armee den "baldigen Rückzug der heldenhaften irakischen Truppen aus dem Norden in die Heimatkasernen" an. (670)

Am 6.5.1967 trat der Ministerpräsident Nagi (Nadschi) Talib zurück. Am 11.5.1967 ernannte Arif II wieder Tahir Yahya zum Ministerpräsidenten, der am 29.6.1967x mit Einverständnis von Arif II - ein "Ministerium für die Angelegenheiten des Nordens" bildete. Das von Tahir Yahya am 28.7.1967 verkündete "Programm" entsprach dem Programm vom 29.6.1966, und seine baldige Erfüllung bekräftigte er am 10.9.1967. Nach einem Zusammentreffen zwischen Tahir Yahya und Barzanî im irakischen Kurdistan am 15.9.1967 wurden fünf sogenannte Generaldirektorate im Rahmen des "Ministeriums für die Angelegenheiten des Nordens" vereinbart. Ein Kurde wurde in das Kabinett aufgenommen. (671)

Im April 1968 kam es zu einem bewaffneten Konflikt zwischen der Regierung loyalen Stammesgruppierungen - unterstützt von Talebanî-Anhängern - und den Pêsmerge der RAK, worin auch irakische Armeeeinheiten verwickelt wurden.⁺(672)

x Der mit einer militärischen Niederlage endende 6-Tage-Krieg gegen Israel (5.6.1967-11.6.1967) lag dazwischen - während dieses Krieges verhielten sich die Kurden und Barzanî neutral. (Vgl. VANLY 1970:270-71 und NEBEZ 1970:251)

+ Als eine sich in diesem Zusammenhang ergebende Krisensituation überstanden war, . schrieb der irakische Staatsanzeiger "al-Dschumhurriyyah" am 13. Mai 1968: "Die Regierung hatte alles wahrgenommen, das kurdische Problem zu lösen, doch die Kurden sind unter sich selbst uneinig." (NEBEZ 1972a:221 mit Hinweis auf die Nr. 131 der o.e. Zeitung und die Zeitung "al-Anwar", Beirut, 12.5.1968)

Am 17.7.1968 kam es zu einem gewaltsamen Wechsel der Verhandlungspartner der Kurden im Irak durch einen Putsch gegen Arif II und seinen Ministerpräsidenten Tahir Yahya. Aus einem Artikel in der kurdischen Zeitung "al-Ta'achi" vom 13.8.1968 ist zu entnehmen, "daß die Führung der kurdischen Revolution vor dem Putsch vom 17. Juli mit allen politischen Kräften im Irak - auch mit der Baath-Partei - in Verbindung stand".(673) Mit dem Putsch vom 17.7. wurde der Baathist und General Ahmad Hassan al-Bakr Staatspräsident. Ministerpräsident (des neu geschaffenen irakischen "Rates der Revolutionsführung") wurde der Baathist 'Abdul Razzaq Naif, vormals hoher Funktionär des irakischen Staatssicherheitsdienstes.

Am ersten Tag im Amt erklärte Naif, daß er die "kurdische Frage auf eine Weise lösen will, die die territoriale Einheit der Republik wahren wird" und fuhr kurz darauf ins irakische Kurdistan zu einer Zusammenkunft mit BARZANÎ. Bei seiner Rückkehr stellte er am 24.7. auf einer Pressekonferenz die baldige Lösung des kurdischen Problems in Aussicht. (674)

Am 30.7.1968 kam es allerdings zu einem Putsch gegen Naif, und zwar unter Führung des bereits als Staatspräsident installierten al-Bakr. (675) Am selben Tag noch wurde die sogenannte Erklärung Nr.27 des irakischen "Rates der Revolutionsführung" im Rundfunk und Fernsehen verlesen, worin es u.a. hieß:

"Der Rat der Revolutionsführung verspricht Gott und unserem Volk, ein auf Einheit bedachtes, demokratisches und revolutionäres Regime zustande zu bringen (..) und die kurdische Frage freiheitlich und gerecht zu lösen, so daß der nationale Ehrgeiz unserer kurdischen Brüder erfüllt und die nationale Einheit des Irak garantiert wird." (676)

Die darauf abgegebene Erklärung Nr.35 gab an, daß das Programm vom 29. Juni 1966 als "Grundlage für die Lösung des kurdischen Problems zumindest unter den jetzigen Umständen" genommen werden würde. Am 5.8.1968 wurde eine "Generalamnestie" für die kurdische Partisanen-Armee verkündet, die Gründung einer "Kurdischen Akademie für Wissenschaften" (KORÎ ZANYIARÎ KURD - tatsächlich konstituiert 1970) und die Gründung einer kurdischen Universität in Sileymanî im irakischen Kurdistan versprochen.(677) Als allerdings am 22.9.1969 vom (irakischen) "Rat der Revolutionsführung" eine - die Grundverfassung von 1964 ersetzende - Grundverfassung vorgelegt wurde, enthielt sie nichts über die Kurden im Irak, was selbst die

auf Kooperation mit der irakischen Regierung eingeschworenen TALEBANÎ-Anhänger erregte und wozu sie in ihrem - lizenzierten - Organ "al-Nur" am 28.11. im Leitartikel Stellung nahmen. (678)

Drei Tage nach der Verkündung der für die Kurden enttäuschenden Grundverfassung und als anzunehmende Maßnahme gegen die wachsende Unruhe^x unter den Kurden, gab der irakische "Rat der Revolutionsführung" bekannt, daß das Newroz-Fest (jeweils am 21.3.) als nationales Fest der Kurden und als offizieller Feiertag für alle Iraker anerkannt sei. (679) Am 24. Oktober 1968 verkündete der irakische "Rat der Revolutionsführung" ein Gesetz zur Gründung der ersten kurdischen Universität überhaupt, und zwar für die Stadt Sileymanî, und mit Kurdisch neben Arabisch als Studiensprache (680).

Die TALEBANÎ-Gruppe beanspruchte diese Errungenschaften, erhob mit ihrem Organ "al-Nur" täglich gegen die von BARZANÎ geführte Bewegung ihre Stimme und hob ihre eigenen guten Beziehungen zu der in der "kurdischen Sache verdienstreichen Regierung" hervor (681). "al-Nur" nannte BARZANÎ u.a. in ihren Leitartikeln einen "imperialistischen Agenten" und "Zionisten" und die von ihm geführte Bewegung eine "reaktionäre Bewegung". (682)

Wiewohl die TALEBANÎ-Gruppe einen Minister in der al-Bakr-Regierung hatte - worauf die FÜHRUNG DER KURDISCHEN REVOLUTION ihre beiden Minister zurückzog - und einige TALEBANÎ-Anhänger von der Regierung als Bürgermeister in kurdischen Städten und Städtchen eingesetzt worden waren, einen wesentlichen Rückhalt in der kurdischen Bevölkerung hatte sie nicht (683), wie aus der folgenden Entwicklung abzuleiten ist. Einen erheblichen Einfluß auf die politische Entwicklung hatte sie jedoch, was durch ihre finanzielle und politische Unterstützung seitens der Regierung nicht verwundert. Am 10.8.1969 wandte sich BARZANÎ mit einem Appell an die TALEBANÎ-Gruppe, sich in die "Revolution einzuordnen". (684)

x Im Süd-Irak kam es Ende September 1968 ebenfalls zu (kurzfristigen) Unruhen. Die dortige "Front für den bewaffneten Volkskampf" (Dschabhat al-Kifah al-Scha'bi al-Musallah) forderte mit u.a. Flugblättern auf, das Regime zu stürzen und es durch ein demokratisches zu ersetzen. U.a. wurde auch „Autonomie für die Kurden im Irak“ verlangt. (NEBEZ 1972:224, vgl. VANLY 1970:280)

Entgegen der TALEBANÎ-Gruppe stützte die irakische KP - die wie die OPK (Barzanî) von der Regierung bekämpft wurde und z.B. keine lizenzierten Presseorgane unterhalten konnte - die im Kurdistanî Azad zurückgezogene FÜHRUNG DER KURDISCHEN REVOLUTION. Eine nicht lizenzierte, vervielfältigte Zeitung "Alay Kargeran" (Fahne der Arbeiter), von 1967 bis 1970 herausgegeben von der Zweigstelle Kurdistan, trug z.8, neben dem Symbol-Arrangement einer Fahne, einer Sichel und eines Hammers die folgenden Mottos: Alle Arbeiter der Welt vereinigt Euch; Ein freies Heimatland und ein glückliches Volk; Demokratie für den Irak, Autonomie für Kurdistan.

Im Oktober 1968 brachte das "Zentralkomitee" der irakischen KP eine Broschüre mit dem Titel "Über die kurdische Frage" heraus, in der man sich grundsätzlich äußerte, u.a. folgendermaßen (685):

"Das kurdische Volk im Irak ist ein unteilbarer Teil der kurdischen Nation, die ihr aufgeteiltes Heimatland Kurdistan bewohnt und wie alle anderen Nationen und Nationalitäten ein natürliches und legales Recht hat, ihr Schicksal zu bestimmen, einschließlich des Rechts der Abtrennung und der Gründung eines einheitlichen und unabhängigen nationalen Staates (S.1). (...) Das kurdische Volk leidet, über die allgemeinen Probleme des gesamten irakischen Volkes hinausgehend, unter nur es selbst betreffenden, ureigenen Problemen, deren Inhalt nationale Unterdrückung und Verneinung seines Rechtes zu einer nationalen Existenz sind (S.5). (...) Die kurdische Revolution ist vor sieben Jahren entfacht worden, als Folge der chauvinistischen Unterdrückungspolitik, die bis zu bewaffneter Aggression und Massenvernichtung ging. Während dieser sieben Jahre ist es der kurdischen Revolution gelungen, die Rechtmäßigkeit ihrer Forderungen ('das Recht zur kurdischen Nation') klarzustellen und dieses Problem im irakischen und arabischen Bereich sowie in den übrigen Teilen der Welt bekannt zu machen. Dazu hat sie auch einige ihrer nationalen Rechte durch Waffengewalt und teure Opfer errungen. (S.6) (...) Die Rechte des kurdischen Volkes sind nicht nur auf das sprachliche Gebiet oder auf das Feiern eines nationalen Festes beschränkt. Die Kurden sind berechtigt, den Genuß einer eigenen nationalen Existenz in Zusammenhang mit einer Selbstregierung zu haben (S.7-8)."

Die TALEBANÎ-Gruppe unterließ es ihrerseits nicht, die irakische KP ob ihrer Unterstützung der "imperialistischen BARZANI-Bewegung" anzugreifen (686). Die von der al-Bakr Regierung im Januar 1969 betriebene Gründung einer weiteren, regierungstreuen kurdischen Partei namens RIZGARÎ (Befreiung) kam anscheinend nicht zustande.(687)

Seit März 1969 gab es dann wieder kontinuierliche Kriegshandlungen zwischen der Peşmerge-Armee unter BARZANÎ und der irakischen Armee. Im März 1969 setzte die irakische Regierung 60 000 Soldaten gegen das "Kurdistanî Azad" ein. (688) Im März 1969 sprengten kurdische Pêşmerge-Partisanen in Zembûr im irakischen Kurdistan einige Anlagen der "International Petroleum Company". (689) Unterstützt wurden die irakischen Armeeeinheiten von der Talebanî-Gruppe bzw. den ihnen zugeordneten, schätzungsweise 2000 Partisanen (690) und den kurdischen Stammesregimentern im irakischen Dienst, den erwähnten Saladin-Rittern bzw. Caş. Die TALEBANÎ-Gruppe veröffentlichte - neben entsprechenden Hinweisen in ihrem Organ "al-Nûr" - am 16. und 30. August 1969 in Bagdad Flugblätter mit Statistiken über die durch sie erzielten Verluste in BARZANÎs Pêşmerge-Armee (691). Mit Wiederbeginn des Krieges versuchte die TALEBANÎ-Gruppe sich einen Rückhalt unter den Kurden wenn nicht im Irak und im irakischen Kurdistan, dann doch im syrischen Kurdistan und in Europa, zu verschaffen. Es ist erwähnt worden, daß sie ab 1967 in der VKSE bzw. KSSE keine dominierende Rolle mehr hatte. Die 1965 gegründete NUKSE hat bei der Nachrichtenverbreitung unter den in Europa lebenden Kurden über im kurdischen Hauptsiedlungsgebiet ablaufende Entwicklungen sicherlich wesentlich beigetragen. Während des 13. Kongresses der VKSE in West-Berlin im August 1969 wurde offenbar, daß ein TALEBANÎ-Anhänger und Kurde aus Erbil einer Reihe von kurdischen Studenten materielle Hilfe angeboten hatte, um die Mehrheit für diesen Kongreß zu erlangen. Alle TALEBANÎ-Anhänger wurden aus der Führung der Vereinigung ausgeschlossen. (692) Im Frühjahr 1969 fuhr ein Mitglied der TALEBANÎ-Gruppe und Regierungsvertreter im irakischen Kurdistan - vergeblich - nach Damaskus, um die Führung der KDP-Syrien zu gewinnen. (693)

Am 27. Mai 1969 gab der irakische "Rat der Revolutionsführung" in Bagdad die Bildung einer neuen kurdischen Provinz bzw. Verwaltungseinheit Dihok bekannt (694), was eine der drei Geheimvereinbarungen im Rahmen des Bazzâz-Barzanî-Abkommens vom 29.6.1966 gewesen war. Da der Großteil des Gebietes der neuen Provinz zum von BARZANÎ geführten Kurdistanî

Azad⁺ gehörte, war die administrative Übergabe von Dihok in die Hände der TALEBANÎ-Gruppe unmöglich.

Im September 1969 wurde die Herausgabe von kurdischen Publikationen freigegeben, und am 10. Oktober gab der irakische "Rat der Revolutionsführung" folgenden Beschluß bekannt:

"Die kurdische Sprache wird an allen Gymnasialschulen, an allen Universitäten, pädagogischen Fachschulen und an allen Militär- und Polizeiakademien des Irak unterrichtet. Alle Interpretationsmittel im Unterricht werden in kurdischen Schulen auf Kurdisch sein. An kurdischen Schulen wird die arabische Sprache als zweite Sprache gelehrt. Die wissenschaftliche, literarische und politische Literatur, die über die Kurden veröffentlicht worden ist, wird in die öffentlichen und Schulbibliotheken aufgenommen. Es wird den kurdischen Schriftstellern und Dichtern erlaubt, eine Vereinigung zu gründen. Ein Verlag für Veröffentlichungen in kurdischer Sprache wird gegründet. Ein allgemeines Direktorat für die kurdische Kultur, das dem Ministerium für Kultur und Information unterstehen wird, wird gegründet. Eine Wochenzeitung und ein Monatsheft in kurdischer Sprache wird von der Allgemeinen Presseorganisation herausgegeben werden. Die kurdischen Programme im Fernsehen von Kirkuk werden vermehrt, später wird man einen gesonderten Fernsehsender in kurdischer Sprache gründen. Alle Schulen und öffentlichen Plätze im kurdischen Gebiet werden kurdische Namen historischer und geographischer Bedeutung tragen. (695)

Was die Diskussion zur angestrebten "arabischen Einheit" mit Blick auf die den arabischen Staaten Syrien und Irak zugeordneten Kurden angeht, so ist sie 1969 um zwei Beiträge vertieft worden. Die Europa-Zweigstelle der KAJYK-Partei veröffentlichte 1969 eine arabischsprachige Fassung ihres "KAJYK und die arabische Einheit". Auch die arabischsprachige Veröffentlichung von Jemal NEBEZ aus dem Jahre 1969 "Über das kurdische Problem" ist hier zu nennen, da es sich um eine Streitschrift handelt, die ausführlich auf die von den arabischen Parteien und Staaten vertretenen Standpunkte gegenüber den Kurden und die kurdische Frage eingeht.

+ Am 29.5.1969 erklärte der irakische Botschafter in Paris im Rahmen einer "mise en point":

"Die Partisanen des Barzanî sind nur eine Handvoll und außerhalb des Gesetzes, sie werden unterstützt von den Imperialisten und Zionisten. Sie haben keinen Halt im kurdischen Volk, weil die irakische Regierung die Forderungen der Kurden erfüllt hat. Die progressiven kurdischen Organisationen, wie die DPK mit ihren Chefs Celal TALEBANÎ und İbrahim EHMED sowie die Gesamtheit der Kurden distanzieren sich von den kriminellen Handlungen der Clique von Barzanî und geben ihre Unterstützung dem progressiven Regime von Bagdad." (Vgl. die franz. Fassung in VANLY 1970: 277 mit Hinweis auf "Le Monde" vom 30.5.1969.)

Es ist nicht klar, wann in der 2. Hälfte des Jahres 1969 die irakische Regierung unter al-Bakr auf die militärisch erfolgreiche (696) FÜHRUNG DER KURDISCHEN REVOLUTION im Kurdistanî Azad und auf BARZANÎ als Verhandlungspartner zurückgreift. Im Dezember 1969 ist diese Entwicklung jedoch ersichtlich. Am 17. Dezember 1969 veröffentlicht "al-Thawrah al-`arabiyyah" einen grundsätzlichen Artikel zum kurdischen Problem, in dem es u.a. heißt:

"Die kurdische Frage ist eine Frage der nationalen Befreiung. (...) Die kurdische Bewegung ist eine fortschrittliche und natürliche Bewegung, in Übereinstimmung mit dem Geist der Befreiung in unserem Jahrhundert. (...) Das kurdische Volk lebt geteilt in der Nachbarschaft von mehreren anderen Völkern, Arabern, Persern und Türken, und leidet - wie das arabische Volk - an einem schwerwiegenden Problem: der Teilung seines Landes." (697)

Es fanden Geheimverhandlungen zwischen Vertretern der "kurdischen Revolution" und Vertretern der Baath-Partei im Libanon bzw. in Beirut statt, und am 25. Januar 1970 wurde eine Generalamnestie für alle "an den Ereignissen des Nordens beteiligten Zivil- und Militärpersonen" verkündet.+(698)

Der Vorsitzende der "Nationalsozialen Partei Syriens", Dr. Abdulla Saada ('Abullāh Sa'ādah) hielt am 28.1.1970 in Beirut eine Pressekonferenz. Auf die Frage eines Journalisten nach seiner Meinung über die revolutionären Bewegungen innerhalb der arabischen Welt ließ er wissen: "Nach unserer Ansicht ist die kurdische Bewegung reaktionär, rassistisch und unzeitgemäß, und wir können keine solche Gruppe anerkennen." Darauf veröffentlichte ein politischer Vertreter der libanesischen Kurden, der Vorsitzende der KDP-Libanon, Cemîl MEËHO, ein Antwortschreiben, in dem er die kurdische Freiheitsbewegung als freiheitlich und fortschrittlich und die Partei des Dr. Sa'āda als reaktionär, rassistisch und imperialistisch charakterisierte.(699)

Als im Februar 1970 Miñemedî Mela KERÎM in einem Interview in der kurdischen Wochenzeitung "Hawkarî" - Erscheinungsort ist Bagdad - nach der Aufgabe der kurdischen Literaten gefragt wurde, spezifizierte er zwei Aufgaben:

+ Am 29.1.1969 erschien in der "Pravda" ein von ihrem Bagdader Korrespondenten beigesteuerter Artikel, in dem der Wunsch ausgedrückt wird, daß "dieser Bruderkrieg, der Millionen von Menschen das Leben kostete und der irakischen Regierung ungefähr 600 Millionen Dinar bzw. 1,5 Milliarden Dollar", beendet werden möge. Es wird erinnert, daß "die UdSSR sich immer für eine friedliche Lösung des Problems ausgesprochen" habe und daß "lange Jahre der Freundschaft die Sowjetmenschen sowohl mit den Arabern als auch mit den Kurden" verbänden. Das Zitat befindet sich in VANLY 1970:338-339 in französischer Sprache.

**"Erstens, unser literarisches Nationalerbe wiederzubeleben,
zweitens, unsere Literatur in die fortschrittliche
internationale Literatur einzubringen." (700)**

Auch mit diesem internationalen Bezug, dem nicht in Frage gestellten Bestehen der kurdischen Literatur im internationalen Vergleich, ist ein Beispiel für den Zuwachs an Selbstbewußtsein in der Grundgesamtheit angezeigt (701) - wie auch dem kurdischen Dichter KOYÎ aus dem 19. Jahrhundert ("...es wird bestimmt ein Tag kommen, an dem man nicht um mich trauern wird ...") vor einigen wenigen Jahren ein Denkmal in seiner Heimatstadt gesetzt wurde. Im Rahmen der seit Januar 1970 laufenden Verhandlungen mit der irakischen Seite stellten die irakischen Kurden relativ weitreichende Forderungen.

Am 27.2.1970 macht "al-Thawra al-'arabiyyah" auf eine grundsätzliche Schwierigkeit bei den Verhandlungen aufmerksam, nämlich die "kurdische Forderung nach einer präzisen geographischen Abgrenzung des Gebiets, in dem die Kurden ihre eigene Regierung haben wollen, insbesondere was das Erdölgebiet Kerkuk" angeht. Anschließend verlangt die Zeitung, daß "die Kurden ihre Reihen von "Sezessionisten, imperialistischen Agenten und Feudalherren" reinigen. (702) In dem 15-Punkte-Abkommen vom 11.3.1970^x wird das Problem der geographischen Festlegung (das im übrigen bis 1975 und auch darüber hinaus nicht gelöst sein wird!) folgendermaßen behandelt:

x Als "bedingender Hintergrund" für das Abkommen vom 11.3.1970 sind folgende Punkte anzuführen:

- 1 - Die menschlichen und materiellen Verluste im Rahmen eines zermürbend-ausdauernd geführten Krieges, wobei die kurdische Seite den Nachteil unzulänglichen Kriegsmaterials durch den Vorteil des Partisanenkampfes ausgleichen konnte.
- 2 - Der Sinneswandel mancher arabischer Kreise, ihre in 9 Jahren verbaler und bewaffneter Auseinandersetzung gewonnene Überzeugung des berechtigten nationalen Anspruches der Kurden bzw. der Nachteile, die ein weiteres Vorenthalten mit sich bringen würde. (703)
- 3 - Die Beziehungen zwischen dem Irak und dem Iran hatten sich seit 1966 rapide verschlechtert. Konfliktstoff boten Grenzstreitigkeiten (die Kontroverse über den Persischen bzw. den Arabischen Golf sowie die von Arabern besiedelte iranische Provinz Chuzistan bzw. Arabistan und die Unterstützung der irakischen Kurden seitens des Iran, wenn es sich auch nicht um schwere Waffen und um keine internationale Unterstützung handelte. →

"Punkt 14: Die kurdischen Provinzen und Verwaltungseinheiten werden zusammengeschlossen, nachdem eine offizielle Volkszählung stattgefunden hat, damit das kurdische Volk dort seine Selbstregierung praktizieren kann. Die Ausbeutung der Bodenschätze wird die Angelegenheit der Zentralregierung sein".

Über die Art und Weise der Auflösung der Pêşmerge wurde nicht gesprochen, auch nicht über die anderen Schritte zur Durchführung des Abkommens. Hierzu gab es eine Reihe von geheimgehaltenen bzw. nicht veröffentlichten Übereinkünften. (704).

Bei der Verlesung des Abkommens vom 11.3.1970 im Bagdader Fernsehen durch al-Bakr war ein Vertreter des kurdischen FÜHRUNGSRATES DER REVOLUTION und ein Sohn BARZANÎs anwesend (705), und BARZANÎ selbst erklärte in einem Telegramm, daß er, seine Partei und das kurdische Volk " die Deklaration unterstützen und sich verpflichten, mit der Baath-Partei und der patriotischen Regierung zusammenzuarbeiten, um das Abkommen zu praktizieren. (706) Die 15 Punkte des Abkommens vom 11.3.1970⁺ lauteten (707):

-
- Im Einverständnis mit dem Irak versuchte die Türkei noch 8 Tage vor dem Abschluß des Abkommens am 11.3.1970 zwischen dem Iran und Irak zu vermitteln. Die Vermittlung scheiterte an der Haltung des Schahs. (708)
- 4 - Seit 1958 unterhielt der Irak freundschaftliche Beziehungen zur UdSSR, die auch sein Waffenlieferant war. Über die Initiative von 1963 hinaus (vgl. S.263 dieser Arbeit) mag sie auch hier vermittelnd tätig gewesen sein. "Am 19.2. 1970 warf der Moskauer Rundfunk den Westmächten vor, sie hätten die Feindseligkeiten zwischen dem Iran und Irak begrüßt, um davon zu profitieren." (NEBEZ 1972a:240).
- + Das Abkommen vom 11.3.1970 wurde von allen arabischen Staaten (außer Syrien) begrüßt. Eine Grußbotschaft schickten Nasser, Numeri, der Emir von Kuwait, Scheich Saqar Muhammad al-Qäsım, der Gouverneur des Scheichtums "Ra's al-Haimah", der Generalsekretär der Arabischen Liga.

Als einziger arabischer Staat stellte sich Syrien gegen das Abkommen. (709) Hier mögen die gegenseitigen Feindseligkeiten der miteinander konkurrierenden Baath-Parteien in beiden Ländern eine Rolle gespielt haben sowie das in Syrien ebenfalls vorhandene „Kurdenproblem“. (710)

Die UdSSR und die Ostblockstaaten begrüßten das Abkommen ebenfalls. Alexej Kossygin und Nikolaj Podgorny schickten ein Telegramm an den irakischen Staatspräsidenten al-Bakr. (711)

Die USA und die Westmächte, die UNO bzw. ihr Generalsekretär haben das Abkommen nicht offiziell begrüßt. Auch die Türkei und der Iran gaben keinen offiziellen Kommentar ab. →

- " 1 - Die kurdische Sprache ist neben der arabischen Sprache die offizielle Sprache in den Gebieten, in denen die Mehrheit der Einwohner Kurden sind. Die Unterrichtssprache in diesen Gebieten ist Kurdisch. An den kurdischen Schulen wird dort die arabische Sprache als zweite Sprache gelehrt, während die kurdische Sprache an allen arabischen Schulen des Irak als zweite Sprache gelehrt wird.
- 2 - Beteiligung der Kurden an allen Regierungsgeschäften einschließlich Minister- und Militärführungs- und anderen gehobenen Posten, prozentual zur kurdischen Bevölkerungszahl und unter Berücksichtigung des Fähigkeitsprinzips.
- 3 - a. Die kurdischen Angelegenheiten im Rundfunk und Fernsehen werden dem 'Generaldirektorat für kurdische Kultur und Information' unterstellt.
 b. Relegierte Studenten werden wieder aufgenommen.
 c. Vermehrung der Schulen im kurdischen Gebiet. Vergabe von Auslandsstipendien an kurdische Studenten und Gewährung von Beihilfe für kurdische Studenten der Universitäten und der Militärakademie gemäß einer gerechten, prozentualen Aufteilung der staatlichen Mittel.
- 4 - Die Beamtenstellen in den kurdischen Gebieten sollen mit Kurden besetzt werden oder mit solchen, die die kurdische Sprache beherrschen.
- 5 - Das kurdische Volk hat das Recht, eigene Gewerkschaften und Organisationen (wie z.B. Studenten-, Jugend-, Frauen-, Arbeiter-, Bauern- und Lehrervereinigungen) zu gründen.
- 6 - Die ausgeschlossenen kurdischen Arbeiter, Beamten, Angestellten, ob zivil oder militär, sollen ihre Stellen zurückerhalten. Wenn es keine freien Plätze gibt, müssen sie geschaffen werden.
- 7 - Zahlung eines Schadenersatzes an diejenigen, die im kurdischen Gebiet gelitten haben. Berücksichtigung der Umstände, die zu teilweise übergroßer Rückständigkeit in kurdischen Gebieten geführt haben. Bei der Ausarbeitung eines allgemeinen Wirtschaftsplanes soll die Zahlung einer Rente an die Familien der Opfer berücksichtigt werden, die an der kurdischen bewaffneten Bewegung teilgenommen haben, ebenso an Schwerbeschädigte und Arbeitsunfähige. Einrichtung von Wohnprojekten und Arbeitsbeschaffung für Arbeitslose.

→ U.a. folgende Weltpresse erwähnte das Abkommen:

"al-Hayāt", Beirut, 16.3.1970;	"Pärs", Schiraz, 16.3.1970;
"Keyhān", Teheran, 12.3.1970;	"Ettilā'āt", Teheran, 12.3.1970;
"Āyandagān", Teheran, 12.3.1970;	"Chāk o Chūn", Teheran, 12.3.1970;
„The Jerusalem Post", 13.3.1970;	"The Observer", London, 15.3.1970;
"Die Zeit", Hamburg, 20.3.1970;	"Time", New York, 23.3.1970;
"De Tijd", Amsterdam, 12.3.1970;	"The New York Times", 15.3.1970;
"Financial Times", 16.3.1970;	"Neue Zürcher Zeitung", 13.3.1970

- 8 - Zurücksiedlung der Einwohner der arabischen und kurdischen Dörfer in ihre früheren Wohnorte. Sollte ein kurdisches Dorf von der Regierung und für den allgemeinen Nutzen besetzt werden müssen, dann werden die Kurden einen Ersatz erhalten.
- 9 - Beschleunigte Einführung des Bodenreform-Gesetzes im kurdischen Gebiet, Auflösung des Feudalismus und Verteilung des Bodens unter den Bauern. Den Bauern, die während der Kriegsjahre ihre Steuern nicht bezahlen konnten, werden die Steuerschulden erlassen.
- 10 - Die Provisorische Grundverfassung wird folgendermaßen geändert:

'Das irakische Volk besteht aus zwei Hauptnationalitäten, der kurdischen und der arabischen. Die Verfassung anerkennt die nationalen Rechte des kurdischen Volkes und die Rechte aller Minderheiten im Rahmen der irakischen Einheit. Die kurdische Sprache wird im kurdischen Gebiet die offizielle Sprache neben Arabisch sein.'

N.B. Paragraph 10 wird unverändert in die endgültige Verfassung übernommen werden.

- 11 - Der Rundfunksender (Dengî Kurdistan) und die schweren Waffen werden an die Regierung zurückgegeben. Dies wird aber erst geschehen, nachdem das Abkommen völlig erfüllt ist.
- 12 - Einer der Vizepräsidenten der Republik wird Kurde sein.
- 13 - Das Provinzen-Gesetz wird entsprechend diesem Abkommen geändert.
- 14 - Die kurdischen Provinzen und Verwaltungseinheiten werden zusammengeschlossen, nachdem eine offizielle Volkszählung stattgefunden hat, damit das kurdische Volk dort seine Selbstregierung praktizieren kann. Die Ausbeutung der Bodenschätze in diesem Gebiet wird die Angelegenheit der Zentralregierung sein.
- 15 - Das kurdische Volk wird prozentual an der Legislative beteiligt sein."

Die vom irakischen Staatspräsidenten al-Bakr abgegebene Erklärung zum Abkommen vom 11.3.1970 schloß folgenden Aufruf ein:

"Diese Vorteile, die die Revolution (Anm.: gemeint ist die Baath-Revolution) erreicht hat, werden nicht mehr als ein Antrieb sein, damit ihr im Schatten dieses Heimatlandes, dem wir alle ergeben sind, und im Schatten der Einheit seines gigantischen Volkes alle eure nationalen Ziele erreicht. Die Geschichte wird zeigen, daß ihr Kurden niemals weder in der Vergangenheit noch in der Zukunft einen solchen loyalen Bruder und einen so verlässlichen Alliierten wie das arabische Volk gehabt habt." (712)

Was den im Iran gelegenen Teil von Kurdistan angeht, am 3.2.1970 hatte sich die VKSE von Europa aus an den Schah des Iran gewandt (lfd. Nr. 122 in Tab 3) und gegen die wiederholten militärischen Aktionen im iranischen Kurdistan protestiert und die Freilassung der politischen Gefangenen gefordert. Zur Zeit der hier angesprochenen mehr oder minder vereinzelt und in Form von Straßenkämpfen auftretenden Unruhen (1968-1970; vgl. lfd. Nr. 98 in Tab 1), veröffentlichte der persische Autor Mākān sein "Märchen der iranischen Völker" Europa gebildete VEREINIGUNG DER IRANISCH-KURDISCHEN INTELLEKTUELLEN IM AUSLAND veröffentlichte im Jahre 1970 eine Gegendarstellung mit dem Titel "Das Märchen von Mākān", in dem es u. a. hieß:

"Der Aufmerksamkeit von Herrn Makan ist entgangen, daß unser Volk, das in einem gemeinsamen Land wohnt und eine gemeinsame Sprache hat, sich selbst als Kurden betrachtet. Die gemeinsamen Sitten und Traditionen der Kurden und ihr langwieriger Kampf im Laufe der Geschichte für den Schutz ihrer Existenz hat so eine nationale Einheit unter den Kurden geschaffen, die unter anderen Völkern weniger ausgeprägt vorhanden ist. Die Kurden betrachten sich als Kurden, und für den Erwerb ihrer nationalen Rechte kämpfen sie. Das ist eine Realität, die nicht geleugnet werden kann. Nun glaubt Makan, daß er durch seine Schwätzerie und Illusionen von einigen Chauvinisten die Existenz eines Volkes in Frage stellen kann.

(..)

Die Kämpfer des kurdischen Volkes fordern - im Gegensatz zur Behauptung von Makan - die Abtrennung vom Iran nicht. Sie haben durch ihre Arbeit und durch ihre geschichtlichen Erfahrungen gut begriffen, daß der Weg der Befreiung des kurdischen Volkes in der Vereinigung und Verbindung und in dem gemeinsamen Kampf mit anderen Völkern Irans gegen Diktaturregime und den Einfluß des Imperialismus liegt. Deswegen sind jene Kämpfer gegen bornierten Nationalismus unter den Kurden und gegen jene Kräfte unter den Kurden, die die Einheit zerstören und (den Kurden gegenüber) Abneigung unter den iranischen Völkern schaffen." (713)

Wie es nach dieser Darstellung der VEREINIGUNG KURDISCH-IRANISCHER INTELLEKTUELLER IM AUSLAND im iranischen Kurdistan "Kräfte unter den Kurden gibt", die "die Einheit zerstören", sind solche auch unter den Kurden in Syrien anzunehmen, da es seit Januar 1971 einen Zusammenschluß von Kurden in Syrien gibt, der dem entgegenzuwirken sich zur Aufgabe gemacht hat. Diese NATIONAL-UNION KURDISCHER STUDENTEN IN SYRIEN gab von 1971 bis 1972 auch eine Zeitung "Hişyarî" (Bewußtsein) heraus. Es ist nicht klar, ob es sich hierbei um eine Unterorganisation der KAJYK-Partei handelt oder um eine dieser Partei nahestehende Organisation (wie die 1965 in Europa gebildete NUKSE). Eine Art von Hinwendung zur syrischen Regierung demonstrierte die in sich anscheinend stark gespaltene KDP/Syrien (714), als sich im März

1973 ein Flügel an die Regierung mit dem Hinweis wandte, daß der andere KDP-Flügel es mit seiner dann kürzlichen Eingabe nicht ernst meine. (715) Die im März 1973 stattfindende ZK-Tagung der KDP/Syrien endete wiederum mit einer Abschlusserklärung, in der die Partei von sich verlangt (716): "Verstärkung des Kampfes um die Aufhebung der nationalen Unterdrückung der Kurden in Syrien, d.h. Aufhebung aller rassistischen Pläne der Regierung, vor allem des Planes Arabischer Gürtel. Das gleiche Ziel setzt sich die NUKSS in ihrer Erklärung anlässlich des 1. Jahrestages ihrer Gründung am 6.1.1972. (717)

Im März 1970 - als das (Autonomie)Abkommen vom 11.3.1970 zwischen der irakischen Regierung und den irakischen Kurden vereinbart war - kam es zu Ausschreitungen im türkischen Kurdistan. Eine im Jahre 1969 (?) daselbst gebildete REVOLUTIONÄRE KULTURVEREINIGUNG DES OSTENS gab im April 1970 ein diesbezügliches Informationsblatt mit dem Titel "Die Gewalttätigkeit von Silvan" heraus. Am 5. Mai 1970 wendet sich dieselbe Organisation mit einem Memorandum zur "Unterdrückung der Kurden in der Türkei" an den Staatspräsidenten Sunay (lfd. Nr 123 in Tab 3). Am 22.5.1970 appelliert die VKSE an den Ministerpräsidenten der Republik Türkei, Suleyman Demirel (lfd. Nr 124 in Tab 3). Am 20.10.1970 wendet sich dieselbe Organisation mit einem Memorandum zur Unterdrückung der Kurden in der Türkei an Bundeskanzler Willi Brandt - anlässlich des Staatsbesuches Cevdet Sunays in der BRD (lfd Nr 125). An die UNO und an andere internationale Gremien sind die Kurden in der Türkei betreffende Eingaben in den Jahren 1960/61 gemacht worden (vgl. lfd. Nrn 40,43,44,45,60).

In den Jahren 1969/70 bis 1974 findet die anscheinend erste - nachdrücklich und konsequent geführte - Auseinandersetzung zwischen Kurden in der Türkei und den türkischen Gerichten und ihnen vorgeschalteten Gremien statt - mit dem Ziel, ungestraft kurdischsprachiges Material in der Türkei veröffentlichen zu dürfen. Initiator und Hauptbeteiligter war hier der kurdische Soziologe Emin BORZARSLAN. Wegen der Veröffentlichung einer ABC-Fibel in kurdischer Sprache (1966) und einer Version des kurdischen Epos "Mem û Zîn" war BORZARSLAN - neben anderen kurdischen Autoren im Jahre 1969 zu drei Monaten Gefängnisstrafe verurteilt worden. (718) Nach etwa fünf Jahren Auseinandersetzung erwirkte BORZARSLAN am 21.8.1974 ein Gerichtsurteil über die Vereinbarkeit seiner kurdischsprachigen Veröffentlichungen mit der türkischen Grundverfassung. Den Nachdruck des

vollständigen Textes des türkischsprachigen "Urteils" (Titel) legte er den nach 1974 zumindest in West-Europa - verbreiteten Exemplaren seiner Bücher bei. Dem Urteil vom 21.8.1974 steht die unverändert und wirksam ablehnende Haltung der türkischen Regierung entgegen. (719)

Das (Autonomie)Abkommen vom 11.3.1970 zwischen der irakischen Regierung und den irakischen Kurden ist von allen Kurden begrüßt, von der Mehrheit bedenkenlos gefeiert worden. Die 10 Tage später stattfindenden Newroz-Feierlichkeiten fielen entsprechend besonders aufwendig aus (720). Aus Syrien telegraphierte die KDP/Syrien an den irakischen Staatspräsidenten al-Bakr, nicht ohne auf die in Syrien praktizierte Unterdrückung der Kurden hinzuweisen. (721) Im Libanon zeigten Kurden ihre Begeisterung mit einer Demonstration vor dem irakischen Konsulat in Beirut. (722) Die DPK-Iran gab folgende "Erklärung anlässlich der Übereinstimmung der kurdischen Revolution im Irak mit der Regierung" ab, die in der kurdischen Wochenzeitung "Hawkarî" (Bagdad) am 25.4.1970 auf der Titelseite gedruckt wurde:

"Was die Kurden im Irak bekommen haben, ist das Resultat des jahrelangen bewaffneten Kampfes im irakischen Kurdistan unter Führung der DPK und Leitung von Barzanî.

Die DPK betrachtet diese Übereinkunft als einen großen Erfolg für die Völker des Mittleren Ostens, für die Kurden und Araber im Irak. Dieses ist ein historischer Erfolg für das kurdische Volk im irakischen Kurdistan und in allen anderen Teilen Kurdistans. Die DPK-Iran, die während ihrer Geschichte gegen Imperialismus und für Demokratie und für die nationalen Rechte des kurdischen Volkes im Iran kämpft, sieht dieses historische Ereignis mit Zufriedenheit. (...) Die DPK-Iran ist sicher, daß der Erfolg des kurdischen Volkes im Irak ein Licht auf den Kampf in allen Teilen Kurdistans wirft und den Himmel des iranischen Kurdistan erhellt, das unter der Tyrannei des Schah-Regimes lebt. Möge das Studium des Kampfes des kurdischen Volkes im irakischen Kurdistan ein Beispiel für uns sein, um Autonomie im iranischen Kurdistan zu erkämpfen".

Diese Erklärung der DPK-Iran ist am 16.3.1970 im iranischen Kurdistan als Flugblatt erschienen.

Am 3.4.1970 hatte die o.e. Zeitung "Hawkarî" (Nr 11, S.8) ein Gedicht von Fexreddîn DOSTKÎ gedruckt, das sich in die Reihe ähnlicher Gedichte stellt und den Titel "Ich bin Kurde" trägt:

**"Sage, ich bin Kurde!
Ich bin Kurde. Sage, ich bin Kurde und Kurdistan ist mein
Heimatland.**

Ich bin Kurde, ich bin Kurde, Kurdentum ist mein Weg.
Die Freiheit ist die Fahne meiner Söhne.

Niederträchtigkeit und Unverschämtheit sind das Motto
meiner Feinde.

Sage, ich bin Kurde! Auf dem flachen Land und auf dem
Berge rufe ich aus: Ich bin Kurde und Kurdentum ist mein
Weg.

Pesmerge zu sein, Soldat zu sein, sind die Eigenschaften
meiner Vorfahren.

Opfer zu bringen ist mein Testament für meine Nachfahren.
Newroz ist dein Fest und mein Fest.

Die Ölquellen und die Wasserquellen sind mein Blut.

Ich hoffe, daß alle Kurden miteinander zusammenarbeiten.

Du siehst, daß Tausende Kurden kommen und sie sagen alle,
ich bin Kurde, ich bin Kurde und Kurdistan ist mein
Heimatland."

Auch alle kurdischen (Exil) Organisationen begrüßten das
Abkommen. Bedenken meldete anscheinend allein NUKSE an,
und zwar in Nr. XIV von "Kurdistan Information" vom
21.3.1970. Nach einer Übersicht über die vorangehenden
Abkommen wird hier festgestellt:

"Dieser Überblick über die Vergangenheit berechtigt nicht
gerade zu einem besonderen Optimismus, besonders wenn man
weiß, daß sich die Baath-Partei zu den gegenwärtigen
Zugeständnissen nur gegen starken innerparteilichen
Widerstand und auf massiven Druck durch die Sowjetunion
durchringen konnte. Besonders bedenklich aber ist es, daß
auch mit allen früheren Waffenstillstandsverträgen
ähnliche Vereinbarungen verbunden waren, wie sie jetzt
wieder getroffen wurden, ohne daß sie damals in
irgendeiner Weise eingehalten worden wären. Erst konkrete
Schritte der irakischen Regierung zur Erfüllung ihrer
Verpflichtungen gegenüber den Kurden können zeigen, ob
eine friedliche Lösung jetzt möglich ist. In dieser Lage
können die Führer der kurdischen Freiheitsbewegung nicht
vorsichtig genug sein."

Zunächst verstummte der kurdische Sender DENGÎ KURDISTAN,
und zwar am 23.3.1970. (723) Noch im März und abschließend
im April 1970 wurden von irakischer Seite die sogenannten
Saladin-Ritter bzw. Ças (Stammesregimenter)
aufgelöst. (724)

Am 29. März wurde ein neues Kabinett gebildet, in dem
fünf Kurden Ministerposten hatten. (725)

Die TALEBANÎ-Gruppe, sowohl Celal TALEBANÎ persönlich als auch das sogenannte "Zentralkomitee der DPK" (TALEBANÎ-Gruppe), versicherte al-Bakr ihre Unterstützung des Abkommens. (726) Die (BARZANI) DPK wurde unter dem Namen PARTÎ DÊMOKRATÎ KURDISTANÎ 'ERAQ lizenziert. Die TALEBANÎ-Gruppe arbeitete vorerst unter dem Namen BIZÛTNEWËY SORISGÊRANÎ KURD (Bewegung der kurdischen Revolutionäre). Am 28.6.1970 nahmen Vertreter dieser Gruppe mit BARZANÎ Kontakt auf. In Europa veröffentlichten noch im August 1970 TALEBANÎ-Anhänger ein Flugblatt mit dem Hinweis, daß die BARZANÎ-Bewegung "Agenten und Spione der Imperialisten und des CENTO-Paktes" enthalte. Im Oktober 1970 ordnete sich die im irakischen Kurdistan und in Bagdad tätige TALEBANÎ-Gruppe bzw. BIZÛTNEWËY SORISGÊRANÎ KURD der BARZANÎ-Bewegung zu (bis 1973), und zwar mit einer "Erklärung zur Auflösung der Bewegung und ihrem Anschluß an die DPK", veröffentlicht in Bagdad am 21.10.1970 in dem arabischsprachigen Organ der DPK "al-Ta'achi", dann nochmals gedruckt in derselben Zeitung am 11.2.1971.

Der 8. Kongreß der DPK⁺ wurde im Namen des irakischen Staatspräsidenten al-Bakr am 1. Juli 1970 von BARZANÎ als Vorsitzenden eröffnet; 488 Repräsentanten nahmen teil, die etwa 500 000 Mitglieder vertraten (727). Beobachter der Baath-Partei und arabischer Interessenzusammenschlüsse, u.a. auch die PLO, waren zugegen. Der 8. Kongreß der DPK endete mit einer Bekräftigung des Leitspruches der Partei: Autonomie für das irakische Kurdistan und Demokratie für den Irak. In dem politischen Bericht des Kongresses mit dem Titel "Ein Jahr voller Kampf und Sieg" heißt es auf Seite 7 - und zwar in Zusammenhang mit der Ankündigung, den Kampf der Palästinenser unterstützen zu sollen: "Wir gehen davon aus, daß wir ein Teil des irakischen Volkes sind." Abschließend ergeht auf Seite 23 des Berichtes ein Aufruf an "die anderen (Anm.: Kurdistan aufteilenden) Staaten, die Rechte des kurdischen Volkes anzuerkennen".

+ Die KPdSU begrüßte den Kongreß mit einem Telegramm, in dem die Hoffnung ausgedrückt wird, daß "der Kongreß erfolgreich sein wird, das Abkommen vom 11.3.1970 mit Leben zu füllen". (vgl. NEBEZ 1972a:253 mit Hinweis auf "al-Ta'achi", Nr. 477, Bagdad, 2.7.1970). "Auch Walter Ulbricht, das Zentralkomitee der ungarischen sozialistischen Arbeiterpartei, der Nationalrat für die Nationalfront in der Volksrepublik Bulgarien und der Nationalrat für die einheitliche sozialistische Front in Rumänien gratulierten." (ibid)

Anfang Juli 1970 konnte der DPK-Generalsekretär seiner Parteizeitung „al-Ta'achi“ mitteilen, daß die DPK und die Baath-Partei übereingekommen eingekommen seien, einen Teil der Peşmerge-RAK als Grenzpolizisten einzusetzen, einen anderen Teil in die Verwaltung zu übernehmen. (728)

Unter dem Titel "Die Einheit des kurdischen Volkes" schreibt ein Mumtaz HEYDERI am 25.7.1970 in der kurdischen Wochenzeitung "Hawkarî" (Nr 29, S.8):

"Damit wir die (Autonomie)Erklärung vom 11.3.1970 nutzen können, müssen wir vor allem die Frage der Einheit des kurdischen Volkes bedenken und dieser Einheit - fern von allem Opportunismus - eine stabile Basis geben. Es ist hier erwähnenswert, daß Barzanî während des 8.Kongresses der DPK klar dargestellt hat, daß das Fehlen (die Nichtexistenz) der Einheit eine wahrhaft vernichtende Seuche ist ... Die Einheit unseres Volkes im irakischen Kurdistan auf der Basis (dieses Abkommens) wird eine große Wirkung auf den Kampf der Kurden im türkischen, iranischen und syrischen Kurdistan haben. Es muß jedem klar sein, daß die kurdische Revolution nicht nur im Rahmen des irakischen Kurdistan abläuft. Sie ist die Revolution der gesamtkurdischen Nation, sie muß in jedes Gebiet des aufgeteilten Kurdistan gehen."

Am 16. Juli 1970, anläßlich des dritten Jahrestages der "Baath-Revolution", wurde die neue "Provisorische Grundverfassung" des Irak verkündet; die insbesondere die kurdische Frage betreffenden Artikel lauteten:

- „ §1 - Das grundsätzliche Ziel der Republik Irak ist es, einen einzigen arabischen Staat zu bilden.
- §3b - Der irakische Boden ist eine unteilbare Einheit, es darf keiner seiner Teile aus der Hand gegeben werden.
- §5a - Der Irak ist ein Teil der arabischen Nation.
- §5b - Das irakische Volk besteht aus zwei Hauptnationalitäten, der arabischen und der kurdischen Nationalität. Diese Verfassung bestimmt die nationalen Rechte des kurdischen Volkes und die legalen Rechte aller Minderheiten im Rahmen der irakischen Einheit.
- §7b - Die kurdische Sprache ist neben der arabischen Sprache die offizielle Sprache im kurdischen Gebiet". (729)

Die KAJYK-Partei veröffentlichte am 11.9.1970 im irakischen Kurdistan ein Flugblatt in arabischer Sprache und mit der Überschrift "Noch einmal über das Abkommen vom 11.3.1970", in der diese Verfassung kritisiert und hervorgehoben wird, daß die Kurden "auf keinen Fall Teil eines anderen Volkes" seien. Ebenso wenig sei Kurdistan ein Teil Arabiens oder ein Teil eines anderen Landes. (730)

Die DPK veröffentlichte zu diesem Thema u.a. einen Artikel in ihrem in Bagdad erscheinenden Organ "al-Ta'achi", und zwar unter dem beredten Titel "Die Zeitung "al-Dschumhuriyyah" und ihre schmutzige Feder" (Nr 435, 13.5.1971). Die Darstellungen der "al-Dschumhuriyyah", wird hier ausgeführt (731), stehen

"nicht nur mit den historischen und geographischen Tatsachen in Widerspruch, sie stehen auch in Widerspruch zu den ideologischen Ausgangspunkten der sozialistischen arabischen Baath-Partei. Über diese Punkte wurde schon mit den Brüdern, den führenden Mitgliedern der Baath-Partei, bei den Gesprächen diskutiert, die vor der Erklärung im März stattgefunden haben. Die DPK hatte damals vorgeschlagen, daß der in Frage kommende Paragraph in der Provisorischen Verfassung geändert und stattdessen festgestellt würde, daß das arabische Volk im Irak auch nur einen Teil der arabischen Nation bilde. Die Brüder in der alliierten Partei entschuldigten sich (damals) und griffen diesen Vorschlag nicht auf. Sie führten einige Argumente an, die wir (die DPK) damals billigten, weil wir für die Erklärung vom 11. März kein unüberwindliches Hindernis abgeben wollten und weil diese jetzige Verfassung (sowieso) nur eine Provisorische Verfassung ist. Man stellte sich vor, daß dieser Punkt auf jeden Fall noch diskutiert werden würde, nämlich wenn eine endgültige Verfassung für das Land in Angriff genommen werden würde."

"Al-Dschumhuriyyah" (Nr. 1074, 19.5.1971) entgegnete unter der ebenfalls pointierten Überschrift "Mit der boshaften Feder der al-Ta'achi", worin es hieß:

"Die Provisorische Grundverfassung bestimmte, daß der Irak ein Teil der arabischen Nation ist. Sie sagte nicht aus, daß die kurdische Nationalität ein Teil jener großen Nationalität ist, die sich zwischen dem Iran und der UdSSR ausdehnt. In der Erklärung vom 11. März ist davon nichts erwähnt worden, denn dies hätte einen ausgesprochenen Separatismus bewirkt, und damit wäre die (als ewig zu betrachtende) Partnerschaft beider Nationalitäten, der arabischen und der kurdischen, im Heimatland beendet worden. Die Selbstregierung der Kurden im Irak ist nur innerhalb der arabischen Einheit denkbar, für die sie (die Regierung und ihre Anhänger) kämpfen. Die Kurden, die von diesem Nationalitätenbegriff nicht erfaßt werden, sind nichts anderes als Fremde. (...) Jede andere Auslegung stellt ein Abweichen (eine Mißinterpretation) der historischen Erklärung vom 11. März dar." (732).

Die an diesem Punkt offengelegten Spannungen zwischen den irakischen Kurden und der Regierung in Bagdad faßte Barzanî im Juni 1971 in einem Memorandum an den Staatspräsidenten

Al-Bakr zusammen^x. (733)

Ein weiterer Spannungspunkt war die Frage der Staatsangehörigkeit der seit zweihundert Jahren in Bagdad lebenden, ursprünglich aus dem (persischen) Qagaren-Reich übergesiedelten Feylî-Kurden. Den Feylî-Kurden hatte der irakische Staat - aufgrund "iranischer Herkunft" - die Staatsangehörigkeit vorenthalten und eine Anzahl von ihnen ausgewiesen. (734) Am 19.5.1971 veröffentlichte das Bagdader DPK-Organ "al-Ta'achi" in seiner Nr 737 die von der DPK erreichte Zustimmung der Baath-Partei, daß die Feylî-Kurden irakische Staatsangehörige werden könnten bzw. diese Staatsangehörigkeit wiedererlangen könnten, allerdings blieb der Zeitpunkt unspezifiziert.

Über den bereits am 17.3.1970 gebildeten "Friedensausschuß" hinaus wurde am 11.5.1971 ein "Höherer Ausschuß" unter der Präsidentschaft des Baath-Funktionärs Siddam Husain Tikriti gebildet, der die Punkte des Abkommens vom 11.3.1970 in die Realität umsetzen helfen sollte. (735) Zunächst sind einige den kulturellen Sektor betreffende Punkte mit Leben erfüllt worden. Auch wurden - wie die kurdische Zeitung "Hawkarî" am 10.7.1971 (Nr 23) berichtete - wesentliche Geldmengen für den Aufbau des irakischen Kurdistan zur Verfügung gestellt, darunter 20 Millionen DM für die Errichtung der Gebäude der kurdischen Universität in Sileymanî und 15 Millionen DM für die Errichtung eines Universitätskrankenhauses.

Im November 1971 findet sich in der in Bagdad erscheinenden kurdischen Zeitschrift "Nûserî Kurd" (der kurdische Schriftsteller) eine anscheinend unter Kurden bis dahin nicht gekannte oder zumindest wohl sehr seltene Variante, auf "Fremdmeinungen" einzugehen. Statt der bekannten Ernsthaftigkeit, der mühevollen Gegendarstellung

x Zu der Zeit, als sich die Spannungen zwischen den irakischen Kurden und der Regierung in Bagdad mehrten, verhängte die Türkei im "Osten" das Kriebsrecht, und zwar am 28.4.1971. Im Februar 1971 zeichnete sich die Möglichkeit einer Annäherung zwischen dem Iran und Irak ab. Anlässlich einer Versammlung der OPEC-Länder in Teheran lobte der irakische Öl-Minister Sa'dun Hammadi im Februar 1971 die Politik des Schah gegenüber den Öl-Gesellschaften (NEBEZ 1972a: 259 mit Hinweis auf "Keyhan", Teheran Nr. 3842 vom 16.2.1971; "Pars", Schiraz, Nr 3473 und 3474 vom 11. und 20.2.1971).

wird das Mittel der Ironie eingesetzt. Zunächst wird hier (736) eine Behauptung des türkischen Premierministers Nihat Erim wiedergegeben, daß die kurdische Sprache in Wirklichkeit nicht existiere. Sie sei eine Mischung aus dem Persischen, Türkischen und Arabischen. Es gäbe insgesamt nicht einmal dreitausend kurdische Worte. Dann wird die Behauptung des seinerzeitigen türkischen Justizministers Arar wiedergegeben, der meint, daß die kurdische Sprache immerhin achttausend Worte umfasse. Abschließend fragt das Organ der VEREINIGUNG KURDISCHER SCHRIFTSTELLER: "Lieber kurdischer Leser! Weißt Du nun, wie viele Worte Deine Sprache umfaßt?"

Im Jahre 1970 sind (gemäß dem Abkommen vom 11.3.1970, Punkt 5) mehrere kurdische Vereinigungen von der irakischen Regierung lizenziert worden, die gerade erwähnte YEKÊTÎ-Y NÛSERANÎ KURD, die KOMELEY ZANISTÎ-Y KURD (kurdische Bildungsvereinigung), die staatlich geförderte KORÎ ZANYARI KURD (Kurdische Akademie für Wissenschaften). (737) Die kurdische Presse hat - mit der Freigabe kurdischer Publikationen im Jahre 1969 - in den Jahren 1970-1971-1972-1973/4 einen deutlichen Aufschwung genommen, fast 30 verschiedene Titel konnten in dem Zeitraum innerhalb des irakischen Staates neu erscheinen (738), gegenüber insgesamt 3 neuen Titeln kurdischer Presse im gesamten übrigen Hauptsiedlungsgebiet der Kurden bzw. im Mittleren Osten und 8 neuen Titeln im europäischen Ausland und in den USA (vgl. Tab 4). Seit 1973 ist man sich der Bedeutung der kurdischen Presse und ihrer Geschichte insofern bewußt, als seither der 22. April jeden Jahres als "Tag der kurdischen Presse" gewürdigt wird, in Erinnerung an die erste Ausgabe der ersten kurdischen Zeitung. (739) Der nach dem Abkommen vom 11.3.1970 gegebene allgemein-kulturelle Aufschwung im irakischen Kurdistan ist verbunden mit einer entsprechend positiven Selbstpräsentation. Im Mai 1972 schrieb "Rojî Kurdistan" (Nr 8, S.47), Organ der 1970 lizenzierten KOMELEY ZANISTÎ-Y KURD ganz selbstbewußt:

"Unheil (wört. Matsch) soll auf die Köpfe aller reaktionären Feinde des kurdischen Volkes, Imperialisten und Eroberer seines Landes kommen! Die Kurden hatten bisher keine Führung und Leitung gehabt. Heute haben sie sie. Die Kurden haben die Tricks, die List und Tücke der Eroberer und Imperialisten ausgiebig zu spüren bekommen. Sie glauben ihnen nicht mehr und sie kennen ihre Feinde gut. (...) Die Kurden haben sich bewegt. Waffen in der Hand führten sie eine Revolution, neun Jahre lang, bis sie den Vertrag vom 11.3. ins Leben rufen konnten."

Mit Einzelhinweisen auf Ereignisse in der Geschichte wird der gesamtkurdische Bezug zum Ausdruck gebracht: die in Bagdad erscheinende "Hawkarî" enthält am 10.7.1971 einen Nachruf für die am 26.6.1925 im türkischen Kurdistan hingerichteten 103 Kurden (740), am 26.1.1973 heißt es unter dem Titel "Ein goldenes Blatt in der Geschichte der Nation": "Die Errichtung der Republik Mehabad im iranischen Kurdistan ist eines der größten Gewinne des Kampfes der kurdischen Nation und ein helles Kapitel in der neueren Geschichte unseres Volkes." (741)

Trotz der auf kultureller Ebene erzielten Fortschritte wuchs die Unruhe unter den vom Abkommen vom 11.3.1970 direkt betroffenen Kurden deutlich ab Mitte 1971. Am 31.7.1971 wird in der kurdischen Zeitung "Hawkarî" die Enttäuschung über den ausbleibenden, grundsätzlichen Ausbau des kurdischen Rundfunks angesprochen (742). Der Attentatsversuch auf BARZANÎ am 29.9.1971 verstärkte die Spannungen. Wie BARZANÎ in einem Telegramm an die regierende Baath-Partei und an den Regierungschef mitteilte (743), waren die Attentäter direkt aus Bagdad gekommen und hatten über 10 irakische Kontrollstellen passieren müssen. Wiewohl die DPK bereits im Mai 1970 einen Kandidaten für die Vize-Präsidentschaft aufgestellt hatte, hielt die FÜHRUNG DER KURD. REVOLUTION ihn zurück und forderte stattdessen - vergebens - einen Vertreter im anscheinend allein wirksamen irakischen "Rat der Revolution" zu haben. (744) Zu diesen Spannungspunkten kam noch die brisante Frage der Volkszählung (Punkt 14 des Abkommens vom 11.3.1970). Sie fand innerhalb der vereinbarten 4 Jahre, in denen das Abkommen verwirklicht werden sollte, nicht statt, und zwar weder in den umstrittenen Erdölgebieten^x in und um Kerkûk

x The Observer, London, schrieb am 15.3.1970, also wenige Tage nach dem Abkommen vom 11.3.1970, unter dem Titel "Kirkuk Oil and United Nations": "Die Ölförderungsanlagen in Kirkuk und im Nordirak im Wert von vielen Millionen Pfund Sterling kommen vielleicht unter kurdische Kontrolle, in unmittelbarer Folge auf die dramatische Erklärung von voriger Woche. (...) Die Vereinten Nationen sind dringend aufgerufen einzugreifen! Die Zukunft Kirkuks scheint der bedeutendste Ansatzpunkt zu sein, der für eine Konfrontation in den Verhandlungen zwischen Regierung und Kurden in Bagdad noch verbleibt." (NEBEZ 1972a:246)

Zu erinnern ist an dieser Stelle, daß bereits im Jahre 1966 der zu dem Thema Kurden wiederholt hervorgetretene Autor C.J. EDMONDS vor der Royal Asian Society folgende Einschätzung abgegeben hatte: Keine irakische Regierung bleibt an der Macht, wenn sie Kerkûk in kurdische Kontrolle (d. i. Selbstregierung) gibt. (C.J.Edmonds in "Journal of the Royal Asian Society", Vol.5, 1967, S.10-23)

und Mossul noch in dem übrigen Gebiet des irakischen Kurdistan. Auch wurde das Programm der Entkurdisierung bzw. Umsiedlung der Kurden und Einsiedlung von Arabern weitergeführt. Punkt 14 des Abkommens schließt - zusammen mit der vorgesehenen Volkszählung und der angestrebten Selbstregierung - die Frage der Ausbeutung der Bodenschätze ein und spricht dieses Recht der Zentralregierung zu. Hier ist der Hauptpunkt der zwischen 1970 und 1974 eskalierenden und weit zurückreichenden Spannungen zu sehen. BARZANÎ wird folgender kompromißloser Ausspruch zugeschrieben: Kerkûk war, Kerkûk ist und Kerkûk wird kurdisch bleiben, auch wenn alle dort lebenden Kurden gewaltsam ausgesiedelt werden sollten.(745) Ohne die in dem Abkommen vorgesehene Volkszählung konnten die "kurdischen Provinzen und Verwaltungseinheiten nicht zusammengeschlossen werden", konnte "das kurdische Volk dort seine Selbstregierung" nicht praktizieren, konnte "das kurdische Volk an der Legislative prozentual" nicht beteiligt werden.

Am 27. Dezember 1973 stellte "al-Ta'achi", Organ der DPK fest (S. 16):

"Man kann sagen, daß die neue kurdische Generation, nachdem sie mit der Außenwelt und ihren Freiheitsbewegungen Kontakt hatte, sich sehr benachteiligt fühlt. Sie sieht, daß (andere) Freiheitsbewegungen mit weniger Opfern viele Rechte erhalten haben, die dem kurdischen Volk vorenthalten sind".

Seinerzeit ist u.a. auch "al-Ta'achi" in Nachdrucken in Europa erschienen.

In den Jahren von März 1970 bis März 1974 - Zeitpunkt des Wiederbeginns des Krieges - wendet sich die DPK - nach der angelegten Materialsammlung - nur einmal am 24.1.1973 an die Öffentlichkeit bzw. an "die Parteien, Organisationen und Vertreter der Öffentlichkeit im Irak und in der Welt", und zwar mit einer Gegendarstellung zu der von den irakischen Kommunisten verbreiteten Darstellung über die DPK und die von ihr geführte, dann in Unruhe geratene Bewegung im irakischen Kurdistan (lfd. Nr 126 in Tab.3), Hierzu ist anzumerken, daß der Moskau-orientierte Flügel der irakischen KP und der Baath-Partei von derselben gefördert wurde und über ihre Zweigstelle im irakischen Kurdistan dort als Stütze der Regierung auftrat. Ab 1972 hatte dieser Flügel der KP einen Minister im Kabinett und eine eigene Presse, nicht umsonst hatte man mit der

Baath-Partei eine "fortschrittliche und nationalistische Front" gebildet. Frei arbeiten konnte sie allerdings nur im irakischen Kurdistan.

In Betracht ziehend, daß der Vorwurf des "Zionismus" in arabischen Staaten eine extreme Existenzbedrohung bedeutet, läßt sich die inhaltlich scheinbar aus dem Rahmen fallende "Erklärung und Appell" seitens der KDP-Syrien - zusammen mit der DPK-türkisches Kurdistan - an die "arabische und internationale Öffentlichkeit" erklären (lfd. Nr 127, in Tab.3). Relativ kurzfristig wird hier am 14.11.1973 auf eine pro-Israel-Äußerung von Kamuran BEDIRXAN in der Pariser Zeitung "L'Aurore" reagiert und versichert, daß die "fortschrittlichen Kräfte unter den Kurden" die arabische Sache unterstützten und ihrerseits bereit seien für eine "kurdisch-arabische Zusammenarbeit gegen Imperialismus."

Das Ausbleiben von Appellen und Memoranden zwischen März 1970 und März 1974 - wiewohl die politische Entwicklung ganz und gar nicht in Einklang mit dem Abkommen vom 11.3.1970 verlief und auch hier wie so oft zuvor internationale Gremien zumindest hätten angesprochen werden können - ist ein Indikator bzw. als Bestätigung für den wiederholt erhaltenen Hinweis zu werten, daß BARZANÎ und die DPK bzw. die von ihr geführte Bewegung sich in diesen Jahren mehr und mehr an die sich über die verschiedensten Geheimdienste anbietenden Kontaktpersonen hielt und über diese - zwecks Erlangung der im Abkommen dargelegten Autonomie - Einfluß zu nehmen suchte.

Materielle Zuwendungen soll BARZANÎ und die DPK von verschiedenen, gegen die Baath-Partei und ihre Regierung gestellten Seiten erhalten haben, von Kuwait, Saudi-Arabien, von China und insbesondere und sicherlich vom Iran. Schwere Waffen erhielten die irakischen Kurden im übrigen auch während des letzten Krieges 1974/5 von keiner Seite und durchgängig keine internationale, gar in die Gremien der UNO getragene Unterstützung.

Obwohl die DPK in den Jahren nach 1970 (und bis März/April 1975) die dominierende politische Kraft im irakischen Kurdistan und unter den in Europa lebenden Kurden war, deutet sich eine Unzufriedenheit mit ihr durch die Ankündigung von neuen - dann allerdings nicht weiter in Erscheinung

getretenen - politischen Zusammenschlüssen an. Im Jahre 1972, im März und im Juni, macht eine BEFREIUNGSFRONT DER KURDEN UND KURDISTANS (arabische Bezeichnung: Gabhat Tahrir al-Kurd wa Kurdistan) mit Erklärungen auf sich aufmerksam und 1973 eine PARTÎ SERBEXOYÎ-Y KURD (Partei für die Unabhängigkeit der Kurden). Im Dezember 1973 distanzieren sich einige TALEBANÎ-Anhänger wieder von der DPK, bilden die PARTÎ SORISGÊRÎ KURDISTAN (Revolutionäre Partei Kurdistan) und geben im Januar wieder ihr Organ "al-Nur" heraus, diesmal im Untergrund und mit dem Zusatz "2.Runde" im Kopf der Zeitung. "Al-Nur" fordert in ihrer Ausgabe vom Januar 1974 eine "vernunftsmäßige Anlehnung an den irakischen Staat" und versteht sich als "wahre Fortsetzung der DPK". BARZANÎ und die DPK hätten sich an den Imperialismus angelehnt und würden nach einer nicht durchschaubaren Regel einmal Forderungen erheben, dann wieder zurückstellen oder unterlassen.

Als am 11.3.1974, nach Ablauf der vereinbarten 4-Jahresfrist, im irakischen Fernsehen die "Autonomie" per "Gesetz" erlassen wird, ein Gesetz, an dem die irakischen Kurden - mit Ausnahme der Moskau-orientierten Kommunisten (irak.KP- Zweigstelle Kurdistan) - nicht mitgearbeitet hatten, war dieser Schritt für die Mehrheit der Kurden nicht akzeptierbar und die 14-tägige Annahmefrist ein Ultimatum.(746) In dieser Bedenkzeit nahm die Baath-Regierung Kontakt zu Celal TALEBANÎ auf. Die von Celal TALEBANÎ gestellten Bedingungen, u.a. die Garantie der Nichtarabisierung der kurdischen Gebiete um Kerkûk, die Teilung der Stadt Kerkûk in einen (westlichen) arabischen Teil und einen (östlichen) kurdischen Teil, die Verankerung des Gesetzes derart, daß es (etwa von einer neuen Regierung) nicht mehr gestrichen werden könnte, lehnte die Regierung ab. Am 16.4.1975 sagte Celal TALEBANÎ:

"Ich wußte sowieso, daß sie meine Bedingungen ablehnen würden. Ich bin zu der Überzeugung gekommen, daß diese Herrscher in Bagdad nicht an das Recht der Kurden glauben. Ihr Vorbehalt gegen Barzanî ist nur eine Ausrede. Diese Leute suchen keine ehrenhaften Partner, die eigene Meinungen und Ansätze haben, sie suchen ganz einfach Söldner. Ich bin aber nicht bereit als Söldner zu arbeiten, nur als gleichberechtigter Partner." (747)
Nach Wiederbeginn des Krieges im März 1974 und während der einjährigen Kriegszeit und danach sind wiederum zahlreiche Appelle an die "Weltöffentlichkeit", an staatliche Stellen und an die UNO bzw. ihre Gremien

gerichtet worden, sowohl von in Europa organisierten Kurden als auch aus dem betroffenen Teil des Hauptsiedlungsgebietes der Kurden. Am 29.3.1974 fordert BARZANÎ mittels einer schriftlichen Erklärung an Associated Press eine "Vermittlung von außen"^x. (748) Die VKSE appelliert am 3.4.1974 von Europa aus an "alle freiheitlich denkenden Araber" und am 13.5.1974 läßt sie einen Protest an Breschnew richten (lfd. Nr 130 und 131 in Tab.3). Am 8.6.1974 wendet sich BARZANÎ und die DPK an die UNO-Menschenrechtskommission. (749) Im August 1974 wendet sich MANGÎ SÛRÎ KURDISTAN (Roter Mond von Kurdistan) mit einem Aufruf um humanitäre Hilfe an "Organisationen und Individuen" (lfd. Nr 133 in Tab.3).

Anfang November 1974 ruft BARZANÎ über die internationale Presse den "Westen um Hilfe" an (750). Die VKSE wendet sich von Europa aus am 16.12.1974 an den irakischen Staatspräsidenten und den irakischen Botschafter in Bonn, ebenfalls am 16.12.1974 an dem sowjetischen Regierungschef Kossygin und den Generalsekretär der KPdSU, Breschnew, weiterhin am 16.12.1974 an den Staatspräsidenten der Republik Türkei bezüglich der Schließung der türkischen Grenze angesichts der vor der irakischen Armee fliehenden kurdischen Zivilbevölkerung (lfd. Nrn 134,135,136). NUKSE richtet am 22.2.1975 in Europa einen Appell an die Sozialistische Internationale (lfd. Nr 137. Ende März 1975 wenden sich Vertreter der DPK und mit ihnen BARZANÎ "zum vierten Mal innerhalb eines Jahres" an die UNO bzw. an Generalsekretär Waldheim. (751) Im gleichen Monat richtet BARZANÎ einen Appell an die Vereinigten Staaten, in dem er um Schutz vor einem drohenden Völkermord nachsucht.

x Anscheinend war den Kurden im Irak früh klar geworden, daß die auch als "Vermittlungsmission" angegebenen Gespräche des sowjetischen Verteidigungsministers in Bagdad keine den Kurden entgegenkommenden Resultate bringen könnten. Am 24.3. meldete dpa (Beirut/Bagdad):

"Neben den Verhandlungen über eine verstärkte militärische Zusammenarbeit bemüht sich der sowjetische Verteidigungsminister Gretsckko derzeit in Bagdad um Vermittlung zwischen Irak und seinen Kurden sowie auch Irak und dem Nachbarn Iran".

"Frankfurter Rundschau", Nr 71 vom 25.3.1974 - "Gretsckko vermittelt in Irak", vgl. "Süddeutsche Zeitung" vom 25.3.1974 - "Gretsckko will zwischen Bagdad und den Kurden vermitteln", vgl. "Tagesspiegel", West-Berlin, 24.3.1974 - "Kurdenproblem als Thema der Gespräche Gretsckkos in Bagdad")

Unterstützt wird dieser Appell von einem gleichzeitig in London veröffentlichten Aufruf des kurdischen "Roten Kreuzes" um internationale humanitäre Hilfe. (752)

Zu der einjährigen Kriegszeit von März 1974 - einen Tag vor dem Auslaufen der "Bedenkzeit" setzte die irakische Armee zu einer Offensive an - bis Anfang April 1975* ist folgendes festzustellen. (753)

1- Noch im März 1974 kamen Wellen von Flüchtlingen ins Kurdistanî Azad, und zwar nicht nur Kurden, auch von der Baath-Regierung verfolgte Araber, darunter Schiiten und Peking-orientierte Kommunisten. Der Strom der Flüchtlinge wurde durch entsprechende DPK-Propaganda gefördert. Diese Massen von entwurzelten Menschen bildeten alsbald ein Versorgungsproblem, das nur mit der sich anbietenden Hilfe des Iran gelöst werden konnte.

2- Die Grenze zum iranischen Kurdistan wurde zu einer mehr oder minder offenen Grenze, über sie kam ein Teil des Nachschubs an leichten Waffen und Munition, Lebensmitteln und an - vom Iran aufbereiteten - Nachrichtenmaterialien. Am

x Während die irakischen Kurden und die irakische Armee von März 1974 bis April 1975 mit Waffen kämpften, ergingen sich die Staaten Irak und Iran in gegenseitigen Propagandakampagnen und sonstigen subversiven Tätigkeiten. Eine Reihe zwischen den Staaten seit langem bestehende Konflikte wurden eskaliert:

Der Irak unterstützte offen die "Befreiungsfront Arabistans", einen national-arabischen Zusammenschluß in der süd-westlichen iranischen Provinz "Chuzistan", in der auf einer Fläche von ca. 185 000 km² 2-3 Millionen Araber leben. Das Gebiet gehörte bis 1847 zum Osmanischen Reich und war mit dem "Vertrag von Erzerum" am 31.5.1947 an das Qagaren-Reich abgetreten worden. Zweidrittel des iranischen Erdöls wird in „Chuzistan“ gefördert.

Wie die "Befreiungsfront Arabistans" ein Büro in Bagdad unterhielt, so auch die iranischen Untergrundzusammenschlüsse Mogahidin-e Xalq und Fada'iyân-e Xalq. Neben den in Pakistan und in Iran für nationale Rechte kämpfenden Belutschen unterstützte der Irak weiterhin die "Volksfront für die Befreiung 'Umans" im Arabischen bzw. Persischen Golf.

Der Iran indes unterstützte - neben den irakischen Kurden - u.a. die im Irak benachteiligten und verfolgten Schiiten.

2. März 1970 hatte der iranische Informationsminister Mansūr eine Rundfunkstation in Sine eröffnet, die auch von hier aus kurdischsprachige Propaganda in das irakische Kurdistan sendete. Radio Teheran brachte jeden Tag mehrmals Nachrichten über den Krieg im irakischen Kurdistan, und in Europa lebende Kurden schafften sich teure Kurzwellengeräte an und versuchten in aller Eile auch Persisch zu lernen.

3- Es kam in dem Kriegsjahr anscheinend zu keinen Verhandlungen zwischen beiden Parteien. In anderen Zeiten hatten zeitweilige militärische Erfolge zumindest einen "Waffenstillstand" nach sich gezogen. Diesmal verlautbarten beide Seiten, daß sie bis zur "Einführung der Demokratie im Irak" bzw. bis zum "Abtritt Barzanîs" kämpfen würden. Das Ziel der irakischen Kurden blieb weiterhin "Autonomie". BARZANÎ wurde nicht müde zu versichern, daß er "nicht für einen unabhängigen kurdischen Staat" kämpfe. (754)

Nach Verkündung der Autonomie per Gesetz 11.3.1974 drohte die Baath-Regierung eine Zeit lang, das Gesetz zurückzuziehen, dann vertrat sie die Position bis März 1975 und darüberhinaus, daß dieses Gesetz "das Verdienst der Baath-Revolution" sei, BARZANÎ sich "dagegen wehre", um den "Imperialisten" zu dienen. (755)

Am ersten Samstag des Oktober 1974 wurde diese Autonomie von der irakischen Regierung verwirklicht, mit Unterstützung von in der Frage übereinstimmenden Kurden, und zwar in den drei Provinzen Sileymanî, Hewlêr und Dihok (nicht in den Erdölgebieten Xaneqîn, Sincar, Kerkûk), wozu ein PRÄSIDIUM DES LEGISLATIV-AUSSCHUSSES DES AUTONOMEN GEBIETES gebildet wurde. (756)

Seit Januar 1976 gibt das PRÄSIDIUM DES LEGISLATIV-AUSSCHUSSES DES AUTONOMEN GEBIETES eine Zeitschrift "Otonomî" heraus, die über seine Arbeit und das Erreichte berichtet.

Zuvor allerdings kam es zur bedingungslosen Kapitulation der Pêşmerge-RAK und der Flucht von etwa 100 000 Menschen aus dem irakischen Kurdistan in den Iran, darunter auch BARZANÎ, seine Familie und die Führung der DPK, die seit Herbst 1975 zum Teil in der Nähe von Washington leben. Ein Teil der Masse der Flüchtlinge ist in den Irak zurückgekehrt, einem kleinen Teil ist in Österreich und Kanada Asyl gewährt worden. Direkt eingeleitet wurde diese Entwicklung durch das Abkommen

von Algier vom 6.3.1975^x, zwischen dem Schah und dem irakischen Vizepräsidenten Saddam Husain geschlossen, anlässlich der OPEC-Konferenz und vermittelt vom algerischen Staatspräsidenten Boumedienne (Bumidyan).

x Der Wortlaut des Abkommens von Algier:

"Die beiden hohen Vertragspartner sind zu nachstehender Vereinbarung gelangt:

- 1 - Endgültige Festlegung ihrer Landgrenze gemäß dem Protokoll von Konstantinopel aus dem Jahre 1913 und dem Protokoll des Ausschusses zur Festlegung der Grenze aus dem Jahre 1914.
- 2 - Festlegung ihrer Flußgrenze gemäß der Tallweg-Linie (758)
- 3 - Als Folge dessen werden beide Seiten die Sicherheit und das gegenseitige Vertrauen auf der Länge ihrer gemeinsamen Grenze wiederherstellen und verpflichten sich demgemäß, eine strenge und aktive Kontrolle über ihre gemeinsamen Grenzen auszuüben, um ein Ende der zerstörerischen Durchsickerung herbeizuführen, woher sie auch kommen mag.
- 4 - Die beiden Seiten haben sich weiterhin dahingehend geeinigt, dass sie diese oben erwähnten Regelungen als untrennbare Elemente für eine allgemeine Lösung betrachten, so daß jede Mißachtung eines Teils davon sich dem eigentlichen Geist des Algier-Abkommens widersetzt. Beide Seiten bleiben in ständigem Kontakt mit dem Präsidenten Hawari Boumedienne, der nötigenfalls die algerische brüderliche Hilfe anbietet, um diesen Beschluß zu praktizieren,

und beide Seiten erklären offiziell, daß das Gebiet von jeglicher (Außen)Intervention frei bleiben muß."

Anscheinend waren diesem Abkommen längere Verhandlungen vorausgegangen.

Am 15.8.1974 berichtete das "Hamburger Abendblatt" unter dem Titel "Iran und Irak verhandeln" und mit dem Hinweis "eigener Bericht-dpa" (Teheran, 14. August):

"Neben dem Tauziehen zwischen Ankara und Athen um Zypern und dem Pokern zwischen Israel und den Arabern um künftige Grenzen ist in Nahost noch ein weiteres Spiel im Gange: Im türkischen Istanbul verhandeln der Iran und Irak, seit langem verfeindet wegen Grenzstreitigkeiten und unterschiedlicher Gesellschaftssysteme. - Zur Untermalung der brisanten Lage meldet Teheran, von irakischer Seite werde an der Grenze seit einer Woche mit Artillerie und Machinengewehren geschossen. Der Irak wirft Teheran vor, die Kurden nicht nur mit Worten zu unterstützen".

Einige Stunden nach Abschluß des Abkommens von Algier begann die irakische Armee eine Großoffensive, die von der Pêşmerge-RAK zurückgeschlagen werden konnte. (757) Der anschließende Waffenstillstand brachte jedoch keine Verhandlungen, ein Verhandlungsangebot BARZANÎs wurde abgelehnt. (759) Stattdessen konnte der Schah als Vermittler für eine Generalamnestie auftreten, die er mit dem Irak und einer Gültigkeit bis zum 31.3.1975 vereinbarte.

BARZANÎ erklärte am 16,3.1975 in einem Interview mit der Nachrichtenagentur Reuter (760), daß das Abkommen von Algier für ihn überraschend komme, aber daß der Kampf der irakischen Kurden für "Autonomie" weitergehe. Die Kurden hätten ihre Revolution nicht geführt, um eine Amnestie zu erhalten.

"Wir sind keine Verbrecher, denen verziehen wird, Das kurdische Volk fürchtet sich nicht. Im Gegenteil, es wird seinen Feinden beweisen, daß wir entschlossen sind, uns zu verteidigen. Die letzte Drohung der irakischen Regierung, uns zu liquidieren, wird uns nicht verängstigen und uns nicht veranlassen, in den Iran oder sonstwohin zu flüchten. Die Pêşmerge bleiben in Kurdistan, um die Verteidigung des Heimatlandes und des kurdischen Volkes fortzuführen. Die Zivilbevölkerung war und wird Opfer der Luftangriffe und der brutalen militärischen Angriffe der irakischen Streitkräfte sein. Vielleicht werden sie gezwungen sein, einen sicheren Platz zu suchen. Aber die Grenzen werden in wenigen Tagen abgeriegelt sein, und diese Möglichkeit wird es dann auch nicht mehr geben."

Das Interview mit Reuter ist von der Europa-Zweigstelle der DPK unmittelbar darauf und in seiner vollen Länge als Flugschrift verbreitet worden, und zwar in arabischer Sprache.

Nach kurdischer Darstellung der Anhänger BARZANÎs wurde BARZANÎ am 17.3.1975 in seinem Hauptquartier die Nachricht des Schah überbracht, daß er - falls die irakischen Kurden den Krieg weiterführen sollten - nicht nur militärisch eingreifen (761), sondern auch jegliche humanitäre Hilfe zurückziehen und die bereits seit Herbst 1974 im Iran aufgenommenen Flüchtlinge in den Irak zurückbringen lassen werde. (762) Ansonsten werde er weiteren Flüchtlingen seine Grenze offenhalten und auch keine Zusammenarbeit mit der Türkei in Gang setzen. (763) Gleichzeitig ließ der Schah BARZANÎ ein persönliches Asyl-Angebot seitens der USA übermitteln. (764)

Anscheinend machten zu der Zeit eine Reihe von interessierten Parteien aus dem äußeren Bedingungsrahmen heraus Vorschläge und boten Unterstützung an. Angesichts der auslaufenden Frist und aus möglichen anderen Überlegungen heraus befahl BARZANÎ - unterstützt vom FÜHRUNGSRAT DER REVOLUTION - die Zerstörung des Senders Dengî Kurdistan und die der restlichen Waffenlager. Der Pêşmerge-RAK und ihren Angehörigen stellten sie die Flucht in den Iran frei (die türkische Grenze war aufgrund des im türkischen Kurdistan verhängten Kriegsrechtes geschlossen). (765). Auch BARZANÎ selbst begab sich zunächst ins iranische Asyl. In einem Interview mit der persischen Zeitung "Keyhân" Anfang Mai 1975 sagte er:

"Ich bin kein Führer mehr, und ich versichere Euch, daß ich nie wieder ein solcher sein werde. Ich bin fertig, völlig fertig. Ich wünsche mir, daß mein Name aus der Geschichte radiert wird, aber Ihr Presseleute laßt mich nicht in Ruhe".

Er sagte weiterhin:

"Ich hätte den Krieg weiterführen können, aber das hätte keinen Sinn gehabt, es hätte außer Blutvergießen und Zerstörung nichts gebracht." (766)

B. IV

c. Zusammenfassende Betrachtung

Wie die Teil B IV b einleitende Betrachtung zu Pressetiteln und Organisationsbenennungen einen Wandel gegenüber der Zeit vor dem 2. Weltkrieg hat erkennen lassen, so ist dieser Wandel in der Darstellung der Entwicklung und der politischen Diskussion verdeutlicht worden. Die Forderung nach "Autonomie" war bereits in den 30er Jahren und auch zur Zeit der Mehabad-Republik aktiv von Kurden vertreten worden, intensiv und allgemein diskutiert wurde das Autonomie-Prinzip in der Grundgesamtheit aber erst nach dem 2. Weltkrieg, wobei neben Autonomie weitere und teils inhaltlich verbundene Schlagworte in den Vordergrund traten: Separatismus, Annexion, Dezentralisation, Selbstregierung, Selbstverwaltung, auch Klassenkampf und Imperialismus.

Das Thema "Wir" bzw. die Frage "Was wollen Wir?" scheint auch in der gesamten Zeit nach dem 2. Weltkrieg ein Thema öffentlicher Meinung unter den Kurden gewesen zu sein, allerdings stellt sich das Jahrzehnt von 1947/8 bis 1957/8 - im Vergleich zur vorangehenden und folgenden Zeit - eher als "latente Phase" dar, während der die Voraussetzungen für die anschließende Entwicklung und Diskussion geschaffen werden. In jenen 10 Jahren profiliert sich z.8. die DPK-irakisches Kurdistan gegenüber der KP-Zweigstelle Kurdistan, wird eine DPK in Syrien gegründet, finden in Europa Exil-Kurden und Studenten den Weg zu einer über einen elitären Klub hinausgehenden und Kurden aus allen Teilen des Hauptsiedlungsgebietes umfassenden Organisation, die die "Masse" der Kurden in Europa im Sinne der kurdischen "demokratischen Parteien" anspricht und weitgehend aktiviert, wovon die darüber hinaus und anschließend gebildeten kleineren Zusammenschlüsse zeugen. (767)

Aktiv wird die VKSE bzw. KSSE in den Jahren 1959/60 - zu einer Zeit, als in Kurdistan selbst und in anderen Teiles des Mittleren Ostens bereits die aktuelle Phase im Prozeß der öffentlichen Meinung zum Thema Wir ansetzt. Zwischen 1958 und 1961 wird das gesamte Hauptsiedlungsgebiet der Kurden von einer Unruhe erfaßt, wobei es schwer sein dürfte zu entscheiden, ob sie aus dem äußeren Bedingungsrahmen initiiert

wurde - durch die im Text erwähnten staatlichen Maßnahmen - oder aus der Grundgesamtheit heraus. Auf jeden Fall werden alsbald gegen Kurden in verschiedenen Teilen Kurdistans schwerwiegende Vorwürfe erhoben: 1960/1 werden türkische Kurden angeklagt, einen "kurdischen Staat" gründen zu wollen (vgl. S.252), zuvor bzw. 1959 wurde gegen Syrien-Kurden dieser Vorwurf erhoben (S.253), 1962 den irakischen Kurden gegenüber (S. 258 und 260). Wiewohl der Wunsch nach einem Staat in der Grundgesamtheit wach war (vgl. S. 244, 255, 258-9, 265, 277), die (Sofort)Forderung nach einem kurdischen Staat ist zu keiner Zeit nach dem 2. Weltkrieg in den Prozeß der öffentlichen Meinung unter den Kurden eingegangen. Dominiert wurde die Entwicklung von den DPKs und KDPs und den an ihnen orientierten Zusammenschlüssen in Europa. Sie alle widersetzten sich aus- und nachdrücklich diesem Ziel, und eine diesbezügliche Diskussion mit der publizistisch ebenfalls aktiven KAJYK-Partei kam nicht zustande. Wenn diese Partei und die ihr zugeordneten Zusammenschlüsse NUKSS und NUKSE eine Rolle gespielt haben seit ihrer Gründung 1959 bzw. 1965 und 1971, dann die der konstruktiven Kritik (vgl. S.244,254,271-2,280), die eines selbstzentrierten Maßstabes in einer ausufernden "bedingt kooperativen" Diskussion mit Akteuren der jeweiligen Wirtsstaaten.

Von den Kurdistan aufteilenden Staaten zeigte sich vornehmlich der Irak zu einer Diskussion des von kurdischer Seite vorgebrachten bedingt-kooperativen Angebots bereit, und zwar seit 1959/60, wobei allerdings die von den irakischen Kurden gezeigte Bereitwilligkeit, ihr bedingt-kooperatives Angebot notfalls mit Waffen durchzusetzen, eine Rolle gespielt haben wird. Im Jahre 1945/6 war - wie in Teil B III erwähnt worden ist (vgl. S.202) - den irakischen Kurden seitens der irakischen KP ein bedingt-kooperatives Angebot gemacht worden, und zwar für ein autonomes "irakisches Kurdistan" in dem zu realisierenden "kommunistischen Irak". Ab 1958 vertrat die DPK das Konzept der "Revolutionierung" des äußeren Bedingungsrahmens, ab 1964 mit dem ausdrücklichen Motto "Autonomie für (das irakische) Kurdistan und Demokratie für den Irak" (vgl. z.B. 5.245 und 269).

In der Türkei konnten die Kurden seit 1970 ein Anzeichen einer Bereitschaft erkennen, bedingt-kooperative Standpunkte zu erwägen. Dieses Anzeichen ist die von türkischen Gerichten letztlich - nach einer jahrelangen Auseinandersetzung - festgestellte Vereinbarkeit von kurdischsprachigen Veröffentlichungen mit der türkischen Grundverfassung (vgl. S.305). In Bezug auf Syrien war ein direktes Eingehen auf

bedingt-kooperative Angebote nicht festzustellen, dafür die - wohl Anfang der 70er Jahre erfolgte Aufgabe des Planes "arabischer Gürtel" (vgl. S. 304-305). Die iranischen Kurden scheinen wenig Erfolg mit bedingt-kooperativen Angeboten gehabt zu haben, wiewohl die DPK-iranisches Kurdistan 1970 in einem Flugblatt wissen ließ, daß sie "seit Bestehen (also seit 1945) gegen Imperialismus und für Demokratie und für das Erreichen der nationalen Rechte des kurdischen Volkes im iranischen Kurdistan kämpft" und "das Studium des Kampfes des kurdischen Volkes im irakischen Kurdistan ein Beispiel" für die iranischen Kurden sei, "um Autonomie im iranischen Kurdistan zu erkämpfen". (S.306)

Da die kurdischen "demokratischen Parteien" die politische Entwicklung und Diskussion in der Grundgesamtheit nach dem 2. Weltkrieg und insbesondere in der aktuellen Phase von 1958/9 bis 1975 bestimmend getragen haben, soll ihre in Teil B IV b im einzelnen dargestellte Rolle hier zusammenfassend eingeschätzt werden.

Fester Bestandteil des politischen Credos und der Strategie der DPKs und KDPs ist die direkte Auseinandersetzung mit den Kräften im äußeren Bedingungsrahmen. Mit dieser Hinwendung zu den nichtkurdischen Kräften und mit dieser Öffnung zu einem ausufernden Argumentationsspektrum scheint der relativierend-dezentrierten Seite im Selbstverständnis stattgegeben zu werden, gleichzeitig wird dem realpolitischen status quo Rechnung getragen.

Was das Erreichen einer bedingt-kooperativen Autonomie mit dieser Strategie zumindest erschwert, wenn nicht sogar verhindert, ist der Umstand, daß dem Fluß der politischen Auseinandersetzung keine Grenze und kein Maß gesetzt ist. Ein Sympathisant der DPK und zeitweiliger Funktionär drückte es in etwa so aus (768): Da die DPK-irakisches Kurdistan keine ideologische Partei ist, müssen Sie und ihre Schwesterparteien gleichzeitig und gleichermaßen in Bezug auf ihren Einzugsbereich in der Grundgesamtheit und in Bezug auf die im äußeren Bedingungsrahmen verfolgte Politik agieren und reagieren. Diese Parteien müssen zugleich kooperieren und revolutionieren wollen, sind sie von ihrer Konzeption her

wohl überbelastet. Der Vorwurf des Opportunismus, aber auch der Kurzsichtigkeit, ist ihnen gegenüber - da sie das politisch Machbare aus der jeweiligen Situation heraus und nach variabler Maßgabe definieren - leicht erhoben (vgl. Anmerkung 515). Darüber hinaus, da sie selbst revolutionäre Ansprüche in Bezug auf den äußeren Bedingungsrahmen anmelden, sind sie ihrerseits ähnlichen Forderungen ausgesetzt, die wiederum mit ihrem Ziel der Autonomie bzw. der nationalen und kulturell-sozialen Gleichberechtigung in zumindest zeitlichen Einklang gebracht werden müssen und in Widerstreit geraten können. Zu erwähnen ist hier z.B. der Anspruch, daß die Kurden im Irak das Zustandekommen einer "arabischen Einheit" aktiv unterstützen, gegen Israel kämpfen bzw. den Kampf der Palästinenser mitführen sollten.

So müssen je nach der Situation, je nach der Entwicklung auch im äußeren Bedingungsrahmen, teils Abstriche auf dem Weg zum Ziel, teils Forderungen erhoben und durchgesetzt werden, "selbstzentrierte" oder "kooperativ-dezentrierte" Entscheidungen getroffen werden, die insgesamt "bedingt-kooperative" Politik profiliert werden. Die Popularität der DPK-irakisches Kurdistan und auch die Verbreitung dieses Parteityps in allen Teilen Kurdistans und auch unter den Kurden im Libanon und Europa mag zum einen daran liegen, daß sie historisch zurückzuverfolgenden Aspekte im Selbstverständnis der Kurden ansprechen. Hinzukommt das Fernziel einer Vereinigung aller Kurden, dem keine der DPKs und auch nicht die KDP-Syrien ausdrücklich abgeschworen hat. Wenn es auch zeitweilig nicht erwähnt wird, jede Solidaritätsadresse unter Kurden, jede alle Kurden betreffende Aktivität - sei es die kurdische Sprache, sei es die kurdische Geschichte und ihre Erforschung betreffend, muß die "Partner" im äußeren Bedingungsrahmen an dieses Fernziel erinnern. In welche Ferne die kurdischen "demokratischen Parteien" dieses Ziel auch immer stellen mögen, es erschwert das erwünschte demokratisch-freiheitliche Entgegenkommen, da am Ende des Weges die Abtrennung steht oder stehen kann. Auch im politischen Bereich bedeutet "Auseinandersetzung" zugleich "Nähe": ein Zuhören, Verstehen, eine Hinwendung ist Voraussetzung. Die wenn auch für die ferne Zukunft geplante Trennung ist ein vorab gegebenes Hindernis für eine fruchtbare und weitgehend vorbehaltlose Auseinandersetzung, und zwar

sowohl von Seiten der kurdischen "demokratischen Parteien" als auch aus dem äußeren Bedingungsrahmen heraus.

Letztlich ist noch eine Schwierigkeit zu erwähnen, die die Politik der DPKs bzw. KDPs innerhalb ihres Einzugsgebietes nach sich zieht, notwendigerweise, wie es scheint. Es ist die - im Gegensatz zu ihrer Forderung nach "Demokratie" stehende - Abwehr von Kritik aus den Reihen, die sie dem äußeren Bedingungsrahmen gegenüber vertreten oder zu vertreten vorgeben. Es sind jeweils alle Kurden in dem jeweiligen staatlichen Rahmen, für die sie "Autonomie" oder nationale und sozial-kulturelle Gleichberechtigung fordern, und Aussicht auf Erfolg kann das Vorhaben nur haben, wenn sie die kurdische "Fraktion" geschlossen hinter sich haben und Uneinigkeit keinen Gegenangriffspunkt bietet. Entsprechend zeigen sich in der Entwicklung und Diskussion Tendenzen der Meinungs- und Machtmonopolisierung. Als sich im Jahre 1963 zum Beispiel eine Gruppe der DPK-Führung in offener Kritik gegen die übrige (mehrheitliche) DPK-Führung erhebt, wird sie ausgeschlossen und im Prozeß der (auch militärischen) Auseinandersetzung zunächst aus dem irakischen Kurdistan vertrieben, später auch eine Zeit lang unter Hausarrest gestellt (vgl. S.274,283). Was die den DPKs und mehr noch der KDP-Syrien entgegenstehende KAJYK-Partei angeht, fand eine Diskussion mit ihr und ein Bezug zu der von ihr vertretenen Ideologie - wie bereits auf 5.324 erwähnt - in den Jahren von 1959 bis 1975 nicht statt, es wurde stattdessen eine Mauer des Schweigens aufgebaut.(769)

Der in der Darstellung ab S. 258 in den Vordergrund tretende teils politische, teils auch militärische Kampf um "Autonomie" für das irakische Kurdistan ist anscheinend ein "Lehrstück" für alle Kurden gewesen. Kurden aus allen Teilen nahmen aktiv daran teil, teils im irakischen Kurdistan selbst (770), teils in Europa.

Von den 110 bzw. 103 nach 1958 veröffentlichten "Appellen und Memoranden" beziehen sich 70 auf das irakische Kurdistan und die dortige Situation, davon waren 46 an nicht-irakische Stellen gerichtet, 19 an staatliche Stellen innerhalb des Irak und 5 an generelle Adressen bzw. an "das wertvolle irakische Volk und die irakischen Streitkräfte" bzw. "alle Mächte und freiheitlichen

Massen" oder "das arabische Brudervolk und alle demokratischen Kräfte". (771)

Von den insgesamt 46 an nicht-irakische Stellen gerichteten "Appellen und Memoranden", sei es an die UNO und andere internationale Organisationen, sei es an andere Staaten und Regierungschefs, sind 35 von außerhalb des irakischen Kurdistan angesiedelten kurdischen Organisationen und Personen veröffentlicht worden (772), also von nicht-irakischen Kurden mitgetragen bzw. getragen worden, ein Indikator dafür, daß über das irakische Kurdistan hinausgehend an der Situation und an den Ereignissen dort von kurdischer Seite Anteil genommen wurde.

Nur 11 (elf) der 46 an nicht-irakische Stellen gerichteten "Appelle und Memoranden" zur Situation im irakischen Kurdistan stammten von innerhalb des Irak angesiedelten kurdischen Organisationen und Personen, und alle 11 datieren nach März 1962. (773)

Von den 19 an staatliche Stellen innerhalb des Irak und den 5 an generelle Adressen gerichteten, insgesamt 24 "Appellen und Memoranden" stammen 20 von innerhalb des Irak angesiedelten kurdischen Organisationen und Personen (774), nur 4 stammen von außerhalb des Irak lebenden Kurden (775), ein Indikator dafür, daß die irakischen Kurden - im Gegensatz zu den im westlichen Ausland lebenden Kurden - gerade die Auseinandersetzung mit und die darin enthaltene Hinwendung zu den irakischen Stellen für sinnvoll betrachteten bzw. ein offenes "Nach-außen-Tragen" des Konfliktes scheuten und das lieber einer außerhalb des irakischen Kurdistan bzw. in Europa ansässigen kurdischen Persönlichkeit oder Organisation überließen. (776)

Die relative Flut von Appellen, Memoranden, Protesten, die von kurdischen Organisationen ab 1958 verfaßt und verbreitet werden, sind in einer Hinsicht durchweg Auseinandersetzungen mit Fremdmeinungen. Alle haben bedingt-kooperativen Charakter, seien sie an direkt beteiligte staatliche Organisationen gerichtet, an internationale Organisationen oder an die "Öffentlichkeit" schlechweg. Keine dieser Veröffentlichungen fordert im übrigen ausdrücklich "Eigenstaatlichkeit". Keines der insgesamt über 100 an der Zahl und nach 1958 verfaßten "Appelle und Memoranden" bezieht sich auch

"gleichermaßen und ausnahmslos auf alle Kurden", sei es in der inhaltlichen Darstellung, sei es in den erbetenen oder geforderten Maßnahmen. Das gilt auch für die 29 direkt an den Generalsekretär der UNO bzw. an die Menschenrechtskommission gerichteten Darlegungen, ein Indikator dafür, daß unter den Kurden die Meinung verbreitet ist, daß auch die UNO Teil bzw. Reflexion einer in Blöcke gespaltenen Welt ist, und ein Zusammenschluß von Staaten, der als solcher die Legitimität und Souveränität der Mitgliedstaaten unangetastet läßt. In Teil B III war die Enttäuschung unter den Kurden über den Völkerbund thematisiert worden, und während des 2. Weltkrieges war es die Enttäuschung über die Konferenz von San Francisco. Die Erfahrungen aus den Jahren 1918-1930 und 1945-1948 werden zur derzeitigen Einschätzung der Welt-Organisation beigetragen haben.

Durch den Gebrauch von Global-Ausdrücken wie "das kurdische Volk", "die kurdische Nation", "die Kurden", "Kurdistan" wird allerdings auch in den "Appellen und Memoranden" ein Bezug zur Grundgesamtheit in ihrer Gänze hergestellt. In dieser Hinsicht bestärkend wirken die jeweils gegebenen Ausführungen zur "kurdischen Geschichte", "kurdischen Kultur", "kurdischen Sprache", "eigenständigen Herkunft der Kurden".

Die intensive Auseinandersetzung mit "Fremdmeinung" - was Herkunft, Sprache und Kultur der Kurden und auch die Rechtfertigung des Wortes "Kurdistan" angeht - hat sich als durchgängiger Bestandteil des Prozesses der öffentlichen Meinung zum Thema "Wir" unter den Kurden erwiesen, etwa seit Mitte der 50er Jahre in verstärktem Maße. Diese Auseinandersetzung ist anscheinend ein Teil des bedingt-kooperativen Angebots. Neben der relativ selbstbewußten bzw. kurzen und ironischen Erwiderung auf extreme und provokante Fremdmeinungen gibt es unvermindert das ernsthafte und teils detaillierte Eingehen, was in einer Hinsicht auf eine Verunsicherung, in anderer Hinsicht auf eine mit Maß behauptete Standfestigkeit hinweist. Das Schweigen auf Fremdmeinungen kann im übrigen als zweideutig angesehen werden: Ihm kann Anerkennung bzw. Übernahme als auch Ablehnung bzw. Verweigerung unterlegt werden.

Die insbesondere in den 20er Jahren ausgetragene Diskussion um die Notwendigkeit von Bildung in kurdischer Sprache, wobei die Diskussion durch provokant dezentrierte Diskussionsbeiträge aus der Grundgesamtheit selbst in Gang gesetzt worden war, ist in der Nachkriegszeit derart nicht aufgeworfen worden; im Gegenteil, die generell unter den Kurden geschätzte "Revolution" hatte u.a. auch die Gleichberechtigung der Bildung in kurdischer Sprache zum Ziel und mit der weitgehenden Realisierung dieses Teilziels im Irak ab 1970 - mit der Gründung einer kurdischen Universität im Hauptsiedlungsgebiet und der Kurdischen Akademie für Wissenschaften in Bagdad, der Einführung des Kurdischen als Studien- und Amtssprache in einigen Gebieten des irakischen Kurdistan - ist diese Frage endgültig positiv entschieden worden.

Wenden wir uns der im Rahmen der Einführung zu dieser Untersuchung gegebenen ersten Hypothese zum Selbstverständnis der Kurden zu (S.116). "Das Selbstverständnis der Kurden ist in allen seinen Aspekten von einer Spannung zwischen einer selbstzentrierten Interpretation und einer relativierend-dezentrierten Interpretation gekennzeichnet".

Durchgängig sind auch nach dem 2. Weltkrieg selbstzentrierte Momente festzustellen gewesen. Zu erinnern ist hier an das Aufkommen einer kurdischen Zeitrechnung um 1950, an den weiterbestehenden Symbolwert des Wortes "Kurdistan", nicht zuletzt an das Motto der Pesmerge-RAK "Kurdistan oder der Tod" und an das Lied der Pêmerge (S.257); zu erinnern ist an die Gründung und die Ideologie der KAJYK-Partei (S.242); zu erinnern ist an die Solidaritätsadressen und die Zusammenarbeit zwischen Kurden und Organisationen aus verschiedenen Teilen Kurdistans, zu erinnern ist an das auch von den kurdischen "demokratischen Parteien" vertretene (Fern)Ziel eines vereinten Kurdistan.

Auch kooperative Momente sind in dem Zeitraum von Ende des 2. Weltkrieges bis 1975 festzustellen gewesen; insbesondere ist hier an die Caş bzw. Saladin-Ritter zu erinnern und zu bemerken, daß während des letzten Krieges im irakischen Kurdistan von 1974 bis 1975 die Anzahl der auf der Regierungsseite kämpfenden Kurden vergleichsweise gering war.

Darüberhinaus ist von grundsätzlich "bedingt-kooperativ" eingestellten Kräften unter den Kurden zuweilen der kooperative Aspekt herausgekehrt worden, jedenfalls hat sich an dieser Stelle bzw. an diesem Vorwurf mehrmals eine innerkurdische Kontroverse entzündet.(777). Wenn das Thema Wir unter den Kurden nach dem 2. Weltkrieg und insbesondere seit Ende der 50er Jahre ein für die Grundgesamtheit aktuelles Thema gewesen sein dürfte, ein kontroverses Thema war es durch die Frage, "Wieviel" an "Kooperation" das bedingt-kooperative Angebot enthalten durfte oder sollte. Damit ging die Entwicklung im äußeren Bedingungsrahmen bzw. die variierenden Reaktionen der Verhandlungspartner in die innerkurdische Diskussion mit ein. Die das Thema Wir bzw. die Frage "Was wollen Wir?" betreffende Kontroverse wurde nach dem 2. Weltkrieg nicht so sehr durch den Gegensatz zwischen "kooperativen" und "selbstzentrierten" Standpunkten hergestellt, die überwiegende Mehrheit der politisch interessierten Kurden sympathisierte mit den bedingt-kooperativen "demokratischen Parteien", sondern in Hinblick auf die Frage: bedingte Kooperation mit wem und wie? Hier ist an die in Teil A vorgetragene Annahme von der "Verwobenheit" der öffentlichen Meinung mit der Vielfalt des sozialen Lebens zu erinnern bzw. daß sie Teil und Ausdruck des gesellschaftlichen Prozesses sei. Diese Annahme findet in dieser Untersuchung insofern eine Bestätigung, als sich nach dem 2. Weltkrieg nicht nur, wie eben erwähnt, der Schwerpunkt der Kontroverse zum Thema Was wollen Wir? ändert, auch in Hinblick auf die Struktur der Öffentlichkeit war ein Wandel um diese Zeit bemerkbar, und auch das in der Grundgesamtheit nach dem 2. Weltkrieg verwendete Vokabular erfuhr eine Veränderung.

Deutlich wurde in dem zweiten Abschnitt der Untersuchung wiederum der fortschreitende historisch-kulturelle Bezug. Mit der Errichtung eines Denkmals für den ehemaligen "nonkonformistischen Themenvorbereiter" KOYI (1817-1894) Anfang der 70er Jahre wird eine nunmehrige populäre Inanspruchnahme seines Gedankengutes zum Ausdruck gebracht. Ist hierin ein Hinweis zu sehen, daß die in der Einführung auf S. 116 vorgestellte zweite These zum Selbstverständnis der Kurden ihre Bestätigung gefunden hat? Die zweite These lautete: "Die selbst-zentrierte Komponente im Selbstverständnis der Kurden gewinnt im 20. Jahrhundert an Bedeutung".

In der den Zeitraum von 1900 bis 1946/7 zusammenfassenden Betrachtung war diese Frage zurückgestellt worden, da sich der Anteil der selbstzentrierten Komponente im Selbstverständnis der Kurden in jenen Jahrzehnten mit dem der relativierend-dezentrierten die Waage zu halten schien. Was nun die darauffolgenden drei Jahrzehnte mit ihren inzwischen veränderten Bedingungen und inhaltlich gewandelten Prozeß der öffentlichen Meinung angeht, bietet sich hier ein eindeutiges Urteil an oder muß man weiterhin von sich die "Waage haltenden" Kräften sprechen? Wenn nach dem 2. Weltkrieg der selbstzentrierte Standpunkt und das kooperative Verhalten eine relativ geringe Bedeutung gehabt haben - in Relation zu dem mehrheitlichen Streben nach bedingt-kooperativer Autonomie bzw. nationaler und kulturell-sozialer Gleichberechtigung - hat nicht die relativierend-dezentrierte Komponente an Bedeutung gewonnen? Dem steht entgegen, daß die von 1961 bis 1975 dargestellte Auseinandersetzung von kurdischer Seite mit Ausdauer und letztlich unverrücktem Standpunkt geführt wurde und ihr offensichtlich nur aus dem äußeren Bedingungsrahmen heraus ein Ende gesetzt werden konnte. Das hier über die Jahre sich zeigende Maß und die Stetigkeit lassen auf eine gerade auch in der bedingt-kooperativen Auseinandersetzung zum Tragen kommende ausgeprägte selbst-zentrierte Komponente im Selbstverständnis der Kurden schließen.

Da seit der Jahrhundertwende zwar ein weitaus größerer Teil der Grundgesamtheit am politischen Geschehen und an der Diskussion zum Thema Wir bzw. zur Frage Was wollen Wir? beteiligt ist, die anderen inaktiv Beteiligten (vgl. S. 62) aber durchaus noch entscheidendes Potential in sich tragen, wiewohl sie im Rahmen dieser Untersuchung naturgemäß nicht zu Worte kommen, möchte ich an dieser Stelle lieber vorsichtig urteilen und weiterhin davon sprechen, dass sich die selbst-zentrierte und die relativierend-dezentrierte Komponente im Selbstverständnis der Kurden weiterhin die Waage halten.

B.V. Zur gegenwärtigen öffentlichen Meinung unter den Kurden
zum Thema Wir und Ausblick

Grundsätzlich scheint sich in der Diskussion unter Kurden zum Thema Wir seit dem Niedergang der "Revolution" im irakischen Kurdistan im März/April 1975 nichts geändert zu haben, in mancher Hinsicht geht sie in den bekannten Bahnen und anhand der bekannten Argumente und Inhalte nahtlos weiter.

Der weiterbestehende Symbolwert des nationalen Newroz-Festes wird durch die Nachricht dokumentiert, daß es trotz des Versammlungsverbotes am 21.3.1977 zu Menschenansammlungen in Städten des irakischen Kurdistan kam. Es soll der Slogan "Newroz ekeyin, Kurdistanman rizgar ekeyin = Wir feiern Newroz, unser Kurdistan befreien wir!" gerufen worden sein. (778) Am 21.3.1976 kam die erste von anscheinend nur zwei Nummern einer kurdischen Zeitschrift mit dem Titel "Rizgarî" (Befreiung) in Ankara heraus. Erwähnenswert ist weiterhin, daß im Jahre 1976 in Istanbul eine kurdische Grammatik (Verfasser: K. BEDIRXAN und S. SIWAN) herausgegeben wurde. Das Titelblatt des im Kava Yayinlare (Kawe-Verlag) erschienenen Buches erinnert ebenfalls an Newroz bzw. den Schmied Kawe, dadurch dass er mit seinem Hammer abgebildet ist und in den Unterzeilen folgende Belehrung erteilt:

"Volk der Kurden, wenn ihr nicht vernichtet sein wollt und zum Verschwinden (verurteilt, dann) lernt vor allen Dingen eure Sprache und lehrt ihr sie auch. Und wenn ihr euch selbst kennen und euch zu erkennen geben wollt, auch durch die Freundschaft anderer Völker vorwärtskommen und ein ehrenhaftes Leben führen wollt, lernt eure Sprache und füllt sie mit Leben".

Im übrigen ist hier mit der Formulierung "sich selbst kennen und zu erkennen geben" die Frage nach der eigenen Identität angesprochen, eine Frage, die das an traditionelle Werte zweifelsohne anknüpfende, eher an die 20/30er Jahre erinnernde Buch, von dringlicher und gegenwartsbezogener Relevanz erscheinen lassen. Wenn im folgenden Zitat ein kurdischer Autor sich Gedanken macht über die neuerdings eigentlich nicht-kurdischen Inhalte kurdisch-sprachiger Presse im irakischen Kurdistan, beschäftigt auch er sich mit dem Identitätsproblem, hier der Diskrepanz zwischen der Form und dem Inhalt, dem "sich selbst kennen" und dem "sich zu erkennen geben".

"Früher waren Dreiviertel des Materials über kurdische Bildung und Kultur in der Presse wie "Hawkarî", "Beyan", "Roşinbîrî Nö", "Otonomî", aber jetzt macht das Material über Sprache, Literatur, Kunst und nationale Folklore der Kurden weniger als ein Viertel des veröffentlichten Materials aus. Der Leser merkt, daß die Worte und Sätze in eine Gußform gegossen sind und nach der kurdischen nationalen Bildung weder schmecken noch riechen. Auch die Artikel, deren Überschriften den Anschein geben, als hätten sie kurdischen Inhalt, sind von diesen Inhalten in der Substanz weit entfernt. Deshalb können wir sagen, daß diese vier Publikationen nur in kurdischer Sprache und nicht kurdisch sind." (779)

Kurdische Traditionen, Kultur und Sprache und der Wunsch nach deren lebendigem Ausdruck haben einen unverminderten Stellenwert in der Grundgesamtheit, Einen Rückschritt in der kurdischen periodischen Presse hat es nach 1975 nicht gegeben, im Gegenteil, in Europa sind seither mindestens 17 neue Titel und im Hauptsiedlungsgebiet der Kurden und im Mittleren Osten mindestens 15 neue Titel erschienen.

Auch hat mit dem Niedergang der "Revolution" im irakischen Kurdistan die politische Aktivierung der Kurden: nicht nachgelassen. Seit März/April 1975 sind in Europa zumindest drei neue organisatorische Zusammenschlüsse zu verzeichnen, eine ORGANISATION DER KURDISCHEN ÄRZTE IN EUROPA, eine VEREINIGUNG DER STUDENTEN KURDISTANS AUSSERHALB DES LANDES und ein BUND KURDISCHER MARXISTEN; im Hauptsiedlungsgebiet der Kurden und im Mittleren Osten sind zumindest 4 Neugründungen zu verzeichnen, drei davon propagieren das bekannte Ziel "Autonomie für das irakische Kurdistan und Demokratie für den Irak". Die vierte Neugründung PARTÎ SOSYALÎSTÎ KURD (Kurdische Sozialistische Partei) stellt einen gesamtcurdischen Zusammenschluß dar. Sie tritt ein für das "Selbstbestimmungsrecht der Kurden und eine sozialistische kurdische Gesellschaft". Diese 4 Neugründungen nehmen den Platz ein bzw. führen die politische Arbeit der mit und nach dem März/April 1975 ausgeschiedenen politischen Zusammenschlüsse fort. Zum einen ist die Massenpartei DPK - als Folge des Niedergangs der von ihr geführten "Revolution" - auseinandergefallen und zum anderen löste die KAJYK-Partei im Jahre 1976 ihren organisatorischen Zusammenschluß auf, in welchem Zusammenhang die Gründung der gleichermaßen sozialistischen PARTÎ SOSYALÎSTÎ KURD erwähnt sein sollte.

Wenn auch Restgruppierungen der ehemaligen DPK einen neuerlichen Zusammenschluß versuchen, es ist wahrscheinlich, daß ihnen das nicht gelingen wird. Im irakischen Kurdistan arbeitet eine solche Gruppierung, die vielleicht mit "Rest-DPK" treffend beschrieben ist, in Anlehnung an die arabische (regierende) Baath-Partei weiter. Unter den in den Iran geflüchteten und dort verbliebenen Kurden arbeitet ein Teil der DPK weiter, z.T. und bis zum Sturz des Schah Ende 1978 in Anlehnung an die iranische Regierung. Die Zweigstelle Europa der DPK hat sich 1976 zu einer sogenannten Provisorischen Führung (der DPK) konstituiert, und in Syrien arbeitet ein sogenannter Vorbereitender Ausschuß (der DPK), der sich die Organisation eines einigenden (DPK) Kongresses und die Reintegration der auseinandergetriebenen Teile der Partei zum Ziel gesetzt hat.

Von den drei nach 1975 gegründeten, auf das irakische Kurdistan bezogenen Autonomie-Parteien, arbeitet eine Partei, bzw. die YÊKETÎ-Y NÎSTIMANÎ KURDISTAN (Patriotische Vereinigung Kurdistans) gegen die gegenwärtige irakische Regierung, und zwar von Syrien bzw. Damaskus und Europa aus. Sie begrüßte im März 1977 die Arbeit des ebenfalls gegen die irakische Regierung gestellten Vorbereitenden Ausschusses (der DPK) und meinte:

"We sincerely hope that these patriots will succeed in their revolutionary task, and we ask all the progressive and genuinely patriotic forces of Kurdistan to give them all the aid and assistance they need. (..)

One of the leading personalities in this new Organisation is Dr. Mahmoud Ali Osman." (780)

Diese "führende Persönlichkeit" im Vorbereitenden Ausschuß (der DPK) - die auch zur Führung der alten DPK unter BARZANÎ gehörte - sieht das seit März 1975 geschaffene Nebeneinander von Autonomie-Parteien positiv, gar als Notwendigkeit:

"(..) z.B. darf die politische Aktivität von keiner Seite monopolisiert werden, sondern muß der Respekt der freien Meinung und Arbeit in der kurdistanischen Gesellschaft im ganzen Irak für alle patriotischen Gruppen innerhalb eines demokratischen, revolutionären Rahmens garantiert werden (..) da die Beharrung auf der Idee einer einzigen Partei und der Freiheitsentzug (..) jenen negativen Zustand schuf, worunter die patriotische Bewegung auf der irakischen und kurdistanischen Ebene spürbar gelitten hat." (781)

Das Nebeneinander einer Vielzahl von Autonomie-Parteien ist ein Resultat der Ereignisse vom März/April 1975, ein anderes ist das Ausscheiden BARZANÎs aus der kurdischen Politik und der spektakuläre Abfall seines Prestiges. BARZANÎ, der zu Lebzeiten bereits zur Legende geworden und seinerzeit uneingeschränkte Symbolfigur für "Freiheit" und "Widerstand" war, ist nach dem Niedergang der "Revolution" schlagartig im Ansehen gesunken. Die TALEBANÎ-Gruppe arbeitete dahingehend seit 1963/64 und setzte ihre Anti-BARZANÎ-Kampagne auch nach 1975 und im Rahmen der 1973 gegründeten PARTÎ SORISGÊRÎ KURDISTAN fort. Die aus der DPK bzw. aus ihren Sympathisanten entstandenen neuen Autonomie-Parteien und die erwähnten Restgruppierungen der DPK, sie alle lasteten dem ehemaligen DPK-Vorsitzenden die den Niedergang der "Revolution" bewirkenden schwerwiegenden Fehler an, wobei als Hauptfehler die 1974 erfolgte Anlehnung an den Iran gesehen wird. (782) Zusammen mit diesem Vorwurf scheint die - bereits 1959 im KAJYK-Name vorgestellte - Erkenntnis verbreitet worden zu sein (783): "Wir müssen uns auf uns selbst verlassen, (das ist) ein wahres und heiliges Prinzip".

Mit dem Prestigeverlust der ehemaligen Symbolfigur des Kampfes im irakischen Kurdistan um "Autonomie" ist die Bewegung und ihr Ziel nicht diskreditiert worden. Auch wird die Beendigung des Kampfes nicht als Niederlage empfunden. Darin sind sich wohl alle Kurden einig, auch die gegen die gegenwärtige irakische Regierung arbeitende YEKÊTÎ-Y NÎSTIMANÎ KURDISTAN und der Provisorische Ausschuß (der DPK). Die im irakischen Kurdistan und im Irak offen tätigen Autonomie-Parteien sind mit der Zentralregierung der Ansicht, daß von 1961 bis 1975 ein "Sieg" errungen wurde und drücken gegenwärtig und übereinstimmend ihre Zufriedenheit mit der Lage aus.

Anläßlich des Jahrestages der Verstaatlichung des Erdöls im Irak schickte die Rest-DPK, die PARTÎ SORISGÊRÎ KURDISTAN und die kulturpolitische KOMELEY ROSINBÎRÎ-Y KURD dem irakischen Staatsoberhaupt Glückwunschtelegramme mit der Zusage ihrer Unterstützung des irakischen Systems. (784)

Am 1.4.1976 erschien in der kurdischen Zeitung "Hawkarî" unter dem Titel "Der Irak und das kurdische Problem" die entsprechende Einschätzung:

"Es gibt im Irak keine Mauer zwischen den Kurden und Arabern. Es gibt zwischen ihnen keine Grenze wie in den vielen westeuropäischen Forschungen steht und wie einige fanatische Kurden es darstellen wollen. (..)

Die meisten intellektuellen Kurden im Irak sind nicht nur von der arabischen Bildung beeinflusst, sondern sie stützen sich ursprünglich auf diese Bildung. Dies ist nicht durch Zwang geschehen. Sie selbst betrachten die arabische Bildung als eine reiche und tiefe Bildung. (..)

Es gibt ein kurdisches Volk, das seine eigenen und klaren nationalen Rechte hat, im Irak, im Iran und in der Türkei und auch in Syrien (..), doch ist das Schicksal der Kurden und Araber miteinander verbunden. Diese Verbundenheit stellt sich nicht gegen die nationale Eigenheit der Kurden. Die Bedingung dieses gemeinsamen (arabischen/kurdischen) Schicksals ist, daß die nationale Eigenheit der Kurden respektiert wird." (785)

Als Motto der im März 1977 erstmals erschienenen "Inneren Zeitung" der 1973 gegründeten PARTÎ ŞORIŞGÊRÎ KURDISTAN mit dem Titel "Şorişgêr" (der Revolutionär) steht eine Halbsonne und der Leitspruch:

"Der kämpfende Zusammenschluß zwischen den Völkern der Araber und Kurden ist eine Garantie für die Entwicklung und Festigung der Autonomie für das Gebiet Kurdistans."

Propagiert wird in der zweisprachigen (arabischen und kurdischen) Parteipublikation, deren erste Nummer 30 Seiten umfaßt, der Kampf gegen "Imperialismus, Reaktion und Zionismus". Unterstützung der arabischen Nation (insbesondere der Palästinenser) wird gefordert, Freundschaft mit der UdSSR und allen fortschrittlichen Bewegungen und Parteien in der Dritten Welt. Die "Entwicklung und Förderung der nationalen Eigenheit des kurdischen Volkes auf einer fortschrittlichen Basis und in Verbindung mit dem sozialistischen Gedankengut" wird angestrebt, "besonders im Rahmen seiner Sprache, Literatur, Geschichte und zivilisatorischem Erbe und (zur) Festigung und Entwicklung der Autonomie in Kurdistan innerhalb der Republik Irak." (786)

In dem Bericht des ZK der irakischen KP für den im Mai/Juni 1976 gehaltenen sogenannten 3. Kongreß der Partei, gelesen von 'Ezîz MIÎHEMED, dem 1. Sekretär des ZK der Partei, der selbst ein Kurde aus Hewlêr ist, hieß es (787):

"...und die nationale Bewegung des kurdischen Volkes im Irak ist ein Teil der gesamten patriotischen Bewegung des irakischen Volkes".

Abgesehen von der von außerhalb, von Damaskus und Europa kommenden Kritik der gegen die irakische Regierung gestellten anderen Autonomie-Partei, die Begeisterung über die gegenwärtige Lage scheint nicht einhellig zu sein. Hier ist an das bereits auf S. 334 gegebene Zitat aus der kurdischen Wochenzeitung "Bîrî Nö" vom 18.9.1976 zu erinnern, in dem es hieß, daß "die Worte und Sätze (in der gegenwärtigen kurdischen Presse im Irak) nach der kurdischen nationalen Bildung weder schmecken noch riechen", und daß "diese Publikationen nur in kurdischer Sprache und nicht kurdisch sind."

In einem 1976 in Österreich erschienenen Flugblatt, das mit "Nationale Kurden in Europa" gezeichnet ist und wahrscheinlich von über den Iran ins österreichische Asyl gelangten irakischen Kurden stammt, heißt es - nachdem zuvor der "Vorbereitende Ausschuß" (der DPK) und die neugegründete YEKÊTÎ-Y NÎSTIMANÎ KURDISTAN bzw. ihre Führer als verräterische Agenten in der Hand von Teheran und Damaskus vorgestellt werden:

"Wir wissen sehr wohl von den brutalen Maßnahmen, die die irakische Regierung gegenüber dem kurdischen Volk anwendete und heute noch anwendet, von der Vertreibung der Kurden aus ihrem angestammten Lebensraum und von der Nichtanwendung des theoretisch guten Autonomie-Status. Es muß daher das erste Ziel der kurdischen Patrioten sein, nicht nach den Sternen zu greifen, sondern die (Ziele) des Manifestes vom 11.3.1970 und die des Autonomiegengesetzes zu fördern, welche sehr große historische Bedeutung haben und für die das kurdische Volk schon sehr große Opfer gebracht hat (Was den Vorbereitenden Ausschuß und die YEKÊTÎ-Y NÎSTIMANÎ KURDISTAN angeht, das kurdische Volk kennt beide Gruppen sehr gut und wird nie mehr sein Schicksal solchen Verrätern anvertrauen. Zur Zeit haben sich einige fortschrittliche Gruppierungen, die echte Verbesserung für das kurdische Volk anstreben, gebildet und werden im IRAK für die Durchführung und Verstärkung des Autonomiegengesetzes arbeiten. Überdies werden diese Gruppen auch für die Freiheit und Menschenrechte der unterdrückten Kurden in anderen Ländern (Syrien, Iran, Türkei) kämpfen. FREIHEIT UND MENSCHENRECHTE FÜR DIE KURDEN!" (788)

Die hier angegriffene YEKÊTÎ-Y NÎSTIMANÎ KURDISTAN meint im übrigen, daß - "solange die kurdische Frage im Iran und in der Türkei nicht geklärt ist" - die "Erlangung des Selbstbestimmungsrechtes im Irak schwer" sein dürfte, wobei sie bemerkenswerterweise die Lage der Kurden in Syrien - dem Gastgeberland der Partei - nicht anspricht. Sie will weiterhin, heißt es in ihrer grundsätzlichen Schrift "Zur jetzigen Lage unseres Kampfes" (Januar 1976), eine "Zusammenarbeit (herstellen) mit allen anderen demokratischen Kräften in allen anderen Teilen Kurdistans auf der Basis der Gleichberechtigung." (789)

Die 1976 gegründete PASOK (Kurdische Sozialistische Partei) bezieht sich grundsätzlich auf alle Kurden und alle Teile Kurdistans und will das "Selbstbestimmungsrecht der Kurden" durchsetzen. Im Jahre 1970 war von einem Kurden die Meinung geäußert worden, daß die (von ihm wenig positiv eingeschätzte) KAJYK-Partei - im Falle eines Mißerfolges der DPK - gewinnen könnte. (790) Inzwischen ist die DPK auseinandergefallen und insgesamt vier Parteien und 3. Restgruppierungen der DPK haben ihr politisches Erbe übernommen - und die KAJYK-Partei ist seit 1976 organisatorisch aufgelöst, wiewohl ihr politisches Credo bzw. Teile davon Eingang in die politische Diskussion gefunden haben. Die der KAJYK nahestehende Europa-Organisation NUKSE ist im Jahre 1977 aufgelöst worden. Diese Entwicklung überrascht in einer Hinsicht, und auch in Hinblick auf das zuvor erwähnte, zwischen den kurdischen "Demokraten" und VKSE/KSSE und KAJYK und NUKSE/NUKSS bestehende negativ-konstruktive Verhältnis (S. 324).

Wird die "Kurdische Sozialistische Partei" (PASOK) die selbst-zentrierte Seite im Selbstverständnis der Kurden in einen effektiven organisatorischen Rahmen fassen und einen Gegenpol zu den vielfach bedingt-kooperativen Bestrebungen herstellen können? Eine Antwort hierauf zu geben, ist im Augenblick noch verfrüht. Doch ist in diesem Zusammenhang das Urteil eines Kurden und irakischen Kommunisten zu erwähnen, der von einem politischen Vakuum im irakischen Kurdistan spricht und von der gegenwärtigen Notwendigkeit einer daselbst tätigen "nationalistischen" Partei.

Bei einem sichtbaren bzw. spürbaren Erfolg der PASOK oder einer anderen kurdischen Partei mit ähnlich selbst-zentrierten Zielen wird eine tiefgreifende Kontroverse unter den Kurden unausbleiblich sein, nämlich zwischen den "bedingt-kooperativen" und den "selbst-zentrierten" Kräften unter den Kurden und unter den "bedingt-kooperativ" eingestellten

Kurden, und zwar in Bezug auf die mit den Verhandlungspartnern im äußeren Bedingungsrahmen einzugehende Politik. Wenn sich die Lage seit März/April 1975 normalisiert hat, die politische Diskussion in bekannten Bahnen läuft, der Tod BARZANÎs am 1.3.1979 in einer US-amerikanischen Klinik und seine Überführung und Beisetzung im Gebiet des iranischen Kurdistan keinen Aufruhr unter den Kurden auslöste (791), politisch befriedet ist die Grundgesamtheit nicht. Es gibt nach wie vor die selbstzentrierte und die relativierend dezentrierte Seite im Selbstverständnis der Kurden und die drei erwähnten Ansätze, das kurdische Problem zu lösen:

Kooperation bzw. weitgehende Identifizierung mit den jeweiligen Staaten und staatstragenden Völkern;
Bedingte Kooperation, Autonomie bzw. Zusammenarbeit mit den jeweiligen Staaten bzw. Staatsvölkern auf der Basis von Bruderschaft, Freundschaft etc.

und nach wie vor seltener die Betonung der Eigenverantwortung, das Einschätzen des kurdischen Problems, das Planen der Zukunft aus dem Zentrum der Grundgesamtheit heraus, unter Berücksichtigung seiner Möglichkeiten und Schwierigkeiten.

Die einzige Prognose, die sich mit einiger Wahrscheinlichkeit geben läßt, ist: Das Thema Wir wird weiterhin aktuelle Bedeutung für die Grundgesamtheit haben. Darüber hinaus läßt sich sagen: Die Auseinandersetzung wird in der Zukunft noch intensiver geführt werden; denn noch sind die Kurden aus dem türkischen und iranischen Kurdistan nicht im gleichen Ausmaß beteiligt gewesen.

*

*

*

Die Ereignisse im iranischen Kurdistan seit dem Sturz des Schahs Ende 1978 (792), die sofortige Diskussionsaufnahme mit den sich zunächst dazu bereit zeigenden neuen Machthabern, dann die scheinbar ohne Zögern und mit Nachdruck gezeitigte Bereitschaft, ihre Forderungen mit Waffen zu erkämpfen, nicht zuletzt auch die Nachrichten über die Unruhen unter den Kurden in Istanbul und im Osten der Türkei - all das bestätigt, daß diese im Februar 1978 formulierte Prognose der realen Entwicklung entspricht.